Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen ..... **vii**

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen ..... **xii**

Vorwort. ..... **xiv**

Einführung **1**

Fragestellung 3

Methodik und Ansatz 5

Vergleichende Methode 9

Aufbau der Arbeit 11

1 **Die politische Partei und ihr Innenleben** **13**

1.1 Das Parteiensystem im Verhältnis zu Wahlsystem und Regierungssystem 13

1.1.1 Die Entstehung der politischen Parteien 15

1.1.2 Nach dem Zweiten Weltkrieg: Massenmitgliederparteien und Volksparteien 19

1.1.3 Das Konzept der Volksparteien 20

1.1.4 Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien 21

1.1.4.1 Der systematische Untersuchung der politischen Parteien 22

1.1.4.2 Moderne Untersuchungen zu den politischen Parteien 24

1.1.4.3 Die Ära die professionalisierten Wählerparteien 29

1.1.5 Zusammenfassung der Theorien der politischen Parteien 33

1.2 Das Innenleben politischer Parteien 36

1.2.1 Die Eliten innerhalb der politischen Parteien 36

1.2.1.1 Politische Elite und politische Klasse 37

1.2.1.2 Mosca und die politische Klasse 37

1.2.1.3 Pareto und die Rotation der Eliten 38

1.2.1.4 Der Begriff der Elite und die politische Klasse 39

1.2.1.5 Der politische Klientelismus (Exkurs) 41

1.2.2 Die interne Struktur politischer Parteien 44

1.2.2.1 Der Wandel der internen Bürokratie 44

1.2.2.2 Die parteiinterne Demokratie 45

1.2.3 Interne Gruppierungen 46

1.2.3.1 Interne Gruppen in den Massenparteien (Exkurs) 49

1.2.3.2 Parteiinterne Gruppierungen in den Volksparteien (Exkurs) 51

1.2.3.3 Derzeitige Tendenzen der Parteien: die professionalisierten Wählerparteien und ihre internen Gruppen (Exkurs) 57

1.2.4 Die neue politische Tendenz in den politischen Parteien Lateinamerikas 62

1.2.4.1 Die neuen lateinamerikanischen Demokratien und die Tendenz der unternehmerischen Elite zur Betätigung in der Politik (Exkurs) 63

1.2.4.2 Gruppen in den traditionellen Parteien Lateinamerikas 65

1.2.4.3 Die interne Demokratie der politischen Parteien 69

1.2.5 Die *accountability* in der internen Wirkungsweise der Parteien. Ein Vorschlag zur Transparenz 71

1.3 Fazit 74

2 **Die Links und Rechts Dyade im lateinamerikanischen historisch-politischen Kontext** **76**

2.1 Links und Rechts in den modernen Begriffsfassungen 76

2.1.1 Schlussfolgerung über die Rechte und die Linke 84

2.2 Die Linke und die Rechte in Lateinamerika 85

2.2.1 Die Entwicklung der Linken in Lateinamerika 86

2.2.1.1 Die Kubanische Revolution und ihre Ausstrahlung auf die lateinamerikanische Linke 88

2.2.1.2 Das sozialistische Experiment in Chile ... 91
2.2.1.3 Die Sandinisten und das jüngste Experiment der Revolution ... 94
2.2.1.4 Die Linke – ein Nachwort ... 96
2.2.2 Die neue Rechte ... 97
2.2.2.1 Opus Dei und die neue Rechte in Lateinamerika ... 98
2.2.2.2 Die neue Rechte in Lateinamerika ... 103
2.3 Links und Rechts im Streit um das wirtschaftliche Paradigma in Lateinamerika ... 105
2.3.1 Ursprünge der Konfliktlinie ... 105
2.3.2 Der lateinamerikanische Strukturalismus: Die Entwicklungstheorie ... 105
2.3.3 Der Neoliberalismus ... 112
2.3.3.1 Von Hayek und die Konsolidierung der neoliberalen Vorstellungen (Exkurs) ... 113
2.3.3.2 Die Theorie ohne Alternative: Neoliberalismus und die Neoklassische Schule (Exkurs) 114
2.3.3.3 Überblick über die Grundzüge der Neoklassischen Schule (Exkurz) ... 114
2.3.3.4 Die Chicago-Schule ... 115
2.3.3.5 Die *Chicago Boys* und das Wirtschaftsmodell Chiles ... 116
2.3.3.6 El ladrillo ... 117
2.3.3.7 Die *Chicago Boys* und das Pinochet-Regime ... 118
2.3.3.8 Die Wirtschaftspolitik der *Chicago Boys* ... 119
2.3.3.9 Der Mythos vom Wirtschaftswunder ... 121
2.4 Wirtschaftliche Strukturreformen: Ursprung und Konsolidierung der Marktpolitik ... 123
2.4.1 Phasen und Ansätze der Strukturreformen ... 124
2.4.2 Ansätze der Strukturreformen ... 124
2.4.3 Der Washington Consensus ... 126
2.4.4 Die politischen Akteure und ihre Beteiligung an den Strukturreformen ... 127
2.4.5 Die Parteien und die Rolle des Staates bei den Reformen (Exkurs) ... 128
2.4.6 Konsequenzen der Strukturreformen ... 131
2.4.7 Schlussfolgerung der marktwirtschaftlichen Reformen ... 134
2.5 Fazit ... 135

3 Die politischen Parteien in Lateinamerika ... 138

3.1 Die Entwicklung der Parteien in Lateinamerika ... 138
3.2 Die ideologische Einordnung der politischen Parteien in Lateinamerika ... 142
3.2.1 Die lateinamerikanische Linke ... 143
3.2.2 Die linke Mitte ... 147
3.2.3 Die nicht existierende Mitte ... 150
3.2.4 Die Rechte auf dem Weg in die politische Mitte ... 150
3.2.5 Die extreme Rechte ... 154
3.3 Der Misskredit der traditionellen Parteien ... 157
3.3.1 Die politischen Parteien in der Konsolidierung der Demokratie ... 158
3.3.2 Die Demokratie in Lateinamerika und die Entwicklung der politischen Parteien ... 162
3.4 Die politischen Parteien und die Vertiefung der Demokratie ... 167
3.4.1 Die Demokratie im Verhältnis zu politischen Rechten und bürgerlichen Freiheiten ... 168
3.4.2 Demokratie und Wahlprozesse ... 175
3.4.3 Die Demokratie in Lateinamerika und das Parteiensystem ... 175
3.5 Der Regierungssystemdebatte in Lateinamerika ... 177
3.6 Fazit ... 184

4 Die Partido Acción Nacional (PAN) im Kontext der politischen Entwicklung in Mexiko: von der autoritären Staatsform zur Demokratie. ... 186

4.1 Die Option der ewigen Opposition ... 186
4.1.1 Der historische Kontext der Entstehung der PAN ... 187
4.1.2 Die politische Entwicklung der PAN ... 192
4.1.3 Die interne Entwicklung der PAN ... 194
4.1.4 Die jungen Christdemokraten ... 196

4.1.5 Die Krise der PAN und das Streben nach der Macht ... 199
4.1.6 Das Streben nach Macht: der *neopanismo* ... 200
4.2 Die Transition der PAN zur Macht: Der Aufbau der neuen PAN ... 204
4.2.1 Die Unternehmer und die PAN ... 205
4.2.2 1982: Der Beginn des Wandels ... 208
4.3 Die Liberalisierung der Wirtschaft und die Staatsreform in Mexiko ... 211
4.3.1 Der Privatisierungsprozess in Mexiko ... 213
4.3.2 Die PAN und die neuen politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten ... 214
4.3.3 Die Regierungszeit Zedillos und der politische und wirtschaftliche Wandel in Mexiko . 216
4.4 Die politischen Reformen und ihre Einflüsse auf die neue Ordnung im Wahlsystem der politischen Parteien Mexikos ... 218
4.4.1 Die Politische Wahlreform von 1996: die Prinzipien für die demokratische Transition .. 219
4.5 Die PAN im demokratischen Mexiko ... 222
4.5.1 Die neue Institutionalisierung und die Modernisierung der Parteien in Mexiko ... 223
4.5.2 Die PAN in der neuen demokratischen Institutionalität ... 225
4.6 Fazit ... 227

5 Partido Justicialista: Peronismo als justicialismo ... 231
5.1 Die Ursprünge des peronismo ... 231
5.2 Die renovación justicialista ... 233
5.2.1 Gewerkschaftsbewegung und *renovación* ... 233
5.2.2 Die Zeit der *renovados* ... 235
5.2.3 Die internen Machtkämpfe der *renovados* ... 237
5.3 Peronismo gegen anti-peronismo ... 239
5.4 Menem und der *neoperonismo* ... 245
5.4.1 Weder gut noch schlecht: Menem und die Reformen in Argentinien ... 245
5.4.2 Die Beziehung zwischen Menem und der PJ im Parlament ... 246
5.4.3 Die Verfassungsreform ... 249
5.4.4 Die Wirtschaftsreformen ... 252
5.4.4.1 Die Wirtschaftsreform und die Führungsrolle Menems ... 257
5.4.4.2 Die Experten des *menemismo* ... 260
5.5 Menem und seine neue Beziehung zur PJ ... 262
5.5.1 Der parteiinterne Kampf zwischen Duhalde und Menem: Die PJ in der Zeit nach dem *menemismo* ... 266
5.5.2 Die PJ und die Argentinienkrise ... 268
5.5.3 Die Krise und die politische Klasse ... 272
5.6 Fazit ... 276

6 Die Chrisdemocratische Partei Chiles ... 278
6.1 Die Ursprünge der Christdemokratie in Chile ... 278
6.2 Die Ursprünge der internen Gruppen innerhalb der PDC ... 279
6.2.1 Die Christdemokratie in der Regierung von Alessandri (Exkurs) ... 279
6.2.2 In welcher Lage befinden sich die internen Gruppen, als Frei Montalva die Regierung übernimmt? ... 281
6.2.2.1 Die christliche Strömung ... 281
6.2.2.2 Die Strömung der *rebeldes* ... 282
6.2.3 Die internen Gruppen in der Regierung von Frei Montalva ... 283
6.2.3.1 Die Diskussion kann in neun Etappen oder Schritte aufgeteilt werden (Exkurs): ... 284
6.2.3.2 Schlussbetrachtungen zum Prozess der internen Gruppen der PDC in ihrer Anfangszeit 287
6.3 Die DC und die Regierung der *Unidad Popular* ... 289
6.3.1 Opposition durch Kooperation ... 290
6.3.2 Polarisierte Opposition ... 292

6.3.2.1 Phase der harten, aber dialogbereiten Opposition ... 292
6.3.2.2 Phase der absoluten Opposition ... 294
6.3.3 Der Militärputsch und die DC ... 296
6.3.4 Schlussfolgerungen für die erste Phase der DC ... 298
6.4 Die DC und die Militärdiktatur ... 300
6.4.1 Der lange Weg der Rückkehr zur Demokratie. Die Grundlagen der *Concertación* ... 302
6.4.2 Die Phase der neuen Gruppen ... 303
6.4.3 Die „Tesis Aylwin“ (Exkurs) ... 307
6.4.4 Der Kampf um die Demokratie und die Festigung der Führungsrolle Aylwins ... 307
6.4.5 Der Kampf um die Macht (La carrera por el sillón) ... 309
6.5 Die DC in den 1990er Jahren. Regierungserfolge gegen Wahlniederlagen ... 310
6.5.1 Die *cieplan boys* ... 311
6.5.2 Die *cieplan boys* und Aylwins Wirtschaftspolitik ... 313
6.5.3 Pax Aylwinista; *aylwinismo* und *freismo* ... 318
6.5.4 Der Niedergang der DC und der internen Gruppen ... 321
6.5.5 Krise oder Erneuerung in der DC? ... 324
6.6 Fazit ... 330

7 Erträge der vergleichenden historischen Untersuchung der lateinamerikanischen politischen Parteien: PDC, PAN und PJ ... 336

7.1 Die Diskussion über die Regierungsform in Lateinamerika und der Wert der Institutionalisierung der politischen Partei ... 336
7.2 Die Politischen Partei und die Links-Rechts-Cleavage ... 339
7.3 Die Lage der politischen Partei in Lateinamerika ... 343
7.4 Die strukturellen Reformen und die politischen Parteien in Lateinamerika ... 346
7.5 Das Innenleben der politischen Partei in Lateinamerika ... 348
7.6 Die politischen Parteien und der neue politische und ökonomische Kontext in Lateinamerika ... 352
7.7 Die politischen Perspektiven in Lateinamerika ... 355

Bibliographie ... 358

Abkürzungen

AC, Acción Nacional, Mexiko
AC, Acción Democrática, Venezuela
ACM, Asociación Católica Mexicana, Mexiko
ACJM, Acción Católica de la Juventud Mexicana, Mexiko
AD, Alianza Democrática, Chile
AD, Acción Democrática de Venezuela
ADN, Acción Democrática Nacionalista, Bolivia
AL, Alianza Liberal, Nicaragua
AN, Acción Nacional, Mexiko
ANEUM, Asociación Nacionalista de los Estados Unidos Mexicanos, Mexiko
ANG, Agrupación Nacionalista Guatemalteca, Guatemala
ANR-PC, Asociación Nacional Republicana – Partido Colorado, Paraguay
AP, Acción Popular, Peru
APRA, Acción Popular Revolucionaria Americana, Peru
ARENA; Alianza Renovadora Nacional, Brasil
ARENA, Alianza Republicana Nacionalista, El Salvador
Art., Artículo/ Artikel
BID, Banco Interamericano de Desarrollo
C90-NM, Cambio 90-Nueva Mayoría, Peru
CASE, Centro de Análisis Social y Económico, Argentinien
CCE, Consejo Coordinador Empresarial; Mexiko
CCN, Camino Cristiano Nicaragüense, Nicaragua
CDA, Christen Democratisch Appel, Niederlands
CDI-IDC, Christian Democrat and People's Parties International,
CEJOP, Centro de Estudios Justicialistas de Obras Públicas, Argentinien
CEN, Comité Ejecutivo Nacional, Partido Acción Nacional, Mexiko
CEP, Centro de estudios Públicos, Chile
CEPAL, Comisión Económica para América Latina y el Caribe
CERC, Centro de estudios de la Realidad Contemporánea, Chile
CERE, Centro de Estudios de la Realidad Económica, Argentinien
CGT, Confederación General de Trabajadores, Argentina
CGT-RA, Confederación General del Trabajo de la República Argentina. Argentinien
CIEPLAN, Corporación de Investigaciones Económicas para América Latina, Chile
CODE, Confederación Democrática, Chile.
CONCANACO, Confederación de Cámaras Nacionales de Comercio, Servicio y Turismo, Mexiko
CONDEPA, Conciencia Patria, Bolivia
COPARMEX, Confederación Patronal de la República Mexicana, Mexiko
COPEI; Comité de Organización Política Electoral Independiente (Partido Social Cristiano), Venezuela
CPPD, Concertación de Partidos por la Democracia, Chile
CPU, Corporación de Promoción Universitaria, Chile
CORA, Corporación de la Reforma Agraria, Chile
CORFO, Corporación de Fomento, Chile
COSEP, Consejo Superior de la Empresa Privada, Nicaragua
CUT, Central Única dos Trabalhadores, Brasil

CUT, Central Unitaria de Trabajadores, Chile
DCI, Democracia Cristiana Italiana, Italien
DC, Democracia Cristiana de Chile
DF, Distrito Federal, Mexiko
DINA, Dirección de Inteligencia Nacional, Chile
DP-UDP, Partido Democracia Popular-Unión Demócrata Cristiana, Ecuador
DR, Democracia Radical, Chile.
ECLAC, Economic Comission for Latín America and the Caribean
ELN, Ejército de Liberación Nacional, Kulumbien
EN, Partido Encuentro Nacional, Paraguay
EP-FA, Encuentro Progresista – Frente Amplio, Uruguay
EZLN, Ejército Zapatista de Liberación Nacional, Mexiko
FAO, Food and Agricultural Organisation of the United Nations
FARC, Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia, Kolumbien
FDDAN, Foro Doctrinario Democrático de Acción Nacional, Mexiko
FDN, Frente Democrático Nacional, Mexiko.
FG, Frente Grande, Argentinien
FIEL, Fundación de Investigaciones Económicas Latinoamericanas, Argentinien
FIM, Frente Independiente Movilizador, Peru
FM, Fundación Mediterránea, Argentinien
FMI, Fondo Monetario Internacional
FMLN, Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional, El Salvador
FN, Falange Nacional, Chile
FRAP, Frente Amplio Popular, Chile
FREJUDEPA, Frente Justicia Democracia y Participación, Argentinien
FREJULI, Frente Justicialista de Liberación, Argentinien
FREPASO, Frente del País Solidario, Argentinien
FS, Frente Sur, Argentinien
FSLN, Frente Sandinista de Liberación Nacional, Nicaragua
GATT, General Agreement on Tariffs and Trade
IC, Izquierda Cristiana, Chile
ID, Izquierda Democrática, Ecuador
IDC/CDI, Internacional Demócrata Cristiana y de Partidos Populares
IFE, Instituto Federal Electoral, Mexiko
IN, Izquierda Nacional, Argentina
INDEC, Instituto Nacional de Estadísticas y Censos, Argentinien
INE, Instituto Nacional de Estadísticas, Chile
INJ, Instituto Nacional de la Juventud, Chile
IPC, Indices de Precios al Consumidor
JJCC, Juventudes Comunistas, Chile
JNDC, Junta Nacional Democracia Cristiana, Chile
KAS, Konrad Adenauer Stiftung, Deutschland
LB, Latinobarómetro
LCR, La Causa Radical, Venezuela
LJ, Libertad y Justicia, Bolivia
M-19, Movimiento 19 de Abril, Kulumbien
MVR, Movimiento V República, Venezuela
MAPU, Movimiento de Acción Popular Unitaria, Chile
MAS, Movimiento al Socialismo, Bolivien

MAS, Movimiento al Socialismo, Venezuela
MBL, Movimiento Bolivia Libre
MCC, Movimiento Ciudadano para el Cambio, Bolivien
MDB, Movimiento Democrático Brasileiro, Brasil
MDP, Movimiento Democrático Popular, Chile
MIDEPLAN, Ministerio de Planificación y Cooperación, Chile
MIP, Movimiento Indígena Pachacuti, Bolivien
MIR, Movimiento de la Izquierda Revolucionario, Bolivien
MIR, Movimiento de Izquierda Revolucionario, Chile
MNR, Movimiento Nacionalista Revolucionario, Bolivien
MODEJUSO, Democracia y la Justicia Social, Argentinien
MODIN, Movimiento por la Dignidad Nacional, Argentinien
MUPP-NP, Movimiento de Unidad Plurinacional Pachakutik-Nuevo, Ecuador
MUSO, Movimiento de Unidad Solidaridad y Organización, Argentinien
NFD, Nueva Fuerza Democrática, Kulumbien
NFR, Nueva Fuerza Republicana, Bolivien
ODCA, Organización Demócrata Cristiana de América
ODELAN, Oficina del Planificación Nacional
ONM, Orden Nacional Mexicana, Mexiko
PA, Partido Arnulfista, Panama
PAC, Partido Acción Ciudadana, Costa Rica
PAP, Partido Aprista Peruano, Peru
PAN, Partido Acción Nacional, Mexiko
PAN, Partido Acción Nacional, Guatemala
PARM, Partido Auténtico de la Revolución Mexicana, Mexiko
PBA; Provincia de Buenos Aires, Argentinien
PC, Partido Comunista, Argentinien
PC, Partido Comunista, Chile
PC, Partido Cardenista, Mexiko
PC, Partido Colorado, Uruguay
PCdoB, Partido Comunista Brasileiro/do Brasil, Brasil
PCC, Partido Conservador Colombiano, Kulumbien
PCN, Partido Conciliación Nacional, El Salvador
PCN, Partido Conservador Nicaragüense, Nicaragua
PDC, Partido Demócrata Cristiano, Argentinien
PDC, Partido Demócrata Cristiano, Chile
PDC, Partido Demócrata Cristiano, Costa Rica
PDC, Partido Demócrata Cristiano, El Salvador
PDC, Partito Democrazia Cristiano, Italien
PDC, Partido Demócrata Cristiano, Panama
PDM, Partido Demócrata Mexicano, Mexiko
PDM, Partido Demócrata de México, Mexiko
PFCRN; Partido Frente Cardenista de Reconstrucción Nacional, Mexiko
PDT, Partido Democrático Trabalhidsta, Brasil
PECE, Pacto de Estabilidad y Crecimiento Económico, Mexiko
PEM, Plan de Empleo Mínimo, Chile
PFL, Partido da Frente Liberal, Brasil
PGB, Producto Geográfico Bruto
PI, Partido Intransigente, Argentinien

PIB, Producto Interno Bruto
PIRE, Programa Inmediato de Reordenación Económica, Mexiko
PJ, Partido Justicialista, Argentinien
PL, Partido Laborista, Argentinien
PLC, Partido Liberal Constitucional, Nicaragua
PLD, Partido Liberación Dominicana, Dominikanische Republik
PLN, Partido Liberación Nacional, Costa Rica
PLRA, Partido Liberal auténtico, Paraguay
PMS, Partido Mexicano Socialista, Mexiko
PMDB, Partido do Movimiento Democrático Brasilero, Brasil
PN, Partido Nacional de Chile
PN, Partido Nacional (Blanco), Uruguay
PND, Plan Nacional de Desarrollo, Mexiko
PNR, Partido Nacional Revolucionario, Mexiko.
PP; Partido Peronista, Argentinien
PP, Partido Popular, Spanien
PP, Perú Posible, Peru
PPB, Partido Progressista Brasileiro, Brasil
PPC, Partido Popular Cristiano Peru
PPD, Partido por la Democracia, Chile
PPI, Partito Popolare Italiano, Italien
PR, Partido Radical de Chile
PRC, Partido Republicano Calderonista, Costa Rica
PRD, Partido Renovación Democrática, Costa Rica
PRD, Partido de la Revolución Democrática, Mexiko
PRE, Partido Roldosista Ecuatoriano, Ecuador
PRI, Partido Revolucionario Institucional de Mexiko
PRM, Partido de la Revolución Mexicana, Mexiko
PRN, Partido da Reconstruccao Nacional, Brasil
PRONASOL, Programa Nacional de Solidaridad, Mexiko.
PRSC, Partido Reformista Social Cristiano, Dominikanische Republik
PRSD, Partido Radical Socialdemócrata, Chile
PS, Partido Socialista, Argentinien
PS, Partido Socialista, Chile
PS, Parti Socialiste, Frankreich
PSB, Partido Socialista Braileiro, Brasil
PSC, Partido Social Cristiano, Ecuador
PSDB, Partido da Social Democracia Brasileira, Brasil
PSDM; Partido Social Demócrata Mexicano, Mexiko
PSE, Pacto de Solidaridad Económica, Mexiko
PSI, Partido Socialista Italiano, Italia
PSOE; Partido Socialista Obrero Español, Spanien
PT, Partido dos Trabalhadores, Brasil
PTB, Partido Trabalhista Brasileiro, Brasil
PUC, Pontificia Universidad Católica, Chile
PUP, Partido Unión Popular, Costa Rica
PURN; Partido Único de la Revolución Nacional
PUSC, Partido Unidad Social Cristiana, Costa Rica
PVEM, Partido Verde Ecologista Mexicano, Mexiko

RN, Renovación Nacional de Chile
RP, Renovación Peronista, Argentina
SOFOFA, Sociedad de Fomento Fabril de Chile
SPD, Sozialdemokratische Partei Deutschland, Deutschland
SPÖ, Sozialdemokratische Partei Österreich, Österreich
TI, Transparency International
TLC, Tratado Libre Comercio
UCCP, Unión de Centro Progresista, Chile
UCeDé, Unión de Centro Democrático, Argentinien
UCR, Unión Cívica Radical, Argentinien
UCS, Unión Cívica Solidaridad, Bolivien
UDI, Unión Demócrata Independiente, Chile
UDP, Unidad Democrática Popular, Bolivien
UNEC, Unión Nacional de Estudiantes Católicos, Mexiko
UNS, Unión Nacional Sinarquista, Mexiko
UP, Unidad Popular, Chile
URD, Unión Republicana Democrática, Venezuela
URNG, Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca, Guatemala
USA, United State of America
VOP, Vanguardia Organizada del Pueblo, Chile
WB, Welt Bank
WTO; World Trade Organization
YPF, Yacimientos Petrolíferos Fiscales, Argentinien

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Abbildung 1: Die parteiinternen Klientelbeziehungen (Volksparteien) 43
Abbildung 2: Allgemeine schematische Darstellung interner Gruppen innerhalb der Massenparteien nach Ebenen in der Hierarchie ... 50
Abbildung 3: Relationsschema innerhalb der parteiinternen Gruppen in Volksparteien ... 55
Abbildung 4: Beziehungsschema interner Gruppen in professionalisierten Wählerparteien ... 60
Abbildung 5: Interne Struktur der parteiinternen Gruppen des Typs „Volkspartei“ in Lateinamerika ... 67
Abbildung 6: Pentiade ... 80
Abbildung 7: Pentiade/Eingeschlossenes Drittes ... 80
Abbildung 8: Einschließendes Drittes ... 81
Abbildung 9: Bobbios Modell ... 83
Abbildung 10: Politisch-historische Evolution der Parteien in Lateinamerika ... 142
Abbildung 11: Ideologische und programmatische Einordnung der politischen Parteien in Lateinamerika ... 143
Abbildung 12: Bobbios Modell für Lateinamerika ... 143
Abbildung 13: Phasen der mexikanischen Wirtschaft zwischen 1982 und 1994. Beginn und Konsolidierung der Strukturreformen ... 210
Abbildung 14: Die Entwicklung der Bundesabgeordnetenwahlen in Mexiko 1982-2003 ... 222
Abbildung 15: Ideologische und soziale Einordnung ins Parteiensystem Argentiniens in den 1980er und 1990er Jahren ... 241
Abbildung 16: Ideologische Einordnung in der PJ in den 1980er und 1990er Jahren ... 242
Abbildung 17: Phasen der DC in der Links-Rechts-Dyade im Parteiensystem Chiles ... 299
Abbildung 18: Die Positionen der beiden Kandidaten lassen sich wie folgt zusammenfassen ... 306
Abbildung 19: Identifizierung der Bürger mit der DC zwischen 1990 und 1999 ... 322
Abbildung 20: Entwicklung der internen Gruppen und politischen Ausrichtungen innerhalb der PDC 1957-1973 ... 332
Abbildung 21: Entwicklung der internen Gruppen und politischen Ausrichtungen innerhalb der PDC 1973-1989 ... 333
Abbildung 22: Entwicklung der internen Gruppen und politischen Ausrichtungen innerhalb der PDC 1989-2000 ... 334

Tabelle 1: Durchschnittliche Zuwachsraten des BIP in Lateinamerika anhand konstanter Marktpreise ... 110
Tabelle 2: Index der jährlichen Preissteigerungsraten in Lateinamerika ... 110
Tabelle 3: Wirtschaftliche Indikatoren der *Chicago Boys* ... 119
Tabelle 4: Makroökonomische Wirtschaftsdaten ... 123
Tabelle 5: Sozioökonomische Variablen im Vergleich ... 123
Tabelle 6: Wachstum und Ungleichheit in Lateinamerika in den 1990er Jahren ... 132
Tabelle 7: Entwicklung des BIP pro Kopf in Lateinamerika ... 133
Tabelle 8: Regierungstyp Demokratie – Autoritarismus – keine Meinung (in Prozent) ... 159
Tabelle 9: Demokratie-Autoritarismus ... 160
Tabelle 10: Das Vertrauen in die Institutionen ... 163
Tabelle 11: Ohne Kongress und politische Parteien ist Demokratie unmöglich* ... 164
Tabelle 12: Kennziffern für den Grad an bürgerlicher Freiheit und politischen Rechten in den Ländern Lateinamerikas zwischen 1983/84 und 2000/01 ... 169
Tabelle 13: Kennziffern für den Grad an bürgerlicher Freiheit und politischen Rechten in den Ländern Lateinamerikas zwischen 1983/84 und 2000/01 (Durchschnitt) ... 173
Tabelle 14: Wahlergebnisse der Opposition zur PRI bei den Präsidentschaftswahlen 1952-2000 ... 192
Tabelle 15: Phasen der politischen Entwicklung der PAN ... 194
Tabelle 16: Statistik der Abgeordneten der PAN 1964-1979 ... 201

Tabelle 17: Gouverneursämter der PAN seit 1989 ... 205
Tabelle 18: Ausgliederung und Schaffung halbstaatlicher Körperschaften 1983-1988 ... 214
Tabelle 19: Präsidentschaftswahlen 2000 ... 222
Tabelle 20: Die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen 2003 ... 265
Tabelle 21: Sozialausgaben in Prozent ... 271
Tabelle 22: Who Controls the 'Gasto Público Social' Argentina 1993-1999 (Millions of Pesos) ... 271
Tabelle 23: Argentina's Provinces: Current Expenditure, Total and Personnel (Current Pesos, millions) ... 272
Tabelle 24: Zusammenfassung der öffentlichen Ausgaben für Soziales und Personal bis 1999 im Vergleich ... 272
Tabelle 25: Die durchschnittliche Inflation ... 274
Tabelle 26: Die Arbeitslosigkeit in Städten 1988-2002 ... 275
Tabelle 27: Entwicklung der Armut und der extremen Armut in Städten in Prozent ... 275
Tabelle 28: Selected Macroeconomic Indicators, 1995-199 ... 275
Tabelle 29: Ergebnisse von den Wahlen 1969 und 1970 ... 288
Tabelle 30: Die wichtigsten Wirtschaftsindikatoren 1987-1993 ... 315
Tabelle 31: Entwicklung der wichtigsten Verteilungsindikatoren 1987-1993 ... 315
Tabelle 32: Entwicklung der Zahlen der in extremer Armut und in Armut Lebenden zwischen 1990-1994* ... 316
Tabelle 33: Verteilung des autonomen Einkommens der Haushalte in %* ... 316
Tabelle 34: Wahlergebnisse der PDC ... 322
Tabelle 35: Identifizierung der Bürger mit der DC zwischen 1990 und 1999 (nur eine Antwort möglich) ... 322
Tabelle 36: Politische Einordnung der Sympathisanten der DC in die Links-Rechts-Dyade (1990-1999) ... 323
Tabelle 37: Wahlergebnisse der UDI ... 323

Vorwort

Die vorliegende Dissertation wäre unmöglich ohne das positive Mitwirken einer Vielzahl von Menschen und Institutionen gewesen, die mich unterstützten und fest an den Erfolg dieser Arbeit glaubten.

An erster Stelle möchte ich Prof. Dr. Dieter Nohlen meinen Dank für die Möglichkeit der Durchführung dieser Dissertation im Institut für Politikwissenschaft der Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg aussprechen. Er betreute und lenkte meine Studien aufmerksam, und ich durfte seinen Rat nicht nur in wissenschaftlicher Hinsicht, sondern auch auf persönlicher Ebene jederzeit in Anspruch nehmen.

Ohne die Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung wäre es mir nicht möglich gewesen, diese Dissertation zu Ende zu führen. Hierfür danke ich ganz besonders Dr. Detlev Preuße und Dr. Werner Böhler.

Meinem Freund Alexander Somoza M.A. möchte ich danken, der mit seiner außerordentlichen Geduld den Wortlaut der ursprünglichen Version dieser Dissertation korrigierte. Gleiches gilt für Dr. Martín Lauga, der mir ungeachtet seiner verantwortungsvollen Aufgaben stets zur Verfügung stand, um dieser Abhandlung mehr wissenschaftliche Kohärenz zu verleihen.

Besonders danke ich mich meinen Freunden Dr. Mario Fernández und Dr. Stefan Rinke, auf deren großzügige und wertvolle Hilfsbereitschaft und ich mich jederzeit verlassen konnte.

Ebenso danke ich Frau Claudia Zilla M.A. und Dr. Richard Ortiz für ihre bedachten und präzisen Ratschläge bei der Erarbeitung des theoretischen Gerüsts der Arbeit.

Für meine Forschungstätigkeiten in Deutschland war die Zeit in Heidelberg und Berlin außerordentlich wichtig. Ich danke dem Max-Plank-Institut für ausländiches öffentliches Recht und Völkerrecht und dem Iberoamerikanischen Institut. An beiden Insitututen habe ich nicht nur eine ebenso herzliche wie produktiv-kritische Atmosphäre vorgefunden, sondern auch die Erfahrung gemacht, dass sich bestimmte Einsichten auch und gerade dann einstellen, wenn die Diskussionspartner zu völlig unterschiedlichen Weltregionen arbeiten.

Möge die in diese Arbeit investierte Mühe einen Beitrag zum Studium und Weiterentwicklung der Politikwissenschaften in Lateinamerika leisten.

Heidelberg, Winter 2003

Einführung

Erstmalig seit der Unabhängigkeit der lateinamerikanischen Staaten herrscht in der Region – mit Ausnahme Kubas – ein einziges politische Regime ohne ernsthafte Alternative: die Demokratie. Entgegen der Vorhersagen der Pessimisten und Skeptiker der Demokratie zu Beginn der 1990er Jahre hat sich die Demokratie nicht nur überall verbreitet und in den meisten Ländern dauerhaft etabliert, sondern vielmehr konsolidiert, und dies trotz der Mängel, die sowohl Institutionen als auch politische Akteure aufwiesen.[1] Die vorliegende Studie konzentriert sich auf Letztere, wobei das Augenmerk der Untersuchung auf den politischen Parteien als solche und den in ihnen tätigen Akteure liegt: der politischen Klasse.

Zu den politischen Parteien in Lateinamerika liegen Studien verschiedenen Umfangs und unterschiedlicher Reichweite vor, die Zahl der Untersuchungen, die sich mit ihrer Typologie und ihrem Innenleben beschäftigen, ist jedoch beschränkt.[2] Vergleicht man beispielsweise diese Arbeiten zu Typologie und Innenleben mit kürzlich vorgenommenen Untersuchungen zu den Parteiensystemen Lateinamerikas, so wird ersichtlich, dass die Erforschung parteiinterner Aspekte und der Typologie der Parteien noch nicht sehr weit fortgeschritten ist.[3]

Wie angedeutet liegt ein Defizit an Untersuchungen zu politischen Parteien in Lateinamerika vor, das zudem dadurch verstärkt wird, dass der wissenschaftliche Gehalt diverser Arbeiten vergleichsweise beschränkt ist und über essayistische Betrachtungen kaum hinausgeht. Diese Arbeit geht davon aus, dass die Wirkungsweise dieser Institutionen und das Verhalten der in ihr tätigen politischen Akteure von großer Bedeutung für die Weiterentewicklung der Demokratie in Lateinamerika sind. Eine eingehende Untersuchung ist daher mehr als angebracht.

Ein kurzer Blick auf die jüngste Geschichte Lateinamerikas und ihre Einordnung in einen globalen welthistorischen Kontext führt zu der Feststellung, dass die oben skizzierten Entwicklungen – die politische und wirtschaftliche Liberalisierung – vor etwa 25 Jahren in Lateinamerika wie auch in anderen Regionen der Welt noch undenkbar erschienen wären. Vor etwas mehr als 20 Jahren herrschten in der Region fast ausnahmslos rechtsgerichtete Militärregierungen oder aber sozialistische Regime; der Kontinent war mithin Spielball und Ergebnis des Kalten Krieges. Darüber hinaus dominierte auf ökonomischer Ebene ein (falsch verstandener) Keyne-

---

[1] Zur skeptischen Bewertung der Demokratie in Lateinamerika vgl. Linz 1987, 1990, 1993; Linz/Valenzuela, 1994. In ähnlicher gedanklicher Linie argumentieren hinsichtlich der Qualität und Dauerhaftigkeit der Demokratie in Lateinamerika O'Donnell 1992, 1996; Weffort 1992; Diamond 1994.

[2] Zu Studien politischer Parteien in Lateinamerika siehe Alcantara 2002; Alcantara,/Freidenberg, F. 2001, 2001a, 2001b; Arriagada 1997, 2001; Boeninger 1997; Cardenal/Matí 1998; Diamond 1997; Diamond/Hartlyn 1999; Dutrénit 1998; Esparza 1999; Hernández 2002; Jost 1998; Landi 1995; Lechner 1996a; Lijphart 1994; Linz/Valenzuela 1995; Linz/Diamond/Lipset 1995; López-Alvez 1998; Mainwaring/Scully 2003; Martinez 1997; Mazuca 1997; Mena 1997; Middlebrook 2000; Nolte 1996, 2000; Ramos 1995; Urcuyo; Thibaut 1996, 1997; Zovatto 1995.

[3] Zu Studien von Parteiensystemen in Lateinamerika: Artiga 2000; Bendel 1996, 1998, 1998a; Di Tella 1998; Krennerich 1996; Mainwaring 1993, 1998; Mainwaring/Scully 1995; Mainwaring/Shugar 1997; Nohlen 1986a, 1990, 1990a, 1991a; 1992, 1993, 1996, 1998, 1998e, 1999, 2000, 2001a, 2003;Nohlen/Fernández 1991, 1998; Nohlen/Linz, et al. 1993a; Nohlen/Picado et al 1999; Perelli/Picado et al 1995; Sartori 1997; Schulz 1996; Tanaka 1995

sianismus, mit dessen Hilfe Wachstum und Fortschritt erreicht werden sollte. Er äußerte sich in starken Protektionismusbemühungen der einzelnen Volkswirtschaften und wirtschaftlich aktiven Staaten. Das Panorama hat sich gewandelt: Der Kalte Krieg ist vorüber, der Sozialismus, als alternatives Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, befindet sich im Aussterben und besitzt in Lateinamerika als Staatsdoktrin nur noch einen geringen Einfluss.[4] Die Demokratie hat sich in ihrer liberalen Ausprägung in Lateinamerika etabliert. Die Entwicklung, die Samuel Huntington 1991 als „The Third Wave of Democratization" bezeichnete, hat sich stabilisiert. Auf ökonomischer Ebene konnte sich die marktwirtschaftliche Ordnung in ihrer liberalen, zum Teil auch in ihrer sozialen Ausprägung durchsetzen (vgl. Nohlen 2000a).

Im Rahmen dieses tiefgreifenden Wandels, wuchsen die politischen Parteien zu den wichtigsten politischen Akteuren heran. Die vorliegende Arbeit soll daher Struktur und Funktion der politischen Parteien untersuchen. Den Parteien fiel in Wissenschaft und Praxis nicht immer eine derart zentrale Rolle zu. Die repräsentative Demokratie weist ihnen jedoch eine tragende Rolle innerhalb des politischen Systems zu; gerade ihnen obliegt es, den demokratischen Prozess und die demokratischen Institutionen zu tragen und weiterzuentwickeln. Eine solche Bedeutung verlangte von den Parteien aber auch einen gewaltigen Lernprozess. Schließlich hatten in der Mehrheit der Länder Lateinamerikas die traditionellen Parteien keine oder nur wenig Gelegenheit gehabt, Erfahrungen mit der Demokratie zu sammeln. Insofern war die Situation in den verschiedenen Ländern durchaus vergleichbar.

Während des Entwicklungsprozesses der Demokratie durchliefen die Parteien einen vergleichbaren Prozess, da sie zunächst den Umgang mit den demokratischen Institutionen und Prozessen und anschließend mit dem gesellschaftlichen Umfeld und wirtschaftlichen Notwendigkeiten erlernen mussten. Globalisierungseffekte und Massenmedien traten hinzu, sie stellten nicht nur wirtschaftliche, kulturelle und politische Grenzen in Frage, sie konfrontierten die Parteien mit vollkommen neuen Herausforderungen, vor denen sie sich mit ihren antiquierten, nicht erneuerten Strukturen behaupten mussten. Die vorliegende Arbeit wird zeigen, dass die Mehrheit der lateinamerikanischen Parteien dem Typus der „Volkspartei" zuzuordnen ist, d.h. eben jenem Parteitypus, der die alten Demokratien Europas bis etwa Ende der 1970er Jahre dominierte (vgl. von Beyme 2000).

Der angesprochene Lernprozess war für die Parteien komplex und schwierig, da sie in der öffentlichen Meinung, trotz ihrer entscheidenden Rolle bei der Wiederherstellung der Demokratie, weitgehend negativ beurteilt werden. Der größte Teil der Bevölkerung in Lateinamerika sieht die Parteien als zu entfernt von den Problemen, die die Mehrheit der Menschen der Region betreffen. In der Summe herrscht eine tiefe Enttäuschung hinsichtlich der Parteien, kombiniert mit einer gewissen Resignation darüber, dass die Parteien nicht in der Lage sind, ihr politisches

[4] Eine Ausnahme stellt in diesem Zusammenhang Kuba dar, das aber ohnehin, bedingt durch eine allmähliche Außenöffnung für Investitionen, zu einer Art Sozialismus *sui generis* mutiert ist.

Verhalten zu verbessern. Die vorliegende Untersuchung will klären, ob die Parteien in Lateinamerika, insbesondere im Hinblick auf eine gute Regierungsführung, „verbesserungsfähig“ sind.

Der neue politische Prozess, bei dem die Parteien als wichtigste Akteure in der Demokratie auftreten, steht in engem Zusammenhang mit dem wichtigen Faktor der Struktur- oder neoliberalen Reformen. Allerdings ist unklar, welche Rolle den Parteien bei der Umsetzung dieser Reformen zukommt, mit anderen Worten, waren die Parteien aktiv an der Erarbeitung und Implementation der Reformen beteiligt oder handelte es sich bei den Reformen lediglich um Vorgaben der internationalen Wirtschaftsorganisationen, zu deren Annahme und Umsetzung die politischen Akteure und Institutionen letztlich verpflichtet waren. Damit ist der Grad der Institutionalisierung der politischen Parteien in Lateinamerika angesprochen, und inwiefern dieser Grad Auswirkungen auf wirtschaftspolitischen Resultate in den 1980er und 1990er Jahren hatte.

Der Fokus dieser Arbeit richtet sich auf drei bedeutende politische Parteien Lateinamerikas: die mexikanische *Partido Acción Nacional* (PAN), die argentinische *Partido Justicialista* (PJ) und die chilenische *Partido Demócrata Cristiano* (PDC). Diese drei Parteien waren und sind diejenigen Parteien, die sowohl eine tragende Rolle beim (Re-)Demokratisierungsprozess wie auch für die Planung und Umsetzung der neoliberalen Strukturreformen spielten. Darüber hinaus handelt es sich bei ihnen um Parteien, die in ihren jeweiligen Parteiensystemen traditionell fest verankert und Teil des politischen und kulturellen Besitzstandes der einzelnen Länder sind. Insofern fiel die Wahl nicht zufällig auf sie, stehen sie doch typologisch, programmatisch und ideologisch für drei verschiedene Parteitypen.

Die vergleichend angelegte Arbeit fühlt sich dem historisch-empirischen Ansatz der Politikwissenschaft verpflichtet. Eben jener theoretische und methodologische Rahmen wird in dieser Einführung nachher vorgestellt. Darüber hinaus wird die Fragestellung dargelegt, der Bezug zum Innenleben der politischen Parteien herausgestellt und der Aufbau der Arbeit erläutert werden.

Fragestellung

In der politischen Geschichte Lateinamerikas gibt es eine Reihe von Parteien, die in ihrem jeweiligen Parteiensystem eine wichtige Rolle gespielt haben. Zum Zwecke der Untersuchung wurden vom Autor drei Parteien herausgegriffen, die in ihren jeweiligen Parteisystemen sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart von großer Bedeutung waren und sind.

Die chilenische *Democrácia Cristiana* (PDC/DC), die argentinische *Partido Justicialista* (PJ) und die mexikanische *Partido Acción Nacional* (PAN) waren und sind Akteure in dem bezeichneten historisch-politischen Kontext. Diese drei Parteien spielten eine wichtige Rolle bei den in den 1980er und 90er Jahren durchgeführten Wirtschaftsreformen. Trotz ihres unter-

schiedlichen Ursprungs sind sie sowohl Mitglieder der Internationalen Christdemokratie (IDC)/*Christian Democrat International* (CDI) sowie der unlängst gegründeten Internationalen der Volksparteien/*People's Parties International*.

Diese drei Parteien haben sich ferner an den beschriebenen Reformen beteiligt und wichtige interne Veränderungen in Zusammenhang mit ihrer Parteistruktur erfahren, sowie einen bedeutenden programmatischen wie ideologischen Wandel erlebt, was dazu führte, dass sie ihr Verhalten im Parteiensystem wie auch im sozialpolitischen Kontext, in dem sie agieren, änderten.

PDC, PJ und PAN entstammen verschiedenen Parteienfamilien (im Kontext der Links-Rechts-Dyade), befinden sich aber gegenwärtig in denselben politischen Internationalen. Dies besagt nicht viel, da oft sehr unterschiedliche Parteien denselben internationalen Organisationen angehören. Die hier zu untersuchenden Parteien besitzen derzeit viele Gemeinsamkeiten aber auch wichtige politische Differenzen. Die mexikanische Parteientheorie verortet den Ursprung der PAN im christlich-konservativen Gesellschaftssektor, während die PJ historisch betrachtet als ideologisch diffus bezeichnet werden kann und die DC eine herkömmliche christlich-humanistische Partei ist. Auf den ersten Blick drängt sich die Frage auf, wie diese drei so unterschiedlichen Parteien in denselben politischen Internationalen vertreten sein können und wie sie sich deren politische Prinzipien zu Eigen machen. Die Antwort ist weder leicht noch minder komplex, dennoch ließe sich der Versuch unternehmen, sie mittels weitergehender Fragen zu beantworten: Wie haben sie auf ihrem Weg zueinander gefunden? Wer hat diesen Prozess in welcher Form geleitet und warum?

Diese drei Fragestellungen, die in der vorliegenden Forschungsarbeit beantwortet werden sollen, schlagen eine Brücke zu dem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kontext, in dem sich diese Parteien entwickelt haben und in dem sich auch ihr internes Leben entwickelt hat. Die aufgeworfenen Fragen zeigen ein spezifischeres Fragenfeld in Zusammenhang damit auf, dass in den drei zu erforschenden Fällen die Parteien direkten Einfluss auf die Liberalisierungsreformen der letzten Jahre in Lateinamerika genommen haben. Es bietet sich an zu bestimmen, welchen Grad an Mitwirkung und Verantwortung sie bei den Wirtschaftsreformen hatten, wer letztlich parteiintern den Weg bestimmte, wie sich diese eingeschlagene Richtung aus typologischer Sicht auf die Partei auswirkte und wie diese Gruppen parteiintern strukturiert sind.

Die vorher gestellten Fragen führen uns zu einer Hypothese, die einen Zusammenhang zwischen dem Grad der Institutionalisierung der politischen Parteien und der Qualität der politischen Entscheidungen herstellt. Das bedeutet, je höher der Institutionalisierungsgrad der Parteien ist, desto erfolgreicher verlaufen die politisch-wirtschaftlichen Reformprozesse. Anders ausgedrückt, in dem Maße, in dem die politischen Parteien einen höheren Grad an Institutionalisierung besitzen, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass das Regierungssystem in einem demokratischen Kontext adäquat funktioniert; der Prozess der Entscheidungsfindung sollte zwischen den Parteien flüssiger ablaufen, damit wird die Möglichkeit einer Konsenspolitik bei Schlüssel-

themen wahrscheinlicher. Die Einführung von politischen Koalitionen ist ein Imperativ für große Reformen. Die aufgestellte Hypothese wird in den drei Fällen dieser Arbeit bewertet.

Im Institutionalisierungsprozess der Parteien haben die internen Akteure innerhalb dieser Institutionen eine bedeutende Rolle gespielt. In diesem Sinne ist die politische Klasse, in den jeweiligen nationalen und lokalen Kontexten, der Schlüssel für den Institutionalisierungsgrad von Parteien und für die Ergebnisse des politischen Prozesses. Desgleichen ist es wichtig zu klären, ob das Muster der Ideologie Links-Rechts in diesem Prozess irgendeine Rolle gespielt hat.

Die Forschungsarbeit geht den Weg vom Allgemeinen zum Spezifischen, um von hier aus Vergleiche und Schlussfolgerungen hinsichtlich dieser und anderer Fragen, die sich im Verlauf der Studie ergeben, anzustellen. Parteien müssen sowohl theoretisch als auch als lokalkontextualisiertes politisches Objekt begriffen werden. In Zusammenhang mit diesen Aufgaben bezieht sich der erste Aspekt der Arbeit auf die Parteitheorie und ihre politisch-historische Entwicklung im Kontext der westlichen Demokratien. Der theoretische Ansatz wird uns dabei behilflich sein, die Kontextualität des Untersuchungsgegenstandes auf lokaler Ebene bzw. im lateinamerikanischen Kontext zu erklären (vgl. Nohlen 2003).

Methodik und Ansatz

Der Politikwissenschaft stehen eine Reihe methodischer Zugänge zur Verfügung. Diese Arbeit favorisiert den *historisch-empirischen* Vergleich, um auf einer breiten empirischen Basis Aussagen über die der Arbeit zugrunde liegende allgemeine Hypothese machen zu können. Dennoch soll an dieser Stelle zunächst ein Blick auf die verschiedenen methodischen Ansätze geworfen werden, um deren Stärken und Schwächen herauszuarbeiten und die Vorzüge eines historisch-empirischen Vergleichs herauszustreichen.

Zunächst gibt es den „*theoretisch-empirischen*“ Ansatz von Stein Rokkan (1967, 1968, 1970), der eine Interpretation der politischen Geschichte Europas vorschlägt. Rokkan hat sich im Wesentlichen mit den Parteien und den verschiedenen Parteifamilien in den westlichen Demokratien beschäftigt. Auf sein analytisches Schema aufbauend hat Rokkan insgesamt vier wichtige geschichtliche Umbrüche in der politischen Entwicklung Europas identifiziert, die zur Entstehung der relevanten Konfliktlinien beigetragen haben, und die die europäischen Parteiensysteme strukturiert haben. Diese Umbrüche, die die Konfliktlinien bestimmen, sind heute noch in vielen westlichen Ländern für die klassische Links-Rechts-Unterscheidung verantwortlich.

Bezüglich dieses Ansatzes wurde behauptet, dass „der Schlüssel der Analyse von Rokkan-Seiler sowohl für Entwicklungsländer wie auch für Industrienationen gilt. Der einzige Unterschied besteht darin, dass die Anwendung bei den Entwicklungsländern nicht dieselben Ergebnisse abwirft wie bei den Industrieländern.“ (Charlot 1985, 448) Die Aussagen von Jean Charlot bergen einen Widerspruch in sich. Der Ansatz sollte einerseits auf Industrienationen und auf

Entwicklungsländer angewandt werden, jedoch stimmen die Ergebnisse für die Entwicklungsländer laut Aussage Charlots nicht überein. Was wird hier nun vorgeschlagen? Wird der Versuch unternommen, bei der Auseinandersetzung mit politischen Parteien in Lateinamerika den methodischen Ansatz von Stein Rokkan in seiner reinen Form zu verwenden, muss komplementär und künstlich eine Konflikt- und Cleavagetypologie[5] erzeugt werden. Nur so lässt sich das Modell von Rokkan verwenden. Dieser methodische Ansatz versucht, durch eine Analyse eine Erklärung in zwei Richtungen zu anzubieten: einerseits durch eine synchrone Analyse zur besseren Bestimmung der einzelnen (konstitutiven) Elemente der Parteien, andererseits auf der Grundlage einer diachronen Analyse zur Bestimmung der Entwicklung des Cleavagesystems, auf dem die lateinamerikanischen Parteien aufbauen. All dies soll unter Verwendung der komparativen Methode geschehen. Solange sich die Beschäftigung auf einigermaßen analoge Länder und Parteien oder solche mit ähnlichen Merkmalen beschränkt, dürfte diese Methodik keine großen Probleme aufwerfen. Die Wirklichkeit in Lateinamerika zeigt jedoch, dass die Parteien wie auch die Länder neben bestimmten Gemeinsamkeiten im Allgemeinen Unterschiede aufweisen. Die synchrone Analyse wird dadurch erschwert, dass die Ergebnisse das Problem nicht in seiner Ganzheit aufklären. Sollte zum Beispiel anhand einer Rokkan-Tabelle der Versuch unternommen werden, alle christdemokratischen Parteien Lateinamerikas zu vergleichen, unter der Annahme einer Homogenität der Mehrzahl ihrer Elemente und ohne Berücksichtigung lokaler, sozialer, kultureller und historischer Kontexte, so ermöglicht der Vergleich keine zutreffende Schlussfolgerung, sondern lediglich eine numerische und deskriptive Tabelle der berücksichtigten Parteien. Diese Methode verfolgt durch den Vergleich die Homogenisierung der zu vergleichenden Elemente. Im Gegenzug werden die nicht-homogenisierungsfähigen Elemente im Allgemeinen nicht verglichen.[6] Grundsätzlich kann dieser Ansatz für die Analyse der lateinamerikanischen Parteien nützlich sein, er bedarf aber unbedingt der Ergänzung durch einen weiteren politologischen Ansatz.

Der zweite, „normative“[7] Ansatz zeichnet sich dadurch aus, dass alles, was sich auf das Wahl- und somit auf das Parteiensystem bezieht, „aus der theoretischen sogar fast axiomatischen Überzeugung, die in Zusammenhang zu den Theorien der Demokratie oder des guten Regierens stehen, angegangen wird“ (Nohlen 1999: 72). Dieser Ansatz geht auf die Diskussionen zwischen John Stuart Mill und Walter Bagehot zurück. Aus der Sicht dieses Ansatzes versucht man von einem Fall ausgehend zu allgemeingültigen Aussagen zu gelangen, d.h. was an einem bestimmten Ort und unter bestimmten Variablen erfolgreich ist, müsse an einem anderen Ort

[5] Der Begriff „*Cleavage*“ ist ein komplexer Begriff, der seit einigen Jahren in der Politikwissenschaft verwendet wird. Auch in der Soziologie wird er beständig eingesetzt. Der Verfasser definiert ihn kurz nach den Normen der Minimaldefinition als „soziale Spannungen“ (Nohlen 1998; 46).

[6] Einige Studien über lateinamerikanische Parteien begehen genau diesen Fehler, wie etwa eine Arbeit jüngsten Datums von Alfredo Ramos Jiménez (1995) die den Rokkan-Ansatz wortwörtlich anzuwenden versucht. Es gelingt dem Autor weder den Ansatz zu klären noch korrekt anzuwenden.

[7] Der Begriff „normativ“ im Sinne Nohlens bezieht sich nicht auf „rechtliche Normen, sondern auf Werte und Ideale, die sich aus den Elementen ergeben, die den entsprechenden Ansatz charakterisieren“ (übersetzt durch den Verfasser) (72: 1999).

und unter ähnlichen Variablen ebenfalls Erfolg haben. Grundsätzlich versucht diese These, Verallgemeinerungen zu validieren; so wird zum Beispiel hinsichtlich der Wahlsysteme behauptet, „die Mehrheitswahl führe zu einem Zweiparteiensystem“ (vgl. Nohlen 1999: 73). Wie Nohlen zu Recht feststellt, liegt die Gefahr bei diesem Ansatz darin, dass häufig „Nicht-Spezialisten“ Hypothesen wagen, die sich auf Vermutungen des normativen Ansatzes stützen und zur Generalisierung aller Art von Schlussfolgerungen neigen. Dieses wird in einer Reihe von „politikwissenschaftlichen Studien“ über politische Parteien in Lateinamerika deutlich, wo, gestützt auf Vermutungen normativer Theorien, sehr konfuse Schlussfolgerungen und Verallgemeinerungen geliefert werden.[8] Eine weitere Schwäche dieses Ansatzes liegt darin, dass er bei der Analyse von Wahlsystemen und Parteiensystemen weder Aussagen über das Differenzierungsspektrum zwischen den einzelnen Ländern macht, noch sie in den spezifischen historischen Kontext einbettet (Nohlen 1999: 74).

Ein dritter methodischer Ansatz ist der „empirisch-statistische“ Ansatz. Für die Ausarbeitung von wichtigen Schlussfolgerungen erfordert diese Studientheorie eine Vielzahl von Fällen. Im Unterschied zum normativen Ansatz erklärt dieser eindeutig die Bestandteile sowohl der Wahl- als auch der Parteiensysteme, da dieser sie „statistisch wie Variablen im Rahmen einer multikausalen Beziehung“ (Nohlen 1999: 75) behandelt. Ohne Zweifel sind die durch diesen Ansatz erreichten Fortschritte von großer Bedeutung, vor allem dank der von Douglas W. Rae (1967) und Arend Lijphart (1994) durchgeführten Studien. Dennoch liegen die Hauptprobleme dieses Ansatzes darin begründet, dass sie ihr Studienobjekt allzu sehr in den Mittelpunkt rücken, ohne die historische Vielschichtigkeit der Fälle angemessen zu berücksichtigen. Dies kann dazu führen, dass die Forschungsarbeit verfälscht wird, da häufig die Ergebnisse mit der Realität nicht übereinstimmen. Dieser Ansatz, der sein Vorgehen in der mathematischen Rationalität zentriert, birgt genau hier ein problematisches Element: die Untersuchung kann zu einer einfachen Studienobjektbeschreibung führen und somit die eigentliche politikwissenschaftliche Analyse verfehlen.

Die interessante politologische Diskussion der letzten Jahre in Lateinamerika zeugt sowohl von der Diskrepanz bezüglich des Ansatzes als auch der Methodik bei der Auseinandersetzung mit dem Studienobjekt (Lauga 1998). Einer dieser politologischen Ansätze, der die lateinamerikanische Politikwissenschaft geprägt hat, ist der der *Heidelberger Schule*, bekannt als „historisch-empirischer-Ansatz“ oder als „kontextbezogene Forschung“. Dieser wurde im Wesentlichen zu Beginn der 1980er Jahre herausgearbeitet und gelangte in den 1990er Jahren zur Konsolidierung seiner wissenschaftlichen Interpretation (vgl. Ortiz 2004).

Obgleich der historisch-empirische Ansatz seine Aufmerksamkeit auf die Auseinanderset-

[8] Beispiele dafür mögen Jaime Cárdenas García (1992) und eine Studie neuesten Datums von Bernardino Esparza Martínez (1999) sein. Beide Arbeiten versuchen, Parteien aus ihrem eigenen Umfeld heraus zu klassifizieren und diese Klassifizierung auf sämtliche übrigen Länder anzuwenden. Ausgehend von nicht sehr klaren kausalen Beziehungen formulieren sie eine Reihe von Verallgemeinerungen.

zung mit Wahlsystemen und die Analyse des sozialpolitischen Kontextes zentriert hat (Nohlen 1999: 76), hat sich sein Einfluss in den letzten Jahren auf andere Bereiche der politologischen Auseinandersetzung erweitert,[9] wie zum Beispiel auf Regierungssysteme und ihre Reformen (Nohlen/Fernández 1991; 1998; Thibaut 1996), Theorie der Demokratie und Prozesse der Redemokratisierung (Lauga 1999; Barrios 1999), Parteien- und Wahlsysteme (Bendel 1996; Krennerich 1996), Sozialpolitik (Sottoli 1999) und politisch-historische Kontexte (Huneeus 2001). Diese Studien haben wie andere ihrer Art nicht nur die Anwendbarkeit dieses Ansatzes bewiesen, sondern mithin eine starke politologische Forschungsrichtung entwickelt, die derzeit bedeutenden Einfluss auf die lateinamerikanische Politikwissenschaft ausübt. Ist dieser Ansatz auch individualisierend-deskriptiv, basiert seine Methodik dennoch auf dem Vergleich der Studienobjekte und wird als „komparative Methode" definiert.

Aus diesem Grund kommt der Definition des Einzelfalles eine tragende Bedeutung zu, da sich ausgehend von der Induktion eines konkreten Objektes und seiner eindeutigen Definition präzisere Vergleichsmöglichkeiten ergeben. Die Stärke dieses Ansatzes liegt in der genauen Ausarbeitung von Hypothese- und Vergleichstheorien. Ebenso wird diese Rigorosität bei der terminologischen Genauigkeit und bei der klassifikatorischen Arbeit festgestellt (Nohlen 1999: 76). Der historisch-empirische Ansatz bezeichnet eindeutig die zirkuläre Beziehung zwischen Wahl- und Parteiensystem, was bedeutet, dass Wahlsysteme sowohl unabhängige als auch abhängige Variablen sind. Ein weiterer wichtiger Beitrag, den diese Richtung der Forschung liefert, besteht darin, dass er Faktoren wie politische Kultur und politisch-historische Prozesse aufgreift, die sich in jedem Land entwickeln und Variablen darstellen, die sich auf das politische System als solches auswirken.

Im Zuge der Auseinandersetzung mit politischen Parteien und ihren internen Gruppen im lateinamerikanischen Kontext und der Beschäftigung mit Institutionen, die je nach Kontext und Ziel der Forschung als unabhängige oder abhängige Variablen analysiert werden können, wird zusammenfassend in dieser Forschungsarbeit der empirisch-historische Ansatz verwendet. Der hier anzuwendende methodische Ansatz trägt die Merkmale „komparativ", „historisch", „empirisch" sowie „induktiv" und hat seinen Schwerpunkt in der zirkularen, multifaktoralen und kontingenten Erklärungskonzeption (siehe Nohlen 2003).

Ein wesentlicher Vorzug dieses Ansatzes besteht darin, dass er sehr genaue Forschungsergebnisse liefert, wie etliche in Lateinamerika bisher durchgeführte Studien dieser Forschungsrichtung belegen. Es lässt sich schwerlich ein anderer Ansatz bestimmen, der Untersuchungen erlaubt, die den politischen Systemen Lateinamerikas in gleicher Weise gerecht werden.

[9] Für eine tiefere Beschäftigung mit dem historisch-empirischen Ansatz, siehe Dieter Nohlen 1978, 1981, 1994, 1995, 1996, 1998, 1999, 2000, 2001 und 2003.

Vergleichende Methode

Dem Vergleich kommt in der Politikwissenschaft eine tragende Bedeutung zu. Da diese nicht als Abstraktum angegangen wird, hat sie mit politischen Phänomenen zu tun, die sowohl auf Institutionen, als auch auf Personen einwirken (von Beyme 1988: 50). Wenn an dieser Stelle von Phänomenen im Plural gesprochen wird, so impliziert dies eine Betrachtung, die über einen konkreten Sachverhalt bzw. Fall oder eine gegebene Situation hinausgeht; somit führt diese Art der Annäherung an die Thematik unmittelbar zum Vergleich der gewählten Phänomene oder Studienobjekte. Der Vergleich ist während der letzten Jahre in der Politikwissenschaft sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht weiterentwickelt worden, so dass durchaus von einer vergleichenden Politologie gesprochen werden kann (Almond 1990: 14). Diese Entwicklung hat ihre Ursache hauptsächlich in der Intensivierung der internen Debatte auf diesem Gebiet, die in Fachkreisen eine Diskussion anstieß, die ihrerseits einen Beitrag zur Verbesserung der Methodik leistete. Die Unterschiede, die in der politikwissenschaftlichen Debatte zu Tage treten, beziehen sich auf den in der Politologie anzuwendenden Ansatz. Darüber hinaus gibt es Unterschiede innerhalb ein und desselben Ansatzes, wenn die komparative Methode angelegt wird. Als Beispiel diente die Wirtschaftspolitik, bei der ersichtlich wird, dass innerhalb einer bestimmten Methode verschiedene Konzepte über die Anwendung der komparativen Methode koexistieren.[10]

Viele Sozialwissenschaftler neigen bei ihren Versuchen, die hinsichtlich der Parteien und Parteiensysteme bestehenden Unterschiede zu erklären, dazu, sich beim Vergleich der Parteiensysteme, Demokratien und der Transition zur Demokratie auf eine Analyse der gesellschaftlichen Klassen und die Bildung fester Parteiallianzen zu konzentrieren. Diese Soziologen gehen davon aus, dass der Wandel politischer Institutionen oder anderer damit vergleichbarer Studienobjekte sich am Einfluss der herrschenden Klassen zusammen mit der Fähigkeit der beherrschte Klassen, sich zu organisieren und zu mobilisieren, messen lässt (Lopez-Alves 1998: 14).

Andere Wissenschaftler gehen einen anderen methodologischen Weg, verwenden abstraktere Modelle und setzen den Schwerpunkt auf das Individuum. Diese stehen den Variablen der klassischen Theorie näher. Letztere beobachten das Individuum als einen Akteur, der seine Strategie rational überlegt, da er seine ganze Handlungsstrategie auf der Grundlage der ihm zur Verfügung stehenden Information begründet; folglich orientiert sich seine Antwort an den Möglichkeiten, die sowohl die wirtschaftliche als auch die politische Dimension bieten. [11]

Wie sich im Inneren dieser beiden Analysekategorien beobachtet lässt, hat bei Ersteren der Klassenkampf Vorrang, während bei Letzteren die kognitiven Prozesse der Menschen im Vordergrund stehen. Das vorangehende Beispiel zeigt, dass sich die Anwendung der komparativen

[10] Vgl. Downs 1957 und North 1981.

[11] Die Vergleichsanalyse politischer Institutionen von D. North (1981, 1990) verwendet die als „*rational choice theory*“ bekannte Denkrichtung.

Methode bei den Sozialwissenschaften im Allgemeinen und besonders bei den Politikwissenschaften nicht einfach gestaltet und sich, wie bereits erwähnt, nach der im konkreten Fall einzusetzenden Methode richtet (Nohlen 1994d: 507).

Im ersten Teil des Kapitels wurde bereits dargelegt, dass der vorliegenden Forschungsarbeit der *historisch-empirische* Ansatz zugrunde gelegt wird, der, wie ebenfalls beschrieben, bei der Arbeit mit der vergleichenden Methode eine Reihe von Vorteilen besitzt. Vielleicht besteht sein wichtigster Vorzug darin, dass er sich für eine Durchführung induktiver Fallanalysen und einen Vergleich der Ergebnisse mit ähnlichen Variablen in den einzelnen Fällen nachgerade anbietet (Nohlen 1999). Die in den folgenden Kapiteln zu drei lateinamerikanischen Parteien – PDC, PJ und PAN – durchgeführte Studie analysiert gesellschaftliche, politische, kulturelle und wirtschaftliche Variablen, die jedoch stets im historischen Zusammenhang gesehen werden. So werden drei politische Parteien vergleichen, die zu unterschiedlichen Kontexten gehören. Daher wird der Vergleich hauptsächlich qualitativ sein. Ausgehend vom Vergleich dieser drei Studienobjekte ist es möglich, die Rolle der Parteien bei den Ergebnissen der Wahlreformen in Lateinamerika zu generalisieren.

Vergleichsstrategie hierbei wird die *small N comparative strategy* sein. Der Vergleich von lediglich drei Studienobjekten, der sich zunächst als Nachteil ausnimmt, ist in jedem Fall von Vorteil. Da die komparative Methode vor allem Kausalbeziehungen zwischen gesellschaftlichen Phänomenen herstellt, besteht die Aufgabe darin, diejenigen Faktoren zu bestimmen und auszusondern, die für die anzustellende Untersuchung als ursächlich angesehen werden können. Die zu erklärenden Phänomene wären in diesem Sinne die abhängigen Variablen; die Relation zwischen abhängigen und unabhängigen Variablen wird jedoch zu einem beträchtlichen Ausmaß von den kontextabhängigen Variablen modifiziert. Nur so lässt sich der Umstand erklären, dass vergleichbare Faktoren unterschiedliche, wenn nicht gegensätzliche Auswirkungen hervorrufen. Beim Vergleich muss ferner eine weitere Fragestellung berücksichtigt werden: a) der Untersuchungsgegenstand, im vorliegenden Fall die erwähnten politischen Parteien, b) der Kontext, der sich in diesem Fall relativ homogen gestaltet, c) der Untersuchungszeitraum, der hier synchron ist, da die drei zu analysierenden Fälle sich auf den Zeitraum der 1980er und insbesondere die 1990er Jahre beschränken, d) der Raum, innerhalb dessen der Vergleich stattfindet, ist im überstaatlichen Bereich, da diese Studie sich mit der Region Lateinamerika befasst und schließlich e) die für den Vergleich anzuwendenden Strategien, zu denen die Methode der Konkordanz wie auch die Methode der Differenz zählt. Die Methode der Konkordanz bedient sich der Vergleichbarkeit der operativen Variablen und der kontextuellen Variablen.

Für diese Untersuchung ist die abhängige Variable die interne Dimension der politischen Parteien und ihre Rolle bei den marktwirtschaftlichen Reformen: Die unabhängige Variable ist der heterogene Ursprung der politischen Parteien in ihrem politischen und historischen Kontext und ihr Institutionalisierungsgrad. Dennoch muss darauf hingewiesen werden, dass die Beschäf-

tigung mit der vergleichenden Methode mittels des empirisch-historischen Ansatzes einerseits ein eingehendes Studium der theoretischen Literatur des zu behandelnden Themas, in diesem Fall die politischen Parteien in Lateinamerika, voraussetzt, andererseits eine gründliche Beschäftigung sowohl mit dem jeweiligen Zeitraum als auch mit dem Kontext erfordert. Denn sicher ist der zeitgleiche Umgang mit historischen Kontexten ein weiterer Vorteil dieses Ansatzes.[12]

Aufbau der Arbeit

Kapitel 1 widmet sich den politischen Parteien als zentralen Akteuren der politischen Willensbildung. Hier werden die theoretischen Grundlagen zu Funktion und Struktur erörtert und eine typologische Verortung der verschiedenen Organisationsformen von Parteien vorgenommen. Der zweite Teil dieses Kapitels wendet sich dem Innenleben der Parteien zu, ihrer Funktionsweise und ihrem bürokratischen Aufbau. Es werden die internen Machtstrukturen, klientelistische Beziehungen und innerparteiliche Demokratie untersucht und vor dem Hintergrund der Elitentheorien dargestellt. Hierbei wird auch die Wirkungsweise der parteiinternen Gruppen eingehend untersucht. Dabei werden Ursache und Umstände ihrer Entstehung analysiert und ihre jeweilige Funktion in den unterschiedlichen Parteientypen herausgehoben. Schließlich schlägt das Kapitel ausgehend von der Beobachtung der Wirkungsweise der parteiinternen Gruppen eine *accountability* bei parteiinternen Abläufen als Möglichkeit vor, die interne Funktionsweise dieser Institutionen transparenter zu gestalten.

In Kapitel 2 wird ein Schema zur ideologischen und programmatischen Verortung von Parteien entwickelt. Es wird aufbauend auf Norberto Bobbio (1994) und mit dessen theoretischer Hilfestellung eine ideologische Matrix für die politischen Parteien in Lateinamerika erstellt; die entsprechenden Institutionen wurden auf der Grundlage ihres ideologischen und programmatischen Selbstverständnisses sowie dem Handeln der politischen Akteure eingestuft. Der zweite Teil des Kapitels beschäftigt sich mit der wirtschaftlichen Dimension und wie Linke und Rechte um ihre Auffassungen im Bereich der Wirtschaft stritten. Dabei wird ein weiteres Thema angesprochen, mit dem sich die Untersuchung ebenfalls beschäftigt: die Strukturreformen, und weshalb sie in Lateinamerika zur Anwendung gelangen. Im Vordergrund hierbei steht die Diskussion um *desarrollismo* und Neoliberalismus.

Kapitel 3 schließlich betrifft unmittelbar die Frage der politischen Parteien in Lateinamerika, ihren derzeitigen Zustand, den Grad der Repräsentation sowie ihre Stärken und Schwächen. Dazu wird die Parteienentwicklung an die Konsolidierung der Demokratie und ihren derzeitigen Zustand in Lateinamerika gekoppelt. Kapitel 4, 5 und 6 – der empirische Kern der Arbeit – behandeln die drei für die vorliegende Untersuchung bedeutsamen Parteien. Es wird eine Einfüh-

[12] Bei dieser Forschungsarbeit werden Fallstudien erstellt, um sie anschließend einem Vergleich zu unterziehen.

rung in die Geschichte jeder der drei Parteien – PAN, PJ und PDC – sowie ihr jeweiliges ideologisches Fundament und die politischen Akteure, die die Parteien prägten, vorgenommen. Es wird die politische Entwicklung der Parteien und in jedem Einzelfall Geschichte, Werdegang, Funktionsweise und Führungsansprüche in den internen Gruppen und damit das Innenleben der Parteien dargelegt. Außerdem wird die Beziehung der Partei und der internen Gruppen zu Strukturreformen und der Rolle, die die Parteien bei Gestaltung, Umsetzung und Ergebnis dieser einnahmen, erklärt. Schließlich wird der Versuch unternommen, aus ideologischer Sicht zu klassifizieren. In diesen Kapiteln wird ferner die Beziehung erklärt, die die Partei zum Parteiensystem einnimmt wie auch die Variablen, die für jede der Parteien über den Erfolg in der Politik und an den Urnen bzw. ihr Scheitern entschieden.

Bei jeder einzelnen Partei wird der Grad der Institutionalisierung untersucht und wie dies das Ergebnis der politisch-wirtschaftlichen Reformen beeinflusste, die vor allem in den 1980er und 1990er Jahren durchgeführt wurden. Schließlich wird in diesem Kapitel jede der Parteien tiefgreifend untersucht, um den Zustand der Parteien in Lateinamerika ausgehend von einer kleinen Auswahl an Parteien zu erklären, die jedoch auf der Grundlage der vorangehenden Kapitel bis zu einem gewissen Grad allgemeine Schlüsse auf den Zustand der Parteien in Lateinamerika zulassen. Kapitel 7 enthält einige Schlussfolgerungen über die Diskussion „Präsidentialismus vs. Parlamentarismus“, über den Zustand der Demokratie in Lateinamerika, die Debatte zur Frage nach der Ideologie der Parteien, ihre Rolle bei den Reformen und ihren Status Quo. Die Untersuchung schließt mit einem Ausblick auf die Aufgaben und Herausforderungen, denen sich die lateinamerikanischen Parteien in den kommenden Jahren gegenüber sehen.

1 Die politische Partei und ihr Innenleben

Die politischen Parteien besitzen eine externe und eine interne Dimension. Die externe Dimension bezieht sich auf ihr Verhältnis zum Parteiensystem und den Institutionen, die ein Teil des politischen Systems im Allgemeinen sind; die interne Dimension bezieht sich auf das interne Leben, das Verhalten der Mitglieder und Gruppen, die die politischen Parteien bilden und auf die Interaktionen, die sich innerhalb der Parteien ergeben.

Dieses Kapitel versucht beide Dimensionen zu ergründen, wobei der Schwerpunkt auf Letzterer liegt, d.h. auf der Dimension, die sich auf das interne Leben der politischen Parteien bezieht. Zu dieser Dimension gibt es noch nicht so viele politologische Untersuchungen im Vergleich zu denen, die sich auf die Parteien als Institutionen beziehen.

Der erste Teil des Kapitels befasst sich mit der zeitgenössischen Theorie der politischen Parteien und der Entwicklung dieser Institutionen. Der zweite Teil des Kapitels bezieht sich auf das interne Leben der politischen Parteien. Es werden die Konzepte der Elite und der politischen Klasse, Klientelismus und klientelistische Beziehungen, die interne Demokratie und interne Gruppen im Kontext der unterschiedlichen Parteitypen erörtert. Der dritte Teil des Kapitels steht in Bezug zum internen Leben der lateinamerikanischen Parteien, den Gruppen und dem Funktionieren der internen Demokratie. Abschließend wird ein Vorschlag für ein besseres Funktionieren der Parteien in den neuen Demokratien Lateinamerikas entwickelt.

1.1 Das Parteiensystem im Verhältnis zu Wahlsystem und Regierungssystem

In regelmäßigen Abständen wird die theoretische Frage nach dem Ende der Parteien in den Raum gestellt, mit der Feststellung, diese müssten durch einen zeitgemäßeren Typ einer sozialen Organisation ersetzt werden (vgl. von Beyme 1982). Allerdings ist in der Gegenwart kein Typ einer sozialen Organisation entstanden, der imstande wäre, die von den Parteien im Staat wahrgenommene Rolle zu ersetzen. Mehr noch: In bestimmten Zeiträumen der jüngeren Geschichte waren es häufig gerade soziale Bewegungen, die sich im Laufe ihrer Evolution zu Parteien entwickelten, womit jedoch keine Konstante begründet ist. (von Beyme 2000: 18f.).

Der Ursprung der Parteien ist auf das Engste mit dem Wahlsystem und dem Regierungssystem verknüpft (Nohlen 1998, 2000). Werden diese drei Systeme als Teile des politischen Systems aufgefasst, in dem einem jedem dieser drei Subsysteme eine bestimmte Rolle im Aufbau des politischen Systems zukommt, so bedeutet dies, dass die Bestandteile des politischen Systems in einer wechselseitigen Abhängigkeit zueinander stehen und damit Variablen des übergeordneten Systems sind. Wie bereits festgestellt, ist eine dieser Variablen das Parteiensystem. Innerhalb dieser Variable oder dieses Subsystems treten die politischen Parteien zueinander in Be-

ziehung (Nohlen 1996). Bei dieser Beziehung zwischen den Subsystemen oder Variablen untereinander handelt es sich nicht um ein homogenes Verhältnis, da das „Regierungssystem“ und das „Wahlsystem“ mit dem Parteiensystem in zweierlei Hinsicht auf asymmetrische Weise verbunden sind: Zum einen gilt dies hinsichtlich der Fähigkeit der Variable „Parteiensystem“, Alternativen zum Prozess des Aufbaus oder von Reformen im Bereich der Verfassung zu bieten. Es lässt sich ferner feststellen, dass die Variable „Parteiensystem“ im Gegensatz zu den Variablen „Regierungssystem“ und „Wahlsystem“ keine institutionelle Variable im eigentlichen Sinne darstellt, da innerhalb des politischen Systems die in ihm partizipierenden Akteure bis zu einem bestimmten Grad beispielsweise über den Regierungstyp oder die Regierungsform, die sie sich geben wollen, sowie über das Wahlsystem als Instrument der Partizipation bestimmen. Die innerhalb des politischen Systems getroffenen institutionellen Entscheidungen besitzen hinsichtlich der politischen Parteien jedoch nicht dasselbe Gewicht wie bezüglich der in den übrigen angesprochenen Systemen getroffenen Entscheidungen, da das Parteiensystem vor allem von historischen, sozialen und kulturellen Faktoren determiniert wird, bei denen, wie bereits festgestellt, die so genannten politischen und konstitutionellen Akteure nicht im gleichen Maße Einfluss ausüben wie in den anderen beiden Systemen.

Zum anderen äußert sich diese Asymmetrie hinsichtlich der Variable „Parteiensystem“ vor dem Hintergrund des politischen Systems, in dem sich die beiden übrigen erwähnten Variablen bewegen, wie folgt: Die Rolle der Variablen „Parteiensystem“ ist von der Rolle der beiden anderen Variablen unabhängig. Es ist jedoch sehr wohl darauf hinzuweisen, dass das Parteiensystem nur in Abhängigkeit von zuvor getroffenen politisch-institutionellen Entscheidungen über Regierungsform und Wahlsystem besteht. In diesem Zusammenhang lässt sich beobachten, dass die Variable „Parteiensystem“ auf die institutionelle Struktur in drei Bereichen unmittelbaren Einfluss nimmt: (a) bei der Wahl eines bestimmten institutionellen Rahmens für das politische System (b) bei den sich daraus ergebenden Gepflogenheiten (c) in der Frage der Auswirkungen, die die jeweilige gewählte Politik auf den institutionellen Rahmen hat.

Es wird demnach ersichtlich, dass die Variable „Parteiensystem“ einen zweidimensionalen Charakter hat: Einerseits stellt sie sich mit ihrem Gebundensein an historische, kulturelle und soziale Faktoren dar, andererseits äußert sie sich im Kontext der konstitutionellen Instanzen. Ferner ist die Präzisierung angebracht, dass das Wahlsystem bis zu einem bestimmten Grad das Parteiensystem mitbeeinflusst, da der gesetzliche Rahmen, dem das Wahlsystem unterliegt, sich auf die Struktur und Wettbewerbsfähigkeit des Parteiensystems auswirkt. In jedem Fall ist darauf hinzuweisen, dass das Verhältnis der beiden Systeme zueinander nicht a priori feststeht; vielmehr erweist es sich als außerordentlich komplexe Aufgabe, eine Variable im Beziehungsrahmen Gesellschaft – Wahlsystem – Parteiensystem als abhängig oder unabhängig zu benennen. Zudem ist die Feststellung vonnöten, dass die Struktur der politischen Parteien für die Gestaltung und Auswahl eines Wahlsystems von Bedeutung ist, wie auch Letzteres sich umgekehrt

auf das Parteiensystem auswirkt. Somit liegt eine zirkuläre Kausalbeziehung vor (Nohlen/Kasapovic 1996: 13).

Letztlich sind für eine Betrachtung der Wahlsysteme insofern die unter bestimmten Vorzeichen und in konkreten Fällen auftretenden soziopolitischen Bedingungen zu berücksichtigen, während dagegen eine Untersuchung des Parteiensystems eine Analyse der sozialen, historischen, kulturellen, ethnischen und religiösen Faktoren erfordert, die einer bestimmte Gesellschaft zu eigen sind (Monsalve/Sottoli 1999: 156ff.).

Der Einfluss, den das Wahlsystem auf das Parteiensystem ausübt, ist somit zwar real, jedoch weder entscheidend noch kausal. „De acuerdo con los resultados de nuestros análisis, el sistema electoral no es más que un factor entre otros que influyen en la configuración de un sistema de partidos. Su importancia real es variable, de modo que es preciso un análisis histórico concreto en cada caso para averiguar si el sistema electoral tiene una fusión mayor o menor entre los elementos constitutivos de un sistema de partidos." (Nohlen 1998: 402)

1.1.1 Die Entstehung der politischen Parteien

Bei der Parteibildung kann auf das Verständnis der Parteien als Produkt historischer, sozialer und kultureller Faktoren und insofern als „Teil eines Ganzen" oder „Kanäle des Ausdrucks" (Sartori 1976) zurückgegriffen werden. Sie erfüllen somit zwei Funktionen: Repräsentation und Artikulation (Sartori 1976: 26f.).[13] Politischen Parteien im modernen Sinne entstehen, als die politischen Systeme ein durch Arbeitsteilung, strukturelle Autonomie und innere Komplexität gekennzeichnetes Niveau erreichen, und als an der Entscheidungsfindung verschiedene Bestandteile des Systems partizipieren, und in diesen diejenigen repräsentiert sind, an die sich die politischen Entscheidungen richten. Die politische Partei entsteht daher zu einem Zeitpunkt, an dem größere Teile der Bevölkerung an der politischen Macht zu partizipieren beginnen, und sich zu diesem Zweck auch organisieren. (Oppo 1983: 1184).

Zur Darstellung des Entstehens der politischen Parteien können drei theoretische Ansätze herangezogen werden: a) institutionelle Theorien, welche die Parteien aus der Entwicklung parlamentarischer Systeme und der ihnen zugrunde liegenden Wahlsysteme ableiteten; b) historische Krisensituationstheorien, die mit der Neuentstehung von Staaten oder dem Zusammenbruch von Verfassungssystemen operierten; c) Modernisierungstheorien, die weniger politische Faktoren als soziale und ökonomische Grundlagen der Parteienentstehung analysierten (von Beyme 1982: 27f.).

Den *institutionellen* Theorien zufolge verdanken die politischen Parteien ihr Entstehen vor allem der Existenz und dem Funktionieren der repräsentativen Institutionen. Die Entstehung der Parteien in den Vereinigten Staaten und Großbritannien können mit diesem theoretischen An-

[13] Sartori betont vor allem die zweite der genannten Funktionen.

satz gut erklärt werden, da sich in diesen Ländern eine gewisse Kontinuität hinsichtlich der repräsentativen Institutionen, die sich unabhängig von den Regierungen entwickelten, abzeichnet. „Spätestens seit 1835 war in Großbritannien die Abhängigkeit der Regierung vom Vertrauen des Parlaments gesichert“ (von Beyme 1982: 28).[14] Den institutionellen Theorien zufolge war das Wahlsystem von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der repräsentativen Regierungen. Aus diesem Grund wirken sich sowohl der Parlamentarismus als auch das Wahlsystem auf die Bildung der politischen Parteien aus. Dies bedeutet jedoch nicht gleichzeitig, dass ihre Entwicklung parallel verlaufen wäre, da die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts wesentlich später erfolgte als die Entwicklung des Parlamentarismus. Wenngleich die liberalen Gruppierungen einen Beitrag zur Entstehung des Parlamentarismus und der politischen Parteien leisteten, so waren sie weniger gewillt, das Wahlrecht auszudehnen; darüber hinaus wehrten sie sich in einigen Fällen, wie beispielsweise in Großbritannien, Belgien, Dänemark, Italien und Norwegen, gegen die Ausbreitung des Wahlrechts. Im Gegensatz hierzu führten einige autoritäre Regierungen ohne das Gegengewicht eines Parlaments das allgemeine (Männer-)Wahlrecht ein oder behielten es bei (Bismarck in Deutschland bzw. Napoleon III in Frankreich).

In diesem Zusammenhang führte die Ausdehnung des Wahlrechts zum Entstehen und Wachsen der politischen Parteien, da die Protestgruppen dazu übergingen, sich innerhalb dieser neuen Organisationen und außerhalb der Parlamente (von Beyme 1982: 31) zu organisieren; dies traf insbesondere auf die sozialistischen und christlichen Parteien zu. Ausschließlich auf der Grundlage des institutionellen Wandels vor dem Hintergrund der parlamentarischen und wahlrechtlichen Prozesse lässt sich das Entstehen der politischen Parteien jedoch nicht erklären (von Beyme 1982: 31).

Die Krisentheorien erklären das Entstehen der politischen Parteien vor allem mit dem Aufkommen neuer ideologischer Bewegungen. Sie richten ihr Hauptaugenmerk auf den Transformationsprozess der Parteien im Laufe ihrer Geschichte. Aus diesem Grunde gliedert sich das Entstehen der Parteien in zumindest drei Zeiträume: a) während des *Entstehens neuer Staaten*. Im Anschluss an die Bildung neuer Staaten – in einigen Fällen infolge einer Abspaltung von anderen Staaten – treten vor allem in größeren Staaten eine Reihe von Konflikten auf, die ihre Ursachen in den nationalen Bewegungen haben. Die wichtigsten Konflikte lagen im sozialen oder religiösen Bereich, zuweilen waren sie auch ethnisch bedingt; b) infolge von *Legitimitätsbrüchen*. Diese hatten ihren Ursprung in dynastischen Rivalitäten und wirkten sich auf das Parteiensystem des Landes aus, in dem dieses Phänomen auftrat;[15] c) infolge des *Zusammenbruchs der parlamentarischen Demokratien*, aufgrund des Aufstiegs der so genannten faschistischen

[14] Ungeachtet der Thesen der institutionellen Theorien ist das Konzept der „repräsentativen Regierung“ oder „repräsentativen Regierungsformen“ im jeweiligen Kontext zu sehen, da in Europa wie auch in den USA die von Held als „*Developmental Democracy*“ bezeichnete Regierungsform gerade erst im Entstehen begriffen war (Held 1987: 72f.).

[15] In Frankreich beispielsweise kam es zur Zeit der Restauration nach 1814 zum Konflikt zwischen liberalen Monarchisten und Ultra-Royalisten, nach 1830 zur Auseinandersetzung zwischen Legitimisten einerseits und Orléanisten und Bonapartisten andererseits. In Spanien wiederum zog der Konflikt zwischen den Anhängern der Königin Isabella und den *Karlisten* mehrere Bürgerkriege nach sich (von Beyme 1982: 32).

oder nationalsozialistischen Regime in Europa ab 1922 (Italien), gefolgt von Portugal (1926), Deutschland (1933), Spanien (1936/39) und Griechenland (1967).

Die Modernisierungstheorien postulieren parallel zur Ausdehnung des Wahlrechts die säkularisierenden und integrierenden Effekte des Bildungssystems, letzteres in Einklang mit der fortschreitenden Urbanisierung. Dies sind Erscheinungen, die in der Entwicklung der politischen Parteien unmittelbare Spuren hinterlassen haben. Zu den Vertretern dieser Theorie zählen J. La Palombara und M. Weiner (1966). Ungeachtet des Vorangehenden sind die von besagten Forschern angeführten Beispiele von zweifelhaftem Aussagewert.[16]

Im Bereich der Modernisierungstheorie ist auch S. Rokkan anzusiedeln. Aufgrund der Bedeutung, die diesem Forschungsstrang für die Beschäftigung mit den politischen Parteien Lateinamerikas zukommt, bedarf es an dieser Stelle einer näheren Betrachtung.

Diese Art der Untersuchung der politischen Parteien wurde ebenfalls genetische Untersuchung genannt (Bartolini 1993: 219). Die Bildung der Parteiensysteme findet zwischen der Mitte des 19. Jahrhunderts und dem Ersten Weltkrieg statt und zieht ihrerseits die verschiedenen Prozesse der Erweiterung der öffentlichen Freiheiten wie beispielsweise die Ausdehnung des Wahlrechts nach sich, was seinerseits die Grundlage für den heute bekannten Wettbewerb der politischen Parteien bildet. Diese Prozesse, die in den westlichen Ländern im Allgemeinen analog verliefen, unterscheiden sich jedoch hinsichtlich der Zeit und der Umstände, unter denen sie sich vollziehen. Sie differieren je nach den Spaltungen oder politisch-sozialen Brüchen, ebenfalls bekannt als Konfliktlinien oder *Cleavages*, die in Verbindung mit dem Prozess der Bildung der Nationalstaaten hervortreten.

Diese Konfliktlinien entstehen in den modernen Staaten. Sie treten in zwei Dimensionen auf: Die erste bezieht sich auf die territoriale Dimension, eine Spannung zwischen Zentrum und Peripherie im Nationalstaat. An dem der territorialen Dimension gegenüberliegenden Pol sind die Konflikte des Zentrums selbst angesiedelt. Die zweite Konfliktdimension ist funktionaler Natur. Sie zeichnet sich ebenfalls durch zwei Pole aus. Einen Pol bilden die Konflikte um wirtschaftliche Ressourcen und die Verteilung derselben; am anderen Ende spiegeln sich die Widersprüche und Konflikte hinsichtlich moralischer Werte und unterschiedlicher Interpretationen der Geschichte wider. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die erste Dimension einen Konflikt zwischen Gruppen mit spezifischen Interessen wiedergibt, während sich im zweiten Fall Konflikte zwischen Gruppen äußern, deren interne Verbindungen zu Auseinandersetzungen zwischen religiösen oder ideologischen Bewegungen führen (Lipset 1970, Bartolini 1993).

In diesem analytischen Kontext benannte S. Rokkan für die historisch-politische Entwicklung Europas vier Konfliktlinien (ethnische Konflikte, religiöse Konflikte, Konflikte zwischen städtischem und ländlichem Raum, und den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital). Diese vier Konfliktlinien hätten zur Entstehung der Parteisysteme in Europa geführt. Die ersten zwei Kon-

fliktlinien sind im Zusammenhang mit der Nationalstaatsbildung entstanden. Innerhalb dieser beiden Cleavages besteht der erste Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie, was als Ergebnis der kulturellen und religiösen Identitäten der verschiedenen Bevölkerungsteile zu internen und externen Auseinandersetzungen der europäischen Staaten führte. Dieses Phänomen sei vor allem anhand des Bruchs der religiösen Einheit in Europa, namentlich im Zeitraum der Reformation und Gegenreformation, zu beobachten. Diese Konfliktlinie stelle die beherrschende Kultur der Führungseliten, die sich im Zentrum des neuen Staates befanden, in einen Gegensatz zu den peripheren Gruppen, die sich in ethnischer, linguistischer und religiöser Hinsicht von ihnen unterschieden. Letztere wehrten sich gegen die kulturelle Homogenisierung, wie sie von den Eliten des Zentrums betrieben wurde. Die zweite Konfliktlinie hätte ihren Anfang mit den so genannten nationalstaatlichen Revolutionen und der Bildung der Nationalstaaten in postnapoleonischer Zeit genommen. Die neuen Nationalstaaten hätten begonnen, die Privilegien, die die katholische Kirche, die evangelische Kirche und die reformierten Kirchen besaßen, in ungekannter Weise einzuschränken, was zu erheblichen Spannungen und Konflikten zwischen den Kirchen und dem Staat geführt hätte. Zu diesen sei es vor allem mit der katholischen Kirche gekommen, angesichts der Machtfülle, die die Kirche seinerzeit innegehabt hätte. Diese Konflikte hätten ihren Ausdruck im Kampf um Zuständigkeiten des Staates und der Kirche gefunden.[17] So hätte der Staat begonnen, der Kirche eine Reihe neuerlicher Beschränkungen im sozialen Leben und vor allem im Bildungs- und Erziehungswesen, das bis dato von der Kirche annähernd monopolisiert war, aufzuerlegen.

Die beiden folgenden Konfliktlinien seien als Folge der industriellen Revolution in Europa zu sehen. Der erste Konflikt sei aus der Gegenüberstellung der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Interessen der Stadt im Bereich Handel und Industrie einerseits und den traditionellen Interessen der auf die Agrarwirtschaft ausgerichteten Landbevölkerung andererseits entstanden. Besagte Konflikte würden vor allem im Aufeinanderprall der Interessen des produzierenden Sektors und des verarbeitenden Sektors sichtbar und schlüge sich in der Zollpolitik, einem Protektionismus für landwirtschaftliche Erzeugnisse oder einer Freihandelspolitik nieder. Die zweite Konfliktlinie sei ein Nebenprodukt der industriellen Revolution, da sich eine Opposition zwischen den Industriearbeitern und denjenigen, die Arbeit zu vergeben hatten, eben der bürgerlichen Schicht, aufbaut. Somit konfrontiere diese Konfliktlinie den Liberalismus, der die Verteidigung der vermögenden Schichten und des Marktes repräsentiert mit den Rechten der Arbeiter und den Gewerkschaftsbewegungen. Besagte Konfliktlinie hätte bis vor kurzem die Grundlage für die Unterscheidung zwischen der Linken und der Rechten geliefert (Rokkan 1968: 173ff.).[18]

---

[16] Zur Kritik an dieser Theorie: vgl. von Beyme (1982: 25ff.).

[17] Im Sinne der vorliegenden Ausführung schließt der in Singular stehende Begriff „Kirche“ Kirchen anderer Konfessionen mit ein.

[18] Hiermit sei nicht ausgesagt, dass die Konfliktlinie Arbeiter – Bürgertum noch heute Gültigkeit besitzt, da diese Dimension heute mit anderen Parametern erklärt wird (Bobbio 1994; von Beyme 2000). In Kapitel 3 der vorliegenden Abhandlung wird auf diesen Gesichtspunkt detailliert eingegangen.

Laut Rokkan bilden diese Konfliktlinien das Fundament für den Demokratisierungsprozess in Europa und damit eine der Grundlagen für die Herausbildung der Parteiensysteme (Bartolini 1993: 220f.). Die gesellschaftlichen Konfliktlinien haben nicht immer dieselben Ergebnisse hervorgebracht, da in einigen Ländern die Konflikte sich gegenseitig ergänzt und eigenständige Parteiensysteme hervorgebracht haben.

Diese Konflikte haben die folgenden ideologischen Verwandtschaften entstehen lassen, die sich um zehn in allen Ländern anzutreffende Parteien zusammenfügen: 1) Liberalismus gegen das alte Regime, 2) Konservative, 3) Arbeiterparteien gegen das bürgerliche System, 4) Agrarparteien gegen das industrielle System, 5) regionale Parteien gegen das zentralistische System, 6) christliche Parteien gegen das laizistische System, 7) kommunistische Parteien gegen den ‚Sozialdemokratismus', 8) faschistische Parteien gegen das demokratische System, 9) Protestparteien des Kleinbürgertums gegen das bürokratisch-wohlfahrtsstaatliche System, 10) ökologische Bewegung gegen die Wachstumsgesellschaft (von Beyme 1982: 36f.).[19]

Der von Rokkan dargestellte Ansatz übt selbst auf die heutigen politikwissenschaftlichen Untersuchungen einen starken Einfluss aus. Dennoch gestaltet sich die praktische Umsetzung seiner Parteientypologie außerordentlich schwierig angesichts der verschiedenen örtlichen Gegebenheiten, in die zudem historische, politische, soziale und kulturelle Variablen miteinbezogen werden müssen. Ferner dürfte das Auffinden eines Parteiensystems, das über die zehn von Rokkan angesprochenen Parteien verfügt oder verfügt hat, und die zudem Ergebnis der in Europa aufgetretenen Konfliktlinien sind, Probleme bereiten.

1.1.2 Nach dem Zweiten Weltkrieg: Massenmitgliederparteien und Volksparteien

Unter dem Eindruck des Zweiten Weltkriegs ging man in den westlichen Ländern dazu über, die Demokratie und somit die Parteien als Elemente zu bewerten, die zu diesem Regierungssystem gehören. Trotz einer derartigen grausamen Erfahrung sollte das Zusammenleben der Menschheit annähernd bis zum Ende des zwanzigsten Jahrhunderts unter dem Vorzeichen des Kalten Kriegs stehen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg findet das politische Panorama zu einer Neuordnung, und es kommt zu einer umgehenden Etablierung der Massenparteien. Die Christlich-Demokratische Union und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sind deutliche Belege für diese neuen Rahmenbedingungen, die sich den politischen Parteien in einem im weiteren Sinne des Wortes zerstörten Land darstellten. Die konservative Partei in Großbritannien musste – mit der Gefahr unterzugehen – zu einer neuen Strategie finden und sich zur Massenpartei wandeln. Die Sozialistischen Parteien sehen sich gezwungen, Struktur und „Apparat" zu ändern, um verschiedene

[19] Hinsichtlich dieses Untersuchungsansatzes meldet von Beyme selbst schwerwiegende Bedenken dahingehend an, dass, fasst man dieses auf einer Evolution beruhende Parteienschema als Produkt der vier Konfliktlinien auf, erkennbar wird, dass schwerlich jedes einzelne Land, das von Rokkan (1970) in seiner Studie erwähnt wird, sämtliche Parteitypen in einem einzigen Parteiensystem aufweise (von Beyme 1982: 37).

Strömungen in der Gesellschaft in sich aufnehmen zu können, ihre Mitgliederzahlen zu erhöhen und ein breiter gefächertes Mitgliederspektrum zu aufzubauen. Zudem mussten sie ihre weltanschauliche und programmatische Linie nach den neuen Gegebenheiten ausrichten. Es setzt die Entwicklung der christlichen Parteien und ihre endgültige Ablösung von der katholischen Kirche ein.

Europa erlebt einen Wandel hinsichtlich der Vertretung seiner Bürger, da seit dem Zweiten Weltkrieg die Menschen beginnen, in verstärktem Maß auf die kommunale wie nationale Politik einzuwirken. Bis Ende der 1960er Jahre war die Parteienkonstellation in Europa annähernd eindeutig definiert und brachte innerhalb des Parteiensystems kaum Veränderungen hervor. Mit Ausnahme der gaullistischen Partei in Frankreich war keine Partei nennenswerter Bedeutung auf der politischen Bühne erschienen (von Beyme 1982: 38). Vor dem Hintergrund der Demokratie als die anerkannt beste Regierungsform und des erwähnten Kalten Kriegs kommt es zu einer Fortentwicklung der Parteienlehre mit wertvollen Beiträgen.

1.1.3 Das Konzept der Volksparteien

Im Versuch, die Wirkungsweise der politischen Parteien, ihre Typologie und ihr Auftreten nach dem Zweiten Weltkrieg zu begreifen, erarbeitet Otto Kirchheimer seine Theorie über die Allerweltspartei oder *catch-all-party*. Nach Kirchheimer stellt die bürgerliche Partei alten Stils mit ihrer typischen individuellen Repräsentation eine Ausnahme dar, und obwohl sie durchaus auftritt, kommt ihr im politischen System keine tragende Rolle zu. Die so genannten Integrationsparteien dagegen hätten eine Transformation hin zu den Volksparteien oder Allerweltsparteien bzw. *catch-all-parties* erlebt. Diese Parteien pragmatischer Ausrichtung hätten den Versuch einer geistig-moralischen Miteinbeziehung der Massen vollends fallen gelassen, da ihr vorrangiges Ziel in der Mobilisierung eines möglichst hohen Wählerprozentsatzes bestehe. Insofern bereitete ihnen der Verzicht auf ihre ideologischen Aussagen kein Problem (Kirchheimer 1965: 27ff.).

Hinsichtlich der klassischen Massenparteien ist Kirchheimer der Auffassung, dass diese Parteien im Laufe ihres Transformationsprozesses drei Phasen durchlaufen: a) Die erste Phase, die sich in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg einordnen lässt, besteht in einem kontinuierlichen Wachsen der Parteien; b) In den Zwanziger und Dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts übernehmen die Parteien, so Kirchheimer, einen Teil der Regierungsverantwortung, wobei diese Zeit sich angesichts der Hoffnungen, die Parteiführung wie -mitglieder in die Herbeiführung sozialen Fortschritts setzten, als sehr ernüchternd herausstellte; c) In der dritten, nach Kirchheimer derzeitigen Phase (den 1960er-Jahren) streben die Parteien danach, möglichst breite Wählerschichten auf sich zu vereinigen; allerdings liegen einige Ausnahmen vor, die die Regel bestätigen. So unternehmen einige Parteien wie im Fall der Arbeiter den Versuch, die enge Bindung an

ihren traditionellen Wählerstamm aufrechtzuerhalten. (Kirchheimer 1965: 29).

Wichtiger als eine Fokussierung auf die Angelegenheiten, die nur eine Gruppe begünstigen, ist es nach Kirchheimer daher, Vorschläge und Programme voranzutreiben, die in der Gemeinschaft keine Opposition erzeugen. Letztlich bestehen die Erfolgsaussichten für eine Partei in denjenigen Postulaten, die jenseits bestimmter Gruppeninteressen angesiedelt sind. Der breite Appell an die gesamte Bevölkerung führe theoretisch zu einer annähernd unbegrenzten Wählerschaft, womit die Grenzen des Gruppeninteresses überschritten würden (Kirchheimer 1965: 30).

Eine weitere von Kirchheimer vorgestellte Hypothese besteht darin, dass lediglich die großen Parteien das Stadium der Allerweltspartei erreichen können; in diesem Sinne stellt er fest, dass in der überwiegenden Zahl der kleineren Demokratien dieser Parteityp weder Anklang findet noch erfolgreich ist. In der derzeitigen Situation, in der die westlichen Gesellschaften sich in immer stärkerem Maße nach säkularen Vorstellungen und auf Massenkonsumgüter ausrichten, sind die Beziehungen zwischen den Klassen einem beständigen Wandel unterworfen. Die altbekannten, auf eine bestimmte Klasse oder Berufsstand ausgerichteten Massenparteien geraten unter einen starken Druck, der ihnen keine Alternative lässt als sich zu Allerweltsparteien zu wandeln.

1.1.4 Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien[20]

Im Europa der Nachkriegszeit konsolidieren sich die politischen Systeme zusehends, parallel dazu beginnt die Politik allgemein, in der Geschichte ungekannte Regelmäßigkeiten aufzuweisen. Vor diesem Hintergrund beginnen die Staaten, die nun ihre Außengrenzen definiert haben, sich auf die Innenpolitik zu konzentrieren: Verfassungen werden verabschiedet und die Demokratie ist unangefochten als Regierungsform anerkannt. In Nordamerika betreiben die Vereinigten Staaten eine starke Außenpolitik, die ihre Stellung als Weltmacht untermauert. Der Osten gerät nahezu ohne Gegengewicht unter die Herrschaft der UdSSR.

Hinsichtlich der Frage nach der Demokratie und der Entwicklung der Parteiensysteme lässt sich erstere nur in Westeuropa, den Vereinigten Staaten, Kanada und einigen lateinamerikanischen Ländern, namentlich Chile und Uruguay,[21] konstatieren, wobei insbesondere Chile Merkmale einer Demokratie und eines gefestigten Parteiensystems aufweist (Nohlen 1973).

[20] Die Überschrift lehnt sich an den Titel der kürzlich von Klaus von Beyme (2000) verfassten Untersuchung *Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den Professionalisierten Wählerparteien*.

[21] Dahl zufolge handelte es sich bei den Ländern, die um 1969 als Poliarchie oder Quasi-Poliarchie bezeichnet werden konnten, um folgende: Australien, Belgien, Costa Rica, Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Island, Indien, Irland, Israel, Jamaika, Japan, Kanada, der Libanon, Luxemburg, Österreich, Holland, Neuseeland, Norwegen, die Philippinen, Schweden, Trinidad und Tobago und Uruguay. Über ein begrenztes Wahlrecht verfügten Chile, die Schweiz und die Vereinigten Staaten. Quasi-Poliarchien waren: die Dominikanische Republik, Kolumbien, Malaysia, die Türkei, Venezuela sowie Zypern.

1.1.4.1 Der systematische Untersuchung der politischen Parteien

In dieser Zeit setzt bei den politischen Parteien ein interessanter Prozess ein, der in der fortschreitenden Verdrängung der bereits beleuchteten Massenparteien von den so genannten Volksparteien besteht. Die Massenparteien, die im Anschluss an den Ersten Weltkrieg unter dem Vorzeichen der sozialen Klassenkämpfe zeitweilig eine Entwicklung begonnen hatten, weichen gegen Ende der 1950er Jahre einem neuen Parteityp: der „Volkspartei" (von Beyme 2000: 41). Wie auch die Politologie erfährt die Parteienlehre in diesem Zeitraum einen enormen Schub. Ab diesem Zeitpunkt wird dem Studium des Parteisystems mehr und mehr Bedeutung beigemessen (siehe dazu Nohlen 2000: 65). Unter den Parteitheoretikern, die bei der Erforschung der politischen Parteien einen Schwerpunkt auf das Parteiensystem legen, findet sich Maurice Duverger. Im Bestreben, das Parteiensystem darzulegen, betont er die Bedeutung des Wahlsystems für die Erklärung sowohl der Struktur als auch des Werdegangs der unterschiedlichen Parteisysteme.

Duverger zufolge ist die Macht einer Partei in Verbindung mit der potentiellen Rolle zu sehen, die sie in einer Regierung zu spielen vermag. In seiner Untersuchung der politischen Parteien von 1951 unterscheidet er „zur Mehrheit berufene Parteien", nämlich die Parteien, die aufgrund dieser Berufung die Mehrheit der Parlamentsitze erstreben und auch erreichen können – was nicht notwendigerweise mit einer Mehrheit der Stimmen einhergehen muss, weswegen sie zur Erlangung der Regierungsmacht gelegentlich der Unterstützung kleinerer Parteien bedürfen. Ferner gibt es für Duverger die Parteien mittlerer Größe, die sich weder in der Regierung noch in der Opposition als Aggregationszentrum etablieren können, und schließlich kennt er die kleineren Parteien, die sowohl in der Regierung als auch in der Opposition eine untergeordnete Rolle spielen. Die dargestellte Klassifizierung basiert auf dem Verhältnis, das zwischen dem Wahlsystem und der Wahrscheinlichkeit, dass eine Partei an der Regierung beteiligt ist, besteht (Bartolini 1993: 226).

Hinsichtlich der Partei an sich lässt Duverger bereits in der Einleitung seines bedeutenden Werks durchscheinen, dass in den modernen Parteien die Organisation im Mittelpunkt steht; „Que l'originalité des partis du XX siècle réside dans leur organisation est un fait; que cette organisation tende à devenir un élément essentiel de l'action du parti, de son influence et de son rôle est un autre fait: les deux expliquent l'orientation générale de ce livre." (Duverger 1981: 20)

In Fortführung des Vorangehenden unterscheidet Duverger bei den Parteitypen zwischen Massenparteien und Komiteeparteien. Kriterium für diese Unterscheidung ist weniger die Größe dieser Parteien als ihre Struktur, und wie diese sich zur parteiinternen Funktionsweise verhält. (Duverger 1981: 119f.). So bleibt beispielsweise die Finanzierung in den Massenparteien nicht wenigen vermögenden Geldgebern überlassen, sondern liegt im Verantwortungsbereich sämtlicher Parteimitglieder, die über ein Beitragssystem die Parteiaktionen – insbesondere die in Ver-

bindung mit Wahlkämpfen stehende Aktivitäten – finanzieren (Duverger 1981: 120).

Die Komiteepartei ihrerseits gehorcht anderen Prinzipien als die Massenpartei. Die Komiteepartei versammelt Honoratioren, um alles vorzubereiten, was für den Wahlprozess von Bedeutung ist. Diese Honoratioren nehmen in der Komiteepartei eine beherrschende Stellung ein, da vor allem ihr Name in der Gesellschaft bedeutsam und einflussreich ist, was einer Erfolgsgarantie bei einer Kandidatur des Honoratioren selbst oder der Unterstützung einer fremden Kandidatur durch diesen gleichkommt. Überdies gibt es die Figur des technischen Honoratioren, der die Kunst der Wahlkampfführung beherrscht und insofern die Stellung des Wahlkampfbeauftragten besetzt. Allerdings tritt die Honoratiorenpartei in Reinform nur selten auf, da die Mehrheit dieser Parteien sich der Aufnahme neuer Mitglieder öffnet und sich mit dieser Aktivität die Grenzen zur Massenpartei verwischen (Duverger 1981: 120f.).

Die klare Trennlinie zwischen beiden Parteien bildet die soziale und politische Infrastruktur dieser beiden Parteien (Duverger 1981: 122f.). Ein weiterer Unterschied zwischen Massenpartei und Volkspartei besteht in der Dichotomie zwischen politischer Rechten und Linken, die ebenfalls einhergeht mit der Unterscheidung zwischen Parteien des Bürgertums und des Proletariats. Duverger äußert dahingehend, die bürgerliche Rechte hätte nicht ansatzweise ein Interesse, die Massen zu repräsentieren, da ihr System auf der Grundlage von Fonds, ihren Honoratioren und ihrer Elite funktionierte. Aus diesem Grunde sei sogar der Versuch der faschistischen Bewegungen gescheitert, sich in Massenparteien umzuformen.

Ein weiteres Differenzierungsmerkmal dieser Parteien besteht in der inneren Struktur, auf der die beiden Parteitypen beruhen. So organisieren sich die Komiteeparteien in sogenannten dezentralen Komitees oder Ortsgruppen. Eine der Stärken der Massenparteien andererseits besteht in deren parteiinterner Struktur, da die von diesen Parteien betriebene Politik sich auf die Dynamik der Partei stützt. Diese Parteien finden ihre Unterstützung in stark reglementierten Versammlungen ausgesprochen zentralisierten Charakters (Duverger 1981: 127). Zu seinen Schlussfolgerungen gelangt Duverger unter Heranziehung von Analyse- und Diskussionsbeiträgen sowohl zum Parteiensystem als auch zu den Parteien selbst und führt aus, dass die Parteien nicht nur Standpunkte repräsentierten, sondern selbst meinungsbildend wirkten und sich dazu ihrer Propaganda bedienten (Duverger 1981: 552).

Die Entwicklung der Parteien, so fügt er an, führt dazu, dass die interne Demokratie in den Parteien abnimmt, da mit einer zunehmenden Zentralisierung der Parteien der Einfluss der Mitglieder auf die Parteiführung und auf grundlegende, intern zu fällende Entscheidungen geschmälert wird. Dennoch seien Parteien unabdingbarer Bestandteil der Demokratie. Historisch gesehen seien die Parteien der Linken weiter entwickelt gewesen als die der Rechten, da sie für die Linke von größerer Bedeutung waren; Duverger bezieht sich daher in seinem Modell einer modernen Partei auf die sozialistische Partei mit ihren Untergliederungen und Mitgliedern.

Duverger kommt zu der abschließenden Erkenntnis, weder die Herrschaft der Parteien noch

deren Existenz stellten eine Bedrohung für die Demokratie dar, vielmehr rührten die Probleme, die diese Regierungsform bedrängen, aus der Beschaffenheit einiger den Parteien militärischer, totalitärer oder religiöser Ausrichtung zu eigenen Strukturen her. Hinsichtlich der Rolle der politischen Parteien in der Gegenwart und mit Blick auf die Zukunft nimmt Duverger letztlich eine von Optimismus geprägte Haltung ein (1981: 557-558).

1.1.4.2 Moderne Untersuchungen zu den politischen Parteien

In der folgenden Zeit werden im Rahmen der Parteienlehre auch weiterhin bedeutende Anstrengungen im Bereich der begrifflichen Abgrenzung unternommen; innerhalb dieser Ansätze findet sich das Werk Giovanni Sartoris. Zusammen mit La Palombara und Weimer (1966) geht er zunächst davon aus, dass die politischen Parteien sich nicht, wie von Duverger postuliert, ausschließlich über ihre Stellung im Wahlsystem erklären lassen. Vielmehr existieren noch weitere Variablen, die die Struktur der politischen Parteien bedingen. So ist beispielsweise nach Sartori innerhalb der pluralistischen Systeme eine Unterscheidung zwischen einem moderaten Pluralismus und einem extremen Pluralismus vorzunehmen (1966: 137).

In diesem Rahmen siedelt Sartori die Parteiensysteme an; im Bereich der Mehrparteiensysteme ordnet er die Parteien je nach ihrem Fragmentations- oder Polarisierungsgrad, wobei die Parteien sich innerhalb dieses Systems auf eine gedachte Mitte zubewegen oder von ihr entfernen. Daraus ergibt sich die Existenz von drei eindeutig benennbaren Parteisystemen: dem Zweiparteiensystem, dem Mehrparteiensystem und dem Vielparteiensystem. Im Falle des ersten Systems beträgt der Polarisierungsgrad null, im zweiten ist er gering und im dritten stark ausgeprägt. Die Bewegung in Bezug auf die imaginäre Mitte ist bei den Zweiparteiensystemen und den Mehrparteiensystemen zentripetaler Natur, während sie sich im Falle der Vielparteiensysteme zentrifugal gestaltet.

La Palombara und Weimer differenzieren ihrerseits in derselben Untersuchung Wettbewerbssysteme von den Nichtwettbewerbssystemen oder andererseits eine Bewegung der Parteien zwischen dem ideologischen und dem pragmatischen Pol. Im Zusammenhang mit den Wettbewerbssystemen unterscheiden sie die Parteiensysteme in vier Teilkategorien: (a) Parteisysteme alternierend-ideologischen Typs (b) Parteisysteme alternierend-pragmatischen Typs (c) Hegemonisch-ideologische Parteisysteme (d) Parteisysteme mit hegemonisch-pragmatischer Ausrichtung (1976: 34ff.). Später veröffentlicht Sartori im Jahre 1976 sein wichtigstes Werk zum Thema der Parteien und Parteisysteme. Laut von Beyme gebührt Sartori das Verdienst, sich in seiner Abhandlung von einer rein zahlenorientierten Klassifikation[22] gelöst und damit die Be-

[22] Wie von Beyme aufzeigt, verfolgt Sartori in seinem Buch in der Tat das Ziel, die Interpretation der Parteiensysteme aufgrund ihrer zahlenmäßigen Größe zu überwinden und verdeutlicht dabei; „For a long time party systems have been classified by counting the number of parties –whether one, two, or more than two. By now, however, there is a near unanimous agreement that the distinction among one-party, two-party, and multiparty system is highly inadequate.“ (1976: 119)

deutung der zwischen den Parteien bestehenden ideologischen Dimension aufgewertet, sowie die Intensität des Konflikts zwischen den Parteien und der Rolle, die sie gegenüber der Regierung einnehmen, stärker herausgestrichen zu haben. Zu der von ihm angestrebten Überwindung des numerischen Aspekts innerhalb des Parteiensystems vertritt Sartori die These, im Mittelpunkt stünde nicht die Zahl der Parteien – die, wie er ausdrücklich vermerkt, dennoch von Bedeutung ist – sondern es sei, wenn eine numerische Klassifikation herangezogen wird, der Modus des Zählens entscheidend. Daraus folgen seine Vorschläge für Zählregeln:

Regel 1: eine kleine Partei ist zu berücksichtigen, wenn sie in einem maßgeblichen Zeitraum bei wenigstens einer Gelegenheit über die Regierungsmehrheit entscheidet.

Regel 2: eine Partei ist bedeutend genug, um in die Zählung einzugehen, wenn sich ihre Existenz oder ihr Erscheinen in irgendeiner Weise auf die Parteitaktik auswirkt, insbesondere, was das Verhalten der Parteien betrifft, die auf die Regierungsübernahme ausgerichtet sind (1976: 121-123).[23]

Innerhalb seiner Klassifizierungs- und Ordnungsregeln gelangt Sartori zu sieben verschiedenen Klassifizierungen; „According to this distinction up to now we have discussed a classification, not a typology; i.e., we have identified classes, not types of party systems. And the numerical criterion can yield, I am suggesting, seven classes, indicated as follows; 1. one party; 2. hegemonic party; 3. predominant party; 4. two-party; 5. limited pluralism; 6. extreme pluralism; 7. atomized.“ (1976: 125)

In der Tat treten, wie Nohlen aufzeigt, innerhalb der internationalen Forschung im Bereich der Parteiensysteme die von Sartori vorgeschlagenen Kategorien am häufigsten zu Tage, jedoch macht Nohlen ebenso deutlich, dass Sartoris Zuordnung trotz der bereitwilligen Aufnahme durch einige Politologen durchaus nicht unproblematisch ist: „Ohne Zweifel wird heute in der internationalen Parteiensystemforschung am meisten mit der Parteiensystemtypologie Sartoris gearbeitet. Sie scheint differenziert genug, um tatsächlich die sehr vielfältige Realität auf ein analytisch sinnvolles, d.h. für theoretische Aussagen brauchbares Maß zu reduzieren. Verbergen sich hinter einem Typ zu verschiedenartige Phänomene, wird diese Voraussetzung erfüllt. Repräsentiert ein Typ jedoch nur einen einzigen historischen Fall, stellt sich die Frage nach der Möglichkeit von Generalisierungen. Auf dieses Problem stoßen wir partiell auch dann, wenn die Definitionen der Parteisystemtypen sehr idealiter erfolgen oder sehr eng an eine konkrete Wirklichkeit angelehnt sind. Im Falle der Definition des Zweiparteiensystems steht gelegentlich das britische Parteisystem in einer bestimmten Phase seiner Entwicklung Pate(...)“ (2000: 67).

Auch Klaus von Beyme erkennt Probleme in Sartoris theoretischem Ansatz, da die Frage nach der Bedeutung der Parteien in der Realität sehr relativ ist und beispielsweise eine Reihe

[23] In diesem Zusammenhang dürften, so Sartori, diejenigen Parteien nicht aufgeführt sein, die keine Möglichkeit zur Koalitionsbildung oder politischen Erpressung haben.

von Parteien, die die Zwei-Prozent-Schwelle nehmen,[24] als wichtig eingestuft werden müssten. Als Beispiel hierfür nennt von Beyme die Republikaner in Italien, die im Zeitraum von 1953 bis 1963 sogar unter dieser Marke blieben, ohne jedoch in der italienischen Politik ihre relevante Stellung einzubüßen (von Beyme 1982: 309).

Von Beyme vertritt die These, dass, so wie seine eigene Parteienlehre einer fortwährenden Revision unterzogen werden müsse, mit Sartoris Theorie das Gleiche geschehen müsse. So ist, wie er hinzufügt, die Frage nach der Fragmentierung der Parteien in verschiedene Faktionen auch weiterhin eine recht konstante Erscheinung, überdies hätte die Zahl der Parteien in Europa abgenommen. Er schlägt eine leichte Modifikation der von Sartori gelieferten Typologie vor, in der er vier Parteiensysteme mit einigen Untergruppierungen anbringt:

(1) Zweiparteiensysteme: Dabei handelt es sich mehr um eine Abstraktion als um eine Realität, da sogar in Ländern wie Großbritannien, Kanada oder Neuseeland, die zu irgendeinem Augenblick ihrer Geschichte über Zweiparteiensysteme verfügten, grundsätzlich nur Regierungswechsel praktiziert wurden, statt eine Politik der Regierungskoalition.

(2) Der gemäßigte Pluralismus; hier lassen sich drei Ausformungen konstatieren; a) Alternierende Regierung ohne Koalitionsbildung (Großbritannien, Kanada, Österreich); b) Regierungsbildung auf Grundlage einer Koalition (Australien, Bundesrepublik Deutschland); c) Bildung von Regierungskoalitionen zwischen Parteien der Mitte (Benelux-Staaten, die skandinavischen Staaten und die Schweiz).

(3) Der Typ des polarisierten Pluralismus; nach von Beyme gestaltet sich trotz Sartoris Versuch eine klare Trennung vom gemäßigten Pluralismus sehr komplex. „Die Grenze zwischen beiden Typen schien damals zwischen fünf und sechs Parteien zu liegen. Durch Zunahme der Parteien und ihre Fragmentierung seit etwa 1974 (Dänemark, Niederlande, Norwegen, Schweiz) sind in einigen Fällen die Zahlenangaben überholt worden. Allein für die Schweiz ist dieser Umstand wenig relevant, weil die Vermehrung der Parteien hier nicht automatisch zur Vermehrung der an der Proporzregierung beteiligten Parteien führt.“ (1982: 310-313)

(4) Systeme mit einer dominanten Partei. Diese Parteien übernehmen in der Regel die Regierung; für deren Verdrängung bedarf es einer starken Koalition. In Mexiko hielt sich die PRI – die *Partido Revolucionario Institucional* – über Jahrzehnte in dieser Stellung. Von Beyme bemerkt zu dieser Kategorie ferner: „Ein voller Wettbewerb herrscht in den meisten Entwicklungsländern nicht (eine Ausnahme ist vielleicht Venezuela), oder er ist künstlich durch Proporzarrangements gebändigt worden (Uruguay vor der Militärdiktatur, Kolumbien) oder wieder untergegangen (Chile). Am Rande jener Regime, die die Konfliktschlichtungsmuster westlicher Demokratien für sich übernommen haben, hat es jedoch dominante Parteien gegeben, die eine hegemoniale Stellung im System einnahmen und sich für die »natürliche Regierungspartei«

[24] Die Grenze oder Schwelle, auf die sich Klaus von Beyme bezieht, ist die sogenannte Sperrklausel: die Mandatsvergabe hängt davon ab, ob die Partei den von der Gesetzgebung geforderten Mindestprozentsatz erreicht (Deutschland: 5%) (Nohlen 1998: 70-71/ 2001: 102-104).

hielten. Es handelte sich ausschließlich um Systeme mit starken Relikten einer traditionalistischen und klientelistischen politischen Kultur.“[25] (1982: 314-315)

Klaus von Beyme erarbeitet seine Parteienlehre, um in seinen Worten zu bleiben, innerhalb der westlichen Demokratien. Den in früheren Zeiten vertretenen institutionellen Ansatz, der das Parteiensystem ausschließlich in Abhängigkeit vom Wahlsystem sieht, lehnt er als restlos überholt ab. Der Einfluss des Wahlsystems auf das Parteiensystem mit mitunter verzerrenden Auswirkungen sei sicher eine Tatsache, jedoch sei die Auffassung, das Wahlrecht sei die einzige auf das Parteiensystem einwirkende Variable, nicht haltbar (1982:316-317). Im Allgemeinen hätten die Parteien in kompetitiven Parteisystemen Erfolg gehabt, wenn sie imstande waren, ihre Wähler zu motivieren. Allerdings gelte auch: „Das relative Mehrheitswahlrecht stärkt zwar auch kompetitives Verhalten der Parteien, hat aber zu- gleich einen Verödungseffekt außerhalb der Hochburgen der beiden großen Parteien.“ (von Beyme 1982: 321)

Von Beyme schlussfolgert, die Organisation der westlichen Parteisysteme hätte sich im Allgemeinen parallel zum Prozess der Demokratisierung entwickelt. In diesem Sinne sei es zu einer Konsolidierung der Massenparteien gekommen, als die Massen Zugang zu den Urnen erhielten. Gleichermaßen hätte sich die Elite veranlasst gesehen, „agiornarsi“, um dem Einfluss und der Macht entgegenzuwirken, die die Arbeiterparteien, christlich-soziale Parteien und die Agrarparteien nach und nach bekommen hätten. Die traditionellen Parteien der Elite, von den konservativen und liberalen Parteien repräsentiert, änderten in vielen Fällen ihre interne Struktur wie auch ihre externe Politik.

In dieser Phase der Evolution der Parteien entsteht das von Michels wie von Ostrogorski postulierte „eherne Gesetz“, demzufolge die Parteien sich stets in Richtung auf mehr Bürokratie und oligarchische Strukturen bewegen. Nach von Beyme lassen sich hinsichtlich eines linearen Prozesses der Oligarchiebildung keine allgemeingültigen Aussagen treffen, selbst wenn die Parteien in der Gegenwart interne Missstände aufweisen. Gleiches gelte für die These, die Oligarchisierung der Parteien würde deren Entwicklung hemmen; vielmehr hätten sich die Parteien in Einklang mit den gesellschaftlichen Strukturen entwickelt (1982: 415).

Zu Beginn der 1980er Jahre beobachtet von Beyme, wie einige Forscher der Ansicht sind, die Parteien hätten überlebt, da sie in der Nachkriegszeit – der Blütezeit der westlichen Demokratie – eine wichtige Rolle ausgefüllt hätten. Allerdings seien dieselben Forscher zu der Erkenntnis gelangt, in der fraglichen Zeit seien die Parteien durch Interessengruppen oder Protestbewegungen von ihrer Rolle als Organisation der Interessenaggregation verdrängt worden. Die-

[25] So endete in Chile beispielsweise nach dem Militärputsch von 1973 der politische Wettbewerb. Darüber hinaus verschwanden neben den Parteien auch Menschen. Vor der Militärdiktatur verfügte Chile über ein in hohem Maße kompetitives Parteiensystem, das sich im Wesentlichen in drei ideologisch identifizierbare Teilbereiche gliederte, die Unterschiede aufwiesen, die mit denen in Europa jener Zeit vergleichbar waren. Seit 1933, dem Jahr, ab dem Chile als demokratisches System gelten kann, wurde das Land von konservativen Mitte-Rechts-Regierungen regiert (eine Legislaturperiode), sowie von den mit den Sozialdemokraten Europas vergleichbaren Radikalen (drei Legislaturperioden), Christdemokraten (eine Legislaturperiode) und den Sozialisten, die aufgrund des Militärputsches ihre Legislaturperiode nicht vollendeten. Wie ersichtlich wird, zeigt Chile im beschriebenen Zeitraum ein überaus kompetitives Parteiensystem, in dem das Phänomen des Regierungswechsels klar belegt ist.

se in der theoretischen Debatte der 1970er Jahre stark vertretene These des mutmaßlichen Niedergangs der Parteien erwidert von Beyme mit folgenden Gegenargumenten:

Der Niedergang der politischen Parteien sollte angesichts folgender Prozesse argumentativ belegt werden (Exkurs):

„Die Funktion der Zielfindung wird in den Augen mancher Betrachter von den entideologisierten Volksparteien nicht mehr zufriedenstellend wahrgenommen." (1982: 416) Sicherlich treffe es zu, dass in der jüngeren Vergangenheit die Parteien weniger ins Bewusstsein der Menschen dringen würden und ihre erzieherische und sozialisierende Funktion an die Massenmedien abgegeben hätten.

Um sich zu informieren oder an der Politik teilzunehmen bedürfe es anders als früher der Zugehörigkeit zu einer Partei. Allerdings ließe sich die These vom „Ende der Ideologie" in keiner Weise halten:

„Sie war noch kaum aufgestellt, als eine neue Welle der Re-Ideologisierung in den Parteien der westlichen Demokratien entstand. Der Gesamtprozeß führte nicht zu einer Entideologisierung, sondern die Ideologien wurden kompetitiver und handlungsrelevanter (...) Die weltanschaulichen Elemente der Programmatik sind inzwischen operationalisiert worden." (1982: 416-417)

Damit sei jedoch nicht gesagt, dass die politischen Parteien nicht auch weiterhin ihre altgewohnten programmatischen Themen ins Feld führen.

„Der Wandel der Programmatik war nicht denkbar ohne einen Wandel der Funktion der Interessenartikulation." (1982: 417) Die enge Beziehung zwischen politischen Parteien und bestimmten gesellschaftlichen Strukturen, auf die sich die Parteien einst stützten, habe sich gewandelt und weiterentwickelt, wie auch die Gesellschaft als solche sich fortentwickelt habe. Das Wesen des Wahlkampfes habe sich geändert, und die Parteiprofis beschäftigten sich nun weniger mit dem einzelnen Wähler als vielmehr mit dem Kollektiv des Wählers und es setze sich der vom Fernsehen geprägte Wahlkampf durch (von Beyme 1982:417).

„Die Mobilisierungsfunktion der Parteien gegenüber den Bürgern wird in den letzten Jahren weniger erfolgreich wahrgenommen als früher." (1982: 417) Der Organisationsgrad der Parteien sei selbst in Ländern, in denen die Zahl der Parteien steigt, im Sinken begriffen. Dennoch nehme das Engagement der Wähler in der Politik nicht ab, das Interesse habe sich lediglich auf andere Möglichkeiten der politischen Betätigung verschoben. Aber auch diese neuen Möglichkeiten der politischen Aktivität würden letztlich von den Parteien kanalisiert, womit die Parteien ihre Funktion der Mobilisierung der Bürger zur Beteiligung an Wahlen in zufriedenstellender Weise wahrnähmen (1982: 418).

„Die Elitenbildungs- und Rekrutierungsfunktion wird von den Parteien exklusiver wahrgenommen als in jeder früheren Epoche der Parteiengeschichte." (1982: 418) Dieses von den Parteien ausgeübte Privileg habe sich weder von unabhängigen Parlamentariern noch von unabhängigen Bürgerbewegungen ersetzen lassen. Wenn die Funktion der Parteien hinsichtlich der Sozialisierung der Masse im Abnehmen begriffen sei, so habe sich der Prozess der Sozialisierung der Elite intensiviert. Aus diesem Grunde gehörten mit Ausnahme der Vereinigten Staaten die Minister einer Regierung selten nicht der Regierungspartei oder -koalition an. Insofern habe der Ausdruck „Parteienstaat" nichts von seiner Gültigkeit verloren.

„Nur selten gibt es »Parteienstaaten« im engeren Sinne, in denen die Partei- und Fraktionsleitungen fast ausschließlich über die Regierungszusammensetzung entscheiden. Parteienstaaten in diesem wörtlichen Sinne sind allenfalls noch Belgien, die Niederlande und Italien. Man spricht in diesen Ländern häufig von »particratie« oder »partitocracia«." (1982: 419)

Sicherlich sei die innerparteiliche Demokratie weniger stark ausgeprägt als die zwischenparteiliche Auseinandersetzung. Parallel zu den westlichen Demokratisierungsprozessen habe es jedoch positive Elemente gegeben wie die Tatsache, dass die mutmaßliche Entideologisierung sich positiv auf die parteiinternen Demokratisierungsprozesse ausgewirkt habe. In gleicher Weise hätten innerparteiliche Konflikte zugenommen. Obwohl diese Erscheinung in den Parteien nach Ansicht vieler Beobachter ein negativer Prozess sei, ließe sich dem nicht zustimmen, da auf diese Weise die parteiinterne Debatte über Parteiprogramme und -linie zunehme, womit ein breiteres Einwirken der verschiedenen innerparteilichen Gruppen in den wesentlichen Entscheidungen der Partei sichergestellt sei.

Die Parteien übernähmen fortwährend mehr Verantwortung für Entscheidungen auf Regierungsebene und deren Auswirkungen auf den Konsolidierungsprozess der Demokratie.

Dabei ließen sich die Unterschiede, die die Parteien voneinander abgrenzten, im Ergebnis des politischen Prozesses ablesen, dies jedoch weniger in Zahlen oder in messbaren Prozentsätzen für jede einzelne Aktion der Regierung, sondern in den inhaltlichen Prioritäten, die eine jede Partei setze.

Im Ergebnis weist Klaus von Beyme den politischen Parteien mehr Funktionen zu als früher. Andererseits verfügten die Parteien nicht mehr wie zuvor über einen Alleinvertretungsanspruch bestimmter Teile oder Problembereiche der Gesellschaft; moderne politische Parteien bezögen vielmehr zu jeder Art von Problemen Stellung. Was die Parteien in der ideologischen Kohärenz nach und nach verloren hätten, hätten sie hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit innerhalb des Parteiensystems hinzugewonnen. Für einen Niedergang oder das Ende des Parteienstaates ließen sich keine Anzeichen konstatieren, vielmehr würden die sozialen Bewegungen, die sich gegen den Parteienstaat aussprächen, ungewollt zur Konsolidierung der Stellung der politischen Parteien beitragen, so lieferten sie den politischen Parteien sogar Vorlagen, damit diese sie anschließend in ihre Programme und politischen Aktivitäten aufnähmen. Dies erreiche in einigen Fällen solche Dimensionen, dass einige gesellschaftliche Bewegungen letzten Endes zu politischen Parteien würden. In den Parteisystemen, in denen die traditionellen Parteien, aus welchen Gründen auch immer, verschwänden, würden neue Parteien entstehen, deren Hauptfunktion in der Repräsentation neuer Interessenaggregationen innerhalb der Gesellschaft bestehe (1982: 422 – 423).

1.1.4.3 Die Ära die professionalisierten Wählerparteien

Bei einer aufmerksamen Lektüre wird aufgefallen sein, dass in Zusammenhang mit der Revision der Theorie Giovanni Sartoris weiter oben im vorliegenden Kapitel vom Verfasser der vorliegenden Untersuchung Klaus von Beyme mit der Feststellung erwähnt wurde, auch die von ihm selbst aufgeworfenen Fragestellungen bedürften einer baldigen Revision. Eine solche Überprüfung hat von Beyme selbst beständig vorgenommen – nicht nur im Bereich der Erforschung der politischen Parteien, sondern der Politikwissenschaft im Allgemeinen wie auch anderer, bereits der politischen Philosophie nahestehender Wissensgebiete. Nach der bereits zitierten Arbeit von 1982 hat von Beyme zwei weitere interessante Arbeiten zur Thematik der politischen Parteien veröffentlicht: „Die politische Klasse im Parteienstaat“ (1993) sowie „Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den Professionalisierten Wählerparteien“ (2000). In beiden Werken werden seine Theorie wie auch die Parteientheorie als solche beständig weiterentwickelt, einer Überprüfung unterzogen und ergänzt. Auf erstere erwähnte Arbeit wird im folgenden Kapitel im Zuge der Behandlung der Elite in der politischen Partei Bezug genommen werden. In letzterem Werk beschäftigt sich von Beyme mit den für die Evolution und Konsolidierung der politischen Parteien relevanten Fragestellungen wie der Demokratie innewohnende und diese teilweise determinierende Aspekte.

Von Beymes zweite erwähnte Studie verdeutlicht die Parallelität des gesellschaftlichen Wandels sowie der Evolution und der Wandlung der politischen Parteien. In den vergangenen zwanzig Jahren seien die politischen Parteien einem tiefgreifenden Wandel unterworfen gewesen: „Der neue Trend der Parteinforschung rückte ‚party change’ in den Vordergrund. Zentrum des Bemühens ist der Entwicklungsschritt der letzten zwanzig Jahre von den Volksparteien der Berufspolitiker“ (2000: 11). Gemäß von Beyme gestaltet sich die politisch-historische Entwicklung der Parteien in den westeuropäischen Gesellschaften wie folgt: (a) „Eliten-Parteien: Die al-

te politische Klasse auf der Basis von Besitz- und Erwerbsklassen (bis ca.1918). (b) Massenparteien: Auf der Basis scharfer Klassenkonflikte (ca. 1918 - Ende der 50er Jahre). (c) Volksparteien: Unter Auflösung der alten Lager (Ende der 50er Jahre - Ende der 70er Jahre). (d) Professionalisierte Wählerparteien: Bei Herausbildung vieler neuer Milieus, mit Tendenzen zu einer neuen politischen Klasse (ab Ende der 70er Jahre).“ (2000: 41)

Allgemein hat der Wandel, der sich in den politischen Parteien in den vergangenen zwanzig Jahren vollzogen hat, zu einer Veränderung der innerparteilichen Strukturen geführt, da das Verschwinden der Massenparteien und die strukturelle Schwächung der Volkspartei die Parteien zur Entwicklung einer komplexeren inneren Funktionsweise zwang. So weisen die Parteien eine Tendenz zu einer internen Professionalisierung ihrer politischen Aktivität auf, um sowohl das Fortbestehen der Partei als auch Wahlerfolge sicherzustellen. Auf diese Weise entstehen besagte neue professionalisierte Wählerparteien. Heutzutage verfügen diese Parteien intern über eine ausgesprochen kompakte bürokratische Struktur. Der Zufallsfaktor wird auf ein Minimum reduziert, weswegen jegliche in der Partei geleistete politische Aktivität professionellen Kräften oder Fachleuten übertragen wird, da diese den Parteien mit ihrer Erfahrung und ihren Detailkenntnissen wertvolle Beiträge leisten. Dies zeigt sich vor allem in den Wahlkampfperioden, in denen die von den Wahlkampfberatern gelieferten Ratschläge und die inhaltliche Ausrichtung die Richtung der Wahlkampfstrategie vorgibt. Wenn auch in einigen Fällen die Parteien ihre eigenen professionellen Beraterteams ausbilden, so greifen die Parteien oder die Kandidaten in den letzten Jahren – vor allem in den Vereinigten Staaten – auf professionelle, parteiexterne Strukturen zurück.

Die geschichtliche Entwicklung der parteiinternen Struktur hatte in den vergangenen Jahren eine Neuentwicklung der inneren Organisationsstrukturen bewirkt, in der es die vormalige Figur des engagierten Parteimitglieds nicht mehr gibt, die das innere Gefüge der Massenpartei und – wenn auch weniger ausgeprägt der Volkpartei – auszeichnete. Die neue interne Struktur beruht auf Professionellen, die der Partei für die Umsetzung ihrer Ziele konkrete Beiträge liefern. Allerdings beharrt die Parteielite, die viele ihrer Entscheidungen und Handlungen an die technischen Stäbe der Partei delegiert, was ihre Auffassung von Macht betrifft, teilweise auf althergebrachten Gepflogenheiten.[26]

Im Kontext der neuen Parteiform lässt sich eine Konsolidierung der historischen Parteien belegen; selbst wenn diese den einen oder anderen Finanzskandal durchleben, können sie den Anteil ihrer Wählerstimmen konstant halten. Im Falle Deutschlands behielt diese Partei im Jahre 2000, nach Einleitung der Untersuchungen der schwarzen Kassen der CDU, die mit ihrem führenden Politiker Helmut Kohl in Verbindung gebracht wurden, einen hohen Zustimmungsgrad in der Bevölkerung und konnte während der zwei folgenden Jahre bei zwei Landtagswahlen

[26] Obwohl innerhalb der Parteien nicht von Klüngelwirtschaft im eigentlichen Sinne gesprochen werden kann, belegt eine Reihe von Verhaltensweisen der historischen Parteien der europäischen Demokratien, dass ihre Praktiken in Bezug auf die Transparenz ihrer Rechnungslegung undurchsichtig sind.

Stimmengewinne verzeichnen. Mehr noch: Bei der Bundestagswahl im September 2002 lieferten sich der derzeitige Kanzler Gerhard Schröder (SPD) und der Kandidat der CDU/CSU, Edmund Stoiber, ein Kopf-an-Kopf-Rennen.[27] Obwohl die CDU ihr Ziel, die Regierungsgewalt zurückzuerobern, verfehlte, sind die Stimmengewinne angesichts des Skandals der schwarzen Kassen einige Jahre zuvor bemerkenswert. Der CDU war seinerzeit sogar das gleiche Schicksal prognostiziert worden wie ihrem italienischen Pendant. Diese letzte Wahl belegt die in den europäischen Demokratien erkennbare Tendenz zur Konsolidierung der professionalisierten Wählerparteien, die sich im konsolidierten Parteiensystem in festen Wählerbindungen äußert.

Die Konsolidierung der professionalisierten Wählerparteien wurde durch den parallel ablaufenden weltweiten Prozess der demokratischen Konsolidierung flankiert. Seit der Mitte der 1970er Jahre fand in verschiedenen Ländern der Welt ein irreversibler Demokratisierungsprozess statt, der seinen Ursprung zeitgleich in nichtdemokratischen Ländern Europas und Lateinamerika nahm, wo der Kontinent ab jener Zeit einen immer dynamischeren Prozess der Redemokratisierung und der Demokratisierung erlebte. Mit Ausnahme Kubas hatten damit zu Beginn der 90er Jahre sämtliche Länder der Region einen Prozess des Übergangs zur Demokratie erlebt.[28] Zudem führte auch der Niedergang des real existierenden Sozialismus im Ostblock, dem Gebiet, das sich während des Kalten Kriegs unter dem Einflussbereich der UdSSR befand, zu einem hinreichenden Konsens, der die Durchsetzung der Demokratie als Regierungsform einerseits und der Marktwirtschaft als System der wirtschaftlichen Regulierung andererseits in dieser Region wie beinahe der gesamten Welt ermöglichte.

In diesem Kontext der Demokratisierung, Redemokratisierung, des Übergangs zur Demokratie und der Konsolidierung derselben in den Ländern, in denen sie bereits fest etabliert war, sowie vor dem Hintergrund eines Konsenses im Bereich der Wirtschaft, der den Markt als beste Vertriebsform von Waren und Dienstleistungen anerkannte, gehen die Parteien dazu über, ihre neue Rolle und Haltung gegenüber der neuen politischen Realität zu definieren. Jedoch finden sich die Parteien dieses Typs in akzentuierter Form vor allem in denjenigen Gesellschaften, in denen die Demokratie schon seit einiger Zeit Bestand hatte – Gesellschaften, die diese Regierungsform in der Nachkriegszeit entwickelten und in denen es zu einer Konsolidierung der Demokratie sowie des sozialen Wohlstands kam. Dies ist, wie von Beyme bemerkt, vor allem eine westeuropäische Erscheinung.[29]

Da eine der Bedingungen für die Funktionsfähigkeit der professionalisierten Wählerparteien

---

[27] Beide Parteien erreichten einen Stimmenanteil von jeweils 38,5%; verglichen mit der Bundestagswahl von 1998 konnte die CDU um 3,4% zulegen, während die Sozialdemokraten Verluste in Höhe von 2,4% zu verzeichnen hatten. Dank eines Stimmenzuwachses bei den Grünen von 1,9% konnte die SPD daher die Regierungskoalition, vorgesehen bis zu den Wahlen 2006, erneuern. Sitzverteilung im neuen Bundestag: SPD: 251 (-47); CDU/CSU 248 (+3); B'90/Grüne 55 (+8); FDP 47 (+4); PDS 2 (-34).

[28] Dieser Prozess des Übergangs wird von Dieter Nohlen in der folgenden Darlegung plastisch veranschaulicht: „Las transiciones desde regímenes autoritarios o totalitarios hacia la democracia en Europa del Sur, América Latina, Europa Oriental y otras regiones, han estado siempre estrechamente vinculadas con las elecciones: O bien llevaron a la transición, o bien se celebraron justo con la inauguración de la democracia." (1999: 91)

die Finanzierung der politischen Aktivitäten darstellt, damit die Akteure sich ausschließlich der Ausübung dieser Tätigkeit widmen können, haben die Parteien dieses Typs eine umfassendere und komplexere Entwicklung in denjenigen Gesellschaften erfahren, in denen die Finanzierung der Politik gesetzlich geregelt ist. Im Allgemeinen geht die Evolution der politischen Parteien, wie im ersten Teil dieses Kapitels angedeutet, mit der Evolution der Parteientheorie einher. Insofern ist die Anerkennung der professionalisierten Wählerparteien Teil des Fortschritts der Politikwissenschaft in diesem Forschungsbereich (Panebianco 1982; 1988).

Angelo Panebianco ist somit einer der ersten Politikwissenschaftler, der die Parteien in dieser neuen Dimension beurteilt. Seiner Auffassung zufolge haben die Parteien in den letzten Jahren eine bedeutende Entwicklung zurückgelegt, wobei der Wandel offensichtlich von zwei Variablen beeinflusst wurde:

(a) Liegen die Bedingungen vor, die eine Transformation begünstigen, so vollzieht sich diese umso schneller, je niedriger der von der Partei erreichte Institutionalisierungsgrad ist. Je höher dagegen der Institutionalisierungsgrad der Partei im vorangehenden Zeitraum ist, desto mehr Instrumente hat die Partei zur Verfügung, um dem Druck nach Veränderung zu begegnen.

(b) Die zweite Variable, die bereits von Kirchheimer angedeutet wurde, liegt im Fragmentationsgrad des Parteiensystems. Hierbei tendieren vor allem die mächtigen Parteien zu einem Wandel, da besagter Wandel eher und zügiger stattfindet, je weniger fragmentiert der Zustand des Parteiensystems ist, und je mehr es von den wichtigen Parteien dominiert wird (Panebianco 1982: 482f.).

Panebianco fügt hinzu; „Le cause della progressiva affermazione del partito professionale-elettorale hanno origine nell'ambiente dei partiti. I mutamenti organizzativi emergono sotto la spinta di sfide esterne, di sfide indotte da cambiamenti ambientali… Due tipi di mutamento ambientale, soprattutto, che interessano da tempo le società occidentali, sembrano essere all'origine della trasformazione" (Panebianco 1982: 483). Die angesprochenen gesellschaftlichen Veränderungen bedeuten im Sinne Panebiancos Folgendes: (a) Der erste Wandel betrifft das System der sozialen Schichtungen und bezieht sich auf die Veränderungen, denen dieses System unterworfen ist; die Auswirkungen dieser Veränderungen auf die Parteien sind unumstritten. (b) Der zweite Wandel zielt auf die Veränderungen im Bereich der Technologie ab und bedeutet konkret eine Neustrukturierung im Bereich der politischen Kommunikation unter dem Eindruck der „Massenmedien", vor allem des enormen Einflusses des Fernsehens. (c) Die beiden erwähnten Formen des Wandels beschwören eine dritte Form des Wandels herauf, da beide die politischen Strukturen, die die Parteien seit jeher gewohnt waren, zu erodieren helfen. Die Parteien können sich nicht mehr auf einen festen Wählerstamm verlassen, da die Wähler unabhängiger werden.

Letztlich, so Panebianco, sind diese Parteien eine schwache Institution, weswegen der Trans-

[29] In Europa müssen sich die Parteien nicht nur auf nationale Probleme konzentrieren; im Rahmen der Europäischen Union fordert das Europäische Parlament die Parteien zur Partizipation und damit zur mitgliedsstaatenübergreifenden Kooperation auf.

formationsprozess der bürokratischen Massenparteien hin zu diesen neuen Parteien einen Prozess der Entinstitutionalisierung nach sich zieht. Die Massenparteien Webers und Duvergers sind dabei, ihr Ende zu erreichen (1982: 484ff.). Als gesichert kann gelten, dass die professionalisierten Wählerparteien noch im Werden begriffen sind, wie von Beyme und Panebianco postulieren. Aus diesem Grunde ließen sie sich nur aus der kurzen Zeitspanne beurteilen, seit der sie als Teil einer neuen Parteientypologie anerkannt sind; „Die Party Change-Forschung ist ein mit vielen Hypothesen und wenigen gesicherten Ergebnissen. Die Entwicklung der Professionalisierten Wählerpartei ist noch zu kurz, und in vielen Ländern und Organisationen nicht abgeschlossen. Keiner der vier behandelten Typen hat je eine ganze Epoche und alle wichtigen Länder mit ihren Parteien ist ein komplexer Vorgang auf mehreren Ebene.“ (von Beyme 2000: 208)

Diese Parteien unterliegen einer Reihe von Veränderungen, die die Gesellschaft gegenwärtig erlebt, weswegen ihr Werdegang, je nach der Entwicklung der Gesellschaft, von einer Reihe von Variablen konditioniert wird. „Die Parteien versuchen gegen diese Tendenzen ihre organisatorischen Antworten zu finden, wie einer Flexibilisierung der Policy-Orientierung, die Kommerzialisierung der Wahlkämpfe und die Medienorientierung der Parteien.“ (von Beyme 2000: 208)

1.1.5 Zusammenfassung der Theorien der politischen Parteien

Nach dem Zweiten Weltkrieg tendiert das politische System in der Welt allgemein zu einem Wandel. Die Vereinigten Staaten festigen ihre Position als Weltmacht im Westen, während die UdSSR Osteuropa dominierte. Die politische Großwetterlage war gekennzeichnet durch den Kalten Krieg. In diesem Kontext erlebten die politischen Parteien wichtige Änderungen. Ab den 1950er Jahren entwickelt sich die Volkspartei, womit die altbekannte, in einigen Ländern immer noch existierende Massenpartei allmählich verschwinden sollte.

Otto Kirchheimer entwickelt seine bemerkenswerte Theorie über den neuen Parteityp der Allerweltspartei. Die so genannten Integrationsparteien sind zu Volksparteien geworden und sind nun letztlich Parteien des Typs „Allerweltspartei“, oder „*catch-all-party*“. Diese Parteien zeichnen sich durch einen sehr hohen Grad an Pragmatismus aus und orientieren sich zuvorderst an der Gewinnung der Wählerschaft. Folglich verfolgen sie anders als frühere Parteien nicht das Ziel der Einbeziehung der Massen aus geistig-moralischer Sicht; um des Wahlerfolgs willen bereitet ihnen die Räumung ideologischer Positionen wenige Probleme. Zeitgleich zu diesem Ansatz ersteht in der Politikwissenschaft eine Reihe von Untersuchungen zum Thema der politischen Parteien, die sich nicht mehr nur auf einen Teilbereich dieser Thematik konzentrieren, sondern den Versuch unternehmen, die Partei in ihrer wahren, besonderen Dimension gesamtheitlich vor dem Hintergrund des Parteiensystems zu erklären. Der vielleicht bedeutendste Vertreter dieses neuen Typs von Untersuchungen nach dem Zweiten Weltkrieg ist Maurice Du-

verger, der die Parteien vor dem Hintergrund des Systems versteht, in dem sie sich entwickeln. Der Typ eines Parteiensystems ist daher an den bestehenden Wahlsystemstyp geknüpft; so betrachtet ist die Macht der Parteien in Abhängigkeit von der möglichen Rolle zu sehen, die sie in der Regierung wahrnehmen. Seine Parteientypologie differenziert vor allem zwischen Massenparteien und Komiteeparteien, wobei diese Typen sich nicht so sehr aufgrund ihrer Größe – die sicherlich einen gewissen Einfluss ausübt – sondern der ihnen eigenen parteiinternen Strukturen unterscheiden.

Später, gegen Ende der 1960er und in den 1970er Jahren erarbeitet Giovanni Sartori seine ebenso interessante wie maßgebliche Parteientheorie, der zufolge sich in den Mehrparteiensystemen die Parteien im Rahmen des Parteiensystems bewegen. Hierbei ist das Verhalten des Parteiensystems eine Reaktion auf die in diesem System zu beobachtende Fragmentierung und Polarisierung; die Parteien bewegen sich auf eine gedachte Mitte hin oder von ihr fort. Sartori erkennt folglich drei Parteiensysteme: Zweiparteiensysteme, Mehrparteiensysteme und Vielparteiensysteme. Im ersten Parteiensystem beträgt der Polarisierungsgrad „0“, im zweiten ist er gering, und im dritten stark ausgeprägt. Die Bewegung hinsichtlich dieser gedachten Mitte ist in Zweiparteiensystemen und Mehrparteiensystemen zentripetal, bei Vielparteiensystemen gestaltet sie sich zentrifugal.

Sartori klassifiziert die Parteien je nach Parteiensystem in sieben Kategorien a) Einparteisystem, b) hegemonisches Parteisystem, c) dominantes Parteisystem, d) Zweiparteiensystem, e) gemäßigter Pluralismus, f) polarisierter Pluralismus. Im selben Zeitraum wie Sartori veröffentlicht Klaus von Beyme sein Werk, in dem er folgende Klassifizierung des Parteiensystems vorschlägt: a) Zweiparteiensysteme, b) den gemäßigten Pluralismus, c) den Typ des polarisierten Pluralismus, der sich nur schwer von Sartoris gemäßigtem Pluralismus unterscheiden lässt, sowie d) die Systeme mit einer dominanten Partei. Typ b) lässt sich seinerseits in drei Typen gliedern: Regierungsalternanz ohne Koalitionsbildung, Regierungsalternanz mit Koalitionsbildung, Regierungsbildung mit einer großen Koalition der Mitte.

Von Beyme ist allgemein der Ansicht, dass sich die Evolution der westlichen Parteisysteme parallel zur Entwicklung der Demokratie vollzogen habe: in diesem Kontext hätten sich die Massenparteien konsolidiert, als den Massen der Zugang zum Wahlrecht gewährt wurde. Nachdem die Demokratie als das beste Regierungssystem anerkannt war, machten die Massenparteien den so genannten Volksparteien Platz, die nicht lediglich eine bestimmte Gruppierung der Bevölkerung repräsentierten, sondern sich auf eine breiter gefasste Grundlage stützten, die den Bedürfnissen der Wählerschaft im Wesentlichen entsprach.

Die Evolution der politischen Parteien ging weiter vonstatten, bis sie das heutige Stadium der professionalisierten Wählerparteien erreichte. Dieser von Panebianco zu Beginn der 1980er Jahre anerkannte und derzeit in von Beymes Parteientheorie weiterentwickelte Parteityp zeigt Merkmale einer Gesellschaft, die auf zwei Realitäten basiert: der Demokratie als Regierungs-

form und dem Markt als Wirtschaftssystem. Die Evolution der professionalisierten Wählerparteien findet in einer Gesellschaft statt, in der eine zunehmende Fragmentierung der Rechte, die von Gruppen Einzelner eingefordert werden, die traditionellen Parteien in ihrer Rolle als Instanzen der sozialen Integration verdrängte. Die Personalisierung des Wahlkampfes, die Image-Bedeutung, der Einsatz der Medien sowie Meinungsumfragen in Einklang mit einer abnehmenden Identifikation mit den Parteien führten alsbald dazu, dass die konventionellen Volksparteien sich entweder in professionalisierte Wählerparteien wandelten oder dieser neuen Parteiform Platz machten.

Die Krise der Volksparteien und der Aufstieg dieser neuen Parteiorganisationen führt zu einer Verschlankung der Parteistrukturen, was nicht synonym zu einem grundlegenden Verzicht auf bürokratische Strukturen ist. Nach Möglichkeit wird eine nationale Struktur angestrebt. In ihrer Mitte finden sich traditionelle Strukturen, Formen und Praktiken der alten Volksparteien, was in Organisationen, seit deren Gründung viele Jahre vergangen sind und in denen alte Parteimitglieder Machtanteile und Einfluss behaupten, nicht verwunderlich ist, zumal die Strukturen des Staates in der Regel stets Relikte aus der Vergangenheit bewahren.

Die professionalisierten Wählerparteien sind offenere und wettbewerbsfähigere Parteien, deren Ziel sich vor allem in den Wahlerfolgen bemisst. Die Massenparteien und – wenn auch in geringerem Umfang – die Volksparteien wurden nicht nur anhand ihrer Wahlergebnisse bemessen. Von Bedeutung war ebenso die Verwurzelung der Parteien in den verschiedenen Bereichen und Strukturen der Gesellschaft wie Gewerkschaften, Zünften, studentischen Organisationen, Berufsverbänden usw. Dabei handelte es sich im Grunde um Räume, in denen die Gesellschaft in irgendeiner Form organisiert war. Die Parteien übernahmen einerseits die Rolle des Vermittlers der Forderungen des Volkes, andererseits waren sie ein Ort, an dem politische Erziehung und Willensbildung stattfand. Bis zur Zeit der Volksparteien ließen sich nicht nur zu Wahlkampfzwecken große Massenkundgebungen ins Leben rufen; diese Massenkonzentrationen eigneten sich auch für die Forderung nach Rechten, die die Gesellschaft im Allgemeinen betraf. Die professionalisierten Wählerparteien beabsichtigten weder Massenkundgebungen noch große politische Versammlungen, noch riefen sie sie ins Leben. Sie erreichen die Masse über die für die Masse wichtigsten Medien: vor allem das Fernsehen. Die Erklärung für den überwältigenden Einfluss des Fernsehens auf die Politik und den Wandel, den dies bis zu einem bestimmten Grad für die politischen Parteien mit sich brachte, würde den Rahmen der vorliegenden Abhandlung um ein Vieles sprengen, es sei jedoch auf einige Faktoren hingewiesen, die ansatzweise einen Eindruck der Tragweite des Fernsehens für die heutige Politik vermitteln.

Wer die Massenmedien beherrscht, besitzt mehr Macht, als derjenige, der eine politische Partei besitzt. Aus diesem Grund müssen die Parteien in der Regel an ein Kommunikationsmedium gebunden sein oder die Nähe zu einem solchen – vor allem dem Fernsehen – suchen, um auf diese Weise den Menschen ihre Vorstellungen wie auch ihre führenden Politiker zu vermitteln.

Wir leben im „Globalen Dorf“, dem Dorf McLuhans: Lokale Barrieren werden durchbrochen, und wir befinden uns in einer exponierteren Lage, um zu sehen und gesehen zu werden. Der Besitz der Medien bedeutet Macht; die Parteien streben danach, mit der Macht auf Tuchfühlung zu gehen und diese Macht zu besitzen. Die Bilder, so Sartori, können um ein unendlich Vieles mehr täuschen als die Printmedien oder der Rundfunk (1991:29). Insofern ist eine Partei machtlos, die zwar innerhalb des Parteiensystems landesweit über die am besten entwickelte Struktur verfügt, jedoch in den Medien, vor allem dem Fernsehen, keine Ausdrucksmöglichkeit findet.

Die professionalisierten Wählerparteien existieren zeitgleich zum Fernsehen, und bewegen sich daher vor dem Hintergrund der Information und der Nachrichten, die sie diesem Medium liefern. Diese Parteien entwickeln sich vor der von Manin (1997) beschriebenen Zuschauerdemokratie, die sich von der Parteiendemokratie unterscheidet, ohne ihr jedoch entgegengesetzt zu sein. Unter den Zuschauern befindet sich der Wähler – je höhere Einschaltquoten eine Partei erzielt, desto bessere Wahlchancen haben ihre Kandidaten. Besagte neue Parteien müssen der Öffentlichkeit ein breitgefächertes Themenspektrum vorlegen; auf diese Weise erreichen sie eine breitere Zahl von Wählern. Die professionalisierten Wählerparteien verfangen sich nicht in einer Klage, einer Forderung oder einem Vorschlag: Alles ist so schnelllebig, dass das heute Gesagte morgen bereits Geschichte ist. So gewinnt die Politik eine horizontalere Ausprägung, die sogar mit traditionellen Koalitionen spielt und die traditionelle Dichotomie Links-Rechts aus den Angeln hebt. Eine solche horizontale Komponente erfordert für die Parteien die Suche nach Problemlösungen auf der Basis von Kompromissen. Da ihr Wählerstamm der politischen Mitte entstammt, müssen die Parteien – linke wie rechte – sich auf den „Weg zur Mitte“ machen. Bei dieser Reise zur Mitte achten diese Parteien in der Regel ihr historisches Erbe, um des Wahlerfolges willen mildern sie jedoch ihre ideologischen Botschaften zugunsten technischer Aussagen mit Schwerpunkt auf dem Bereich Wirtschaft ab. Je nach ihrem gesellschaftlichen Hintergrund verhalten sie sich pragmatisch und gemäßigt bei den großen sozialen Themen; treten jedoch Probleme auf, die schwerwiegende Auswirkungen auf die Bürgerschaft haben, greifen sie hinsichtlich von Finanzhilfen oder Subventionen problemlos zum *Assistenzialismus*, vor allem wenn die Partei sich an der Regierung befindet.

1.2 Das Innenleben politischer Parteien

1.2.1 Die Eliten innerhalb der politischen Parteien

Parteien neigen (naturgemäß) zur Oligarchisierung ihrer Organisations- und Entscheidungsstrukturen. Nach R. Michels streben Parteien politische Macht an. Um diese zu erlangen, benötigen sie einen bestimmten Grad an Organisation, der nicht selten in Konflikt mit der innerparteilichen Partizipation der Mitglieder steht. Effiziente Parteiarbeit erfordert ein Mindestmaß an

hierarchischer Organisation. So geht der Aufstieg in die hierarchisch höheren Ebenen der Partei mit der Repräsentation einer immer größeren Machtfülle einher. Die Parteimitglieder besitzen prinzipiell Partizipationsrechte, in der Praxis konzentrieren die Parteiführer jedoch wesentlich größere Machtanteile auf sich als gewöhnliche Parteimitglieder und avancieren demzufolge zur oligarchischen Elite der Partei (Fischer 1983: 995). In der Regel bedeutet die Zugehörigkeit zur parteipolitischen Elite gleichzeitig die Zugehörigkeit zu den privilegierten Schichten eines Landes. Der Lohn für die Zugehörigkeit zur politischen Elite oder politischen Klasse besteht für die betreffenden Parteiführer neben der politischen zudem in einer gesellschaftlichen Aufwertung. (Lasch 1996: 46).

1.2.1.1 Politische Elite und politische Klasse[30]

In der Literatur werden „politische Klasse" und „politische Elite" immer wieder synonym verwendet bzw. nicht trennscharf voneinander abgegrenzt.[31] Das Konzept der „politischen Klasse" geht auf Gaetano Mosca zurück. Dasjenige der „politischen Elite" ist wiederum ein Ergebnis der Arbeiten Wilfredo Paretos. Mosca und Pareto weisen hinsichtlich der jeweils vorgenommenen Analyse Unterschiede auf: Während Ersterer seine Theorie vor dem Hintergrund des Kulturlebens, des politisch-institutionellen Rahmens und des Rechtsstaats entwickelt, bettet Pareto seine Lehre in den Bereich ökonomischer und soziologischer Prozesse ein. Trotz dieser bedeutsamen Unterschiede weisen beide Analysen jedoch auch Gemeinsamkeiten auf: Sie stimmen in der grundsätzlichen Annahme überein, dass sich bei jeder Form der Vergesellschaftung schon immer Eliten herausgebildet hätten (Albertoni 1988: 46).[32]

1.2.1.2 Mosca und die politische Klasse

Mosca, der seine Analyse vor einem kulturellen Kontext erstellt hat, sieht die Funktion der

---

[30] Siehe hierzu: Klaus von Beyme 1993. Die politische Elite lässt sich nach Putman durch drei Strategien bestimmen: a) die positionelle Analyse: Welche Stellung nimmt die Partei innerhalb der formellen Institutionen und der Regierung ein? Je höher die von ihr beanspruchte Stellung innerhalb der politischen Institutionen ist, desto mächtiger ist die Partei demnach innerhalb der politischen Elite. b) die Analyse der Reputation: Hier stehen informelle Machtbeziehungen im Vordergrund, d.h. die Frage, wer innerhalb der Organisation de facto die Macht hat. c) die Analyse der Entscheidungen: Wer trifft innerhalb der Partei die politischen Entscheidungen? (1976)

[31] Bei dieser begrifflichen Abgrenzung der beiden Konzepte ist jedoch Vorsicht angebracht. Von Beyme vermerkt, dass ohne eine eindeutige Klassifizierung der Konzepte die politische Theorie ihrer Sinnhaftigkeit beraubt würde. Dies würde zu einer sprachlichen Improvisation und einer für die Praxis untauglichen Verwendung der Begriffe führen: „Der Begriff der politischen Klasse ist schon bei seinen Schöpfern zu vage, um ihn auf diese ‚beglaubigte Genesis' festzulegen." (1993: 9)

[32] Allgemein bestand gegenüber den elitistischen Theorien stets eine gewisse Skepsis. Marx' Theorie der Klassen, die zu diesen in Kontrast stand, traf bei den politischen Theoretikern auf bereitwilligere Aufnahme. Der Weg hin zur Anerkennung der Gültigkeit besagter Theorien dauerte bis weit ins 20. Jahrhundert: „For all these reasons, class theory came to be regarded as progressive, egalitarian and democratic, while elite theory has come to be regarded as conservative, elitist, inegalitarian and undemocratic. For many intellectuals elite theory, no less than elitism, has come to be a pejorative term. Through all this, the less than brilliant careers of the term elite and of elite theory have been perpetuated into the present, and both have been partly delegitimized and marginalized in the social sciences today." (Etzioni-Halevy 1993: 28) David Helds Abhandlung „Models of Democracy" belegt diese zurückhaltende Aufnahme: so findet sich in der Untersuchung nicht eine einzige Referenz zu Pareto und seiner verschiedenen theoretischen Darstellungen zur Theorie der Demokratie. Ein anderes Beispiel für die Ablehnung dieser Theorien ist Gramscis Kritik an der von Mosca vertretenen Vorstellung: So sei anhand Moscas Definition der politischen Klassen nicht eindeutig feststellbar, was für Mosca tatsächlich unter der politischen Klasse zu verstehen sei. So würden mit diesem Begriff teils die Mittelschicht, teils die Grundbesitzer, teils die politisch-bürokratischen Kreise des Staates bezeichnet (1971: 184). Zu Gramscis Kritik an Mosca siehe auch Zuckerman 1977.

Elite darin, Macht bzw. im staatlichen Zusammenhang die Regierung zu übernehmen. Sie ist die „politische Klasse“. In sämtlichen Gesellschaften, so Mosca, gebe es zwei Klassen von Menschen: die Regierenden und die Regierten. Erstere – zahlenmäßig immer in der Minderheit – übernähmen sämtliche politischen Funktionen, monopolisierten die Macht und kämen in den Genuss der sich daraus ergebenden Vorzüge. Die zweite Gruppe würde von der ersten geführt und reglementiert. Sie lieferten die materiellen Ressourcen, die für den Erhalt der Lebensfähigkeit des politischen Organismus erforderlich seien (Mosca 1984: 106). In einer natürlichen Gleichung der Gesellschaften sei diese regierende Elite die politische Klasse. Mosca konzentrierte sich vor allem auf Form, Strukturierung und Organisation dieser politischen Klasse. Dabei identifizierte er vier Regierungsformen: „aristokratisch-autokratisch“, „aristokratisch-liberal“, „demokratisch-autokratisch“ sowie „demokratisch-liberal“.

Für Mosca hielt sich die politische Klasse, unabhängig vom politischen Regime, mit Hilfe der „politischen Formel“ an der Macht. Jene beinhaltet die Überzeugungen und von der Gesellschaft gemeinhin akzeptierte Meinungen, die der politischen Klasse ihre Existenzberechtigung liefern. Aus diesem Grund ist die Souveränität des Volkes für Mosca eine politische Formel, die letztlich eine Legitimierung des Prinzips der Macht erwirkt, womit die Theorie der Demokratie jeglicher wissenschaftlicher Grundlage entbehrt (Cárdenas 1992: 38). Moscas Realismus lässt ihn somit die Demokratie abwerten, nicht weil sie sich angesichts einander widerstrebender sozialer Kräfte als wirkungslos erwiesen hätte, sondern weil Mosca nicht restlos von der Möglichkeit der vollkommenen Freiheit, die der Mensch ausüben könne, überzeugt war. Seiner Auffassung zufolge führte diese Freiheit – oftmals verwechselt mit der Möglichkeit, die Elite durch eine andere Form der politischen Klasse auszutauschen – zum Triumph dieser neuen politischen Kraft, was letztlich der Tyrannei den Boden bereitete.

1.2.1.3 Pareto und die Rotation der Eliten

Wilfredo Pareto entwickelt vor allem in „*Les systems Socialists*“ und der Abhandlung „*Sociología General*“ eine Theorie der „Rotation der Eliten“. Demnach setzen die Existenz und der Fortbestand der Eliten voraus, dass diese einem ausgesuchten Kreis der „Nichtelite“ (d.h. denjenigen, die sich hinreichende Verdienste hierfür erworben haben) den Aufstieg zur Elite ermöglichen. Somit liegen der Theorie zwei Grundannahmen zugrunde: Erstens, Eliten müssen (zwangsläufig) vorhanden sein und zweitens, die Nichteliten müssen bis zu einem bestimmten Grad die Möglichkeit besitzen, auf die hierarchisch höhere Stufe der Eliten aufzusteigen. Dieser Umstand garantiere das Gleichgewicht und die Stabilität der Gesellschaft, da dieser gemäßigte und kontrollierte Elitenwandel den alten Eliten neue Kräfte zuführen würde, und damit ihren Fortbestand sichern und zu einer stärkeren Identifizierung des Volkes mit den Eliten führen würde.

Allerdings gibt es in der Elite bestimmte Kreise, die sich dem Eintritt von Angehörigen der Nichtelite in ihre Führungsebene widersetzen. Diese unterliegen langfristig dem Druck, der von diesen Teilen der Nichtelite ausgeht. Grund hierfür ist die Beständigkeit, mit der die Nichtelite zu Werke geht sowie die Machtakkumulierung oder die Zerfallserscheinungen, die mit der Zeit bestimmte Teile der dominierenden Elite aufweisen. Wollte sich die Elite abschotten und sich mit Gewalt behaupten, würde sie, so Pareto, eben denselben Kräften weichen müssen, mittels derer sie ihre Stellung halten wollte. Hält sich die Elite durch List an der Macht, so gelingt ihr dies durch „*derivaciones*", d.h. Formeln, deren Zweck in der Behauptung der Macht und ihrer Legitimierung durch bestimmte Vorstellungen und Überzeugungen besteht. In seiner Geringschätzung gegenüber der Demokratie geht er soweit, sie als „demokratische Plutokratie" zu bezeichnen (Borkenau 1978: 87; Jouannet 1998: 42-45).

1.2.1.4 Der Begriff der Elite und die politische Klasse

Der Begriff der Elite wird in der Elitentheorie auf verschiedene Weise behandelt. So geht Paretos Minimaldefinition von der Existenz klar definierter sozialer Schichten innerhalb der Gesellschaft aus: Der Unterschicht oder unterprivilegierten Klasse steht die Oberschicht oder privilegierte Klasse gegenüber, die sich ihrerseits in die regierende privilegierte und die nichtregierende privilegierte Schicht unterteilen lässt (1980: 66). Eine andere, nicht weniger vage Minimaldefinition der politischen Elite liefert Thomas Dye, demzufolge unter den Angehörigen der Elite diejenigen zu verstehen sind, die „the formal authority to direct manage, and guide programs, policies, and activities of the mayor corporate governmental, legal, educational, civic and cultural institutions in the nation" (1976: 12) besitzen. Die – sehr allgemein gehaltene – Minimaldefinition Bottomores begreift die Elite als funktionelle Gruppen, die aus verschiedenen Gründen eine gehobenere Stellung innerhalb der Gesellschaft einnehmen.

Klaus von Beyme schließlich hält aufgrund der Differenzierung der Konzepte der politischen Klasse und der politischen Elite eine konzeptuelle Verwendung der Termini in genanntem Sinne für unzulässig und stellt eine präzise Definition des Konzepts der politischen Elite und der politischen Klasse vor.[33] Allerdings, so von Beyme weiter, lassen sich die Eliten der Massenmedien nicht als Teil der politischen Klasse begreifen, auch wenn eine enge Verbindung zwischen den Massenmedien und der politischen Klasse besteht. Die Eliten der Interessengruppen, etwa die wirtschaftlichen Eliten, stehen der politischen Klasse weniger nahe als die Eliten der Massenmedien. Für sie gilt: „Auf die Einkommen der politischen Klasse und die Restriktionen ihres Handelns blicken sie eher mit mitleidiger Verachtung." (Beyme 1995: 30)

[33] „Elite erscheint als der weiteste Begriff, da er auch wirtschaftliche, kulturelle und Medieneliten umfassen kann. Die Spezifikation ‚politische Elite' ist andererseits enger als der Begriff der politischen Klasse. Zu dieser gehören alle Politiker, sowie sie an der Privilegienstruktur teilhaben, selbst wenn sie in der Entscheidungshierarchie der Elite keine große Bedeutung erlangen. Zur politischen Elite werden vielfach auch die Akteure gerechnet, die Einfluß auf politische Entscheidungen nehmen, die Verwaltungselite, die Wirtschaftseliten und die Führungsgruppen wichtiger Interessengruppen. Selten hingegen wird unterstellt, daß auch Medien direkten Einfluß auf Schlüsselentscheidungen im System haben." (Beyme1993: 30)

Andererseits vertritt die politische Elite ihre Aktivitäten und Entscheidungen gegen den Widerstand aus Wirtschaft und Gesellschaft. So ergibt sich ein klarer Zusammenhang zwischen Elite und Gegenelite, der seinen Ausdruck in einem Dreiecksverhältnis aus Kooptation, Responsivität und Exklusion findet.[34] Jedoch auch die Gegenelite neigt dazu, ein reaktionäres Verhalten an den Tag zu legen, was sie wiederum zur politischen Elite werden lässt, indem sie sich an das System anpasst. Als anschaulichstes, und im Vorgriff auf die spätere Entwicklung durchaus treffendes Beispiel führt von Beyme an: „Der erste grüne Minister leistete seinen Eid im Landtag noch in Turnschuhen. Bei der zweiten Vereidigung trug er schon fast einen Nadelstreifenanzug, jedoch noch ohne Krawatte. Beim dritten Mal könnte er schon fast so aussehen wie der Durchschnitt der politischen Klasse." (1995: 161)

Darüber hinaus bedient sich die politische Elite zu ihrem Machterhalt anderer Eliten. Im Gegensatz dazu sucht die politische Klasse, um des Erhalts ihrer Autonomie willen, nicht so ausgeprägt die Bindung an andere politische Eliten. Im Falle eines Skandals freilich gerät die politische Klasse in eine wehrlose Position, die sie von ihren „Verbündeten" vollkommen isoliert.[35] Die politische Elite ist auf ein Handeln zugunsten Dritter ausgerichtet, während die politische Klasse sich selbst als Bezugspunkt wählt und somit eine Interessengruppe als solche darstellt. Vor diesem Hintergrund bemüht sich die politische Klasse um Autonomie gegenüber ihren Wählern. Die politische Klasse schließt darüber hinaus Parteien geringerer Bedeutung mit ein, deren Entscheidungen nur in beschränktem Maße Auswirkungen besitzen, die jedoch in den Genuss der Privilegien der politischen Klasse kommen. Triebfeder der politischen Betätigung der politischen Elite ist mehr Macht als Geld, wiewohl letzteres ein geeignetes Mittel ist, um Zugang zur Macht zu bekommen und diese auszubauen. Die politische Klasse neigt zu einer Hierarchisierung: So genießen die Parlamentarier sichere Pensionen und weitreichende Privilegien. Allerdings schränkt die Führungsklasse, die Teil der politischen Klasse ist, diese Hierarchisierung wieder ein, und es fällt nur ein geringer Teil der politischen Klasse unter die Gruppe der politischen Führung.

Das Konzept des „Parteienstaates" ist untrennbar mit dem der politischen Klasse verbunden, während dieses zur politischen Elite eine größere Distanz einnimmt. So findet die politische Klasse ihren gemeinsamen Nenner im Parteienstaat, während das gemeinsame Element der politischen Elite das Parlamentssystem ist. Freilich stärkt das Parlamentssystem die Kohäsion der politischen Klasse (von Beyme 1993: 30–38).

---

[34] „*Kooptation* spielt sich in der Politik weniger gegenüber Personen als im Agenda-Setting ab. Themen werden rasch adaptiert. Die Moralisierung der Politik erfaßt periodisch auch die politische Klasse. Ihre Vertreter offenbaren dann die Frucht eines Gesprächs mit Kindern im Bundestag, als ob sie ein Staatsgeheimnis enthüllten. Die Responsivität ist die Kooptation in der Sache. Exklusion findet noch immer gelegentlich statt. Aber niemand erinnert sich gern daran, daß einmal darüber diskutiert wurde, die Grünen als verfassungswidrig zu verbieten." (Beyme 1995: 160)

[35] Der Ansatz von Auerbach, Putman und Rockman stimmt mit von Beymes Analyse zur Konfusion und unterschiedslosen Verwendung des Konzepts der politischen Elite überein. So wird festgestellt, dass die Bürokraten, die innerhalb des Staates über eine bestimmte Machtposition verfügen, irrtümlich zur politischen Elite gezählt werden. Diese Fehlanalyse hat ihre Ursache im Wesentlichen darin, dass von frühen Arbeiten des 19. Jahrhunderts bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts hinein keine Unterscheidung zwischen den *Entscheidungen* der politischen Elite und den *Handlungen* der hierzu beauftragten bürokratischen Elite getroffen wurde (1981: 4-16).

Die politische Klasse findet ihren konkreten Ausdruck in den politischen Parteien, hierbei insbesondere auf der Ebene der Parteiführung, die die Partei – in Europa – im Parlamentssystem repräsentiert. In Lateinamerika hat die politische Klasse eine wichtige Evolution mit der Ankunft und der Konsolidierung der Demokratie; allerdings wird die politische Klasse aufgrund des in der Region vorherrschenden Präsidentialismus außer im Parlament ferner in den Regierungsfunktionen repräsentiert. Andererseits verfügt die politische Klasse in Lateinamerika nicht über dieselbe wirtschaftliche Unabhängigkeit wie in den alten Demokratien Europas. Politische Betätigung wird in Letzteren in der Regel vom Staat (mit-)finanziert (Kapitel 5). So ergibt sich der Unterschied zwischen den Mitgliedern der politischen Klasse auch aufgrund wirtschaftlicher Faktoren und dem unterschiedlich breitem Zugang zu Ressourcen. Da sich Wahlprozesse immer kostenaufwändiger gestalten und die Bedeutung des Marketings mit den damit verbundenen finanziellen Belastungen zunimmt, gerät die politische Klasse zunehmend in Abhängigkeit von externen oder privaten Zuwendungen, die vorrangig von Unternehmen kommen. Insofern ist ihre Unabhängigkeit denjenigen ausgeliefert, die die Kampagne und Betätigung der Politiker unterstützen. In Ländern wie Kolumbien erwächst hieraus das Problem, dass die politische Klasse in die Abhängigkeit „verdeckter" Kreise gerät, die mitunter dem Drogenhandel nahe stehen. Hier sind politische Erpressungsversuche freilich nicht ausgeschlossen. Solche Einschätzungen gelten *cum grano salis* für weite Teile der lateinamerikanischen politischen Landschaft. So besitzt die politische Klasse auch der traditionellen Parteien Lateinamerikas geringe Erfolgsaussichten, ihre Kandidaten der Öffentlichkeit bekannt zu machen, wenn es ihnen an finanziellen Ressourcen mangelt. Somit bleibt den Parteien oftmals nur der Rückgriff auf private Geldmittel oder aber der Zugriff auf die finanziellen Ressourcen des Staates, d.h. unmittelbare Korruption.

Angesichts dieser in ganz Lateinamerika zu beobachtenden Phänomene ist eine gesetzlich geregelte Parteienfinanzierung die einzige gangbare Alternative, um die angedeuteten Verwerfungen zu beheben. Jedoch wird die allem Anschein nach einleuchtendste Alternative von eben jenen Angehörigen der politischen Klasse verschleppt oder zurückgewiesen, deren Finanzierung sich auf vollkommen willkürliche Quellen stützt. In der politischen Klasse Lateinamerikas fasst in zunehmendem Maße das Unternehmertum Fuß, im Gegensatz zu Europa, wo die politische Klasse sich eher aus ihrer eigenen Basis erneuert (Kapitel 5).[36]

1.2.1.5 Der politische Klientelismus (Exkurs)

Politischer Klientelismus rückte als wissenschaftliches Phänomen ab den 1950er Jahren ins Blickfeld der Anthropologie. In den 1960er Jahren wendet sich die Politikwissenschaft den Beziehungen der politischen Akteure innerhalb von Parteien zu (Caciagli 1997: 292). Politischer Klientelismus besteht aus einem Tausch von Gütern und Dienstleistungen gegen politische Loyalität, Unterstützung sowie die Zusicherung einer „wohlwollenden" Stimmabgabe. Diese Klientelbeziehungen lie-

[36] Allerdings ist diese Tendenz nicht überall in Europa in gleicher Form beobachtbar: Gegenbeispiele sind der Wahlerfolg und die herausragende politische Stellung Berlusconis in Italien. Die gleiche Mobilisierung des Unternehmertums ist auch in Spanien beobachtbar, wo die PP auf Josep Piqué als Wirtschafts- und Außenminister zurückgriff.

fern den Rahmen für die Bewertung, Wahrnehmung und Handlungsweise von Personen, die an diesem Tauschhandel beteiligt sind. Die Güter und Dienstleistungen, begriffen als eine Form wirtschaftlichen Kapitals, werden eingetauscht für ein von der politischen Macht abhängiges politisches Kapital. Zunächst manifestierte sich der Klientelismus in feudalistisch geprägten, traditionellen Gesellschaften in Form der Patron-Klient-Relationen zwischen Grundbesitzern und Pächtern (Lande 1977). Diese zeichneten sich in der Regel durch einen systematischen, pyramidalen Gesellschaftsaufbau aus (Kenny 1977).

Während des Entstehens der Klientelismustheorie wurde gelegentlich die Auffassung vertreten, diese Interaktionsprozesse würden vor allem in unterentwickelten Gesellschaften auftreten, in denen der Staat als wichtigster „Unternehmer" auftritt und „unternehmensintern" über das meiste Kapital verfügt. Im Umkehrschluss führen Privatisierungen also zu einer Verminderung des Klientelismus in den ärmeren Gesellschaften; Trennt sich der Staat von den staatlichen Unternehmen, verfügen die Politiker über weniger Kapital, um politischen Rückhalt mit Begünstigungen in der beruflichen Karriere zu vergelten (Roniger/Ayata 1994). Dieselben Autoren bekräftigen jedoch zugleich, die Klientelbeziehungen und Vereinbarungen würden trotz der Modernisierung der diversen Staaten nicht verschwinden. Der Staat lenkt in jedem Fall – in der freien wie der sozialen Marktwirtschaft – einen beträchtlichen Anteil des Arbeitsmarkts. Dies geschieht unmittelbar durch ein Tätigwerden des Staates selbst oder mittelbar durch die Beziehungen zum Privatsektor; wie sich in den jüngsten Jahren in Europa beobachten lässt, stehen beide Bereiche einander ausgesprochen nahe (vgl. Kapitel 2).

Andere Theoretiker begreifen den Klientelismus als eine unter vielen Phasen in der politischen Entwicklung, da die Klientelverträge das Verhältnis Zentrum-Peripherie stützen. Auf diese Weise wird das politische Bewusstsein der Menschen geschärft, die in diese Klientelbeziehungen einbezogen sind. Der Klientelismus ist für diese Autoren somit eine funktionelle Beziehungsform in der Entwicklung der Politik (Boissevan 1966; Powell 1977; Weingrod 1977). Andere Autoren wiederum vertreten die Auffassung, der Klientelismus führe weder zu Demokratie noch zu Modernisierung, da er nicht zur politischen Partizipation der Bevölkerung beiträgt, sondern eine fragmentierte, personalisierte Gesellschaft hervorbringt und den Status quo festschreibt (Lemarchand/Legg 1981; Zuckerman 1977a). Trotz der Unterschiede besteht jedoch Einigkeit in bestimmten Kernfragen. So begreifen beide Positionen die Relationen als zentrales Element des Klientelismus sowohl auf wirtschaftlicher wie politischer Ebene.

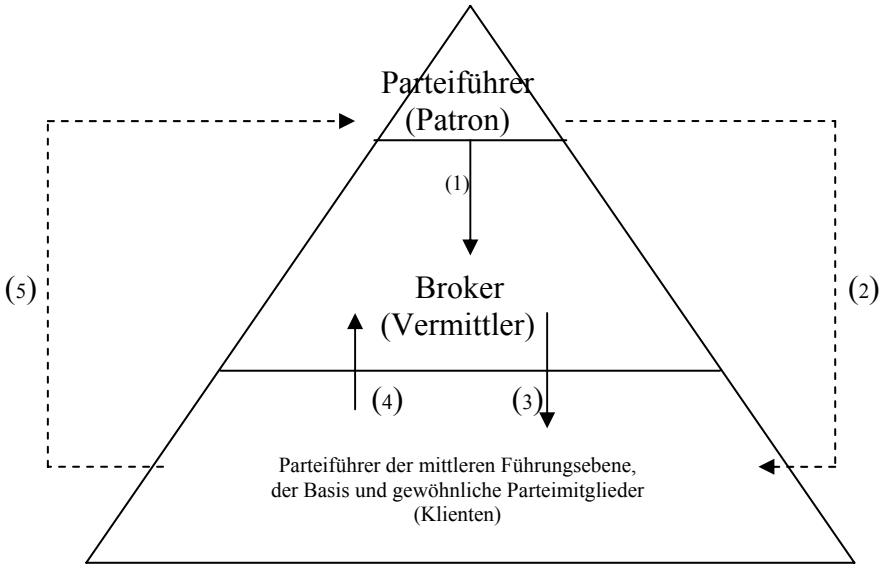
Bezogen auf Lateinamerika wurde darauf verwiesen, dass das Entstehen von Klientelbeziehungen das Ergebnis der Eroberung des Subkontinents und der späteren spanischen Herrschaft sei. Dies führte zu einer Gesellschaft, in der zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten ein Machtgefälle entstand. Die so entstehende Kultur einer hierarchischen Ordnung gründete sich auf Prestige, Ehre und Kapital. Ein weiterer Faktor, der die Klientelbeziehungen hervorbrachte, war die allmähliche Schwächung der zentralen Institutionen der Kolonialmächte in Bezug auf Kontrolle und Konzentration der Macht. Unter diesen beiden Vorzeichen kam es nach und nach zur Entwicklung des Klientelismus in den lateinamerikanischen Gesellschaften. Ein erster Fall ergab sich im ländlichen Raum zunächst auf den *Haciendas*, auf denen die Grundbesitzer durch ihre Mittelsleute die alleinige politische wie wirtschaftliche Macht ausübten. Hier hatten die ländlichen Arbeiter Zugang zum Land und erfuhren Sicherheit als Gegenleistung für ihre Loyalität und die Arbeit, die sie für den Patron verrichteten. Später setzte ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis ins frühe 20. Jahrhundert vor dem Hintergrund der Nationalstaaten eine Entwicklung des Parlamentarismus ein, die bis zu einem bestimmten Ausmaß eine Öffnung des Wahlsystems bedeutete. Damit findet auch eine Entwicklung der Klientelbeziehungen innerhalb dieses neuen politischen Akteurs – der politischen Parteien – statt, in deren Zentrum die staatliche Bürokratie steht. Vor diesem Hintergrund wird die Entscheidung über die Stimmabgabe zum wesentlichen Ausdruck der Klientelbeziehungen. Diese Form der Verflechtung ist in Lateinamerika vor allem darauf zurückzuführen, dass der Staat im Bereich des Arbeitsmarktes über die staatlichen Unternehmen eine gewichtige Rolle spielt. Dazu kommen ein hohes Ausmaß an administrativer Korruption und ein geringer Institutionalisierungsgrad (Eisenstadt/Roniger 1984).

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung ist derjenige Ausschnitt des Klientelismus von Interesse, der sich mit den Auswirkungen dieses Phänomens auf die politischen Institutionen, vorrangig den Staat und die politischen Parteien vor allem Lateinamerikas beschäftigt. In diesem Zusammenhang ist diese Form des paternalistischen Staates eine Variation des von Max Weber entwickelten Konzepts des patrimonialen Staates. So sei darauf hingewiesen, dass die persönliche Herrschaft, ge-

stützt auf persönliche Loyalitäten, nicht der Überzeugung um die persönlichen Eigenschaften der Machthaber bedarf. Vielmehr stützt sich das Treueverhältnis auf materielle Anreize und Begünstigungen (Auyero 1996). Auf diese Weise kommt es parteiintern zu einer klar bestimmbaren Ausbildung der Klientelbeziehungen, die zudem als Teil des politischen Prozesses akzeptiert werden, in dem derjenige, der über den besten Zugang zur Verteilung von Gütern und Dienstleistungen verfügt, seinen Parteimitgliedern oder Sympathisanten Angebote unterbreiten kann. Diese zur Partei gehörenden „Klienten" wiederum halten diese bedingungslose Treue aufrecht, solange ihre berufliche oder wirtschaftliche Sicherheit gegeben ist. In diesem Prozess der klientelistischen Tauschrelationen kommt den Vermittlern oder so genannten *Brokern* eine bedeutende Rolle zu. Sie treten nicht nur vor dem Hintergrund der politischen Parteien auf; in einigen industrialisierten Ländern übernehmen sie sogar Lobbyisten-Funktionen.[37] „Der Patron ist dann der Mittler (broker) zwischen der Zentralmacht die Ressourcen verteilt, und den Massen, die mit ihrem Konsens reagieren (mit der Stimme, nach der Ausweitung des Wahlrechts)." (Caciagli 1997: 292)

In den Parteien wie der Gesellschaft insgesamt besitzt der Broker oder Vermittler kein eigenes wirtschaftliches Kapital, wohl aber über soziales Kapital, da er die Gesellschaftsteile, zwischen denen der vermittelt, wie auch deren Verbindungspunkte kennt (Bourdieu 1986; Geertz 1988; Wacquant/Wilson 1993). Intern ist der Broker Teil einer Kette, die durch Unterordnung zusammengehalten wird. Derjenige – hier der Patron – übt die Macht aus, der die Möglichkeit der Ämterverteilung besitzt, sei es innerhalb des Staates, der Parteien oder selbst im Privatsektor. Somit besteht weder ein Gleichheits- noch ein Kooperationsverhältnis, sondern ein Tauschverhältnis, da eine Transaktion politischer Begünstigungen als Gegenleistung für politische Unterstützung stattfindet.

Abbildung 1: Die parteiinternen Klientelbeziehungen (Volksparteien)[38]



(1) Politische Begünstigung durch den Broker oder politischen Vermittler; (2) unmittelbare politische Begünstigung (in besonderen Fällen); (3) Politische Begünstigungen zum Vorteil der Parteiführer; (4) Politische Unterstützung durch Vermittlung der Broker (Wahlstimmen); (5) unmittelbare politische Unterstützung (in besonderen Fällen).

Wie aus der Abbildung 2 ersichtlich wird, kommt dem Vermittler vor allem in den Volksparteien eine bedeutende Rolle zu. Allerdings ergeben sich auch Situationen, in denen zwischen Führern und der Parteibasis eine unmittelbare Beziehung besteht. Dies geschieht in Abhängigkeit der Führungsebene, auf der sich der Parteiführer innerhalb der Machtstruktur befindet. So tritt der Parteivorsitzende selten in unmittelbaren Kontakt zu den Parteiführern der mittleren Führungsebene oder der Basis, sondern bedient sich in diesen Fällen seines politischen Vermittlers. Dieser wiederum kennt aufgrund seines eigenen Werdegangs in der Partei eine beträchtliche Zahl an Parteimitgliedern der

[37] Hiermit ist der Vermittler oder individuelle Broker gemeint, der zwischen den auf die Gesellschaft ausgerichteten Gruppen und denen, die auf die Nation als solche ausgerichtet sind, vermittelt (Wolf 1963).

[38] Wie bereits angedeutet, ist der Vermittler ebenfalls in den Massenparteien präsent, wiewohl seine Funktion in den Volksparteien deutlicher zu Tage tritt.

Basis oder Parteifunktionäre der mittleren Führungsebene, die ihn in der Vergangenheit unterstützt haben, und die er selbst mit politischen Begünstigungen wie Hilfestellungen in ihrer Karriere oder Begünstigungen für Familienangehörige eines Parteimitglieds der Basis protegiert hat.

Somit besteht ein wechselseitiges Tauschverhältnis, wobei die größere Abhängigkeit aufgrund der gegebenen wirtschaftlichen Schwäche jedoch auf Seiten der Parteibasis besteht. Das gleiche System ließe sich mit der Eroberung von Stimmen außerhalb der Partei in Zusammenhang bringen. Die vereinfachte Formel hierfür würde lauten: Die Begünstigungen, die jemand erhält, müssen von ihm erwidert werden. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass die Relation zwischen Patron und Klient nicht ausschließlich eine kommerzielle Transaktion ist. Hierzu ist erneut auf Max Weber Bezug zu nehmen, der darauf verweist, dass es kein stabiles Herrschaftssystem gibt, das sich allein durch einen Automatismus der Berechnung der persönlichen Interessen an der Macht halten könnte. Der Hauptgrund für die Unterordnung seitens des Untergeordneten liegt in der Überzeugung des Untergeordneten, dass besagte Unterordnung legitimiert ist (Weber 1946: 80-83).

1.2.2 Die interne Struktur politischer Parteien

1.2.2.1 Der Wandel der internen Bürokratie

Seit der Feststellung Klaus von Beymes, parteiintern wäre die Umsetzung der Demokratie nur undeutlich wahrnehmbar, hat sich kein substanzieller Wandel vollzogen. Mehr noch, in seinen Veröffentlichungen von 1993 und 2000 unterstreicht von Beyme diese Thematik erneut: So würden innerhalb der politischen Klasse die professionellen Politiker einen bedeutenden Anteil der Macht des Staates auf sich vereinigen. Diese Macht wird nicht beständig von der – zahlenmäßig ohnehin stark reduzierten – Parteibasis debattiert und anschließend bestätigt. Mit dem Einzug der Professionalisierung bekunden die gewöhnlichen Parteimitglieder nunmehr beinahe ausschließlich ihre Zustimmung zu den Entscheidungen der Parteispitze.[39]

Die Parteien waren jedoch dahingehend einem Wandel unterworfen, dass die Professionalisierung der politischen Betätigung dazu geführt hat, dass die eigentliche Parteibürokratie bei den wesentlichen innerparteilichen Entscheidungen an Einfluss verloren hat. Bürokratie und Verwaltung der Parteien obliegen internen Bürokraten, die Richtlinien umsetzen, die von der politischen Führungselite ausgehen und in irgendeiner Form von der Parteibasis bestätigt wurden. Dies geschieht vor allem durch Parteitage, *Juntas* und Parteiversammlungen. Dabei wird jedoch häufig nur der Form genüge getan. Während die Parteiführer darauf angewiesen sind, der öffentlichen Meinung zu vermitteln, dass die Basis an der Erarbeitung der politischen Ausrichtung der Partei wie auch an der Wahl ihrer Führer beteiligt ist, wurde die Parteilinie bereits im Vorfeld von den Parteiführern vereinbart, die die wesentlichen innerparteilichen Gruppierungen oder Führungsansprüche widerspiegeln. So erfährt die Parteibürokratie mehr und mehr einen Prozess der Verschlankung, da verschiedene Aufgaben, die einstmals in den Volksparteien der administrativen Bürokratie der Partei übertragen waren, nun auf parteiexterne Instanzen verlagert werden. Die professionellen Politiker ihrerseits widmen sich Aufgaben, die sich in zunehmendem Maße von der administrativen Bürokratie der Partei entfernen. Seit Panebianco 1982

[39] Siehe hierzu auch: Greven (1987), Niedermayer (1989, 1992), Hatschikjan/Altmann (2003)

zu der Feststellung gelangte „è, semplicemente, colui che dedica tutta, o una gran parte, della sua attività lavorativa alla politica e ne trae la principale fonte di sostentamento" (413) hat sich die alltägliche Arbeit der professionellen Politiker nur wenig verändert.

Die professionellen Politiker, die die Transformation der Parteien hin zu professionellen Wählerparteien begleitet und geleitet hatten, haben hinsichtlich der Funktion der internen Bürokratie einen Wandel in der parteiinternen Dynamik herbeigeführt. In den Volksparteien kam der parteiinternen Bürokratie noch eine weitaus wichtigere Rolle bei der Verteilung der Machtkontrolle innerhalb der Partei zu. Während sie bei den Volksparteien noch Einfluss auf die lokalen, regionalen und nationalen Strukturen ausübte und ihr parteiintern noch eine beträchtliche Machtfülle zukam, sind in den heutigen professionalisierten Wählerparteien Loyalitäten und Verpflichtungen enger verwoben und mehr von einer externen Bewertung der Parteiführer abhängig. Zudem ist der Erhalt der Beziehungen zu anderen Machtbereichen wie dem Sektor der Massenmedien oder dem Unternehmertum von Bedeutung (siehe hierzu auch Noack 2003: 15ff.).

1.2.2.2 Die parteiinterne Demokratie

Wiewohl die Parteien intern über demokratische Mechanismen verfügen, besitzen sie letztlich eine hierarchisierte Struktur, innerhalb derer die Parteiführer auf nationalen Parteitagen ihre Legitimation erfahren. Die interne Demokratie der Parteien lässt sich nicht aufgrund der Bestimmungen der einschlägigen Gesetze über die Parteien gewährleisten. In der Regel belegen die Tendenzen, dass die Partizipation der Parteimitglieder an der Willensbildung nur schwach ausgebildet ist, was zu der Feststellung führt, dass in den westlichen Demokratien parteiintern zumindest ein Demokratiedefizit besteht. Diese politische Fehlstellung wird noch verstärkt, berücksichtigt man eine Abwertung der Rolle der Parteimitglieder. So werden die Partizipationskanäle zunehmend ihrer Bedeutung bei der Entscheidungsfindung beraubt. Die Parteitage sind somit kaum mehr als Organe zur Beifallsbekundung. Ein weiteres Element, das den Mangel an Demokratie innerhalb der Parteien belegt und Robert Michels „Ehernes Gesetz" bestätigt, ist die Tatsache, dass innerhalb der Parteiführung nur sehr beschränkt Wechsel beobachtbar sind. Stattdessen schreiben die Parteiführer ihre Rolle fest und rotieren allenfalls untereinander in der Ausübung der Ämter. Als weitere Variable für die nur mangelnde Transparenz in der Partizipation in den Parteien mag der Umstand dienen, dass die Parteienfinanzierung über an Parteiführer der obersten Machtspitze gerichtete Spenden kanalisiert wird. Manche der vorgenannten Variablen für das Demokratiedefizit finden ihren Niederschlag zudem in der symptomatischen Beobachtung, dass sich das soziale Profil der Parteieliten zunehmend von dem der Parteibasis entfernt. Die gewöhnlichen Parteimitglieder repräsentieren stets gesellschaftlich niedriger stehende Schichten als ihre Führer, wiewohl diese für sich in Anspruch nehmen, die volksnahe Partei zu

vertreten. In Lateinamerika zeigt sich dieses Phänomen in noch weit dramatischerem Ausmaß; hier tun sich zwischen Parteiführern und Basis abgrundtiefe Unterschiede auf (von Beyme 1982: 289-296).

Die interne Struktur der Parteien hat bei der Entscheidungsfindung an Bedeutung eingebüßt, gleiches gilt für die Parteimasse, die immer weniger eine „Masse" darstellt. In Europa ist eine Parlamentarisierung der Parteien, die der sichtbarste Ausdruck der politischen Klasse ist, festzustellen: Der Parlamentarier muss einerseits seinem Wahlkreis in angemessener Weise gegenübertreten, d.h. an den dort auftretenden Problemen Anteil nehmen und Lösungen präsentieren. Wird er dagegen nicht direkt sondern über eine Liste gewählt, muss er sich einem parteiinternen Flügel anschließen oder der Parteielite angehören, um seinen Sitz im Parlament zu sichern. Nur in erstem Fall gestaltet sich seine Beziehung zur Masse intensiver; trotzdem ist er für seine Wahl nicht von ihr abhängig. Besitzen in Lateinamerika Parlamente auch nicht dieselbe Bedeutung wie in Europa, gehören die Parlamentarier doch zu einem großen Teil der Parteielite an. Ihre Wahl hängt im Gegensatz zu Europa nicht von der Parteielite ab: In einigen Fällen müssen die nationalen Parteiführer angesichts der hohen Popularität einzelner regional verhafteter Parlamentarier mit lokalen Parteiführern oder Caudillos verhandeln. Dabei handelt es sich um eine für Volksparteien typische Erscheinung, in denen die Klientelbeziehungen stärker ausgeprägt sind als beim Typ der „professionalisierten Wählerparteien".

1.2.3 Interne Gruppierungen

Die Bildung interner Gruppen in Parteien wurde in der Vergangenheit als negative Entwicklung betrachtet, heute setzt sich jedoch die Einsicht durch, dass interne Unterschiede unverzichtbarer Bestandteil von Parteien sind. Sie repräsentieren u.a. einen innerparteilichen Pluralismus (von Beyme 1978: 677). So waren und sind Flügel, Fraktionen, interne Gruppen, Strömungen oder Faktionen natürlicher Bestandteil der politischen Parteien. Parallel zur Evolution der Parteien spürten jedoch auch die internen Gruppierungen diese Veränderungen. Dies führt dazu, dass interne Gruppierungen der Massen-, Volks- und professionalisierten Wählerparteien jeweils ihre eigenen Charakteristika aufweisen.

Lediglich in den 1960er und frühen 70er Jahren führten demokratietheoretische Arbeiten über politische Parteien zu einer positiven Bewertung des Phänomens der innerparteilichen Gruppen. Man erkannte von da ab die Existenz von Gruppen als untrennbaren Teil von Parteien an, gleichgültig ob dies positive oder negative Effekte auf das Innere der Parteien hat. So wie schon Samuel Eldersveld aufzeigte, ist die Partei ein politisches System „in Miniatur". Insofern hat sie auch eine Hierarchie, einen repräsentativen Prozess, ein Wahlsystem, sowie Sub-Prozesse zur Rekrutierung von Mitgliedern, zur Definition von Zielen oder zur Konfliktlösung. In diesem Sinne zeigte Michel Sernini auf, dass die Parteien aus Kombinationen von Faktionen,

unabhängigen Richtungen und unteilbaren Gruppen bestehen. Im Entwicklungsprozess der Parteien und der zunehmenden sozialen Heterogenität, die in sie einzog, wuchsen auch die Konflikte innerhalb der Partei. Diese Konflikte nahmen durch Bestrebungen zu, die innere Demokratie zu verbessern, die in der oligarchischen Entstehungsphase dieses Organismus fehlte.

So entstand die Faktion als Konzept, den politischen Feind pejorativ zu benennen, während die eigene Gruppe die „Partei" war. Zum Beispiel benutzte man in England den Begriff „*factionalism*" lange Zeit, um sich auf die negativen Effekte zu beziehen, die die Partei zeigte (von Beyme 1982: 277). Ebenso jedoch waren es die politischen Theorien in England, die die Existenz politischer Konflikte innerhalb der Subsysteme als natürliche Systemkonflikte erkannten. Seit Maurice Duverger ist das Thema der Gruppen fast immer Bestandteil der Forschungen über die Organisation politischer Systeme, obwohl einige Autoren wie Giorgio Lombardi Gruppen eher der internen Demokratie zuordnen.

Beim Studium der genannten Gruppen wird man mit einigen terminologischen Problemen konfrontiert. Die erste Schwierigkeit liegt in der fehlenden Übereinstimmung in Begriffsdefinitionen, um Untereinheiten zu benennen, die sich innerhalb der Parteien formen. Die italienische Literatur nennt diese „*correnti*", die deutsche „Richtung" oder „Flügel", obwohl Klaus von Beyme den Begriff „Faktion" beibehält. Autoren wie Key, Rose oder Huntington sprechen ebenfalls von „Faktionen", was Giovanni Sartori (1976) kritisiert. Seiner Meinung nach sollen diese Untereinheiten „Fraktionen" genannt werden. Aber auch dieses Konzept wirft je nach Blickwinkel eine Reihe von Problemen auf. Zunächst einmal hat der Begriff „Fraktion" eine spezielle Bedeutung im marxistischen Vokabular, besonders in der leninistischen Tradition. Des Weiteren bezeichnet der Begriff „Fraktion" im Deutschen die Parteien im Parlament. Dies ist eine prämarxistische Definition aus der Zeit des Parlaments der Paulskirche von 1848 (Sartori 1976: 71ff.). In dieser Arbeit werden diese Untereinheiten „interne Gruppen" genannt. Diese neutrale Benennung soll es möglich machen, auch zu anderen Konzepten, wie dem der „Faktion", die auch passend für diese Art von Studien sind, zu wechseln. Weitere Gründe für diese Bezeichnung sind der übereinstimmende Gebrauch dieses Begriffes in Lateinamerika und in der Terminologie der zu untersuchenden Parteien.

Die Geschichte der Politik zeigt, dass in Europa, Asien, Lateinamerika und den USA die Gruppen unzertrennlich mit den politischen Parteien verbunden waren. So hat zum Beispiel Max Weber (1956) seine alte Parteientypologie in ideologische Parteien und Patronatsparteien unterteilt, in denen sich Faktionen bilden, die sich in ideologisch motivierende Gruppen und Gruppen zur Machterhaltung aufteilen lassen. Italien ist modellhaft für dieses Konzept, denn sowohl in der DCI und in der PSI existieren gleichzeitig Gruppen von „Unterstützern" sowie von „Motivierern".

Für Klaus von Beyme ist „der Faktionalismus (...) in allen Länder stark, in denen eine Partei sehr stark dominiert und die Spielregeln der repräsentativen Demokratie noch nach den älteren

Regeln traditionaler Clientela-Politik funktionieren, wie in den amerikanischen Südstaaten, in Lateinamerika, in Japan, Indien, Israel und Italien“ (Beyme 1982: 288). Das Phänomen der internen Gruppen kann man in allen Ländern beobachten, insbesondere entwickelt es sich in repräsentativer Demokratie. So kann die Konservative Partei in England als eine Koalition aus zwei Richtungen, den Progressiven und den Reaktionären, beschrieben werden. Aktuell kann in der Sozialistischen Partei Frankreichs beobachtet werden, wie sich die Gruppe, die von dem ehemaligen Premierminister Lionel Jospin geführt wird, gegen den Hauptkonkurrenten, den ehemaligen Finanzminister Laurent Fabius, verteidigt, der eine liberalere Gangart vertritt und ein Befürworter des „Dritten Wegs“ ist. In den Vereinigten Staaten weiß man seit den Studien von Key, dass die Vorwahlen den Faktionalismus fördern. Ebenso wurde die Christlich-Demokratische Partei in Chile von drei Gruppen, den „*oficialistas*“, „*terceristas*“ und den „*rebeldes*“ beherrscht. Die Existenz von internen Gruppen in den Parteien hat vielfältige Erklärungen und Ursprünge (Jouannet 1998).

Autoren wie von Beyme (1978, 1982, 1995) Sartori (1976, 1982), Rose (1964, 1984), Key (1962), Beller/Belloni (1978), Panebianco (1982), Verdu (1974), Sernini (1966), Ropack/James (1978), Lombardi (1982) und D’Amato (1964) stellen folgende Charakteristika auf: (1) Bestehen von Tradition, Klientelismus und „Caciquismus“; (2) lokale Traditionen; (3) die Orientierung der Partei auf Macht und „Caciquismus“ mehr als auf Ideologie und Programm; (4) in einigen Fällen von Parteifusionen bestehen die alten Gruppen als eine Gruppe innerhalb der neuen Partei weiter; (5) die Normen der proportionalen Repräsentation; (6) ein System der dezentralisierten Parteienfinanzierung fördert den Weiterbestand der Gruppen; und (7) der Parlamentarismus.

Die genannten Charakteristika fördern die Gestaltung der Gruppen, es lassen sich jedoch auch Gruppentypologien aufstellen: (1) Sich ausschließende Gruppen können die Partei zerstückeln und sich abspalten; (2) mehrheiten und Minderheiten: In diesem Konzept von D’Amato liegt die Betonung auf der Anzahl der Geführten, sowohl an der Spitze, als auch an der Basis. Es zeigt analog die Auseinandersetzung Regierung – Opposition auf; (3) stabile und vorübergehende Gruppen. Sie widerstehen besser oder schlechter den Änderungen durch die sukzessiven Nationalkongresse; (4) integrative Gruppen. Sie scheinen sich um die Beibehaltung der Einheit der Partei zu kümmern und pflegen sich als Zentrierer zu bezeichnen; (5) Untergruppen oder Strömungen die sich im Zentrum der etablierten Fraktionen rühren. Sie tauchen bei Gruppenchefs auf, die der Disziplin oder Kontrolle der Gruppenführer, und sei es nur aus Rivalität zu den Gruppenführern, widerstehen; (6) die Unabhängigen. Sie sind Mitglieder, die keine formale Gruppe bilden, aber auch nicht der normativen Disziplin der Partei gehorchen; (7) die Meinungsströmungen. Sie treten gleichzeitig mit den Trends auf, und sind vor allem Gruppen der ideologischen Debatte vom integrativem Charakter; (8) die Faktionen. Diese umkreisen einen Führer oder Chef, ohne ideologische Fragen zu beachten; (9) die Gruppen der Generationen. Sie

identifizieren sich durch eine gemeinsame Vergangenheit und entscheiden sich für eine koordinierte Arbeit mit festen Zielen innerhalb der Partei; und (10) die Gruppen der sozialen Klassen. Sie gruppieren sich durch ihre sozioökonomische Herkunft, um sich von anderen Sektoren der Partei zu unterscheiden, in denen sie sich nicht integriert fühlen (Jouannet 1998).

In der komplexen Innenwelt der politischen Parteien verbinden sich die Kategorien und Charakteristiken der internen Gruppen. In gleicher Weise gestalten sich die Motivation und das Ziel, das die Mitglieder an einer Partei festhalten lässt, als eine Mischung, die anhand der Interessen der Mitglieder der internen Gruppen wie auch der Art der Führung innerhalb der Gruppe erklärbar wird (Beller/Belloni 1978a: 10f.).

1.2.3.1 Interne Gruppen in den Massenparteien (Exkurs)

In den Massenparteien hingen die internen Gruppen von einem internen Bürokratieapparat ab, der sich selbst in einer noch so einfach strukturierten Partei nichtsdestotrotz als komplex erwies. Die internen Gruppen waren in sämtlichen Strukturen der Entscheidungsfindung der Partei vertreten, beispielsweise in Komitees, Sektionen, Zellen oder Milizen. In den Massenparteien forderte die Zugehörigkeit zur Partei ein hohes Engagement: Die Mitgliedschaft in der Partei führte automatisch zu einer Reihe von Verpflichtungen, wie der Zahlung von Beiträgen, einer aktiven Teilnahme an den Instanzen der Parteibasis oder der Propagierung der Ziele der Partei in der Gesellschaft.

Die Art der Partizipation innerhalb dieses Parteityps schuf gemeinschaftliche Bande zwischen den Mitgliedern der Massenpartei. Zudem entstanden ein Zugehörigkeitsgefühl und eine Identifizierung mit der Partei und der Gruppe, der das Mitglied angehörte. In dieser vermengten sich politisches Gedankengut mit einer psychologischen Abhängigkeit und Zuneigung zwischen den Mitgliedern der internen Gruppe. Je aktiver und engagierter ein Mitglied in der Partei war, desto höher war die Aussicht, einer bestimmten parteiinternen Gruppe angehören zu können. Andererseits reduzierte sich die Möglichkeit, einer internen Gruppe anzugehören umso mehr, je weniger Aktivität das Mitglied in der Partei zeigte.

Wenn die Parteimitglieder sich trotz der Zugehörigkeit zur Partei und ihrer hohen Partizipation in der Regel auch parteiextern betätigten, so besteht hierin ein bedeutender Unterschied zu den Parteien totalitären, d.h. kommunistischen oder faschistischen Zuschnitts. Hier war die Partei alles und füllte das Leben der Mitglieder vollständig aus. So rangierten für einen Faschisten Vaterland, Familie, Ehe und Freunde jederzeit hinter den Interessen der Partei (Duverger 1981: 186-187). Die Massenpartei nahm sicherlich eine bedeutende Stellung im Leben der Parteimitglieder ein, da sie der größtmögliche Ausdruck der Freiheit für Menschen in einer Gesellschaft war, in der es beispielsweise nur ein eingeschränktes Wahlrecht gab.

In der Partei besaßen die internen Gruppen eine Basis, da sie, wie bereits dargelegt, sämtliche

Parteistrukturen durchzogen. Aus diesem Grunde war jede interne Gruppe darauf angewiesen, einen relevanten Teil der Mitglieder hinter sich zu versammeln. Ferner waren Funktionäre auf der mittleren Hierarchieebene erforderlich, um bei Wahlen auf lokalen Parteiversammlungen die Kandidaten der eigenen Gruppe durchsetzen zu können. Diese lokalen Parteiführer konnten anschließend die regionale wie nationale Ebene unterstützen. Auf nationaler Ebene erfuhren die Parteiführer ihre Legitimation durch die lokalen und regionalen Repräsentanten, weswegen ihre Macht von einer möglichst großen Repräsentation der Gruppe in der Parteibasis abhing. War die Relation zwischen Parteiführern und Basis auch hierarchisch angelegt, so war sie zwischen den einzelnen Stufen der Struktur der Gruppe dennoch fließend.

Abbildung 2: Allgemeine schematische Darstellung interner Gruppen innerhalb der Massenparteien nach Ebenen in der Hierarchie[40]

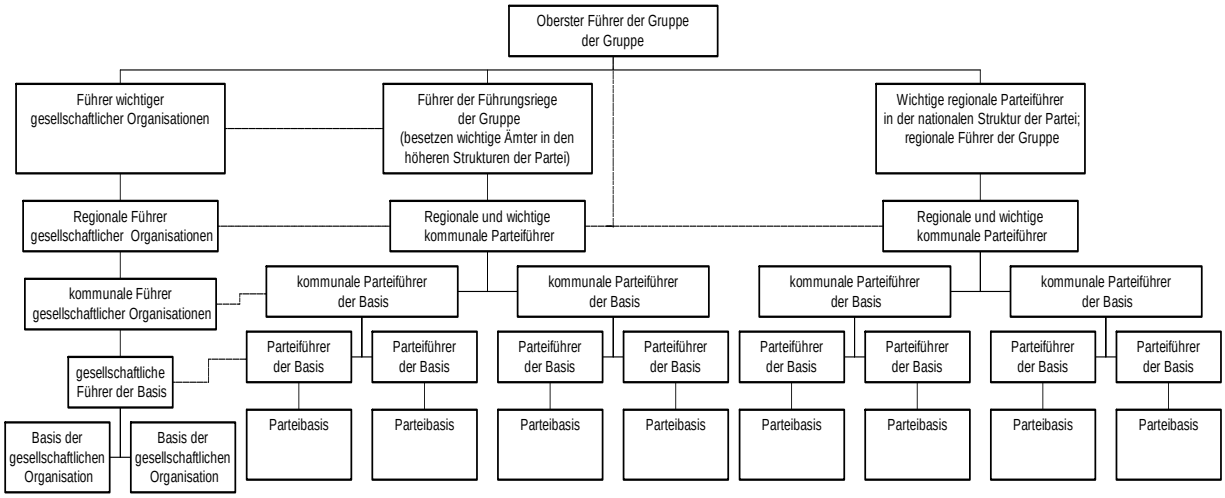


Abbildung 2 gibt in groben Zügen die Binnenverhältnisse der Gruppen in den Massenparteien wieder. Im oberen Teil der Hierarchie befand sich stets ein Führer, der zugleich das höchste Amt innehatte, das von der Gruppe in der Partei wahrgenommen wurde. Dieser Fall trat in den europäischen Parteien prägnanter als in den USA auf. Hier war die Figur des „Chefs" in der Regel nicht deckungsgleich mit dem Führer der Gruppe; statt dessen positionierte der „Chef" andere Parteimitglieder in wichtige Ämter bis hin zur Präsidentschaft, während er selbst im Hintergrund die Fäden zog und von der Macht vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht profitierte. „*Le bossism américain paraît fondé sur la rentabilité*." (Duverger 1981: 220) Diese Situation ergab sich in den Vereinigten Staaten, da mithilfe des dortigen Systems nicht nur Senatoren und Abgeordnete, sondern zudem die Gemeinderäte, Kommunalregierungen im Allgemeinen, Richter, Sheriffs, Polizeichefs, Steuerbeamte, Feuerwehrkommandanten, die Schulaufsicht sowie annähernd die Gesamtheit der Führungsposten der öffentlichen Dienste gewählt wurden (Duverger 1981: 220).

Auf der zweiten Hierarchieebene der parteiinternen Gruppierungen innerhalb der Massenparteien fand sich eine Gruppe von Parteiführern, die in der Regel innerhalb der Partei wichtige Ämter besetzte oder der parlamentarischen Vertretung angehörte. Zusätzlich waren auf dieser Ebene Führer zu finden, die auf nationaler Ebene in gesellschaftlichen Organisationen wie den Gewerkschaften und anderen Organen der Arbeitervertretung eine bedeutende Stellung innehatten sowie schließlich Parteiführer, die auf Provinz- oder Regionalebene Ämter besetzten und als Mandatsträger einer wichtigen Region innerparteilich große Stimmenanteile auf sich vereinigten. Die Parteiführer dieser Ebene übten ihren Einfluss in der Regel über die Mitteilungsorgane der Partei, insbesondere der

[40] Dieses Modell veranschaulicht graphisch die anzunehmende Wirkungsweise der internen Gruppen in den Massenparteien. Grundlage hierfür bilden die Beschreibungen Duvergers (1981).

Mitgliederzeitung, aus. Diese Gruppe, die sich um den Parteichef scharte, war Teil der Parteielite und wird von Duverger als eine wahre „*classe de chefs*“ bezeichnet, die den „*cercle intérieur*“ der Partei bildete: Sie klammerte sich an die Macht und erhielt die Unterstützung der Massen, da die Masse sich skeptisch gegenüber der neuen Führung verhielt. Dies galt insbesondere für die älteren Parteimitglieder, die der Partei seit langem angehörten und mit der Führung aufgewachsen waren. Zusammen mit dem Chef oder Führer der Gruppe entscheidet der innere Kreis über das politische Schicksal der Parteiführer, beispielsweise bei den Kandidatenaufstellungen für das Parlament.[41] Diese Führungsebene besaß in der Regel einen unmittelbaren Kontakt zu dem Führer der Gruppe. Über je mehr Macht diese Ebene verfügte, desto bedeutender war ihr Führer innerhalb der Partei.

Auf der dritten Ebene befanden sich die regionalen Parteiführer und – infolge der Größe der Wählerschaft ihrer Heimatstadt – einige wenige Parteiführer der kommunalen Ebene. Verfügte die Partei in dieser Stadt über eine beträchtliche Anzahl an aktiven Mitgliedern, konnten ihre Führer auf diese Entscheidungsebene vordringen. Ferner waren hier Parteiführer der Regional- oder Provinzebene der gesellschaftlichen Organisationen vertreten, die der Partei nahe standen und der parteiinternen Gruppierung zuzurechnen waren. Auf der vierten Ebene befanden sich die Parteiführer der Kommunalebene, die auf den Rückhalt der Parteiführer der Basis zählen konnten und ihrerseits den Parteiführern der Regional- und Provinzebene ihre Unterstützung gewährten und die Führer der gesellschaftlichen Organisationen der Gruppe unterstützten. Von diesen standen einige dem Parteiführer nahe, der sie wiederum als Teil eines Kreises seines Vertrauens erachtete.[42] Auf der zweituntersten Ebene befanden sich die Parteiführer der Basis: die Führer des Komitees, der Sektion, der Zelle oder der Miliz. Wie auch auf den übrigen Ebenen fand eine Bindung an ihre Pendants in den gesellschaftlichen Organisationen statt. Sie standen in direktem Kontakt zur Basis; ihre Aufgabe bestand einerseits darin, die Parteibasis zu organisieren, motivieren und politisch zu bilden, andererseits darin, bei innerparteilichen Wahlprozessen die Stimmabgabe für die eigene Person zu sichern. Die unterste Ebene schließlich bildete die Parteibasis; aufgrund ihres Bekenntnisses zur Partei baute diese eine unmittelbare oder mittelbare Beziehung zu den parteiinternen Gruppierungen auf und war insofern für das so genannte Parteileben verantwortlich. Unterschieden sich die Massenparteien hinsichtlich der Disziplin und des Grades der Verbundenheit mit der Partei zweifellos von den totalitären Parteien, so war die Beziehung und die Verbundenheit zur Partei so stark ausgeprägt, dass viele ihrer außerparteilichen Aktivitäten sie mit der Partei verbanden.

In der Regel unterhielten die innerparteilichen Gruppen der Massenparteien rege Aktivitäten. Ihre Kämpfe bedeuteten eine Reproduktion der Differenzen ihrer Führer. In anderen Fällen waren die Unterschiede jedoch auch auf der persönlichen Ebene zu suchen. Das Verhältnis zum Führer oder Chef zeichnete sich innerhalb der Gruppe durch bedingungslose Loyalität und grenzenloses Vertrauen aus. In dieser Art „*Kamarilla*“ verteilte der Führer die politischen Ämter, die die Gruppe je nach der ihr zukommenden Machtstellung innerhalb der Partei wahrnahm. Hier wurde das Netz der Macht gestrickt, das von dem Führer der Gruppe und seines inneren Kreises abhing.[43] (Duverger 1981: 226).

1.2.3.2 Parteiinterne Gruppierungen in den Volksparteien (Exkurs)

Nach dem Zweiten Weltkrieg durchleben die Parteien im nordamerikanisch-europäischen Kontext einen raschen Wandel hin zu den Volksparteien. Es dämmert „die Ära der Volksparteien“ (von Beyme 2000: 192) herauf. Im Rahmen dieser Veränderungen um die Mitte des 20. Jahrhunderts ändert sich die Parteienstruktur von Massenparteien hin zu Volksparteien. Die neue Situation in Westeuropa bedeutete erstmalig die Koexistenz von demokratischen Staaten in

[41] „Le régime électoral de l'État paraît avoir une certaine influence sur le caractère oligarchique des directions partisanes et la formation des 'cercles intérieur'. Dans la mesure où nul candidat n'a des chances d'être élu sans l'agrément des comités du parti, ses dirigeant jouent un rôle l'agrément des comités du parti, ses dirigeant jouent un rôle essentiel dans la sélection des futurs députés qui sont désignés par le cercle intérieur.“ (Duverger 1981: 225)

[42] „Les premières sont les importantes: dans les régions ou les partis conservent longtemps une grande influence, se forment naturellement des équipes locales qui jouent souvent un rôle important dans la vie du parti.“(Duverger 1981:227)

[43] In Deutschland zählte die interne Bürokratie der SPD im Jahre 1910 3000 Funktionäre; somit ergab sich eine Ratio Funktionär–Parteimitglied der Basis von 1: 250 (Duverger 1981: 228).

annähernd sämtlichen Ländern der Region; die von den Parteien alten Zuschnitts vertretene Forderung nach mehr Freiheit war nicht mehr Bestandteil des Programms der neuen Volksparteien, statt dessen kämpften diese für die Konsolidierung der neuen Demokratie, des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit in einer Region, die im Laufe der Geschichte stets durch territoriale Differenzen gespalten gewesen war. Die neuen Parteien erhoben unter ihrer neuen Führung den Anspruch, sich gemeinsam für den Erfolg der Demokratie und allgemeinen Wohlstand in Europa einzusetzen.

In diesem neuen Kontext verlieren die Parteien ihren Massencharakter, der sie bis zum Zweiten Weltkrieg ausgezeichnet hatte. Trotz des Hintergrunds des Kalten Kriegs nähern sich die Parteien einander allmählich in ideologischen wie programmatischen Fragestellungen in dem Maße an, wie sich die Demokratie als Regierungssystem konsolidiert und die Marktwirtschaft mit ihrer sozialen und liberalen Ausrichtung unangefochten zum herrschenden Wirtschaftssystem avanciert. Dieses neue Panorama, in dem sich die Parteien nun bewegen, führt zu der so genannten *Reideologisierung* der westlichen Demokratien.[44] Gleichermaßen verlieren die Parteien eines ihrer wesentlichen Merkmale, das eine der Triebfedern für die Parteizugehörigkeit der Massen und ihr Interesse an der Politik im Allgemeinen gewesen war: Die Funktion der politischen Bildung und der Sozialisation wird allmählich von den Massenmedien übernommen, die gegen Ende der 1970er Jahre die politischen Parteien dieser Funktion weitgehend entheben.

Die Parteien öffnen sich nun in zunehmendem Maße für programmatische Aufgaben und den Wahlkampf und gelangen zu einer neuen Definition ihrer Rolle als Instrumente der Interessenaggregation innerhalb der Gesellschaft. Ihre Aufgabe sollte künftig in ihrer Vorbereitung darauf bestehen, die Bevölkerung zu regieren oder alternativ dazu die Opposition zu bilden. Die bis dahin beobachtbare Parteienbindung der Bevölkerung beginnt sich zu wandeln. Das eherne politische Gesetz, wonach die Menschen von der Wiege bis zur Bahre dieselbe Partei wählten, ändert sich merklich. Dies hat seinen Grund unter anderem darin, dass die grundlegenden Unterschiede zwischen den relevanten Parteien stetig geringer werden und die Wähler infolge dieser Wahrnehmung beginnen, die Entscheidung über ihre Stimmabgabe in Abhängigkeit von Problemlösungen zu treffen, die ihre persönlichen Interessen betreffen (von Beyme 2000: 193).

Innerhalb der Parteien werden in zunehmendem Maße Veränderungen sichtbar, die das Ergebnis dieses neuen Parteityps sind. Im Bereich der internen Strukturen kommt es zu einer Verschlankung der Parteimaschinerie, die innerparteilichen Gruppen reduzieren zunehmend ihre Strukturen. Die Parteielite unterliegt anders als zuvor nicht mehr nur dem Rechtfertigungsdruck innerhalb der Partei, sondern muss nun verstärkt außerhalb parteiextern ihre Berechtigung unter Beweis stellen. Die Massenmedien liefern den Parteiführer dazu aus, seine Arbeit mehr als

[44] Die Reideologisierung brachte es mit sich, dass die Parteien, die auf die drängendsten Probleme der Gesellschaft Antworten liefern mussten, sich wieder stärker auf ideologische Elemente stützten (von Beyme 1982: 416). Hierzu: „Gleichwohl erwies sich die These vom ‚Ende der Ideologie' als eine Vereinfachung. Sie war noch kaum aufgestellt, als eine neue Welle der Re-Ideologisierung in den Parteien der westlichen Demokratie entstand. Der Gesamtprozeß führte nicht zu einer Entideologisierung, sondern die Ideologien wurden kompetitiver und handlungsrelevanter." (Beyme 2000: 193)

zuvor im Licht der Öffentlichkeit zu leisten und sich dabei mehr auf Fragestellungen und Probleme der Bürger zu konzentrieren.

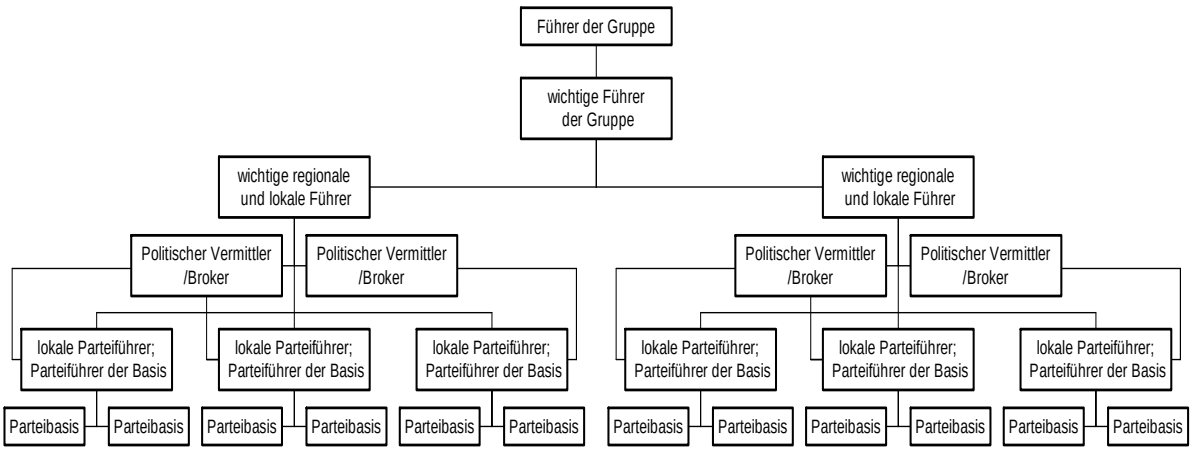
Trotz ihres Wirkens im Licht der Öffentlichkeit, das die Parteien zu entfalten beginnen, führen die Konsolidierung der Demokratie und des Wirtschaftssystems wie auch die Stabilisierung der Lebensbedingungen in Westeuropa und den USA und der Umstand, dass die Massenmedien die Funktion der politischen Bildung und der Sozialisierung übernehmen dazu, dass die Bürger sich weniger an politischen Prozessen beteiligen. Dies verdeutlichen der Rückgang der Wahlbeteiligung und der geringere Zulauf bei politischen Veranstaltungen und Parteiaktivitäten. Allerdings stellt die Tatsache, dass sich nicht die Gesamtheit die Bevölkerung an den Wahlprozessen beteiligt, weder die zentrale Rolle der Parteien beim Aufbau der Demokratie noch ihre Leitfunktion bei der Verwaltung der Politik in Frage. Im Gegenteil, diese Wahrnehmung der Parteien als staatliche Institutionen führt in einigen westlichen Ländern dazu, dass die Parteien zunehmend Berücksichtigung in den Etats der Länder finden. Infolge dieser Entwicklung tritt die althergebrachte Form der Parteienfinanzierung vor allem über Mitgliederbeiträge in den Hintergrund (von Beyme 2000: 195). „Coming to the point, the party finances do not explain why party systems are as they are, nor their variance across the world. And I can think of only one good reason for political money to be given to the party subunits instead of party as a unit, namely, that the latter is a more profitable investment than the former. If the fractions are under party control, then there is little to be gained by bypassing the comptroller. The question hinges, therefore, on how the party loses or, conversely, gains control over its fractions (60). And this brings me back to the structure of opportunities and specifically to the intra-party electoral arrangements." (Sartori 1976: 95) Die Parteien beginnen intern, offener mit den Parteimitgliedern über ihre Programmatik zu debattieren, als dies in den Massenparteien geschah. Der neue Demokratisierungsprozess innerhalb der Gesellschaft wie auch die exponiertere Stellung, die die Parteien infolge der Massenmedien nun einnehmen, wirkt sich auf interne Entscheidungen aus; strategische wie programmatische Kursbestimmungen werden nun stärker auf der Grundlage des Konsenses vorgenommen.

In der Regel findet eine Konsolidierung der Parteien innerhalb der Parteiensysteme statt, womit es nur noch sehr beschränkt zur Bildung neuer Gruppierungen kommt. Zudem sehen sich die Parteien und Bewegungen der extremen Linken wie der extremen Rechten zunehmend isoliert und zu bedeutungslosen Randerscheinungen degradiert. Im Allgemeinen bewegen sich die Parteien der Linken wie der Rechten auf die politische Mitte zu. Trotz des Regierungswechsels, der Teil der Demokratie ist, beweisen die Regierungen ungeachtet der jeweiligen Regierungspartei oder -koalition einen hohen Grad an politischer Kontinuität. Allerdings ist die Frage, welche Regierung an der Macht ist, für das Ergebnis der Regierungsarbeit auch weiterhin durchaus von Bedeutung: „Gleichwohl gibt es Anzeichen dafür, daß die Herrschaft von Parteien durchaus von Einfluß auf das Resultat des politischen Prozesses ist, weniger gemessen an quantifizierba-

ren Indikatoren wie Arbeitslosenquoten, Inflationsrate, Staatsverschuldung oder Budgetansätzen als an den qualitativen Prioritäten, die einzelne Parteien setzen.“ (Beyme 2000: 195-196)

Ein Element, das den Typus der Volksparteien weiterentwickelte, war die Patronage. Allerdings kam es in Gegensatz zu den Äußerungen ihrer Kritiker in diesen Parteien gemeinhin nicht zur Herausbildung einer autoritären Oligarchie, obwohl es eine Parteielite gab. Im Gegenteil, manchen Parteien bereitete die Kontrolle einiger Abgeordneter, die von der Parteilinie abweichen, Schwierigkeiten. Dies war vor allem in nordamerikanischen Parteien und einigen lateinamerikanischen Parteien der Fall; in Letzteren wies die Demokratie einen ähnlichen Konsolidierungsgrad wie in Europa auf. So kam es in der chilenischen Christdemokratie während der 1960er Jahre zu bedeutsamen Spaltungen zwischen Teilen der Fraktion und der Parteiführung (von Beyme 2000: 196; Jouannet 1998). In der Regel konsolidieren sich diese internen Gruppen oder Strömungen (*tendencies*), wie sie Rose (1964: 37) bezeichnet, als legitimer Ausdruck innerparteilicher Machtverhältnisse. So unterscheiden sich die internen Gruppen sogar hinsichtlich des Grades ihrer innerparteilichen Organisation. Interne Gruppen bestimmten beispielsweise über die internen Kommunikationsmedien. Obwohl diese als offizielle Mitteilungsorgane der Partei fungieren können, kommt derjenigen Gruppe Bedeutung zu, die dieses Mitteilungsmedium beherrscht; sie kontrolliert die Außendarstellung der Partei. Beleg für die Organisation einer Gruppe in dieser Zeit sind die ökonomischen Ressourcen, über die sie verfügt: Büros, Gebäude, Medien, etc. (Raschke 1977: 22; Müller-Rommel 1984: 86).

Abbildung 3: Relationsschema innerhalb der parteiinternen Gruppen in Volksparteien[45]



Die internen Gruppen weisen in jener Zeit die folgenden Merkmale auf: Die organisatorische Komponente: eine hohe Komplexität an Autonomie und Organisation; die Parteien besitzen eine durchorganisierte, hierarchische Struktur mit einer eindeutigen Aufgabenzuteilung innerhalb der Gruppe; die psychologische Komponente: das Bewusstsein, eine eigenständige Gruppe darzustellen, bindet bis zu einem bestimmten Grad die Mitglieder der Gruppe; die inhaltliche Komponente: Das Bestreben, personelle und programmatische Ziele in der Partei durchzusetzen, tritt im Fall einiger Gruppen deutlicher zu Tage als in anderen; die zeitliche Komponente: eine gewisse zeitliche Kontinuität, die je nach Intensität und Qualität der Beziehungen innerhalb der Gruppe variieren kann (Raschke 1977: 22; Beller/Belloni 1978: 419; Kot 1996: 3-4; Jouannet 1998).

In einer politischen Partei des Typs „Volkspartei“ gibt es in einer Gruppe stets einen Führer, allerdings stützt sich dieser Führer stärker als seinerzeit bei den Massenparteien auf die übrigen Führer der Gruppe. Dies kann so weit gehen, dass einer von diesen ihn in seiner Funktion als oberster Führer dieser Gruppe ablöst, sei es aus Altersgründen, sei es, weil der Führer einen bedeutenden Teil seiner Machtposition innerhalb der Partei eingebüßt hat oder nach außen auch hinsichtlich des Führungsanspruchs der Gruppe an Einfluss verloren hat. Es kann ferner zur Bildung von Subgruppen kommen, wenn einer der Führer der darunter liegenden Ebene eine starke Machtposition besitzt und die Bildung einer eigenen Gruppierung beschließt. Hierzu kommt es vor allem, wenn die gruppeninterne Linie nicht konform mit der Auffassung oder den Interessen des Führers der untergeordneten Gruppe ist. Voraussetzung für die Bildung einer solchen Subgruppe ist eine hinreichende Machtstellung des Führers der untergeordneten Gruppe.

Die Gruppen und ihre Führer sind offener hinsichtlich der Offenlegung ihrer inneren Struktur, da sie politisch als notwendiges Übel innerhalb der Partei akzeptiert und anerkannt sind. Andererseits gestaltet es sich außerordentlich schwierig, in Schlüsselbereiche innerhalb wie außerhalb der Partei vorzudringen, ohne einer internen Gruppe anzugehören oder wenigstens auf die Unterstützung einer internen Gruppe zu zählen. Wenn die Unabhängigen auch zweifellos existieren, so können sie ohne die Hilfe einer Gruppe bestenfalls auf ein Ehrenamt hoffen, dessen politische Relevanz über den Umstand, dass es von einem „treuen“ Parteimitglied ausgeübt wird, nicht hinausgeht.

Unterhalb der Ebene der bedeutenden Führer dieser Gruppe findet sich ein neuer Typ des professionellen Politikers: der *politische Operator*, *Vermittler* oder *Broker*.[46] Dieser gibt sich vollkommen dem Dienst an der Politik hin, seine Erwerbsquelle jedoch ist nicht eindeutig definiert. Sicher ist, dass er von einem der Chefs der zweiten Führungsebene abhängig ist und er sich in seiner Arbeit auf die Wahlen konzentriert. Aus diesem Grund beschäftigt er sich nicht mit ideologischen oder programmatischen Fragestellungen, die sich parteiintern ergeben könnten, sondern widmet seine gesamte Zeit wahlrelevanten Fragen seiner Gruppe. Er fungiert als wichtigstes Bindeglied zwischen den

[45] Dieses Schema veranschaulicht graphisch die Wirkungsweise der internen Gruppen in den Massenparteien. Grundlage hierfür bilden die Untersuchungen Sartoris (1976) und von Beymes (1982).

[46] Vgl. hierzu den ersten Teil dieses Kapitels.

Führern der lokalen und der Basisebene und den Führern der zweiten Führungsebene. Allerdings stehen diese beiden Ebenen in einem regelmäßigen Austausch. Die Aufgabe dieses Vermittlers besteht in der Pflege der Klientelbeziehungen und der Erbringung von politischen Begünstigungen zwischen diesen beiden Ebenen. Seine Hauptfunktion besteht darin, interne Wahlerfolge sicherzustellen oder eine größtmögliche Anzahl von Delegierten für die Parteitage zu mobilisieren. In der Regel verfügen die internen Parteien über verschiedene Vermittler; ferner ist denkbar, dass dieser aufgrund und in Abhängigkeit seiner Ausbildung und seines politischen Geschicks zu wichtigen Ämtern der parteiinternen Bürokratie aufsteigen kann oder ins Parlament oder die Regierung einzuziehen vermag. Hiernach bilden die weniger bedeutenden Parteiführer der lokalen und der Basisebene die unterste Ebene, da die Basis sich nicht eindeutig identifizierbar einer der verschiedenen Gruppen zuordnen lässt. Die Zugehörigkeit der Führer der Basis zu einer Gruppe entspricht einer Klientelbeziehung. Allerdings bewahren sie gegenüber der Basis eine gewisse doktrinär-ideologische Zuneigung. Sie kennen die Basis, da diese verglichen mit den Massenparteien numerisch geringer ausfällt. Dieser Typ des Parteiführers nimmt Anteil an der Parteibasis und ist bestrebt, die Führungsebene der Basis in jeglicher Hinsicht für sich zu gewinnen.

Die Basis ihrerseits ist meist nicht in internen Gruppen vertreten. Ihre Parteizugehörigkeit folgt anderen Motiven. Mehr noch: häufig ignoriert sie die Existenz dieser Gruppen. In dem Maße, wie sie jedoch in der innerparteilichen Struktur aufsteigt, geht sie dazu über, sich den verschiedenen Gruppen anzuschließen. Ein Beispiel für die interne Fragmentierung der Volksparteien war die christdemokratische Partei Italiens (DC oder PDC), die Ende 1971 in ihrer internen Struktur mindestens neun eindeutig benennbare Gruppen aufwies, von denen acht von Bedeutung waren (Sartori 1976: 88).[47]

Wie die DC war die sozialistische Partei Italiens (PSI) in jener Zeit in vier bis fünf interne Gruppen gespalten, von denen zwei als reformistisch betrachtet werden konnten und zwei eher der Linken zuzurechnen waren (Sartori 1976: 89). Wie an diesen Beispielen der italienischen Politik deutlich wird, ist das Ausmaß der internen Fragmentation ein für die Volksparteien charakteristisches Element, das in Zusammenhang mit der Verbindung zur Macht steht. Nimmt man die von Sartori erwähnten Fälle und die von ihm entwickelten Variablen, wird ersichtlich, dass sich im Falle der DC die Variable „Hang zur Macht“ deutlich durch die Partei zieht, da sie sich seit 1948 an der Macht befand. Für die sozialistische Partei war die Variable „Macht“ in den 1960er Jahre, als es zur Bildung dieser internen Gruppen kam, zwar weniger deutlich ausgeprägt, aber zweifelsohne vorhanden. So ist in den Parteien des Typs „Volkspartei“ die Variable „Macht“ dahingehend von Bedeutung, dass in denjenigen Parteien, die der Macht näher stehen oder sie selbst ausüben, die Zersplitterung weitaus größer ist als in denjenigen, die von der Macht weiter entfernt sind. So spielt die Variable „Macht“, die sich auch auf Bedeutung und Größe der Partei im Kontext des Parteiensystems auswirkt, insofern eine Rolle, da die formale Führung der Partei sich um so unkontrollierbarer gestaltet, je größer und bedeutender eine Partei innerhalb des Parteiensystems ist. Aus diesem Grund erfährt die Partei über die natürliche Führung, die sich innerhalb einer Partei herausbildet und die in der oben stehenden vereinfachten Strukturübersicht veranschaulicht wurde, eine gewisse Kohärenz und interne Kontrolle (Sartori 1976: 90; Sernini 1966: 47; D’Amato 1964: 19).

Von Beyme gelangt dennoch allgemein zu der Beobachtung, dass in den Parteien des Typs „Volkspartei“ der Faktionalismus von verschiedenen Faktoren begünstigt wird: (a) Durch die Existenz traditioneller Klientelbeziehungen und Patronageverhältnisse, so in Italien, Japan und in Entwicklungsländern. (b) Durch lokalistische Traditionen in den USA, jedoch auch in kompetitiven Parteiensystemen wie in Frankreich oder der Bundesrepublik Deutschland. (c) Durch das Überwiegen machtorientierter Patronagepolitik über ideologieorientierte Programmpolitik. Hier spielen die Positionen der Gruppen eine bedeutendere Rolle als politische Programme. Allerdings ist die Verallgemeinerung, das Auftreten von Volksparteien führe zu einer verstärkten Tendenz hin zum Faktionalismus, nicht zulässig. So kann ebenso wenig behauptet werden, die Tendenz hin zum Faktionalismus stünde in Zusammenhang mit der Anzahl der Parteien innerhalb des Parteiensystems. Von

[47] „The date 1971 is significant, for that time the DC reformed its statute with the declared purpose of reducing internal fractionism. The nine fractions in question were: (i) Iniziativa Popolare (Rumor, Piccoli), 20%; (ii) Inpegno Democratico (Colombo, Andreotti), 15%; (iii) Nuove Cronache (Fanafani, Forlani), 17%; (iv) Tavianei (Tavianei) 10%; (v) Morotei (Moro), 13%; (vi) Base (De Mita, Misasi) 11%; (vii) Forze Nuove (Donat Cattin) 7%; (viii) Forze Libere (Scalfaro) 4%; Nuova Sinistra (Sullo) 2%. The Percentages refer to the DC congress. All the foregoing ‘currents’ were represented in the party directorate, and all (except the last one) had cabinet posts under the Colombo government. Since 1971 the number of DC fractions has decreased, but a ‘personalist’ disintegration (and multiplication) has been on the increase.“ (Sartori 1976: 112)

Beyme tritt hiermit der Hypothese 4 von Sartori (1976: 102) entgegen. Italien und Finnland beispielsweise, die, veranschaulicht durch zwei Referenzuntersuchungen, fragmentierte Parteiensysteme besitzen, weisen eine pointierte Tendenz zum Faktionalismus auf. Ebenso wenig plausibel erscheint die Hypothese, die Parteien entbehrten einer Ideologie (im Unterschied zu der von Sartori (1976: 102) geäußerten Hypothese). Schließlich hat die Reideologisierung zu mehr internen Gruppen geführt als vorangehende Zeiten der Deideologisierung. (d) Nach der Verschmelzung früherer Parteien stellen sich die Faktionen in der Tradition der früheren Gruppierungen dar. (e) Ferner führten die Regelungen über die proportionale Repräsentation bei landesweiten Wahlen wie bei parteiinternen Wahlen wie im Falle der DC zur Entstehung und zum Fortbestand von internen Gruppen (im Gegensatz zur Hypothese 3 von Sartori 1976). (f) Ein anderer bedeutender Umstand, der das Fortbestehen interner Gruppen in den Parteien begünstigt, ist die Existenz einer dezentralisierten Finanzierung, wie in Italien oder Japan, wo die Parteien über verschiedene unabhängige Finanzierungswege verfügen, was einer organisatorischen Autonomie entgegenkommt. (g) Von Beyme kommt schließlich zu der Auffassung, dass in kleinen Ländern ein besonders ausgeprägter Faktionalismus auftritt, da die Parteidisziplin auf Parlamentsebene lediglich schwach entwickelt ist. Dies ist auch in dualistischen präsidentiellen Systemen (USA) oder in semi-dualistischen präsidentiellen Systemen wie Frankreich oder Finnland beobachtbar.

Das Klientelsystem der internen Gruppen schließt wie in Italien eine Parteidisziplin nicht aus; allerdings gehen einem Konsens im Parlament harte Verhandlungen zwischen den Gruppen voraus. Zudem lässt sich eine Schwächung der einstmals festen Verbindung zwischen den Parteien und den gesellschaftlichen Organisationen beobachten. Dies geht damit einher, dass der Zulauf der Bevölkerung zu den gesellschaftlichen Organisationen allgemein abnimmt, und sie sich mehr zu schwerpunktartig ausgerichteten Organisationen hingezogen fühlt, die spezifische Forderungen vorbringen und bestimmte Aspekte der sozialen Bedürfnisse repräsentieren. Diese Interessengruppen decken einen punktuellen Aspekt der Forderungen der Bevölkerung nach Partizipation ab; die Bindung an sie ist jedoch weniger eng als einstmals zu den Gewerkschaften oder Arbeitervertretungen. Aus diesem Grund haben die innerparteilichen Gruppen der Volksparteien nicht dieselbe Verbindung zu den gesellschaftlichen Organisationen wie früher die internen Gruppen innerhalb der Massenparteien.

Die externen Auseinandersetzungen wurden parteiextern als „*visible politics*“, interne Streitigkeiten als „*invisible politics*“ bezeichnet. „At the party level – as expressed by inter-party electoral competition – we have visible politics. At the sub-party level we have invisible politics – relatively speaking, of course. It follows that a number of factors that condition the visible, public behavior of politicians are no longer operative when we come to their intra-party behaviour.“ (Sartori 1976: 95) Die internen Auseinandersetzungen innerhalb des unsichtbaren Beziehungsgeflechts finden einen deutlicheren und direkteren Ausdruck als die Realpolitik. Hier ist, so Sartori, die ungetrübte Politik in ihrem Reinzustand zu finden. Wenngleich Parteisatzungen interne Gruppen zu normieren oder zu verbieten suchen, so ist eine reine Politik oder der unsichtbare Bereich dennoch ein unumgängliches, nicht reglementierbares Faktum eben dadurch, dass sich ihre Existenz nicht offen einräumen lässt, selbst wenn man sie billigt. So bleiben Einmischung und Überwachung sämtlicher innerparteilicher Relationen den totalitären Staaten vorbehalten; die Volksparteien innerhalb des demokratischen Kontextes können und dürfen nicht so weit gehen, da dies einen Verstoß gegen die innerparteiliche Freiheit darstellen würde.

Bei dem beschriebenen Strukturtyp und seiner Wirkungsweise handelt es sich um eine allgemeine Darstellung der Funktionsweise der innerparteilichen Gruppierungen der Volksparteien vor allem vor dem Hintergrund der Demokratisierung und Konsolidierung dieser Struktur insbesondere in Westeuropa. Besagtes Phänomen war darüber hinaus in Chile und der chilenischen DC beobachtbar. Dieses Land entwickelte während Teilen der 1950er und 1960er Jahre Strukturen und Verhaltensweisen, die für interne Gruppen in Volksparteien charakteristisch waren (Jouannet 1998).

1.2.3.3 Derzeitige Tendenzen der Parteien: die professionalisierten Wählerparteien und ihre internen Gruppen (Exkurs)

Wie bereits verdeutlicht wurde, entwickelten sich die Volksparteien vor allem in Europa und denjenigen Demokratien, die auf eine langjährige Konsolidierung zusammen mit einem gewis-

sen wirtschaftlichen Wohlstand zurückblicken konnten, hin zu einer neuen Form der Parteiorganisation: Es beginnt die „Ära der professionalisierten Wählerparteien“ (von Beyme 2000). Dieser neue Parteityp tritt gegen Ende der 1970er Jahre auf und ist vor allem als Reaktion auf die neuen Tendenzen der politischen Klasse und dem annähernd vollkommenen Verlust der politischen Bindung von Teilen der Wählerschaft zu sehen.[48] Diese Parteien sind eingebettet in die „neue Politik“ (Baker/Dalton/ Hildebrandt 1981).[49] Diese neue Politik, auf die sie sich ab Mitte der 1980er Jahre zubewegen, basiert auf einer neuen Generation.[50]

Ihre sichtbarsten Repräsentanten finden sie im Rahmen der parlamentarischen Demokratien. Die Führungsriege der Parteien hat einen Prozess der Professionalisierung erlebt und ihre Arbeit auf immer speziellere Bereiche fokussiert. Dabei konzentrieren sie sich in zunehmendem Maße auf die drängenden konkreten Problemstellungen innerhalb der Gesellschaft und lassen die ideologische Komponente in den Hintergrund treten. Ferner besteht eine deutliche Tendenz der Bewegung zur Mitte hin, wo der Grad der Übereinstimmung am höchsten ist. Schließlich gibt es Thematiken, die nicht mehr Diskussionsgegenstand sind, die gegen Ende der 1960er Jahre jedoch noch auf der Tagesordnung der Parteien stehen. Dazu gehören die Regierungsform und die Demokratie als unangefochten gültigste und beste Formel für die soziale, kulturelle und politische Entwicklung der Nationen; ferner ist der Markt – eng verbunden mit der Demokratie und der von dieser Regierungsform gewährleisteten Freiheit – als zentrales Element des Wirtschaftssystems eine von allen Parteien, die eine Beteiligung am politischen Geschehen anstreben, anerkannte Tatsache. Die Wirtschaft in ihrer sozialen oder freien Ausprägung besteht aus Formeln, die in beinahe sämtlichen Nationen, selbst in denen ohne demokratische Regierung, Anwendung finden. Andererseits wird die pluralistische und kulturell diversifizierte Gesellschaft akzeptiert.[51]

Die professionalisierte Wählerpartei ist vor allem die Partei der Massenmedien, namentlich

---

[48] Die großen „Klassenorganisationen“ vor allem der Parteien der Linken büßten im Zuge der Prozesse der Destabilisierung der Klassen selbst an Stabilität ein. Seit Mitte der 1960er Jahre ist eine Tendenz der Bewegung auf die Mitte hin feststellbar. So nahm die SPD, die zusammen mit der CDU zum Wirtschaftswunder beigetragen hatte, während der Ära Kohl die Rolle der Oppositionspartei wahr. Mit einer bedeutungsvollen Abkehr von ihrer traditionellen Linie übernimmt sie erneut die Macht. In Frankreich ist die stark klassenorientierte Kommunistische Partei faktisch verschwunden. Andererseits hatte das erneute Erstarken der „*ola rosa*“ von 1997 seine Ursache darin, dass die Sozialisten den qualifizierteren Arbeitern ein „klassenübergreifendes“ Angebot machten. Die neue Labourpartei wandelte sich nach australischem Vorbild zu einer typischen „alles verschlingenden“ Partei der Mitte, die die Stimmen sämtlicher Schichten und Beschäftigungsgruppen absorbierte. In Italien kam es zu Beginn der 1990er zum Zerfall der sozialistischen Partei, der traditionellen kommunistischen Partei wie auch der christdemokratischen Partei. Die Abkehr von der Rhetorik und dem traditionellen Auftreten als Vertreter einer Klasse sowie zeitgleich das Wiedererstehen des „Olivo“ haben ihre wesentliche Ursache in den Korruptionsskandalen, die die italienische Politik und das italienische Parteiensystem in jenen Jahren erschütterten (Pakulski 1999: 29-30). Zum klassenbewussten Wahlverhalten und der Auflösung der Beziehung Partei-Klasse vgl. Dunleavy 1980, 1987; Sarlvik/Crewe 1983; Rose/McAllister 1985; Lipset/Clark 1991; Lipset/Clark/Rempel 1993; Hout/Brooks/C. Manza 1993,1995.

[49] Die Konzeption dieser neuen Politik gestaltet sich alles andere als einheitlich und enthält Elemente wie neue Werteprioritäten (Inglehart 1990; 1996), neue Fragestellungen und Fokussierungen (Dalton 1988) und eine neue politische Kultur vor allem hinsichtlich der Ausweitung der Bürgerrechte (Gibbins 1989; Clark 1995). Ferner gehören hierzu neue Formen des institutionellen Rahmens und die neuen gesellschaftlichen Bewegungen, die sich ab Mitte der 1980er Jahre mit neuen Forderungen Gehör schaffen (Scott 1990), sowie die neuen Grundlagen der Gesellschaft und die neuen politischen Paradigmen (Offe 1985).

[50] Diese neue Generation der Politik hat sich in Deutschland in den ersten Jahren der Nachkriegszeit entwickelt und hat sich dem demokratischen System fest verschrieben (Baker/Dalton/Hildebrandt 1981: 57).

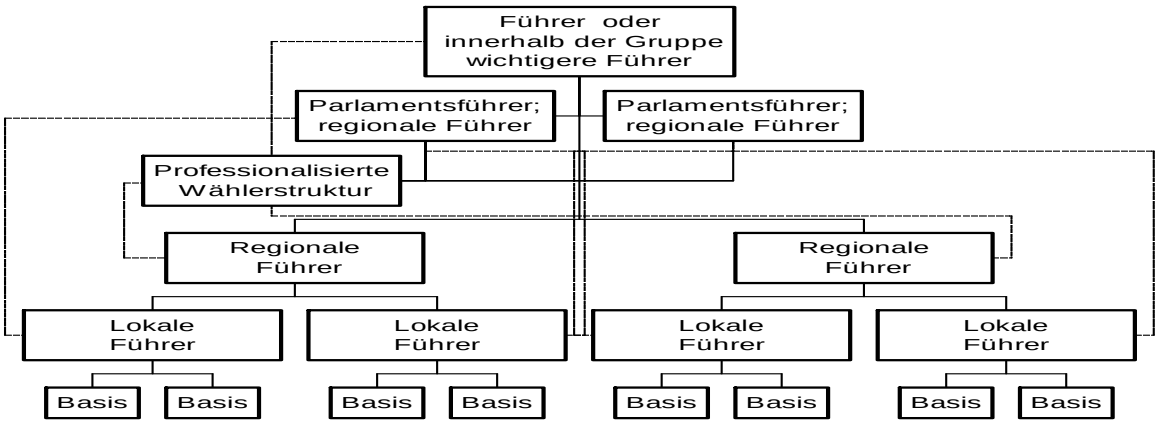
[51] Diese Eigenschaften sind bezeichnend für die so genannte „postmaterialistische“ Gesellschaft, da die prioritären Wertevorstellungen nun über die alte Sorge um Wohlstand und materielle Sicherheit hinausgehen. Die Hierarchie dieser postmaterialistischen Werte räumt der Lebensqualität, den öffentlichen Freiheiten, den neuen öffentlichen Rechten und der Selbstverwirklichung eine höhere Stellung ein (Inglehart 1996).

des Fernsehens. Allerdings haben seit Beginn der 1990er Jahre bis heute das Internet und durch dieses die Printmedien ihre Rolle bei der Information der Öffentlichkeit neu bewertet (siehe Borchert 2003). Die professionalisierten Wählerparteien sind Institutionen, die sich auf Wahlprozesse vorbereiten und für diese existieren. Insofern müssen sich ihr Handeln und ihre Antworten an eben diesen Wahlen und den Wahlergebnissen orientieren. Die Parteien müssen vor allem in einer Gesellschaft, in der die Information dem Bürger offen und transparent gemacht wird, in kurzer Zeit Aktionen und konkretes Handeln vorweisen, sei es durch die Regierungsarbeit oder die oppositionelle Kritik in Form von Alternativvorschlägen.[52]

An die Stelle der früheren politischen Aktivisten sind berufsmäßige Experten getreten, zu deren Belangen Wahlkämpfe, Imagepflege und die Ausrichtung auf bestimmte Zielgruppen gehören. Ein von den Medien wie dem Fernsehen verbreitetes und reproduziertes Bild erweist sich als weitaus wirkungsvoller als die (nicht mehr existenten) Massenversammlungen. Deren Funktion wird nun von zahlenmäßig weitaus kleineren Zusammenkünften wahrgenommen, die in der Regel unter dem Zeichen eines bestimmten programmatischen Gegenstands stehen. Hinsichtlich der Finanzierung haben sich diese Parteien in den Strukturen des Staates d.h. den Verfassungen annähernd aller demokratischen westlichen Staaten konsolidiert. Über das Zugeständnis des legitimen Rechts und den Alleinanspruch auf die politische Auseinandersetzung besteht der Konsens, dass die Finanzierung der Parteien durch den Staat um ihrer stärkeren Leistungsfähigkeit willen unabdingbar ist. Allerdings hat deswegen die Praxis der privaten und geheimen Finanzierung auf verdeckte Konten einiger Parteiführer nicht abgenommen.

[52] Bei der Unterstützung dieser Parteien durch den Wähler handelt es sich nicht um einen festen Vertrag. Der Wähler entscheidet sich für die eine oder andere Partei in Abhängigkeit davon, welche seiner Forderungen er erfüllt sieht. Eine Ausnahme bilden die themenspezifisch orientierteren Parteien, die in der Regel eine schmale Wählerbasis besitzen wie in Deutschland die Grünen. Die Wahlzyklen in Europa und den konsolidierten Demokratien im Allgemeinen weisen einen schwindenden Einfluss derjenigen Parteien auf, die sich in hohem Maße auf Parteiprogramme, thematisch begrenzte Schwerpunkte sowie eine klassenbezogene Rhetorik stützen. Dagegen setzen sich immer mehr diejenigen politischen Kräfte durch, die ein wahlkampfbezogenes politisches Angebot machen und klassenübergreifende Slogans wie beispielsweise die Effizienz des Marktes, die Deregulierung, Privatsphäre, Chancengleichheit und die Umwelt in den Mittelpunkt rücken. Parteien der linken Mitte nahmen unter einer reformbereiten Führung eine Neuorientierung hinsichtlich ihrer Rhetorik wie auch ihres politischen Handelns vor. Dies gilt für die sozialdemokratischen Parteien Dänemarks und Deutschlands wie auch für die Labourparteien Australiens, Neuseelands und Großbritanniens, wo sich ab Mitte bis Ende der 1980er Jahre Marktreformen, der Umweltschutz, Persönlichkeitsrechte und die Forderungen der Frauen verstärkt thematisiert wurden (Pakulski 1999: 31).

Abbildung 4: Beziehungsschema interner Gruppen in professionalisierten Wählerparteien[53]



Im Fall der professionalisierten Wählerparteien übernimmt der Führer der Gruppe die Leitung und Kontrolle der Gruppe über eine zeitlich begrenztere Spanne. Dies liegt daran, dass sein Führungsanspruch durch seine beherrschende Stellung innerhalb der Partei legitimiert wird. Besagter Anspruch manifestiert sich in einer führenden Rolle innerhalb der Gesellschaft. Der Führer oder Leiter einer Gruppe übernimmt Führung und Kontrolle somit unter der Voraussetzung seiner externen Bestätigung. Möglich ist zudem der Fall, dass einer der bedeutenden Führer sich nach außen als herausragender Abgeordneter, bedeutender Minister oder eventuell als effizienter regionaler Politiker (Ministerpräsident, Bürgermeister, Gouverneur usw.) legitimiert und somit rasch an Popularität gewinnt. Auf diese Weise wird er unabhängig von Macht und Einfluss der Gruppe zu einem Aushängeschild für die Partei im Allgemeinen und rangiert in der Beliebtheitsskala nun vor dem vormaligen Führer der Gruppe. Angesichts dieser Situation ergeben sich zwei Alternativen: einerseits kann die Gruppe diese natürliche Führung akzeptieren und zu der Entscheidung gelangen, der vormalige Führer müsse seine Stellung an diese neue Persönlichkeit abtreten. Die andere Alternative besteht darin, dass der bisherige Führer und die Teile der bis dahin bedeutenden Leiter diese Situation nicht hinnehmen. Dies führt in der Regel zum Auseinanderbrechen der Gruppe. Der jüngere Flügel schließt sich dem neuen Führer an und nimmt darüber hinaus Elemente anderer Gruppen auf, die diesen neuen Führer als Möglichkeit einer Erneuerung der Partei und der internen Gruppen begreift.

Auf dieser Ebene befinden sich wichtige Unternehmer, die zwar nicht zwangsläufig Parteimitglieder sein müssen, aber dennoch auf die Gruppe Einfluss nehmen. In der Regel sind sie mit der Beschaffung finanzieller Mittel für den Wahlkampf betraut.[54]Auf einer zweiten Ebene sind die parlamentarischen Führer, Abgeordnete oder Senatoren wie auch wichtige regionale Parteiführer zu finden, die der Öffentlichkeit ihrer Region vertraut sind, dort Kontrolle ausüben und für die Partei zudem in Wahlprozessen von Bedeutung sind. Die erste und zweite Ebene bilden gemeinsam die eigentliche politische Klasse der Partei. Auf der dritten Ebene finden sich die regionalen Parteiführer, die regional und auf die Wahlkämpfe bezogen in der Partei Kontrolle ausüben. Allerdings ist ihr Engagement in der Partei nicht so eng abgesteckt wie seinerzeit bei den Volksparteien. Ihr Bekenntnis zur Partei ist im Wesentlichen gekoppelt an die von der Partei ausgeübte Macht und die Aussicht auf politische Begünstigungen, die von den Führern der Gruppe zu erwarten sind. Wie ersichtlich wird, ist der politische Broker als solcher verschwunden. Allerdings gibt es auf der zweiten Ebene Führer, die auf die Führer der Gruppe Kontrolle ausüben. Diese Kontrolle wird auf den Parteitagen sichtbar, auf denen die Gruppe zudem am deutlichsten zu Tage tritt.

Die Basis verliert in diesen Parteien immer mehr an Bedeutung, da einerseits ihre Zahl nicht mehr so bedeutend ist wie in den vormaligen Massen- und sogar Volksparteien. Die Abstimmungen wer-

[53] Dieses Schema veranschaulicht in groben Zügen die Funktionsweise der internen Gruppen innerhalb der professionalisierten Wählerparteien vor allem in Europa. Grundlage für das Schema bilden die Untersuchungen Panebiancos (1982) und von Beymes (1995; 2000).

[54] Die in der Politik tätigen Unternehmer legen ihre finanziellen Ressourcen erfolgreich in dieser Tätigkeit an, die sehr gute Dividenden erbringen kann (von Beyme 1995: 157).

den in der Regel von einem lokalen Parteivorderen durchgeführt und geleitet, der der Gruppe keine uneingeschränkte Loyalität entgegenbringt. Die Funktion des politischen Brokers entwickelt sich vor dem Hintergrund dessen, was in obenstehendem Schema als „professionalisierte Wählerstruktur" bezeichnet wurde, die sich unmittelbar aus diesem neuen Parteityp „professionalisierte Wählerpartei" ergibt. Damit gerät die Politik in das Spannungsfeld zwischen Demokratie und Markt: die Politiker werden bis zu einem gewissen Grad zu politischen Unternehmern. In diesem Klima führt der politische Markt dazu, dass eine Annäherung zwischen dem weniger ideologisierten Sektor und dem auf Rationalität, Effizienz und Ergebnis ausgerichteten wirtschaftlichen Sektor.[55] Am prägnantesten ist diese Annäherung von Politik und Wirtschaft in den Vereinigten Staaten zu beobachten. „In Amerika (USA) ist seit Schumpeter und Downs die Politik als Markt begriffen worden, auf dem die Eliten um die Regierungsverantwortung konkurrieren. Es ist kein Zufall, daß in Amerika (USA) die Kommerzialisierung des politischen Wettstreits am weitesten entwickelt ist. Die mangelnde Organisationskraft der Parteien zwang die amerikanischen Wahlkämpfer schon früh, durch Kauf von Werbekraft in den Medien das mangelnde Engagement ihrer Mitglieder zu kompensieren. Auch in Europa kamen ‚Stabsprofessionelle' (Panebianco 1982) vor allem im Bereich des Wahlkampfmanagements auf. Sie waren auch hier wichtige Agenten des Kommerzialisierungsprozesses." (von Beyme 1995: 162)

Wenn in Europa auch eine Tendenz zur Finanzierung der Parteien durch den Staat besteht, so waren einige Parteien vorrangig in Frankreich und Deutschland gegen Ende der 1990er und der ersten Jahre des 21. Jahrhunderts in gefährlicher Weise in Affären um private Spenden verwickelt, die in den Rechenschaftsberichten der Parteien nicht verbucht wurden. Diese Fälle betrafen Parteien und führende Politiker der rechten wie der linken Mitte.[56] Diese Form des Politikverständnisses als „Leistung gegen Bezahlung" hat ihren Ursprung zweifelsohne in den Vereinigten Staaten (siehe Borchert 56ff.).Eine solche ergebnisorientierte Politik führte im Resultat zu einer Technokratisierung des Wahlkampfs, da die Politik als Investition verstanden wurde, von der man sich das bestmögliche Wahlkampfergebnis erhoffte. Auf diese Weise setzte sich diese ursprünglich nordamerikanische Praxis auch in Europa und überdies in Lateinamerika durch. In den USA privilegieren die Parteien durch die Tätigkeit der Massenmedien gesellschaftlich hochangesehene Politiker gegenüber anderen. Die Kandidatur und der spätere Wahlsieg Hillary Clintons als Senatorin belegt, wie die Massenmedien eine Person dermaßen unterstützen können, dass sogar der ehemalige Bürgermeister von New York, Rudolph Giuliani, auf seine Kandidatur verzichtete. So steigern die Massenmedien die Erfolgsaussichten der herausragendsten Vertreter der politischen Elite (Beyme 1995: 164).

Auf dieser Ebene verlieren politische Broker, die einst den reibungslosen Gang der Parteimaschinerie sicherstellten, an Bedeutung. Denn mag der Broker eine noch so wirksame Kontrolle über das interne Abstimmverhalten besitzen, so bleibt der Kandidat der Gruppe und damit auch der Partei ohne Präsenz in den Medien in der Öffentlichkeit doch unbekannt, und seine Aussichten, gewählt zu werden, sinken. An die Stelle des politischen Brokers tritt der „Wahlkampfmanager" (von Beyme 1995: 164), der sein Handwerk in der Regel in den Vereinigten Staaten erlernt hat oder zumindest den dortigen Politikstil übernommen hat. Diese neue Gestalt in der Politik steht zu den parteiinternen Gruppen in einem zwiespältigen Verhältnis, da er sich der Partei als solcher verbunden fühlt; mehr noch: ihm steht es frei, die Fronten zu wechseln und für eine andere Partei tätig zu werden. In der Regel jedoch besitzen die Parteien Spezialisten aus den eigenen Reihen, wie auch an die Partei gebundene Wahlkampfagenturen.

Die parteiinternen Gruppierungen suchen die Bindung an die „professionalisierten Wahlkampfmanager", um auf diese Weise die Erfolgsaussichten ihrer Kandidaten auf öffentliche Ämter zu zementieren. Allerdings ist der Einfluss dieser professionalisierten Wahlkampfmanager, die nicht in die internen Gruppen involviert sind, rein technischer Natur; binden sie sich an die Parteien, so geschieht dies auf rein institutioneller Ebene. „Die Folgen der Kommerzialisierung für die Wahlkämpfe in Eu-

[55] Diese Verknüpfung von Politik und Privatsektor hat ihren Ursprung in den Vereinigten Staaten, von wo aus dieses Modell zuerst nach Europa, später auch nach Lateinamerika exportiert wurde. Erwähnt sei in diesem Kontext der Prozess der Vorwahlen, deren Sieger in den meisten Fällen bereits im Vorfeld feststeht. Allerdings lassen ihre Aufbereitung in den Medien und das Wahlkampfmanagement diese Vorwahlen als einen Ausdruck der Demokratie und der Partizipation erscheinen.

[56] Die so genannten schwarzen Kassen – das sicherlich deutlichste Beispiel der Finanzskandale, die die CDU im Laufe ihrer Geschichte erlebte –, schadete der Partei zweifelsohne. Allerdings konnte die Partei bei der Bundestagswahl 2002 ihren Stimmenanteil im Vergleich zu 1998 um zwei Prozent erhöhen. Diese Erfahrung zeigt, dass in der politischen Kultur ihres Landes fest verwurzelte Parteien, die der Kategorie „professionalisierte Wählerparteien" entsprechen, wie im Falle der CDU auch bedeutende Finanzskandale überstehen können (von Beyme 2000: 203).

ropa sind jedoch schon ähnlich wie in Amerika (USA). Mit der Entideologisierung spielt die Imagepflege und das Prägen werbekräftiger Slogans eine wachsende Rolle." (Beyme 1995: 165)

Auf der untersten Ebene des Schemas befinden sich die lokalen Parteiführer und die Basis. Die Bedeutung Ersterer in den internen Gruppen nimmt ab, da sie eine Basis vertreten, die zahlenmäßig stetig im Sinken begriffen ist. Außerdem nimmt ihr Einfluss bei internen Entscheidungen beständig ab (von Beyme 2000: 200), womit ihre Bindung an die internen Gruppen gegen Null tendiert. Die regionalen Parteiführer besitzen dagegen ein fast von Zuneigung geprägtes Verhältnis zu ihren Führern und stimmen für diese aufgrund der persönlichen Nähe. Die Bindung der Interessengruppen an bestimmte Politiker, die über einen beträchtlichen Machtanteil verfügen, belegt, dass die Entscheidungsfindung in den professionalisierten Wählerparteien in der heutigen Zeit von einer Reihe öffentlicher wie privater Variablen durchzogen wird (von Beyme 2000: 202). Die Behauptung, die Parteien seien in ihrer Gesamtheit von diesen Interessen durchzogen, ist sicherlich übertrieben; freilich ist die Existenz dieser Gruppen unbestreitbar. Verändert haben sich ihre internen Beziehungen und die entsprechenden Hierarchien.

1.2.4 Die neue politische Tendenz in den politischen Parteien Lateinamerikas

Auf die Ähnlichkeit der Entwicklung der Parteien Lateinamerikas einerseits und Europas wie der Vereinigten Staaten andererseits wurde bereits hingewiesen. Allerdings verlief ihre Evolution zeitlich vor einem anderen Hintergrund. So verfügte Europa in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg über eine sehr spärliche Erfahrung mit der Demokratie. Die Entwicklung der Parteien ging eng mit der Entwicklung der Demokratie einher. In Lateinamerika wird die Demokratie als solche – von einigen Ausnahmen abgesehen – erst Anfang der 1980er Jahre zu einem gebräuchlichen Wort. Zu ihrer Konsolidierung kommt es entsprechend erst während der 1990er Jahre. Die Entwicklung der Parteien steht also auch hier in engem Zusammenhang mit der Entwicklung der Demokratie. Die Evolution der Parteien in Lateinamerika lässt sich nicht mit der Entwicklung der Parteien in Europa, den Vereinigten Staaten und anderen konsolidierten Demokratien gleichsetzen. Der Grund hierfür liegt in der zeitlichen Komponente, den finanziellen Mitteln und dem gesellschaftlichen Kontext.[57]

Die überwiegende Mehrheit der Parteien in Lateinamerika befindet sich in einer Phase der Entwicklung hin zu Volksparteien. Auch wenn einige Parteien dieser Region gewisse Elemente oder Verhaltensweisen von professionaliserten Wählerparteien aufweisen, ist es nicht möglich zu zeigen, dass sie zu dieser Typologie gehören, da diese Merkmale allein sie nicht zu professionaliserten Wählerparteien machen, andererseits hatte der Prozess der Konsolidierung der Demokratie in Lateinamerika nicht genügend Zeit, um eine These dieser Größenordnung aufstellen zu können.

[57] „Lateinamerikas Parteien funktionieren möglicherweise anders als die Parteien in Europa oder in den USA. Dies bedeutet aber nicht, dass sie keine der zentralen Funktionen, die Parteien zugeschrieben werden (...), in dem betreffenden politischen System wahrnehmen. Möglicherweise sind Präsidialsysteme in ihrer Funktionsweise hinsichtlich des vorherrschenden Parteientypus flexibler. Zuweilen entsteht in der auf Lateinamerika bezogenen Parteienforschung der Eindruck – dies gilt auch für US-amerikanische Autoren –, dass die lateinamerikanischen Parteien an einem Idealtypus von Parteien gemessen werden (der Massen- oder Programmpartei europäischer Prägung), wie sie in dieser Form möglicherweise nie existiert hat oder mittlerweile nicht existiert." (Nolte 2000: 25)

1.2.4.1 Die neuen lateinamerikanischen Demokratien und die Tendenz der unternehmerischen Elite zur Betätigung in der Politik (Exkurs)

Sowohl dort, wo die Demokratie sich über längere Zeiträume erhalten hatte, wie auch in den Ländern mit einer kurzen demokratischen Erfahrung gehörte die Politik nicht zu den vorrangigen Betätigungen des ebenfalls noch in den Kinderschuhen steckenden Unternehmertums. Ein Ausnahme hiervon bildeten konservative oder nationalistische Parteien, die den Vermögenden und den Großgrundbesitzern nahe standen. Allerdings begannen die Parteien mit dem Heraufdämmern der Demokratie aus sich selbst heraus Politiker aus dem privaten Sektor hervorzubringen. Damit fand die unternehmerische Elite, die sicherlich bereits Teil der politischen Elite war, Eingang in die politische Klasse. Somit war sie fortan in zwei Lagern vertreten: einerseits gehörte sie der unternehmerischen Elite an, andererseits nahm sie ihre Rechte in der politischen Klasse wahr. Die Ankunft der Demokratie und des mit ihr verbundenen Potenzials eröffnete der Region erstmalig die Möglichkeit, die Vorzüge dieser Regierungsform vertrauensvoll zu nutzen. Die Forderung richtet sich nunmehr nicht nur auf politische Freiheit und Achtung der Persönlichkeitsrechte. Vielmehr entsteht innerhalb des demokratischen Kontextes der Ruf nach Regierungen, die nicht nur effizient sind, sondern auch Erfolg vorweisen können. Aus diesem Grund kommt es zur Anwendung einer Reihe von Formulierungen im Bestreben, den wirtschaftlichen Erfolg des Staates zu sichern und gleichzeitig das soziale Niveau der Bevölkerung zu heben.

In diesem Kontext kommt ab Mitte der 1980er Jahre ein Modell der Marktwirtschaft liberalerer Prägung zur Anwendung. Damit übernehmen die Ökonomen eine bedeutende Rolle in der Politik und avancieren zu einem vollwertigen Bestandteil der politischen Elite (vgl. Kapitel 4). In diesem Zusammenhang gewinnt die Figur des Unternehmers, der in einer offenen Gesellschaft ohne Hilfe des Staates und fernab der Politik mit Erfolg seinen eigenen Weg beschreitet, zunehmend an Profil. Die Politik ihrerseits sinkt rasch im Ansehen der Bevölkerung. Die Figur des Unternehmers gerät somit schnell zum Ideal, das sämtliche Probleme zu lösen vermag. Bei diesen Problemen handelt es sich vor allem um soziale Fragestellungen, d.h. unter anderem die Reduzierung der Armut, die Schaffung von Arbeitsplätzen, neue Investitionsquellen und die Verbesserung des sozialen Fürsorgesystems des Staates. Betrachtet man allein die Präsidenten, die unabhängig von ihrer Betätigung in der Politik ursprünglich aus dem unternehmerischen Bereich und somit der Wirtschaft kamen, so zeigt sich, dass die Unternehmer vor allem ab den frühen 1990er Jahren rasch in der Welt der Politik Fuß fassten (Exkurs).

Vicente Fox, der zusammen mit einer Reihe von politischen Führern ab Mitte der 1980er Jahre die Struktur der PAN veränderte, kommt wie viele seiner Parteifreunde der „*neopanistas*“ aus dem privaten Sektor. Fox, der in Harvard ein Diplom in BWL erlangte, hatte vor seinem Eintritt in die Politik führende Posten bei Coca-Cola Mexiko inne. Erst 1988 wurde er für den Wahlbezirk León, Guanajuato zum Abgeordneten gewählt.

Arnoldo Alemán (Präsident Nicaraguas 1997-2001) war neben seiner politischen Aktivität weiterhin im Privatsektor tätig: er war von 1988 bis 1990 Mitglied des *Consejo Superior de la Empresa Privada* (COSEP), sowie von 1983 bis 1990 Präsident der *Asociación de Cafetaleros de Nigaragua*. Sein politischer Weggefährte Enrique Bolano Geyer, der Anfang 2002 die Präsidentschaft über-

nahm, zählt zu den erfolgreichsten Unternehmern Nicaraguas. Seit 1973 leitet er seine eigene Holding.

Der ehemalige bolivianische Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada (1993-97/2002-2003) ist ein weiterer herausragender Vertreter der politisch aktiven Unternehmer. Zu den von ihm gegründeten Unternehmen zählen *Telecine* (1953) oder die Bergbaugesellschaften *Geo-Services* (1957) und *Minera del Sur*.

Fernando Collor de Mello entstammt einer einflussreichen brasilianischen Unternehmerfamilie. Nach abgeschlossenem Hochschulstudium (Wirtschaftswissenschaften und Journalismus) übernimmt er die Leitung über eine Reihe der Unternehmen der Familie wie *Gazeta de Alagoas Ltda*. sowie zwanzig Radiosender. 1979 gelang ihm mit der Wahl zum Bürgermeister von Maceio der Sprung in die Politik. Für die rechts stehende ARENA wurde er zum Abgeordneten gewählt und später zum Gouverneur von Alagoas. Das dort gewonnene Prestige verhalf ihm schließlich zur Präsidentschaft Brasiliens.

Ernesto Samper (Kolumbien), der einer einflussreichen Industriellenfamilie entstammt, war nach seinem Jura- und Ökonomiestudium zunächst in der *Compañía Nacional Financiera de México* als Agent auf Kapitalmärkten tätig. In Kolumbien selbst arbeitete er von 1974 bis 1981 im Finanzsektor, bevor er seine politische Aktivität für die PL aufnahm.

José María Figueres, ehemaliger Präsident Costa Ricas (1994-1998), war im Privatsektor als Geschäftsführer von *Fibras de Centroamérica* (1979 – 1984), sowie als Präsident (1984-88) und Finanzberater (1990-92) der *Sociedad Industrial San Cristóbal S.A.* (sämtlich Familienunternehmen) tätig. Im öffentlichen Sektor war er Vizepräsident des *Instituto Costarriquense de Ferrocarriles* (1987-88), Präsident der *Junta Interventora de la Administración Portuaria y Desarrollo de la Vertiente Atlantica* (1988) und Präsident der *Junta Administrativa de Desarrollo Ganadero y Sanidad Animal.*

Im Falle von Honduras schließlich sind die ehemaligen Präsidenten Carlos Roberto Flores Facussé (Kommunikationssektor) und Ricardo Maduro Joest als erfolgreiche Unternehmer zu erwähnen.

Die Liste der politisch tätigen Unternehmer, die im Kontext der Demokratisierung der Region ihre Unternehmertätigkeit zugunsten der Politik aufgaben oder beide Aktivitäten verbanden, ließe sich weiter fortsetzen. In den verschiedenen Ländern legten die Unternehmer aufgrund der gesetzlichen Regelungen oder der jeweiligen politischen Kultur ihre Betätigung im Privatsektor vollständig nieder, um Komplikationen mit ihren öffentlichen Funktionen zu vermeiden, oder blieben auch weiterhin in ihren Unternehmen aktiv. Neben den obersten Rängen der staatlichen Hierarchie übernehmen die Unternehmer durch Ämter in Parlamenten, Ministerien oder Botschaften nun auch eine Rolle in der Parteipolitik. All dies führt zu einem Wandel des traditionellen Modells der politischen Akteure. So ist in Lateinamerika anders als in Europa die Definition des professionellen Politikers nicht möglich, da die politische Aktivität mehr und mehr von Einzelnen wahrgenommen wird, die unterschiedslos auch anderen Betätigungen als ausschließlich der Politik nachgehen. So wird die Welt der Politik nicht mehr nur von Unternehmern vereinnahmt, sondern in zunehmendem Maße auch von der Welt der Hochschulen, des Journalismus, des Sports und sogar des Showbusiness (siehe dazu Nohlen 2000: 237).

Da die politische Betätigung als solche nicht gewinnträchtig ist, wird im lateinamerikanischen Kontext hingenommen, dass die Politiker parallel zu ihrer politischen Aktivität anderen Beschäftigungen nachgehen oder der Politik zeitweise den Rücken kehren, um nach einer privatwirtschaftlichen Tätigkeit in die Politik zurückzukehren. Der professionelle Politiker, der die Politik berufsmäßig betreibt, ist als solcher kaum anzutreffen, obwohl er wie dargestellt exis-

tiert. Stattdessen teilt er sich die politische Bühne mit Politikern, die sich mit Erfolg zugleich anderen Bereichen widmen.

In einigen Fällen nehmen Politiker, deren Bild sich in der Öffentlichkeit etwas verbraucht hat, eine Auszeit, um ihr Image zu polieren oder zu beweisen, dass sie imstande sind, ihren Lebensunterhalt auch fernab der Politik zu verdienen. Andererseits war auch der professionelle Politiker außerstande, ein Parteienmodell des Typs „professionalisierte Wählerpartei" zu entwickeln, da sich in diesem Rahmen auch Politiker aus anderen Bereichen bewegen, die wirtschaftlich nicht von der Politik abhängen. Schlimmstenfalls wenden diese sich bei Ausbleiben des politischen Erfolgs erneut ihren vormaligen Tätigkeiten zu. Dies ist insbesondere bei dem Politiker der Fall, der aus der Geschäftswelt kommt. Insofern ist er gegenüber den traditionellen Politikern im Vorteil, zudem vermag er den Eindruck zu vermitteln, er verdanke seinen Erfolg einem aus eigener Kraft erwirtschafteten Vermögen. Diese Situation tritt vor allem dort ein, wo die Parteien innerhalb des Parteiensystems eine schwache Stellung einnehmen, wo der Klientelismus in der politischen Tradition fest verwurzelt ist sowie schließlich dort, wo ein hohes Ausmaß an Korruption und eine schlechte öffentliche wie wirtschaftliche Verwaltung herrschen.

1.2.4.2 Gruppen in den traditionellen Parteien Lateinamerikas

Professionalisierte Wählerparteien existieren in Lateinamerika nicht, es gibt nur Parteien mit einigen Elementen. Die Mehrheit der Parteien befindet sich im Stadium der Volksparteien, womit die parteiinternen Relationen in der Regel denen dieses Parteityps entsprechen. Die lateinamerikanischen Parteien sind in einen anderen Kontext eingebettet als die europäischen Volksparteien der 1950er, 1960er und 1970er Jahre. Ist der Kontext des Regierungssystems (Demokratie) auch vergleichbar, so ergeben sich doch Differenzen im soziokulturellen Bereich. Ein weiterer Unterschied liegt im internationalen Kontext: Anders als in Europa entwickeln sich die Parteien Lateinamerikas nicht vor dem Hintergrund einer bipolaren Welt, in der ideologischen Fragestellungen eine andere Bedeutung zukommt. Was einst eine Variable war, um die Dyade Links-Rechts zu unterscheiden, ist mittlerweile nicht mehr so scharf umrissen, wenn auch sicherlich weiterhin existent. Andererseits gibt es in Lateinamerika verschiede lokale und nationale Kontexte, die ebenfalls Einfluss auf die Partei haben.

Die Parteien bewegen sich, wie in dieser Untersuchung postuliert wird, auf die Mitte zu und stimmen Fragestellungen wie Regierungsmodell, Demokratie und Wirtschaftsmodell oder Markt miteinander ab. In wirtschaftlicher Hinsicht unterscheidet sich das liberalere oder neoliberale Modell in Lateinamerika von dem sozialen Modell in Stile Europas. Im Bereich der Wertevorstellungen ergibt sich eine weitere Unterscheidung: hier tauchen die Konzepte progressiv vs. konservativ auf. Jedoch besteht im Kern Konsens über das Modell zur politischen Entwicklung. In diesem politischen Kontext entwickeln sich die Parteien in Lateinamerika; hier zeigen

sie auch trotz des Kontextes, der sie von ihren einstmaligen europäischen Entsprechungen unterscheidet, die für Volksparteien typischen Verhaltensweisen. Wie in Europa, wo sich die Parteiensysteme in Einklang mit dem Demokratieprozess entwickelten (von Beyme 1982: 415), haben sich die Parteiensysteme Lateinamerikas im Zuge der so genannten „*Third Wave of Democratization*“ (Huntington 1991) in dem Maße entfaltet, wie die Demokratie sich nach und nach konsolidierte (Nohlen 1999: 2003). Somit haben sich die Parteien allgemein unter Wahrung der kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede hin zu der Phase der „Ära der Volksparteien“ (von Beyme 2000: 192) entwickelt. Die Macht des Volkes manifestierte sich somit erstmalig in der Frage der freien Wahl der Volksvertreter wie auch in dem Umstand, dass sich die Parteien unangefochten zu den wichtigsten politischen Instrumenten entwickelten, um die politischen Forderungen des Volkes vorzubringen.

Da die großen ideologischen Auseinandersetzungen fast vollständig verschwunden waren, begannen sich die lateinamerikanischen Parteien auf die politische Mitte zuzubewegen. Gleichzeitig entstanden im Inneren der Parteien die für Volksparteien charakteristischen Organisationsformen. Dies bedeutete zum Beispiel die Existenz verschiedener führender Politiker innerhalb der Partei, die ihrerseits verschiedene Gruppen repräsentierten. So stand in der chilenischen PDC Aylwin zunächst Valdés, später Frei Ruiz-Tagle gegenüber. In der argentinischen PJ war Menems Gegenspieler erst Cafiero, dann Duhalde.

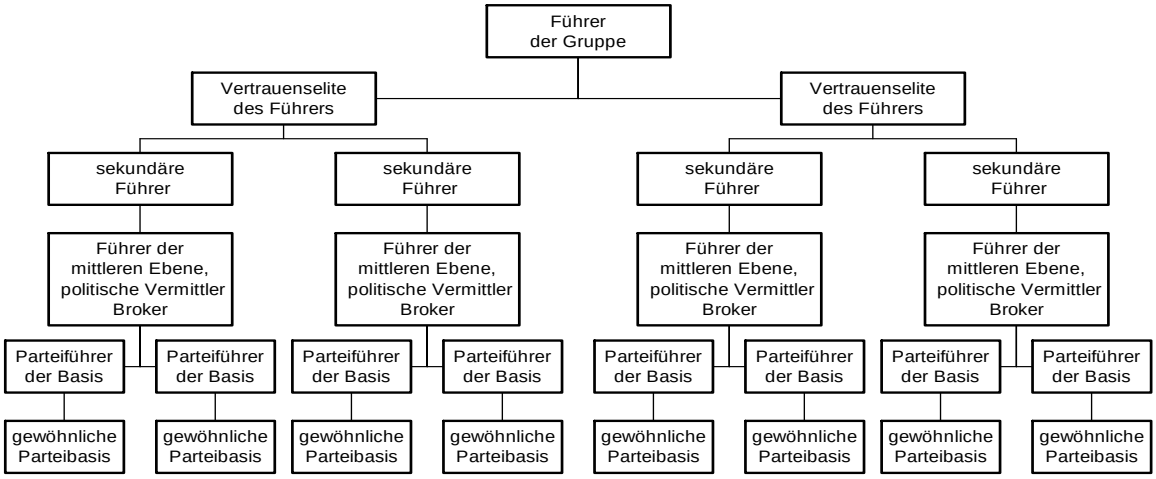
Aber auch diese Parteien können parteiintern eine starke Führung vorweisen. So leitete in Argentinien Raúl Alfonsín die UCR von 1983 bis 1997, Menem die PJ während der 1990er Jahre annähernd ohne Gegengewicht, oder in Brasilien da Silva die PT über die 1980er und 1990er Jahre. Im Falle Chiles führte Lagos unangefochten die PPD und PS an, in Bolivien Hugo Banzer die ADN, Sánchez de Lozada die MNR und Paz Zamora die MIR. Weitere Beispiele sind die eindeutige Führung Garcías über die APRA in Peru, die beherrschende Stellung Ortegas über die FSLN in Nicaragua oder einstmals Caldera über die COPEI. Zusammengefasst weisen einige Parteien des Typs „Volkspartei“ eine starke Führung auf, die sich in einigen Fällen jahrzehntelang an der Macht hält; allerdings führt das interne Gefüge wie auch das Wahlsystem dazu, dass in diesen Parteien Führungswechsel stattfinden, wie in den chilenischen Parteien DC und PS, der PL und PC in Kolumbien, der PC und der PNB in Uruguay, oder in Costa Rica der PLN und der PUSC.

In der Regel kommt es zu diesen innerparteilichen Führungsansprüchen mit monopolistischen Zügen, da trotz des Bestehens der internen Gruppen sich immer eine Führung oder offene Führung durchsetzt. Somit besteht trotz eindeutiger Führungsansprüche innerhalb der Partei der Rahmen des Wahlsystems, der die Etablierung einer Führung auf unbestimmte Zeit verhindert und eine Verteilung des innerparteilichen Kräfteverhältnisses bewirkt. Beispiele, in denen die Wahlgesetzgebung eine Wiederwahl des Präsidenten bzw. unmittelbare Wiederwahl nicht zu-

lassen,[58] sind Chile (a), Kolumbien (b), Costa Rica (b), Ecuador (a), El Salvador (a), Guatemala (a), Honduras (b), Nicaragua (b),[59] Panama (b), die Dominikanische Republik (a) sowie Uruguay (a).

Die Machtverteilung innerhalb lateinamerikanischer Parteien zeigt typische Merkmale von Volksparteien. Hierzu zählt unter anderem der Klientelismus. Eine bestimmte Gruppe der parteiinternen Wählerschaft erhofft eine Belohnung für die gegenüber dem nächsthöheren Parteiführer bei Wahlen geleistete Unterstützung. Die parteiinternen Beziehungen weisen in der Regel die folgenden Klientelbeziehungen auf.[60]

Abbildung 5: Interne Struktur der parteiinternen Gruppen des Typs „Volkspartei" in Lateinamerika[61]



Die Elite in Lateinamerika weist nicht das „Eherne Gesetz" Michels (von Beyme 1982: 415) auf, dass gerade interne Gruppen die oligarchische Bürokratie darstellen. Die Parteien tendierten in der Tat zu einer Bürokratisierung, die Volksparteien jedoch neigen zu einer Verschlankung ihrer Verwaltungsstruktur. Mehr noch: Die interne Bürokratie hat mit Ausnahme der Frage nach der Besetzung der Ämter der Parteielite keinen wesentlichen Einfluss auf die politischen Entscheidungen der Partei. Die Vertrauenselite des Führers kann Teil der Oligarchie, der politischen Elite und in vielen Fällen der politischen Klasse der Partei werden. Innerhalb dieser Elite kann es jedoch sehr wohl Elemente geben, die nicht unmittelbar an den von der Partei verfolgten Aktivitäten beteiligt sind. Denkbar ist sogar der Fall, dass diese Elite, die den Führer umgibt,

[58] In letzterem Fall kann es bei einem stark fragmentierten Parteiensystem wie in Bolivien oder Brasilien zu einer Monopolstellung einzelner Parteien kommen. (a) Wiederwahl in der übernächsten Wahlperiode möglich. (b) keine Möglichkeit der Wiederwahl. In Peru und Venezuela ist eine Kategorisierung der Parteien als „Volksparteien" unmöglich. Ursache hierfür sind die derzeitigen Störungen des demokratischen Systems und das plötzliche Auf- und Ableben politischer Parteien, die populistischen Führern als Plattform dienen. Allerdings waren die venezolanischen Parteien COPEI und AD bis Anfang der 1990er Jahre modellhafte Beispiele von Volksparteien innerhalb eines Zweiparteiensystems.

[59] In Nicaragua besitzt Ortega auch weiterhin die Führung über die FLSN trotz des in der Verfassungsreform von 1994-95 verankerten Verbots der Wiederwahl des Präsidenten. Ortega hat auch weiterhin die Möglichkeit, Präsident von Nicaragua zu werden, da seine Präsidentschaft aus der Zeit vor der Reform datiert.

[60] „Trotz der häufig konstatierten Verringerung politischer Patronagemöglichkeiten und der Schwächung von Klientelstrukturen (vgl. Lamounier 1997: 302) bleiben Klientelfunktionen auch bei reduzierter Staatstätigkeit für die Sicherung einer Kernanhängerschaft wichtig." (Nolte 2000: 21)

selbst nicht der Partei angehört. Hierzu können Unternehmer oder Vertreter der Hochschulen gehören, die sicherlich im Wahlkampf weder parteiintern noch -extern Einfluss ausüben, deren Ratschläge aber innerhalb dieses Kontextes der Entscheidungsfindung sehr willkommen sind. Dennoch gehören zu dieser Elite um den Führer in der Regel wichtige Personen: herausragende Abgeordnete, Minister oder stellvertretende Minister, Bürgermeister größerer Städte und vielleicht sogar ein bedeutender Vertreter der Welt der Arbeitnehmer, der in seinem Umfeld (Arbeiter, Berufsverbände usw.) Gewicht besitzt. Von Bedeutung bei den Vertretern dieser Ebene ist, dass sie einen beträchtlichen innerparteilichen Machtanteil auf sich vereinen können, der sich in den Instanzen der Entscheidungsfindung der Partei manifestiert. Hierzu gehören der Vorsitz über die Partei, die Zugehörigkeit zum Vorstand oder den Organen der Entscheidungsfindung wie den Räten, Zentralkomitees, Abteilungen usw. Dies ist die oberste Ebene, in der die Gruppe ihren Einfluss auf die Partei deutlich machen muss, um auf diese Weise auf innerparteiliche Entscheidungen einwirken zu können. Diese Entscheidungen beinhalten vor allem die Vergabe wichtiger Regierungsämter, die Verteilung wichtiger Wahlkreise an Parlamentskandidaten oder die Vergabe der Kandidaturen in wichtigen Kommunen usw. Diese Parteiführer müssen in Verbindung zu den obersten Gremien der Entscheidungsfindung stehen, um auf diese Weise mit Blick auf künftige Wahlen ihrem eigenen Führer die größtmögliche politische Geltung zu verschaffen. Dabei muss dieser Führer nicht notwendigerweise den Vorsitz über die Partei innehaben, wohl aber in der Öffentlichkeit Gewicht besitzen. Hierin kann sich jedoch sehr wohl eine Ähnlichkeit zu den professionalisierten Wählerparteien ergeben, in der der Führer in der Öffentlichkeit nicht zwangsläufig eine gute Figur abgibt. Trotz der Anstrengungen, ihn ins rechte Licht zu rücken, muss er dennoch über eine hinreichend ausgeprägte Fähigkeit zur Selbstdarstellung in der Öffentlichkeit verfügen.

Innerhalb der Parteien wie innerhalb der Gruppen besteht eindeutig eine ausgeprägte Tendenz hin zur Rekrutierung und Herausbildung einer Elite. In den Massenparteien bedeutete dies, dass das Parteimitglied in jungen Jahren in die Partei eintrat und eine lange Reihe von Ämtern in der Parteistruktur übernahm, bevor es die höchsten Ämter der Partei erlangen konnte. In den Volksparteien Lateinamerikas ist dies sicherlich möglich, allerdings sind diese Parteien von Personen durchwirkt, für die die Politik nicht die alleinige Beschäftigung darstellt. Dies ermöglicht jederzeit die Rekrutierung von Vertretern verschiedener Gesellschaftsteile. Sogar das Erreichen der höchsten Positionen bis hin zum Präsidentenamt ist in jedem Stadium der Betätigung in der Partei oder Öffentlichkeit möglich. Eine vorherige langjährige Aktivität in der Partei und die Positionierung innerhalb der politischen Klasse sind dazu nicht mehr erforderlich.

Perus Präsident Alejandro Toledo kann mit Ausnahme der 1995 von ihm gegründeten PP (*Perú Posible*) keine langjährige Parteikarriere vorweisen. Stattdessen konzentrierte er sich auf

[61] Dieses Schema ist eine graphische Veranschaulichung der Funktionsweise der internen Gruppen in Parteien des Typs „Volksparteien“ in Lateinamerika, basierend auf den Untersuchungen von Beymes (1982) und Jouannets (1998).

Aktivitäten im Hochschulbereich oder internationalen Organisationen. Für seinen Amtsvorgänger Fujimori galt dasselbe: auch er entstammt dem Bereich der Universitäten und gründete 1990 die Partei „*Cambio 90*“. Bis 1988 lässt sich auch Vicente Fox keine eindeutige politische Aktivität bescheinigen. Wie er konzentrierte sich auch Fernando Henrique Cardoso während der gesamten 1960er und 1970er Jahre auf ein weitverzweigtes akademisches Tätigkeitsfeld und Beratungsfunktionen in verschiedenen Unterorganisationen der Vereinten Nationen, bevor er schließlich gegen Ende der 1970er Jahre seine politische Aktivität aufnimmt, die er während der 1980er Jahre mit den genannten Bereichen verbindet. Insofern steht die Bildung und Rekrutierung der politischen Elite unterschiedslos auch Personen offen, die aus anderen Bereichen wie der Wirtschaft, den Hochschulen, dem Sport, der Kultur – hier vor allem Künstler, die große Fernsehpopularität besitzen – und sogar der Kirche zu den Parteien stoßen (Nohlen 2000: 233).[62]

Im Gegensatz zu Europa, wo sich nach und nach die Finanzierung der Volksparteien durch den Staat durchsetzte, sehen die lateinamerikanischen Gesetzgebungen diese Norm mehrheitlich nicht vor, bzw. finanzieren in einigen Fällen nur bestimmte Aktivitäten.[63] Das Gros der Finanzierung jedoch wird von parteiexternen Quellen beigesteuert, was zweifelsohne einen der Gründe für das bedenkliche Ausmaß an Korruption und dem Schacher um Einfluss darstellt, wobei hier Parteien wie Politiker als Hauptverantwortliche für die Ausbreitung dieser Praktiken zu sehen sind. Die internen Unterschiede sind jedoch nicht ausschließlich als negativ zu bewerten. Wie auch in Europa in vorangehenden Zeiten haben interne Konflikte auch zu einer Dynamisierung des Parteilebens geführt. So werden Parteiprogramme offener debattiert als früher (von Beyme 1982: 419; Jouannet 1998). Zudem leisten sie einen Beitrag zur innerparteilichen Demokratie, was von einigen Verfassungen auch offen anerkannt wird.

1.2.4.3 Die interne Demokratie der politischen Parteien

Die innerparteiliche Demokratie ist in dem Maße, wie sich die Demokratie als Regierungsform konsolidiert, ein sehr aktuelles Thema, das die verschiedenen Verfassungen – zweifelsohne innerhalb eines breiten Meinungsspektrums – behandeln. Während einige Verfassungen wie in Costa Rica, Ecuador, Guatemala, Honduras, Mexiko, Nicaragua oder Panama sich zu der parteiinternen Demokratie überhaupt nicht äußern, verweisen einige Verfassungen wie in Paraguay

[62] Bei den Präsidentschaftswahlen vom Dezember 1993 nominierte die chilenische PC mit dem Einverständnis der Kirche den Priester Eugenio Pizarro, der letztlich auf einen Stimmenanteil von 4,7% kam.

[63] Nur acht Verfassungen äußern sich konkret zur Parteienfinanzierung. Die Verfassungen Perus und Ecuadors verweisen lediglich darauf, dass der Staat die demokratische Organisation und Wirkungsweise der Parteien garantiert, woraus sich eine Bejahung der Parteienfinanzierung nicht herleiten lässt. In drei Verfassungen dagegen – Chile, Panama und Peru – existieren Bestimmungen zum Erfordernis der Transparenz in der Verwaltung der Parteifinanzen; auf eine Finanzierung der Parteien durch den Staat wird jedoch nicht verwiesen. Guatemala verweist auf ein zu verabschiedendes Gesetz; die brasilianische Verfassung enthält eine vage Formulierung der Finanzierung der Parteien durch den Staat. Die Wahlkampfkosten werden in Costa Rica, Kolumbien, Mexiko und Panama (fakultativ) vom Staat übernommen. Die Staaten, die Operationen und Aktivitäten finanzieren, sind Argentinien, Kolumbien und Mexiko. Die Ausbildung von Funktionären wird in Argentinien finanziert, eine nicht weiter ausgeführte Ausbildung, Forschungen und Veröffentlichungen werden von Mexiko übernommen (Jost 1998: 32-33).

auf einschlägige Gesetze (Art. 125 Abs. II der Verfassung). Schließlich finden sich auch diejenigen Verfassungen, die auf ein Gesetz verweisen, das den demokratischen Charakter der politischen Parteien gewährleistet oder auch in sehr unbestimmter Form von „demokratischen Strukturen“ oder der demokratischen Wirkungsweise der Parteien spricht. Dies gilt für die Verfassungen Perus, El Salvadors und vormals Venezuelas. Die chilenische Verfassung verankert Normen, die eine effiziente interne Demokratie gewährleisten sollen, während die argentinische Verfassung von der „demokratischen Organisation und den Funktionen“ der Parteien und der „Vertretung der Minderheit“ spricht. Dem gegenüber verbietet die kolumbianische Verfassung (Art. 108 Abs. II), dass das Gesetz über die interne Organisation der Parteien besondere Forderungen aufstellt. Die brasilianische Verfassung gesteht den Parteien uneingeschränkte Autonomie bei der Regelung ihrer inneren Strukturen zu und berücksichtigt hierbei insbesondere Gesichtspunkte in Zusammenhang mit der „Parteidisziplin und Parteitreue“ (Art. 17 Abs. I). Die Verfassung Panamas enthält eine rechtliche Eigentümlichkeit: so besteht bei dem Entzug eines (internen) Mandats die Möglichkeit der Anfechtung. In unmittelbarerer Weise, die jedoch den Staat nicht mit der Frage nach der parteiinternen Demokratie behelligt, verfügt die Verfassung Uruguays, die Parteien seien verpflichtet, „auf effiziente Weise die interne Demokratie bei der Wahl ihrer Führung umzusetzen“. Allerdings bleibt unbeantwortet, ob dieses Konzept der internen Demokratie sich ausschließlich auf die Wahl der Parteiführung bezieht (Art. 77, Nr. 11). Andererseits enthält dieselbe Verfassung jedoch dahingehend eine Zwangsverfügung, dass für die Ernennung der Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten der Republik die Parteien keine internen Wahlen durchführen dürfen (Art. 77, Nr.12).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass acht von siebzehn Verfassungen Lateinamerikas die Frage nach der parteiinternen Demokratie oder dem internen Parteileben unberührt lassen. Von den verbleibenden neun Verfassungen gehen zwei auf die Thematik ein und gestehen den Parteien dabei volle Autonomie zu, während sich zwei weitere zu punktuellen Gesichtspunkten der innerparteilichen Demokratie äußern, und die übrigen fünf auf ein Gesetz oder eine allgemein gehaltene Formulierung verweisen. Es wird deutlich, dass die Verfassungen den Parteien eine enorme Handlungsfreiheit zur Festlegung ihrer internen Struktur oder Wirkungsweise einräumen; hierbei wird die Thematik von den Verfassungen entweder ignoriert oder nicht weiter verfolgt, oder den Parteien wird vollkommene Autonomie eingeräumt, oder es werden allgemeine Formulierungen oder punktuelle Schranken gewählt, womit die Verfassungen den Parteien einen Handlungsspielraum schaffen, durch den diese unabhängig von ihrem Verhältnis zum Staat von diesem unkontrolliert agieren können (Jost 1998: 23-24).

Aus dem Vorangehen ergibt sich eine in zweifacher Hinsicht gefährliche Situation: Einerseits sind die Parteien schutzlos der Einmischung anderer Gewalten des Staates in parteiinterne Angelegenheiten ausgeliefert, beispielsweise auf Grund von Anzeigen wegen innerparteilicher Probleme. Andererseits hängt eine weitere Gefahr mit der demokratischen Kontrolle der politi-

schen Parteien (*accountability*) zusammen: Die Kontrolle der politischen Parteien durch den Staat ist in Lateinamerika faktisch inexistent.

1.2.5 Die *accountability* in der internen Wirkungsweise der Parteien. Ein Vorschlag zur Transparenz

Nach der Analyse der Wirkungsweise und Evolution interner Gruppen im Allgemeinen und davon ausgehend in Lateinamerika lässt sich feststellen, dass sie eine Reihe von Dysfunktionen aufweisen, die sich auf die Entwicklung der Demokratie nachteilig auswirken. In dem folgenden Teil soll ein Vorschlag erörtert werden, der einerseits zu einer Verbesserung der internen Relationen führen und andererseits einen Beitrag dazu leisten kann, Wahlprozesse transparenter und so ausgeglichen wie möglich zu gestalten.

J.M. Maravall stellte in seiner 1996 veröffentlichten Untersuchung über das Innenleben der *Partido Socialista Obrero Español* (PSOE) die Kontrollfunktion innerhalb politischer Parteien in den Raum und erörterte eine unmittelbare *accountability* in diesen Organisationen. Hierzu entwickelte er seine These der „*Teoría de las Agencias*", in der er mit einigen Analysen Przeworskis übereinstimmt, so mit der Einführung wirtschaftswissenschaftlicher Elemente in die politologische Analyse. Diese wirtschaftswissenschaftlichen Elemente finden Anwendung auf Regierungen und Unternehmen. Es kommt u.U. zu einer Konfliktsituation zwischen den Kleinaktionären und Agenten, da Erstere auf einer Kontrolle der Agenten bestehen und von ihnen Effizienz einfordern. Nach Przeworski sind die zwei grundlegenden Kategorien, die in wirtschaftlichen Organisationen auftreten – Agenten und Mandanten –, ebenfalls in der politischen Organisation zu finden (1997). Maravall gibt im Fall der Parteien den Parteivorderen, die er als „Führer" darstellt, die Rolle des Agenten, was in der Regel auch zutrifft. Diejenigen, die die Posten besetzen, die dank der Partei von den internen wie externen Agenten wahrgenommen werden, sind die professionellen Politiker. Diese agieren im Kontext der modernen Parteien, in besagtem Fall der PSOE. Die von Maravall erwähnten Agenten sind diejenigen, die von den Klientelbeziehungen profitieren, und ihren Einfluss innerhalb der Machthierarchie dazu einsetzen, ihre Position innerhalb der politischen Klasse zu konsolidieren. Maravall fügt hinzu, ein Teil der Agenten gehöre der Parteibürokratie an. Die Agenten sind die höheren Parteiführer, die im Falle der professionalisierten Wählerparteien die Bezeichnung „professionelle Politiker" erhalten. Die Mandanten dagegen wären demzufolge die gewöhnlichen Parteiangehörigen und in der Logik der vorliegenden Untersuchung zudem die Parteiführer der Basis, die einen Teil ihrer Freizeit der politischen Betätigung widmen. Angesichts der neuen Bedeutung, die die parteiinternen Vorwahlen erlangt haben, zählen zu den Mandanten ferner die Bürger, die einer Partei nahe stehen und an den Wahlprozessen teilnehmen. Insofern schlagen die Mandanten, die ihre Partei-

führer (Agenten) wählen, Kapital aus ihrer Stimme für die Partei (Maravall 1996: 10-11).[64]

Inwiefern profitieren die Mandanten von dieser Situation? Zumindest bestünde für sie die Möglichkeit, Zugang zum öffentlichen Apparat zu erhalten. Mehrheitlich erhalten die Mandanten für ihre Stimme jedoch einen symbolischen Gegenwert, der darin besteht, dass die Partei auf der politischen Bühne einen bestimmten Platz belegt, der aber nach Möglichkeit Machtanteile für diejenigen Parteiführer schafft, die das Parteiprogramm umsetzen. So sind die Agenten auf diese Weise in gewisser Hinsicht an die Mandanten vertraglich gebunden, damit diese in ihrem Sinne handeln. Die Mandanten müssen ihrerseits über ein Mittel der *accountability* verfügen wie beispielsweise die Sanktionsmöglichkeit, ihre Agenten in dem Wahlakt, mit dem das Vertrauen erneuert oder entzogen wird, die Zustimmung zu erteilen oder zu verweigern. Aus diesem Grund müssen die Agenten stets im Sinne der Interessen ihrer Mandanten – hier der Parteibasis, den Führern der Parteibasis und sogar den Sympathisanten bei den Vorwahlen – handeln. Erkennbarerweise entbehrt die Formel der *accountability* also auf dem Papier nicht einer gewissen Logik. Vor allem in den Volksparteien jedoch verhindern der Klientelismus, der Missbrauch der Patronage, die Verbindung zur Macht der Massenmedien und der Wirtschaft eine wirksame *accountability*. Darüber hinaus kommt es auch zu einer Manipulation der *accountability*, wenn es internen Wahlprozessen an Transparenz mangelt oder die Macht der Gruppen und ihrer Führer hinreichend groß ist, die über die nötigen finanziellen Mittel verfügen oder Belohnungen in Aussicht stellen können. Dazu gehören Ämter im Staatsapparat oder andere „Gegenwerte", die die Mandanten, die die *accountability* frei ausüben sollten, beeinflussen. Obwohl die *accountability* existiert, gelingt es den politischen Agenten, diese Kontrolle zu umgehen und sich in regelmäßigen Abständen durch besagtes Verfahren neu zu legitimieren.

In Ermangelung einer deutlichen und transparenten internen Regelung befinden sich die Mandanten in einer wehrlosen Position gegenüber den Agenten, womit der demokratische Wettbewerbsgedanke in den Parteien auf ein Minimum reduziert wird.[65] Da die demokratischen Praktiken objektiv gesehen in den Parteien nicht überall gleich sind, wäre die Existenz von Regeln, die für sämtliche politischen Akteure gelten, angebracht. Hierzu bedürfte es einer allgemeinen Gesetzgebung, die nicht in die politischen Entscheidungen der Partei interferiert, gleichzeitig aber eine technische, unparteiliche und transparente Instanz sein kann, auf Grundlage derer die politischen Akteure ihre internen Wahlprozesse normieren können.[66] Dies lässt ein höheres Maß an internem Wettbewerb zu, da die interne Demokratie dann bis zu einem gewissen Grad für alle Parteien des Systems genormt wäre. Zugleich könnten die Mandanten mit besser angepassten Instrumenten ihre Agenten wirkungsvoller kontrollieren. Andererseits würden den Mandanten auf diese Weise Informationen wie auch Kriterien für Bewertung und Entscheidung

[64] Siehe hierzu Boix 1998; Lawson 1994; Patterson 1996.

[65] Bartolini (1996) führt Elemente wie den demokratischen Wettbewerb ein, der die *accountability* einführt und die Stellung des Wählers gegenüber den Agenten begünstigt.

vermittelt, womit die Mandanten oder Mitglieder der Parteibasis, die Führer der Basis und die mit der Partei sympathisierenden Wähler eher in die Lage versetzt werden, auf die Arbeitsweise der Parteien Einfluss zu nehmen.

Angesichts der Tatsache, dass in Lateinamerika die Mehrheit der Parteien dem Typ „Volkspartei" angehört, sind die Kontrollmöglichkeiten der Mandanten der Partei in der Regel sehr gering. Da es häufig keine Gesetzgebung für eine Intervention des Staates gibt, um die internen Prozesse zu gewährleisten, ist die Wahrscheinlichkeit der Manipulation von Wahlergebnissen höher, da es keine klaren Mechanismen für die Verwendung wirtschaftlicher Ressourcen oder für die Arbeitsweise von Wahlgerichten gibt, die in der Regel die Repräsentation der internen Gruppen darstellen. Da keine Formel existiert, mit der sich diese internen Prozesse kontrollieren lassen, findet der Klientelismus eine verstärkte Verbreitung, vor allem wenn sich die Partei (auf zentraler oder lokaler Ebene) an der Macht befindet. Die politische Klasse, die die Partei führt und ihrerseits in die Machtstrukturen des Staates eingebunden ist, hat stets höhere Aussichten, sich in internen Wahlprozessen durchzusetzen. Dies alles schafft eine wenig aktive Parteibasis, da es dieser Basis an Möglichkeiten fehlt, auf bestehende Strukturen Einfluss auszuüben. Es bleibt ihr die Möglichkeit, sich von der Partei zu entfernen oder bei ihr zu bleiben, um das Ihrige aus dem Topf der Klientelbeziehungen abzuschöpfen. Hierzu muss sie sich einer internen Gruppe anschließen und wird auf diese Weise Teil einer wirtschaftlichen Transaktion, die im Tausch der eigenen Stimme gegen ein Amt bzw. eine wie auch immer geartete Belohnung besteht. Diese Unmöglichkeit der internen Kontrolle oder der Mangel an Mechanismen, um diese Kontrolle durchzuführen, erweckt den Eindruck, dass die Parteien wenig Raum für eine gleichwertige Partizipation eröffnen, da sie in ihren internen Wahlprozessen wenig Demokratie beweisen. Dadurch laden die Parteien den Unmut der Gesellschaft auf sich; im Ergebnis finden die internen wie externen Prozesse, an denen diese beteiligt sind, immer weniger Zulauf (Katz/Maier 1994: 18f.).

Das ideale Modell besteht darin, dass die Mandanten spüren, dass sie mit ihrer Stimme im Wesentlichen einen Teil ihrer politischen Auffassung zum Ausdruck bringen (Aldrich 1995: 289ff.). Das Bestehen einer Kontrolle über die politischen Parteien und somit die Möglichkeit, dass die internen Wähler – gleich ob Angehörige der Basis, Führer der Basis oder Sympathisanten – über diese Institution Kontrolle ausüben, ermöglicht die Legitimation der Partei. Zugleich wandelt diese sich damit zu einer Organisation, die Rechenschaft ablegt und schließlich ihren Mandanten die Möglichkeit erteilt, wahrhaft an relevanten Entscheidungsfindungsprozessen teilzunehmen und ihr Gewicht in den von der Partei wahrgenommenen Aufgaben geltend zu machen (Charlot 1989: 352ff.).

Die Einführung eines institutionellen Instruments in die jeweiligen Gesetzgebungen, die die

[66] Damit sei nicht ausgesagt, dass diese Instanz über die Qualität der internen Relationen wachen könnte, da die Variable „Qualität des internen Parteilebens" sich häufig auf die *accountability* auswirkt (Ware 1987:11).

Strukturen der Partizipationsmöglichkeiten in der Partei transparenter gestaltet,[67] unterstützt letztlich zudem die Reduzierung der privilegierten Stellung der Patrone in der Partei. Andererseits würde ein höheres Maß an Chancengleichheit zwischen den verschiedenen innerparteilichen Gruppen geschaffen, vor allem mit Blick auf die finanziellen Mittel für Wahlen. Letztlich würden damit kompetitivere und transparentere Wahlen gefördert, eine verbesserte Möglichkeit zur Rekrutierung von Mitgliedern der Basis wie der Parteielite geschaffen und überdies das Ansehen der Politik in der Öffentlichkeit gesteigert (Lawson 1994: 302). Der Prozess der Institutionalisierung der Parteien Lateinamerikas bedeutet in der Summe die Etablierung von Normen des öffentlichen Rechts, die die Wirkungsweise dieser Institutionen, ihre internen Strukturen, Abstimmungsregelungen wie auch Finanzierung reglementieren (Mena 1999: 24). Dies ist jedoch nicht gleichbedeutend mit einer Einmischung in die natürlichen Funktionen der Parteien wie die der Interessenaggregation. Vielmehr wird damit die interne Funktionsweise der Parteien verbessert, damit diese die Aufgabe der Interessenaggregation im Kontext einer neuen demokratischen Gesellschaft besser wahrnehmen können.

1.3 Fazit

Im Kontext der alten Demokratien haben die politischen Parteien ihre internen Strukturen immer weiter entlastet und professionalisiert, da diese keine bürokratische Struktur mehr erfordern, was typisch ist für Volksparteien. Dies hat dazu geführt, dass die internen Gruppen ebenfalls ihre Arbeitsweise änderten. Die so genannte „interne Maschine“ der inneren Gruppen der Partei besaß jedoch weiterhin große Bedeutung. Trotzdem nehmen die Parteien und auch die internen Gruppen häufiger die Beratung von externen Institutionen in Anspruch. In diesem Zusammenhang ist der Broker oder politische Vermittler im Innern der Partei fast verschwunden, da die Basis nicht mehr wie früher zur Legitimation der Führungsschicht benötigt wird; die Legitimierung kann prinzipiell auch außerhalb der Partei erworben werden. Bei Letzterem spielen die Medien eine große Rolle, da sie grundlegend die Beziehung zum Wähler darstellen. Dadurch hat der Klientelismus, auch wenn er weiterhin existiert, innerhalb der Parteien an Bedeutung verloren.

Die internen Gruppen haben ein weniger organisches Funktionieren, als es in Parteien des Typs Volkspartei der Fall ist. Die politische Führung ihrerseits soll sich nicht mehr nur auf das Innere der Partei beziehen, sondern außerdem einen höheren Grand an Legitimität in der Gesellschaft erreichen. Die politische Klasse ist in diesem Kontext jedes Mal mehr definiert, d.h. dass es die politischen Akteure sind, die direkt an den Entscheidungen über die politische Macht im Staat teilhaben. Die wirtschaftliche und kulturelle Elite sowie die der Massenmedien begreifen, dass sie durch die Bedeutung und den sozialen Einfluss, den ihre Aktivitäten auf die Politik ha-

[67] Dies bezieht sich nach Sartori lediglich auf das interne Wahlsystem (1973: 18-19).

ben, als politische Elite gesehen werden.

Während des Konsolidierungsprozesses der Demokratie in Lateinamerika verblieben die politischen Parteien mehrheitlich in dem Kontext, dass sie als Parteien des Typs Volkspartei gesehen werden. Deshalb erzeugte ihre innere Arbeitsweise einen Typ von Beziehungen, der für diese Parteien typisch ist, d.h. die internen Gruppen waren in der Mehrheit Klientelbeziehungen unterworfen, hingen von einer hierarchischen Struktur ab und wurden von einem Führer der Gruppe geleitet. Außerdem spielten politische Vermittler oder Broker eine sehr wichtige Rolle in der „internen Maschine" der Gruppe. Die militante Basis hat in diesen Parteien ihre Entscheidungskompetenz verloren. Dennoch hängt die Legitimation des Führers von dem Machtanteil ab, den er im Innern der Partei hat, was wiederum vom direkten Einfluss abhängt, den dieser auf die Führer der mittleren Ebene und auf die lokalen Führer der Partei hat. Beim Erreichen dieser Unterstützung spielt der Broker eine führende Rolle. Insofern stützt sich die Führerschaft auf ein Klientelnetz, das grundlegend auf den Begünstigungen beruht, die der Führer der Gruppe den Führern der mittleren Ebene über die Broker gewähren kann, was diese mit ihren Stimmen bei den internen Wahlen vergelten.

Im Hinblick auf das Vorherige bezieht sich eines der Probleme der politischen Parteien Lateinamerikas auf ihre interne Demokratie, die, wie schon gezeigt wurde, defizitär ist. Die traditionellen Parteien neigten zur Elitisierung, denn um die höchsten Ämter zu besetzen und in ihnen zu bleiben, werden genügende finanzielle Mittel benötigt. Die wirtschaftliche Macht dient ihnen unter anderem dazu, die Klientelstruktur der Gruppen beizubehalten. Dies ist ein Grund, weshalb die Politik in Lateinamerika gegenwärtig so große Konkurrenz durch die Unternehmer hat. Diese Situation spornt den Klientelismus noch weiter an und schafft so ein System von Entschädigungen und Belohnungen, die den Mitgliedern und Führern gewährt werden, die eine Gruppe und ihren Führer unterstützen. Diese Praktiken verstärken sich noch, wenn die Partei Teil der Regierung ist. Mit all dem wird eine interne Demokratie von geringer Intensität geschaffen, in der die Mitglieder nicht nur dazu aufgerufen sind, eine Gruppe an der Macht zu bestärken und für ihre Unterstützung eine angemessene Belohnungen erhalten. So kann im Inneren der Parteien beobachtet werden, dass die politischen und programmatischen Unterschiede materiellen Zugeständnissen unterworfen sind, d.h. die Stimme im Austausch für eine politische Begünstigung.

Um diese Situation zu ändern, wurde in dieser Arbeit der Vorschlag gemacht, in die Legislativen dieser Länder eine Art institutionelles Instrument einzuführen, das die interne Struktur der Parteien, der Wahlsysteme und der Finanzierung regelt, in Zusammenhang mit der Finanzierung der Politik durch den Staat, d.h. eine *accountability* der politischen Parteien, um so einerseits das Niveau der internen Demokratie zu verbessern und andererseits den Mitgliedern größere Möglichkeiten einzuräumen, auf die Agenda der Partei Einfluss zu nehmen.

2 Die Links und Rechts Dyade im lateinamerikanischen historisch-politischen Kontext

Die Linke und die Rechte haben in ihrer ideologischen und wirtschaftlichen Dimension die politische Geschichte Lateinamerikas beeinflusst. Vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben sich die politischen Parteien in den meisten lateinamerikanischen Ländern innerhalb des Parteiensystems ausgehend von der Links-Rechts-Dyade differenziert. Daher ist es interessant, in diesem Kapitel zu untersuchen, wie der Einfluss der Links-Rechts-Dyade in ihrer ideologischen und wirtschaftlichen Dimension den politisch-historischen Kontext Lateinamerikas beeinflusst hat, sowohl bei der Bildung der politischen Parteien als auch beim Gedankengut, das die Parteien repräsentieren. Daher ist es notwendig, zuerst die Begriffe zu klären, um sie danach im historischen Kontext Lateinamerikas zu analysieren. Anschließend wird die Anwendung der Modelle untersucht, basierend auf der Differenzierung von Links und Rechts und den sich daraus ergebenden Resultaten.

Im zweiten Teil dieses Kapitels kann empirisch beobachtet werden, wie die Links-Rechts-Dyade die politisch-historische Entwicklung und die Modelle der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Lateinamerika beeinflusst hat. Das Kapitel schließt mit dem wirtschaftlichen Reformprozess der letzten Jahre in Lateinamerika und dessen Ergebnis in den unterschiedlichen nationalen Kontexten.

2.1 Links und Rechts in den modernen Begriffsfassungen

Nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Fall der real existierenden Sozialismen[68] haben der immer dynamischere Redemokratisierungsprozess und die Etablierung der Marktwirtschaft als tragfähigstes mögliches Wirtschaftssystem die allgegenwärtige, oft mit „Nein“ beantwortete Frage aufgeworfen, ob die alte Dimension bzw. die Links-Rechts-Dyade Norberto Bobbios noch einen Sinn ergebe. Derartige Äußerungen, die eine weit verbreitete Politikverdrossenheit widerspiegeln, sind insofern nachvollziehbar, als besagte Entwicklungen eng miteinander verzahnt sind. Einerseits orientierte sich die Politik der letzten zwei Jahrhunderte am öffentlichen Interesse, das sich der Tatsache bewusst war, dass die Politik auf Gedeih und Verderb Bestandteil der innergesellschaftlichen Dynamik ist. Andererseits hat die moderne Politik seit den Zeiten der Aufklärung im 18. Jahrhundert die Dimension Links-Rechts teils explizit, teils implizit als eine ihrer Grundkoordinaten begriffen.

Der Terminus der Dimension Links-Rechts entstammt dem Sprachgebrauch der französischen Politik aus der Zeit nach der Revolution. Die Linke als solche jedoch formiert sich zur

[68] Gemeint sind hiermit die politischen Regime, die vor allem in Osteuropa bis Anfang der 1990er Jahre Bestand hatten.

Zeit der Aufklärung, als die *hommes de lettres* eine öffentliche Meinung forcieren, die ihr intellektuelles Arsenal gegen einen Prozess der Ungleichbehandlung richtet, den sie sowohl diachronisch-historisch als auch synchronisch zu einem bestimmten gesellschaftlichen Zeitpunkt wahrnimmt. Das eigentliche Problem bestand in den gesellschaftlichen Zuständen der Zeit. Zur Entstehung der Rechten andererseits kommt es, als sich eine konservative Haltung hinsichtlich der sozialen Ordnung auf politischer Ebene Gehör verschafft, obgleich, wie zu zeigen sein wird, „Rechts" und „Konservativismus" keineswegs Synonyme sein müssen. Die Dimension Links-Rechts in den letzten zwei Jahrhunderten ergibt lediglich in denjenigen politischen Systemen Europas einen Sinn, in denen die Kritik Teil der Gesellschaftsstruktur ist; Prämisse dieser Kritik aber ist, dass sie nicht allein über den Aufbau der Gesellschaft als Ganzes bestimmen kann. Die Kritik bringt einen gesellschaftlichen Wandel hervor, unterliegt jedoch ebenfalls den Auswirkungen der neuen Realitäten. Der Ursprung der Dimension Links-Rechts beruht zudem auf einem weiteren Element: der Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft.

Im Jahr 1994 veröffentlichte Norberto Bobbio eine Untersuchung, deren Titel im Original folgendermaßen lautet: „*Destra e sinistra. Ragioni e significati di una distinzione politica.*" In dieser Studie mit dem deutschen Titel „*Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*" verfolgt Bobbio ausschließlich das Ziel, diverse Konzepte zu ordnen und einige Vorstellungen zum eigentlichen Gehalt der Dyade Links-Rechts darzulegen, wie auch deren uneingeschränkte Gültigkeit in der heutigen Zeit zu belegen. Dennoch hat der Turiner Wissenschaftler mit seiner kurzen, aber prägnanten Schrift seine Kritiker wie auch diejenigen, die seine Ansichten zur klassischen Links-Rechts-Dyade teilen, nachhaltig beeinflusst.

Bobbio fasst die Begriffe „links" und „rechts" als antithetische Begriffe auf; dies aufgrund der Tatsache, dass diese bereits seit zweihundert Jahren in der Regel nicht nur verwendet werden, um einander entgegengesetzte ideologische Differenzen zu charakterisieren, sondern auch, um die verschiedenen Schattierungen des politischen Denkens und der politischen Betätigung genau zu benennen. Antithetisch sind die Begriffe deshalb, da sie ausschließlich und zugleich erschöpfend sind: ausschließlich deshalb, weil jemand nur eine der beiden Seiten vertreten kann, d.h. man kann politisch entweder rechts oder links stehen; niemand kann jedoch in seinem politischen Denken oder Handeln eine rechte und linke Haltung zugleich einnehmen. Zudem sind die Begriffe umfassend, da eine Weltanschauung oder Bewegung entweder rechts oder links sein muss (Bobbio 1994: 11).

Für Bobbio stellt die Gegenüberstellung von Links und Rechts den typischen Gegensatz der „Dyade" dar: Die Dyade bezieht sich sowohl auf eine Gegenüberstellung des Wissens wie des Handelns, zwei Polen vergleichbar, die einander abstoßen. Die Dyade lässt sich dadurch entwickeln und erklären, dass ihre beiden Teile demselben Universum angehören, wobei ihre Interpretation sich je nach dem Blickwinkel des Betrachters unterschiedlich gestaltet und ein entsprechend anderes Verständnis hervorbringt. Die Bestandteile der Dyade streben danach, zuein-

ander gegensätzliche Positionen einzunehmen, was das Entstehen einer dritten Position ermöglicht, die durch die Erzeugung einer dialektischen Synthese oder einer Negation der Negation entsteht. Diese dritte Position wird jedoch auch denkbar aufgrund der Tatsache, dass zwischen den beiden Gegensätzen ein Bestandteil entsteht, der das dritte Element bildet, womit die Triade entsteht. Die Linke und die Rechte sind nicht verschwunden; im Gegensatz zu den Erklärungsversuchen derjenigen Forscher, die der Auffassung sind, die Postmoderne hätte die ideologische Debatte ersetzt,[69] ist Bobbio der Ansicht, es gäbe nichts Ideologischeres als die Verneinung der Ideologien oder eine Leugnung der Krise, in der diese sich befände. Wie von Beyme (1982) glaubt auch Bobbio, dass der Baum der Ideologien stets neu austreibt.

Es wird ersichtlich, dass die Begriffe „links" und „rechts" sich nicht nur aus der Perspektive ideologischer Unterschiede betrachten lassen, d.h. unter ausschließlicher Berücksichtigung von Idealtypen, in der die Unterschiede lediglich theoretisch fortbestehen können und den Begriffen auf diese Weise Konnotationen verliehen werden, die in der Mehrzahl der Fälle mit der Links-Rechts-Dyade nichts zu tun haben.[70] Vielmehr sind sie vor einem realen, greifbaren Hintergrund zu sehen. Allerdings wird deutlich werden, dass die Dyade als Ausgangspunkt dient, der ein politisches Verständnis der Parteien ermöglicht, da es, wie schon Bobbio vermerkt, weitere Dyaden gibt, die die Unterschiede der Parteien innerhalb des Parteiensystems zu erklären helfen und darüber hinaus die wahre Tragweite der Links-Rechts-Dyade erfassbar werden lassen. So bestehen beispielsweise Dyaden, die in Lateinamerika einen Bezug zur Links-Rechts-Dyade aufweisen, namentlich im Bereich der Wirtschaft mit der Dyade Freie Marktwirtschaft – Planwirtschaft, auf geistiger oder religiöser Ebene die Dyade Konfessionalismus – Antikonfessionalismus, oder die Dyade Demokratie – Autoritarismus im Falle der Regierungssysteme. Diese drei Dyaden stehen in direktem Zusammenhang mit der Dyade Links-Rechts; nichtsdestotrotz sind sie getrennt zu untersuchen, da in einer jeden der vier Dyaden Elemente enthalten sind, die bei einer isolierten Betrachtung die räumliche Anordnung der Parteien innerhalb des Parteiensystems wie auch des politischen Systems als solchem erleichtern.

In diesem Sinne analysiert Sartori die Dimension Links-Rechts, um Aufschluss darüber zu geben, welchen Einfluss diese Variable auf die Demokratie ausübt (Sartori 1991). Vor diesem Hintergrund stellt er ferner die Frage nach Räumen, die die Politik ausfüllt, und welche Akteure und Variablen dort interagieren (Sartori 1976). Sartoris Ansatz geht davon aus, dass die Dimension Rechts-Links eine räumliche Veranschaulichung ist, deren einziger Zweck darin besteht, Gegenstände nebeneinander horizontal auf einem ebenen, eindimensionalen Raum anzuordnen. Dieser ist für sich allein betrachtet nichts weiter als der Archetyp eines Raumes, insofern stellt sich Sartori die Frage: Welche Bedeutung kommt der Politik in dieser künstlichen räumlichen Dimension zu? Ihre erste praktische, räumliche Umsetzung fanden politische Konzeptionen

[69] Siehe hierzu auch: Benvenuto (1992: 111ff.); Fukuyama 1992, 1993; Giddens 1994.

während der Französischen Revolution in vollkommenem Einklang mit der Entwicklung der politischen Ideologien – jedoch ausschließlich in den Anweisungen, im Parlament die Plätze auf der linken oder rechten Seite einzunehmen. Historisch gesehen fanden die Linke und die Rechte Eingang in die Politik mit einer schweren kulturellen und religiösen Hypothek, die jedoch aufgrund der Tatsache, dass diese Bezeichnungen jeglicher inhaltlichen Grundlage entbehren, meist nicht allzu schwer wog.

Bei einer Beschäftigung mit diesen politischen Dimensionen stellt Sartori eingangs fest, dass zur Erreichung ausgewogenerer Ergebnisse eine gedankliche Konstruktion erforderlich sei, in der die Position einer Partei ein Punkt in einer Schnittmenge sei. Zur Bestimmung dieses Punkts sei nicht nur eine Abszisse, die die Verbindung von Links und Rechts darstellt, erforderlich, sondern wenigstens eine Ordinate: die Gerade *autoritär – demokratisch* oder die Gerade *säkular – religiös*. Ferner lassen sich Parteien belegen, die ethnisch einer unterschiedlichen Dimension zuzuordnen sind. Insofern bietet es sich an, auf der Grundlage des Gegensatzes *städtischer Raum – ländlicher Raum* oder auch durch eine Gegenüberstellung *Modernität – Tradition* zusätzliche Dimensionen zu erarbeiten. Somit lassen sich sogleich vier grundlegende Dimensionen konstatieren, die auf Brüchen in der Zugehörigkeit zu sozialen Schichten oder Auffassungen zum Wesen der Gesellschaft basieren.[71] Der Ansatz Sartoris verliert nichts von seiner Bedeutung, da er vor dem Hintergrund zu sehen ist, zu dem Sartori selbst bemerkt: „we are investigating vote hunting (…)“ (1976: 340). Allerdings kann die Links-Rechts-Dyade, wie sie Bobbio darstellt, lediglich horizontal ausgedrückt und erklärt werden:[72] die Akteure sind als zwei Pole zu sehen. Um also die Dyade *klerikal – antiklerikal* zu verstehen, muss diese auf die räumliche Dimension Links – Rechts übertragen werden, um zu verstehen, ob zwischen links-rechts und klerikal-antiklerikal eine Verbindung besteht. Gleiches gilt für die für die Wirtschaft erarbeitete Dyade.

Bobbio führt seinerseits weiter aus, dass die beiden Bestandteile der Dyade zwar deutlich auszumachen seien, jedoch nicht immer eindeutig als schwarz-weiß zu benennen wären: zwischen ihnen gebe es als Mittelwert eine dritte Stufe, einen Grauton. Dieses dritte Element, das Bobbio in die wissenschaftliche Diskussion einbringt, lässt die klassische Dyade zur Triade werden, da diese horizontale Dimension nunmehr drei Elemente enthält (1994: 15). Wird die politische Dimension aus lediglich zwei Teilen bestehend aufgefasst, zwischen die kein drittes

---

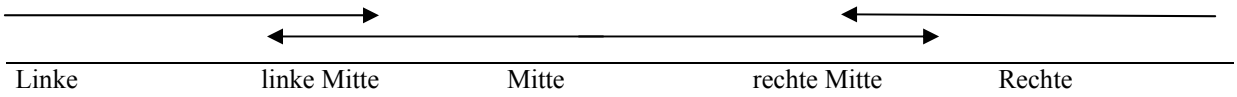
[70] Für die vorliegende Studie bezieht sich der mehrdimensionale Charakter, der der Dyade beigemessen wird, auf das Parteiensystem und die jeweilige Positionierung der Parteien im selben.

[71] Während der 1970er greift Sartori auf den von Converse (1966) erarbeiteten Ansatz zurück. Das Modell geht von folgender Annahme aus: Zwei Dimensionen, die in einem kartesischen Koordinatensystem enthalten sind, lassen sich auf drei verschiedene Weisen wahrnehmen; a) Die x-Achse und die y-Achse besitzen die gleiche Länge; b) Die durch die x-Achse angezeigte Dimension wird verlängert, da sie die größte Bedeutung besitzt, während die y-Achse verringert wird. c) Die von der y-Achse angezeigte Dimension rückt in den Mittelpunkt und wird daher verlängert, während die Dimension x sich verringert (1976: 338f.).

[72] Wie sich logisch nachvollziehen lässt, sind die Pole „Rechts“ und „Links“ nicht oben oder unten angesiedelt. Anhand der vertikalen Dimension, die oben und unten bezeichnet, lassen sich beispielsweise die gesellschaftlichen Schichten dimensional veranschaulichen: hinsichtlich des Kapitals, über das die verschiedenen Schichten verfügen, ist eine räumliche Anordnung derselben auf dem gleichen Niveau unmöglich, da die verschiedenen Schichten in der Regel nicht über diesel-

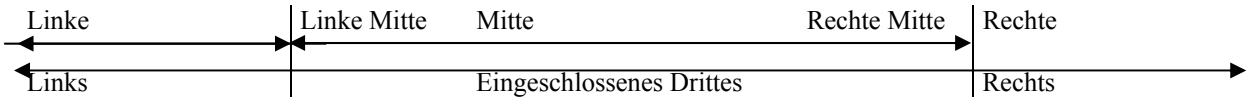
Element tritt, schließen sich die beiden Teile gegeneinander aus. Besagtes Drittes ist insofern als ausgeschlossenes Drittes zu definieren. Schließen sich die beiden Pole der Dyade gegeneinander nicht aus, sondern lassen ihre Unterschiede zu – stets unter der Voraussetzung, dass das Fortbestehen des einen Pols das Fortbestehen des anderen Pols bedeutet, womit es ohne Rechte keine Linke geben kann – , so wird damit die Einbeziehung eines dritten Elements zugelassen, das zu beiden Extremen der Dimension den gleichen Abstand einnimmt. Das fragliche Dritte besteht aus der Mitte, die je nach den politischen Gegebenheiten entweder der Linken oder der Rechten näher steht,[73] womit die traditionelle Definition der „linken Mitte" bzw. „rechten Mitte" gegeben ist. Bobbio vertritt die These, die Triade ließe sich zu einer Pentiade erweitern:

Abbildung 6: Pentiade



Allerdings grenzt es an Unmöglichkeit, innerhalb des Schemas eine politische Position zu finden, die sich in der exakten Mitte befindet. Dies hat seinen Grund einerseits in der Eigendynamik der Politik und andererseits, wie Bobbio in der einschlägigen Untersuchung und anderen Studien (1989, 1993, 1997) selbst feststellt, darin, dass in einer gegebenen politischen Situation die Mitte eine Position einnehmen muss, die zu einem bestimmten Zeitpunkt den Zeiger der Waage nach rechts oder links ausschlagen lässt. Wird die von Bobbio vorgebrachte Erläuterung der Pentiade als Simulation eines Idealtypus aufgefasst, in der es eine gedachte Mitte gibt, die genau im Zentrum angesiedelt ist, ist stets zu berücksichtigen, dass dies lediglich eine Idealvorstellung ist. In der Realität sind zwar Modelle belegbar, die zu diesem konstruierten Idealtypus eine gewisse Ähnlichkeit aufweisen oder ihm nahe kommen, sie werden ihm jedoch niemals genau entsprechen.

Abbildung 7: Pentiade/Eingeschlossenes Drittes



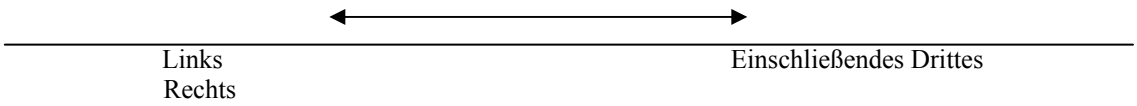
Dieses eingeschlossene Dritte nimmt in der ursprünglichen Dyade einen Platz zwischen der Rechten und der Linken ein, der diese sich gegenseitig nicht ausschließen lässt, sondern lediglich zwischen sie tritt, um ihre direkte Konfrontation zu vermeiden. In einer solchen Auseinandersetzung kann es keine Lösung geben, da keines der beiden eine Überordnung des anderen Elements, geschweige denn die Unterwerfung unter das Gegenüber akzeptieren würde. Somit

ben finanziellen Mittel verfügen. Die vermögenderen Gesellschaftsteile sind demzufolge eher im oberen Teil der vertikalen Skala zu suchen, während die Menschen mit begrenzten finanziellen Mitteln den unteren Teil besagter Skala bevölkern.

[73] Zu den Verschiebungen nach links oder rechts, die die Parteien innerhalb des Systems erfahren, siehe auch Scully 1992.

ist das eingeschlossene Dritte als dritte Position gleichzeitig die Lösung des Konflikts. Über dieses eingeschlossene Dritte hinaus existiert in dieser Kategorisierung ein weiteres Element: das einschließende Dritte.

Abbildung 8: Einschließendes Drittes



Besagtes einschließendes Drittes wäre eine dritte Möglichkeit innerhalb der Dyade, die aber zugleich eine bipolare Konfrontation überwindet. Sie nimmt nicht die Position der Mitte ein, sondern versucht vor dem Hintergrund der linken wie der rechten Position eine Haltung einzunehmen, die sowohl theoretischen wie praktischen Anforderungen gerecht wird. Diese ließe sich als „Dritter Weg" darstellen. Im Sinne Bobbios – und damit im Gegensatz zu den Vorstellungen Giddens' (1994, 1999) – stünde diese dritte Position nicht *zwischen*, sondern *jenseits* des Ersten und des Zweiten; statt den einen Bestandteil vom anderen zu trennen und in dieser Opposition fortzubestehen, nähert es sich ihnen in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit an, bleibt aufgrund seines Charakters als eigenständiges Element jedoch klar von ihnen abgegrenzt (Bobbio 1994: 19). Dieses einschließende Dritte oder „liberaler Sozialismus" ist eine Position, die zunehmend im Sektor der herkömmlichen Linken Fuß gefasst hat und danach strebt, die Krise zu überwinden, die sich aus dem Versuch der Errichtung des Sozialismus, dem Reich der Gleichheit, ergab und die hierfür einen Preis forderte, den keine Gesellschaft zu zahlen gewillt war: den Preis der Freiheit.

Nach Bobbio birgt eine Synthese aus Liberalismus und Sozialismus jedoch ein gewisses Paradoxon, da sie den Versuch unternimmt, zwei Gedankenwelten miteinander in Einklang zu bringen, die, wie die Geschichte stets zu zeigen bemüht war, einander entgegengesetzt sind. Dieses Paradoxon, das Liberalismus und Sozialismus auszusöhnen versucht, ohne das eine zugunsten des anderen zu opfern, und das auf diese Weise gerechtere Gesellschaften ermöglicht, ohne die Freiheiten aufzugeben oder auf die Demokratie zu verzichten, ist summa summarum ein Paradoxon, das seine Rechtfertigung angesichts des erwiesenen Scheiterns erfährt, das diese Modelle stets in geringerem oder größerem Maße erlebten, als man sie einseitig als Grundlage für eine Entwicklung einer Ideologie heranzog. Diese „neue Linke", von der sich Bobbio vertreten fühlt, ist aus diesem Grunde keine einheitliche Linke: vielmehr gibt es verschiedene Linke, wie auch je nach dem Kontext, in dem sie sich entwickeln, mehrere Rechte existieren. Diese Ansätze stehen in groben Zügen in Einklang mit einigen Ergebnissen R. Scrutons, der hinsichtlich der Bezeichnungen „links" und „rechts" aufzeigt, diese seien hinsichtlich ihrer Interpretationsmöglichkeiten nicht sehr präzise, da sie sehr von dem Umfeld abhängig seien, in dem sie sich bewegten. So sei jemand, der in Großbritannien als „links" bezeichnet würde, in den USA

ein „Liberaler“ (2002: 255).[74]

Bobbio wäre demnach als liberal zu bezeichnen aufgrund seiner Überzeugungen hinsichtlich der Gesamtheit der in den Grundrechten ausgedrückten Freiheiten wie Persönlichkeitsrechte oder das Recht auf Selbstbestimmung, die im demokratischen Regierungssystem vorgesehen sind und zu deren Fortbestand und Garantie sich dieses System bekennt. Als Sozialist müsste er gelten, da der die Menschenrechte wirtschaftlicher und sozialer Natur als verbindlich anerkennt, die sich mithin weniger auf den Wert der Freiheit als auf den Wert der Gleichheit und der Solidarität gründen.

Bobbio zufolge hat der Liberalismus seine geistige Grundlage im Ideal der Freiheit. Allerdings ergibt es wenig Sinn, vor der Tatsache die Augen zu verschließen, dass die Freiheit des Unternehmertums eine frappierende Ungleichheit nicht nur zwischen den Menschen, sondern auch zwischen den Staaten hat entstehen lassen (Bobbio 1970, 1985a). Gleichwohl erkennt Bobbio, dass diese Verknüpfung von Liberalismus und Sozialismus zwar durchaus komplexer Natur ist und den einen oder anderen Widerspruch in sich birgt, sich jedoch beständig weiterentwickelt und dabei ferner eine neue Form des politischen Denkens hervorgebracht hat, die in der wissenschaftlichen Debatte neue Horizonte eröffnet.

Für Bobbio drückt die Dyade das der Politik zugrunde liegende Konfliktpotential aus: der von der Linken geforderten Gleichheit stehen die von der Rechten bevorzugte Hierarchie sowie die Autorität gegenüber. Er zieht es in jedem Fall vor, auf der rein deskriptiven Ebene zu verharren, d.h. jegliches Werturteil hinsichtlich dessen, ob die Gleichheit der Ungleichheit vorzuziehen sei, zu umgehen. Die sicherste, bis in die heutige Zeit angewandte Methode zur Unterscheidung zwischen der politischen Linken und Rechten bestehe zweifelsohne darin zu überprüfen, auf welche unterschiedliche Weise sich die beiden Sektoren hinsichtlich des Ideals der Gleichheit positionieren. Während die Rechte aus ihrer Missbilligung dieses Ideals keinen Hehl macht, wird es von der Linken übernommen; dies allerdings mit einer Einschränkung, die von Bobbio selbst in folgende Worte gefasst wird: wenn der Linken ein schärferes Bewusstsein beim Abbau von ungleichen Voraussetzungen beigemessen wird, so bedeutet dies nicht, dass sie den Vorsatz hätte, diese restlos zu beseitigen, während die Rechte alle beibehalten wollte: vielmehr ist erstere bestenfalls etwas egalitärer als letztere.

Folgt man in diesem Sinne Bobbios Lesart, gibt es, wie empirisch belegt ist, hinsichtlich der den Begriffen beigemessenen Bedeutung eine gemeinhin akzeptierte Verwendung. So misst die Linke der Gleichheit einen höheren Stellenwert bei als der Entwicklung, während in der Wertungsskala der Rechten die Entwicklung vor der Gleichheit und die Ordnung vor der Demokratie rangiert. Man sollte sich jedoch davor hüten, diese Konzepte zu allgemeingültig zu verwenden, da stets zu berücksichtigen ist, dass die zu priorisierenden Güter oder Werte nicht als ein-

[74] Angesichts der immerwährenden Kritik Scrutons an der Linken ist der Verfasser der vorliegenden Arbeit der Auffassung, dass dies einer der wenigen Punkte sein dürfte, in dem sich Scruton und Bobbio treffen.

ander entgegengesetzt aufgefasst werden dürfen. Wirtschaftliche Entwicklung und Chancengleichheit sind hinsichtlich ihrer Gegensätzlichkeit nicht mit dem Gegensatz „schwarz – weiß“ vergleichbar, wie auch die soziale Gerechtigkeit ebenso wenig antonymisch zur Entwicklung zu sehen ist. Vielmehr besteht der Gegensatz zur Entwicklung in der Stagnation bzw. dem wirtschaftlichen Abschwung, während die soziale Gerechtigkeit der sozialen Ungerechtigkeit gegenübersteht. Allerdings lässt es sich gelegentlich nicht umgehen, Prioritäten zu setzen, und eben an diesem Punkt beginnt die Linke wie die Rechte, ihr unterschiedliches Profil herauszuarbeiten.

Abschließend gelangt Bobbio hinsichtlich der Dyade Links-Rechts zu einer Synthese, in der er die folgenden Unterscheidungsmerkmale anführt: so ist das Kriterium für eine Unterscheidung zwischen Links und Rechts die unterschiedliche Wertung, die hinsichtlich des Ideals der Gleichheit vorgenommen wird. Das Kriterium für eine Unterscheidung des gemäßigten Flügels von der extremeren Ausprägung ist in der Rechten wie in der Linken die unterschiedliche Haltung, die gegenüber der Freiheit eingenommen wird. Insofern ließen sich nach Bobbio vier Geisteshaltungen oder politische Bewegungen definieren:

An erster Stelle sind im Spektrum der extremen Linken egalitär-autoritäre Bewegungen zu nennen – diejenigen Bewegungen also, die weiterhin die Auffassung vertreten, Gleichheit sei ausschließlich durch die Opferung der Freiheit zu erreichen. An zweiter Stelle stehen in der linken Mitte die Lehren und Bewegungen, die zugleich egalitär und freiheitlich sind, d.h. diejenigen Bewegungen, die wie Bobbio die Verbindung von Freiheit und Gleichheit für legitim und vereinbar halten und letztlich danach streben, gerechtere Gesellschaften zu erreichen, ohne hierfür den Preis der Freiheit zu zahlen. Weiterhin befinden sich in der rechten Mitte ihrerseits Doktrinen und Bewegungen, die zugleich freiheitlich und nicht-egalitär sind, d.h. die der demokratischen Methode treuen Sektoren, die aber hinsichtlich der Egalität oder Gleichheit ihre Erwartungen auf die bloße juristische und politische Chancengleichheit beschränken, sich gegen die Anwendung der Staatsgewalt aussprechen und bei der Milderung der Ungleichheit der materiellen Lebensbedingungen der Menschen einzig und allein auf Markt und Wachstum hoffen. Schließlich sind in der extremen Rechten antiliberale und antiegalitäre Doktrinen und Bewegungen wie der Polizeistaat zu finden, der in der Geschichte am prägnantesten durch Faschismus und Nazismus belegt ist. Somit ließen sich die Rechte und die Linke wie folgt darstellen:

Abbildung 9: Bobbios Modell

gedachte Mitte

Extreme Linke Egalitär-autoritär Jakobinismus Marxismus/Leninis-mus	Linke Mitte Egalitär-anarchistisch Liberaler Sozialismus	Rechte Mitte Anarchistisch-nichtegalitär Minimalegalitarismus	Extreme Rechte antiliberal- egalitär. Faschismus, Nazismus

2.1.1 Schlussfolgerung über die Rechte und die Linke

Die vorangehenden Überlegungen lassen keinen Zweifel daran zu, dass die Dyade auch weiterhin existiert, d.h. dass Linke und Rechte einander wie eh und je gegenüberstehen. Allerdings gibt es klare Feststellungen wie die Anerkennung, dass die Extrempositionen asystemisch sind: Die Rechte wie die Linke lassen sich innerhalb des Kontextes Demokratie-Markt erklären, die Extreme bewegen sich außerhalb dieses Rahmens. Die polarisierten Vorstellungen zur Gesellschaft konvergieren zur Mitte hin. Obwohl es Thematiken gibt, die sich durch die gesamte Dyade ziehen, erfreut diese sich bester Gesundheit. Die Gesellschaft tendiert mehr und mehr zu einer Konzentration der wirtschaftlichen, politischen, militärischen und kulturell dominierenden Mächte, die ihrerseits ihren Ausdruck in einer weltweit voranschreitenden Elitenbildung finden und imstande sind, den Rahmen vorzugeben, innerhalb dessen sich die gesellschaftliche Entwicklung vollzieht (Cortes 2002: 4). Vor diesem Hintergrund der Globalisierung der Gesellschaften in aller Welt entwickelt sich die Dyade in Einklang mit den Widersprüchen, die das derzeitige Wirtschaftsmodell aufweist.

Aus diesem Grunde lässt sich nicht behaupten, dass die Linke sich zur Rechten oder die Rechte sich umgekehrt zur Linken wandelt: die Reise zur Mitte, die die Linke wie die Rechte vollziehen, hat ihre grundlegende Ursache darin, dass beide Seiten bestimmte, die gesamte Dyade durchziehende Fragestellungen anerkennen, so z.B. die Bewertung der Demokratie als das tragfähigste Regierungssystem und die Marktwirtschaft als das System, das für die Schaffung von Wohlstand am geeignetsten ist. Jedoch herrscht nicht in allen Punkten Einigkeit: Dissens besteht in den Wertevorstellungen, in einigen Fragen bezüglich der Rolle, die der Staat dem Markt gegenüber einnehmen sollte, wie auch in Fragen der Entwicklung der Dritten Welt und der Transformationsstaaten Osteuropas. Weder der Sozialismus vergangener Zeiten mit seinem Gesellschaftsbild hat sich erhalten noch bemüht sich der alte Konservativismus, das *Establishment* zu bewahren, da der Neoliberalismus als neues weltanschauliches Gerüst der Rechten einen Widerspruch zum Konservativismus darstellt.[75]

Der Dissens in Nuancen und grundlegende Diskrepanzen gehören zur Entwicklung der Dyade im Laufe der Zeit und liegen jenseits des in den Grundfragen bereits erreichten Konsens. Der erste Teil sei somit mit folgender Äußerung Bobbios beschlossen: „Destra e sinistra sono due termini antitetici, cha da più di due secoli sono impiagati abitualmente per designare il contrasto delle ideologie e dei movimenti, in cui è diviso l'universo, eminentemente conflittuale, del pensiero e delle azioni politiche." (1999a: 3) Die Rechte existiert (…), weil die Linke ebenfalls noch besteht.

[75] In diesem Sinne schreibt Giddens: „But one main way in which the term is used today is to refer to neoliberalism, whose links with conservatism are at best tenuous. For if conservatism means anything, it means the desire to conserve – and specifically the conserving of tradition, as the 'inherited wisdom of the past'. Neoliberalism is not conservative in this (quite elemental) sense. On the contrary, it sets in play radical processes of change, stimulated by the incessant expansion of markets." (1994: 9)

2.2 Die Linke und die Rechte in Lateinamerika

In Lateinamerika sind die Begriffe „rechts“ und „links“ in ähnlicher Weise konnotiert wie bei der in Europa beobachtbaren Dyade, wobei sich naturgemäß im Bereich der Nuancen aufgrund der verschiedenen historischen, politischen, wirtschaftlich-sozialen Prozesse und vor allem der kulturellen Entwicklung, die besagter Teil des amerikanischen Kontinents erlebte, Unterschiede ergeben.

Die Rechte und Linke bilden im frühen 19. Jahrhundert den Prozess nach, der in Europa einige Jahre zuvor erwacht war: die Auseinandersetzung zwischen Konservativen und Liberalen. Nachdem die Kolonien ihre Unabhängigkeit erreicht hatten, begannen sich in einem Prozess starke, autoritäre Regierungen herauszubilden, die hauptsächlich von konservativen kreolischen Großgrundbesitzern geführt wurden, die ihre Macht auf den aus Kolonialzeiten geerbten Militärapparat, wie auch auf Grundbesitz als wichtigstes Kapital stützten. Die Verwaltung wie auch die Kontrolle der Macht erlebten in diesem Jahrhundert eine verhältnismäßige Kontinuität, und dies trotz der internen Kämpfe, die sich innerhalb der kreolischen Elite abspielten.

Der Liberalismus und die konservative Bewegung koexistierten im 19. Jahrhundert ohne nennenswerte Ausschläge; im frühen 20. Jahrhundert änderte sich jedoch das politische Panorama in Lateinamerika und der Konsens, der das 19. Jahrhundert bestimmt hatte, wurde aufgehoben. Die drückenden Lebensbedingungen, die für weite Kreise der Bevölkerung galten, und eine intellektuelle Schicht, in der sich erste Einflüsse der Vorstellungen der europäischen Linken bemerkbar machten, begannen, inmitten der Region Protestbewegungen mit der Forderung nach mehr Freiheit und besseren Lebensbedingungen erstehen zu lassen.[76]

Es begann der Formationsprozess der Linken, vertreten durch die neuen Arbeiterbewegungen und die von der aus Europa stammenden linken Lehre beeinflussten Intellektuellen. Falls sich dieser Einfluss in einer einzigen Schrift dokumentieren lässt, so ist es das „Kommunistische Manifest“ von Karl Marx. Im Februar 1848 erstmalig verlegt, wurde es in Lateinamerika erst fünfzig Jahre später bekannt und populär. Allgemein übte die marxistische Literatur einen starken Einfluss auf die linken intellektuellen Kreise Lateinamerikas aus. Gleiches galt für die Oktoberrevolution von 1917, die für die Linken zu Beginn und Mitte des 20. Jahrhunderts ein weiteres Ereignis herausragender Bedeutung darstellte. Nach dem Zweiten Weltkrieg, namentlich in den 1950er Jahren, setzten sich die Vertreter des strukturalistischen Ansatzes prinzipiell gegen die neoklassische Lehre zur Entwicklung Lateinamerikas zur Wehr. Die harsche Kritik des lateinamerikanischen Strukturalismus an der neoklassischen Theorie führte zur Entstehung der so genannten *economía del desarrollo* oder *desarrollismo*.

[76] Ein zentrales Thema in diesem Zusammenhang ist das christliche politische Bewusstsein, das sich in Lateinamerika, besonders in Chile, zu entwickeln beginnt.

2.2.1 Die Entwicklung der Linken in Lateinamerika

Zweifelsohne sollte die Kubanische Revolution den Wendepunkt in der Entwicklung der Linken in Lateinamerika darstellen, jedoch ebenso für die Rechte, da ab 1959, dem Jahr, in dem es zur Kubanischen Revolution kam, der Kommunismus und der Prozess der Revolution für die kommunistischen und sozialistischen Parteien, wie auch für die Militärdiktaturen, die die Länder der Region – von den konservativen und rechten Parteien gestützt – mehrheitlich führten, zu einer unumstößlichen Tatsache wurden. Von Bedeutung war zudem die Tatsache, dass ein kommunistisch geführtes Land sich sehr nahe an der von den Vereinigten Staaten politisch-wirtschaftlich-kulturell beherrschten Sphäre konsolidierte, was einen wichtigen Wandel in der Lateinamerikapolitik der USA ab jenem Zeitpunkt zur Folge hatte.

Bis zur Kubanischen Revolution war die lateinamerikanische Linke kein homogenes Gebilde, da es sich bei ihr in der Mehrheit der Fälle um Bewegungen einer Minderheit mit lokalen und regionalen Unterschieden handelte (Goldenberg 1971). Die Ursprünge der linken Parteien im Allgemeinen und der kommunistischen Parteien im Besonderen reichen zurück in die Zeit nach der Russischen Revolution und der Dritten Kommunistischen Internationalen (Alexander 1957). Im Fall Chiles jedoch geht die kommunistische Linke auf die Jahrhundertwende zurück und steht in Zusammenhang mit der Aufkündigung des *paradigma de consenso*.[77] Der Beginn der chilenischen Linken und der Kommunistischen Partei steht in engem Zusammenhang mit der Geburtsstunde der Arbeiterbewegung in besagtem Land. Im ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert organisiert sich die Arbeiterbewegung in zwei Richtungen: einerseits hinsichtlich der Bereiche der Gesellschaft und im Bildungswesen, die die katholische Kirche in jenen Jahren ausfüllte und die eng mit den christlich-sozialen Strömungen im Europa jener Jahre verbunden waren. Die zweite Richtung steht unter dem Einfluss der vor allem aus Europa stammenden liberalen und sozialistischen Vorstellungen. Im Jahr 1909 wird die *Federación Obrera de Chile* (FOCH) gegründet. Diese verdankt ihren Ursprung zwar katholischen Laien – Emilio Cambié als Präsidenten und Pablo Martín als Sekretär, die sich die Enzyklika „Rerum Novarum“ zum Vorbild nehmen – und wird von diesen anfänglich geführt, vollzieht im Jahr 1917 jedoch eine drastische Kursänderung und versteht sich fortan als revolutionäre Organisation gegen das kapitalistische System, in dem der Streik als legitimes Mittel des Protests und des Kampfes für die letztliche Errichtung des sozialistischen Systems dient. Einen weiteren Höhepunkt ihrer Geschichte erreicht die FOCH im Jahr 1921, als sie ihren Eintritt in die Rote Gewerkschaftliche In-

[77] „*Paradigma del consenso*“ wurde der Zeitraum zwischen der Unabhängigkeit Chiles im Jahre 1818 und dem ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert genannt. In dieser Zeit regierte die Oligarchie, bestehend aus den Grundbesitzern, Handeltreibenden und der Elite, die in Verbindung mit den gewinnbringenden Salpetervorkommen stand, in Chile ohne Gegengewicht. Die Mitglieder des aus konservativen und liberalen Politikern bestehenden politischen Clubs wechselten sich an der Macht ab; das Volk selbst besaß keine Möglichkeit, auf die Entscheidungsfindung Einfluss zu nehmen. Der Konsens fand seinen Widerhall in vielen Bereichen einer Gesellschaft, in der allein das Wohlergehen der herrschenden Oligarchen im Mittelpunkt stand und sich das Volk seinerseits ohne Protest mit den herrschenden sozialen Bedingungen abfand. (Moreno 1988: 21-22)

ternationale von Moskau beschließt (Moreno 1988: 34f.).[78] Zweifelsohne war die überragendste Figur dieser Organisation Luis Emilio Recabarren, der bis 1911 Mitglied der Demokratischen Partei war, von der er sich allerdings trennte und die radikalste und polarisierteste parteiinterne Gruppierung mitnahm, um 1912 die *Partido Socialista Obrero* (ab 1922 die *Partido Comunista Chileno*) zu gründen.

Die ehemalige *Partido Comunista Chileno* (PCCH),[79] die in der chilenischen Gesellschaft noch heute eine wichtige Rolle einnimmt, die *Partido Comunista Brasileño* (PCB), die seinerzeit im brasilianischen Parteiensystem eine bedeutende Stellung innehatte,[80] die *Partido Comunista Uruguayo* (PCU)[81] und die *Partido Comunista Cubano* (PCC) sind aufgrund ihrer regionalen und historischen Bedeutung die vielleicht herausragendsten Parteien der Region. Die *Partido Comunista Cubano* begann ab Mitte der 1920er allmählich, in jenem Land eine bedeutende Rolle zu übernehmen. Die Gründung der Partei, deren erster Vorsitzender Julio Antonio Mella war, fand im August 1925 statt. Allgemein tragen die Ursprünge der kommunistischen Parteien in Lateinamerika einen deutlich exogenen Stempel.

Während der 1930er und 1940er Jahre verabschiedeten sich die kommunistischen Parteien von der Politik des Klassenkampfs zugunsten einer pragmatisch orientierten Politik, die ihnen einen anderen Zugang zur Macht eröffnen sollte. So entstanden in dieser Zeit eine Reihe von Regierungskoalitionen, die sich aus kommunistischen Parteien und Parteien der allgemeinen Linken zusammensetzten. In Mexiko beispielsweise arbeitete die Partei mit dem damaligen Präsidenten Lázaro Cárdenas zusammen, in Chile unterstützte die PCCH 1938 die Wahl des radikalen Vertreters der *Frente Popular*, Pedro Aguirre Cerda. Selbst die kubanische Linke reihte sich 1938 in die erste Regierung Batistas ein und stellte in dessen Kabinett zwei kommunistische Minister.

Die vorangehenden Entwicklungen wie auch das Militärbündnis zwischen den USA und der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg gaben den Rahmen für die Kooperation und den Wandel in der Politik der kommunistischen Parteien Lateinamerikas vor, wie sich einer Überschrift eines Dokuments der PCCH entnehmen lässt: „Gründe, weswegen die Zusammenarbeit des Proletariats mit sämtlichen progressistischen Kräften des Kapitalismus in jedem Land mit dem Ziel der Produktionssteigerung und der Anhebung des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung

---

[78] In einem Abschnitt der Schlusserklärung der Konvention von 1921 ist die FOCH der Auffassung: „…im Prozess des Klassenkampfes tritt das Chaos des kapitalistischen Systems klar und deutlich zum Vorschein; daher ist es erforderlich, die Arbeitermassen auf eine Weise vorzubereiten, die die Aufgabe des Wiederaufbaus nach Errichtung eines kommunistischen Systems problemlos und einfach gestaltet.“ (Villalobos et al.1974: 800).

[79] Vom Jahr 1941, in dem die Partei einen Stimmenanteil von 12% errang, bis zum Jahr 1973 war die PCCH im Parlament stark vertreten.

[80] Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte die *Partido Comunista de Brasil* ihren Wählerstamm auf einen Prozentsatz von 9% konsolidieren; so war sie in den Gewerkschaften von Sao Paolo und Rio de Janeiro sehr mächtig. Die Partei wurde 1922 von dem syrischen Einwanderer Abilio de Nequete gegründet, der zugleich ihr erster Generalsekretär werden sollte (Chilcote 1972: 26). Die Partei, die mit der von ihrem charismatischen Vorsitzenden Lula da Silva geführten *Partido de los Trabajadores* viele Gemeinsamkeiten aufweist, übte stets einen wichtigen Einfluss auf die intellektuelle Elite des Landes aus.

[81] Die *Partido Comunista de Uruguay*, in hohem Maße beeinflusst von der intellektuellen Elite, besaß eine herausragende Stellung im Agrarsektor des Landes und machte ihre Machtstellung in der Gesellschaft Uruguays und gegenüber ande-

möglich ist“ (Cardenas 1993: 37). Als 1947 das Zweckbündnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion endet und der Kalte Krieg beginnt, befindet sich die Mehrheit der kommunistischen Parteien Lateinamerikas in einem geschwächten Zustand – einige von ihnen hatten sogar ihre Bezeichnung geändert, während andere wie in Mexiko, Brasilien oder Chile zwischen 1947 und 1948 für illegal erklärt wurden.

Die Sowjetunion ihrerseits bemühte sich, diese Parteien zu beeinflussen und finanzierte sie mehrheitlich. Grundlegendes Motiv des Argumentationsgangs der kommunistischen Bewegung wie der linken Bewegung in Lateinamerika im Allgemeinen waren auch weiterhin die nationaldemokratische Revolution, Agrarreformen und ein Bündnis mit der Mittelschicht, um die Oligarchie von der Macht zu trennen. Dessen ungeachtet bestand ihr hauptsächliches Ziel zu Beginn der 1950er Jahre im Kampf gegen den so genannten *Yankee-Imperialismus*; ihre vorrangige Motivation für eine Revolution war der Kampf gegen die US-Regierung und sämtliche Interessen, die diese vertrat, d.h. gegen sämtliche Unternehmen, die mit nordamerikanischem Kapital arbeiteten wie auch die von der Nation im Norden exportierte Kultur. Während der 1950er hatten die kommunistischen Parteien mit Ausnahme der PCCH einschließlich der kubanischen kommunistischen Partei verhältnismäßig wenig Macht inne; es wurde sogar die Vermutung geäußert, ohne die Kubanische Revolution wären die kommunistischen Parteien in den folgenden zehn Jahren mehrheitlich in der Versenkung verschwunden (Touraine 1988: 66; Debray 1974: 42-44; Castañeda 39f.).[82] In Kuba kam der *Partido Socialista Popular* (PSP) im Prozess der Revolution lediglich eine untergeordnete Rolle zu, da die MR-26 Fidel Castros in direktem Kontakt zur Sowjetunion stand. Wenn die PSP die Verbindungen zu dieser Partei auch intensivierte und sich das Verhältnis beider Parteien eng gestaltete, gelang es keinem Mitglied der PSP, irgendein bedeutendes Amt im 1965 neu geschaffenen Politbüro der *Partido Comunista Cubano* zu besetzen.

2.2.1.1 Die Kubanische Revolution und ihre Ausstrahlung auf die lateinamerikanische Linke

Das Jahr 1959 läutet eine neue Phase der lateinamerikanischen Linken ein, die hinsichtlich ihrer Aktionen und Argumentation an einem toten Punkt angelangt war: in der Kubanischen Revolution erkannte sie einen neuen gemeinschaftlichen Sinn des Kampfes, der sich künftig nicht mehr nur auf die Wahlurnen beschränken sollte; vielmehr bildete dieses Beispiel die Rechtfertigung bewaffneter Aktionen. Wie eindeutig belegbar ist, waren weder Fidel Castro noch Che Guevara die Urheber des bewaffneten Weges der Revolution in Lateinamerika, da abgesehen von einer Reihe von Erhebungen der ländlichen Bevölkerung in der ersten Hälfte des

ren kommunistischen Parteien Lateinamerikas geltend. Im Jahre 1990 gehörte sie der Koalition an, durch die Tabaré Vázquez zum Bürgermeister Montevideos gewählt wurde.

20. Jahrhunderts zuvor bereits Martí, Mella und Guiteras in Kuba, Villa und Zapata in Mexiko, Sandino in Nicaragua, Farabundo Martí in El Salvador oder Figueres in Costa Rica diesen Weg beschritten hatten. Zweifelsohne ist die Bedeutung, die die Revolutionäre der Sierra Maestra erlangten, in Zusammenhang mit dem Einfluss zu sehen, den der bewaffnete Kampf zu einem bestimmten geschichtlichen Augenblick auf die Linke Lateinamerikas hatte. 1933 stürzte Eugenio Fulgencio Batista, Stenograph im Range eines *sargento* (Unteroffizier) die vorherige Diktatur Gerardo Machados. Als Oberbefehlshaber der kubanischen Streitkräfte ernannte und entließ er die Präsidenten der Insel nach Belieben. Im Jahr 1940 zum Präsidenten gewählt, verkündete er eine mehr oder minder liberale Verfassung, 1952 führte er seinen letzten Putsch durch und unterbrach auf diese Weise die gerade einsetzende Demokratisierungsbewegung in Kuba.

Erwähnt sei zudem, dass Batista sich in den Jahren, in denen er Kuba regierte, auf verschiedene politische Gruppierungen wie die *Partido Socialista Popular*, die im Grunde die *Partido Comunista Cubano* war, stützte. Ungeachtet der Tatsache, dass Kuba zu jener Zeit (1952) das dritthöchste Bruttosozialprodukt Lateinamerikas aufwies, war die Regierungszeit Batistas gekennzeichnet von großen sozialen Unterschieden, da die Bevölkerung nicht in ausgewogener Weise an den daraus resultierenden Gewinnen beteiligt wurde. Für viele Nordamerikaner war Kuba ein Sommerparadies, sie besuchten die Insel zu Spiel und Vergnügen. 1958 betrug die geschätzte Zahl an Prostituierten in Havanna 11500; die Korruption und der Merkantilismus, die für Kuba in jener Zeit charakteristisch waren, verschärften die Lage überdies, was den Unmut der Bevölkerung weiter ansteigen ließ. In dieser Situation riefen die Hochschulstudenten 1953 mit dem „*Directorio Estudiantil Revolucionario*“ eine Bewegung ins Leben, die noch im selben Jahr den Präsidentenpalast angreifen sollte. Das Unternehmen geriet zu einem totalen Fiasko: der Anführer José Antonio Echeverría kam bei dem Putschversuch ums Leben und ließ die Führungsspitze verwaist zurück. Fidel Castro, einer der übrigen führenden Köpfe, wurde zu fünfzehn Jahren Haft verurteilt. Nach seiner frühzeitigen Freilassung reiste er umgehend nach Mexiko, wo er eine Guerilla-Bewegung gründete. Die M16J (*Movimiento 16 de Julio*) erhielt von ihren Gegnern die Bezeichnung „*los Barbudos*“. Insgesamt kommt es zu ungefähr 25 Auseinandersetzungen zwischen Revolutionären und Batista. Die Gefechte waren hart umkämpft, die Repression Batistas deutlich zu spüren. Das Regime Castros sollte die Zahl der Opfer der Repression Batistas später auf 20 000 beziffern, wohingegen eine nachfolgende Untersuchung von 2000 Opfern auf der Seite Batistas spricht (Verdès-Leroux 1989: 179ff.).

Die Zusammenstöße fanden zwischen den Verbündeten und der Guerilla im städtischen und ländlichen Raum sowie in der Sierra statt. Auf Erstere wirkte sich in drastischer Weise die Repression Batistas aus. Am 7.11.1958 bricht Ernesto „Che“ Guevara von der Sierra Maestra in Richtung Havanna auf. In Havanna, das zuvor von städtischen Guerillagruppen befreit wurde,

[82] Diese Hypothese erscheint allerdings etwas gewagt. Der Verfasser der vorliegenden Untersuchung verzichtet darauf, sie eingehend darzulegen angesichts des hinreichend deutlichen politischen Kontextes jener Epoche, in dem die kommunistischen Parteien politisch sehr wenig Gewicht besaßen.

kommt es mit Ausnahme einiger Gefechte kaum zu nennenswertem Widerstand. Am Neujahrstag flüchten Batista und seine wichtigsten Stellvertreter nach Miami. Am 8. Januar ziehen Castro und die *Barbudos* im Triumphzug in Havanna ein. Der vorherigen Repression gleich, die Batista und seine Geheimpolizei, die „*tigres*" ausgeübt hatten, beginnt das neue Regime eine unnachgiebige Repression gegenüber den Verbündeten Batistas. Ungefähr 600 Menschen verlieren bei standrechtlichen Hinrichtungen in den ersten Tagen ihr Leben. Am 15. Februar tritt der Premierminister der Übergangsregierung, Miró Cardona, zurück. Obwohl Castro erklärt hatte, er habe kein Interesse an der Macht und werde nach dem Sieg in sein Dorf zurückkehren, um seine Tätigkeit als Anwalt weiter auszuüben, übernimmt er die Macht mit uneingeschränkten Befugnissen. Monate später widerruft er eben jenes von ihm unterzeichnete Dekret über die Durchführung freier Wahlen. Die Annäherung Castros an die Linke vollzieht sich vor allem unter dem Einfluss seines Bruders Raúl, der der *Partido Socialista Popular* angehörte, sowie Ernesto Guevaras, einem überzeugten Sympathisanten der Sowjetunion (Cortois et al. 1998: 725-727).

Die Idee der Revolution war insofern das ultimative Ziel der Linken dieser Region, wobei die Revolution als die Überwindung der Gegensätze verstanden wurde (Lenin 1958: 286). Die Revolution war daher für die lateinamerikanische Linke nicht nur ein Mittel zum Zweck, wie sie es für Marx gewesen wäre: im Allgemeinen gingen die Vorschläge über den Kampf gegen den Kapitalismus, die Oligarchie, die Militärdiktaturen und den nordamerikanischen Imperialismus nicht hinaus.[83] Castañeda zufolge prägt die Kubanische Revolution die lateinamerikanische Linke in zweifacher Hinsicht: Erstens gab die Revolution, um mit Alain Rouquié zu sprechen, den Anstoß zum bewaffneten revolutionären Kampf, der in Lateinamerika seitdem beständig existierte. Zweitens entstanden in den 1960ern und zu Beginn der 1970er Jahre im ganzen südlichen Teil des amerikanischen Kontinents Gruppen, die mit der Kubanischen Revolution, ihren Theorien und Strategien sympathisierten. Diese Gruppen gehörten zu den Hauptakteuren in der Politik ihrer jeweiligen Länder und bildeten einen weiteren sichtbaren Ausdruck des Kalten Krieges (1993: 83).

Die Kubanische Revolution diente als Anhaltspunkt und Schub für die institutionelle Linke, d.h. den Teil der Linken, der bis zu einem bestimmten Grad in das institutionelle und politische Leben einiger lateinamerikanischer Länder involviert war, sie diente jedoch auch für die radikale Linke der Region als Bezugspunkt. Die Kubanische Revolution war eine Bewegung, die unter steter Berücksichtigung der besonderen Gegebenheiten in den einzelnen Ländern für sich eine kontinentale Dimension in Anspruch nahm. Weiter stand im Kern der Überlegungen der sozialistische Charakter, den die Revolution haben müsste. Eine zusätzliche Prämisse, die mit den anderen in Zusammenhang stand, bestand in der „kontinentalen sozialistischen Revolution".

[83] Castañeda zufolge war die lateinamerikanische Linke vor der Kubanischen Revolution reformbereit, suchte den phasenweisen Fortschritt und nahm gegenüber der Möglichkeit einer Revolution eine pessimistische Haltung ein.

Diese war nur möglich mittels des so genannten bewaffneten Kampfes, womit die Durchsetzung der Revolution auf friedlichem Wege ausschied; der bewaffnete Kampf war somit unverrückbarer Bestandteil einer jeden linken revolutionären Bewegung. Darüber hinaus bestand die Prämisse, dass die Leitung und Durchführung in den Händen der Mittelschicht und der Intellektuellen liegen müsse, die das Gewissen der proletarischen Masse erleuchten sollten, auf die der gesamte Prozess der Revolution gestützt sein würde. Hinzu kam eine weitere, nicht minder bedeutsame Voraussetzung: die Revolution würde lediglich ermöglicht durch Revolutionsbündnisse, womit diese beim reinsten aller Proletarier, dem Bauern, ansetzen müsste. Dieser besaß das größte revolutionäre Potential; erst an zweiter Stelle kam demnach die städtische Arbeiterklasse. Schließlich bestand noch die Vermutung, die kommunistischen Parteien Lateinamerikas seien aus sich selbst heraus außerstande, die wahre sozialistische Revolution durchzuführen, da ihr bedingungsloses Eintreten für den sowjetischen Imperialismus sie korrumpiere und schwäche und sie außerdem Teil des politisch-institutionellen Gefüges ihrer jeweiligen Länder geworden wären (Castañeda 1993: 86-88).

Trotz der von Havanna aus vorgetragenen Thesen entstammten die Teilnehmer an bewaffneten Umsturzversuchen und Guerillas der Linken Lateinamerikas der gebildeten Mittelschicht und waren zur Hälfte Studenten (Wickham 1993: 86-88).[84]Die Kubanische Revolution war der markanteste Punkt in der Geschichte der Linken in Lateinamerika, ließ sich jedoch angesichts der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Kontexte der lateinamerikanischen Länder nicht exportieren.

2.2.1.2 Das sozialistische Experiment in Chile[85]

Die Kubanische Revolution verlieh der lateinamerikanischen Linken neuen Auftrieb, die zudem von den Bewegungen der jungen Revolutionäre in Europa beeinflusst wurde, deren Straßendemonstrationen sich in Lateinamerika wiederholten. In diesem Sinne wurde der Ruf nach dem bewaffneten Weg, um die Macht zu übernehmen und den „Yankee-Imperialismus“ wie auch die von den Militärregierungen geführte Oligarchie zu besiegen, immer lauter.[86] So beginnt unter Salvador Allende zu Beginn der 1970er Jahre das sozialistische Experiment,[87] das mit dem Putsch des Oberbefehlshabers der Streitkräfte Augusto Pinochet sein tragisches Ende findet. Das sozialistische Experiment war, wie seine Protagonisten selbst einräumten, eine Re-

[84] Wichtig erscheint der Hinweis, dass die lateinamerikanische Guerilla trotz ihrer Entstehung aus den Ereignissen in Kuba eine ihrer wichtigsten geistigen Grundlagen in Ernesto „Che“ Guevara fand. Für Guevara gab es für die Befreiung der Menschen keinen anderen Weg als den des Krieges, weswegen sich die wahrhaften Revolutionäre hierzu innerhalb dieses Rahmens bewegen müssten.

[85] Zur Regierung der *Unidad Popular* (UP) wird in Kapitel 6 über die *Democracia Cristiana* eine ausführliche Analyse entwickelt.

[86] Dies entsprach der Rhetorik der Studentenbewegung der 1960er und frühen 1970er Jahre, die sich in Europa und Lateinamerika formierten. In den USA war sie ähnlich konnotiert: hier richtete sich der Protest gegen Aufrüstung und Krieg, vor allem den Vietnam-Krieg.

[87] Der Begriff „sozialistisches Experiment“ rührt daher, dass in besagtem Fall erstmalig eine aus Elementen der Linken und extremen Linken bestehende politische Bewegung durch einen Wahlsieg die Macht übernahm. Diese Bezeichnung prägte Dieter Nohlen in seiner Habilitation 1973.

gierung mit utopischen Absichten in einem Land, dessen republikanischer und institutioneller Rahmen auf das Äußerste polarisiert war. Die Akteure selbst erkannten den Irrtum an, den es bedeutete, vor dem weltpolitisch instabilen Kontext des Kalten Krieges bestimmte Situationen zu forcieren. In Kapitel 1 wurde die Rolle der CIA und damit der Regierung der Vereinigten Staaten unter Führung von Richard Nixon und Henry Kissinger im Putsch von Chile aufgezeigt und belegt. Die Hauptverantwortung ist jedoch der linken Regierung Chiles und damit Allende selbst anzulasten (siehe dazu Nohlen 2003a: 103-104).

Die *Partido Socialista Chileno* (PSCH) des Präsidenten Allende hatte hinsichtlich der Koalitionsbildung mit anderen progressistischeren Kräften stets extremere Positionen eingenommen als die PCCH.[88] Ungeachtet dieser extremen Standpunkte war die PSCH im Laufe ihrer Geschichte stets eine Partei gewesen, die eine möglichst breite Wählerschaft ihrer politischen Linie überordnete. Ihre führenden Vertreter suchten beständig nach neuen Modellen politischer Betätigung und Programmatik; so übten einerseits der *Ibañismo*[89] wie andererseits die Kubanische Revolution Anziehungskraft auf sie aus (Faundes 1992: 284).

Die Kommunisten ihrerseits optierten stets für breitere Bündnisse, wenn auch meist ohne Erfolg. So bemühten sie sich im Rahmen der Regierung Allendes eine vermittelnde Rolle zwischen der Partei des Präsidenten Allende und anderen Parteien und Gruppierungen, die der *Unidad Popular* (UP) angehörten, einzunehmen. Nach dem Staatsstreich vertrat die PCCH die Auffassung, die Zerschlagung der UP wäre im Wesentlichen die Folge des „radikalen Charakters und der sektiererischen Politik, die jede realistische Annäherung an die chilenischen Streitkräfte unmöglich machten. Der Putsch von 1973 war jedoch auch das Ergebnis der Unfähigkeit der Partei, innerhalb der übrigen chilenischen Linken einen gemäßigten Politikstil durchzusetzen und der Rechten, den Christdemokraten und der Mittelschicht glaubhaft zu vermitteln, dass sie von der betriebenen Politik tatsächlich überzeugt und entschlossen waren, diese in die Tat umzusetzen“ (Castañeda 1993: 45f.). Die Äußerungen Castañedas lassen den Eindruck entstehen, die PCCH hätte stets die besten demokratischen Absichten gehabt; tatsächlich gehörte die PCCH zu den Hauptakteuren im Klima der Polarisierung, die in jener Epoche wahrgenommen wurde und eine der Variablen war, die den Staatsstreich von 1973 auslösen sollten. Es darf nicht übersehen werden, dass die PC im Allgemeinen die vorgesehenen verfahrenstechnischen Formalitäten für den Umgang einer Partei mit der Institution des Präsidenten der Republik nicht beachtete. Sicherlich kam der PSCH ein größerer Anteil an Verantwortung bei den Abläufen des Staatsstreichs zu, nicht zuletzt wegen ihrer aggressiven Rhetorik und der von ihr durchgeführten politischen Aktivitäten und ihren Auswirkungen wie unter anderem: Knappheit an Gütern, galoppierende Inflation, Unsicherheit auf den Straßen, täglich neue Abwertungen der nationalen Währung, Besetzungen von Fabrikanlagen durch die Arbeiter, mehrheitlich mit der Rückende-

[88] Der Begriff „progressistische Kräfte“ bezeichnet an dieser Stelle jene Parteien im chilenischen Parteiensystem, die über ein an Reformen und sozialen Veränderungen orientiertes Programm verfügten.

ckung der Koalitionsparteien und in einigen Fällen durch die Regierung selbst, wie auch die Deregulierung der unter Frei begonnenen Agrarreform, was einer Beschlagnahmung von Grundbesitz ohne eindeutige rechtliche Grundlage gleichkam. Zudem bestanden innerhalb der Parteien der *Unidad Popular* Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Geschwindigkeit, mit der die sozialistische Revolution umgesetzt werden sollte, was seinerseits den Handlungsspielraum der Regierung Allende zusehends einengte.[90]

Julio Faúndez zufolge bestand der Irrtum der UP und ihrer wichtigsten Kräfte, der PSCH und der PCCH, in deren Unfähigkeit, ihr politisches Handeln mit der Analyse des Rahmens zu vereinbaren, innerhalb dessen sie sich bewegten (1992: 285). Der kontinuierliche Gegensatz zwischen besagten beiden politischen Kräften hinsichtlich Form und Inhalt der Revolution fand seinen Ausdruck auf einer abstrakteren, höheren Ebene. Diese theoretische Debatte ließ einen für den Erhalt des in Chile herrschenden demokratischen Systems wichtigen Gesichtspunkt außer acht, der allen politischen Kräften eine Teilnahme an den politischen Abläufen ermöglichte, und der wie nirgendwo sonst in Lateinamerika bewiesen hatte, dass verhältnismäßig gleiche Bedingungen für alle Akteure möglich waren: Der Protest der Linken im Allgemeinen richtete sich darauf, dass der politische institutionelle Rahmen der Nation nicht den Kräften der Gesellschaft entsprach, der ihnen jedoch zur Macht verholfen hatte. Insofern versuchten sie, die politische Ordnung zu verändern und den Institutionen „des Volkes" mehr Macht zu verleihen und veränderten damit grundlegend die Spielregeln, auf deren Grundlage sie seit jeher an den demokratischen Abläufen beteiligt waren. Die *cordones industriales* und die Kommandostrukturen auf kommunaler Ebene sind anschauliche Beispiele für die Änderung der Regeln, die zudem mehr im Bewusstsein einiger Mitglieder der UP als in der spürbaren Wirklichkeit existierten.[91]

Die Politik der UP gegenüber ihren Gegnern offenbarte erneut das Fehlen einer kohärenten Strategie der Koalition, in dem Maße wie diese annahm, die Oppositionsparteien und die übrigen Kräfte der Gesellschaft ließen sich durch die Manipulation einiger weniger wirtschaftlicher Variablen zum Schweigen bringen. Darüber hinaus wähnte sie die Regierung unverwundbar, da diese die Besitzlosen in einer an linken Populismus grenzenden Weise begünstigte, die sich summa summarum für die Regierung Allende eher negativ als positiv auswirkte. Die schleichende Entfremdung der Mittelschicht bedeutete, dass ein wichtiger Rückhalt der Regierung sich im politischen Spektrum nach rechts, d.h. hin zur DC und den nationalistischen konservativen Parteien, bewegte (Nohlen 2003a: 102).

---

[89] *Ibañismo*: populistische Regierung unter der Führung des ehemaligen Generals Carlos Ibañez de Campo (1952-1958).

[90] Im November 1972 nimmt Allende die vierte Kabinettsumbildung vor, im Zuge derer drei Generäle als Minister in die Regierung eintreten. Der Umstand, dass auf Angehörige der Streitkräfte zurückgegriffen wurde, um Ämter zu besetzen, die eigentlich von Zivilpersonen wahrgenommen werden müssten, belegt die Unfähigkeit der Regierung, mit der UP die institutionelle Ordnung des Landes zu gestalten und liefert ein eindeutiges Beispiel der Aufforderung an die Streitkräfte, sich in Bereiche einzuschalten, die in den Zuständigkeitsbereich der politischen Parteien fallen. Am 9. August 1973 beruft Allende die drei Generäle in die Regierung.

[91] „Die Unfähigkeit der PC und der PS, die Folgen des vorgeschlagenen Wegs zum Sozialismus vorherzusehen, beraubte sie eines Kriteriums, um den Kurs der Regierungspolitik und ihre Gesetzmäßigkeiten und Reichweite zu bestimmen. Durch das Fehlen eines derartigen Kriteriums vermittelten weder die Mäßigung der Kommunisten noch die extremen Positionen

Der anschaulichste Fehler der Regierung jedoch war vielleicht die Politisierung der Streitkräfte, die nicht nur aufgerufen wurden, an der Regierung teilzuhaben, sondern eingeladen wurden, am chilenischen Weg hin zum Sozialismus teilzunehmen. Die Streitkräfte hatten sich seit 1932 am Rande des politischen Geschehens bewegt, obwohl es für den Unmut des Militärs im Laufe der Geschichte der chilenischen Demokratie konkrete Anzeichen gegeben hatte. Erstmalig aber wurden sie nun direkt aufgefordert, sich ins politische Geschehen einzumischen, was schlussendlich zum Sturz des Präsidenten Allende und dem Ende der ersten demokratischen Phase der chilenischen Geschichte führte.

Das sozialistische Experiment scheiterte aufgrund der Polarisierung und Über-Ideologisierung der chilenischen Gesellschaft (Nohlen 1998), wozu die Regierung mit politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen beitrug, die sie entwickelt hatte. In diesem Prozess suchte die Regierung keine Allianz mit der DC, die in diesem Moment die größte Partei des Landes war. Dennoch hätte sie ein wichtiger Verbündeter für die sozialen Reformen sein können, die sowohl die demokratische Linke als auch die DC durchführen wollten. Auf diese Weise trugen die wirtschaftlichen Mittel nicht zu einer Besserung der Aussichten der Regierung bei. Der internationale Druck wurde zu einem wichtigen Faktor, der aber nicht ausschlaggebend war für das Scheitern der Regierung. Die UP und Allende hatten niemals die genügende soziale Mehrheit, um die Regierung zu entwickeln. Überdies stellte die mittlere Klasse, die hauptsächlich durch die DC repräsentiert wurde, keine Rückendeckung für die Regierung dar. Der bestimmende Faktor beim Scheitern der Regierung war ihre eigene Politik, die eine Doppelstrategie besaß; sie bediente sich der demokratischen Institutionen um dann eben diese Institutionen zu reformieren, indem sie sie schwächte und durch revolutionäre Instrumente ersetzte (Nohlen 2003a: 101).

2.2.1.3 Die Sandinisten und das jüngste Experiment der Revolution

Nach der Kubanischen Revolution und dem Chilenischen Weg zum Sozialismus bedeutete die Sandinistische Revolution 1979 und der sich daraus ergebende Sturz des nicaraguanischen Diktators Anastasio Somoza den dritten Meilenstein, der die lateinamerikanische Linke prägen sollte. Die sandinistische Bewegung wurde von vielen internationalen Beobachtern wohlwollend verfolgt, selbst der Regierung Carters schien sie anfänglich eine gelungene Formel zu sein, während die darauf folgende Regierung Reagans das Ziel verfolgte, das Regime der Sandinisten zu stürzen.[92]

Zwischen der Revolution in Managua und den Ereignissen, die 20 Jahre zuvor in der Sierra

der Sozialisten Glaubwürdigkeit. Erstere konnte leicht als politische Bankrotterklärung, letztere als Ausdruck kleinbürgerlich-linker Verantwortungslosigkeit interpretiert werden“ (Faúndez 1992: 287).

[92] Die internationale Unterstützung gründet sich auf die anfänglich vorhandene unabhängige, nicht linientreue Haltung der Sandinisten; als diese jedoch die Annäherung an Kuba und die Staaten des Warschauer Paktes suchen, büßen sie die ursprüngliche internationale Akzeptanz einschließlich die Unterstützung Schwedens ein, das zu Beginn den Sandinisten sehr wohlwollend gegenübergestanden hatte.

Maestra stattgefunden hatten, bestanden grundlegende Unterschiede. Die eindeutig linksgerichtete *Frente Sandinista de Liberación Nacional* (FSLN) näherte sich ebenso wie politische Vertreter der nicaraguanischen Elite wie Violeta Chamorro rasch Teilen des nationalen unternehmerischen Bürgertums an.[93] Die Opposition gegen Somoza war nach dem Erdbeben, das Nicaragua 1972 heimsuchte, stark angewachsen: nachdem dieser die internationale Hilfe einbehalten hatte, statt sie an die Betroffenen weiterzuleiten, und nach der späteren Ermordung des Journalisten Pedro Joaquín Chamorro – dem Mann Violeta Chamorros – distanzieren sich die Mittelschicht und ein erheblicher Teil des Unternehmertums zunehmend von Somoza. Auf diese Weise verkörperte die Nicaraguanische Revolution anfänglich ein breites Spektrum der Gesellschaft, das von den Sandinisten über die Sozialdemokraten, christlich-soziale wie christdemokratische Kräfte bis zu den dem Unternehmertum nahe stehenden Konservativen reichte und zudem auf die stillschweigende Zustimmung eines Teils der katholischen Kirche Nicaraguas zählen konnte (Castañeda 1993: 123-126).

Die Sandinisten regierten ab 1979 allein und verdrängten mit einigen Zugeständnissen an den produzierenden Sektor Nicaraguas die übrige Opposition. Die Sandinisten begingen den Fehler der Selbstüberschätzung in ihrer Annahme, sie allein hätten die *Guardia Nacional* Somozas militärisch geschlagen. Tatsächlich aber verfügte das Heer der Sandinisten zu keinem Zeitpunkt über mehr als 2000 Aktivisten für den bewaffneten Kampf. Kommandant Humberto Ortega sollte Jahre später einräumen, in Wahrheit habe die allgemeine Unzufriedenheit im Volk und der sich daraus herleitende Protest der Massen bzw. des Volkes den Sturz Somozas herbeigeführt; die bewaffneten Aktionen unterstützten dies lediglich (Castañeda 1992: 128). Im Laufe der Zeit nahm die Sandinistische Revolution, hauptsächlich aufgrund des enormen Einflusses, den Kuba und Fidel Castro auf die FSLN ausübten, zunehmend militärische Züge an und verspielte dadurch nach und nach die Unterstützung vor allem der Mittelschicht, der intellektuellen Kreise und naturgemäß der Unternehmer. Die Sandinisten gingen letztlich an den Zielen der Revolution von 1979 zugrunde – außerstande, ein alternatives Modell zu entwickeln, um Nicaragua zusammen mit den übrigen demokratischen Kräften auf der Grundlage einer abgestimmten Politik zu regieren. 1990 wurden sie von ihrer einstmaligen Verbündeten Violeta Chamorro geschlagen, womit einmal mehr eine linke Regierung durch diejenigen zu Grabe getragen wurde, deren Vertretung sie für sich in Anspruch genommen hatte. Das Volk, das sie 1979 nach oben gespült hatte, strafte sie aufgrund ihrer eigenen Versäumnisse an den Wahlurnen ab.[94]

---

[93] Im Gegensatz zur kubanischen Militärkampagne schlugen die Sandinisten bereits 1977 die Bildung einer „*Frente Amplio Anti-Somoza*" vor, die die Opposition des Bürgertums gegen die Diktatur einschließen sollte. Dies hätte die Schaffung einer Koalition gegen Somoza bedeutet, nicht jedoch eine einheitliche revolutionäre Bewegung. Die Sandinisten hätten, so definierte es das Programm der FSLN, innerhalb der Koalition, die ohnehin ein zeitlich begrenztes, strategisches Bündnis gewesen wäre, eine vorherrschende Stellung einnehmen sollen (Gilbert 1988: 30f.).

[94] Die extreme Linke beendete das 20. Jahrhundert mit einer aus politischer Perspektive tragischen Bilanz. Als Bewegung war sie hauptsächlich aufgrund des bewaffneten, aufständischen Wegs in Verruf geraten, der bis Mitte der 1980er Jahre die Marschroute gewesen war.

Unter anderem wurden der revolutionären Bewegung schätzungsweise 150 000 Todesopfer in Lateinamerika angelastet (Cortois et al. 1998: 18).

2.2.1.4 Die Linke – ein Nachwort

Von der revolutionären Linken ist wenig oder nichts geblieben; sie fand größtenteils im sozialen Modell der Marktwirtschaft – teilweise mit eindeutiger Betonung auf „Markt" – zu einem neuen Gesicht. Die intellektuelle Linke, die für bessere Lebensbedingungen für die Millionen von Armen in Lateinamerika eintritt, existiert auch weiterhin. Ihr Merkmal besteht im Kampf für die Rechte der indigenen Bevölkerung oder in der Globalisierungskritik, gleichwohl verfügt sie über kein alternatives Modell zum Kapitalismus. Ihre schlagkräftigste Waffe ist die Diffamierung; ihre Bedeutung in intellektuellen Kreisen ist wenn auch real, so doch stetig im Sinken begriffen. Diese Linke ist sozusagen die Nachfolgerin der radikaleren Linken. Weitaus mächtiger und einflussreicher ist der Teil der Linken, der sich aus sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien zusammensetzt, die eher zur Mitte als zur Linken tendieren. Auf dem Gebiet der Kultur und ihrer Wertevorstellungen sind sie progressistisch:[95] sie schätzen und achten Demokratie und Markt. Sofern in Lateinamerika zwei Regierungen diese Kriterien erfüllen, sind es die Regierungen von Enrique Cardoso in Brasilien und Ricardo Lagos in Chile, die beide als sozialistisch oder sozialdemokratisch einzustufen sind und über einen hohen wissenschaftlich-intellektuellen Anspruch verfügen. Auf den hier interessierenden Zeitraum übertragen würden sie Eduardo Frei Montalva wesentlich näher stehen als Salvador Allende.

Die Oktoberrevolution von 1917, der Beginn des Kalten Krieges 1947, die Kubanische Revolution 1959, der chilenische Weg zum Sozialismus von 1970-73, die Sandinistische Revolution von 1979 und schließlich der Fall der sozialistischen Regime in Osteuropa Ende der 1980er und Beginn der 1990er Jahre waren die Ereignisse, die die lateinamerikanische Linke am Nachhaltigsten beeinflussten, wobei zuletzt genannte Ereignisse die Linke nicht nur prägten, sondern beinahe ihr Verschwinden von der politischen Bühne des Kontinents herbeigeführt hätten. So traten die Vorhersagen Joseph Schumpeters von 1942, der in seinem Klassiker „*Capitalism, Socialism and Democracy*" zu der Aussage kommt, der Kapitalismus sei zum Niedergang verdammt und werde im Sozialismus aufgehen (1950: 61), nicht nur nicht ein, das exakte Gegenteil war der Fall.

In Lateinamerika trat diese Situation nicht mit derselben Dramatik wie in Osteuropa ein, da mit Ausnahme Chiles und Kubas der Sozialismus sich vor allem auf der intellektuellen Ebene bewegte.[96] Der Sozialismus in Lateinamerika machte einen tief greifenden Wandel durch: mit Ausnahme Kubas und in geringerem Maße in Chile beobachtbar, sind kaum Relikte der früheren kommunistischen und sozialistischen Parteien feststellbar: die derzeitigen sozialistischen Parteien folgen vor allem der liberalen Demokratie und treten insofern für die „*radikale Demo-*

[95] Progressistisch im Sinne dieses Abschnitts meint die Herbeiführung weitreichender, rasanter Veränderungen im Bereich von Kultur und Wertevorstellungen.

[96] Weffort stellt dazu fest: „In Latin America, socialist ideology was kept intact largely through lack of use. With the evident exceptions of Cuba and Chile (which has socialist and communist movements with substantial social roots), Latin

kratie“ ein; dem Markt räumen sie bei Handelstransaktionen und der Erzeugung von Wohlstand eine hohe Bedeutung bei. Dieser Blickwinkel erkennt an, dass sich die Wirtschaft zunehmend auf globaler Ebene bewegt; eine Leugnung dieser Internationalisierung der Wirtschaft würde für die Sozialisten einen Rückschlag bedeuten, was für einen der Vordenker dieser politischen Strömung folgende Konsequenz hätte: „The central problem for socialism today is to show that societies can achieve a form of self-government that combines the principles of equality with those of political liberty. Democratic socialism derives its inspiration from a radical conception of democracy. This does not mean that it seeks the impossible goal of eliminating all differences between rulers and ruled, but rather that it seeks always to improve the institutions of political democracy and civil society, especially those that are tied to the world of work. Such a perspective does not and cannot exclude the recognition that the most advanced sectors of the economy are more and more transnational or even global in character. To reject this internationalization is to accept backwardness and stagnation.“ (Weffort 1993: 83)

In diesem Sinne weist Weffort dem Staat bei der Regulierung bestimmter Fragestellungen des Markes ebenso eine herausragende Rolle zu, was jedoch nicht die Einsetzung eines staatlichen Sozialismus impliziert (1993:84f.). Die Sozialisten, so Weffort abschließend, sollten danach streben, den Gesellschaften ein immer egalitäreres und gerechteres Gesicht zu geben. Sie müssten lernen, mit dem Kapitalismus in seinen fortgeschritteneren Phasen zu leben, wollen sie ihre Bedeutung behalten und den Weg zur Modernität einschlagen. Weffort fügt hinzu: „Socialists should marry democracy out of love, but their union with the market need be no more than a marriage of convenience.“ (1993: 85)

Letztlich haben sich die Sozialisten innerhalb des Kapitalismus entwickelt und sind erst durch ihn zu Sozialisten geworden. Dieser scheinbare Widerspruch erklärt sich dadurch, dass die Menschen nur ohne eine übermäßige Einmischung von Vater Staat ihre Freiheit wahrnehmen und ihr Schicksal bestimmen können; was andererseits für die modernen Sozialisten nicht bedeuten kann, dass der Staat verschwinden oder auf ein Minimum reduziert werden müsse. Der Staat muss existieren, um die weniger Begünstigten zu unterstützen und das wirtschaftliche wie politische Geschehen zu regeln, dabei jedoch gleichzeitig den Rahmen der Freiheit zu wahren, dessen diese beiden Aktivitäten bedürfen.

2.2.2 Die neue Rechte

Derzeit gestaltet sich eine Positionsbestimmung und Definition der Rechten in Lateinamerika nicht minder schwierig als im Fall der Linken dieser Region; dies nicht deshalb, weil es sie nicht gäbe, sondern aufgrund des Umstandes, dass diese es in beeindruckender Weise vermochte, sich an die gewandelten politischen wie wirtschaftlichen Realitäten Lateinamerikas anzupassen. Un-

---

American socialism is less a political than an intellectual phenomenon, albeit one with considerable practical importance.“ (1993: 82)

geachtet der vorangehenden Ausführungen ist die Rechte in Lateinamerika die direkte Erbin der Kolonialzeit: sie ist eng verbunden mit den kreolischen Grundbesitzern, die die Unabhängigkeit von Spanien erringen, anschließend in der Mehrheit der Länder ihren Elitencharakter beibehalten und um den Erhalt der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Privilegien kämpfen, die teilweise aus der Kolonialzeit herrühren. Auf diesem Wege konnte die Rechte allgemein auf die Unterstützung einflussreicher kirchlicher Kreise zählen, die hinsichtlich moralischer Wertevorstellungen eine konservative Haltung einnahmen und sich um soziale Angelegenheiten sehr wenig kümmerten.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam es in der Mehrzahl der lateinamerikanischen Staaten zu anarchischen Situationen, in denen sich die Caudillos an der Spitze der Macht abwechselten. Im frühen 20. Jahrhundert definiert die Rechte, bedingt durch das Entstehen der Protestgruppen, die sich in einigen Fällen auf sozialistische Vorstellungen gründeten, in verstärktem Maße ihre Rolle als Verteidigerin des Nationalismus und der bestehenden traditionellen Ordnung. Folglich unterstützt und begünstigt sie mehrheitlich die Caudillos. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde die Rechte vor allem von konservativen Parteien, in einigen Fällen zudem von Liberalen vertreten; sie verteidigte den Grundbesitz und lähmte jegliche Form sozialen Wandels, der eine Schmälerung ihrer Privilegien als herrschende Oligarchie bedeutet hätte.

Die lateinamerikanischen Konservativen standen den konservativen Bewegungen der übrigen westlichen Welt und vor allem Europas nahe, was für die lateinamerikanische Rechte nicht zutrifft: die demokratische Rechte Europas stand seit ihren Anfängen den Freiheitsbewegungen, dies sich in Lateinamerika formierten, nahe. So bildeten das Gegenstück zur europäischen Rechten nach dem Zweiten Weltkrieg in der überwiegenden Mehrheit die christdemokratischen Bewegungen und Parteien dieser Region, da die lateinamerikanische Rechte den Anschluss an die Militärdiktaturen suchte, die in dieser Region bis in die frühen 1990er Jahre bestanden.[97]

Die nur losen, wenn nicht inexistenten Bande der europäischen Rechten zur lateinamerikanischen Rechten rühren im Wesentlichen aus der Position her, die letztere hinsichtlich der öffentlichen Freiheiten und der Menschenrechte einnahm. Gegen Ende des 20. Jahrhundert begannen die Parteien der lateinamerikanischen Rechten, die Demokratie als das tragfähigste und repräsentativste Regierungssystem anzuerkennen und im Gegenzug auf Distanz zu den Militärdiktaturen zu gehen, die sie während des 20. Jahrhunderts unterstützt hatten, nicht zuletzt angesichts des Scheiterns derselben auf der ganzen Linie.

2.2.2.1 Opus Dei und die neue Rechte in Lateinamerika

So wie die linke Mitte seit Beginn des Jahrhunderts von der Botschaft der katholischen Sozi-

[97] Weder Konrad Adenauer noch Charles de Gaulle oder Alcide de Gasperi, nicht einmal Winston Churchill unterhielten institutionalisierte Beziehungen zur lateinamerikanischen Rechten, während sie jedoch zu der christdemokratischen Bewegung Lateinamerikas auf institutioneller Ebene in regem Kontakt standen und mit diesen Ländern eng zusammenarbeiteten.

allehre zehrte, die unter dem Pontifikat Leos XIII ihren Anfang nahm und die Entwicklung einer eigenen politischen, auf dem christlich-humanistischen Weltbild gründenden Richtung bedeuten sollte, verdanken auch die Konservativen und die Rechte im Allgemeinen einem bestimmten Sektor der katholischen Kirche eine wesentliche doktrinäre Inspiration. Die konservative Rechte Lateinamerikas suchte die Bindung an die konservativsten Kreise der katholischen Kirche: Opus Dei.[98] Am 2. Oktober 1928 in Madrid von dem spanischen Priester José María Escrivá de Balaguer[99] ins Leben gerufen, bildet es eine Ausrichtung der Kirche, die auf die konservativen Strömungen in Lateinamerika prägend wirkte. Eine exakte Bestimmung ihrer Ursprünge gestaltet sich jedoch schwierig, da diese Bewegung seit ihren Anfängen die Geheimhaltung als einen ihrer Grundsätze pflegt.

Das „Werk Gottes", wie die Strömung auch genannt wird, fußt auf einem Ideal, das sich auf eine Heiligung des Alltags[100] beruft und wurde vom spanischen Bürgerkrieg, während dessen sich innerhalb der Bewegung der Hass auf den Kommunismus und der eigentümlich anmutende geheimbundartige Charakter herausbildeten, entscheidend beeinflusst. Während Opus Die, wie im Übrigen viele neue Bewegungen aus der Zeit vor dem Zweiten Vatikanischen Konzil, eine evangelikale Ausrichtung besitzt, gewinnt die Bewegung einen zunehmend elitären Charakter, was seine Ursache vor allem in den Weltanschauungen ihres Begründers hat, der von Normand als „kleiner, ehrgeiziger, cholerischer und anmaßender Kleinbürger, dessen Leidenschaft und persönliche Ausstrahlung auf die Menschen in seiner Umgebung beeindruckend wirkten" charakterisiert wird (2001: 9).[101]

Innerhalb der Lehre und Praxis der katholischen Kirche definiert sich die Strömung grundlegend als eine „pietistische Vereinigung", die zu 98% aus Laien besteht, während die Macht in den Händen der Kleriker liegt. Am 19. März 1941 erteilt der Bischof von Madrid Leopoldo Ejío y Garay Opus Dei die erste diözesane Approbation; 1947 wandelt sich dieses zum ersten „Säkularinstitut" der katholischen Kirche, das mit der Zustimmung von Papst Pius XIII Opus Dei zu einer Vereinigung aus Klerikern und Laien macht. Letztere sind verpflichtet, die Lehren des Evangeliums umzusetzen, um auf diese Weise, d.h. durch das Ausüben der apostolischen Arbeit, christliche Vollkommenheit zu erlangen. 1950 erhält Escrivá de Balaguer die Zustimmung zur Aufnahme von katholischen, nichtkatholischen und sogar nichtchristlichen „Mitarbeitern" ins Opus Dei. Im Jahr 1974 unternimmt Escrivá de Balaguer eine ausgedehnte Pastoralreise nach

---

[98] Zu den konservativsten Bewegungen innerhalb der katholischen Kirche, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg im Rahmen der so genannten „charismatischen Erneuerung" entstanden, zählen neben Opus Dei als wichtigster Organisation unter anderem die in den 1970er Jahren in Italien ins Leben gerufene „*Comunione e Liberazione*", die in Trient/Italien im Jahr 1943 geschaffene „*Focolari*", die 1964 in Madrid gegründete „*Neocatechumenat*" oder die in den 1940ern in Mexiko gegründete, streng im Verborgenen agierende Gruppierung „*Legionarios de Cristo*".

[99] Am 17. Mai 1992 wird er von Papst Johannes Paul II seliggesprochen, seine Heiligsprechung fand am 6. Oktober 2002 statt. Die Dynamik, mit der der Prozess der Heiligsprechung durchgeführt wurde, mutet seltsam an angesichts des Umstands, dass Escrivá de Balaguer am 26. Juni 1975 in Rom starb und seine Person in einem derart kurzen Zeitraum eine solche Aufwertung erfahren hat.

[100] Die Heiligung der Arbeit wurde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, eben dem Zeitraum, in dem Opus Dei entsteht, mit ebensolcher Bestimmtheit von den diversen nationalsozialistischen Bewegungen Europas vorgetragen.

[101] In der Tat verfügte Escrivá de Balaguer über einen nachhaltigen Drang in die oberen Gesellschaftsschichten: so erwarb er Ende der 1960er Jahre den Adelstitel eines Marquis.

Brasilien, Argentinien, Chile, Peru, Kolumbien, Ecuador und Venezuela, wo er mit politischen Gruppierungen, die dem rechten Spektrum und den Militärregimes nahe stehen, zu katechistischen Versammlungen zusammenkommt. 1975 bringt er sein Werk in Lateinamerika zum Abschluss und besucht anlässlich seiner letzten Reise dorthin Guatemala und Venezuela. Am 28. November 1982 erklärt Johannes Paul II Opus Dei zur „Personalprälatur“,[102] womit innerhalb des Kanonischen Rechts ausgesagt ist, dass diese Bewegung eine Bewegung ohne territoriale Begrenzung darstellt: Die Prälaten von Opus Dei sind unmittelbar dem Papst unterstellt. Bischöfe wie Kardinäle haben insofern keine Hoheit über diese Priester, während die Laien sehr wohl dem Bischof der Diözese unterstehen, der sie angehören.

Neben Spanien und Italien besitzt Opus Dei den größten Einfluss in Lateinamerika, wobei die Bewegung nach Spanien in Chile wohl den stärksten gesellschaftlichen Einfluss ausüben dürfte.[103] Dort nimmt Opus Dei gegen Ende der 1940er Jahre seine Arbeit auf, als Escrivá de Balaguer dem jungen Schiffbauingenieur José María Caro den Auftrag erteilt, die Bewegung in Chile ansässig zu machen. Von seinem Lehrstuhl für Ingenieurwesen an der *Universidad Católica de Chile* macht sich Caro daran, ihre Lehre in Chile zu verbreiten.[104] Bereits während der 1960er wird ersichtlich, dass eine Anzahl chilenischer Unternehmer mit der Bewegung sympathisiert. Die Aufbauarbeit an den Universitäten ging langsamer vonstatten als erhofft, hauptsächlich aufgrund der extremen Polarisierung der chilenischen Gesellschaft zu jener Zeit, in der mit den Hochschulen einer der politisch-sozial-kulturellen Bereiche von den Christdemokraten besetzt war, die über ihre charismatische Leitfigur Eduardo Frei Montalva die jungen Menschen an den Universitäten in Massen zur Partei hinzogen. Allerdings gelang es Opus Dei zunehmend, andere Bereiche der Gesellschaft wie die Medien zu durchdringen und seinen Einfluss in bedeutenden Verlagen wie „*Zig-Zag*“, Frauenzeitschriften wie „*Eva*“ oder politischen Magazinen wie „*Ercilla*“ geltend zu machen.

Opus Dei setzte seinen langsamen, aber unaufhaltsamen Marsch bei den jungen Menschen fort und schaffte es gegen Ende der 1960er Jahre im Klima eines polarisierten und umgewälzten Landes, eine Gruppe katholischer Studenten, die sich enttäuscht von der revolutionären Rhetorik der Christdemokraten abgewandt hatten, für sich zu gewinnen. Diese heben den so genannten „*gremialismo*“ aus der Taufe, der sich im Laufe der Jahre zum politisch-wirtschaftlichen Arm der Diktatur Pinochets entwickelt.[105] Ferner sollten sie die politische Partei der *Unión Demócrata Independiente* (UDI) gründen, die im chilenischen Parteiensystem die Partei mit dem größten Wählerstamm darstellt, nachdem sie *en passant* die *Democracia Cristiana Chilena* von dieser Position verdrängt hatte. Bei den Wahlen von 1999 wäre es dem Kandidaten der UDI,

[102] Der Terminus „Personalprälatur“ oder „praelatura nullius“ bezeichnet eine Prälatur, die räumlich einerseits nicht konkret einzuordnen ist, andererseits überall präsent ist. Hierbei handelt es sich um eine extraterritoriale Diözese.

[103] An der Feier zur Heiligsprechung Balaguers auf dem Petersplatz in Rom nahmen mehrere hunderttausend Menschen teil.

[104] Caro nahm für Opus Dei in Chile das Amt des Regionalkommissars wahr.

darüber hinaus Mitglied von Opus Dei, beinahe gelungen, die Koalition der „*Concertación*“ (Sozialisten und Christdemokraten) zu schlagen.[106]

In der Zeit der chilenischen Demokratisierung findet Opus Dei in der UDI Ausdruck sowie in dem Einfluss, den es in den diversen Strukturen und Organisationen der chilenischen Gesellschaft besitzt. Zwei Bischöfe in Chile gehören Opus Dei an, darüber hinaus besitzt es Einfluss in zwei bedeutenden Bildungseinrichtungen des Landes: zum einen (verständlicherweise) in der *Pontificia Universidad Católica de Chile*, zum anderen in der 1990 geschaffenen *Universidad de los Andes*, die Opus Dei selbst gehört. Letztere steht mit der *Pontificia Universidad Católica de Chile* und der *Universidad de Navarra* in Spanien, die ebenfalls in beträchtlichem Umfang von Opus Dei beeinflusst wird, in engem Kontakt. Außerdem verfügt es über eine stark vernehmliche Präsenz an einigen privaten Universitäten wie der *Universidad del Desarrollo* oder der *Universidad Finis Terrae*. Zudem bestehen Verbindungen zu den staatlichen Universitäten von Valparaiso und Santiago. Die Einflussnahme in den Medien erstreckt sich auf ungefähr 80% der Medien – Fernsehen, Rundfunk, Zeitungswesen, Zeitschriften, Verlage –, denen eine gewisse Bedeutung zugesprochen werden kann. Seine Tätigkeit durchzieht ferner eine große Anzahl privater Schulen des Landes, während der Einfluss von Opus Dei auf die Streitkräfte über jeden Zweifel erhaben ist. Vor allem in der Marine ragen die ehemaligen Admirale Jorge Martínez Buch und Jorge Arancibia heraus, die heute Senatorenämter innehaben. Am prägnantesten wird seine Macht jedoch im chilenischen Unternehmertum sichtbar: die wichtigsten Konzerne des Landes werden von Mitgliedern dieser kirchlichen Vereinigung dominiert (Escobar 2001: 23).

Diese einflussreiche Position konnte Opus Dei in Lateinamerika unter anderem dadurch erringen, dass religiöse Ausdrucksformen und hierbei insbesondere der Katholizismus kulturell, sozial und sogar politisch eine gewichtige Rolle spielen: der Religion kommt in einer Region, die weltweit die höchsten Prozentzahlen an Menschen aufweisen kann, die an Gott glauben, im Leben vieler Menschen eine tragende Rolle zu. Im Kontext dieser Bedeutung der Kirche in Lateinamerika übt Opus Dei eine gewichtige Rolle in der offiziellen Linie der Kirche aus, die in enormem Maße auf die politischen Entscheidungen sowohl der Regierung als auch der übrigen Institutionen, die am politischen Geschehen teilhaben, Einfluss nimmt.

Schließlich gewinnt diese vom konservativsten Flügel der katholischen Kirche geprägte Rechte, die demzufolge auch in ihren Moral-, Wert- sowie kulturellen Vorstellungen extrem konservativ ist, zudem an Boden bei den Parteien christlich-demokratischer Ausrichtung wie der mexikanischen PAN oder der *Partido Social Cristiano* in Ecuador. Ungeachtet der vorangehenden Darstellungen ließe sich den Mitgliedern von Opus Dei zumindest im Zweifel zugute

---

[105] Während der Diktatur Pinochets besetzten Opus Dei-Mitglieder innerhalb der Regierung die Ressorts Wirtschaft, Bildung und Erziehung, Äußeres und Inneres (Escobar 1988: 8ff.).

[106] In der Geschichte der Bewegung bedeutet dies eine wichtige Zäsur, da sie somit erstmalig die Aussicht hatte, aus ihren Reihen den Präsidenten der Republik zu stellen.

halten, dass eine Mitgliedschaft in dieser Bewegung nicht automatisch einem Bekenntnis zur politischen Rechten gleichkommt; ferner kann man zum heiligen José María Escrivá beten und gleichzeitig politisch links stehen; insofern wäre es unzulässig, die Mitglieder von Opus Dei zwangsläufig als „rechts" einzustufen. Die 1994 von Joan Estruch veröffentlichte Studie mit dem Titel „*Santos y Pillos. El Opus Dei y sus paradojas*" [sinngemäße Übersetzung: Heilige und Bauernfänger. Das Opus Dei und seine Widersprüche] ist vielleicht zu den umfassendsten wissenschaftlichen Untersuchungen zu zählen, die bisher veröffentlicht wurden, um das Verhältnis zwischen dieser kirchlichen Bewegung und der politischen Rechten weltweit und insbesondere in Lateinamerika, Europa und dem Vatikan zu beleuchten. Was die Grundlagen der konservativen Rechten und des Opus Dei angeht, so zeigt diese Studie die Kohärenz der konservativen katholischen Bewegung als Fundament dieser neuen konservativen Rechten: einerseits verhält sie sich wertkonservativ, anderseits bewegt sie sich auf wirtschaftlichem Terrain.

Für Estruch besteht das Widersprüchliche und Paradoxe in Opus Dei – er siedelt es im Bereich der konservativen Rechten und vor allem in der Nähe der extremen Bewegungen dieses politischen Lagers an – in der Tatsache, dass Opus Dei reaktionär ist, sich aber gleichzeitig vor allem im Bereich der Wirtschaft marktfreundlich zeigt. Die Bewegung weist Merkmale von Sektierertum und Fundamentalismus auf, war jedoch nie versucht, sich von der katholischen Kirche zu trennen. Sie ist unbedingt als elitär zu bezeichnen, da Mitglieder dieser Institution, die öffentlich wie privat wichtige Schlüsselpositionen einnehmen, innerhalb dieser Institution Führungsaufgaben wahrnehmen; andererseits ist sie nach ihrem Selbstverständnis eine Laienbewegung: Opus Dei proklamiert die Verbindung des geistlichen Lebens mit dem Laientum, bewegt jedoch ihre tauglichsten Mitglieder dazu, Priester zu werden. Die Bewegung möchte sich einerseits mit den übrigen kirchlichen Strukturen auf gleicher Augenhöhe bewegen, bildet jedoch andererseits eigene, oberhalb der kirchlichen Hierarchie angesiedelte Institutionen und Regeln aus.[107] Diese widersprüchliche Bewegung steht der konservativen und vor allem der extremen Rechten nahe und bereitet dieser neuen konservativen Bewegung in Lateinamerika den Boden, die wie bereits dargelegt in ihren Wertevorstellungen als reaktionär einzustufen ist, in ihrer Wirtschaftsphilosophie jedoch als außerordentlich liberal gelten muss. In diesem Sinne handelt es sich um eine Bewegung, die im Namen ihrer radikalen säkularen Ausrichtung eine Beteiligung in allen „oberen" Bereichen der Gesellschaft anstrebt, zugleich jedoch um ihrer abgeschotteten Verschwiegenheit willen versucht, ungestört im Verborgenen zu agieren. Opus Dei ließe sich charakterisieren als „eine Bewegung, die behauptet, der Geist der ‚wahrhaften Armut' bestünde im Verzicht auf die Herrschaft über die Dinge, dabei aber zugleich bekräftigt, ihre Berufung läge im Aufbau einer Beziehung der Herrschaft über die Dinge durch die Arbeit, weswe-

[107] Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die Bewegung sich seit ihrer Gründung und ihrer späteren Konsolidierung unter dem Franco-Regime sowie nach ihrer offiziellen weltweiten Anerkennung schrittweise von der in der katholischen Kirche vorgesehenen Rechtsfigur des gewöhnlichen Säkularinstituts entfernte, um schließlich als erste Gruppierung innerhalb der katholischen Kirche den Status einer Personalprälatur zu erhalten (Estruch 1994: 429).

gen der oft geäußerte Vorwurf, sie predige den ‚Geist der Armut', verhalte sich aber in genau entgegengesetzter Weise, nicht eben verwunderlich ist" (Estruch 1994: 429f.). Diese Institution bewegt ihre Mitglieder – bzw. verpflichtet ihre aktiven Mitglieder – dazu, hinsichtlich moralischer Wertevorstellungen eine traditionalistische Haltung einzunehmen und im Bereich der Wirtschaft auf Innovation und Modernität zu setzen. Dass sie mit Erfolg die Instrumente der Modernisierung und der Innovation anwendet, hindert sie nicht daran, die diesem Einsatz zugrunde liegenden Werte abzulehnen. Gerade hierin, in einer Vermengung der modernen Verhaltensweisen und der traditionellen Wertevorstellungen, liegt das Paradoxon: Hinsichtlich des Letzteren nimmt sie eine unflexible Haltung ein und ist außerstande, ihren Denkrahmen zu ändern oder Kompromisse einzugehen (Estruch 1994: 423).

Als geistige Grundlage der Rechten verbindet Opus Dei den von der althergebrachten Rechten übernommenen Traditionalismus, der ein konservatives Eintreten für die Moralordnung der Gesellschaft bedeutet und gleichzeitig einen Verstoß gegen die heiligen Lehren der katholischen Kirche im Voraus ausschließt, mit der Ausdehnung der Freiheit im Bereich der Wirtschaft, gegründet auf das Prinzip des persönlichen Einsatzes und der „Heiligung der Arbeit". Estruch kommt zu dem Ergebnis, dies sei die Verbindung von Traditionalismus und Modernität. Der Traditionalismus gründet sich auf seine Überzeugungen, die der Ethik der Überzeugungen entsprechen, zu Lasten der Ethik der Verantwortung, in der der Schwerpunkt auf der Verteidigung der traditionalistischen Standpunkte der katholischen Kirche liegt. Mag sie auch kontradiktorisch sein, so ist die Kombination des Traditionalismus und der Modernität doch ein Merkmal des Asketen, der der Welt nicht entsagt und in Widerspruch zu doktrinären Gesichtspunkten lebt; diesen heilt er aber mit einem Maximum an persönlichem Einsatz und der Heiligung der Arbeit, woraus diese auch immer besteht (Estruch 1994: 455-456).

2.2.2.2 Die neue Rechte in Lateinamerika

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges beginnen die Konservativen in Europa, sich von der Rechten oder der rechten Mitte zu distanzieren, teilweise bedingt durch den Umstand, dass die Rechte, wie sie nach dem Krieg entsteht, die Demokratie als Regierungssystem übernimmt und diese Regierungsform zu vervollkommnen hilft. Ferner errichten sie vor dem Hintergrund der sozialen Marktwirtschaft zusammen mit der europäischen Sozialdemokratie eine Wirtschaftsform, die in hohem Maße soziale Belange berücksichtigt und entfernen sich auf diese Weise in vielerlei Hinsicht von den althergebrachten Konservativen. Der Weg der lateinamerikanischen Konservativen verläuft jedoch anders als der ihrer europäischen Entsprechungen: Sie beziehen in diesem Teil des amerikanischen Kontinents dem Militarismus nahe stehende Positionen, die sie im Grunde immer vertreten hatten. In dem Maße, wie der Kalte Krieg in Lateinamerika seine Spuren hinterlässt, treten diese immer plastischer hervor. Nach der Kubanischen

Revolution beginnt angesichts der „Gefahr“, die eine Wiederholung derselben in anderen Ländern der Region für die entsprechenden Oligarchien bedeutet, in Zusammenarbeit mit den konservativsten Kreisen der Vereinigten Staaten der Aufbau einer strategischen Allianz, die in der „*Doctrina de Seguridad Nacional*“ ihren Ausdruck findet und der sich sämtliche Militärregierungen der Region[108] – und damit die rechten Parteien, die sie unterstützen – anschließen (Fernández 1981).

Nach dem Sturz der Militärregierungen, die in der Mehrheit der Länder der Region bestanden hatten, musste sich die Rechte umgehend „*aggionarsi*“, um in den neuen demokratischen Kontext Eingang zu finden. Besagter Prozess hatte allerdings schon einige Jahre zuvor innerhalb verschiedener Militärdiktaturen, in denen die Politik nichtsdestotrotz einen gewichtigen Einfluss ausübte, eingesetzt. Als eines der bedeutsamsten Beispiele dürfte an dieser Stelle wohl das Regime Pinochets in Chile dienen, das stets auf den politischen Rückhalt der traditionellen chilenischen Rechten zählen konnte; in den Reihen dieser Rechten beginnt sich jedoch eine neue Rechte herauszubilden, die ihren wesentlichen Beitrag zur Diktatur im Bereich der Wirtschaft leistet. Besagte neue Rechte wurde unterschiedslos als „konservativ“ oder „neoliberal“, gelegentlich auch als „konservative Revolution“ bezeichnet. In Lateinamerika macht sie sich bereits Mitte der 1970er Jahre bemerkbar; ihr sichtbarster Ausdruck in Chile sind die „*Chicago Boys*“. In der übrigen westlichen Welt treten sie am deutlichsten unter den Regierungen Ronald Reagans in den USA oder Margaret Thatchers in Großbritannien gegen Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre auf. Diese drei Modelle führen zu einem Wandel in der Wirtschaftspolitik hin zu einem Neoliberalismus, der auf sozialer Ebene bis zu einem bestimmten Grad mit dem *asistencialismo* einherging und von einer kulturell wertekonservativen Politik begleitet wurde. Die Deregulierung des Marktes, die Privatisierung staatlicher Unternehmen wie auch die Verschlankung des Staates gehören zu den Kernaussagen neoliberaler Politik jener Jahre, die als Rezept zur Lösung wirtschaftlicher Probleme vor allem in Entwicklungsländer exportiert wurden.

[108] Die Doktrin der nationalen Sicherheit stellt eine neue Ideologie der Militärregime dar, die Lateinamerika während weiter Teile des 20. Jahrhunderts regierten. Besagte Doktrin – von der Rechten vor dem neuen Hintergrund des Kalten Krieges, der auf dem Kontinent zu vermehrten Spannungen führte, entworfen – beinhaltet die Auffassung einer globalen Gesellschaft, jedoch aus der Sicht der politisierten Streitkräfte, in denen sich die Tendenz hin zu einer militarisierten Atmosphäre in den verschiedenen Ländern bemerkbar machte. Nach dem Entstehen der Theorie der „*Guerra Revolucionaria*“ durch die linken Guerilla besteht die Antwort der Rechten in der Theorie der „*contrainsurgencia*“ seitens der meist von Caudillos geführten nationalistischen Bewegungen Lateinamerikas mit dem Ziel, jegliche aufständischen linken Bewegungen zu bekämpfen. Mit der Begrifflichkeit des „totalen Krieges“ suchte man die Bildung jeglicher Bewegungen wie in Russland 1917 oder China 1949 zu verhindern. Angesichts des Umstandes, dass die „marxistisch-leninistische“ Doktrin ihre Organisationsstruktur auch in der fraglichen Region reproduzieren wollte, bedeutete der „totale Krieg“, linken „subversiven“ Bewegungen nicht den geringsten Raum zu lassen. In gleicher Weise versuchen die Vereinigten Staaten im Kalten Krieg angesichts der Kontrolle der Sowjetunion und Chinas über die gesamte östliche Hemisphäre – und damit über mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung – sich durch die Schaffung des „*Estado de Seguridad Nacional*“ zu schützen, in dessen Rahmen es zur Bildung des *National Security Council* und der CIA kam. Vor diesem Hintergrund unterstützte die Sowjetunion sämtliche subversiven „antikolonialistischen“ Bewegungen der Linken, während die USA die Doktrin der nationalen Sicherheit und diejenigen, die sie nach außen vertraten, d.h. die Militärs und die nationalistischen konservativen Bewegungen der Rechten, unterstützten (siehe hierzu: Fernández 1981).

2.3 Links und Rechts im Streit um das wirtschaftliche Paradigma in Lateinamerika

2.3.1 Ursprünge der Konfliktlinie

Seit den Ursprüngen Lateinamerikas in der Kolonialzeit, in der die Kolonien verpflichtet waren, den überwiegenden Teil ihrer Produkte ausschließlich an die *Metrópoli*[109] zu liefern, ziehen sich Handelsbarrieren als konstantes Element durch diesen Teil des Kontinents (Konetzke 1977). Nach der Unabhängigkeit und der Anarchie in Lateinamerika, die aus der Uneinigkeit der kreolischen Oligarchie und ihrer Caudillos herrührte, die sich – außerstande, mit den aus Europa stammenden Erzeugnissen zu konkurrieren – zum Schutz des ansässigen Handwerks gegen die Freiheit des internationalen Handels wehrten, zog sich diese Phase des Protektionismus und der politisch-wirtschaftlichen Anarchie annähernd über das gesamte 19. Jahrhundert hin. Bis zum Zweiten Weltkrieg und darüber hinaus lassen sich sporadische Exporte verzeichnen, da die europäischen Länder kriegsbedingt einer Reihe lebenswichtiger Güter entbehrten, die Lateinamerika zu produzieren in der Lage war.

Als sich nach dem Krieg Westeuropa politisch wie wirtschaftlich stabilisiert und einige Länder wie Argentinien die Möglichkeit, ihrer Entwicklung einen Schub zu verleihen, ungenutzt verstreichen lassen, setzt Lateinamerika seinen Weg als arme, von der so genannten industrialisierten Welt abhängige Region fort. Vor diesem Kontext entsteht die Dependenztheorie, die von den sie begründenden Theoretikern später zur „Schule des Strukturalismus“ weiterentwickelt wird. In Opposition zu dieser setzte mit dem Neoliberalismus in der wissenschaftlichen Forschung Europas die Entwicklung einer anderen Wissenschaftstheorie ein, die im Gegensatz zu dem zu jener Zeit vorherrschenden Modell stand. Ab Beginn der 1970er Jahre übte diese zweite ökonomische Lehre auf die lateinamerikanischen Volkswirtschaften einen prägenden Einfluss aus.

2.3.2 Der lateinamerikanische Strukturalismus: Die Entwicklungstheorie

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts durchziehen Lateinamerika vor allem drei wissenschaftliche Strömungen. Die Linke wurde bis Ende der 1970er und Mitte der 1980er Jahre von der sozialistischen Lehre in ihrer marxistisch-leninistischen, marxistisch-gramscianischen Ausprägung sowie durch den so genannten erneuerten Sozialismus (Walker 1990) vertreten. Die Rechte stützte sich ihrerseits auf konservative Ansätze; so gewann in den ausgehenden 1960er und frühen 1970er Jahre vor dem Hintergrund der soziopolitischen Realitäten der Zeit ein anderes polit-ökonomisches Denken immer mehr an Bedeutung: der Neoliberalismus. Die Christ-

[109] Mit dem Terminus „*Metrópoli*“ bezeichneten die Kolonien das Kernland des spanischen Weltreiches.

Christdemokratie unter dem prägenden Einfluss von Persönlichkeiten wie Maritain, Mounier und Chardin bildete schließlich die dritte ideologische Ausrichtung lateinamerikanischer Politik, im Rahmen derer gegen Ende der 1940er und Anfang der 1950er mit dem Strukturalismus eine wirtschaftlich-politische Lehre entsteht, die ihren Ausdruck nach ihren geistigen Vätern vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet fand. Der Strukturalismus bewegte sich jenseits der Kategorien „rechts" oder „links" und bedeutete somit für die Nationen, für die sich im nun folgenden Zeitraum die Bezeichnung „Dritte Welt" und später „unterentwickelte Länder" oder „Entwicklungsländer" durchsetzen sollte, einen dritten Weg der Entwicklung.

Im Jahr 1949 wird im Rahmen der CEPAL (ECLAC)[110] das von Raul Prebisch[111] erarbeitete „*strukturalistische Manifest*" vorgestellt, dessen Theorie von einem industrialisierten, hegemonialen Zentrum und einer agrarwirtschaftlichen, abhängigen Peripherie ausgeht; als Grundlage und Kontext hierfür fungiert die internationale Arbeitsteilung. Prebisch gelangt zu der Feststellung, dass sich das industrialisierte und das agrarwirtschaftlich geprägte System einander in einer Relation des ungleichen Austauschs begegnen. Damit besitzen, so Prebisch, die industrialisierten Länder stets ein größeres Potenzial für technologische Innovation, dessen Konsequenz sowohl hinsichtlich der von den Industrieländern hergestellten Produkte als auch der von den Ländern der Dritten Welt gelieferten Rohstoffe ein irreversibler Prozess ist, innerhalb dessen sich eine Schere zwischen Industrie- und Entwicklungsländern abzuzeichnen beginnt. Dieser offensichtlich erscheinende Sachverhalt bedeutet eine Abhängigkeit Letzterer gegenüber Ersteren: Ungeachtet der Tatsache, dass die Industrieländer für den Ausbau ihrer Produktion auf die Rohstoffe der armen Länder angewiesen waren, bedurfte die – sich mehrheitlich in den Händen von Industriekapitänen der entwickelten Länder befindliche – Industrie der armen Länder ihrerseits für die Förderung besagter Rohstoffe der technologischen Infrastruktur, die nur die industrialisierten Länder bereitzustellen vermochten. Damit lag ein *Circulus vitiosus* vor, der weder die Handelsbilanz der unterentwickelten Länder geschweige denn deren technologische Innovation begünstigte. Dieser Prozess führte in seiner Gesamtheit dazu, dass die entwickelten Länder ihr hohes Lohnniveau und damit naturgemäß bessere Lebensbedingungen für die Beschäftigten

[110] Die CEPAL (*Comisión Económica para América Latina*) oder ECLAC (*Economic Commission for Latin America and the Caribbean*) wurde auf Grundlage der Resolution 106 des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen am 25.2.1948 ins Leben gerufen und nahm im selben Jahr ihre Arbeit auf. Durch die Resolution 1984/67 vom 27.7.1984 kam der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen überein, die Organisation unter Beibehaltung ihrer ursprünglichen Initialen in „*Comisión Económica para América Latina y el Caribe*" umzubenennen. Die CEPAL, eine der fünf Regionalkommissionen der Vereinten Nationen, hat ihren Sitz in Santiago de Chile und wurde mit der Absicht geschaffen, zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Lateinamerikas beizutragen.

[111] Der argentinische Ökonom Raúl Prebisch (1901-1985) übte zunächst das Amt des Generalsekretärs der CEPAL, später das des Vorsitzenden der UNCTAD (*United Nations Conference on Trade and Development*) aus. Sein wesentlicher Beitrag bestand in der Dependenztheorie, die zu dem Ergebnis kommt, die regionalen Unternehmen wie auch der internationale Handel hätten die wirtschaftliche Entwicklung Lateinamerikas nicht vorantreiben können. Dies habe seinen Grund in dem Umstand, dass die neuen Nationen nach dem Ende der Kolonialzeit einer Reihe von fortschrittslähmenden Problemen hätten begegnen müssen, die aus der Abhängigkeit herrührte, Rohstoffe exportieren zu müssen, deren Mehrwert, sofern vorhanden, sehr gering war. Damit war die Grundlage für eine Abhängigkeit der Länder der Dritten Welt gegenüber der entwickelten Welt gegeben. Die Entwicklungsländer gerieten somit in die Rolle von Rohstofflieferanten, die von der agrarwirtschaftlich geprägten Peripherie aus das industrialisierte Zentrum belieferten und die im Folgenden dargestellte Relation „Zentrum-Peripherie" begründen. Für die Entwicklung benötigten die Länder der so genannten Dritten Welt einen bestimmten Grad an Protektionismus im Bereich des Außenhandels und alternative Strategien zur Importsubstitution und mussten aus diesem Grund den Weg der Industrialisierung und des Wachstums nach innen beschreiten.

dieser Länder aufrecht erhalten konnten, womit für Lateinamerika die Preise von Exportprodukten mit Mehrwert aus diesen Ländern noch weiter stiegen, was seinerseits zu einem Oligopol auf den Kapitalmärkten und im Bereich der Produktion von Gütern führte (CEPAL 1949).

Die Theorie des Strukturalismus setzte einen wesentlichen Schwerpunkt auf die Entwicklung der Makroökonomie, die Tragweite einer restriktiven Devisenpolitik sowie auf die Bedeutung, die sowohl nationalen wie internationalen Institutionen bei der institutionellen Entwicklung der einzelnen Länder unter besonderer Berücksichtigung des sich durchsetzenden Begriffs der „*Rolle des Staates*" zukam. Nachdem die lateinamerikanische strukturalistische Schule das Phänomen der Abhängigkeit wie auch das Verhältnis Zentrum-Peripherie und die Relation Nord-Süd erklärt und argumentativ belegt hatte, schlug sie, um den betreffenden Ländern den Eintritt in einen Prozess nachhaltiger Entwicklung zu ermöglichen, die These der „Entwicklung von innen" vor, im Laufe derer die Länder der Dritten Welt langfristig zur Importsubstitution zugunsten nationaler Erzeugnisse gelangen sollten (Sunkel 1991). Die Entwicklung von innen war integraler Bestandteil des Strukturalismus und wird – mit einigen Modifizierungen – von den Neostrukturalisten noch heute vertreten (Sunkel 1991), da dieser Weg die Akkumulierung von Humankapital und eigenen technischen Möglichkeiten („Kapital Wissen") ermöglichte. Dabei handelt es sich wie auch in der Frage der institutionellen Entwicklung im Kern um endogene Prozesse. Die CEPAL vertrat in jener Phase die Auffassung, der „Programmierung der Entwicklung" käme eine wichtige Bedeutung zu: So sollte der Staat Strategien planen, deren Aufgabe neben der regionalen wie weltweiten wirtschaftlichen Integration in der Transformation obsoleter interner Produktionsstrukturen bestand (Ocampo 2001/Prebisch 1959).

Angesichts des Kontrasts zwischen den Produktionsstrukturen des Zentrums und der Peripherie[112] wurde die Industrialisierung im Rahmen der Entwicklung von innen als Wundermittel begriffen. Die Strukturalisten beabsichtigten auf diese Weise, die Produktionsstrukturen der unterentwickelten Länder mit dem Ziel der Importsubstitution und der Intensivierung des technologischen Fortschritts zu ändern (Fishlow 1988: 89ff.). Die Importsubstitution hatte ihr empirisches Vorbild in der Erfahrung, die man in Europa nach dem Börsenkrach Ende der 1920er und Anfang der 1930er Jahre gemacht hatte und fand ihre geistige Grundlage in der Wirtschaftstheorie Keynes'.

Da das erste Modell des *cepalismo* nicht den Erfolg zeitigte, den es der Theorie nach hätte erbringen müssen, begann niemand anderes als Prebisch in den 1950ern, ein kombiniertes Modell zu entwerfen und zu vertreten, das die Importsubstitution mit der Förderung neuer Exporte, vor allem von Industriegütern, verband. Vor dem Hintergrund dieser kombinierten Strategie, die die Importsubstitution mit der politisch-wirtschaftlichen Integration der einzelnen Staaten verband, bestanden die neuen, vom *cepalismo* vertretenen Ziele in den Exporten in andere Wirt-

[112] Hierbei stellt sich das Zentrum als eine diversifizierte, homogene Produktionsstruktur dar, während die Peripherie eine spezialisierte, heterogene Produktionsstruktur aufweist.

schaftsblöcke und der Verbesserung der politisch-wirtschaftlichen Beziehungen der Staaten der Region. Allerdings rieb sich diese Theorie an den Widersprüchen, die Lateinamerika seit jeher begleiteten. Hierzu gehört vornehmlich die Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten: Einerseits entsandten die USA Experten, um beim Aufbau besserer Lebensbedingungen für die Region behilflich zu sein, andererseits sahen sie sich im Kontext des Kalten Kriegs gezwungen, die Strategie zu ändern, da ihnen ein abhängiges und eher unfreies Lateinamerika sehr gelegen kam. Anderenfalls hätte diese Region bei der Ausübung einer größeren Freiheit den Beispielen Kubas und Chiles folgen können. Zudem fiel die Verständigung mit Diktatoren leichter, deren Ansprüche hinsichtlich der sozialen Entwicklung geringer ausfielen und die ferner die Beibehaltung des politischen Status quo auf dem Wege der Gewalt gewährleisteten und dadurch die Gefahr eines erneuten Aufkeimens der revolutionären Linken bannten. Ein weiterer Widerspruch, den die Strukturalisten zu keinem Zeitpunkt zu lösen vermochten, bestand in der allmählichen Entwicklung der Industrie. Ab Mitte der 1950er Jahre beginnt die Entwicklung einer mittelständischen verarbeitenden Industrie; das Ausmaß der Unterentwicklung erlaubte es jedoch nie, mit der Industrie der Ersten Welt zu konkurrieren, da die lateinamerikanische Industrie sich faktisch mehrere Generationen im Rückstand befand. Damit war eine beständige Situation der Abhängigkeit im Bereich der Technologie oder technischen Dienstleistungen gegeben, die die Industrie beispielsweise für die Instandhaltung des Maschinenparks selbst erforderte, der, am Rande vermerkt, vollständig von den Industrieländern erworben wurde.

Gegen Anfang der 1970er Jahre erweist sich in zunehmendem Maße die Haltlosigkeit der strukturalistischen Theorie; an ihre Stelle tritt in der Folge die neoklassische oder neoliberale Theorie, zu einem späteren Zeitpunkt sollte sich zudem der „Neostrukturalismus“ entwickeln.[113] Der Einfluss des *cepalismo* führte zusammen mit der stark ausgeprägten Tradition des paternalistischen Staates dazu, dass gegen Ende der 1960er Jahre der Staat als wichtigster Unternehmer in sämtlichen wirtschaftlichen Aktivitäten der lateinamerikanischen Gesellschaften intervenierte.

Mit den unternommenen Maßnahmen zielte der Staat unter anderem auf eine Verringerung der Armut, eine bessere Verteilung der Reichtümer und, wie dargestellt, auf die Industrialisie-

[113] Der Neostrukturalismus steht in der direkten Tradition der Strömung des lateinamerikanischen Strukturalismus, dessen Entwicklung ab den 1980ern einsetzt. Er geht davon aus, dass die Hauptprobleme der Unterentwicklung und der wirtschaftlichen Probleme der lateinamerikanischen Länder – Schuldenfalle, exzessive Haushaltsungleichgewichte, Mangel an wirtschaftlicher Dynamik, hohe Arbeitslosigkeit und Inflation – ihre Ursache nicht in der vormals betriebenen Politik der Anhänger des *cepalismo* haben, sondern in den Produktionsstrukturen der jeweiligen Länder der Region begründet sind. Diese besitzen lediglich eine schmale Basis und sind dahingehend defizient, dass sie außerstande sind, einen konstanten und stabilen Arbeitsmarkt zu absorbieren. Dazu gesellt sich ferner der Umstand, dass in diesen Gesellschaften eine ausgeprägte Konzentration der Gewinne feststellbar ist, d.h. eine schlechte Verteilung derselben, was eine ausgewogene Entwicklung dieser Länder verhindert. Dazu kommt, dass in der heutigen Zeit in der internationalen Arbeitsteilung eine stark entwickelte Spezialisierung zu beobachten ist, die zu einer Verarmung der lateinamerikanischen Länder und zu einer äußerst mangelhaften Integration dieser Länder in die Weltwirtschaft führt, da sie mit dem Handicap belastet sind, keine Produkte mit Mehrwert herstellen zu können. Aus diesem Grunde sind die für Arbeitskräfte einstehenden Kosten äußerst gering und verglichen mit den Volkswirtschaften der industrialisierten Länder von vergleichsweise geringer Bedeutung für den Weltmarkt. Bei Ausbleiben einer Veränderung in diesen internen wie externen Strukturen, die diese Dichotomie hervorbringen, wird Lateinamerika zu einer fortwährenden Unterentwicklung verurteilt bleiben, weswegen situationsbedingte, flickwerkartige Maßnahmen langfristig wirkungslos bleiben. Wichtiger wäre das Ergreifen von Maßnahmen, die – auch die internationalen – Produktionsstrukturen nachhaltig verändern (Borja 1997: 682).

rung der einzelnen Länder ab. Die dazu eingeleiteten Maßnahmen bezogen sich auf die Preiskontrolle, die Gewährung direkter und indirekter Finanzhilfen, die Ausweitung des Bildungs- und Gesundheitswesens, die Schaffung von in jenen Ländern mehrheitlich inexistenten Fonds zur Altersversorgung bis – wie in Argentinien und Uruguay – hin zur Verabschiedung eines Arbeitsrechts in diesen Ländern. Der *cepalismo* verfolgte einen an die Bedürfnisse Lateinamerikas angepassten „Sozialstaat". Die Probleme erwuchsen jedoch weniger im Bereich der Produktion als vielmehr in der mangelnden Umsetzbarkeit dieser Vorhaben durch die politischen Akteure. So gestaltete sich die politisch bestimmende Schicht oder Elite zu heterogen, als dass die Hoffnung auf das Einsetzen des Wirtschaftswunders berechtigt erschien. Caudillos, Populisten und Diktatoren führten auf diese Weise die Mehrheit der lateinamerikanischen Länder, woraus sich die Schwierigkeit der Planung einer kohärenten Wirtschaftspolitik aus einem Guss ergab, die die Geschicke der Region grundlegend zu ändern vermocht hätte. Mehr noch: Dies war möglicherweise der entscheidende Faktor, der die vollständige Entwicklung des Strukturalismus in Lateinamerika verhinderte.

In Lateinamerika führte der Einfluss dieser Wirtschaftslehre zur Unterzeichnung einer Reihe von Abkommen und zur Schaffung von Wirtschafträumen, die sich nie zu einer Realität konkretisieren ließen oder bestenfalls keine spürbare Integration ihrer Mitgliedsstaaten herbeiführten. Beispiele hierfür sind unter anderem die Lateinamerikanische Freihandelszone LAFTA (ALALC) der Gemeinsame mittelamerikanische Markt (MCCA) oder die Andengemeinschaft. Wenngleich diese Vereinbarungen oder Handelsabkommen existierten, so wurde ihre Konkretisierung durch die Realität unmöglich gemacht, da die politischen Akteure jener Zeit, zu denen Diktatoren und autoritäre Caudillos zählten, weder das Interesse besaßen noch über die Voraussetzungen verfügten, sie in die Praxis umzusetzen.

In der Folge erwies sich die Importsubstitution zusehends als impraktikabel, während sich die Handelsbilanz stetig zu ungunsten Lateinamerikas entwickelte. Man hatte nicht begriffen, dass der ersehnte Erfolg der Importsubstitution untrennbar davon abhing, dass der Lernprozess der Länder, die dieses Modell anzuwenden versuchten, schneller verlaufen musste als der weltweite technologische Fortschritt (Ten Kate 1992: 250). So wuchsen beispielsweise die Exporte Lateinamerikas zwischen 1960 und 1970 um 5,7%, verglichen mit einem weltweiten Mittel von 9,3%. Diese Tendenz, die sich Jahre zuvor angekündigt hatte, verschärfte sich in den 1980er Jahren, während derer der Anteil Lateinamerikas am Weltmarkt sich auf lediglich 4% belief. Das BIP wies dessen ungeachtet in annähernd der gesamten Region positive Werte auf.

Tabelle 1: Durchschnittliche Zuwachsraten des BIP in Lateinamerika anhand konstanter Marktpreise

Zeitraum/Land	1950-1960	1960-1970	1970-1975	1975-1980	1980-1985	1980-1990
Argentinien	2,8	4,1	2,9	1,9	-2,1	-0,9
Bolivien	0,4	5,6	5,8	3,2	-1,9	O,1
Brasilien	0,4	6,1	10,3	6,8	1,1	1,5
Chile	4,0	4,2	-2,2	7,5	-0,8	2,6
Kolumbien	4,6	5,2	5,7	5,4	2,5	3,7
Mexiko	6,1	6,1	6,5	6,7	1,9	0,5
Nicaragua	5,3	6,9	5,1	-3,2	0,6	-1,5
Peru	5,5	5,0	4,6	1,9	-0,3	-1,2
Uruguay	2,1	1,5	1,6	4,5	-2,8	0,3
Venezuela	7,6	6,0	4,9	3,3	-2,0	O,4
Total LA	5,1	5,7	6,4	5,5	0,5	0,9

(Quelle: Sabino 1999: 50/CEPAL)

Wie ersichtlich wird, verlief das Wachstum alles andere als gleichmäßig; allerdings ist für die gesamte Region in der Summe ein positiver Saldo zu verzeichnen. Zu den positiven Indikatoren zählen weiterhin der Bereich Gesundheitsversorgung und Bildungswesen. Die Lebenserwartung erreichte zu Beginn der 1980er Jahre in sieben Ländern einen Höchstwert von 70 Jahren, verglichen mit 50,7 Jahren in Bolivien, während die Säuglingssterblichkeit abnahm. Im Bildungswesen sank die Zahl der Analphabeten und des vorzeitigen Schulabbruchs.

Tabelle 2: Index der jährlichen Preissteigerungsraten in Lateinamerika

Land/Zeitraum	1950-1960	1960-1970	1970-1975	1975-1980	1980-1985
Argentinien	27	21	64	191	323
Bolivien	61	6	21	17	611
Brasilien	21	44	22	48	135
Chile	37	27	208	72	31
Costa Rica	2	2	14	8	35
Dom. Rep.	1	1	11	10	16
Ecuador	k.A.	4	14	12	28
El Salvador	4	1	9	13	15
Guatemala	k.A.	1	9	11	7
Honduras	2	3	6	10	7
Kolumbien	7	11	19	23	22
Mexiko	k.A.	3	12	21	61
Nicaragua	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	54
Panama	k.A.	1	7	7	3
Paraguay	32	3	12	15	16
Peru	9	10	13	31	102
Uruguay	16	44	69	57	45
Venezuela	2	1	6	11	11

(Quelle: Sabino 1999: 54/CEPAL) Bei den angegebenen Zahlen handelt es sich um gerundete Werte.

Diese zweifellos positiv erscheinenden Signale belegen jedoch weltweit gesehen den Rückstand Lateinamerikas und die verstärkte Abhängigkeit von den entwickelteren Volkswirtschaften. Zu den negativen Gesichtspunkten, die das Modell ebenso unberücksichtigt gelassen hatte, und die die verwundbarsten gesellschaftlichen Schichten unmittelbar betrafen, zählte die Inflation. Diese bedeutete einen weiteren Beleg für die Wirkungslosigkeit des Entwicklungsmodells, da die Inflation sich vor allem auf die Einkommen der ärmsten Gesellschaftsteile der Region

nachteilig auswirkte.

Infolge der mangelnden Liquidität der lateinamerikanischen Volkswirtschaften und der unverantwortlichen Machenschaften der Lenker der Wirtschaftspolitik in den Ländern der Region erlebte Lateinamerika bis Anfang der 1990er Jahre eine galoppierende Inflation, die ihre Hauptursache im Unvermögen der Regierungen hatte, ihren Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft nachzukommen. Ferner mussten sie zusätzlich zu den Ausgaben in den Bereichen Gesundheit und Bildung wirtschaftlich für einen äußerst behäbigen Bürokratieapparat aufkommen, der das Ergebnis der Ineffizienz und der negativen Handelsbilanz der Mehrzahl der staatlichen Unternehmen war. Da sie nicht über die hierzu notwendigen Geldreserven verfügten, erhöhten sie die Geldmenge, jedoch ohne den entsprechenden Gegenwert, der eine derartige Ausgabe von Geldscheinen gedeckt hätte. Somit handelte es sich letztlich um das Bedrucken von Papier, worauf der Markt, der diese Fehlsteuerung spürte, umgehend mit Preissteigerungen reagierte, da für dieselben auf dem Markt befindlichen Güter nun mehr Geld im Umlauf war. Die Ausgabe von Geld half den Regierungen, sich aus der momentanen Bedrängnis zu befreien und die Forderungen der Gesellschaft teilweise zum Schweigen zu bringen, führte jedoch gleichzeitig dazu, dass sich der größte Arbeitgeber der Gesellschaft in regelmäßigen Abständen dazu veranlasst sah, eine Kraftanstrengung zu unternehmen, um die Reallöhne zu steigern. Ein weiteres Problem, das in den kränkelnden Volkswirtschaften der Region immer deutlicher hervortrat, war der stetige Rückgang der Steuereinnahmen, bedingt durch die Tatsache, dass diese sich am zu einem früheren Zeitpunkt vorhandenen Geldwert orientierten, während das im Umlauf befindliche Geld infolge der hohen Inflationsraten einen Teil seines Wertes eingebüßt hatte. Aus diesem Grunde griffen die Staaten, die die Abhängigkeit bis dato nicht überwunden hatten, bei der Lösung von internen Liquiditätsproblemen regelmäßig zum letzten Mittel des *desarrollismo* und gleichzeitig der ersten Phase des Neoliberalismus: den von internationalen Instanzen ausgestellten Krediten.

Hiermit ist die Schwelle zum Neoliberalismus überschritten, da die internationalen Kreditgeber die Vergabe von Krediten nach und nach an Bedingungen knüpften. Somit war es den Regierungen verwehrt, ohne die Einflussnahme dieser internationalen Organismen in Wirtschaftsfragen eine unabhängige Politik zu entwerfen und aktiv zu betreiben. Angesichts dieses Panoramas hatte die CEPAL mit den Rezepten des *desarrollismo* jegliche Glaubwürdigkeit eingebüßt, da Lateinamerika durch die von den Verfechtern des *cepalismo* umgesetzten Leitlinien in noch stärkere Abhängigkeit geraten war als in der Zeit vor der CEPAL. Gegen Mitte der 1970er Jahre setzte die Umgestaltung von der *economía desarrollista* zur freien Marktwirtschaft ein, wobei, wie geschildert, einer der sichtbaren Belege dieses Wandels die Schuldenfalle ist. Im Zeitraum von 1970 bis 1980 wächst die Auslandsverschuldung der lateinamerikanischen Staaten von 15,86 Mrd. Dollar auf 172,829 Mrd. Dollar. Diese Steigerung um 23% per anno entspricht 35% des gesamten BIP der Region. Im Jahr 1982 führte diese schwindelerregende Ver-

schuldungsspirale zu den ersten Katastrophen. Um die interne Krise bewältigen zu können, nahm die Regierung, nachdem sie sich außerstande erklärt hatte, den Schuldendienst zu leisten, eine Abwertung des mexikanischen Pesos gegenüber dem US-Dollar vor. Der Fall Chiles erweist sich als symptomatisch für die gesamte Region: das von einer Militärdiktatur, die das Ergebnis der internen Verschuldung war, regierte Land erlebte unter der Führung einer Art von Caudillo (Pinochet) wirtschaftlich eine gewisse Entspannung. Allerdings geriet die Zentralbank des Landes in jenen Jahren vollends in Zahlungsunfähigkeit; zu ihrer Rettung sah sich die Regierung veranlasst, ihr eine Finanzspritze in Höhe von fünf Milliarden Dollar zu gewähren, die weniger einem Kredit als beinahe einer Schenkung gleichkam. Damit versank die chilenische Volkswirtschaft in einer lang anhaltenden Rezession, zu deren „Überwindung" der Peso gegenüber dem Dollar abgewertet wurde, was seinerseits das Ende für viele kleine und mittelständische Unternehmen bedeutete, denen die Bank Dollarkredite gewährt hatte, und zu deren Rückzahlung sie nun nicht mehr in der Lage waren. Offizielle Statistiken verzeichneten eine Arbeitslosenquote von 33%, der von der Regierung anerkannte Prozentsatz der Menschen, die in Armut lebten, belief sich auf über 60%.

Das Jahr 1982 belegt exemplarisch das Ende des Staates als Zentrum und Lenker der Wirtschaft. Fortan sollten die Rezepte des neoliberalen Modells, die bei den internationalen Kreditvergabeinstituten schon im vorangehenden Jahrzehnt einen gewissen Einfluss hin zu einer nachdrücklichen Politik der Privatisierungen und einer Verschlankung der staatlichen Produktionsstrukturen ausgeübt hatten, kaum auf ein nennenswertes Gegengewicht stoßen.

2.3.3 Der Neoliberalismus

Die 1990er Jahre führten im Kontext einer gewandelten weltpolitischen Realität, die ihren Ausdruck in der Demokratisierung bzw. Redemokratisierung vieler Nationen der Neuen Welt fand, unter anderem zum Fall der real existierenden Sozialismen und ferner einer Neubewertung der Wirtschaft durch die internationalen ökonomischen Organisationen von Bretton-Woods, d.h. die Weltbank oder den IWF. Diese internationalen Instanzen verlegten sich auf eine wachstumsorientierte Politik aus der Perspektive des Marktes. Besagter Markt jedoch, mit dem die neuen Demokratien gestärkt werden sollten, bedurfte eines bestimmten Faktors: der Freiheit, die das Bindeglied zwischen diesem und der von der Demokratie gekennzeichneten neuen Realität sein sollte.

Dieser hinsichtlich der Wirtschaft verfolgte Ansatz war der „freie Markt". Allerdings begannen die internationalen Wirtschaftsorganisationen ungeachtet der vorangehenden Ausführungen, diesem freien Markt bestimmte einschränkende Variablen aufzuerlegen, so z.B. die Sozialpolitik, die der Staat denjenigen zu gewährleisten hatte, die mit Verspätung an diesen neuen Regeln des Wirtschaftsgeschehens teilzuhaben begannen. Dies hatte seine Ursache vor allem darin, dass

das Modell des freien Marktes, dessen Entwicklung zu Beginn der 1970er begann, es versäumt hatte, mit dem einsetzenden Reichtum „*chorreo de riquezas*“ die Kennziffern der Armut in den unterentwickelten Ländern des Südens zu senken. Diese Situation erforderte die Anwendung des Modells der so genannten „Strukturanpassungen“ durch die internationalen Organisationen, was Mitte der 1990er Jahre den Ausschlag zur Durchführung der so genannten „Reformen der zweiten Generation“ gab. Dessen ungeachtet ist das heute in vielen Ländern Osteuropas und Lateinamerikas vorherrschende neoliberale Modell hinsichtlich seiner Leitlinien annähernd unverändert geblieben: seit Entstehen seiner Theorie in den 1940ern hat es bis heute seine Grundaussagen beibehalten.

2.3.3.1 Von Hayek und die Konsolidierung der neoliberalen Vorstellungen (Exkurs)

Die Wirtschaftstheorie von Hayeks verblasste in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg im Bewusstsein der Öffentlichkeit, da nun der Keynesianismus weltweit ohne Gegengewicht das Wirtschaftsgeschehen dominierte. Allerdings begann das wirtschaftliche Denken, das als „Neoliberalismus“ bekannt werden sollte, sich durch die Emigration der Österreichischen Schule langsam zunächst in der wissenschaftlichen Welt, später innerhalb der Regierungen und der internationalen Wirtschaftsorganisationen zu verbreiten. So beginnt von Hayek von der *London School of Economics* aus, sein wirtschaftliches Denken zu verbreiten und zu vertiefen, sowie es auf andere Bereiche der Sozialwissenschaften auszubreiten. 1950 wirkt er als *Professor of Political and Moral Sciences* an der Universität von Chicago und beschließt seine akademische Laufbahn schließlich an den Universitäten von Freiburg (1962-1968) und Salzburg (1968-1977). In dieser Zeit nimmt von Hayek von der reinen Wissenschaft Abstand, obwohl er sie stets aus nächster Nähe verfolgte. Mit Schriften wie „*The Sensory Order*“ (1952) führt er sich in der Psychologie ein und bearbeitet mit Abhandlungen wie „*The Constitutions of Liberty*“ ferner Bereiche wie die politische Theorie. Zudem leistete er mit dem dreibändigen, zwischen 1973 und 1979 herausgegebenen Werk „*Law, Legislation & Liberty*“ Beiträge auf dem Gebiet der Rechtswissenschaft.

Unbestreitbar stieß von Hayek mit dem ersten Teil seiner Theorie bei den Politikern seiner Zeit in keinem der vertretenen Punkte auf Akzeptanz, da diese mehrheitlich die keynesianischen Ideen vertraten. Andererseits stieß sein kontroverses Werk „*Theorie des Sozialismus und Wettbewerbskapitalismus*“ auf Ablehnung und Geringschätzung. Hier vertraten von Hayek und von Mises die Auffassung, der Sozialismus sei als Wirtschaftssystem zum Scheitern verurteilt. Es war kein Geheimnis, dass von Hayek in jenen Jahren akademisch ein Paria war, dessen Vorstellungen bei sämtlichen Theoretikern, die in den wissenschaftlichen Publikationen der Zeit in Ansehen standen, auf Unverständnis stießen. Allerdings erlebten seine Leitlinien gegen Ende des 20. Jahrhunderts eine Renaissance aufgrund einer steigenden Inflation und bedingt durch den Umstand, dass sich der Keynesianismus in der Praxis als außerstande erwiesen hatte, Vollbeschäftigung sicherzustellen. Die Verleihung des Nobelpreises im Jahr 1974 ließ von Hayek auf dem Gebiet der Wirtschaft einen neuen Status zuteil werden.

Von Hayeks Theorie ist umfassend und greift einige traditionelle Elemente der liberalen Schule auf, die der Menschheit eine spontane Komponente bescheinigt, die sich im Tun des Menschen, namentlich im gesellschaftlichen wie politischen Handeln und in der Wirtschaft manifestiert. Aus diesem Grunde sind Verstöße gegen diese Ordnung der Ursprung aller Irrtümer, die die Menschheitsgeschichte je begangen hat. Einer der zentralen Aspekte von Hayeks Denkens ist somit die Antithese zwischen Spontaneität und Konstruktivismus (Godoy 1993: 24).

Sein Konzept der Freiheit fußt auf der maximalen Freiheit, die ein Individuum genießen kann. In diesem Sinne muss die Gesellschaft angemessene Freiräume schaffen, damit diese Freiheit nicht durch eine Beschränkung in den Bereich des Konstruktivismus gerät. Von Hayek und Keynes formulieren ihre unterschiedlichen Theorien vor dem Hintergrund der wissenschaftlichen Debatte, die sich über annähernd das gesamte 20. Jahrhundert hinzog; zweifelsohne waren es diese beiden Ökonomen, die die Wirtschaftslehre von den 1930er Jahren bis in die heutige Zeit am maßgeblichsten

prägten. Eine oberflächliche Bewertung käme eventuell zu dem Ergebnis eines Unentschiedens zwischen beiden Auffassungen: Einerseits erlebte Keynes' Theorie von dem bereits genannten Zeitpunkt ab bis Ende der 1970er ihre einflussreichste Zeit; andererseits beherrschte in der Zeit danach die neoliberale Wirtschaftstheorie, deren geistige Väter vor allem von Hayek und die jüngere Österreichische Schule waren, annähernd ausschließlich die wissenschaftliche Debatte.

In der heutigen Zeit dominiert der Neoliberalismus weiter, jedoch nicht in seinem Reinzustand, da es in denjenigen Ländern, in denen man versuchte, das Modell 1:1 umzusetzen, wie im Falle Chiles, einer autoritären Hilfestellung des Staates bedurfte. Pinochet konnte die neoliberalen Reformen, denen erst gegen Ende seiner Regierungszeit ein bescheidener Erfolg vergönnt war, innerhalb des Rahmens einer unnachgiebigen und autoritären Regierung durchführen, in welcher der Staat eine wichtige Rolle bei der Zentralisierung und Leitung der Reformen einnahm. So wurde gegen Ende der 1990er in verstärktem Maße die Aufgabe des Staates bei der Überwindung der Armut und der Verteilung des Einkommens berücksichtigt. Während die industrialisierten Staaten diese Etappe im Wesentlichen bereits bewältigt haben, waren in den Entwicklungsländern der Neoliberalismus und seine Vorschläge bisher nicht in der Lage, die dramatische Armut zu beseitigen. Aus diesem Grund musste von Hayeks Theorie um den Keynesianismus ergänzt werden, um unter Rückgriff auf den Staat die Lösung der die ärmsten Gesellschaftsteile betreffenden Probleme anzugehen.

2.3.3.2 Die Theorie ohne Alternative: Neoliberalismus und die Neoklassische Schule (Exkurs)

Hat der Neoliberalismus auch seine Wurzeln in der Österreichischen Schule, so wird er in der letzten Phase seiner Entstehung auch von der Neoklassischen Schule beeinflusst. Die Neoklassische Schule entspringt der Chicago-Schule, an der unter anderem von Hayek während einiger Jahre wirkte. Zu ihren herausragendsten Vertretern zählt Milton Friedman, der zwischen 1946 und 1976 als Professor an der Universität von Chicago wirkte und der geistige Mentor der so genannten „*Chicago Boys*" war.[114]

Die Neoklassische Schule unterscheidet sich in einigen Nuancen von der Österreichischen Schule, da die „Österreicher" die Auffassung vertreten, dass der Mensch, weniger als Mittel für bereits bestehende Ziele bereitzustellen, vielmehr beständig neue Ziele sucht und sich dabei seiner bereits gewonnenen Erfahrung und Vorstellungskraft bedient, um durch sein Handeln die Zukunft zu entdecken und zu gestalten. Der Neoklassischen Schule zufolge reagiert der Mensch dagegen passiv auf die Ereignisse (Huerta 1997).

2.3.3.3 Überblick über die Grundzüge der Neoklassischen Schule (Exkurz)

(a) Die Wirtschaft wird durch die *Entscheidungstheorie* gelenkt, d.h. die Maximierung angesichts entstehender Kosten. (b) Es gilt in diesem Zusammenhang das Prinzip der *bounded rationality.* (c) Methodischer Ansatz: methodischer, objektivistischer Individualismus. (d) Akteur der gesellschaftlichen Prozesse ist der *homo oeconomicus*. (e) Es gilt die Aussage, dass Fehlermöglichkeiten minimal sein müssen, da Entscheidungen nach dem Kosten-Nutzen-Vergleich getroffen werden. In diesem Sinne wird der unternehmerische Gewinn als Teil der Gewinne der Produktionskette aufgefasst. (f) Die Schule orientiert sich teilweise oder ganz am „*Gleichgewichtsmodell*". (g) Es wird eine Unterscheidung zwischen mikro- und makroökonomischen Gesichtspunkten getroffen. (h) Das Kostenkonzept ist objektiv und konstant und lässt sich durch ein zu ermittelndes Drittes errechnen. (i) Die Schule postuliert den mathematischen Formalismus, mit dessen Zeichentheorie die Analyse zeitlo-

[114] Milton Friedman (geb. 1912 in New York) promovierte 1946 in Wirtschaftswissenschaften an der Universität von Columbia. Ferner war er Professor an der Universität Chicago und von 1937 bis 1981 Forscher am *National Bureau of Economic Research*. Der spätere Berater in Wirtschaftsfragen von Präsident Nixon war 1967 zudem Präsident der *American Economic Association*. 1976 wurde er mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet. Friedman war der führende Vertreter der letzten Generationen der Ökonomen der Chicago-Schule. Als Verfechter des freien Marktes trat er stets gegen den Keynesianismus ein, selbst zu dessen Blütezeit während der 1950er und 1960er Jahre. Der Nobelpreis war die Würdigung seiner Ergebnisse im Bereich der Konsumanalyse sowie der Geldtheorie und -geschichte und der Darlegung der Komplexität der Stabilisierungspolitik. Sein wichtigster Vorschlag im Bereich der Inflationsbekämpfung bestand in der Beschränkung des Wachstums des Geldangebots auf eine konstante Rate.

ser, konstanter Phänomene vorgenommen wird. (j) Es gilt die Zweistufentheorie: der Theorie folgt eine empirische Überprüfung. (k) Verantwortlich für die Prognose ist der wirtschaftliche Akteur.

Derzeit ist eine Krise des Paradigmas der neoklassischen Schule sowie ein Paradigmenwechsel beobachtbar. Die jüngsten Beiträge der Schule waren die Theorie der *public choice*, eine ökonomische Analyse der Familie und des rechtlichen Rahmens, eine neoklassische Makroökonomie und eine ökonomische Theorie der Information (Huerta 1998).

2.3.3.4 Die Chicago-Schule

Wie George Stigler deutlich macht, besaß die Chicago-Schule bis Ende des Zweiten Weltkrieges keine klare wirtschaftstheoretische Linie. Ihre Professoren Frank Knight, Henry Simons und Jacob Viner konnten den liberalen Kapitalismus und eine Wirtschaft, die den Schwerpunkt noch immer auf die Rolle des Staates legte, definitorisch nicht eindeutig voneinander kontrastieren. Die übrigen Professoren wiesen durch ihre Uneinigkeit auf dem Gebiet der politischen Ökonomie ebenfalls diesen Makel auf.[115] Insofern lässt sich bis zu den 1960er Jahren kaum von einer Wirtschaftstheorie der Chicago-Schule sprechen (1992: 181-183).

Bis zu den 1960ern zeichnete sich die Chicago-Schule lediglich durch eine stark antimonopolistische Ausrichtung aus. Danach gewann die Schule durch zwei Thematiken ein plastischeres Profil: Eine bestand in dem Kriterium der Politik, die andere in der Methode des Studiums der Wirtschaft. Friedman, der sich auf dem Gebiet der politischen Ökonomie bis dato nicht durch eine herausragende Aktivität ausgezeichnet hatte, übernahm die Aufgabe, den Standpunkt der politischen Ökonomie zu verbreiten. Mit seiner Rückkehr an die Chicago-Schule 1946 ändert sich dies jedoch grundlegend. Er konzipierte die Arbeit der Schule in drei Richtungen: Innerhalb der Schule führt er eine Wiederbelebung der Beschäftigung mit der Geldpolitik ein, wird zu einem Verfechter der Politik des *laissez-faire* und entwickelt schließlich die neue Forschungsrichtung einer modernen Preistheorie.

Nach seiner Etablierung in diesen Tätigkeitsfeldern geht Friedman an die Widerlegung der Kernaussagen des Keynesianismus hinsichtlich der Fiskalpolitik und der Geldpolitik. Bei seinem Beweis der Bedeutung des Geldes gelangte er zu der Aussage, das einzig Bedeutende zur Bestimmung der Nominaleinnahmen sei das Geld, während die Inflation hauptsächlich ein Phänomen der Geldpolitik sei, da diese durch eine Erhöhung der Geldmenge über die Produktionszuwächse entstehe. Auf diese Weise würde der Staat die Geldmenge einer Volkswirtschaft festlegen; laut Friedman besteht die einzige Form, die Inflation einzudämmen, in einer Verlangsamung der Erhöhung der Geldmenge. Allerdings sei die Zügelung der Inflation unvermeidlich mit unangenehmen Nebenwirkungen verbunden.

Bezüglich der Rolle des Staates stimmen Friedman und die Chicago-Schule mit der ersten der drei von A. Smith getroffenen Aussagen überein, dass der Staat das Gewaltmonopol besitzen müsste. Hinsichtlich des Staatsbegriffs vertreten sie die Auffassung, dass der Staat die den

[115] Hierbei sind die Professoren Paul Douglas, Simeon Leland, Harry Milis, Lloyd Mints, Henry Schultz und Oskar Lange gemeint.

Menschen nächste Organisationsform sein müsste, in dem sie ihre Freiheit erschaffen. Aus diesem Grund müsse der Staat über die Sicherheit der Gesellschaftsmitglieder wachen, damit die Menschen sich nicht gegenseitig in ihrer Freiheit bedrohen. Gerade an dem Punkt kann es zu einer Einschränkung der Freiheit kommen, wenn beispielsweise durch Zwangsmaßnahmen ein Gut beschlagnahmt wird, das rechtlich gesehen privat ist. Aus diesem Grund muss der Staat sich einen rechtlichen Rahmen geben, um in gerechter Weise die freie Bewegung eines Marktes zu definieren, in welchem die Menschen zusammenleben (Friedman 1979). Smiths vierte Funktion des Staates ist nach Friedman das staatliche Chaos, da er die Definition, der Staat müsse über die unmündigen Bürger wachen, nicht teilt. Er hält diese Frage für zwiespältiger Natur, da auch die Kinder zunächst ihre Eltern haben, die für das Kindeswohl handeln müssen, was nicht das Menschsein oder die Rechte der Kinder schmälert.[116]

2.3.3.5 Die *Chicago Boys* und das Wirtschaftsmodell Chiles

Eine grobe Analyse der Wirtschaftsdaten Chiles der letzten vierzig Jahre macht deutlich, dass das so genannte „*Wirtschaftswunder*" unter General Pinochet und seinem Beraterstab in Wirtschaftsfragen, den „*Chicago Boys*", ein weiterer Mythos der Wunder ist, den die Freie Marktwirtschaft hervorgebracht hat. In einem ersten Schritt konzentrierte sich das Regime Pinochets auf die Eindämmung der Hyperinflation, die eine der Wesenszüge der Regierung Allendes gewesen war.[117] Aus diesem Grunde wurden, ohne eine klar erkennbare Strategie auf dem Gebiet der Wirtschaft, die Wirtschaftswissenschaftler der *Pontificia Universidad Católica de Chile* und vor allem ehemalige Ökonomie-Dozenten der Universität von Chicago herangezogen.[118]

Theorie und Praxis dieser Gruppe, die bis Ende der 1980er Jahre einen Monopolanspruch auf die Leitlinien chilenischer Wirtschaftspolitik erhob, bestanden allgemein formuliert in Folgendem: (a) Rückhaltlose Öffnung gegenüber Importen; (b) liberalisierung des Finanzmarktes; (c) liberalisierung der internationalen Kapitalbewegungen; (d) rückführung des Staatsapparates; (e) restriktives Vorgehen der produzierenden Unternehmen des Staates; (f) Rückübereignung vormalig beschlagnahmter Unternehmen und von Grundbesitz; (g) Privatisierung traditionell

[116] Die Chicago-Schule macht sich somit die Theorie des wettbewerbsorientierten Kapitalismus zu eigen, der der unmittelbarste Weg zur Schaffung wirtschaftlicher Freiheit sein muss und keine verzerrenden Faktoren enthalten darf, die den freien Verkehr von Waren und Dienstleistungen behindern. Diese Freiheit müsste daher Rahmenbedingungen für einen größeren Grad an politischer Freiheit erschaffen. Stigler nennt in diesem Zusammenhang drei Stoßrichtungen: Die am Wirtschaftsleben teilhabenden Konsumenten bedürfen der Werbung, um zu erfahren, welche Produkte sie erwerben sollen, und welche neuen Produkte der Markt bietet. Die Werbung hat sich somit als effizienter Träger der Information erwiesen, die die Kunden benötigen, um aus den auf dem Markt erhältlichen Produkten ihre Auswahl zu treffen; ein Umstand, der sowohl für miteinander konkurrierende Unternehmen wie auch für Monopolisten von grundlegender Bedeutung ist. Ein zweiter von der Chicago-Schule entwickelter Ansatz besteht in der Organisation der Wirtschaft, die eine Beseitigung des Wettbewerbs aus der Wirtschaft nahezu ausschließt. Schließlich stützt sich die Chicago-Schule in einem dritten Aspekt auf die Theorie der öffentlichen Beziehungen; so wurden Studien positivistischer Ausrichtung unternommen, um die Gründe für Initiativen zur Regulierung und deren tatsächliche Auswirkungen zu untersuchen (Stigler 1992: 194-195).

[117] Im Jahr 1973 erreichte die jährliche Inflation Werte von 600%, in den letzten vier Monaten der Regierung Allendes hätte die Inflationsrate auf das gesamte Jahr hochgerechnet 700% betragen. (Ffrench-Davis 1999: 27).

[118] Nicht alle der chilenischen Alumni des Postgraduiertenstudiums an der Chicago-Schule blieben der Gruppe treu, die die neoliberale Politik in Chile verteidigte oder anwandte. Roberto Zahler, der diese politisch-ökonomische Denkrichtung kritisiert, hält eine Verknüpfung der modernen Ökonomie mit dem Liberalismus und umgekehrt für eine Fehlentwicklung (Zahler 1982: 14), eine Meinung die von dem Christdemokraten Ffrench-Davis, Doktor der Wirtschaftswissenschaften und Dozent an der Chicago-Schule, geteilt wird.

staatseigener Unternehmen; (h) Außerkraftsetzung beinahe der Gesamtheit der traditionellen Rechte; und (i) Steuerreform, die den Anteil direkter Steuern drastisch senkte und eine stärkere Staffelung vorsah.

2.3.3.6 El ladrillo[119]

Um das Jahr 1972 arbeiteten Wirtschaftswissenschaftler der *Pontificia Universidad Católica de Chile* und der *Universidad de Chile* an einem Dokument das den Titel „*El ladrillo*" erhalten sollte. Die Mitglieder dieses Gremiums wiesen sich dadurch aus, dass sie zur Opposition gegen die zu jener Zeit regierende *Unidad Popular* unter der Führung Salvador Allendes zählten. In diesem Kreis fanden sich Mitglieder oder Sympathisanten der christdemokratischen Partei wie auch der Parteien der Rechten. Ihr gemeinsamer Nenner bestand in der Hoffnung, nach der Regierung Allendes und dem als annähernd gesichert angesehenen Sturz der politischen Kräfte der Linken, würde eine wie auch immer geartete Regierung dieses Wirtschaftsprogramm mit der Bezeichnung „*ladrillo*" in die Praxis umsetzen.[120]

Die Redakteure dieses Dokuments gingen davon aus, Allende würde entweder einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik herbeiführen, oder der Staatsstreich wäre die unausweichliche Folge (Delano/Traslaviña 1989: 23). Die erste Phase bestand im Zusammentragen von Informationen und der Koordination der Arbeitsweise des Stabes. Ein beachtlicher Teil der zusammengetragenen Informationen wurde den Oppositionsparteien übermittelt, um ihnen Kriterien für eine fundierte Auseinandersetzung mit der Argumentationsführung von Allendes Regierung in der Wirtschaftspolitik zu liefern.

Die Zusammenkunft von Orlando Sáenz mit wichtigen Vertretern der Opposition, um für die politische Unterstützung des Dokuments zu werben, läutet eine zweite Etappe ein. Das Treffen, an dem Eduardo Frei Montalva, Sergio Onofre Jarpa, Jaime Guzmán, Pablo Rodriguez Grez und Julio Durán teilnahmen, fand im Haus von Sáenz statt. In jener Nacht gelangte man zu der Entscheidung, die Dokumente sorgfältig zu prüfen. Dies geschah hauptsächlich auf das Drängen Freis hin, der bei dieser Gelegenheit von den Geschehnissen Kenntnis erhielt und vorher nicht im Mindesten über die Verbindung dieser Gruppe mit der chilenischen Marine informiert war.

Das Dokument kam zu der Diagnose, die schlechte wirtschaftliche Verfassung, in der sich

---

[119] El ladrillo = der Backstein.

[120] Die Initiative für den *ladrillo* ging indirekt von der chilenischen Marine aus, was nicht allen Mitgliedern der Gruppierung bekannt war. Dem Kreis gehörten auf Einladung des Offiziers der Marine a. D. Roberto Kelly unter anderem der Ökonom und Soziologe Emilio Sanfuentes an, dem die Gruppierung den Auftrag gegeben hatte, für den Fall eines Staatsstreichs ein Wirtschaftsprogramm zu entwerfen. Sanfuentes war verantwortlich für die Gewinnung der Wirtschaftswissenschaftler wie Juan Braun und Pablo Baraona; letzterer erhielt seine akademische Ausbildung Ende der 1950er Jahre in Chicago und gehörte zu den ersten *Chicago Boys*. In der Zeit der Diktatur übte er das Amt des Präsidenten der Zentralbank aus, zweimalig das des Wirtschaftsministers sowie einmal das Amt des Ministers für Bergbau. Zum *ladrillo* gehörten ferner Manuel Cruzat, Besitzer eines der wichtigsten Konzerne des Landes, Juan Villarzú (DC), der unter Pinochet vorübergehend das Amt des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses wahrnahm, José Luis Sabala (DC), Sergio Undurraga (PN), Álvaro Vardon (DC), der sich später von der PDC distanzieren und wichtige Ämter in der wirtschaftlichen Verwaltung der Diktatur übernehmen sollte sowie als einflussreichstes Mitglied schließlich Sergio de Castro, der die Sitzungen leitete. Während der Diktatur war er Berater in Wirtschaftsfragen, und Wirtschafts- sowie Finanzminister. Der Versammlung wohnten ferner Andrés Sanfuentes (DC), Jorge Cauas und Alberto Baltra bei. Die Gruppe bestand aus 36 Mitarbeitern.

das Land befand, sei die Folge der schlechten Lenkung der Wirtschaft durch die Regierung der *Unidad Popular* sowie des endemischen „*estatismo asfixiante*“ der chilenischen Wirtschaft, unter dessen Vorzeichen das Land seit der Wirtschaftskrise der 1930er Jahre stand; all dies zum Nachteil der unterprivilegierten Schichten, die das äußerst schleppende Wirtschaftswachstum zu einem Leben im Elend verurteilte. Die von der Gruppe dringend ausgesprochene Empfehlung lag entsprechend in einer Dezentralisierung der Wirtschaft. In diesem Sinne, so die Gruppe weiter, führe der enorme staatliche Zentralismus in der Planung und Ausführung der Wirtschaftspolitik zu größeren Freiräumen bei der Preisgestaltung, einer verstärkten Gewährung von Subventionen und der direkten Kontrolle des Marktes. Diese unmittelbare Intervention des Staates sei ein deutliches Beispiel für Ungleichgewichte und Ungerechtigkeiten (Delano/Traslaviña 1989: 26-27). Die von der *Oficina de Planificación Nacional* (ODELAN) später aufgegriffenen Vorschläge bestanden unter anderem in einer Reform des Wohlfahrtssystems (Huneeus 2000: 407).

2.3.3.7 Die *Chicago Boys* und das Pinochet-Regime

Chile ist das erste Land der Welt, das eine umfassende Umsetzung des neoliberalen Modells in Angriff nimmt. So wie in diesem Land das sozialistische Experiment existierte, das die chilenische Wirtschaft hin zu einer zentralisierten Planwirtschaft umgestalten wollte und der Staat sämtliche Schlüsselbereiche der Wirtschaft besetzen sollte und damit den Privatsektor von der Teilnahme am Wirtschaftsgeschehen ausschließen wollte, so existierte mit dem neoliberalen Experiment das andere Extrem der Wirtschaftstheorie, das annähernd sämtliche vom Staat unternommenen wirtschaftlichen Aktivitäten zunichte zu machen beabsichtigte. Die praktische Umsetzung dieser Wirtschaftspolitik lag in den Händen von Pinochets Beraterstab in Wirtschaftsfragen, den *Chicago Boys*.

Nach dem Militärputsch übernehmen die *Chicago Boys* graduell, zunächst durch Sergio de Castro, den Wirtschaftsberater des von den Militärs eingesetzten Wirtschaftsministers Fernando Léniz, die Kontrolle über die chilenische Wirtschaft.[121] Im Laufe der Zeit reklamieren die *Chicago Boys* eine immer aktivere Rolle in der Konzeption der Wirtschaftspolitik. So gab es innerhalb der ersten Regierung einige christdemokratische Wirtschaftswissenschaftler, die in der Militärregierung zweitrangige Positionen vor allem mit dem Ziel besetzten, die Wirtschaft durch stufenweise Veränderungen, die einen geordneten Übergang zur Marktwirtschaft unter Beibehaltung einer tragenden Rolle des Staates ermöglichen sollten, auf mehr Freiheit auszurichten. Die Mitglieder der DC verließen jedoch bald die Regierung; einerseits, da sie nicht vollends mit der betriebenen Wirtschaftspolitik übereinstimmten, vor allem aber, da sie zu der Einsicht gelangten, die Militärs würden sich nicht ohne Weiteres in die Kasernen zurückziehen. Andrés

[121] Fernando Léniz tritt sein Amt am 11.10.1973 an. Die Ministerien wurden nach dem Putsch von Angehörigen der Streitkräfte besetzt, und obwohl es später zu Wechseln kam, übernahmen die Militärs bis weit in die 1970er Jahre die Mehrheit der Ministerien und dominierten sie.

Sanfuente und JuanVillarzú traten aus der Regierung zurück; Jorge Cauas, Alvaro Bardón und José Piñera, die sich in einem schrittweisen Prozess von ihrer christdemokratischen Vergangenheit lösten, verblieben dort.

2.3.3.8 Die Wirtschaftspolitik der *Chicago Boys*

Die Stabilitätspolitik der *Chicago Boys* wurde mit Ausnahme einiger noch an der *Unversidad Católica* und der *Universidad de Chile* tätigen christdemokratischen Ökonomen ohne jedes Gegengewicht durchgeführt. Die Massenmedien ihrerseits überschütteten die Handhabung der Wirtschaft durch diese jungen Wirtschaftswissenschaftler mit Lob (Huneeus 2000: 407). Die von den *Chicago Boys* in den ersten Jahren betriebene Schockpolitik zeitigte nicht die erhoffte Wirkung; im Gegenteil verschlechtert sich das Panorama, wie die folgende Grafik zeigt:

Tabelle 3: Wirtschaftliche Indikatoren der *Chicago Boys*

Wirtschaftliche Indikatoren	1974	1975
Jährliche Preissteigerung (a) in %	375,9	340,7
Arbeitslosigkeit (b) in %	9,1	17,6
Lohnniveau (100 = 1970) (a)	61	59,9
Privatverbrauch pro Einwohner in Pesos (1977) (c)	20.284	17.667
Zuwachs BIP (c) in %	1	-12,9
Produktion Industriegüter (100 = 1978) (d)	107,5	77,3
Bruttovolumen Ersparnisse in Mio. Pesos (c)	74.884	35.479
Saldo Zahlungsbilanz in Mio. Dollar (c)	-55	-344
Haushaltsdefizit in Mio. Dollar (e)	1.146	247
Exporte in Mio. Dollar (c)	2.152,5	1552,1
Importe in Mio. Dollar (c)	2,412,9	1338,2
Öffentliche Auslandsschulden in Mio. Dollar) (c)	3.583	3.597
Private Auslandsschulden in Mio. Dollar (c)	443	670
Devisenreserven in Mio. Dollar (c)	94	-129,2
Sozialausgaben in Mio. Dollar (c)	28,07	19,47

Quelle: Cavallo/ Salazar/ Sepúlveda (1997: 81)
(a) INE, (b) *Universidad de Chile*, (c) Zentralbank, (d) INE/ SOFOFA, (e) Finanzministerium

Vorstehende Grafik verdeutlicht das Ausbleiben der erhofften Entspannung der wirtschaftlichen Lage trotz der von den *Chicago Boys* auf dem Gebiet der Wirtschaft betriebenen Schockpolitik. Ungeachtet der wenig positiven Ergebnisse setzten die *Chicago Boys* ihren Weg der möglichst weit reichenden Liberalisierung der chilenischen Wirtschaft fort. Unterstützung erhielten sie dabei von ihrer ideologischen „Lichtgestalt“ Milton Friedman, der Chile zusammen mit Arnold M. Haberger 1975 besuchte.[122] Wenngleich Friedman die Bedeutung seines Besuchs in Chile herunterspielen wollte, so stand seine Anwesenheit doch für eine Bekräftigung des Modells, das bis dato keine positiven Resultate hatte vorweisen können. Im Rahmen seines sechstägigen Besuchs leitete er eine Konferenz in der *Universidad Católica* und traf sich mit Pinochet (Interview mit Friedman 2002). Der von den *Chicago Boys* umgesetzte Neoliberalismus erstreckt sich zusammenfassend auf drei strategisch wichtige Bereiche der Wirtschaft (Exkurs):

[122] Letzterer stand mit den chilenischen *Chicago Boys*, insbesondere mit Sergio de Castro, in direktem Kontakt.

Antiinflationspolitik[123]

Im Jahr 1976 wurde die Geldpolitik zu einem Instrument zur Eindämmung der Inflation. Im September 1973 hatte die Inflation trotz der bis dato für die Wirtschaft verantwortlichen Regierung Allendes und einer strikten Kontrolle der Preise für Güter und Dienstleistungen öffentlicher wie privater Unternehmen einen Wert von 400% erreicht.[124] Nach dem Putsch wurde eine Liberalisierung der Preise begonnen, womit die Inflation bis zum Jahresende auf 590% emporschnellte.[125] Später hielt sich die jährliche Inflation trotz einer restriktiven Geldpolitik und eines inzwischen ausgeglichenen Haushaltsdefizits (Tabelle 3) immer noch auf durchschnittlich 300%.[126] Um die Jahresmitte 1976 erkannte der wirtschaftliche Beraterstab, dass sich das Rezept der Kontrolle der Geldmenge als außerstande erwiesen hatte, das Problem der Inflation zu lösen.

Der Wandel in der Wirtschaftspolitik bringt jedoch keine wesentliche Veränderung hervor, da er im Einklang zu den obigen Ausführungen lediglich eine Regulierung hin zu einem konditionierten Wechselkurs beinhaltet,[127] die lediglich zu einer Senkung der Kosten für importierte Güter führt. Im Juni 1976 und März 1977 wurden die ersten Aufwertungen der Wechselkurse vorgenommen, womit der vom wirtschaftlichen Beraterstab des Militärregimes ersehnte Erfolg eintrat. Mit der ersten Absenkung sank die jährliche Inflation auf unter 100%, die zweite drückte die Inflationsrate auf unter 60%. Mit der Einfrierung der Wechselkursraten im Jahr 1979 erlebt diese Politik eine Konsolidierung. Zu jenem Zeitpunkt lag die Inflation knapp unter 30%. Diese Entwicklung, die als wirtschaftlicher Erfolg der Wirtschaftspolitik des Militärregimes ausgegeben wurde, hatte jedoch über sechs Jahre in Anspruch genommen. Sechs Jahre hatte die Erreichung eines Ziels gedauert, dessen Erfolg nicht immer fest stand. Sechs Jahre hatte eine chilenische Regierung benötigt, um am Ende ihrer Mandatszeit nennenswerte Ergebnisse vorlegen zu können; sechs Jahre, die einen hohen gesellschaftlichen Tribut gefordert hatten. Dessen ungeachtet gerät die chilenische Wirtschaft im Jahr 1982 aufgrund der weltweiten Rezession, wie das Regime behauptet, erneut in die Krise. Die Rezession wirkte sich vor allem auf die lateinamerikanischen Volkswirtschaften aus: im Falle Chiles lag die Inflationsrate über Monate im negativen Bereich, dennoch war ein Rückgang der Verkaufszahlen, der Produktion und der Beschäftigung zu verzeichnen. Diese Situation bedeutete eine Strangulierung der kleinen und mittelständischen Unternehmen aufgrund einer stetig wachsenden Schuldenbelastung, die die Kredite auf Hochzinsniveau mit sich brachten. Ab Mitte des Jahres 1982 schließlich trat eine Phase der Preissteigerung ein, die unter der der entwickelten Länder lag, zusätzlich zu massiven Abwertungen, die den Peso inmitten einer allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Krise über 70% seines Wertes einbüßen ließen. (Ffrench-Davis 68-71).

Reform des Finanzsystems

Bis zum Staatsstreich befanden sich die Handelsbanken als Folge des von der Regierung Allendes verfolgten Prozesses der Verstaatlichung mehrheitlich in den Händen des Staates. Im Laufe des Jahres 1975 wurden die meisten Banken mit Ausnahme der *Banco de Estado*, die sich seit ihrer Gründung im Jahre 1953 in Staatsbesitz befand, privatisiert. Ferner wurde die Schaffung privater Finanzunternehmen gestattet, die finanzielle Mittel einnehmen und verleihen durften und zudem ihre Zinssätze selbst festlegen konnten; in gleicher Weise wurde es internationalen Banken erlaubt, in Chile tätig zu werden.[128]

Über einen Zeitraum von sieben Jahren bedeutete die Finanzreform die Möglichkeit, die Zinssätze vorherzusagen. Man erhoffte sich aus diesem Grunde, der freie Markt würde zur Angleichung interner und externer Zinssätze führen, was jedoch nicht eintrat: Allein zwischen 1980 und 1981 variierten die internen und externen Zinssätze um 20%. Dies hatte, wie Ffrench-Davis bekräftigt, zur

[123] Für eine vollständige Analyse der Antiinflationspolitik des Pinochet-Regimes siehe auch: Corbo 1985; Ffrench-Davis 1999; Foxley 1980, 1982; Foxley/Aninat/Arellano 1980 und Ramos 1975.

[124] Siehe hierzu: Bitar 1979.

[125] Zu den Inflationswerten siehe: Cortázar und Marschall 1980.

[126] Die restriktive Geldpolitik wirkte sich mehr auf andere Wirtschaftsbereiche denn auf die Preissteigerung aus. So fiel die Produktion von Industriegütern um 28%, das BIP fiel ebenfalls um 17%, die Arbeitslosenquote stieg mit Einberechnung des PEM auf 20%. Der PEM (*Plan de Empleo Mínimo*) bestand in einem Notprogramm, um die Arbeitslosigkeit abzubauen. Hierzu wurden im Jahre 1981 1300 Pesos monatlich (damaliger Gegenwert 33,3 US-Dollar) ausgezahlt. Im Jahr 1975 hatten Löhne und Gehälter 40% ihrer realen Kaufkraft eingebüßt (Ffrench-Davis 1998: 68).

[127] Dies bedeutete, dass für jeden im Land befindlichen oder ins Land eingeführten Dollar, weniger chilenische Pesos ausgezahlt wurden.

[128] 1982 waren 19 ausländische Banken in Chile ansässig, die jedoch nur 10% des Anlagevermögens des Finanzsystems ausmachten.

Folge, dass „…quisiéramos ofrecer a los que en horas tan difíciles han echado sobre sus hombros la pesadísima responsabilidad de guiar nuestros destinos, toda nuestra desinteresada colaboración.“ (Cavallo 1988: 15/Cancino1997: 24)

Rückhaltlose Öffnung nach außen

Sämtliche Erzeugnisse, die ins Land eingeführt wurden, wurden durch die Einführung eines einheitlichen Zollsatzes von 10% dogmatisch liberalisiert. Vor diesem Hintergrund stiegen sowohl Importe wie Exporte und verzweigten sich in beide Richtungen. Verglichen mit 4% im Jahr 1974 betrug der Anteil der Exporte am BIP im Jahr 1980 20%. Die steigenden Exportzahlen gingen jedoch nicht mit einer steigenden Investitionstätigkeit einher, die im Gegenteil historische Tiefstwerte erreichte; ebenso fanden sie ihren Ausdruck in den Beschäftigungszahlen: mindestens ein Drittel der chilenischen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter war nach Angaben des damaligen Regimes arbeitslos. So konnte der Anstieg der Exportzahlen von vielen Menschen nicht genutzt werden und wirkte sich stattdessen nachteilig auf die kleinen und mittelständischen Unternehmen aus. Die geringe inländische Investitionstätigkeit vollzog sich vor allem im Bereich von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, womit für wirtschaftliche Betätigungen, die mit der Schaffung von Mehrwert einhergingen, nur sehr wenig finanzielle Mittel zur Verfügung standen (Ffrench-Davis 1998: 74ff.).

2.3.3.9 Der Mythos vom Wirtschaftswunder[129]

Wie im Zuge dieser Untersuchung belegt wurde, lässt sich hinsichtlich des Verlaufs – nicht des Endes – der Diktatur ein derartiges Wirtschaftswunder in der chilenischen Wirtschaft nicht belegen, da weder die Wirtschaftsdaten ein solches Urteil zulassen, noch die zu jener Zeit beobachtbaren Abläufe dieses Wunder belegen würden. Milton Friedman rühmte das chilenische Modell und kam zu der Aussage die chilenische Wirtschaft – vor allem in Bereichen wie der Inflation – hätte ihren Erfolg den *Chicago Boys* zu verdanken. Obwohl die Inflationsrate sich zur Zeit seines Besuchs über 300% bewegte, äußerte sich Friedman lobend über die Wirtschaftsführung. Löhne und Gehälter waren um über 35% gesunken: Friedman lobte die Wirtschaftsführung. Im Jahr 1981 sprachen die „offiziellen“ Arbeitslosenstatistiken einschließlich des PEM von einer Arbeitslosenquote von 31%, usw. Es ließe sich eine lange Liste von Indikatoren und Daten anfügen, die glaubhaft belegen, dass das Wunder allenfalls in der erfolgreichen Propaganda bestand, die die Militärregierung betrieb, und die vielerorts den Glauben entstehen ließ, Chile sei es wirtschaftlich zu keinem Zeitpunkt so gut ergangen wie unter der Herrschaft des Militärs. Man mag dem Verfasser der vorliegenden Arbeit den Vorwurf machen, er habe die angeführten Zahlen mit Vorbedacht ausgewählt, um die auf den kommenden Seiten folgenden Feststellungen zu belegen.

Dem ließe sich entgegenhalten, dass es in diesem Zusammenhang sicherlich nicht erforderlich ist, weitere Information zu liefern, da die vom Autor dargelegten Erkenntnisse durch eine Vielzahl von Untersuchungen hinreichend belegt sind. Da allerdings der Thematik des Neoliberalismus in dieser Studie besondere Beachtung geschenkt wird, und die von dem Militärregime verfolgte und von den *Chicago Boys* konzipierte Wirtschaftspolitik häufig als Erfolgsgeschichte des Neoliberalismus angeführt wird, soll an dieser Stelle ein grober Vergleich der wirtschaftli-

chen Situation unter Pinochet und der unter den Präsidenten Frei Montalva und Aylwin Azocar angestellt werden. Ein Vergleich der durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten des BSP im Zeitraum zwischen 1964 und 1970 in Höhe von 4,2% und dem Mittel des Zeitraumes von 1974 bis 1989 von 3,4% ergibt einen Rückgang von 0,8%. Berücksichtigt man, dass der Zuwachs des Pro-Kopf-Einkommens in besagten Vergleichszeiträumen 2,1% und 1,7% beträgt, wird das Wirtschaftswunder in einem weiteren Bereich in Frage gestellt. Legt man andererseits als Indikator das Verhältnis des Bruttoanlagevermögens und des BIP zugrunde, so ergibt sich für den Zeitraum von 1974 bis 1989 ein Mittel von 15,5%, gegenüber einem Wert von 20,2% für den Zeitraum von 1964 bis 1970 (Arrizabalo 1993: 8).

Hinsichtlich des Grades der Industrialisierung, verstanden als die Wirtschaftsleistung der herstellenden Industrie, am gesamten BIP ist für den Zeitraum von 1974 bis 1989 ein Index von 21% verglichen mit den zwischen 1964 und 1970 erreichten 24,3% zu verbuchen. In diesem Sinne betrug die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate der Industrieproduktion im Zeitraum von 1974 bis 1989 2,4%, während im Zeitraum von 1964 bis 1970 das jährliche Wachstum 5,4% betrug. Für die Verfechter der „Leistungen der Militärregierung" war die Inflation stets einer der herausragenden Faktoren, mit denen das Wirtschaftswunder und der Erfolg auf dem Gebiet der Wirtschaft belegt werden sollten. Allerdings betrug die jährliche Inflationsrate von 1974 bis 1989 jährlich 91,1%, verglichen mit Werten von beispielsweise 21,7% für den Zeitraum von 1932 bis 1960 oder 27,1% für den Zeitraum von 1961 bis 1970.

Die Möglichkeit des Verbrauchers, finanzielle Mittel zu akquirieren, sank, gemessen am Wert von 1970, im Zeitraum von 1974 bis 1989 um 11,3%. Legt man für den privaten Verbrauch von 1970 einen Wert von 100 zugrunde, ergibt sich für den Zeitraum von 1974 bis 1989 eine Quote von 90,6, was einen Rückgang des privaten Verbrauchs um 9,4% bedeutet. Die Arbeitslosenquote hingegen belief sich zwischen 1964 und 1970 im Mittel auf 6,4%, verglichen mit einem Wert von 16,7% für die Zeit von 1974 bis 1989, wobei die Arbeitslosenzahlen in kritischen Augenblicken wie dem bereits erwähnten Jahr 1982 Werte von 31% erreichten. Der Anteil der Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze lebten, betrug 20% d.h. 17% der privaten Haushalte. Im Jahr 1987 galt dies für 44,6% der Menschen oder 38,2% der Haushalte. Sicherlich wird das Wirtschaftswunder mit den letzten Jahren der Diktatur in Verbindung gebracht, in denen das jährliche Wirtschaftswachstum 6,6% erreichte; verglichen mit den unter Präsident Aylwin erzielten Ergebnissen liegen diese Daten jedoch deutlich unter der Wirtschaftsleistung, die während des Übergangs zur Demokratie zu verzeichnen ist.

[129] Die Mehrheit der an dieser Stelle gelieferten Daten wurden von der chilenischen Zentralbank, der CEPAL und dem chilenischen Wirtschaftsministerium zur Verfügung gestellt, andernfalls ist die Quelle benannt.

Tabelle 4: Makroökonomische Wirtschaftsdaten[130]

Produktion	**1984-1990**	**1990-1995**
Wachstumsrate BIP in %	6,6	7,8
Wachstumsrate BIP pro Kopf in %	4,8	6,1
Arbeitslosigkeit	**1984-1990**	**1990-1995**
Arbeitslosenquote	11,5	7,4
Reallöhne und Produktivität	**1984-1990**	**1990-1995**
Jährliche Zuwachsrate der Reallöhne	1,0	4,3
Wachstumsrate BIP/Beschäftigung	1,4	5,0
Inflation	**1984-1990**	**1990-1995**
Inflation (Jahresmittel)	20,3	15,9
Investitionsströme [131]	**1984-1990**	**1990-1995**
Nettoinvestitionsströme	3.679,5	8.991,9

Hinsichtlich der Armutsindikatoren beträgt der Anteil der Menschen, die in Armut leben, gegen Ende der Diktatur im Frühjahr 1990 38,6%, wobei 12% der Menschen unterhalb der Armutsgrenze leben; bezogen auf die Haushalte bedeutet dies einen Anteil von 33,3% bzw. 10%. Gegen Ende der Regierungszeit Aylwins war die Armut auf einen Anteil von 27,5% der Bevölkerung und die Zahl der Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze lebten, auf 7,6% zurückgegangen, entsprechend 23,2% bzw. 6,3% der Haushalte. Um diesen Teil zum Abschluss zu bringen, sollen im Folgenden die sozioökonomischen Variablen in einer Übersicht dargestellt werden, die belegt, dass das Wirtschaftswunder im Sinne einer konsolidierten chilenischen Wirtschaft nicht existierte.

Tabelle 5: Sozioökonomische Variablen im Vergleich

	Alessandri 1959-1964	Frei M. 1965-1970	Allende 1971-1973	Pinochet 1974-1989	Aylwin 1990-1993	Frei R-T 1994-1998
Wachstumsrate BIP a	3,7	4,0	1,2	2,9	7,7	6,9
Exportwachstum b	6,2	2,3	-4,2	10,6	9,6	10,1
Inflationsrate c	26,6	26,3	293,8	79,9	17,7	6,9
Arbeitslosenquote	5,2	5,9	4,7	18,1	7,3	6,8
Reallöhne (1970 = 100)	62,2	84,2	89,7	81,9	99,8	121,6
festverzinste Bruttoinvestition (in % des BIP) In Pesos von 1986 In Pesos von 1977	- 20,7	- 19,3	- 15,9	18,0 15,6	24,6 19,9	30,6 24,5
Haushaltsüberschuss (in % des BIP)	4,7	-2,5	-11,5	0,3	1,7	1,8

bis 1977 in Pesos von 1977, von 1985 bis 1998 in Pesos von 1986 Exporte von Waren und Dienstleistungen für den Zeitraum von 1959 bis 1986 in Pesos von 1977; für den Zeitraum von 1986 bis 1998 in Pesos von 1986 Kalenderjahr
Quelle: Ffrench-Davis (1998:24)

2.4 Wirtschaftliche Strukturreformen: Ursprung und Konsolidierung der Marktpolitik

Die Ereignisse der letzten 25 Jahre in Lateinamerika lassen sich, wie im Laufe der vorliegenden Abhandlung deutlich wurde, kurz und prägnant durch den Prozess des Übergangs zur De-

[130] Die Daten wurden vom chilenischen Wirtschaftsministerium zur Verfügung gestellt (1983 = 100%)

mokratie und der Durchführung der wirtschaftlichen Reformen mit der nachfolgenden Konsolidierung der Marktwirtschaft zusammenfassen. Dieser Prozess wurde vereinzelt von einer sozialen Komponente und in der Mehrheit einer liberalen Ausrichtung begleitet.

Besagte Reformen, deren Durchführung in der Region mehrheitlich ab den 1980er Jahren einsetzt, sind das Ergebnis der schweren Finanzkrisen, die die lateinamerikanischen Regierungen durchlebten wie auch der negativen Handelsbilanz, die allgemein für die Region charakteristisch war und die sich für Lateinamerika in einer wachsenden Auslandsverschuldung auswirkte (Weltbank 1993).[132] Angesichts dieser Umstände führten die Regierungen jener Zeit, die in der Mehrheit jungen Demokratien vorstanden, unter der Aufsicht und den Vorgaben des IWF die so genannten wirtschaftlichen Strukturanpassungen oder neoliberalen Reformen durch (Haggard 1998).[133]

2.4.1 Phasen und Ansätze der Strukturreformen

Der langwierige Prozess der wirtschaftlichen Reformen lässt sich in verschiedene Phasen unterteilen: so bestand die erste Etappe in einem Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik, um der Krise wirkungsvoll zu begegnen. Diese Politik konzentrierte sich auf makroökonomische Aspekte, den Ausgleich der Zahlungsbilanz wie auch auf eine Umstrukturierung steuerlicher Anreize und die Neuordnung der Preise (Haggard 1998). Mit Ausnahme der Privatisierungen zielte diese Art von Strukturreformen nicht auf institutionelle Gesichtspunkte ab (Haggard/Kaufman 1992). Die zweite Phase der Reform beginnt in den frühen 1990er Jahren und brachte der Region mehrheitlich institutionelle Reformen, die bisher nicht abgeschlossen wurden und deren Effektivität bisher nicht bewiesen ist.

2.4.2 Ansätze der Strukturreformen

Zu besagten beiden Reformabschnitten existieren mindestens zwei Ansätze hinsichtlich ihrer Entwicklung in den verschiedenen Ländern Lateinamerikas. Die Strukturreform ist per se eine Reform, die den Staat als Ganzes betrifft, vor allem aber seine Position gegenüber der Wirtschaft. Ein erster Ansatz ging davon aus, dass eine Reform des Staates eine Rückführung der Rolle des Staates in Wirtschaftsfragen bedeutete; dies vor allem im Bereich der Regulierungen, wo Staat bzw. Regierung sich nicht in die Angelegenheiten des Marktes einmischen sollte, sondern ihn lediglich im geringstmöglichen Maß regulieren und darüber hinaus die Variable „Effi-

---

[131] In Mrd. US-Dollar.

[132] Dies gilt außer für Chile nicht für Kolumbien und Uruguay; in diesen Ländern beginnt in den 1970er Jahren eine Liberalisierung der Wirtschaft (Vos 1995; Taylor/Vos 2001).

[133] Unter Strukturanpassung sei verstanden: „el paquete de reformas políticas ortodoxas que incluyen la estabilización macroeconómica, con énfasis el la política monetaria fiscal, en la liberalización de los mercados de bienes y de capital mediante la desregulación y reducción de barreras y controles externos, y en la privatización de empresas estatales.“ (Haggard/ Kaufman 1995: 355) Hinzu kommt in einigen Ländern die Deregulierung der Finanzmärkte, *mercado impositivo* und des Arbeitsmarktes (Taylor/Vos 2001: 23).

zienz in der bürokratischen Verwaltung des Staates“ einbringen sollte. Dies bedeutete eine Umorientierung bei den Ausgaben der öffentlichen Hand hin zu mehr Transparenz. Ferner gehörte dazu die Privatisierung einer Reihe von Aktivitäten, die traditionell dem Staat vorbehalten waren und enthielt schließlich eine Verbesserung der vom Staat erbrachten Dienstleistungen oder die Verlagerung ihrer Erbringung auf externe Dienstleister, um dem Bürger effizienter dienen zu können. Dieser Ansatz entsteht vor allem als Folge der tief greifenden Finanzkrise und stellt eine politische Antwort dar, die sich die konservative Vorstellung einer klar umrissenen Funktion des Staates zu Eigen macht (Haggard 1998).

Ein zweiter Ansatz geht davon aus, dass die Reform des Staates eine gezielte Ausweitung der vom Staat wahrgenommenen Aktivitäten einschließt. Die 1980er Jahre, das so genannte verlorene Jahrzehnt Lateinamerikas, führen zu einem Rückstand in der Ausstattung mit öffentlichen Gütern wie auch zu hohen Kosten bei deren Verteilung. Dies fand seinen Widerhall in der Infrastruktur, der Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der grundlegenden Dienstleistungen (Gesundheit, Erziehung und Bildung oder Wohnungsbau), Arbeitslosigkeit, Verteilung der Einnahmen oder der Armut (Nohlen/Thibaut 1995a, Nohlen/Nuscheler 1995, Haggard/Kaufman 1995, Bradford 1994, Grosh 1990). Dieser Ansatz richtete sein Augenmerk auf die Macht des Staates, den Markt zu regulieren, einschließlich der Überwachung der Finanzmärkte, Tarifabkommen, Existenzgründungen und Umweltschutz. Dieser Ansatz orientiert sich eher am Modell des europäischen demokratischen Sozialstaats und den eben industrialisierten Staaten Südostasiens. Mehr noch als lediglich einen ökonomischen Ansatz schlägt er für die Reform eine politische Formel vor (Nohlen/Thibaut 1995a, Haggard 1998).

Die Wirkung des dritten Ansatzes ist bisher nicht erwiesen und lediglich in der einschlägigen – vor allem nordamerikanischen – Literatur entwickelt. Seine Aussage kehrt vor allem den politischen Aspekt heraus (O’Donnell 1992, 1994; Bresser/Maravall/Przeworski 1993; Przeworski/Stokes/Buendia 1997) und lastet das Scheitern der Reformen im Kern der Tatsache an, dass diese von Präsidenten durchgeführt wurden, ohne die entsprechenden Interessengruppen und vor allem die Bürger zu konsultieren, die den ab Anfang der 1980er Jahre ablaufenden Prozess des politischen wie wirtschaftlichen Wandels noch nicht verinnerlicht hatten. In dieser Reform fand nur in geringem Ausmaß eine Kontrolle der Konzerne statt. Im Allgemeinen führten die Privatisierungen nicht zu einem effektiven Rückfluss der vom Staat investierten Mittel, geschweige denn zu einer wirksam und sozial gerechten Verteilung derselben. Milde ausgedrückt wurden sie weder in strukturelle Verbesserungen des Staates noch im sozialen Bereich investiert. Die Reform des Staates war nicht nur eine Frage der Wirksamkeit, sondern zudem der „*accountability*“ (Haggard 1998).

2.4.3 Der Washington Consensus

Mitte der 1980er Jahre befand sich Lateinamerika in einer tief greifenden Wirtschaftskrise: das Wachstum war zum Erliegen gekommen und hatte die Region in eine schwere Rezession gestürzt, was den Terminus des „verlorenen Jahrzehnts" entstehen ließ. Zum Neoliberalismus gab es keine Alternative, da sämtliche wirtschaftlichen Maßnahmen, mit denen Regierungen wie Sarney in Brasilien, Alfonsín in Argentinien, Lusinchi in Venezuela, De la Madrid in Mexiko oder Alan García in Peru eine interventionistische Wirtschaftspolitik betrieben hatten, kläglich gescheitert waren. Lateinamerika stand also Lösungsansätzen mit dem Ziel, die Wirtschaftskrise des verlorenen Jahrzehnts zu mildern, offen gegenüber.

Ende 1989 erarbeitete John Williamson mit den Lösungsansätzen, die die Bezeichnung „Washington Consensus"[134] erhielten, eine Reihe von Wirtschaftsreformen, die die Mächtigen in Washington den lateinamerikanischen Ländern nahe legten. Williamson zufolge besaß diese Auflistung keinen normativen Charakter, sondern gründete sich auf die Erarbeitung von Elementen wirtschaftlicher Gerechtigkeit, wofür sämtliche Faktoren und Indikationen von der Liste gestrichen wurden, die umverteilt werden konnten.[135]

Der Neoliberalismus und der Washington Consensus (Exkurs)

Die zehn Punkte des Washington Consensus beinhalten: (a) fiscal discipline; (b) a redirection expenditure priorities toward fields offering both high economic returns and the potential to improve income distribution, such as primary health care, primary education, and infrastructure; (c) tax reform (to lower marginal rates and broaden the tax base); (d) interest rate liberalization; (e) a competitive exchange rate; (f) trade liberalization; (g) liberalization of inflows of foreign direct investment; (h) privatization; (i) deregulation (to abolish barriers to entry and exit); (j) secure property right.

Der Neoliberalismus wird durch den Washington Consensus als die für die Entwicklungsländer geeignetste Wirtschaftspolitik propagiert (Williamson 1990), weswegen während der ersten Jahre in Lateinamerika für den Neoliberalismus und die Lösungsansätze des Washington Consensus die Bezeichnung „*el pensamiento único*" (alternativloses Denken) gebräuchlich war (Espinoza 2001). Die Problematik bestand im Defizit der öffentlichen Haushalte, die sich in der Region überwiegend negativ auf die Wirtschaft auswirkten und ausschließlich die Rücklagen des Staates beanspruchten, womit die Investitionstätigkeit, die aus den Rücklagen des Staates finanziert wurde, zurückging. Die Volkswirtschaften der einzelnen Länder bedurften insofern eines tiefgreifenden Einschnitts, d.h. einer Strukturreform. Aus diesem Grund schlug der Washington Consensus eine systematische Rückführung, nach Möglichkeit eine vollständige Beseitigung des Haushaltsdefizits vor, um auf diese Weise die für die Privatinvestitionen erforderlichen Ressourcen freizusetzen. Dies sollte dadurch erleichtert werden angesichts des Umstandes, dass eine Reduzierung der öffentlichen Ausgaben eine Steuersenkung bedeuten würde.

Ein zweiter Anstoß, den der Washington Consensus gab, bestand darin, dass die gesamte Sozialpolitik nach dem Prinzip der Umverteilung, wie überall im Wohlfahrtsstaat, eine wirtschaftliche Entwicklung ermöglichte, da dies zu einer Steigerung des Konsums und einer Verringerung der Sparquote vor allem derjenigen Gesellschaftsschichten führt, auf die sich die Politik der Umverteilung am stärksten auswirkt. Indem der Staat also mit seiner Sozialpolitik die Bevölkerung unterstützt, be-

[134] Ebenfalls bekannt unter der von Richard Feinberg vorgeschlagenen Bezeichnung „*universal convergence*" (Williamson 1990).

[135] Eine der schärfsten Kritiken, die dem Washington Consensus zu Anfang und auch später noch entgegengebracht wurden (Stiglitz 1998), besteht darin, dass die Möglichkeit wohlüberlegter Ausgaben im sozialen Bereich, die soziale Investitionen und Technologietransfers beinhalteten, nicht eindeutig aufgezeigt wurde. Zu den Kritikern gehört auch Stanley Fischer, der vorschlägt, die Weltbank müsse diese Form der Sozialausgaben berücksichtigen. Siehe hierzu Williamson 1990; 1993; 1994; 1996; 1997; 1999; 1999a; 2000.

günstigt er gleichzeitig die Wirtschaftsentwicklung. So führt beispielsweise eine Steuersenkung zu einer Verringerung der Betriebskosten, was seinerseits die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen steigert und Arbeitsplätze schafft. Eine dritter Aspekt besteht darin, dass eine Staatsintervention in Form einer Regulierung des Arbeitsmarktes sich allgemein äußerst nachteilig auf die Wirtschaft auswirkt, da sie dem Markt Flexibilität nimmt und somit die Schaffung neuer Arbeitsplätze erschwert. Das vierte Merkmal der Lösungsansätze des Washington Consensus besteht darin, dass der Staat weder in den Außenhandel, noch in die in- und ausländischen Finanzmärkte regelnd eingreifen darf, da die Freiheit des Kapitalverkehrs für die Garantie der Wirksamkeit der nationalen Umverteilung der Finanzmittel von entscheidender Bedeutung ist (Williamson 1990; 1996; 2000; Espinoza 2001).

2.4.4 Die politischen Akteure und ihre Beteiligung an den Strukturreformen

Vor allem während der 1980er Jahre war die gesamte Konzeption und Entwicklung der so genannten Strukturanpassung an das Projekt der neoliberalen Ausrichtung der Wirtschaft gekoppelt. In den 1990ern vollzieht sich jedoch ein strategischer Wechsel hinsichtlich der bis dato betriebenen Politik des „*laissez-faire*“, da sowohl die internationalen Wirtschaftsinstitutionen als auch die fraglichen Länder auf dem Gebiet der Entwicklung und vor allem im Kampf um die Überwindung der Armut, hier vor allem im Bereich der Einkommensverteilung, wenig Veränderungen zeigen. Die internationalen Wirtschaftsinstitutionen fordern als Gegenleistung für die Gewährung neuer Kredite oder wirtschaftlicher Beihilfen auch weiterhin, dass die lateinamerikanischen Länder ihre Exporte ausdehnen und, zudem mit Mehrwert, diversifizieren. Ferner wird den Ländern der Region fiskale und monetäre Disziplin auferlegt. Andererseits wird von ihnen mehr Effizienz in der Verwendung der Kreditmittel verlangt, die mehrheitlich für die Produktion von Gütern und für soziale Belange bestimmt sein müssen, statt den schwerfälligen Staatsapparat zu bezahlen und aufrechtzuerhalten.[136]

Allgemein werden diejenigen Akteure übersehen oder zumindest nicht namentlich benannt, die an den Strukturreformen beteiligt waren. Außer im Falle Chiles, wo eine Diktatur diese Reformen durchführte und Mexikos, wo dies durch eine autoritäre Regierung geschah, wurden in der übrigen lateinamerikanische Region mit Ausnahme von Cuba und Haiti die Reformen von demokratischen Staaten oder sich im Übergang zur Demokratie befindlichen Staaten in Angriff genommen. In diesem neuen politischen Kontext führten nicht alle Parteien diese Reformen durch; in denjenigen Fällen, in denen sich die Reformen über einen längeren Zeitraum hinzogen oder die Parteien die entsprechenden Maßnahmen nicht rechtzeitig ergriffen, wurden sie nicht wiedergewählt. Die politischen Parteien standen erstmalig in der Region vor der Verantwortung, nicht nur für weiter reichende politische Freiheiten und Bürgerrechte zu kämpfen; in dem nun gegebenen neuen Rahmen mussten sie ihren Mitbürgern zu wirtschaftlicher Prosperität verhel-

[136] Gegen Ende der 1980er Jahre wurde die Auffassung vertreten, Markt und Staat stünden in einem umkehrt proportionalen Verhältnis, d.h. eine Verminderung des Staates würde Wachstum und Erfolg des Marktes hervorrufen. Allerdings wurde angesichts des geringen Erfolges, der der wirtschaftlichen Liberalisierung beschieden war, in der die Politik des *chorreo* nicht allen zugute kam, dem Staat hinsichtlich des Angebots öffentlicher Güter für die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Marktes mehr Bedeutung beigemessen; die Umsetzung vieler der wirtschaftlichen Reformen bedurften nach dieser Ansicht, sollten sie Erfolg zeitigen, einer Anstrengung und eines anfänglichen Beitrags des Staates (Kahler 1990).

fen. Der Weg dorthin war von den internationalen Wirtschaftsinstitutionen vorgegeben worden unter der Prämisse, dass die Formel des *desarrollismo* und des Strukturalismus in der Region gescheitert waren. Zudem gab es einige Beispiele wie Chile, die bei der getreuen Umsetzung des neoliberalen Modells teilweise positive makroökonomische Daten aufwiesen.

2.4.5 Die Parteien und die Rolle des Staates bei den Reformen (Exkurs)

Der Verfasser der vorliegenden Abhandlung stimmt mit den von Haggard und Kaufman (1992; 1995; 1995a) durchgeführten Analysen darin überein, dass die Entscheidungen der diversen Regierungen von unterschiedlichen Variablen geprägt waren. Die vier wichtigsten Variablen, die über Erfolg und Misserfolg und die Art der durchgeführten Reformen entschieden, waren: Die Effektivität der Bürokratie, die Regierungsform, das Parteiensystem und der Wahlzyklus.

Effektivität der Bürokratie

D. North stellt über die Theorie der Kollektiven Aktion interessante Überlegungen an. Um ein besseren Verständnis des Angebots an öffentlichen Gütern zu erreichen, geht er davon aus, dass der Staat als Institution das Recht auf Eigentum garantiert, das sich mehr von den Regierenden als von den Regierten herleitet, da die Wahrscheinlichkeit höher ist, dass gerade die Wähler die Probleme der kollektiven Aktion zu bewältigen haben. Ferner erklärt das Konzept des „*freerider*“ die historisch feststellbare Stabilität des Staates, da die Menschen und gesellschaftlichen Gruppen in der Regel nicht bereit sind, den Preis für die Zuwiderhandlung gegen die bestehenden Abkommen zu zahlen.

Diese Beobachtungen verdienen deshalb Beachtung, da die Mehrheit der Strukturreformen durch die Kollektive Aktion wie auch durch subjektive und sogar ideologische Entscheidungen begünstigt wurde. So waren im Beispiel Chiles und Mexikos die strukturellen Transformationen zu weiten Teilen durch die ideologische Ausrichtung der politischen Führung der Nation bedingt (Haggard/Kaufman 1992/1995a). Andererseits wurden in einigen Ländern wie Brasilien, Argentinien, Venezuela, Peru und Bolivien bestimmte Reformen erst dann durchgeführt, als sie zur Aufrechterhaltung der politischen Stabilität erforderlich waren. Bis dato hatte sich die politische Führung im Allgemeinen mit einer Politik des Interventionismus identifiziert (siehe hierzu Kapitel 1, Teil 1). Bei der Entscheidung über die Durchführung auf dieser Leitungsebene flossen vor allem zwei Variablen mit ein: einerseits die ideologische Variable, andererseits das politische Risiko, das die Durchsetzung der Reformen bedeutete. Hinsichtlich dieser zweiten Variable mussten sich die Präsidenten, die die Reformen nur verzögert durchführten, dem Willen der Wählerschaft beugen, da ihre Parteien oder Koalitionen nicht wiedergewählt wurden, oder die Regierungen vor Ablauf der Legislaturperiode gestürzt wurden.

In diesem Zusammenhang wird zudem deutlich, dass diejenigen Parteien oder Koalitionen, die über einen breiten Wählerstamm und eine weite Legitimation bei den Menschen verfügten, im Bewusstsein der Notwendigkeit der Reformen diese trotz der negativen Saldos, den diese zu Beginn mit sich brachten, durchführten. Beispiele hierfür sind die PJ in Argentinien oder die PRI in Mexiko – wobei sich letzteres Beispiel etwas unterschiedlich gestaltet, da das Regierungssystem in Mexiko nicht vollkommen demokratisch war. Die PRI zählte vor allem auf die politische Unterstützung der PAN und der PRD, um die Reform durchzuführen. Während in Chile das Gros der Reform unter der Diktatur Pinochets umgesetzt wurde, so war die neue Regierung der DC von den Vorzügen und der Irreversibilität der Liberalisierung der Wirtschaft überzeugt, wenn natürlich auch mit einer wichtigen Funktion des Staates bei der Regulierung des Wirtschaftsgeschehens.

Allgemein wird nicht berücksichtigt, dass derartige politische und wirtschaftliche Reformen zu ihrer Durchführung einer bürokratischen Grundlage mit einem hohen Niveau an einschlägiger fachlicher Spezialisierung bedürfen. In Chile waren hiermit in einer ersten Phase die *Chicago Boys* be-

traut, die auf dem Gebiet der Wirtschaft über profundes Fachwissen verfügten. In Mexiko standen für die Reformen ebenfalls professionelle Spezialisten zur Verfügung, die von der Regierung der PRI geschult wurden. Gehörten diese Fachleute im ersten Fall nicht einer Partei im eigentlichen Sinne an,[137] so vertraten sie nach außen dennoch eine gemeinsame Ideologie. Gleiches traf auf Mexiko zu: die Protagonisten des ersten Abschnitts der Reformen waren Mitglieder der seit jeher regierenden PRI oder standen ihr zumindest nahe.

Bei der Umsetzung der Reformen wurde in mehr als einem Fall nicht beachtet, dass zur Durchführung dieser Aufgaben fachlich hinreichend geschultes Personal erforderlich war. Ferner mussten ihre Protagonisten von der Richtigkeit ihres Tuns überzeugt sein; außerdem bedurfte es der politischen Unterstützung und der Übereinstimmung bei den gemeinsamen Zielen. So ließe sich feststellen, dass in den Fällen, in denen die Verantwortlichen das nötige technische Vermögen mit politischer Kohärenz verbanden,[138] die Reformen zumindest über eine Führung verfügten und sich makroökonomisch immerhin in messbarem Erfolg niederschlugen.[139] So blieb den Reformen in Paraguay, Ecuador oder Bolivien aufgrund der geringen Einigkeit der politischen Akteure, was ihre Ziele betraf, sowie aufgrund des hochgradig fragmentierten Parteiensystems der erhoffte Erfolg versagt. Andererseits sei unmittelbar an die Darstellung der Variablen angefügt, dass diese nicht ausschließlich über bessere oder schlechtere Ergebnisse der Reformen entschieden. Im Falle Chiles dauerte es lange, bis sich makroökonomisch die ersten positiven Daten abzeichneten; ebenso wenig darf vergessen werden, dass nach 17 Jahren Diktatur annähernd die Hälfte der Bevölkerung Chiles in Armut lebte. Erst unter der Koalition der *Concertación* begann sich eine Trendwende abzuzeichnen, da die Marktpolitik um eine Politik der sozialen Umverteilung ergänzt wurde (siehe hierzu Ffrench-Davis 1996; 1999).

Regierungsform

Die bemerkenswerte, polemische Diskussion über die Frage, ob sich Strukturreformen besser unter autoritären Regierungen oder im Rahmen der Demokratie umsetzen lassen, durchzog in den 1990er Jahren weite Teile der Politikwissenschaft, der Soziologie und der Wirtschaftswissenschaft.[140]

Bis in die 1980er wurde in Lateinamerika darauf verwiesen, dass Chile, das erste Land, das das neoliberale Experiment in Lateinamerika umsetzte – im Übrigen eines der ersten Länder weltweit –, von einer Militärdiktatur regiert wurde.[141] Mexiko befand sich während des Übergangs der Macht von De la Madrid auf Salinas de Gortari in einem auf Hochtouren laufenden Prozess der Umgestaltung; auch hierbei handelte es sich um eine nichtdemokratische Regierung. Diese beiden Beispiele wiesen bis zu einem bestimmten Grad im makroökonomischen Bereich positive Resultate auf, lassen allgemeine dahingehende Schlussfolgerungen, Regierungsformen mit minimal ausgeformten öffentlichen Freiheiten und Bürgerrechten seien der bessere Rahmen für die Durchführung von Strukturreformen, jedoch nicht zu, da wie bereits dargelegt, in diesen beiden Fällen konkrete Umstände und Besonderheiten vorliegen, die in den übrigen Fällen nicht so stark akzentuiert hervortreten. Die Argumentation zugunsten der Durchführung dieser Art von Reformen unter Regimes mit einem geringen Grad an öffentlichen Freiheiten stützt sich darauf, dass die Regierung viel Macht über die öffentlichen Institutionen besitzt und insofern imstande ist, unpopuläre Reformen durchzuführen und aufgrund der ihr zur Verfügung stehenden Machtmittel dem Druck und den Protesten der Bürgerschaft standzuhalten vermag. Allerdings ist der Besitz der Macht nicht mit Autorität, geschweige denn Legitimität gleichzusetzen, weswegen die Durchführung von Reformen an sich noch keine Erfolgsgarantie in sich birgt, da sie im Rücken der Bevölkerung durchgeführt wurden. Sowohl in Chile

[137] Hinzu kommt, dass gegen Ende der Diktatur Pinochets die meisten der Bürokraten, die die Reformen durchführten, in die UDI und – einige wenige – in die RN eintraten.

[138] P. Evans (1992) schlägt das Konzept der *embedded autonomy* vor, um aufzuzeigen, dass in den – meist ostasiatischen – Entwicklungsländern, in denen die Reformen „Erfolg" zeitigten, die interne Bürokratie der Regierungen besagter Länder ein beträchtliches Maß an interner Kohärenz bewies wie auch eine enge Verflechtung mit dem Sektor des Unternehmertums. In Chile und Mexiko lagen diese Bedingungen in der ersten Phase der Reformen, in Argentinien in der zweiten Phase vor.

[139] „Allerdings wird die Tatsache übersehen, dass viele Reformen, darunter diejenigen, die eine weitergehende Rolle der Kräfte des Marktes zum Ziel haben, der verwaltungstechnischen Bedingungen bedürfen, die in Entwicklungsländern selten sind. Die Privatisierung erfordert Fachleute auf dem Gebiet der Umstrukturierung im Finanzwesen, in der Rehabilitierung von Unternehmen und ihrer Befähigung zum Verkauf von Gütern und die Schaffung von Verfahren, die Gleichheit im Zugang zu potenziellen Käufern sicherstellen." (Haggard/Kaufman 1995: 358-359)

[140] Siehe hierzu Sirowy/Inkeles 1990; Remmer 1990; Nolte 1992a; 1992b; Olson 1993; Lindenberg/Devarjan 1993; Przeworski/Limongi 1993; Haggard/Kaufman 1995; Nohlen/Thibaut 1995a; Lauga 1999.

[141] Ghana oder die Türkei bildeten weitere Beispiele für die strukturellen Transformationen, die Entwicklungsländer unter autoritären Regimes oder Diktaturen erlebten.

als auch in Mexiko liegen bereits dargestellte Variablen vor: starke autoritäre Regierungen, die auf eine fachlich qualifizierte, politisch kohärente Bürokratie zählen konnten.

Andererseits liegen Beispiele vor, in denen diese Reformen von gefestigten demokratischen Regierungen mit stabilen und konsolidierten Parteiensystemen durchgeführt werden konnten. Kolumbien und Costa Rica belegen in den 1980er Jahren die Machbarkeit einer Umstrukturierung mit positiven Zahlen (Stallings 1994; Nelson 1994). Diese Beispiele zeichnen sich zudem dadurch aus, dass die politischen Parteien über die Expertenstäbe und Fachleute verfügten, um die Strukturreformen anzugehen. Im Falle Argentiniens und Perus lässt sich als gemeinsamer Nenner belegen, dass sie vor allem seit den frühen 1990er Jahren durchgeführt wurden. Fujimori wie Menem bedienten sich dabei des Mittels der Präsidentialdekrete. In Peru konnte Fujimori infolge seiner großen Machtfülle ohne Gegenpart über weite Teile der 1990er nicht zuletzt aufgrund seines „*autogolpe*" nach Belieben agieren. Dennoch blieb den Reformen trotz der von Fujimori ausgeübten Macht jeglicher Erfolg versagt, da die Variable „verbündete Partei" – nicht gleichzusetzen mit „Willfährigkeit" – im Sinne von Fachausschüssen einer einheitlichen politischen und ideologischen Ausrichtung einen der Schwachpunkte Fujimoris bildete, weswegen er sich zum Rückgriff auf eine autoritäre Ausübung der Macht gezwungen sah, um die Reformen in Gang zu setzen.[142]

Parteiensystem

Wie bereits vorausgeschickt wurde, wurden in denjenigen Ländern, in denen sich das Parteiensystem durch Stabilität auszeichnete, die Reformen zügiger oder nachhaltig in der von den internationalen Institutionen geforderten Richtung umgesetzt. Argentinien zeigt in den 1990er Jahren neben der Vorrangstellung der PJ und ihres Vorsitzenden Carlos Menem eine Konsolidierung des Zweiparteiensystems; Menem bediente sich zwar der Notstandsdekrete, um die Reformen durchzuführen, konnte aber während seiner zwei Amtsperioden mehrheitlich auf die Unterstützung des Kongresses zählen. Mexiko entwickelte sich von der traditionell ausschließlich aus der PRI bestehenden Einparteienlandschaft zunächst hin zu einem Zweiparteiensystem, in das die PAN Eingang fand und schließlich mit der PRD zu einem Dreiparteiensystem wurde. Allerdings hat dieses Parteiensystem einen beachtlichen Grad an Stabilität bewiesen, vor allem durch den im Jahr 1993 zwischen besagten drei politischen Kräften besiegelten Pakt zur Durchführung dieser Reformen. In Kolumbien und Costa Rica führte der Bipartismus zu einem Einvernehmen der Kräfte der linken Mitte und der rechten Mitte über die Dynamik und Richtung der anzugehenden Reformen. In Costa Rica verständigten sich PLN und PUSC über die Strukturreformen, nachdem das Parteiensystem nach der Wirtschaftskrise der 1980er eine erfolgreiche Durchführung der Reformen zuließ. Gleiches galt für die Liberalen und Konservativen in Kolumbien und ihre Übereinstimmung, die sich im Laufe der Zeit zwischen den beiden wichtigsten politischen Kräften dieses Landes ergab. In Chile wurde der überwiegende Teil der Reformen, wie bereits dargestellt, zwar unter der Militärdiktatur umgesetzt; die nachfolgende aus Sozialisten und Christdemokraten bestehende Regierungskoalition führte bei den Reformen zu mehr wirtschaftlicher Freiheit, jedoch keinen Kurswechsel herbei, wiewohl sie bei den Reformen einen deutlicheren Schwerpunkt auf soziale Belange legte (Nolte 1996). Bei der dahingehenden Steuerreform zu Beginn der 1990er Jahre konnte sie dabei auf den Konsens der rechten Mitte zählen (Cavallo 1998: 58-60; Otano 1995: 139). Die gleiche Entwicklung lässt sich für Uruguay beobachten, wo die Umsetzung der Reformen von einem Konsens der *Partido Colorado* und der *Partido Blanco* getragen wurden, zu der Mitte der 1990er die *Frente Amplio* stieß. Hier war erneut die Stabilität des Parteiensystems eine für die Umsetzung der Reformen bedeutsame Variable.

Wahlprozesse

Während der 1980er Jahre verzichteten die Präsidenten Lateinamerikas aus strategischen oder ideologischen Gründen auf die rechtzeitige Durchführung der Reformen; in der Mehrheit der Fälle wurden die betreffenden Parteien nicht wiedergewählt, oder verbrauchten sich im besten Falle vorzeitig oder waren mit schwerwiegenden Korruptionsfällen belastet: Sarney in Brasilien, Alfonsín in Argentinien, Lusinchi in Venezuela, De la Madrid in Mexiko und Alan García in Peru sind die prägnantesten Beispiele für Präsidenten, die die Reformen verschleppten und ihre „Flitterwochen" nicht für eine Umsetzung der Reformen nutzten. Einerseits wagten sie sich nicht an die Umsetzung der Reformen, da sie dem alten interventionistischen Modell verbunden blieben, andererseits schreckten

[142] Die in Argentinien von Menem durchgeführten Reformen werden in Kapitel 6 dargelegt.

sie vor der mangelnden Popularität der Maßnahmen zurück, die mit den Strukturreformen verbunden sein würden.

Im Gegensatz hierzu verständigte sich Salinas de Gortari in Mexiko bald nach seinem zweifelhaften Wahlsieg mit der Opposition – d.h. vor allem mit der PAN – auf eine rasche Umsetzung der Reformen. Aylwin zögerte nicht, einen entschlossenen wirtschaftlichen Beraterstab mit liberalen Tendenzen zu bilden, der zwar dem chilenischen Unternehmertum Garantien ausstellte, zugleich aber mit der CUT darin übereinkam, dass die sozialen Forderungen realistische Züge besitzen müssten. Menem seinerseits begann seinen während seiner ersten Wahlkampfkampagne geäußerten Absichten zum Trotz unmittelbar nach seinem Amtsantritt mit dem Prozess der Privatisierung der wichtigsten Wirtschaftskonzerne des Landes.

Die vier Variablen, deren Bedeutung für Erfolg oder Misserfolg der Strukturreformen an dieser Stelle herausgestrichen werden soll, sind: die *Effektivität der Bürokratie*, *Regierungsform*, *Parteiensystem* und *Wahlprozesse*. An diesen vier Variablen sind die Parteien und ihre Führer als dasjenige Element des politischen Systems unmittelbar beteiligt, das die politischen Entscheidung fällt, sowohl was die Durchführung oder das Unterlassen der Reformen, ihre Dynamik, die in die Reform miteinbezogenen Kreise – andere Oppositions- oder Koalitionsparteien – betrifft. Mit dem Heraufziehen der Demokratie ging der Beginn der Reformen einher. Mit Ausnahme von Chile und Mexiko, deren besondere Situation bereits behandelt wurde, lag die Durchführung der von den internationalen Institutionen geforderten Reformen und der Zeitplan hierzu im Zuständigkeitsbereich der politischen Parteien. Für die Umsetzung der Reformen waren die Regierungen der einzelnen Länder verantwortlich, innerhalb derer wiederum die Regierungsparteien den größten Teil der Verantwortung für Tragweite und Ablauf der Reformen übernahmen.

2.4.6 Konsequenzen der Strukturreformen

Die Weltbank legte Lateinamerika die Rückführung der Rolle des Staates in Wirtschaftsfragen nahe, da von den 2,5 Mrd. Arbeitern weltweit 1,4 Mrd. in Ländern leben, die sich bis heute nicht vom Staatsinterventionismus, exzessivem Protektionismus und der zentralisierten Planung haben befreien können (Weltbank 1995: 7). Trotz der von den internationalen Organismen in den letzten Jahren ausgestellten Empfehlungen haben sich die Kennziffern des Lebensstandards für die Länder der Dritten Welt, darunter Lateinamerika, nicht nur nicht verbessert; in einigen Fällen hat sich die soziale Situation sogar verschlechtert.

Eine Betrachtung der Variable „Gleichheit und Ungleichheit der Staatseinnahmen“ ergibt, dass nach Umsetzung der neoliberalen Lösungsansätze sich die Situation der Mehrheit der Länder verschlechterte. Lediglich in denjenigen Ländern, in denen Anfang oder Mitte der 1990er Jahren eine Verteilung der Steuereinnahmen für soziale Belange als Korrektiv eingesetzt wurde, ist eine Verbesserung der Kennziffern der Verteilung beobachtbar.[143]

[143] Die Einkommensverteilung und deren Ungleichheit bezieht sich auf die Einkommen pro Erwerbstätigem innerhalb der aktiven Bevölkerung. Die Zahlen über die ungleiche Verteilung der Einnahmen gründen sich auf Umfragen privater Haushalte; leider erfassen die dargestellten Zahlen in Ermangelung weitergehender Information lediglich städtische Erwerbstätige (Taylor/Vos 2001: 31).

Tabelle 6: Wachstum und Ungleichheit in Lateinamerika in den 1990er Jahren

Veränderung nach der Liberalisierung		Ungleichheit		
		Gesamtsumme Haupteinnahmen		
		zunehmende Ungleichheit	abnehmende Ungleichheit	unverändert
Wachstum	Hoch (>5%)	arg (91-94, 96-98) chi (76.-81, 84-92) kol (91-95) dom rep 91-98) peru (91-97)	chi (92-97) el sv (91-97) pan (90-94)	uru (90-97)
	Gemäßigt (2-5%)	bol (89-97) bra (87-94) cos (92-98) ecu (90-97) mex (88-94) pan (94-98) par (88-91, 92-94)	bra (94-97) cri (87-92) cub (94-98)	uru (86-90)
	Niedrig (0-2%)	kol (95-98) ecu (95-99) mex (85-87) par (95-98)	jam (89-98)	
	Negativ (<=%)	cub (89-93) mex (94-95)		
Veränderung nach der Liberalisierung		Ungleichheit		
		Differential nach beruflicher Qualifikation		
		zunehmende Ungleichheit	abnehmende Ungleichheit	unverändert
Wachstum	Hoch (>5%)	arg (91-94, 96-98) chi (76.-81, 84-92) kol (91-95) dom rep (91-98) el sv (90-97) pan (94-98) peru (91-98) uru (90-97)	chi (92-97)	
	Gemäßigt (2-5%)	bol (89-97) bra (92-94) cri (85-91, 92-98) ecu (90-97) mex (88-94) par (88-91, 92-94)	bra (94-97) uru (86-90)	
	Niedrig (0-2%)	kol (95-98) jam (90-92) mex (85-87) pan (94-98) par (95-98)		
	Negativ (<=%)	jam (89-93) mex (94-95)		bra (87-91)

Quelle: Taylor/Vos 2001: 31

Anmerkung: Die Ungleichheit der Haupteinnahmen bezieht sich auf Einnahmen pro Erwerbstätigem der aktiven Bevölkerung. Die Gehaltsausgleiche beziehen sich (mehrheitlich) auf die Stundenlöhne sämtlicher Angestellter. Die Zahlen über die Einkommensverteilung basieren auf Umfragen privater Haushalte. In Ermangelung weiterer Daten berücksichtigen die Zahlen hauptsächlich städtische Arbeiter.

Tabelle 7: Entwicklung des BIP pro Kopf in Lateinamerika

	BIP durchschnittl. jährl. Zuwachsrate 1980er a/	1990-1999 b/	BIP/Einwohner durchschnittl. jährl. Zuwachsrate 1980er a/	1990-1999b/
Lateinamerika und Karibik (ausgenommen Kuba)	**-**	**3.6**	**-**	**1.7**
Lateinamerika und Karibik c/	**1.0**	**3.2**	**-1.0**	**1,4**
Argentinien	-0.7	4.7	-2.1	3.3
Bolivien	0.2	3.9	-1.9	1.4
Brasilien	1.3	2.5	-0.7	1.0
Chile	3.0	6.0	1.3	4.4
Costa Rica	2.2	4.1	-0.6	1.2
Dominikanische Republik	2.4	5.0	0.2	3.1
Ecuador	1.7	1.9	-0.9	-0.2
El Salvador	-0.4	4.4	-1.4	2.3
Guatemala	0.9	4.2	-1.6	1.5
Haiti	-0.5	-1.2	-2.4	-3.1
Honduras	2.4	3.1	-0.8	0.2
Kolumbien d/	3.7	2.5	1.6	0.5
Kuba e/	3.7	-2.1	2.8	-2.6
Mexiko	1.8	3.1	-0.3	1.3
Nicaragua	-1.5	3.2	-3.9	0.3
Panama	1.4	4.7	-0.7	2.8
Paraguay	3.0	2.1	0.0	-0.6
Peru	-1.2	4.7	-3.3	2.9
Uruguay	0.0	3.2	-0.6	2.4
Venezuela	-0.7	1.9	-3.2	-0.3
Gesamtsumme Karibik f/	**0.1**	**2.0**	**-0.9**	**1.1**

Quelle: CEPAL, auf Grundlage offizieller Angaben in Dollar bei konstanten Preisen (1995)
a/ Werte auf Grundlage konstanter Preise von 1990; b/ vorläufige Schätzung; c/ ausgenommen Kuba; d/ Werte für 1997-1999 von der CEPAL geschätzt auf Grundlage vorläufiger, vom *Departamento Administrativo Nacional de Estadísticas* (DANE) zur Verfügung gestellter Daten; e/ Werte auf Grundlage konstanter Landeswährung; f/ Werte auf Grundlage des Kostenfaktors.

Die vorangehenden Tabellen belegen, dass sich das Wirtschaftswachstum nicht in einer verbesserten Umverteilung der Einnahmen widerspiegelt: Über die gesamten 1990er Jahre liegt in sämtlichen Fällen das BIP insgesamt über dem BIP pro Kopf. Wenn die Wirtschaft auch insgesamt wuchs, so bedeutete dies nicht gleichzeitig ein Wachstum der Einnahmen pro Einwohner. Diese Ungleichheit hinsichtlich der Einnahmen war im Wesentlichen das Ergebnis der Deregulierung der Arbeitsmärkte. Nach Aussagen des damaligen Vizepräsidenten der Weltbank, Joseph Stiglitz, verfolgte der Washington Consensus das Ziel, die Formel für die Schaffung eines Privatsektors zu liefern, der ein Wirtschaftswachstum anstoßen könne. Seine Empfehlungen versuchten, Risiken auszuschließen, um auf diese Weise schwerwiegenden Krisen zu entgehen. Wenn der Washington Consensus auch einige Vorschläge für ein reibungsloses Funktionieren der Märkte enthielt, so waren seine Aussagen tatsächlich jedoch nicht ausgereift und in einigen Fällen irreführend.

So war beispielsweise die Prämisse, das ostasiatische Wirtschaftswunder sei die Folge makroökonomischer Stabilität und von Privatisierungen, nicht haltbar, da besagter wirtschaftlicher Aufschwung sich zudem auf andere Faktoren gründete (Stieglitz 1996). In einem soliden Finanzsystem – in dem die wesentliche Rolle bei der Aufrechterhaltung des Finanzsystems dem

Staat zukommt – gestaltet sich die Schonung der Rücklagen oder eine effiziente Zuteilung des Kapitals schwierig, es sei denn, die Wirtschaft besitzt volle Freiheit und die Gewinne der Privatisierung und der Freiheit des Handels werden statt für die Schaffung von Wohlstand für die Gewinnung neuer Einnahmen verwendet. Reichen also die öffentlichen Investitionen in Humankapital und Technologietransfers nicht aus, so ist der Markt alleine nicht imstande, diese Lücke zu schließen. „Many of these ideas, and more still that I have not time to discuss, are the basis of what I see as an emerging consensus, a post-Washington Consensus. One principle of these emerging ideas is that whatever the new consensus is, it cannot be based on Washington. In order for policies to be sustainable, they must receive ownership by developing countries. It is relatively easier to monitor and set condition for inflation rates and current account balances. Doing the same for financial sector regulation or competition policy is neither or desirable. The second principle of the emerging consensus is a grater degree of humility, the frank acknowledgment that we do not have all of the answers. Continued research and discussion not just between the World Bank and International Monetary Fund, but throughout the world is essential if we are to better understand how to achieve our many goals." (Stiglitz 1998: 16)

2.4.7 Schlussfolgerung der marktwirtschaftlichen Reformen

Die in Lateinamerika in den 1980er und 1990er Jahren unter der Aufsicht der internationalen Wirtschaftsorganisationen durchgeführten Reformen hatten nicht die Wirkung gezeitigt, die sich die Organisationen, Länder oder Regierungen erhofft hatten, die diese in Angriff genommen hatten. Die Variable, die von den internationalen Finanzorganisationen nicht genügend berücksichtigt worden war, war die der Politik. Man ging nämlich davon aus, dass, wenn die Reformen unter autoritären Regierungen wie in Mexiko oder Chile „Erfolg" hatten, der Erfolg der Marktreformen in den jungen Demokratien umso größer ausfallen müsste. Allerdings hatte man die Variable der Politik falsch bewertet. Der Mehrheit der lateinamerikanischen Länder war die Demokratie unbekannt oder sie hatte diese Regierungsform bestenfalls nur über kurze Zeiträume erlebt.

Angesichts dieser Situation verfügten die Parteien nicht über eine adäquate moderne innere Struktur, d.h. aus Fachleuten gebildete Gruppen, um die Reformen des Wirtschaftssystems vollständig umzusetzen. Strukturell befand sich die lateinamerikanische Gesellschaft bei der Lösung der sozialen Probleme in einer Situation der Abhängigkeit gegenüber dem Staat, wenn diese Lösungen oftmals nicht befriedigend ausfielen. Die Strukturreformen stellten sich beinahe als eine von den internationalen Organisationen auferlegte Bürde dar, ohne dass die politischen Akteure, die diese Reformen durchführen mussten, die Möglichkeit hatten, sich vor ihrer Umsetzung von der Richtigkeit zu überzeugen.

Der Beispielfall Chiles lässt sich nicht als Erfolg der neoliberalen Politik zitieren, da Chile

mit Ausnahme der Regierungszeit Allendes stets Phasen wirtschaftlicher Stabilität aufweisen konnte. Zudem stellte sich eine Stabilität der Wirtschaft mit der Politik Pinochets und der *Chicago Boys* erst nach 13 Jahren ein, dem doppelten oder dreifachen Zeitraum, der einer Regierung für die Umsetzung von Reformen und die Schaffung von Wirtschaftswachstum zur Verfügung steht.

Die Lösungsansätze zielten nicht auf eine Umverteilung des Wohlstands, weswegen sich die Verteilung der Einnahmen meist verschlechterte, während sich nur in einigen wenigen Fällen die Armut reduzierte; dies eben dort, wo die Ansätze nicht detailgetreu umgesetzt wurden, sondern wo eine kraftvolle Politik der Umverteilung betrieben wurde und der Staat eine wichtige Rolle bei der Erreichung sozialer Zielsetzungen einnahm. Chile und die Regierungen Aylwin und Frei belegen diesen Fall mit ihrer Haushaltsdisziplin und einer massiven Investition im sozialen Bereich. Abschließend wurde die Variable „politische Kategorie" bei der Erarbeitung der Ansätze nicht hinreichend berücksichtigt. Neoliberale wie Strukturalisten hatten nicht genügend bedacht, dass eine Durchführung von Strukturreformen Teams von Politkern erfordert, die hierzu hinreichend qualifiziert sind, die gleichen Auffassungen teilen und von den durchzuführenden Reformen überzeugt sind. Ferner benötigen Reformen neben Zeit und einem Konzept, das sich an der sozialen und kulturellen Realität der Länder, in denen die diese umgesetzt werden soll, orientiert, den festen Glauben an den sozialen Nutzen, den die Reform mit sich bringt.

2.5 Fazit

Gegenwärtig erlebt Lateinamerika einen komplexen Prozess der Konsolidierung der Demokratie. Die Linke ließ das gesamte Konzept und den revolutionären Weg als politisches Projekt hinter sich; die Rechte verlässt sich nicht mehr auf die Militärs um an die Macht zu kommen. In diesem Moment besteht das Problem nicht zwischen Demokratie und Autoritarismus, sondern, wie Nohlen (2003: 134) gezeigt hat, zwischen der Demokratie und den Zwischenformen, die eine Variante des Autoritarismus oder eine Unterart der Demokratie darstellen, was sich grundlegend auf den Populismus bezieht, unter dem die Region leidet.

Die Links-Rechts-Dyade hat immer noch Gültigkeit in Lateinamerika, obwohl ihre Reichweite gegenwärtig eine andere Konnotation hat. Die extremen und polarisierten Positionen, die sie in den 1950er, 60er und Teilen der 70er Jahre innehatte, haben sich gemäßigt und sind nun im Zentrum der Dyade zu finden, dort, wo sich das in dieser Arbeit so genannte „*tercero incluyente*" (einschließende Dritte) befindet. So wird innerhalb der Links-Rechts-Dyade die wirtschaftliche Dimension durch die Rolle des Staates im Markt durchkreuzt. So soll für die Parteien der linken Mitte der Staat keine signifikante Rolle mehr bei der wirtschaftlichen Durchführung spielen, aber er soll sich die Versorgung einiger strategischer Bereiche der Wirtschaft vorbehalten. Auf diese Weise soll der Staat die Kompetenzen im Markt regeln, damit dies nicht

sensible Bereiche der Entwicklung der Menschen betrifft, wie die Erziehung, das Gesundheitswesen, die Sicherheit der Bürger, die soziale Vorsorge und andere. Die Parteien der Rechten ihrerseits weisen dem Staat eine Rolle als Vermittler im Handelsbereich zu, da der Staat auf dem Gebiet der Wirtschaft auf sein Minimum reduziert sein soll, damit die Privaten diejenigen sind, die die Produktivität erzeugen. Dort soll der Markt so frei wie möglich funktionieren und am Ende Reichtum generieren. Dieser Reichtum wird dann nach der personellen Kraft eines jeden, der an der Aktion der Generierung dieses Kapitals beteiligt ist, verteilt. Beide Denkweisen haben den Markt als ein konkretes Element akzeptiert, das von menschlichen Beziehungen getragen wird. In diesem Markt kommen Übertragungen von Produkten und auch soziale Beziehungen vor.

Ein anderes Problem von großer Wichtigkeit für Lateinamerika bezüglich der Links-Rechts-Dyade steht in Verbindung mit den Bereichen der Wertevorstellungen und der Kultur, in denen der Einfluss der katholischen Kirche eine bedeutende Rolle spielt. Wie in dieser Arbeit bereits gezeigt wurde, hat eine der konservativsten Gruppen innerhalb dieser Institution, das Opus Dei, bereits seit circa 30 Jahren die Parteien der Rechten auf bedeutende Weise beeinflusst. Die Fälle der UDI in Chile, der PAN in Mexiko und der PSC in Ecuador sind einige der signifikantesten. Auch wenn die rechten Parteien die Freiheit beim wirtschaftlichen Plan verteidigen, sind sie doch der Meinung, dass der Staat auf dem Gebiet der Wertevorstellungen und Kultur für den Schutz der Traditionen und nationalen Identitäten sorgen soll, wie auch für die Sicherheit im Bereich der Moral der Gesellschaft. So sind Abtreibung, sexuelle Freiheit, künstlerische und kulturelle Freiheit äußerst sensible Themen für die Parteien der Rechten, da sie die Zusammensetzung und Harmonie der Familie berühren. Die Linke ihrerseits zeigt sich gegenüber diesen Themen aufgeschlossen, um bei der kulturellen Öffnung voranzukommen, und toleranter in Bezug auf die Moral der Menschen.

Die wirtschaftlichen Reformen, die vor allem in den 1980er und 90er Jahren durchgeführt wurden, vollzogen sich mehrheitlich unter neoliberalen Ansätzen. Deshalb haben die linken Parteien aus Sicht der Rechten das Modell der sozialen Marktwirtschaft durch ein offensichtlich effizienteres ersetzt. Dennoch ist Lateinamerika (mit Ausnahme von Chile, Mexiko und Costa Rica) bei der Verbesserung der Lebensbedingungen für seine Bevölkerung nicht vorangekommen. Im Gegenteil, es kam zu wirtschaftlicher Stagnation, Finanzkrisen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit und der Armut, was zu einer Desillusionierung gegenüber dem Neoliberalismus und dem Privatisierungsprozess führte (Nohlen 2003:131f.).

Das Vorherige hat gezeigt, dass es keine magischen Formeln gibt, sei es von der Rechten oder von der Linken, um die endemischen Probleme der Armut und des wirtschaftlichen Rückstands in Lateinamerika zu lösen. Ebenso wurde gezeigt, dass es nicht genügt, einige wirtschaftliche Variablen zu verändern, um eine materielle Besserung und höhere Lebensqualität der Lateinamerikaner zu erreichen (wie es im Washington Consensus vorgesehen ist). In einer Region

wie Lateinamerika spielt die politische Kultur eine wichtige Rolle, und in diesem Kontext ist ihre politische Klasse davon abhängig, dass durchführbare Projekte, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Kontexte in jedem lateinamerikanischen Land, zu Ende gebracht werden.

3 Die politischen Parteien in Lateinamerika

Die Daten, die der Latinobarómetro in den letzten Jahren über die Perzeption der Menschen gegenüber den politischen Parteien gesammelt hat, sind nicht sehr ermutigend. Die politischen Parteien verlieren immer mehr an Ansehen in der allgemeinen Perzeption der Bürger, auch das Vertrauen in die Parteien ist sehr gering. Dennoch sind die Parteien notwendig für das Überleben und das Funktionieren der Demokratie im Allgemeinen, und Lateinamerika bildet hierbei keine Ausnahme. Die traditionellen Parteien spielten eine wichtige Rolle bei der Verbesserung der Demokratie und waren später eine der politischen Institutionen, die die größte Verantwortung trugen bei den Resultaten, die die demokratische Konsolidierung erzielte.

Der erste Teil dieses Kapitels ist eine Einführung in die Entwicklung, die die Parteien in Lateinamerika in Bezug auf die verschiedenen Parteitypen nahmen, und wie diese sich ausgehend von der Links-Rechts-Dyade entwickelten. Der zweite Teil des Kapitels behandelt das, was oben erklärt wird und in Zusammenhang mit dem Verruf der politischen Parteien in Lateinamerika und ihrer Rolle bei den Ergebnissen der demokratischen Konsolidierung steht, und schließlich, wie diese Institutionen die Qualität der Demokratie und die wirtschaftlichen und sozialen Resultate beeinflussten, die die Region kennzeichneten, vor allem während der 1990er Jahre. Das Kapitel endet mit der Diskussion über das Regierungssystem und seine Auswirkungen auf die Demokratie.

3.1 Die Entwicklung der Parteien in Lateinamerika

Bei dem Regierungsmodell, das lateinamerikanische Forscher vom Spektrum der rechten Mitte bis zur linken Mitte umzusetzen versuchten, handelte es sich um ein liberal-demokratisches Modell, das letztlich eine Kombination des Repräsentationsmodells aus den USA und des französischen Partizipationsmodells war (Lambert 1967: 121-123). Dieses Unterfangen, dessen Umsetzung während annähernd des gesamten 20. Jahrhunderts versucht wurde, kam in den meisten Fällen über das Stadium der Theorie nicht hinaus und zeitigte erst im letzten Abschnitt des Jahrhunderts Erfolge. Die Konzepte reichten von der „*oligarchischen Demokratie*“ oder „*Demokratie mit eingeschränkter Partizipation*“ über die „*Elitendemokratie*“ bis hin zur „*Volksdemokratie*“. Letztlich gewannen das Konzept und die Form der angestrebten Demokratie mehr und mehr Konturen und gründeten sich zusehends auf einen Konsens, was seinen Grund in der Entwicklung der Demokratie in den USA und Europa hatte.[144] Die Regierungen begrenzter Freiheit oder die Demokratien mit eingeschränkter Partizipation waren Ausdruck des

[144] Seinen größten Einfluss erhielt Lateinamerika im Laufe seiner Geschichte aus Europa, was sich im Gefolge des Zweiten Weltkriegs ändern sollte, während dessen die USA politisch wie kulturell auf Lateinamerika eine unangefochtene Machtposition ausüben sollte.

Bemühens, die in der Mehrheit der Länder bestehende Situation zu bereinigen, die in Chaos und einer faktisch nicht vorhandenen Regierung bestand. Statt einer liberalen Demokratie, die diesen Namen verdiente, gab es in einigen Fällen Militärregierungen unter der Führung von Caudillos, die sich nicht nur auf die Unterstützung der Milizen gründeten, sondern zudem auf die kreolische Oligarchie der Grundbesitzer zählen konnten. Die ersten Parteien in Lateinamerika waren das Ergebnis der Demilitarisierung der Faktionen im Gefolge der Unabhängigkeit und der territorialen Konfliktlinien, die die föderalen und unitarischen Konflikte begründeten. Ihnen wurden die ideologischen und organisatorischen Modelle der europäischen Parteien von Anfang und Mitte des 19. Jahrhunderts übergestülpt. (Remmer 1984: 14; Yocelevsky 1996: 45). Allerdings wiesen die Parteien in allen Ländern ihre Eigenheiten auf. So erreichte der Einfluss der Liberalen zwar annähernd sämtliche Parteien, gestaltete sich jedoch von Fall zu Fall verschieden. So hatten die Liberalen in Argentinien eine ausgeprägte Tendenz zur Europäisierung; als Gegenbewegung entstand hierzu die „*movimiento nacional*", die sich gegen die liberalen Parteien wandte. In Mexiko andererseits übernahmen die liberalen Reformer die Führung in der Verteidigung des Landes gegen jede Form der Einmischung von außen (Yocelevsky 1996: 45). In Chile seinerseits machte sich seit den Zeiten der *Pipiolos* in hohem Maße der Einfluss des europäischen Liberalismus bemerkbar (Gil 1964; 1966). Zunächst existierte dieser Regierungstyp um die Mitte des 19. Jahrhunderts mit eingeschränkter Partizipation in Chile und Uruguay.[145] In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts kamen Argentinien, Kolumbien und Peru hinzu.[146]

Nach dem Zweiten Weltkrieg beginnt, um mit Marcos Kaplan zu sprechen, die Phase der „*transición del Estado en Latinoamérica*" von oligarchischen Regimes zu modernen Staaten, deren Hauptmerkmal in der Sozialisierung der Politik besteht (1990: 76-77). Diese Phase des Übergangs macht sich zwar in größerer Schärfe nach dem Zweiten Weltkrieg bemerkbar, hat ihren zeitlichen Ursprung jedoch während des Börsencrashs von 1929, als sich infolge der schlechten gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen das Volk zu leiden hat, und die sich noch weiter verschlechtern sollten, eine Reihe von Protestbewegungen der mittellosen Masse gegen die herrschende Oligarchie zu bilden beginnt. Dies war zugleich die Geburtsstunde der

[145] In Chile gab es vor 1856 keine organisierte politische Partei (Grayson 1968: 24). Wie Gil (1996) vermerkt, handelte es sich weniger um Parteien im eigentlichen Sinne, sondern um Bündnisse und Gruppierungen, die von den Interessen eines kleinen Kreises bestimmt wurden, und mittels dieser Organisationen auf die Regierung Einfluss ausübten. Weder die *Pelucones* noch die *Pipiolos* verfügten über eine klare Struktur mit einer eindeutigen Richtung. Dieses Problem der Zielsetzung führte während der Präsidentschaft von Manuel Montt (1851-1861) zur Gründung der konservativen Partei, die aus einer Anzahl von Grundbesitzern bestand, die durch eine starke Bindung an die katholische Kirche gekennzeichnet war. Besagte neue Konservative verbündeten sich zusammen mit den 1849 gegründeten neuen Liberalen gegen die Regierung und isolierten Präsident Montt politisch, der nunmehr lediglich auf die Unterstützung der *Partido Nacional* und der *Pelucones* zählen konnte, die der katholischen Kirche weniger nahe standen (Grayson 1968: 24).

[146] Dies bedeutet nicht, dass diese Staaten vor Staatsstreichen durch Militärs verschont blieben. Die oligarchischen Systeme konsolidierten sich durch den verstärkten Einfluss der liberalen Bewegungen des 19. Jahrhunderts. Beispiele hierfür sind in Chile die Liberale Republik (1860-1891), die Autoritäre oder Portalianische Republik (1833-1860), der Triumph des antiklerikalen Liberalismus von Benito Juárez in Mexiko (1871-1876), die liberalen Präsidenten Argentiniens Mitre, Sarmiento und Avellaneda (1862-1880), der Sieg des Liberalen Eloy Alfaro 1895 über die Konservativen in Ecuador, die Proklamation der Republik der *militares positivistas* in Brasilien 1899, der Beginn der Regierungen der *Colorados* in Uruguay unter José Batle und Ordoñe sowie schließlich die liberalen Regierungen in Bolivien unter José Manuel Pando und Ismael Montes (1899-1917). Bemerkenswert an diesen Regierungen ist, dass sie nicht im eigentlichen Sinne demokratisch waren, sondern sich selbst die Bezeichnung „demokratisch" oder „republikanisch" gaben. In jedem Falle handelte es sich bei dem Konzept der Republikaner um die Regierungen jener Zeit mit den weitestreichenden Freiheiten.

sozialistischen wie auch der christlich-sozialen Bewegung in Lateinamerika. Letztere löste sich von ihrer traditionell konservativen politischen Position, um in verstärktem Maße auf dem Gebiet sozialer Forderungen Konturen zu gewinnen.

In dieser Zeit, in der die Parteien eine Rolle bei der Öffnung hin zu neuen politischen Freiheiten zu entwickeln begannen, kam es umgehend zur Durchführung einer Reihe von Reformen, ähnlich denjenigen, die in Europa nach dem Ersten Weltkrieg umgesetzt wurden. Diese Reformen stärkten stets die Position des Präsidenten als führende Autorität des Landes, gleich, ob dieser aus demokratischen Wahlen hervorgegangen oder auf autoritäre Weise an die Macht gelangt war. Er verfügte über einen „institutionellen Rahmen" für seine Regierungsarbeit, der sich auf die Autorität und Person des Präsidenten als oberste Autorität und Repräsentanten nach innen und außen gründete.[147] In diesem Kontext autoritärer Relationen begannen die Parteien, in Abhängigkeit von der Situation, in der sie sich entfalten, ihre unterschiedliche Rolle zu entwickeln.[148]

Die Parteien übernehmen ihre Rolle vor dem Hintergrund der nationalen Gesellschaften der einzelnen Völker. Die Phase vor dem Zweiten Weltkrieg zeichnete sich durch eine Mobilisierung des Volkes wie auch durch die Bildung von nationalen Regierungen unter der Führung von Caudillos aus, die mittels eines eingeschränkten Wahlrechts an die Macht gekommen waren. Das Volk als Element der Legitimität beginnt, sich in diesem neuen Panorama des Nationalstaates zu entwickeln, dessen Konturen für die Bevölkerung im Allgemeinen sich nunmehr klarer abzuzeichnen begannen. Der Druck des Volkes und die Forderung nach umfassenderen öffentlichen Freiheiten wurden nun von einer hörbaren Mittelschicht und einer Oberschicht kanalisiert, deren ideologische Ausrichtung innerhalb der Links-Rechts-Dyade im Bereich der linken Mitte zu finden war. Drei Bewegungen erscheinen repräsentativ für den Zusammenbruch des oligarchischen Staates zugunsten des ersehnten demokratischen Staates: (1) Die mexikanische Revolution von 1910; (2) die Reformbewegung der Universitäten in Córdoba (Argentinien) 1918; und (3) der Sturz von Carlos Ibañez Campos in Chile 1931.

Diese drei Beispiele belegen den Wandel hin zu einer umfassenderen Freiheit, der sich in Lateinamerika vollzog, und der von einem „aufgeklärten" Volk eingefordert wurde. Eben diese Forderungen wurden von einem neuen Parteityp repräsentiert: den Massenparteien, die bis kurz vor dem Zweiten Weltkrieg neben den Eliteparteien Bestand hatten.

Nach dieser Zeit beginnen die Parteien, eine unmittelbarere Beziehung zur Macht aufzubau-

---

[147] Für die Figur des starken Präsidenten finden sich historisch-kulturelle Gründe aus der Zeit der Unabhängigkeit der amerikanischen Staaten. Zu jener Zeit steigen eine Reihe von Caudillos – hauptsächlich aus dem Bereich des Militärs – auf, die während der Zeit der Anarchie unmittelbar nach der Unabhängigkeit die Kontrolle über die vormaligen Kolonien übernehmen.

[148] So ist der argentinische Nationalismus ein ideologisches Modell, das sich ausschließlich in Argentinien entwickelt und weit über die Begriffspaarung Links-Rechts hinausgeht. Er schließt beide Elemente ein und vermag sie überdies in einer einzigen Partei zusammenzuführen. Ein Beispiel hierfür ist der historische *justicialismo*, der sich seit den Anfängen des Peronismus durch besagte ideologische Unschärfe auszeichnete. Der Nationalismus in Chile andererseits ist ideologisch geprägt und war über die Geschichte hinweg an die Rechte gebunden, der Nachfolgerin der Konservativen, die später die Bezeichnung „*nacionales*" annahm. Auch in Paraguay und Peru ist der Nationalismus ideologisch an die Rechte gebunden.

en, da ein Verbleib in der Regierung ohne wenigstens die formale Unterstützung einer Partei unvorstellbar wurde.[149] In dieser Richtung ist die *Partido de la Revolución Mexicana* (PRM) von Lázaro Cárdenas anzusiedeln, dessen Regierung sich auf eine Partei stützt, die in der mexikanischen Gesellschaft der 1930er Jahre wichtige wirtschaftliche und politische Reformen vorantreibt. Ähnliches geschieht im Fall der reformorientierten Regierung von Getulio Vargas in Brasilien, zu dessen Reformen unter anderem die neue Verfassung von 1934 und die Ausrufung des so genannten „Neuen Staates" im Jahr 1937 zählen. Zwischen beiden Regierungsformen ließe sich der *Peronismo* unter Führung des General Juan Domingo Perón einordnen, der seine Wurzeln in den 1940ern hat und dessen wesentlicher Existenzgrund die Kanalisierung der Forderungen des Volkes in Argentinien war. In den erwähnten Beispielen findet sich die Figur des Caudillo, der eine Auffassung hinsichtlich des Landes, ja sogar der Nation hat, die sich von der bisher gekannten unterscheidet. Die bis dato herrschende Oligarchie, die vor allem an Grundbesitz geknüpft war, hatte das Volk in ihren politischen Zielsetzungen nicht berücksichtigt.

Ein anderes Beispiel liefern Peru, Bolivien und Chile. Hier gewinnen die Parteien ein Bewusstsein für die Macht, die sie ausüben können, ob sie sich an der Macht befinden oder nicht. Sie lenken die Forderungen, die von der Oligarchie ignoriert werden, werden dabei aber nicht in gleichem Maße durch den *caudillismo* geprägt. In Peru findet ein Kampf gegen die mächtige Oligarchie der APRA (*Acción Popular Revolucionaria Americana*) statt, in Bolivien triumphiert die MNR (*Movimiento Nacionalista Revolucionario*) unter Führung von Paz Estensoro. In Chile gestaltet sich die Situation unterschiedlich, da nach der Absetzung von General Ibañez eine bis dato in Lateinamerika ungekannte Phase der Konsolidierung der Demokratie einsetzt. Während dieser Zeit übernimmt die PR (*Partido Radical*) die Kanalisierung der sozialen Forderungen und die Inangriffnahme der Reformen, die in der Region durchgeführt wurden.

Der oben beschriebene Zeitraum lässt sich charakterisieren als die Zeit der nationalen Reformen des Volkes und im Fall einiger Länder als der Übergang hin zum „Neuen Demokratischen Staat". In der Zeit zwischen der Kubanischen Revolution und Mitte bis Ende der 1970er Jahre findet in den politischen Parteien ein Anpassungsprozess statt, da sie sich als politisches Projekt – teilweise sogar mit einem ideologischen Fundament – verstehen. Auf der einen Seite – links – stehen somit diejenigen Parteien, die sich selbst als linke revolutionäre Parteien des Volkes begreifen, d.h. Kommunisten, Sozialisten, christliche und linksorientierte Parteien. Auf der rechten wie linken Mitte befinden sich Parteien, die den Anspruch erheben, Volksparteien zu sein und die vor allem von Strömungen der christlichen Soziallehre oder sozialdemokratischen Ideen durchwoben sind, d.h. Volksparteien, Christdemokraten, Sozialdemokraten, Radikale usw. Rechts anzusiedeln sind die Nachfolgeparteien der Liberalen und Konservativen, die nationalistischen Ideen, der Verteidigung des Grundbesitzes und der Werte nahe stehen, die die Macht der Oligarchie untermauern. Dieser Teil des Spektrums stand in der Regel dem Militär

[149] In einigen Fällen verließen sich selbst Diktatoren für ihren Machterhalt nicht ausschließlich auf die Streitkräfte.

sehr nahe. In dieser Zeit beginnen die Parteien den Übergang von Militärdiktaturen hin zu einer Zeit der Demokratisierung der Region. Bezogen auf ihre Klassifizierung wandeln sie sich endgültig von den Massenparteien alter Prägung hin zu einer Struktur des Typs Volkspartei. Die Volksparteien sind diejenigen Parteien, die für die Wiedereinführung der Demokratie und ihre Konsolidierung verantwortlich sind.

Abbildung 10: Politisch-historische Evolution der Parteien in Lateinamerika

Zeitraum	Oligarchisch	Liberal-oligarchisch	Autoritär-demokratisch	Demokratisch
Zeitliche Einordnung	Unabhängigkeit bis Ende 19. Jh	Ende des 19. Jh bis Zwischenkriegszeit	Nachkriegszeit bis Anfang 1980er	Mitte der 1970er bis heute
Regierungsform	Regierungen ohne Partizipation Regierungen mit eingeschränkter Partizipation Militärcaudillos	Regierungen mit eingeschränkten Freiheiten und Öffnung zur Demokratie in einigen Ländern	demokratische Perioden durch Militärdiktaturen unterbrochen	Transition zur Demokratie und Konsolidierung im Kontext des Präsidentialismus
Parteityp	Elitenpartei	Eliten- und Massenparteien	Volksparteien	Volks- und professionalisierte Wählerparteien
Parteienfamilie	Konservativ Liberal	Christlich-Sozial Radikal Sozialistisch, Kommunistisch Demokratisch	Nationalistisch Christdemokratie Sozialdemokratie	Neue Parteien/ "Outsiders"
Politische Problematiken	Unabhängigkeit, Regionale Konflikte Einfluss aus Europa	Soziale Frage von Europa beeinflusste Ideologien Populismus und lateinamerikanischer Nationalismus	Von Europa, den USA und der SU beeinflusste Ideologien linke Revolution Einfluss der USA auf die nationale Politik	Von den USA beeinflusste Ideologien Demokratie und Markt Populismus

3.2 Die ideologische Einordnung der politischen Parteien in Lateinamerika

Eine ideologische oder programmatische Einordnung der politischen Parteien in Lateinamerika gestaltet sich nicht einfach, da die lateinamerikanischen Länder politisch, historisch, gesellschaftlich oder kulturell gesehen nicht so einheitlich und homogen sind, wie es zunächst scheint. Für den lateinamerikanischen Kontext ist die jeweilige Realität vor Ort zu berücksichtigen, um von dort aus zu allgemeingültigen Aussagen zum gesamtlateinamerikanischen Kontext zu gelangen. Um eine dimensionale Anordnung der Parteien auf der Links-Rechts-Achse vorzunehmen, gründet sich die vorliegende Untersuchung auf die bereits bestehenden Analysen zur Dyade im lateinamerikanischen wie im allgemeinen Kontext (Kapitel 4), d.h. die Variable der Wirt-

schaft und der Wertevorstellung, die als „*Modell Bobbios*“ bekannt wurde, und das die folgenden Elemente liefert. Die Abbildungen sind nur eine grafische Darstellung einer theoretischen Erklärung zur Links-Rechts-Dyade, um eine empirische Lokalisierung der Parteien in dieser Dimension zu vereinfachen (siehe dazu Kap. 4).

Abbildung 11: Ideologische und programmatische Einordnung der politischen Parteien in Lateinamerika

a)

Links — Einschließendes Drittes — Rechts

b)

Extreme Linke Egalitär-autoritär Jakobiner	Mitte-Links egalitär-libertär liberaler Sozialismus	Mitte-Rechts libertär-nichtegalitär. Minimalegalitaris-mus	Extreme Rechte antiliberal/ egalitär. Faschismus, Nazismus

Im Bereich der Wertevorstellungen ergibt sich folgendes Bild:

Liberal — Konservativ

(Links)

(Rechts)

Links — Mitte — Rechts

Im Bereich der Wirtschaft ergibt sich folgendes Bild:

Soziale Marktwirtschaft — Freie Marktwirtschaft

(Links)

(Rechts) — Links — Mitte — Rechts

Bobbios Modell würde, grafisch und begrifflich auf die Realität Lateinamerikas übertragen, wie folgt aussehen:[150]

Abbildung 12: Bobbios Modell für Lateinamerika

Links — Linke Mitte — (Mitte) — Rechte Mitte — Extreme Rechte

(extreme) Linke egalitär-autoritär (Populismus) zentral gelenkte Plan-wirtschaft	linke Mitte egalitär-libertär liberaler Sozialismus soz. Marktwirtschaft	rechte Mitte libertär-nichtegalitär. Minimalegalitaris-mus freie Marktwirtschaft mit sozialen Variablen	Extreme Rechte Antilibertär/egalitär. Konservativ (Populis-mus) Neoliberalismus

3.2.1 Die lateinamerikanische Linke

Als links sind diejenigen demokratischen Parteien einzustufen, deren Ursprünge im Umfeld

[150] Siehe hierzu auch: Lauga 1998: 280-284.

marxistischer Vorstellungen zu suchen sind, die sie seinerzeit den Klassenkampf unterstützen ließen. Diese Parteien vertraten die Forderung nach einer zentralen Planwirtschaft. Dem Staat wurde somit eine alles bestimmende Rolle im Bereich der Wirtschaft zuerkannt. Es handelt sich hierbei um Parteien, die sich, wie dargelegt, in ihren Anfängen an den Guerillabewegungen der 1960er und 1970er Jahre orientierten, was nicht notgedrungen mit einer entsprechenden Einbindung in diese einhergeht. Diese Parteien waren zweifelsohne zunächst von der Kubanischen Revolution wie auch von den Arbeiterbewegungen in deren unterschiedlichen Evolutionsphasen beeinflusst worden. Hinsichtlich ihres zeitlichen Auftretens lassen sich keine allgemeingültigen Aussagen treffen, da ihre Gründung in verschiedene Epochen fällt. So findet beispielsweise die chilenische Linke zu ihren ersten Anfängen während der Arbeiterbewegungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Gleiches gilt für Brasilien. Die Zeit, in der die chilenische Linke von den Arbeitern unterstützt wurde, fällt in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts, vor allem in die Endphase. Es gibt jedoch auch Gegenbeispiele: die Linke Nicaraguas wird vor allem von der Zeit nach der Guerilla beeinflusst, während die mexikanische Linke infolge des Überdrusses am Einparteiensystem entsteht. So ist diese Linke jeweils an den sie umgebenden Kontext gebunden.

Zu den typologisch wie ideologisch der Linken zuzurechnenden Parteien zählen die kommunistischen Parteien, die mehrheitlich einen bedeutsamen Erneuerungsprozess durchlaufen haben,[151] die sozialistischen Parteien, die Parteien der Befreiungsbewegung, die Parteien der demokratischen Linken, der demokratischen Revolution oder der Arbeiter, um nur ihre gebräuchlichsten Bezeichnungen zu erwähnen. Diese Parteien verfügen außerdem innerhalb des lateinamerikanischen Kontextes über eine gewisse kulturelle Kohärenz und werden mit bedeutenden Namen des geistigen wie kulturellen Lebens wie unter anderem Pablo Neruda, Gabriel García Márquez, Eduardo Galeano, Siquieros, Diego Rivera oder Frida Kahlo in Verbindung gebracht.

Dies ist die Linke, die nicht mehr auf die Revolution – geschweige denn im Bereich der Kultur – hinarbeitete, da sie aufgrund der Erfordernisse des Wahlkampfs zu einem neuen Gesicht gefunden hatte. Ein Beispiel für diesen Pragmatismus ist die Präsidentenwahl in Nicaragua 2001, in deren Zuge Daniel Ortega, einst Guerillero der FSLN, im Wahlkampf durch die *Camino Cristiano Nicargüense* (CCN), Mitglied der ODCA, gegen den Kandidaten der *Partido Liberal Constitucional* (PLC), Enrique Bolanos, unterstützt wurde, der auf einen Stimmenanteil von 56,3% kam. Über die Wahlniederlage hinaus (Ortega erreichte lediglich 42,3% der Stimmen) war es für die FSLN bezeichnend, dass sie ein Wahlbündnis mit einer Partei christdemokratischer Ausrichtung eingegangen war, die in der Vergangenheit Ortegas Politik erbittert bekämpft hatte. Ein weiteres Beispiel für Pragmatismus an den Wahlurnen lieferten die Präsidentschaftswahlen 2002 in Brasilien. Die Arbeiterpartei unter ihrem Spitzenkandidaten Luis Inácio „Lula“

[151] Heute akzeptieren sie die Demokratie als das tragfähigste Regierungssystem und haben ihren erbitterten Widerstand gegen das freie Unternehmertum aufgegeben.

Da Silva integrierte in die Kandidatenaufstellung für den Posten des Vizepräsidenten den liberalen Senator José de Alencar, der der rechten Mitte zuzurechnen ist.

Ein herausragendes Merkmal dieser Linken ist der markante Führungsanspruch ihrer Politiker, die sich lange Zeit an der Spitze der Partei halten, da sie sich in der Regel dauerhaft in der Opposition gegen die Parteien der Rechten, der rechten Mitte sowie der linken Mitte befinden. Belege hierfür sind unter anderem Daniel Ortega in Nicaragua, Luis Inácio „Lula" Da Silva in Brasilien, Cuauhtémoc Cárdenas in Mexiko oder Gladys Marín in Chile.

Das derzeitige Beispiel der demokratischen Linken liefert das Experiment der 1994 gegründeten FREPASO in Argentinien. Hier sind als herausragendste Vertreter Carlos „Chacho" Álvarez, Graciela Fernández Meijide und Carlos Raimundi zu nennen. Der FREPASO gehörten verschiedene Parteien der Linken, Menschenrechtsorganisationen, Umweltschutzgruppen und Dissidenten der PJ und der UCR an. Zu Beginn ihres Wirkens standen sie unter dem Vorzeichen des Kampfes gegen die Korruption und die von Präsident Carlos Menem vertretene neoliberale Politik. Ihre Zielsetzung bestand in der Herbeiführung tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen und dem Kampf gegen das seit jeher bestehende Zweiparteiensystem Argentiniens, das Veränderungen im ungerechten Aufbau der argentinischen Gesellschaft nicht zuließ. Innerhalb der FREPASO war die treibende politische Kraft die „*Frente Grande*" (FG), die im Mai 1993 als Ergebnis der Fusion der *Movimiento por la Democracia y la Justicia Social* (MODEJUSO) und der *Frente Sur* (FS) zustande kam. Ihr gehörten Gruppierungen der christdemokratischen Partei, der kommunistischen Partei wie auch verschiedener sozialistischer Organisationen an. Die FREPASO gewann mehr Zustimmung an den Urnen, wie sich in den Parlamentswahlen von 1993 zeigte: Mit zwei Abgeordneten avancierte sie hinter der PJ zur zweitstärksten politischen Kraft der Region Buenos Aires. In den Präsidentschaftswahlen von 1995 erreichte die Kandidatenaufstellung, die vom ehemaligen Senator Octavio Bordón und von Carlos Álvarez (beide ehemals PJ) angeführt wurde, einen Stimmenanteil von 27,8%. Damit wurden sie zweitstärkste Kraft hinter Menem (PJ) mit 47,5% und vor Massaccesi (UCR), der lediglich auf 16,2% der Stimmen kam. Bis 1997 bildete die FREPASO zusammen mit der UCR mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen von 1997 die ALIANZA, bei der Fernando de la Rúa und Carlos Álvarez mit 48,50% der Stimmen den *justicialismo* von Eduardo Duhalde und Ramón Ortega schlugen, der einen Anteil von 38,09% erreichte. Allerdings schied die FREPASO bald nach Antritt der Regierung von De la Rúa aus der Koalition aus, womit De la Rúa isoliert war und die Bewegung infolge ihrer inneren Risse und Widersprüche zu zerbrechen begann.

Ein weiteres bedeutsames Beispiel der neuen Linken ist die von Luis Inácio „Lula" Da Silva angeführte PT in Brasilien. „Lula" entschied die Präsidentschaftswahlen von 2002 im zweiten Wahlgang mit 61,28% für sich. José Serra von der PSDB, der Partei des vormaligen Präsidenten Fernando Henrique Cardoso, die von der PMJDB unterstützt worden war, kam dagegen nur auf 38,72%. Die Anfänge der PT liegen in den Gewerkschaftsbewegungen, zu deren Bildung es ab

der zweiten Hälfte der 1970er Jahre kam. Die 1980 gegründete Partei, deren vorrangiger Vertreter Luis Inácio „Lula“ Da Silva ist, gründet ihren Erfolg in den Wahlen und in der Gesellschaft auf die Arbeiter Brasiliens und unterhält enge Beziehungen zur *Central Unica dos Trabalhadores* (CUT). Ihre Anhängerschaft setzt sich aus marxistischen Gruppen wie auch christlichen Vereinigungen und sozialdemokratischen Gruppierungen zusammen. Ihre politische Ausrichtung zeigt als wesentliches Merkmal eine linksgeprägte antineoliberale Haltung. Seit 1982 an den Parlamentswahlen beteiligt, hat sie die Zahl ihrer Mandate allmählich steigern können; ihre wichtigsten Wahlerfolge vor besagter Präsidentschaftswahl 2002 errang die Partei jedoch bei Kommunalwahlen. So konnte sich die Partei 1998 bei den Bürgermeisterwahlen in Sao Paolo, der wichtigsten Kommune des Landes, durchsetzen, wie auch Luis Inácio „Lula“ Da Silva seinen persönlichen Stimmenanteil ab 1989 stetig steigern konnte, als er im ersten Wahlgang 17,2% und im zweiten Wahlgang 47% der Stimmen erreichte (gegenüber Fernando Collor de Mello mit 53%.) In den Wahlen von 1994 erreichte „Lula“ 27% der Stimmen, während Fernando Henrique Cardoso von der PSDB auf 54% kam. Dennoch konnte sich die PT als führende Kraft der Opposition etablieren, indem sie ein Bündnis mit der PDT und der PCdoB einging. Ihre politische Ausrichtung orientiert sich an traditionellen Elementen des Marxismus. Während des letzten Wahlkampfes milderte ihr führender Vertreter seine Haltung gegenüber dem Neoliberalismus ab; in seine Koalitionsaussage integrierte er neben der PCdoB sogar die im Spektrum der rechten Mitte angesiedelte *Partido Liberal*.[152] Unterstützung erfährt die PT ferner von Gruppierungen wie Globalisierungsgegnern, Vertretern der indigenen Bevölkerung und Umweltschutzgruppierungen. Damit entspricht diese politische Ausrichtung derjenigen, die die lateinamerikanische Linke fast überall seit dem Fall der real existierenden Sozialismen prägt.[153]

Eine weitere bedeutsame Partei, die sich im linken Parteienspektrum ansiedelt, ist die 1989 gegründete PRD, mit der dank des Erfolgs ihres führenden Vertreters Cuauhtémoc Cárdenas die Positionen der Linken verfestigt und in feste Formen gegossen werden sollte. Bei den Präsidentschaftswahlen von 1988 hatte er als Vertreter der *Frente Democrático Nacional* (FDN) 31,1% der Stimmen erreicht. Ursprünglich gehörten der PRD Dissidenten der PRI, Mitglieder der *Partido Mexicano Socialista* (PMS) und einige kleine links stehende Gruppierungen an. Die PRD ist eine Option, die sich links von der PRI einordnet: während der langen Jahre ihrer Regierung hatte die PRI eine eher in der politischen Mitte anzusiedelnde Politik verfolgt, die von Ende der 1980er bis in die 1990er Jahre hinein in der Umsetzung der neoliberalen Reformen bestand. Zudem waren ohnehin Zweifel an der demokratischen Ausrichtung der PRI angebracht. Die PRD wird von tiefen innerparteilichen Spaltungen durchzogen, so beispielsweise in Themen wie der von PRI, PAN und PRD vereinbarten Wahlrechtsreform unter der Bezeichnung „*Pacto por la*

[152] Die Kandidatenaufstellung von „Lula“ da Silva enthielt als Vizepräsidenten den liberalen Senator José de Alencar.

[153] Auf die „Lula“ da Silva gestellte Frage bezüglich des Wirtschaftsmodells und seine Abkehr von diesem ist seine Antwort wenig präzise und zeigt, dass er nicht beabsichtigt, die von seinem Vorgänger Cardoso betriebene Wirtschaftspolitik radikal zu ändern (Zeitschrift „Ercilla“, 10.10. 2002).

Paz, la Democracia y la Justicia“, die am 27. Januar 1994 unterzeichnet wurde. Eine weitere Problemstellung für die Partei ergab sich aus ihrem Verhältnis zum *Ejército Zapatista de Liberación Nacional* (EZLN). Dennoch ist die PRD eine wichtige konsolidierte Partei im mexikanischen Dreiparteiensystem.

3.2.2 Die linke Mitte

Im Spektrum der linken Mitte sind Parteien zu finden, die in der Vergangenheit linke Positionen der spezifisch lateinamerikanischen Verhältnisse vertreten hatten. Manche dieser Parteien hatten seit jeher die Demokratie als tragfähigste Regierungsform verteidigt, andere unterstützen die Demokratie – vor allem nach dem Scheitern der sozialistischen Experimente – mit dem gleichen Nachdruck wie Erstere. Diese hatten sich von der Rechten distanziert, da die Rechte nur begrenzt für eine Öffnung zur Demokratie eintrat. In der Regel unterstützte die Rechte nicht nur die Militärregimes, sondern drängte sie in einigen Fällen sogar dazu, den institutionellen Rahmen der Demokratie aufzuheben. Dies führte dazu, dass auch Parteien der politischen Mitte Positionen der linken Mitte besetzten und mehrheitlich bis heute in diesem Bereich der Links-Rechts-Dimension verharren.

Diese Parteien werden mit einem nur vage definierten Ausdruck als „progressistisch“ bezeichnet. Unscharf ist dieser Terminus deshalb, weil er für eine klare Bestimmung oder Kategorisierung politischer Gruppierungen zu vieldeutig ist.[154] Diese Parteien akzeptieren die freie oder soziale Marktwirtschaft als das Wirtschaftssystem, das sich für die Schaffung von Wohlstand am wirkungsvollsten anbietet, und treten auf irgendeine Weise für gesellschaftliche Veränderungen ein, die die Lebensbedingungen in der Gesellschaft zu verbessern helfen.[155] Dabei handelt es sich um Parteien, die von Christdemokratien bis zu erneuerten Sozialisten reichen und sich von jeder marxistischen Interpretation der Geschichte gelöst haben; zu ihnen zählen die Sozialdemokraten und in einigen Fällen liberale Parteien.

Diese Parteien besitzen Gewicht, wo der real existierende Sozialismus entweder von untergeordneter Bedeutung ist oder sich von typisch sozialistischen Traditionen zu lösen vermochte und sich insofern nur der ersten beschriebenen Gruppe zuordnen lässt. Brasilien Chile und Mexiko sind deutliche Beispiele hierfür: so finden sich in Brasilien die PT (links) und die PSDB (mitte-links) und in Chile, ebenfalls von links nach rechts, die PC und die PS. So ist es auch bei den mexikanischen Parteien PRD und PRI, da hier die PRD in gewisser Weise eine Abspaltung des linken Flügels der PRI darstellt.

---

[154] „Progressistisch“ bezieht sich hierbei auf den Bereich der Wertevorstellungen, Wirtschaft, Kultur, Gesellschaft, Moral, Ethik usw. Der Begriff wurde, da er zu vage gefasst ist, als dass er als geschlossenes einheitliches Konzept dienen könnte, in den letzten Jahren von den Vordenkern der linken Mitte geprägt, um deren Erneuerung auf dem Gebiet der Wirtschaft zu rechtfertigen, wo sie den Neoliberalismus als solchen akzeptierten. Sie zeigen sich im Bereich der Wertevorstellungen und der Kultur tolerant; ihre Akzeptanz des Neoliberalismus lässt sie jedoch nicht notgedrungenerweise als gesellschaftlich progressistisch erscheinen.

[155] Während des Gipfels der Sozialistischen Internationalen in Buenos Aires (Juni 1999) stellten die sozialdemokratischen und sozialistischen Vertreter fest: „*…apoyamos una economía de mercado, no una sociedad de mercado.*“

Die Parteien der linken Mitte mit realen Aussichten auf die Ausübung der Macht befinden sich entweder an der Macht oder bilden die bedeutsamste Oppositionspartei. Ihre Mitglieder sind von ihrer Überzeugung her Menschen, die seinerzeit die soziale Marktwirtschaft deutscher Prägung verteidigt hatten und für sie eingetreten waren und den Strukturalismus befürwortet und versucht hatten, ihn in die Praxis umzusetzen. In einigen Fällen bleiben sie träumerisch diesen Vorstellungen verbunden und treten unter anderem für den Neostrukturalismus ein. Die überwiegende Mehrheit jedoch billigt die vom IWF verordneten Politiken, was das Ausbleiben von Kritik an den in den 1980er und 1990er Jahren durchgeführten neoliberalen Reformen erklärt. Andererseits besitzt dieser Teil der Linken Einfluss und Macht in internationalen Organisationen wie der CEPAL, der FAO, der Weltbank, der IDB, des IWF usw. Ihr Einfluss macht sich in intellektueller Hinsicht an vielen Universitäten Lateinamerikas wie auch der USA bemerkbar. Der alten Welt sind sie durch eine Reihe von Banden auf Hochschulebene oder durch politische Stiftungen wie die Konrad-Adenauer-Stiftung oder die Friedrich-Ebert-Stiftung verbunden. Ihre politische Annäherung an Europa finden sie durch ihre Schwesterparteien, die nicht sämtlich dem klassischen linken Spektrum zuzuordnen sind. Manche christdemokratischen Parteien Lateinamerikas, die in der linken Mitte einzuordnen sind, suchen die Bindung an europäische christdemokratische Parteien, während die Sozialdemokraten die linke Mitte einnehmen. Diese Parteien unterhalten Verbindungen oder werden von Parteien unterstützt, zu denen unter anderem die CDU in Deutschland, die PP in Spanien, die CDA in den Niederlanden oder die PPI in Italien zählen. Die sozialdemokratischen Parteien ihrerseits suchen die Annäherung an europäische Pendants wie die deutsche SPD, die spanische PSOE, die österreichische SPÖ oder die französische PS.

Zu den klassischen Beispielen für Parteien des Spektrums der linken Mitte zählen folgende Parteien:

Die 1933 gegründete Sozialistische Partei Chiles (PS) war anfänglich eine Alternative zur PC. Ihre Geschichte ist geprägt von internen Spaltungen, starken innerparteilichen Gruppen und Führungsansprüchen, am deutlichsten belegt durch Salvador Allende, der zwischen 1952 und 1970 viermal für das Amt des Präsidenten der Republik kandidierte. In letzterer Wahl erreichte er einen Stimmenanteil von 36,6% und wurde vom *Congreso Nacional* dank der Unterstützung der PDC zum Präsidenten gewählt. In dem Zeitraum, in dem er mit einer Koalition aus PS und der linken UP regierte, vertrat er eine Politik radikaler Zielsetzungen und Maßnahmen und übertraf dabei sogar die PC, die der Koalition angehörte. Die PS stand zu jener Zeit unter dem starken Einfluss der Kubanischen Revolution. Diese Partei trägt die größte Verantwortung für das Ende der Demokratie in Chile (siehe Nohlen 1973; 2003a). Nach dem Putsch des 11. September 1973 wurde die PS verboten und bekam die Repressalien des Pinochet-Regime zu spüren: Ihre führenden Vertreter und Angehörige wurden ermordet, gefoltert, „verschwanden“ oder wurden zum Exil gezwungen. In der Zeit des Exils während der 1970er und 1980er Jahre erlebte die PS

eine wichtige Phase der ideologischen Erneuerung und spaltete sich ferner in zwei Flügel: einer von ihnen – unter Führung von Clodomiro Almeyda – vertrat die traditionell marxistisch-leninistische Linie unter deutlichem Einfluss der damaligen DDR und der Sowjetunion, der andere tendierte mit Carlos Altamiro mehr zur sozialdemokratischen Linie. Während der 1970er waren diese beiden wichtigsten Gruppierungen in den verschiedenen oppositionellen Bewegungen, die eine Alternative zu Pinochet suchten, vertreten. Zu diesen gehörten die *Alianza Democrática* (AD), die *Movimiento Democrático Popular* (MDP) und die *Concertación de los Partidos por la Democracia* (CPPD). Auf dem *Congreso de la Unificación* im Dezember 1989 wurde schließlich die Einheit der Sozialisten hergestellt, als die sechs Gruppierungen die PS zusammen mit Teilen der MAPU und der IC neu gründeten. Der Prozess fand seinen Abschluss mit dem vollständigen Beitritt zur CPPD und dem Kandidaten der DC Patricio Aylwin, der sich in den Präsidentschaftswahlen von 1989 durchsetzen sollte.

Die PS gehört zu den wichtigsten Parteien der Regierungskoalition CPPD, die zwei christdemokratische Präsidenten hervorgebracht hat; auch der derzeitige Präsident Chiles Ricardo Lagos gehört dieser Partei an. Durch die Partei zieht sich eine Tendenz zu einer sozialdemokratischen Politik, allerdings existiert durchaus ein Flügel, der bei der Ausarbeitung der Politik der PS auf bestimmten marxistischen Elementen besteht. Die Wirtschaftspolitik ist des Typs „soziale Marktwirtschaft"; es wird eine Öffnung der chilenischen Gesellschaft angestrebt. Während des Zeitraums der Demokratie konnte sich die Partei auf einen Stimmenanteil von 10% stabilisieren (Nohlen 1973; 2003a/Walker 1990/Puccio 1993).

Ein Beispiel einer sozialdemokratischen Partei bildet die PLN in Costa Rica. Im Jahr 1951 gegründet, gehörte sie seitdem zu den wichtigsten politischen Kräften des Landes und stellte 1953, als José Figueres Ferrer einen Stimmenanteil von 64,7% erreichte, erstmalig den Präsidenten der Republik. Bis in die 1990er Jahre besaß sie bei Präsidentschaftswahlen eine beherrschende Stellung; in den letzten zehn Jahren beendete die PUSC jedoch ihre Monopolstellung als wichtigste politische Kraft des Landes. Anfänglich besaß sie vor allem in den ländlichen Gebieten Einfluss, konnte jedoch ab den 1980ern auch in städtischen Gebieten Fuß fassen. Vielleicht besteht der wesentliche Beitrag, den die PLN zum politischen Prozess des Landes lieferte, in der Rolle, die die Partei innerhalb des festgefügten demokratisch-institutionellen Rahmens übernahm. Andererseits änderte die Partei in den 1990er Jahren ihr Entwicklungsmodell und trat fortan für eine Kombination aus sozialem Fortschritt und Strukturreformen in Verbindung mit einer Reduzierung der Rolle des Staates ein. Auf diese Weise näherte sie sich den Vorstellungen einer neoliberalen Transformation der Wirtschaft an. Mit dem erstmaligen Auftreten der Partido Acción Ciudadana (PAC) beendete die Präsidentschaftswahl im Februar 2002 schließlich offensichtlich den seit 20 Jahren in der Politik des Landes beobachtbaren Zustand des Bipartidismus. Die PLN musste dabei im Vergleich zur vorangegangenen Wahl einen Stimmenverlust von 30% hinnehmen. Hatte der Kandidat der PLN, José Miguel Corrales 1998 auch die Präsident-

schaft verfehlt, so stellt sein Stimmenanteil von 44,4% gegenüber den 46,9%, die auf die PUSC entfielen, ein beinahe historisches Ergebnis dar. Mit dem Erscheinen der PAC endete der Bipartidismus jedoch in Costa Rica. Ihr Kandidat Otton Solís Fallas erreichte im ersten Wahlgang 26,9% der Stimmen,[156] kam letztlich jedoch nur auf Rang drei mit einem ähnlichen Stimmenanteil wie Rolando Araya Monge von der PLN mit 31,05% der Stimmen. Als Wahlsieger schließlich ging Abel Pacheco de la Espriella mit 38,5% der Stimmen hervor, der sich nach dem zweiten Wahlgang zum Präsidenten ausrufen ließ.[157]

3.2.3 Die nicht existierende Mitte

Die Parteien der Mitte sind im politischen Kontext Lateinamerikas nicht vorhanden. Aus geschichtlichen Gründen und infolge der sozialpolitischen Entwicklung verschiebt sich das Zentrum stets nach links oder rechts. Wie Scully (1992) am Beispiel der chilenischen Christdemokraten treffend schildert, verschob sich die Position der Partei in Abhängigkeit ihrer Rolle als Regierungs- oder Oppositionspartei von links nach rechts, so geschehen unter der Regierung Allendes. Die politische Mitte existiert also nicht und wird in der Regel lediglich als sprachlicher Begriff für Wahlkampfzwecke instrumentalisiert, nicht jedoch konzeptuell definiert. So bedienen sich die Parteien der Rechten oder rechten Mitte dieses Ausdrucks gerne als Wahlkampfinstrument und verweisen auf „die Zugehörigkeit zur Mitte", „die politische Mitte einnehmen" oder „eine Partei der Mitte sein". In der jüngsten Zeit greift die linke Mitte auf ähnliche Argumente zurück, da heute die Ansicht vertreten wird, der ideologisch nicht festgelegte Wähler, der heute in Lateinamerika die Mehrheit darstellt, würde eher für gemäßigte Parteien der Mitte stimmen.

3.2.4 Die Rechte auf dem Weg in die politische Mitte

Bei der rechten Mitte handelt es sich um eine Rechte, die den Raum im politischen Zentrum beansprucht. Sie fühlte sich jedoch über den Lauf der Geschichte hinweg den Werten der lateinamerikanischen Rechten verbunden und kann insofern als Erbin der liberal-konservativen Tradition der Zeit nach der Unabhängigkeit bezeichnet werden. In diesem Spektrum übt die katholische Kirche einen bedeutenden Einfluss aus, wenngleich dieser nicht an denjenigen heranreicht, den sie auf die extreme Rechte ausübt. Die rechte Mitte ist eine liberale Rechte, die sich in vollem Umfang zu den demokratischen Werten bekennt, obwohl diese Parteien in einigen Fällen in Zusammenhang mit Militärregimes zu sehen sind. Mag dies auch der Fall gewesen sein, so lösten diese Parteien sich bald, nachdem die Demokratie ihre ersten Gehversuche unternommen hatte, von ihrer autoritären Vergangenheit und erneuerten sich so, wie es vor ihnen die Linke ge-

[156] Die *Partido Acción Ciudadana* wurde von dem Ökonomen Ottón Solís im Jahr 2000 gegründet, der in der Regierung von Oscar Arias (1986-2000) von 1986-88 als Minister für Planung wirkte.

tan hatte. In beiden Lagern wurde die Demokratie vorbehaltlos akzeptiert. Diese Rechte teilt sich die internationale Bühne wie im Fall der ODCA auch mit Parteien der linken Mitte. Diese Parteien sehen sich auf dem Gebiet der Wirtschaft nicht dem Widerspruch gegenüber, den die linke Mitte dadurch zu bewältigen hat, dass sie den Neoliberalismus mühelos verteidigt. Mehr noch: nachdem sie sich in jeder Hinsicht von sämtlichen Verbindungen mit der Diktatur gelöst hatten, waren gerade sie es, die die wirtschaftlichen Freiheiten vertraten. Konnten sie in einigen Fällen nicht den gleichen Grad an Kohärenz aufweisen bei Vorschlägen für politische Reformen, die zu einem höheren Ausmaß an bürgerlichen Freiheiten und politischen Rechten geführt hätten, so ist ihr Bekenntnis zur Demokratie doch über jeden Zweifel erhaben.

Im Laufe der Geschichte sind Parteien der rechten Mitte oder solche, die aufgrund des Bipartidismus in ihrem Land der Tradition der rechten Mitte entstammen belegt. Dies ist der Fall in Venezuela (COPEI), in Kolumbien (*Partido Conservador*) oder in Costa Rica (PUSC). Die 1983 gegründete PUSC in Costa Rica ist das Ergebnis der Verschmelzung von vier Parteien: der *Partido Unión Popular* (PUP), *Partido Demócrata Cristiano* (PDC), *Partido Republicano Calderonista* (PRC) und der *Partido Renovación Democrática* (PRD). Diese Parteien waren im Kontext der Demokratie des Landes die historischen Gegenspielerinnen der PLN gewesen, konnten jedoch an den Wahlurnen nie genügend Einfluss aufbringen, um der Überlegenheit der PLN bei den Wahlen entgegenzuwirken, geschweige denn eine Alternative zur bestehenden Regierung darzustellen. Die Union dieser politischen Kräfte zur PUSC zementierte den Bipartidismus in Costa Rica. Bis zur Übernahme der Macht sollte es jedoch aufgrund der gefestigten Stellung, die die PLN bei Wahlen innehatte, noch einige Zeit dauern. Erst bei den Wahlen im Februar 1990 errang mit Rafael Ángel Calderón erstmalig ein bedeutender Parteiführer der PUSC die Präsidentschaft. Calderón setzte sich mit 50,18% der Stimmen gegen Rafael Castillo von der PLN (45,99%) durch. Die PUSC errang zudem die Mehrheit in der gesetzgebenden Versammlung. 1994 jedoch sollte die PUSC die Präsidentschaft wieder abgeben müssen, nachdem ihr Kandidat Miguel Ángel Rodríguez im Vergleich zu José María Figueres von der PLN (49,6%) lediglich auf 47,7% der Stimmen kam. Als sich Rodríguez 1998 erneut zur Wahl stellte, schlug er mit 46,9% der Stimmen José Miguel Corrales, den Kandidaten der PLN (44.4%). Wie bereits dargestellt, bedeutete die Wahl von 2002 nicht nur die Untermauerung des Anspruchs der PUSC als wichtigste politische Kraft des Landes, sondern beendete mit dem Auftreten der PAC auch die Ära des Bipartidismus. In der Wahl vom Februar 2002 setzte sich die PUSC im zweiten Wahlgang mit einem Vorsprung von mehr als 15% gegenüber dem Kandidaten der PLN durch (PUSC: 57,95%, PLN 42,05%).

Vom eben dargestellten Fall unterscheidet sich die ADN in Bolivien, da sie mehrere Parteien der rechten Mitte zusammenfasst. Diese standen in der Vergangenheit Militärdiktaturen nahe, vergleichbar der PFL in Brasilien oder der RN in Chile. Die ADN gehört nicht nur in den Kon-

[157] Eine weitere wichtige Partei dieser Linken auf dem Weg zur Mitte ist die PRI, die in Kapitel 6 näher beschrieben wird.

text der Diktatur des Generals Hugo Banzer, sondern wurde von besagtem General, der Bolivien von 1971 bis 1978 beherrschte, gegründet und geführt. Nachdem die ADN als Partei 1979 entstand, stellte sie die drittwichtigste politische Kraft des Landes dar. In den Wahlen vom 14. Juli 1985 wurde Hugo Banzer mit 32,8% der Stimmen stärkste Partei, vom Kongress jedoch nicht bestätigt, da die MNR und die MIR für den Kandidaten der zweitstärksten Partei, Víctor Paz Estensoro von der MNR,[158] stimmten. In der Wahl vom 7. Mai errang Banzer den zweitgrößten Stimmenanteil (25,4%), dicht hinter Gonzalo Sánchez de Lozada (MNR, 25,8%). Allerdings verbündete sich die ADN mit der MIR und stimmte im Kongress für Jaime Paz Zamora (MIR), der mit 22% den dritten Rang eingenommen hatte. Diese Abmachung führte zu dem so genannten Regierungsbündnis „*Acuerdo Patriótico*". Diese Koalition sollte später die Kandidatur Banzers bei den Wahlen 1993 unterstützen, der mit 21% der Stimmen hinter Gonzalo Sánchez de Lozada (35,6%) auf den zweithöchsten Stimmenanteil kam. Sánchez de Lozada wurde seinerseits vom Kongress als Präsident Boliviens anerkannt. Obwohl Banzer erklärte, er wolle nicht mehr für das Amt des Präsidenten der Republik kandidieren, ernannte ihn der nationale Parteitag der ADN zum Kandidaten für die Wahlen vom 1. Juli 1997, in denen Banzer von der NFR und der PDC unterstützt wurde, die seit 1989 zu den Bündnispartnern der ADN zählten. Mit den Wahlen vom 1. Juli 1997 wurden die Wahlreformen von 1995 zementiert;[159] ihre Bestimmungen gelangten in vollem Umfang zur Anwendung. Auf diese Weise errang der letztliche Wahlsieger Hugo Banzer die relative Mehrheit[160] dank der Unterstützung einer großen Anzahl von Parteien, zu denen ADN, MIR, CONDEPA und die UCS gehörten, die in der Summe 95 der 130 Abgeordneten und 23 der 27 Senatoren stellten.[161] Die ADN hat seit dem Heraufdämmern der Demokratie unter Beweis gestellt, dass ihre Anfänge als Partei zwar in den Kontext der Diktatur Banzers, ihres Gründers, fallen, sie aber in jeder Hinsicht die Bindung an die Demokratie gesucht hat, ob sie davon profitierte oder nicht. Mehr noch: sie hat Reformen unterstützt, deren Ziel in der Vollendung und Verbesserung der bolivianischen Demokratie be-

[158] Bolivien verfügt über ein präsidentielles System, in dem laut Wahlgesetzt Präsident und Vizepräsident mit absoluter Mehrheit gewählt werden. Erreicht keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit, entscheidet die absolute Mehrheit des Kongresses zwischen den beiden Kandidaten mit den größten Stimmenanteilen. Die Präsidentschaft dauert fünf Jahre ohne die Möglichkeit der unmittelbaren Wiederwahl: vor einer möglichen Wiederwahl muss mindestens eine Legislaturperiode verstreichen. Die Legislativgewalt besteht aus zwei Kammern: der Abgeordnetenkammer und dem Senat. Die Abgeordnetenkammer besteht aus höchstens 130 Abgeordneten, die für einen Zeitraum von fünf Jahren gewählt werden. 68 ihrer Mitglieder werden in einfacher Mehrheit in uninominalen Wahlbezirken gewählt, die 62 verbleibenden Abgeordneten werden nach dem System der Verhältniswahl in plurinominalen Wahlbezirken ermittelt. Die Senatskammer ihrerseits besteht aus 27 Senatoren, wobei jedes *departamento* von drei Senatoren vertreten wird. Diese werden nach dem Mehrheitswahlrecht für einen Zeitraum von fünf Jahren gewählt. Die stärkste Partei besitzt ferner die Möglichkeit, zwei Senatoren zu stellen, während die zweitstärkste Kraft einen zusätzlichen Senator stellen kann. Der Vizepräsident übt das Amt des Senatspräsidenten aus.

[159] Vor der Reform von 1995 wurde der Präsident aus der Mitte der drei stärksten Parteien gewählt. Seit der Wahlrechtsreform unter der Regierung von Sánchez de Loyola wird der Präsident aus den zwei stärksten Parteien ermittelt. Eine weitere wesentliche Änderung bestand in der Heraufsetzung der Amtszeit des Präsidenten von vier auf fünf Jahre. Ferner wurde das System für die Wahl der Abgeordneten geändert: diese werden nunmehr in uninominalen, die Senatoren in plurinominalen Wahlbezirken gewählt.

[160] Dieses Wahlergebnis stellt zugleich die niedrigste relative Mehrheit in der Geschichte der demokratischen Wahlen des Landes dar.

[161] Die Wahlen von 2002 bestätigten eine Tendenz, die sich in der Politik Boliviens in den letzten Jahren abzuzeichnen begann, nämlich eine verstärkte Wahl ehemaliger Präsidenten oder vormaliger führender Vertreter der traditionellen Parteien. Am 6. 8. 2002 trat Gonzalo Sánchez de Lozada (MNR) sein Amt an, der sich tags zuvor mit 84 Stimmen gegenüber seinen Gegner von der *Movimiento al Socialismo* (MAS), der auf 46 Stimmen kam, durchsetzte.

stand.

Die ersten Anfänge der RN in Chile sind mit denen des vorangehenden Beispiels vergleichbar: obwohl ihr Fundament auf ehemaligen Getreuen General Pinochets ruht, hat die RN im Gegensatz zur ADN in den ersten zwölf Jahren der neuen chilenischen Demokratie keine Reformen zur Verbesserung des institutionellen Systems Chiles erlaubt. Damit stellt sie sich vollkommen außerhalb der demokratischen Tradition dieses Landes: „Para las elecciones parlamentarias, se rompió con la tradición de representación proporcional, introduciendo tanto para el Senado como para la Cámara de Diputados el sistema binominal.“ (Nohlen 1998: 281)

Die COPEI kann ebenfalls als christlich-soziale Partei bezeichnet werden. Ihre Ursprünge reichen zurück in die Rebellion, mit der die Studenten gegen die Diktatur des Generals Juan Vicente Gómez (1928-1935) aufbegehrten. Vorgänger der COPEI sind die *Unión Nacional de Estudiantes* (UNE), die sich 1936 von der *Federación de Estudiantes de Venezuela* (FEV) abspaltete. So bildete die COPEI ab 1946 eine christlich-soziale Alternative zu den linken Parteien. Ihr Gründer Rafael Caldera wurde bei den ersten demokratischen Wahlen Venezuelas mit 22% hinter Rómulo Gallegos von der AC zweitstärkste Kraft. Nach dem Sturz Gallegos im Jahr 1948 war die COPEI auch weiterhin in begrenztem Umfang tätig; mit der Konsolidierung der Diktatur von Marcos Pérez Jiménez im Jahr 1952 wurde die COPEI für illegal erklärt und ihre Führer zum Exil gezwungen. Nach dem Sturz von Jiménez im Jahre 1958 unterzeichneten COPEI, AD und URD den so genannten „*Pacto de Punto Fijo*“, mit dem die politische Lage stabilisiert wurde, und der die Grundlage für die demokratische Stabilität und den venezolanischen Bipartidismus bis 1993 bildete. In jenem Jahr führt Rafael Caldera, die in der Parteigeschichte wichtigste Figur, einen Bruch derselben herbei, um selbst – erfolglos – für das Amt des Präsidenten des Landes zu kandidieren. Die COPEI war freilich hierdurch bei den Wahlen in eine komplizierte Situation geraten.

Im Jahr 1958 wurde die COPEI bei den Präsidentschaftswahlen drittstärkste Partei, konnte ihre Position 1963 etwas ausbauen. Als Rafael Caldera 1968 mit 29,2% der Stimmen den größten Stimmenanteil auf sich vereinigen kann, verhilft ihm dies zur Präsidentschaft. Bei den Präsidentschaftswahlen von 1973 nimmt er jedoch innerhalb des venezolanischen Parteiensystems erneut den zweiten Rang ein. Mit Luis Herrera Campins kehrt die Partei 1978 an die Macht zurück; 1983 wird Caldera mit 35,5% der Stimmen zweitstärkste Kraft, auch Eduardo Fernández kam mit 40,4% der Stimmen auf den zweiten Rang. Die COPEI war im Zeitraum von 1963 bis 1993 hinsichtlich der von ihr errungenen Stimmen bei Parlamentswahlen zweitstärkste Partei. 1993 kommt es innerparteilich zum Bruch mit dem Rückzug des fünfmaligen Präsidentschaftskandidaten, Gründer und bedeutendstem Vertreter der Partei, Rafael Caldera. Der freiwillig zurückgetretene Caldera gründete die *Convergencia*, die ihn mit 30,5% der Stimmen zum zweiten Mal zur Präsidentschaft führen sollte. Oswaldo Álvarez Paz wurde mit 22,7% der Stimmen drittstärkste Kraft, womit die Partei seit 1963 ihr vergleichsweise schlechtestes Ergebnis erziel-

te. Dennoch blieb die COPEI – bis dahin zweitstärkste Kraft (53 Abgeordnete) – nur dicht hinter der AD (55 Abgeordnete). In jenem Jahr jedoch endete der Bipartidismus in Venezuela abrupt, und besagte Parteien mussten sich fortan das Parlament mit Parteien wie der *Convergencia* (26 Abgeordnete), der LCR (40 Abgeordnete) und der MAS (24 Abgeordnete) teilen. Bei den Wahlen von 1998 ging die COPEI eine Koalition mit der AD und anderen kleineren Parteien ein, um dem ehemaligen Oberst und Putschisten Hugo Chávez entgegenzutreten, der letztlich mit 56,2% der Stimmen gewählt wurde. Bei den Präsidentschaftswahlen von 2000 stellte die COPEI ebenso wenig einen eigenen Kandidaten auf. Bei diesen beiden Wahlen sank der Stimmenanteil der Partei auf historische Tiefstwerte: 1998 wurde die Partei mit 12,9% der Stimmen lediglich drittstärkste Kraft, im Jahre 2000 errang sie von 165 in der *Asamblea Nacional* zu vergebenden Mandaten lediglich 5, d.h. 3% der Sitze der Versammlung. Die COPEI war in diese Situation aufgrund der Unfähigkeit ihrer politischen Klasse geraten, den weltweit fünftgrößten Rohölexporteur zu regieren, wie auch als Folge der die politische Klasse Venezuelas als Ganzes und somit die COPEI betreffenden Korruption, ungeachtet der Tatsache, dass trotz der reichlich vorhandenen natürlichen Ressourcen des Landes annähernd die Hälfte der Bevölkerung in Armut lebt.

Mittlerweile hat die Partei ihre Struktur erneuert; Juan Eduardo Fernández ist erneut Präsident der Partei. Seine Situation hängt unter anderem von der Zukunft der Regierung von Chávez ab, die in eine Reihe von Korruptionsskandalen und Machtmissbrauch verwickelt ist, und ist ferner bedingt durch das Erfordernis seiner Partei, einen kohärenten Vorschläge zur Regierung des Landes zu unterbreiten. Sicherlich wird die Partei zudem ihren Namen ändern, um der Partei den Anstrich eines „*aggiornamiento*“ zu verleihen und künftig als *Partido Popular Demócrata Cristiano* de Venezuela fortzubestehen.

3.2.5 Die extreme Rechte

Die extreme Rechte ist räumlich am anderen Ende der ideologischen Dimension angesiedelt. Sie ohne weitere Erläuterungen als Rechte zu bezeichnen, wäre sicherlich irreführend, da sie so mit der rechten Mitte verwechselt werden könnte, die die Werte der neuen Rechten anschaulicher vertritt. Bei der extremen Rechten handelt es sich viel mehr um „*Conservadores Neoliberales*“, da sie hinsichtlich ihrer Wertevorstellungen in hohem Maße konservativ ist und einen weitreichenden Einfluss auf den konservativsten Flügel der katholischen Kirche, in diesem Fall Opus Dei ausübt.[162] Die Mehrheit dieser Parteien war an Militärdiktaturen beteiligt und hat sich von diesem Teil ihrer Vergangenheit bis heute nicht gelöst. Zudem zeichnen sich viele dieser Parteien dadurch aus, dass in ihnen bei Wahlen häufig ehemalige Militärs kandidieren. Auf dem Gebiet der Wirtschaft sind sie neoliberal, hinsichtlich ihrer kulturellen und Wertevorstellungen

jedoch konservativ. Auf letzterem Gebiet sind sie bemüht, mit ihrem Einfluss eine Öffnung so lange wie möglich zu verschleppen. Eine wahrhaft demokratische Gesinnung lässt sich diesen Parteien nicht bescheinigen, da sie auf dem Gebiet der institutionellen Reformen wenig zur Verbesserung der Demokratie in der Region beigesteuert haben.

Ein wesentliches Merkmal besteht darin, dass diese Parteien derzeit auf eine populistische Rhetorik und entsprechende Mittel zurückgreifen, um die Wählerschaft für sich zu gewinnen. Ihre schärfste Waffe besteht im Angriff auf die traditionelle Politik, die für sämtliche im Land beobachtbaren Missstände zur Verantwortung gezogen wird, während sie sich selbst als „unabhängig" oder „unpolitisch" gerieren.

Die ANR-PC bzw. *Partido Colorado* in Paraguay ist eines der Beispiele für Parteien der extremen Rechten, die in der Frage nach ihrer demokratischen Ausrichtung nur sehr beschränkt eine Bewertung erlauben, da sie an einer der längsten Diktaturen Lateinamerikas beteiligt war. Nach deren Beendigung hat sie den institutionellen Rahmen der Politik beibehalten, jedoch ohne wesentliche Reformen durchzuführen, wodurch eine Vertiefung der Demokratie in Paraguay bisher unmöglicht gemacht wurde.[163] Nach dem Bürgerkrieg von 1947 hielt sich diese ideologisch konservativ und nationalistisch ausgerichtete Partei durch ihre Unterstützung ziviler wie Militärregierungen. Nach dem Staatsstreich des 5. Mai 1957, mit dem General Alfredo Stroessner für einen Zeitraum von 35 Jahren an die Macht kam, wurde die ANR-PC zu der offiziellen Partei, die den Diktator Paraguays stets unterstützte. Von 1958 bis 1988 siegte die ANR-PC mit Stroessner regelmäßig dank eines restlos manipulierten Wahlsystems. Bei sämtlichen Wahlprozessen sicherte er sich zudem eine Zweidrittelmehrheit im Kongress. Die während der Herrschaft Stroessners mehrmals auftretenden innerparteilichen Spaltungen wurden von Stroessner unter Rückgriff auf das Militär stets überwunden, wobei in diesen Fällen die dissentierenden Parteiführer meist ins Exil geschickt wurden. So begann sich Stroessner von den traditionellen Gruppen der Partei zu entfernen und eine Gruppe bedingungsloser Unterstützer zu erschaffen, bis jegliche innerparteiliche Opposition ausgeschaltet war. Die Machtstrukturen der Partei wurden nunmehr von ergebenen Gefolgsleuten Stroessners beherrscht. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wandelt sich jedoch dieses Bild, als mit den *tradicionalistas* eine dissentierende Strömung entsteht, die eine größere Unabhängigkeit der Partei anstrebt und sich der sechsten Wiederwahl Stroessners widersetzt. Der sich anschließende innerparteiliche Streit endet mit dem Staatsstreich des Generals Andrés Rodríguez vom 3. Februar 1989, der die politische Unterstützung des traditionalistischen Flügels besaß.

Seitdem hat die die ANR-PC dreimal Wahlen für sich entscheiden können: am 1. Mai 1989 siegte General Rodríguez mit einer Zweidrittelmehrheit von 75,9% der Stimmen. 1993 wurde

---

[162] Hinzuweisen ist ferner auf den Umstand, dass die rechte Mitte in ihren Reihen über Elemente von Opus Dei verfügt, dessen Einfluss in diesen Parteien jedoch nicht solche Ausmaße wie in den Parteien der extremen Rechten annimmt.

[163] Siehe hierzu die im ersten Teil erklärten Grafiken zu Demokratie-Autoritarismus, Kennziffern zum Grad an bürgerlichen und politischen Freiheiten in Lateinamerika 1983-1984 bis 2000-2001 sowie zu den Kennziffern für Korruption in Paraguay.

Juan Carlos Wasmosy mit 40,9% der Stimmen gewählt;[164] 1998 wurde schließlich Raúl Cubas mit einer Mehrheit von 53,75% im Kongress (45 von 80 Mandaten) gewählt. Allerdings musste Präsident Raúl Cubas am 23. März 1999 aufgrund des von General Lino Oviedo verursachten Skandals, zu dem Cubas in engem Kontakt stand, zurücktreten. Dieser ehemalige Präsidentschaftskandidat der Partei war in die Ermordung des Vizepräsidenten Luis María Argaña verwickelt gewesen und zu einer Haftstrafe von zehn Jahren verurteilt worden. Auf Cubas folgte der Senatspräsident Luis González Macchi, dessen Amtszeit im Jahr 2003 endet.

Die *Partido Colorado* hat es bisher nicht vermocht, sich von den Strukturen und ihrem politischen Gebaren aus der Zeit der Diktatur zu lösen. Ihre Präsidentschaftskandidaten tragen mehrheitlich Uniformen und stehen bis heute in engem Kontakt zum Militär.

Die FRG ist ein weiteres Beispiel für eine Partei der extremen Rechten und deren enge Verbindung zu den Streitkräften. Ihren Ursprung hat sie in der *Agrupación Nacionalista Guatemalteca* (ANG), die bei den Wahlen vom November 1990 zusammen mit anderen Organisationen die Kandidatur von Efraín Ríos Montt, des ehemaligen Generals und Führers der Militärdiktatur von 1982-83, unterstützte. Die Kandidatur wurde jedoch zurückgewiesen, da die Verfassung Kandidaten, die an einem Staatsstreich beteiligt waren, nicht zulässt. Bei den Parlamentswahlen von 1994 wurde die FRG mit 32,2% der Stimmen (32 von 80 Mandaten des Kongresses) stärkste Partei. Rios Montt wurde mit den Stimmen der *Democracia Cristiana Guatemalteca* (DCG) und der *Unión de Centro Nacional* (UCN) zum Kongresspräsidenten gewählt. Im Jahre 1995 wurde die Kandidatur von Ríos Montt erneut für verfassungswidrig erklärt. Somit wurde Alfonso Portillo Präsidentschaftskandidat, der vormals der DCG angehört hatte. Im zweiten Wahlgang verlor er jedoch mit 48,8% der Stimmen gegenüber Alvaro Arzú von der PAN, der auf 51,2% der Stimmen kam. Am 26. Dezember 1999 sollte Portillo im zweiten Wahlgang jedoch die Präsidentschaft erringen, nachdem er mit 68,32% der Stimmen seinen Gegner Oscar Berger Perdomo (31,68%) bezwungen hatte. Die FRG erreichte zudem eine beachtliche Mehrheit bei den Wahlen zum Kongress der Republik.

Ein weiterer symptomatischer Fall für die extreme Rechte ist die UDI in Chile, die durch eine Spaltung von der RN im Jahre 1988 entstand. Als Partei im Jahr 1989 eingetragen, wurde sie mit der Diktatur Pinochets in Verbindung gebracht. In den Parlamentswahlen von 2001 wurde sie stärkste Partei und verdrängte damit die DC, die sich über annähernd 40 Jahre als größte Partei Chiles behauptet hatte. Unter den Führern der UDI finden sich mehrere ehemalige Generäle des Pinochet-Regimes. So stand ihr derzeitiger Führer Joaquín Lavín während des Pinochet-Regimes in der zweiten Führungsriege. Lavín gehört wie auch andere Führer der Partei Opus Dei an und ist zudem wie andere herausragende Angehörige der UDI Absolvent der Chicago-Schule. Während der zwölf Jahre der Redemokratisierung haben sie jegliche Reforminitiative blockiert, da eine Reihe der designierten Senatoren ihren Reihen entstammt, die vormals den

[164] Wasmosy war der erste zivile Präsident seit 39 Jahren.

Streitkräften angehörten. Mit einer hochgradig populistisch geprägten Rhetorik standen sie – nicht zuletzt durch die wirtschaftliche Kontrolle der Mehrheit der relevanten Massenmedien des Landes – im Wahlkampf 1999/2000 kurz davor, den derzeitigen, von der *Coalición Concertación* gestellten Präsidenten zu schlagen.[165] In sämtlichen derzeitigen Umfragen erscheint Lavín als der sicherste kommende Präsident, der auf diese Weise eine 16 Jahre andauernde Regierungszeit der *Concertación* zu beenden vermag.

3.3 Der Misskredit der traditionellen Parteien

Die (Re-)Demokratisierung Lateinamerikas geschah unter der Prämisse, dass die Parteien die zentrale Rolle im Demokratisierungsprozess bzw. Redemokratisierungsprozess übernehmen würden (Cavarozzi 1989: 16). Die ersten gewählten Vertreter der jungen Demokratien in Lateinamerika waren ausnahmslos Vertreter politischer Parteien. Doch schon wenige Jahre später änderte sich dieses Bild: zum ersten Mal gelangten Präsidenten an die Macht, die nicht den traditionellen Parteien entstammten. Als prägnanteste Beispiele hierfür sind Fernando Collor de Mello in Brasilien, Alberto Fujimori in Peru, Abdalá Bucarám in Ecuador, Hugo Chávez in Venezuela, oder Lucio Gutiérrez erneut in Ecuador zu nennen (Nohlen 2000: 233).

Die fünf „*newcomer*“ weisen übereinstimmende Merkmale auf: sie kamen von außerhalb der traditionellen Parteien und pflegten einen populistischen Stil, den sie, einmal an der Macht, in der Regierungstätigkeit fortsetzten. Drei der fünf Präsidenten kamen durch Verwicklungen in Korruptionsskandale und durch schlechte Regierungsführung zu Fall. Der venezolanische Präsident Chávez zeigt dabei ähnliche Charakterzüge wie die übrigen populistischen Machthaber in Lateinamerika. In Ecuador bleibt nach Amtsantritt von Gutiérrez als Präsident die weitere Entwicklung abzuwarten. Diesen neuen politischen Protagonisten gelang ihr Aufstieg im Wesentlichen durch eine weit verbreitete Enttäuschung in der Bevölkerung über die traditionellen politischen Parteien. Diese neuen Akteure hatten sich dabei entweder von den traditionellen Parteien getrennt oder betrieben ihre Kandidatur von „außerhalb“, gegen das politische Establishment und die traditionellen Parteien. Sie präsentierten sich in ihren Kandidaturen und Programmen als „*outsider*“, mit einer starken Anti-Parteien-Rhetorik. Diese Entwicklung fand ihren Ausdruck in den Wahlerfolgen von Fernando Collor de Mello in Brasilien (1990), Alberto Fujimori in Peru (1991), Rafael Caldera in Venezuela (1993), Abdala Bucarám in Ecuador (1996), Hugo Chávez in Venezuela (1998) und schließlich im enormen Stimmenanteil von Joaquín Lavín (49%) bei der chilenischen Präsidentschaftswahl 2000. In allen genannten Fällen handelte es sich um “Anti-Parteien-Kandidaturen“ mit Lösungsvorschlägen, die sich von den bis dahin vorgebrachten Regierungsprogrammen stark abgrenzten. Darüber hinaus bedienten sie sich eines in vielen Ländern weit verbreiten Angst- und Unsicherheitsgefühls (v.a. Kolumbien und Peru) oder rea-

[165] Vgl. Blomeier 2000

gierten auf schwere Korruptionsvorwürfe gegen die Vorgängerregierungen (v.a. Venezuela, Peru und Brasilien). So ermöglichte diese Situation in Lateinamerika den Aufstieg der *outsider* als Ausdruck der Ablehnung der traditionellen Politik, die nach Ansicht der Mehrheit der Menschen in Lateinamerika keine positive Bilanz vorweisen konnte. Man hatte von der neuen Demokratie eine Verbesserung der gesellschaftlichen Bedingungen erwartet.[166]

Dieses Phänomen wurde von einem Rückgang der Wahlbeteiligung begleitet (Nolte 1996: 8). Eben diese beiden Faktoren bewirkten eine Schwächung der Position der etablierten politischen Parteien. Diese Situation, so Nolte weiter, ist deswegen paradox, da gerade den traditionellen Parteien eine tragende Rolle bei der (Wieder-)Einführung der Demokratie in Lateinamerika zukam.[167] Die Schwächung der traditionellen Parteien hat jedoch auch andere Ursachen: so waren die ersten demokratischen Regierungen unter der Führung traditioneller Parteien durch mangelnde Effizienz aufgefallen. Die Mehrheit der Bevölkerung erhoffte sich von der Demokratie vor allem die Wiederherstellung der Freiheit und wirtschaftlichen Wohlstand – zwei Ziele, die die Parteien in ihren Wahlkämpfen versprochen hatten. Als der wirtschaftliche Aufschwung ausblieb, und die Regierungen sich mehrheitlich in Korruptionsskandale verwickelten,[168] gelang es populistischen Politikern – sowohl innerhalb als auch außerhalb der etablierten Parteien – zunehmend besser, sich Gehör zu verschaffen (Barrios/Boeckh 2000: 9).[169] Die Parteien verspielten angesichts der oben dargestellten Situation ihren politischen Kredit und verloren während der 1990er Jahre an Glaubwürdigkeit und Legitimität. Von diesem Glaubwürdigkeitsverlust haben sich die Parteien bis heute nicht erholt und siedeln sich mit ihrem negativen Bild in der Öffentlichkeit noch unterhalb der militärischen Institutionen an.

3.3.1 Die politischen Parteien in der Konsolidierung der Demokratie[170]

Trotz des dargestellten Panoramas hat sich die Demokratie in Lateinamerika konsolidieren können. Zwar führten Unerfahrenheit und schlechte Performanz der politischen Akteure zu Unzufriedenheit in der Gesellschaft,[171] dennoch gelang der Demokratie eine zunehmende Konsolidierung. Die angesprochene pessimistische Haltung hinsichtlich der Demokratie ging davon aus, dass die wirtschaftlichen Reformen, die in Lateinamerika angestrebt wurden, nur innerhalb

[166] Vgl. Nohlen/Nuscheler 1995; Nohlen/Nolte 1995; Hoffmann 1995; Fuhr/Hörmann 1995; Boeckh/Hörmann 1995; Krumwiede/Stockmann 1995; Mayorga 1995; Perelli 1995; Landi 1995; Guerra 1996; Hoskin/Murillo 1999; Barrrios 2000; Lauga 2000; Dirmoser D. 2000; Krenerich/Dirmoser 2000; Penfold 2000

[167] Der Sieg von Luiz Inácio „Lula“ Da Silva bei der Präsidentenwahl 2002 in Brasilien zeigt, dass nach und nach alternative Parteien die traditionellen Kräfte in der Politik verschiedener lateinamerikanischer Länder verdrängen. Während da Silva, der sich nicht unter die *newcomer* einreihen lässt, stets einen wesentlichen Teil seiner Wahlerfolge auch seiner Persönlichkeit verdankt, konnte sich die brasilianische PT nicht in gleicher Weise behaupten.

[168] Wie Nolte feststellt, sind die heutigen Politiker nicht weniger korrupt als früher, allerdings hat die Toleranz der Menschen, dies zu dulden, abgenommen und die Kontrolle durch die Öffentlichkeit zugenommen (1996: 10).

[169] Der in Lateinamerika während der 1990er Jahre anzutreffende Populismus betraf die Rechte wie die Linke gleichermaßen. Die beiden vormaligen Militärs und Putschisten Chávez und Gutiérrez nehmen für sich in Anspruch, linke Kräfte zu vertreten.

[170] Dazu siehe auch Nohlen 2003: 127-165.

[171] Hierzu zählen das Entstehen der Guerillabewegung in Chiapas/Mexiko 1994, die sozialen Unruhen in Santiago del Estero in Argentinien im Dezember 1993 und der Sturz des argentinischen Präsidenten Fernando De la Rúa infolge der Wirtschaftskrise und sozialer Unruhen in annähernd dem gesamten Land (Dezember 2001).

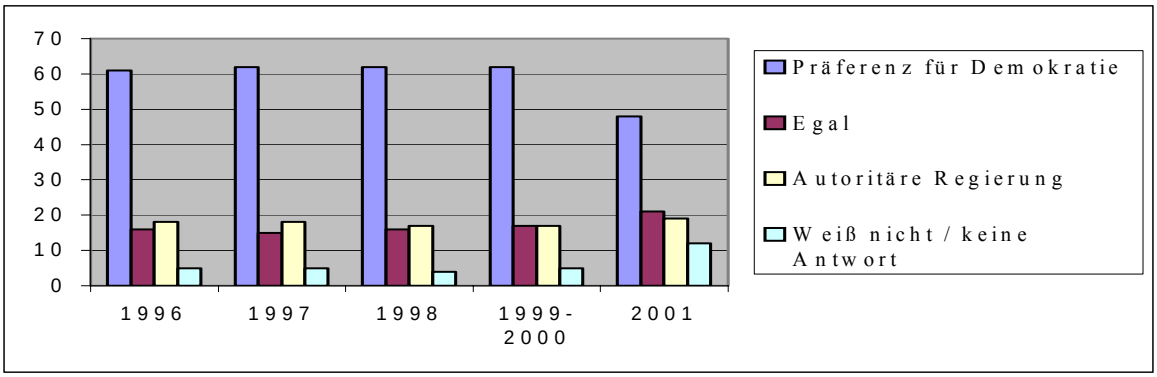
des so genannten „*modelo Pinochet*“, d.h. innerhalb einer „autoritären Demokratie“ möglich waren (Codevilla 1993).[172] Diese „*democracia autoritaria*“[173] würde sich zu einer „*democracia de ajuste*“ („Anpassungsdemokratie“) wandeln (Echegarray/Raimondo 1999). Dieser äußerst skeptische Ansatz schuf einen Demokratiebegriff, der sich in Zusätzen wie „*democracia de baja intensidad*“, „*democracia de fachada*“ (Solorzano 1986), oder „*democracia delegativa*“ (O'Donnell 1992), „*democracia de apartheid*“ (Weffort 1992) oder „*democracia a medias*“ (Lechner 1996a) äußerte. Die Aufzählung vermittelt einen Eindruck von der Fülle der Bezeichnungen, mit denen die Demokratie im Prozess ihrer Konsolidierung in Lateinamerika versehen wurde (Nolte 1996: 9).[174]

Tabelle 8: Regierungstyp Demokratie – Autoritarismus – keine Meinung (in Prozent)

	1996	1997	1998	1999-2000	2001
Präferenz für Demokratie	61	62	62	62	48
Egal	16	15	16	17	21
Autoritäre Regierung	18	18	17	17	19
Weiß nicht / keine Antwort	5	5	4	5	12

Quelle: Latinobarómetro 1996-2001)
* Sämtliche Werte sind in Prozent aufgeführt
Folgende Fragen wurden von Latinobarómetro gestellt: Mit welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie überein?; Die Demokratie ist jeder anderen Regierungsform vorzuziehen; Unter gewissen Umständen ist eine autoritäre Regierung einer demokratischen Regierung vorzuziehen; Für uns gewöhnliche Menschen spielt die Frage nach einer demokratischen oder nichtdemokratischen Regierung nicht von Bedeutung; Die Demokratie ist die einzige annehmbare Regierungsform

Abbildung 1: Regierungstyp Demokratie – Autoritarismus



Die Demokratie hat sich, wie im ersten Kapitel dargestellt, nicht nur in formeller Perspektive, d.h. hinsichtlich des institutionellen Aspekts konsolidiert, sondern zudem auch in der Perzeption der Bevölkerung, die nun begann, die Demokratie anderen Regierungsformen vorzuzie-

[172] In Kapitel 3 wird anhand einer Reihe empirischer Fälle und Zahlen aufgezeigt, dass das „*modelo Pinochet*“ oder das „*modelo Chicago Boys*“ nicht den ihm gemeinhin zugeschriebenen Erfolg hatte. Mehr noch: im Vergleich zu anderen Zeiträumen vor und nach der Diktatur reichen seine Ergebnisse nicht an die der Regierungen von Arturo Alessandri, Eduardo Frei M., Patricio Aylwin, Eduardo Frei R.T. heran (vgl. Ffrench-Davis 1998).

[173] Für den Begriff „*democracia autoritaria*“ verwendete in den 1960er Jahre der Soziologe Edward Shils den Ausdruck „*democracia tutelada*“. Shils ging davon aus, dass in Lateinamerika zwar einerseits Bedingungen für eine Entwicklung der Demokratie, jedoch auch Schwierigkeiten vorlagen, die von der nur schwach ausgebildeten zivilen Gesellschaft bis zu einem hierarchisierten und starren traditionellen System reichten, das die Strukturen des Staates durchzog.

[174] Die Bezeichnungen, mit denen die Demokratie tituliert wurde, waren so zahlreich, dass sich für dieses Phänomen der Ausdruck „*Democracia con Apellidos*“ durchsetzte (Collier/Levitsky 1998).

hen.[175]

Das vorangehende Schaubild zeigt, dass die Demokratie zwar immer noch einem autoritären System vorgezogen wird, in den letzten Jahren jedoch sichtbar an Attraktivität eingebüßt hat und im Jahr 2001 lediglich bei 48% der Befragten auf Zustimmung trifft. Dies hat seine Ursache in den wirtschaftlichen und politischen Krisen, die die Region in den vergangenen Jahren erlebt hat sowie im politischen und wirtschaftlichen Fehlverhalten der politischen Akteure (Finanzskandale, Korruption und Populismus). Die Zustimmung zum Autoritarismus bleibt im Gegensatz zur Demokratie jedoch unverändert. In diesem Sinne bekräftigt Nolte, dass die Demokratie als politisches System nicht mehr in Frage gestellt wird. Angezweifelt wird dagegen die Qualität der Demokratie in Lateinamerika, da eine wahrhafte Demokratie ihren Bürgern nicht nur politische Bürgerschaft (Wahlrecht wie auch das Recht auf Bildung von Vereinigungen) garantiert, sondern zudem die Gleichheit von dem Recht *de jure* wie *de facto* sicherstellt, was in einigen Ländern bisher jedoch nicht der Fall ist (1995: 16).

Tabelle 9: Demokratie-Autoritarismus

	Präferenz zugunsten der Demokratie							*Präferenz zugunsten des Autoritarismus*					
Land	**1995**	**1996**	**1997**	**1998**	**2000**	**2001**		**1995**	**1996**	**1997**	**1998**	**2000**	**2001**
Argentinien	76	71	75	73	71	58		11	15	15	16	16	21
Bolivien	k.A.	64	66	55	62	54		k.A.	17	16	22	13	17
Brasilien	41	50	50	48	39	30		21	24	19	18	24	18
Costa Rica	k.A.	80	83	69	83	71		k.A.	7	9	21	6	8
Chile	52	54	61	53	57	45		19	19	16	16	19	19
Ecuador	k.A.	52	41	57	54	40		k.A.	18	23	19	12	23
El Salvador	k.A.	56	66	79	63	25		k.A.	12	13	10	10	10
Guatemala	k.A.	51	48	54	45	33		k.A.	21	26	29	21	21
Honduras	k.A.	42	63	57	64	57		k.A.	14	17	9	15	8
Kolumbien	k.A.	60	69	55	50	36		k.A.	20	13	17	23	16
Mexiko	49	53	52	51	45	46		15	23	31	28	34	35
Nicaragua	k.A.	59	68	72	64	43		k.A.	14	19	9	6	22
Panama	k.A.	75	71	71	62	34		k.A.	10	10	8	18	23
Paraguay	52	59	44	51	48	35		20	26	42	36	39	43

Quelle: Latinobarómetro 1995-2001; * Sämtliche Werte sind in Prozent angegeben
Die Antworten „Egal“ oder „Weiß nicht/Keine Antwort“ wurden in der vorliegenden Tabelle nicht berücksichtigt.

Die Daten der vorstehenden Tabelle zeigen für das Jahr 2000 innerhalb der verschiedenen Länder ein vergleichsweise homogenes Bild, während für das Jahr 2001 die positive Perzeption der Demokratie eine markante Zäsur erlebt. Eines der anschaulichsten Beispiele hierfür ist Argentinien, wo von 1995 bis 2001 die Demokratie mit einer Zustimmung von durchschnittlich 73% sehr positiv eingeschätzt wurde. Allerdings sinkt die positive Bewertung der Demokratie infolge der wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, die der Rio-de-Plata-Staat erlebte

[175] Es sei darauf hingewiesen, dass Lateinamerika eine geringe Erfahrung mit der Demokratie hat (Flisfisch 1991: 159). Selbst in Ländern wie Chile, die eine vergleichsweise lange demokratische Tradition vorweisen können, haben 17 Jahre Diktatur in der Gesellschaft kulturell ihre Spuren hinterlassen. Gegen Ende der Militärregierung sprachen sich über 40% der Menschen für die Diktatur aus. Andererseits darf nicht übersehen werden, dass das Referendum, mit dem Pinochet 1989 im Amt bestätigt werden sollte, für Pinochet eine Unterstützung von 43% ergab, während sich die Opposition mit ihrem „Nein“ (54%) durchsetzte.

und noch erlebt, um 15 Prozentpunkte auf 58%, womit jedoch umgekehrt kein gleichwertiger Anstieg zur Präferenz des Autoritarismus einhergeht.[176] Brasilien weist als weiteres hervorzuhebendes Beispiel die niedrigsten Zustimmungsraten zur Demokratie auf. Sie befinden sich auf einem ähnlichen Niveau wie die Werte der Zustimmung zum Autoritarismus. Hinsichtlich der Bewertung der Demokratie sind in Mexiko in den letzten Jahren zwar keine wesentlichen Veränderungen zu verzeichnen; sehr wohl ist jedoch die Zustimmung zu autoritären Regierungen gestiegen. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, dass in Mexiko zwar regelmäßige Wahlen stattfanden, das politische System des Landes bis Mitte der 1990er Jahre jedoch als autoritär eingestuft wurde (Nohlen 1998: 15-16). Erst nach den Präsidentschaftswahlen von 2000 hat in Mexiko der Konsolidierungsprozess der Demokratie begonnen. Hervorzuheben ist der Umstand, dass die Menschen in Mexiko infolge ihrer Unkenntnis eines demokratischen Systems außerstande sind, eine umfassende Bewertung der Demokratie vorzunehmen, da diese sich besser beurteilen lässt, wenn die Menschen des Landes über einen längeren Zeitraum hinweg den Kontext dieses Regierungssystems erfahren haben. Der dramatischste Fall jedoch ist Paraguay, wo den Umfragewerten zufolge die Menschen eine autoritäre Regierung einer demokratischen Regierung vorziehen. Hier muss beachtet werden, dass Paraguay die längste einzelne Diktatur Lateinamerikas erlebte, und die politische Klasse Paraguays sowohl auf dem Subkontinent wie weltweit die höchsten Korruptionsraten aufweist.[177] Am positivsten wird die Demokratie in Uruguay und Costa Rica beurteilt. In diesen Ländern ist ihre Bewertung in der Regel konstant und korreliert mit einem negativen Meinungsbild hinsichtlich autoritärer Regime. Dies liegt im Wesentlichen daran, dass in den beiden Ländern die Demokratie einerseits auf eine gewisse Tradition baut und ihre Konsolidierung andererseits weniger traumatisch verlief als in anderen Ländern. Das Gegenteil freilich ist in Chile der Fall, wo es zwar prozentual gesehen eine stabile Bewertung der Demokratie gibt, die Zustimmung zur Demokratie jedoch im Jahr 2001 vor allem aufgrund der seit 1998 anhaltenden Wirtschaftskrise und Finanzskandale abnimmt. Diese Skandale werden von den Massenmedien, die mehrheitlich der Rechten nahe stehen, propagandistisch überspitzt dargestellt (Huneeus 2002). Konstant bleibt die Zustimmung zu autoritären Regierungen (16-19% Zustimmung). Diese Situation hat, wie bereits in den Kapiteln 2 und 3 dargelegt, ihren Grund darin, dass in Chile die Diktatur Pinochets sich nicht nur über den langen Zeitraum von 17 Jahren erstreckte, sondern auch in direktem Zusammenhang mit der chilenischen Rechten steht. Zudem besitzt die Rechte seit Errichtung der Republik eine enorme kulturelle Präsenz in der chilenischen Gesellschaft. Insofern erscheint es wenig verwunderlich, dass

[176] Zweifelsohne werden die Demokratie wie ihre Akteure oder die Verwaltung des Staatshaushalts nicht besser als in anderen Teilen der Welt bewertet. Argentiniens Verwaltung hatte sich nie durch eine übermäßige Redlichkeit ausgezeichnet. In diesem Land ist das Ausmaß der Korruption in der Regel sehr hoch. Die deutlichsten Rückgänge in der Zustimmung für die Demokratie waren auf eine als sehr hoch wahrgenommene Korruption zurückzuführen.

[177] Die jüngsten Zahlen zur Korruption in Paraguay datieren aus dem Jahr 1998. Das Land nimmt in der Reihe der korruptesten Staaten der Welt mit Platz 84 – nur noch vor Kamerun – den vorletzten Rang ein. 1999 rangierte das Land auf Platz 90 von 99 Ländern. Während für 2000 und 2001 keine Daten vorliegen, lag das Land 2002 von 102 untersuchten Ländern an drittletzter Stelle (Transparency International: Corruption Perception Index 1998/1999/2002).

in einem Land mit einer langen demokratischen Tradition in der Gegenwart ein beachtlicher Bevölkerungsanteil auch einen Hang zu autoritären Regierungen aufweist. Außerdem begünstigten die Massenmedien in ihrer überwiegenden Mehrheit stets die Diktatur Pinochets und beeinflussten die öffentliche Meinung hinsichtlich dieses Zeitabschnitts der chilenischen Geschichte.

Die obigen Daten bekräftigen, dass die Demokratie trotz des relativ kurzen Zeitraums, den sie in Lateinamerika besteht, positiv bewertet wird, und dass ungeachtet der Probleme bei ihrer Umsetzung, die sie in den letzten Jahren negativ beeinflussten, das Volk nicht nur einfach eine demokratische Regierungsführung, sondern vielmehr eine *gute* demokratische Regierungsführung erwartet. Dies zeigt, dass sich die Prognosen über die Konsolidierung der Demokratie als falsch erwiesen haben. Einerseits ist die Demokratie, wie in Kapitel 1 erklärt, in Lateinamerika trotz der Wirtschaftsprobleme, die die Region auch heute noch belasten, nicht gescheitert: ungeachtet der politischen Skandale in Zusammenhang mit Korruption sowie einer Reihe von Hürden, die diese Regierungsform zu bewältigen hatte, befindet sich die Demokratie in Lateinamerika nicht auf dem Rückzug (Krennerich 1999). Andererseits wurden die Wirtschaftsreformen nach den Vorgaben des IWF durchgeführt; in denjenigen Fällen, in denen diese nicht die erhoffte Wirkung zeitigten, lag dies im Wesentlichen an der Fehldiagnose des Pariser Clubs, der die Grundaussagen des Washington Consensus abändern musste. Nachdem die Länder Lateinamerikas von den Segnungen der Liberalisierungen überzeugt waren, hatte sich wenige Jahre nach Anwendung der liberalen Ansätze die Auslandsschuld Lateinamerikas beinahe verdoppelt, die Einkommensverteilung verschlechtert und die Arbeitslosenquote erhöht. Hinzu kamen weitere Bereiche, in denen der erhoffte Erfolg ausblieb (siehe dazu Nohlen 2003: 131-132)

3.3.2 Die Demokratie in Lateinamerika und die Entwicklung der politischen Parteien

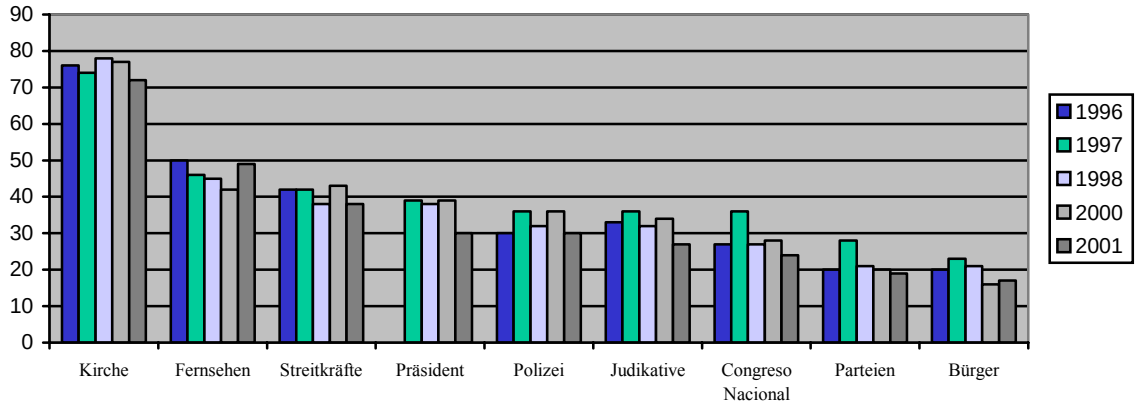
Trotz der bedeutsamen Veränderungen, die die Parteien zu einer Anpassung ihrer Funktionsweise und einer Antwort auf diese neue Situation der politischen Geringschätzung zwangen, bilden die Parteien auch heute noch den zentralen Akteur in der demokratischen Willensbildung in Amerika (Thiery 2000; Nolte 2000). Obwohl Sartori (1991e: 466) mit Blick auf Lateinamerika von einer „*democracia de los eclipses*“ spricht, müssen aus der lateinamerikanischen Perspektive für ein Verständnis des politischen Kontextes, vor dem sich die Demokratie entwickelt, tiefergehende Fragestellungen angeschnitten werden. Dazu gehört der historisch-kulturelle Prozess, wobei die Demokratie in Lateinamerika selbst als Teil desselben anzusehen ist (vgl. Kapitel 1). Die von Badie und Hermet (1990: 232) verwendete Bezeichnung ist insofern eventuell treffender: Sie sehen die politische Realität Lateinamerikas im Rahmen der „*dinámicas huerfanas*“, da die politische Situation in den verschiedenen Ländern Lateinamerikas nicht den Modellen der westlichen Demokratien Europas entspricht. Dennoch besteht eine Verbindung zwischen

dem Modell der westeuropäischen Demokratien – d.h. Europas und der USA – mit dem Konzept und der Evolution der lateinamerikanischen Demokratie. Diese besitzt zwar, wie bereits dargestellt wurde, Merkmale, die sie der Kategorie der westlichen Demokratien zurechenbar macht, erfordert jedoch zugleich Präzisionen hinsichtlich kultureller und historischer Fragestellungen (Mols 1987: 17-31). Nolte vertritt in Fortführung dieser Argumentation: „Die Demokratie wird auch zukünftig – nicht nur in Lateinamerika – als Parteiendemokratie funktionieren. Die Qualität der demokratischen Systeme in Lateinamerika wird somit auch zukünftig entscheidend von der Qualität der Parteien abhängen, die deshalb in den kommenden Jahren stärker als in der Vergangenheit Gegenstand politikwissenschaftlicher Untersuchungen sein sollten.“ (2000: 26). Sie zählen zu den politischen Institutionen, die im Bewusstsein der Bürger am wenigsten angesehen sind. Ihr Prestige rangiert noch unter dem der Streitkräfte, wiewohl die Parteien bei der Ausgestaltung der Demokratie bis heute zu den Hauptakteuren zählen.

Tabelle 10: Das Vertrauen in die Institutionen

Jahr	Kirche	Fernsehen	Streitkräfte	Präsident	Polizei	Judikative	Congreso Nacional	Parteien	Bürger
1996	76	50	42	k.A.	30	33	27	20	20
1997	74	46	42	39	36	36	36	28	23
1998	78	45	38	38	32	32	27	21	21
2000	77	42	43	39	36	34	28	20	16
2001	72	49	38	30	30	27	24	19	17

Abbildung 2: Das Vertrauen in die Institutionen



* Sämtliche Werte sind in Prozent ausgedrückt.
Latinobarómetro stellte den Bürgern hinsichtlich des Vertrauens in staatliche Institutionen folgende Frage:
Sehen Sie sich bitte folgende Liste an und geben Sie für jede einzelne aufgeführte Gruppe, Institution oder Person an, wie viel Vertrauen Sie in diese setzen: viel, etwas, wenig oder überhaupt kein Vertrauen.
In der vorliegenden Grafik sind nur die Antworten „viel“ oder „etwas“ berücksichtigt.

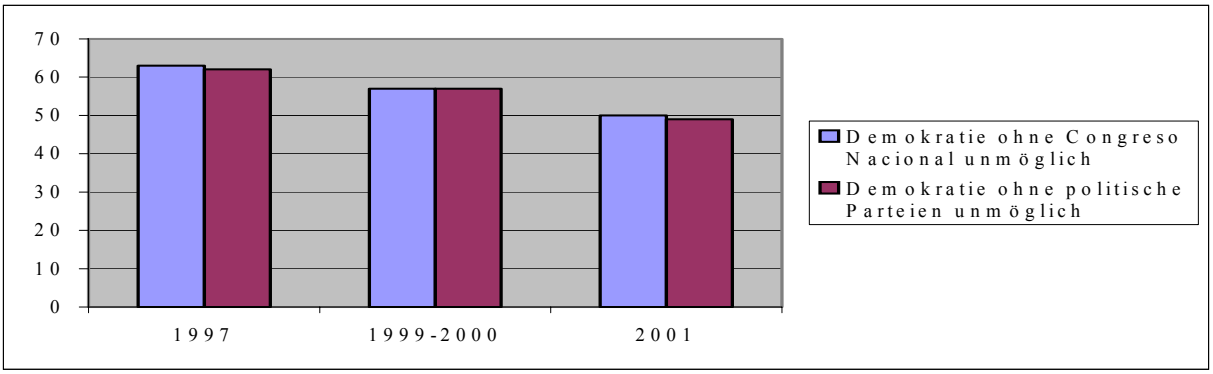
Wenn die vorstehende Grafik auch das schlechte Abschneiden der Parteien durch die Menschen in Lateinamerika belegt, so sind die Menschen mehrheitlich doch der Auffassung, dass Demokratie ohne Parteien und Parlament unmöglich ist. Trotz der positiven Bewertung der Demokratie hat der Prozentsatz der Befragten, die die politischen Parteien im Jahr 2001 für die

Demokratie unabdingbar erachteten, merklich abgenommen.

Tabelle 11: Ohne Kongress und politische Parteien ist Demokratie unmöglich*

Jahr	Demokratie ohne Parlament unmöglich	Demokratie ohne politische Parteien unmöglich
1997	63	62
1999-2000	57	57
2001	50	49

Abbildung 3: Ohne Kongress und politische Parteien ist Demokratie unmöglich



Quelle: Latinobarómetro 1997-2001
* Sämtliche Werte in Prozent
Frage: Teils wird behauptet, ohne Parlament und/oder Parteien könne es keine Demokratie geben, während anderen Meinungen zufolge die Demokratie ohne *Congreso Nacional* oder Parteien funktionieren könne. Welche der beiden Aussagen halten Sie für richtiger?

Wie das vorstehende Schaubild zeigt, besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Parteien und Parlament: die nationalen Parlamente werden von den Befragten als der getreueste Ausdruck der politischen Parteien gewertet. Eine Abwertung einer der beiden Institutionen in der öffentlichen Meinung hat unmittelbar die Abwertung der anderen Institution zur Folge. Allgemein betrachtet könnte man bei einer genauen Analyse der vorangehenden Grafiken zum Schluss kommen, die Parteien seien an einen kritischen Moment in ihrer Perzeption durch die Wählerschaft gelangt. Dies würde den Umstand erklären, dass in einigen Fällen die Wähler in Lateinamerika ihre Präferenzen auf außerhalb des Systems stehende Elemente, in diesem Fall auf die *newcomer*, verlagern. Diese negative Perzeption der Parteien durch die Bevölkerung liegt zunächst im Verschulden der Parteien selbst und hat vor allem folgende Ursachen:

Die kaum vorhandene Erfahrung der traditionellen Parteien bei der Ausübung der Macht einerseits und andererseits die Frage, wie sich in einer Demokratie die Oppositionspartei zu verhalten hat. Dies hat zu einer Reihe von Fehlentwicklungen in der Verwaltung wie in der Ausübung der Macht geführt und findet seinen sichtbaren Ausdruck unter anderem im Schacher um Pfründe, Vetternwirtschaft, Korruption oder Machtmissbrauch. In vielen Fällen führte die Militärdiktatur zu einer Einfrierung der Strukturen der politischen Parteien (Nolte 1996:16)

Ein weiterer Faktor, der die lateinamerikanischen Parteien negativ beeinflusste, bestand darin, dass eine nicht unbeträchtliche Anzahl ihrer Führungskader Regierungsaufgaben überneh-

men musste, womit die Parteien einen nicht unerheblichen Exodus von fachlich qualifiziertem Führungspersonal bewältigen mussten, die nach Erfüllung ihrer Regierungsaufgaben nur schwerlich in die Partei zurückfanden, da ihre Führungsämter nun von anderen Parteimitgliedern besetzt worden waren. Erstere Berufspolitiker waren insofern darauf angewiesen, andere Formen der politischen Partizipation zu suchen, die in der Regel nicht denselben Protagonismus wie eine Betätigung innerhalb der Partei erlaubte. Eine weitere Variable, die sich auf die Mehrheit der politischen Partei auswirkte, bestand in ihrer internen Struktur, die sich auf überholte Schemata eines „Caciquismus" gründete. Intern werden die Parteien auch weiterhin von Klientelbeziehungen beherrscht, zu denen neben den zentralen Anliegen der Parteien Belohnungen gehören, deren Gewährung sowohl an Parteimitglieder wie auch Sympathisanten für den Machterhalt erforderlich ist. Nach Auffassung Menas bestehen innerhalb der politischen Parteien Lateinamerikas kollektive Anreize, die mit dem individuellen Anreiz in Zusammenhang stehen. Die selektiven Anreize beziehen sich auf materielle Anreize, wie das Statussymbol der Macht. Sämtliche Parteien wiesen stets eine Kombination beider Arten von Anreizen auf. Mehrheitlich stützten sich die Militärs früher auf kollektive Anreize. Dies hat sich heute infolge des eingetretenen gesellschaftlichen Wandels geändert. Die Vertreter dieser Richtung waren die „*creyentes*". Demgegenüber wurden diejenigen, die von den selektiven Anreizen abhingen „*arribistas*" genannt. Diese haben innerparteilich die führende Rolle übernommen; ihre Vertreter sind diejenigen, die für das Parteileben mit den Ränken zwischen den Fraktionen und Tendenzen leben. Die Vorherrschaft dieser *arribistas* hat bis zu einem bestimmten Grad zu einer Entfremdung der Bürger von der Politik geführt (1999: 20). Die von Mena durchgeführte Analyse ist bemerkenswert, verbleibt jedoch an der Oberfläche, da das Phänomen des Desinteresses des Bürgers der westlichen Gesellschaften an der Politik bereits seit geraumer Zeit thematisiert wird. Bezüglich Lateinamerikas wurde bereits eine Reihe von Faktoren aufgeführt, die für die Abkehr der Menschen von der traditionellen Politik mitverantwortlich sind. Die Entfremdung der Menschen von den politischen Parteien erklärt sich teilweise durch die Entwicklung der Parteien selbst. Die von Mena beschriebenen Parteien fallen unter die Kategorie „Massenparteien" oder sind bis zu einem bestimmten Grad „Volksparteien". Wie dargestellt, gehören die Parteien in den konsolidierten Demokratien wie auch in denjenigen, die sich im Umbruch befinden, verschiedenen Typen an. Vielleicht verknüpft Mena diese Analyseelemente mit den innerparteilichen Problemen der chilenischen DC während der 1990er Jahre. Diese Probleme sind, wie im kommenden Kapitel beleuchtet werden wird, unterschiedlicher Natur.

Andererseits durchleben die politischen Parteien einen Transformationsprozess, in dessen Verlauf ihre Rolle innerhalb der neuen politischen Realität präziser definiert wird. Diese gewandelte Situation besteht in einem neuen institutionellen Rahmen, weswegen die Parteien sich nicht mit ihren europäischen Pendants vergleichen lassen. Die mit ihrem etwa 50-jährigem Bestehen ebenfalls relativ junge Demokratie in Kontinentaleuropa erfreut sich trotz ihres „jungen"

Alters bester Gesundheit, hat sich in jeder Hinsicht konsolidiert und dabei sämtliche asystemischen Elemente verdrängt. Lauga und Thibaut kommen zu dem Schluss, dass „(...) la comparación con América del Norte y Europa occidental devela dos conocidos rasgos distintivos de América Latina: el nivel más bajo de desarrollo socioeconómico y la recurrente inestabilidad política (...). Esta tradición de inestabilidad política que se expresó durante mucho tiempo en la cíclica sucesión de democracias y dictaduras debe tenerse presente al analizar cualquier aspecto del desarrollo político actual de la región." (1998: 69) In Fortführung des Argumentationsganges Laugas und Thibauts besitzt Lateinamerika eine geschichtliche und soziokulturelle Entwicklung, die sich von der der erwähnten Regionen unterscheidet. In den meisten Fällen finden die Länder eben erst zur Demokratie – in einigen sehr wenigen Ländern wie Chile finden sie dorthin zurück. Selbst in Ländern wie Chile, die eine gewisse demokratische Tradition vorweisen können, hat die Diktatur das Bewusstsein der Bevölkerung nachhaltig beeinflusst.

Wie bereits vermerkt übergehen die pessimistischen Analysen die Tatsache, dass erstmalig in Lateinamerika ein demokratischer Prozess begonnen hat (Nohlen 1988, 1992, 1995d, 1999). Dieser pessimistische Ansatz orientierte sich in der Regel an konsolidierten westlichen Demokratien und übersah den Umstand, dass in Lateinamerika bis Mitte der 1970er Jahre der Umbruch zur Demokratie nur wenig entwickelt war. Angel Flisfisch fügt in diesem Sinne hinzu, es sei verwunderlich zu sehen, dass die Intellektuellen den spärlichen Erfahrungen mit der Demokratie in Lateinamerika größeren Wert beimessen. Deren veraltete Ansätze entsprächen denselben kümmerlichen Erfahrungen mit der Demokratie (1991: 158-159). Ferner gehen die Demokratieskeptiker und die Gegner dieses Regierungssystems in ihren Analysen im Wesentlichen von der Perspektive der Erwartungen der einfachen Menschen bezüglich der Demokratie aus. Hier ist die Analyse an zwei Punkten defekt: Einerseits haben die Menschen in der Regel unterschiedliche Ansichten und Meinungen hinsichtlich der Demokratie, andererseits ist, wie Flisfisch feststellt, die Erfahrung mit der Demokratie in Lateinamerika nur spärlich. Aus diesem Grunde werden die Erwartungen an die Demokratie von der politisch-kulturellen Entwicklung der Menschen in Lateinamerika beeinflusst. Dieser Region war bis auf wenige Ausnahmen (Costa Rica seit 1948, Chile und Uruguay) eine länger anhaltende Demokratie hinweg fremd, was dazu führte, dass die Parteien nur über eine sehr mäßige Erfahrung hinsichtlich des Regierens und der Oppositionsarbeit in einem demokratischen System verfügten (siehe dazu Wagner 1998: 20-21).

So behauptet Nohlen (2003: 158), dass die politische Realität in verschiedenen Fällen nicht das Bild bestätigt, das die Daten der Perzeption des Latinobarómetro zeigen (Beispiele hierfür sind Chile und Mexiko). Angesichts der Diskrepanz zwischen den Daten der Perzeption der Menschen und der Realität der Zahlen, gab es z.B. in diesen Ländern einen Fortschritt auf auf politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ebene, trotzdem stimmt die Perzeption der Menschen nicht mit den realen Zahlen beim Fortschritt in diesen Ländern überein.

3.4 Die politischen Parteien und die Vertiefung der Demokratie

Unabhängig von ihrer jeweiligen Typologisierung sind Parteien auch weiterhin der Hauptakteur bei der Entwicklung und der Konsolidierung der Demokratie; obwohl Wahlprozesse insgesamt häufiger werden und neue Akteure die Wahlkampfbühne betreten, werden die Parteien sich auch weiterhin innerhalb des Kontextes der Demokratie weiterentwickeln. Einerseits ist die Demokratie den Parteien von Vorteil, andererseits wirken sich die Parteien positiv auf die Entwicklung der Demokratie aus (Bobbio 1996: 53; 1987: 132-133). Vor diesem Hintergrund ist die Feststellung bedeutsam, dass die Konsolidierung der Demokratie auch durch ihre eigene Qualität determiniert wird, die in direktem Zusammenhang mit der Qualität der Institutionen steht, die innerhalb der Demokratie interagieren. Abgesehen davon, dass die Parteien zu denjenigen Institutionen gehören, die den Gehalt der Demokratie am Wesentlichsten bestimmen, sind sie auch dahingehend von großer Bedeutung, dass sie das Führungspersonal für eine Reihe von Institutionen liefern, die über die Qualität der Demokratie entscheiden.

Zur Frage der Qualität der Demokratie gelangen Martin Lauga und Bernhard Thibaut (1998) zu folgenden Fragestellungen: (a) wird die Demokratie dieses Mal von Dauer sein?; (b) Sind die lateinamerikanischen Demokratien heutzutage funktionstüchtiger als zu vergangenen Zeiten? Sie beginnen ihre Untersuchung mit einer Analyse der unterschiedlichen politikwissenschaftlichen Ansätze, die auf Lateinamerika in den 1980er und 1990er Jahren angewandt wurden. Sie verweisen in diesem Zusammenhang auf das Beispiel der „*negativistas*“, die dem demokratischen Prozess in Lateinamerika keine lange Dauer voraussagten und auf diese Länder überdies den Maßstab konsolidierter Demokratien industrialisierter Länder anlegten. In der Regel, so die Autoren weiter, wird der rein deskriptive, analytische Ansatz hinsichtlich der Demokratie mit einer normativen Verwendung des Demokratiebegriffs verwechselt. So ist auch bei einer rein deskriptiven Verwendung des Begriffs zwischen den „definierenden und konstituierenden Bedingungen“ und den „begleitenden oder kontingenten Bedingungen“ zu unterscheiden. Bei der Frage der Stabilität und der Regierbarkeit der Demokratie ist von einem prozeduralen Demokratiebegriff auszugehen.[178] Allerdings ist der prozedurale Demokratiebegriff oftmals gern mit einer Konzeptualisierung der Demokratie verwechselt worden, die sich über ihren Charakter als politisches System auch mit der Forderung konfrontiert sah, bessere soziale Bedingungen zu schaffen (1998: 70-71).[179] Unter anderem führte diese Welle von Skeptikern der Demokratie in dieser Region zu einer generalisierten Skepsis gegenüber dieser Regierungsform.

Allerdings lagen nicht überall die gleichen Kriterien für eine Bewertung der Demokratie vor: die negativen Bewertungen hatten ihre Ursache in einer vermuteten Ineffizienz des Systems bei der Lösung sozialer Problematiken. Es sei jedoch erneut darauf verwiesen, dass, wie Lauga und

[178] Für die vorliegende Studie wurde das Konzept der pluralistischen und repräsentativen Demokratie anhand der prozeduralen Konzepte Robert Dahls (1971/1989; siehe zudem 1. Kapitel) definiert.

[179] Die Autoren führen an dieser Stelle die Beispiele von O'Donnell an.

Thibaut verdeutlichen, die Demokratie in Lateinamerika anhand der gleichen Parameter analysiert wurde, die auf konsolidierte Demokratien in entwickelten Ländern angewandt wurden, die in der Frage des gesellschaftlichen Wohlstands wesentlich weiter fortgeschritten waren.[180] Ein objektives Kriterium für eine Bewertung der Entwicklung der Demokratie ist einerseits die Stabilität, andererseits der Grad an Regierungstauglichkeit.

Diese Arbeit folgt der Definition von Lauga und Thibaut für die Konzepte „Stabilität" und „Regierungstauglichkeit": „ ‚Stabilität' sei der Fortbestand des institutionellen Systems der Demokratie über einen längeren Zeitraum. Dies schließt Veränderungen nicht aus; diese müssen sich jedoch innerhalb der Spielregeln bewegen, die von Fall zu Fall die Möglichkeit demokratischer Reformen festlegen. ‚Demokratische Regierungstauglichkeit' sei die Funktionstüchtigkeit der politischen Ordnung, um im Bereich der Verteilung rarer, vor allem öffentlicher Güter für die ganze Gesellschaft verbindliche Entscheidungen zu treffen oder umzusetzen. Den von der Gesellschaft vorgebrachten Forderungen ist dabei in der Weise Folge zu leisten, dass das institutionelle System der Demokratie als vom Volk legitimiert anerkannt wird." (1998: 74)

Auf der Grundlage dieser Definition werden in der vorliegenden Abhandlung folgende Kriterien für die Bewertung der Qualität der Demokratie und deren politische Entwicklung herangezogen: (a) Die in der Analyse verwendeten Daten bezüglich von Wahlprozessen müssen dem Kontext freier und kompetitiver Wahlen entstammen. Und (b) die zweite wesentliche Frage für die in der vorliegenden Studie durchgeführte Bewertung ist die Funktionsweise des Parteiensystems, da, wie bereits verdeutlicht wurde, gerade von den Parteien zu einem Großteil die Qualität und die Entwicklung der Demokratie abhängt. Ein funktionstüchtiges Parteiensystem leistet einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität der politisch-institutionellen Ordnung innerhalb einer Demokratie.

3.4.1 Die Demokratie im Verhältnis zu politischen Rechten und bürgerlichen Freiheiten

In ähnlicher Weise wie Lauga und Thibaut sollen auch hier Daten und eine Analyse der politisch-institutionellen Dimension der Stabilität und Regierungstauglichkeit der lateinamerikanischen Demokratien geliefert werden. Grundlage hierfür bildet die von Lauga und Thibaut bis zum Jahr 1995 beigesteuerte Information und deren Aktualisierung mit Informationen von *Freedom House*.

[180] Zu diesem Analysetyp vgl. u.a.: Juan Linz 1987, 1990, 1993; Linz/Valenzuela 1994. In ähnlicher gedanklicher Linie argumentieren hinsichtlich der Qualität und Dauerhaftigkeit der Demokratie in Lateinamerika O'Donnell, 1992, 1996; Weffort, 1992; Diamond, 1994.

Tabelle 12: Kennziffern für den Grad an bürgerlicher Freiheit und politischen Rechten in den Ländern Lateinamerikas zwischen 1983/84 und 2000/01

Land	1983 1984	1984 1985	1985 1986	1986 1987	1987 1988	1988 1989	1989 1990	1990 1991	1991 1992	1992 1993	1993 1994	1994 1995	1995 1996	1996 1997	1997 1998	1998 1999	1999 2000	2000 2001
Argentinien	3,3 PF	2,2 F	2,2 F	2,1 F	2,1 F	2,1 F	1,2 F	1,3 F	1,3 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	3,3 F	2,3 F	1,2 F
Bolivien	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,4 PF	2,3 F	1,3 F	1,3 F	1,3 F	1,3 F
Brasilien	3,3 PF	3,3 F	3,2 F	2,2 F	2,2 F	2,3 F	2,2 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	3,4 PF	2,4 PF	2,4 PF	2,4 PF	3,4 PF	3,4 PF	3,4 PF	3,3 PF
Costa Rica	1,1 F	1,1 F	1,1 F	1,1 F	1,1 F	1,1 F	1,1 F	1,1 F	1,1 F	1,1 F	1,2 F	1,2 F	1,2 F	1,2 F	1,2 F	1,2 F	1,2 F	1,2 F
Chile	6,5 PF	6,5 PF	6,5 PF	6,5 PF	6,5 PF	5,4 PF	4,3 PF	2,2 F	2,2 F	2,2 F	2,2 F	2,2 F	2,2 F	2,2 F	2,2 F	3,2 F	2,2 F	2,2 F
Dom. Rep.	1,2 F	1,3 F	1,3 F	1,3 F	1,3 F	1,3 F	1,3 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	3,3 PF	4,3 PF	4,3 PF	3,3 PF	3,3 PF	2,3 F	2,3 F	2,2 F
Ecuador	2,2 F	2,2 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,2 F	2,2 F	2,2 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,4 PF	3,3 PF	2,3 F	2,3 F	3,3 PF
El Salvador	4,5 PF	3,4 PF	2,4 PF	3,4 PF	3,4 PF	3,3 PF	3,4 PF	3,4 PF	3,4 PF	3,3 F	3,3 PF	3,3 PF	3,3 FP	3,3 PF	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F
Guatemala	6,6 NF	5,6 PF	4,4 PF	3,3 PF	3,3 PF	3,3 PF	3,3 PF	3,4 PF	3,5 PF	4,5 PF	4,5 PF	4,5 PF	4,5 PF	3,4 PF	3,4 PF	3,4 PF	3,4 PF	3,4 PF
Haiti	7,6 NF	7,6 NF	7,6 NF	5,4 PF	6,5 PF	7,5 NF	7,5 NF	4,4 PF	7,7 NF	7,7 NF	7,7 NF	5,5 PF	5,5 PF	4,5 PF	4,5 PF	5,5 PF	5,5 PF	6,5 NF
Honduras	3,3 PF	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	3,3 PF	3,3 PF	3,3 PF	3,3 PF	2,3 F	2,3 F	3,3 PF	3,3 PF
Kolumbien	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	3,4 PF	3,4 PF	2,4 PF	2,4 PF	2,4 PF	3,4 PF	4,4 PF	4,4 PF	4,4 PF	3,4 PF	4,4 PF	4,4 PF
Kuba	6,6 NF	6,6 NF	6,6 NF	6,6 NF	6,6 NF	7,6 NF	7,7 NF	7,7 NF	7,7 NF	7,7 NF	7,7 NF	7,7 NF	7,7 NF	7,7 NF	7,7 NF	7,7 NF	7,7 NF	7,7 NF
Mexiko	3,4 PF	3,4 PF	4,4 PF	4,4 PF	4,4 PF	3,4 PF	4,3 PF	4,4 PF	4,4 PF	4,3 FP	4,4 FP	4,4 PF	4,4 PF	4,3 PF	3,4 PF	3,4 PF	3,4 PF	2,3 F
Nicaragua	6,5 PF	5,5 PF	5,5 PF	5,6 PF	5,5 PF	5,4 PF	5,5 PF	3,3 PF	3,3 PF	4,3 PF	3,4 PF	3,5 PF	3,5 PF	7,5 NF	7,5 NF	7,5 NF	5,5 PF	4,4 PF
Panama	5,4 PF	4,3 PF	6,3 PF	6,3 PF	5,5 PF	6,5 NF	7,6 NF	4,2 PF	4,2 PF	4,3 PF	3,3 PF	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	1,2 F	1,2 F
Paraguay	5,5 PF	5,5 PF	5,5 PF	5,6 PF	5,6 PF	6,6 PF	4,3 PF	4,3 PF	3,3 PF	3,3 PF	3,3 PF	4,3 PF	4,3 PF	4,3 PF	4,3 PF	4,3 PF	4,3 PF	4,3 PF
Peru	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,3 F	2,4 PF	3,4 PF	3,5 PF	6,5 PF	5,5 PF	5,4 PF	5,4 PF	4,3 FP	5,4 PF	5,4 PF	5,4 PF	3,3 PF
Uruguay	5,4 PF	5,4 PF	2,2 F	2,2 F	2,2 F	2,2 F	1,2 F	1,2 F	1,2 F	1,2 F	2,2 F	2,2 F	2,2 F	1,2 F	1,2 F	1,2 F	1,2 F	1,1 F
Venezuela	1,2 F	1,2 F	1,2 F	1,2 F	1,2 F	1,2 F	1,3 F	1,3 F	1,3 F	3,3 PF	3,3 PF	3,3 PF	3,3 PF	2,3 F	2,3 F	2,3 F	4,4 PF	3,5 PF

Quelle: Freedom House 1985-2001

*„Since 1972, Freedom House has published an annual assessment of the state of freedom by assigning each country and territory the status of 'Free', 'Partly Free', or 'Not Free' by averaging their political rights and civil liberties ratings. Those whose ratings average 1-2.5 are generally considered 'Free', 3-5.5 'Partly Free'; and 5.5-7 'Not Free'. The dividing line between 'Partly Free' and 'Not Free' usually falls within the group whose ratings numbers average 5.5. For example, countries that receive a rating of 6 for political rights and 5 for civil liberties, or a 5 for political rights and a 6 for civil liberties, could be either 'Partly Free' or 'Not Free'. The total number of raw points is the definitive factor which determines the final status. Countries and territories with combined raw scores of 0-30 points are 'Not Free', 31-59 points are 'Partly Free', and 60-88 are 'Free'.

The characters representing scores for each year are, from left to right, political rights, civil liberties, and freedom status. Each of the first two is measured on a one-to-seven scale, with one representing the highest degree of freedom and seven the lowest. 'F', 'PF', and 'NF' respectively stand for 'free', 'partly free', and 'not free'. Countries whose combined averages for political rights and for civil liberties fall between 1.0 and 2.5 are designated 'free', between 3.0 and 5.5 'partly free', and between 5.5 and 7.0 'not free'. For a fuller explanation of the methodology, please consult the most recent edition of the survey."(Freedom House)

Die vorstehende Tabelle gibt die Umstände der bürgerlichen Freiheiten und politischen Rechte in Lateinamerika wieder. Die von *Freedom House*[181] verwendeten Kriterien und Methoden mögen diskussionswürdig sein, besitzen aber dennoch Gültigkeit hinsichtlich ihrer Objektivität. Entsprechend werden sie regelmäßig von Wissenschaftlern als Standard für eine Untersuchung der bürgerlichen Freiheiten und der politischen Rechte in der Mehrzahl der Länder der Welt herangezogen. So kommen Lauga und Thibaut zu dem Schluss, dass die politischen Rech-

[181] Dieses Messsystem wurde von Raymond Gastil entwickelt und von *Freedom House* teilweise verändert.

te in Lateinamerika in höherem Maße gesichert sind als die bürgerlichen Freiheiten, was auch in Ländern mit konsolidierteren Demokratien beobachtbar ist.

Im Zeitraum von 1991/92 fiel die Mehrheit der lateinamerikanischen Länder unter die Kategorie „frei“ oder „teilweise frei“. Von 20 ausgewählten Ländern wurden zwei (Kuba und Haiti) als „nicht frei“ eingestuft, acht Länder als „teilweise frei“ bewertet (El Salvador, Guatemala, Kolumbien, Mexiko, Nicaragua, Panama, Paraguay und Peru), während zehn als „frei“ betrachtet wurden (Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, die Dominikanische Republik, Ecuador, Honduras, Uruguay und Venezuela). Vergleicht man diesen Zeitraum mit 1983/84, werden substanzielle Fortschritte sichtbar: Anfang der 1980er Jahre waren von 20 ausgewählten Ländern acht als „unfrei“ zu werten (Chile, Guatemala, Haiti, Kuba, Nicaragua, Panama, Paraguay und Uruguay), während fünf Länder als „teilweise frei“ betrachtet wurden (Argentinien, Brasilien, El Salvador, Honduras, Mexiko) und sieben Länder als „frei“ galten (Bolivien, Costa Rica, die Dominikanische Republik, Ecuador, Kolumbien, Peru und Venezuela). Abgesehen von Haiti und Kuba ist für den Beginn der 1990er Jahre verglichen mit den frühen 1980er Jahren eine Besserung der Situation hinsichtlich der politischen Freiheiten zu verzeichnen. In diesem Prozess kommt den traditionellen Parteien eine tragende Bedeutung zu, die sich in dieser jungen Demokratie wiederfinden und in den ersten Jahren zu deren Konsolidierung – vorrangig in Zusammenhang mit der Verteidigung und Verbreitung der politischen Rechte – beitragen. Allerdings ist in den späten 1990er Jahren und den ersten Jahren des neuen Jahrtausends – noch während der Konsolidierungsphase der Demokratie – vor allem im Bereich der bürgerlichen Freiheiten ein gewisser Rückschritt zu verzeichnen. Auf diese Situation machen bereits Lauga und Thibaut unter Verweis auf die Kennziffern für 1995 aufmerksam. In Zahlen bedeutet dies, dass die vorgenannten Beispiele „unfreier“ Staaten (Haiti und Kuba) auch weiterhin unfrei sind, wobei vor allem die Situation in Haiti besorgniserregend ist: Haiti hatte seine Position in den letzten sechs Jahren verbessert und war in die Reihe der „teilweise freien“ Länder eingereiht worden, im Zeitraum 2000/01 jedoch wieder in die vorherige Kategorie zurückgefallen. Als „teilweise frei“ wurden neun Länder gewertet, ein Land mehr als im Zeitraum 1990/91(Brasilien, Ecuador, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Nicaragua, Paraguay, Peru und Venezuela). Unter den „freien“ Ländern befanden sich in dieser Kategorie nunmehr neun Länder und damit eines weniger als 1990/91 (Argentinien, Bolivien, Chile, Costa Rica, Dominikanische Republik, El Salvador, Mexiko, Panama und Uruguay). Das vielleicht alarmierendste Beispiel mag hierbei Brasilien darstellen, das im Zeitraum 1984/85 bis 1992/93 unter die Kategorie „frei“ fiel, vom folgenden Jahr jedoch bis zum Zeitraum 2000/01 konstant als „teilweise frei“ gewertet werden musste. Gleiches gilt für Kolumbien, das mit seiner prekären innenpolitischen, kriegsbestimmten Situation die Kategorie der „teilweise freien“ Länder nicht verlassen konnte. Wie auch in Brasilien wurden hier jedoch Wahlen unter verhältnismäßiger Normalität und unter Wahrung der entsprechenden Garantien abgehalten. Ecuador durchlebte in den 1990er

Jahren phasenweise schwierige Zeiten, wurde in der Mehrheit der Bewertungszeiträume jedoch als „frei“ kategorisiert. Hierzu trugen sicherlich die Absetzung Abdalá Bucaráms (im Februar 1997), wie auch die von Jamil Mahuad Witt (im Januar 2000) bei. Paraguay stellt ebenso einen Besorgnis erregenden Fall dar, da es sich über die gesamte Dauer seiner demokratischen Tradition hinweg nicht von der Kategorie „teilweise frei“ lösen konnte und in den letzten Jahren sogar eine diesbezügliche Verschlechterung erlebte. Peru verzeichnete unter Fujimori hinsichtlich der politischen Rechte und bürgerlichen Rechte eine negative Bilanz und befand sich dabei sogar an der Grenze zu den „unfreien“ Staaten, hat aber unter Alejandro Toledo eine merkliche Besserung erfahren. Allerdings bedarf dieses politische System auch weiterhin gewaltiger Kraftanstrengungen, um zu einer Normalisierung der politischen Situation zu gelangen. Venezuela ist zwar eine der ältesten Demokratien Lateinamerikas, degradierte in letzter Zeit aufgrund der dargestellten, von den Parteien selbst zu verantwortenden Fehlentwicklungen von der Kategorie der „freien“ in die der „teilweise freien“ Staaten.

Dessen ungeachtet sind in der Frage der Einhaltung und Ausweitung der bürgerlichen Freiheiten und politischen Rechte auch einige sehr positive Fälle zu verzeichnen: Argentinien weist trotz der wirtschaftlichen Probleme und des erheblichen Ausmaßes an Korruption, das bis zum Zeitraum 2000/01 das staatliche Leben kennzeichnete, ein Niveau an politischer und bürgerlicher Freiheit auf, das sich mit dem entwickelter, traditionell demokratischer Staaten vergleichen lässt. Chile fiel seit der Errichtung der Demokratie 1990 unter Präsident Aylwin ununterbrochen unter die Kategorie der „freien“ Länder. Obwohl das Land eine konsolidierte, funktionstüchtige Demokratie darstellt, zudem über die stabilste Volkswirtschaft Lateinamerikas verfügt[182] und das geringste Ausmaß an Korruption in Lateinamerika – teilweise sogar unter dem bedeutender europäischer Länder – vorweisen kann, stammt sein Rechtssystem mit der 1980 angenommenen Verfassung noch aus der Diktatur Pinochets. Der Prozess der Ausweitung der politischen Rechte wurde unter anderem durch folgende Faktoren verhindert: die Vergabe der Senatsmandate, die Festschreibung der Position der Oberkommandierenden der Streitkräfte und der *Carabineros*, der kasernierten Polizei, der Aufbau des Verfassungsgerichts, die Rechtsfigur des *Consejo de Seguridad del Estado* wie auch das binominale Wahlsystem, das sich nicht am Verhältniswahlrecht orientiert, verstoßen gegen die Tradition der Verhältniswahl, die einst zur chilenischen Demokratie gehörte (Nohlen 1998: 281).[183]

---

[182] Allein im Jahr 2002 unterzeichnete Chile drei wichtige Freihandelsabkommen mit Europa, Südkorea und den USA.

[183] In einer weiteren Untersuchung vertritt Nohlen mit Blick auf Chile die folgende Auffassung: „Das Zweierwahlkreissystem mit loser Liste und Einzelstimmgebung wurde in Chile unter dem Pinochet-Regime eingeführt. Da die politische Rechte nicht annahm, in allgemeinen Wahlen siegen zu können, wurde beabsichtigt, die zweitstärkste politische Gruppierung zu begünstigen, was ja in der Tat der Effekt des Systems ist, ganz im Gegensatz zu seiner Katalogisierung als Mehrheitswahlsystem. Die demokratische Opposition lief deshalb gegen das neue Wahlsystem Sturm (für viele Fernández 1989). Als sie jedoch die Wahlen von 1990 gewann, entdeckte sie die Vorzüge des sistema binominal, welches den Parteienpluralismus bändigt und zur Blockbildung anregt, d.h. einen bipolaren Parteienpluralismus von Regierungsmehrheit und Opposition hervorbringt (s. Walker 1996), wie wir ihn von der absoluten Mehrheitswahl für Frankreich kennen. Die Nachteile, die im Elitenkartell vereinbarte Aufteilung der Kandidaturen in den Wahlkreisen, der folglich geringe Einfluß der Wähler, ja der Zwang, Kandidaten nicht der eigenen Partei wählen zu müssen, um dem Block zum Sieg zu verhelfen, führen jedoch zur Entfremdung der Wähler von der Politik.“ (2000: 234) Nohlen fügt hinzu, dass der *binominalismo* in einer ersten Phase möglicherweise zur politischen Stabilität beigetragen hat, allerdings die Parteispitze von der Parteibasis

Costa Rica besitzt eine der am stärksten konsolidierten Demokratien Lateinamerikas und hat seine Klassifizierung als traditionell „freie“ Nation stets beibehalten können. Die Dominikanische Republik konnte ihren Standard in dieser Hinsicht in den letzten Jahren durch entsprechende Anstrengungen für eine Konsolidierung der bürgerlichen Freiheiten und politischen Rechte verbessern. Ebenso konnte El Salvador das Erbe seines langen Bürgerkrieges hinter sich lassen und ist nunmehr einer der Staaten des Kontinents, der die Überwindung der traumatischen Ereignisse der Vergangenheit zu belegen vermag. Das Beispiel Mexikos veranschaulicht die Auswirkungen der Verankerung der Demokratie in symptomatischer Weise. Nach den Maßstäben von *Freedom House* fiel das Land unter die Kategorie der „teilweise freien“ Staaten, wird aber für den Zeitraum 2000/01 bereits als „frei“ gewertet. Grund hierfür sind die Parlamentswahlen 1997, seit denen das Schreckgespenst des Wahlbetrugs der Vergangenheit angehört. Nach dem Sieg von Vicente Fox im Juli 2001 beginnt der Prozess der Konsolidierung der Demokratie (Muñoz 2001: 105). Uruguay schließlich gehört wie Costa Rica zu den Ländern, die neben einer langen demokratischen Tradition sehr hohe Standards in Bezug auf öffentliche und bürgerliche Freiheiten besitzen.

Eine Analyse des oben dargestellten Panoramas lässt den Schluss zu, die Demokratie habe sich in Lateinamerika konsolidiert. Allerdings ist in den letzten Jahren mit einer verfehlten Steuerung der Wirtschaft und der Politik eine Tendenz zu beobachten, die sich in einer unmittelbaren Beeinträchtigung der Entwicklung der Parteien und vor allem der bürgerlichen Freiheiten äußert (siehe dazu Nohlen 2003: 148). Dessen ungeachtet ist die Demokratie auch weiterhin das tragfähigste Modell. Abgesehen von einigen wenigen autoritären Regierungen, die sich einer nationalen wie internationalen Demokratiebewegung beugen mussten, ist in keinem Land ein Rückfall in die Diktatur zu verzeichnen. Bestanden also Problemstellungen, so waren es gerade die Elemente der betroffenen politischen Systeme, die beispielsweise einen nationalen Bankrott überwanden. So vermochten Länder wie Peru, Ecuador oder Bolivien ohne Intervention von außen oder ein Eingreifen des Militärs ihre innere Ordnung wiederherzustellen. In Argentinien waren es nach der Krise, die zum Sturz des Präsidenten De la Rua führte, gerade die politischen Parteien, die innerhalb eines anomalen Prozesses das innerstaatliche politische Leben in seine gewohnten Bahnen lenkten. Die *Partido Justicialista* übernahm unter Eduardo Duhalde dank ihrer parlamentarischen Mehrheit die Bildung einer neuen Regierung. Lediglich im Falle Venezuelas bleibt die weitere politische Entwicklung abzuwarten – hier hält sich die Regierung Chávez mit der Unterstützung der Streitkräfte trotz des geringen Rückhalts in der Bevölkerung an der Macht (siehe hierzu: Datanalisis Jan. 2003).

Zur Bestimmung eines Mittels der Situation in Lateinamerika hinsichtlich der politischen und bürgerlichen Freiheiten lassen sich die Kennziffern von *Freedom House* heranziehen. Zu-

---

und den Bürgern entfremdete. Dabei handelt es sich um ein System sui generis, das nicht als Mehrheitswahlsystem gelten kann, da vor allem die zweitstärkste Kraft begünstigt wird (Nohlen 2001a).

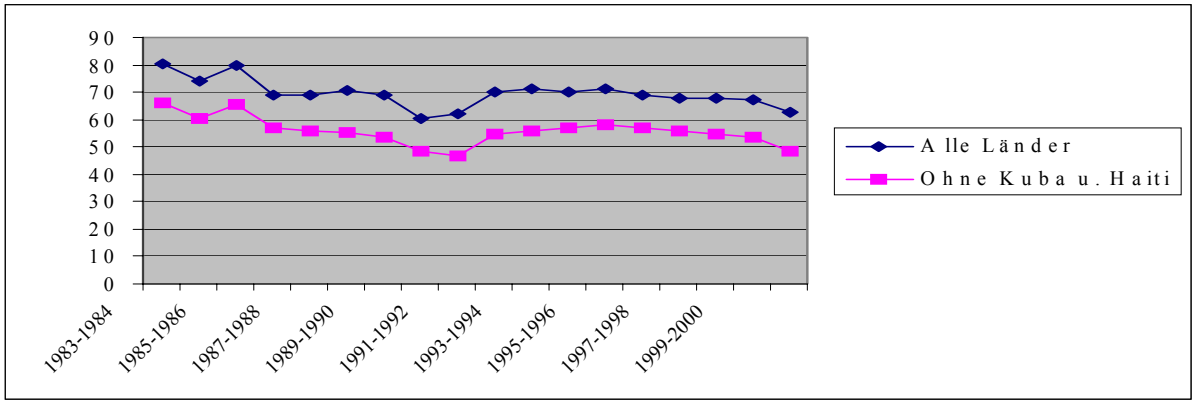
nächst dienen als Korpus der Untersuchung 20 Länder. Werden die von *Freedom House* gelieferten Daten mit dem Faktor 20 multipliziert, so ergeben sich durchschnittliche Werte, die einen Eindruck der Situation in der Frage der öffentlichen und bürgerlichen Freiheiten in Lateinamerika liefern. Haiti und Kuba durchbrechen jedoch vollkommen das derzeit in Lateinamerika beobachtbare Bild. Insofern bietet sich eine zweite Berechnung an, die besagte Staaten nicht mit einbezieht.

Tabelle 13: Kennziffern für den Grad an bürgerlicher Freiheit und politischen Rechten in den Ländern Lateinamerikas zwischen 1983/84 und 2000/01 (Durchschnitt)

	1983 1984	1984 1985	1985 1986	1986 1987	1987 1988	1988 1989	1989 1990	1990 1991	1991 1992	1992 1993	1993 1994	1994 1995	1995 1996	1996 1997	1997 1998	1998 1999	1999 2000	2000 2001
Alle Länder	80,5	74,3	79,9	68,7	68,9	70,6	68,8	60,4	62	69,9	71,3	70,1	71,2	68,9	68	68	67	62,4
Ohne Kuba u. Haiti	66,3	60,1	65,7	56,7	55,8	55,5	53,6	48,3	46,6	54,5	55,9	56,9	58	56,7	55,8	54,8	53,8	48,2

Quelle: *Freedom House* und eigene Ausführung.

Abbildung 4: Kennziffern für den Grad an bürgerlicher Freiheit und politischen Rechten in den Ländern Lateinamerikas zwischen 1983/84 und 2000/01 (Durchschnitt)



Frei: 1-2,5 x 20 = 20/50 - x 18 = 18/45; Teilweise frei: 3-5,5 x 20 = 60/110 - x 18 = 54/99; Unfrei: 5,5-7,7 x 20 = 110/154 x 18 = 99/138,6

Die durchschnittliche Kurve seit dem Zeitraum 1986/87 (Haiti und Kuba ausgeschlossen) zeigt mit einem Wert von 56,7 einen beträchtlichen Grad an politischen und bürgerlichen Freiheiten, der sich bis zum Zeitraum 1989/90 unverändert in dieser Höhe hält. In der Folge verbessert sich dieser Wert weiter und erreicht eine Höhe, die schon eine Einordnung in die Kategorie der „freien Länder“ erlaubt (Durchschnittswerte zwischen 18 und 45). Nach dem Zeitraum 1990/91 vermag sich dieser Wert im darauffolgenden Zeitraum 1991/92 weiter steigern. Bedeutsam sind in dieser Zeit die Redemokratisierung Chiles und die Ausweitung der politischen und bürgerlichen Freiheiten in Nicaragua. Danach ist ein Einpendeln auf den für Lateinamerika während der 1990er Jahre charakteristischen Wert von 55 Punkten zu verzeichnen. Faktoren für den Verlust besagter Freiheiten sind unter anderem die in Kolumbien beobachtbare gesellschaftliche Instabilität und Unsicherheit, die sich zu dem dortigen Bürgerkrieg gesellt. Prozesse, die zum teilweisen Verlust bürgerlicher Freiheiten führen, sind zudem in Ländern wie der Domini-

kanischen Republik oder Guatemala, in vergleichsweise geringerem Ausmaß auch in Honduras zu vermerken. Letzteres Land stabilisiert sich gegen Ende des fraglichen Zeitraums. Drastischer gestaltet sich die Situation in Nicaragua, wo über mehrere Jahre die Situation einer autoritären Politik gegeben ist, mit der ein Verlust annähernd sämtlicher bürgerlichen Freiheiten und politischen Rechte einhergeht. In Paraguay spitzte sich dieses Bild durch hohe Indizes hinsichtlich der Korruption und einer politischen Unsicherheit unter anderem als Folge des Putschversuchs von General a. D. Lino Oviedo von 1986 weiter zu. Die weitere Entwicklung führt zu Folgendem: „(...) in den Wahlen vom 10.5.1998 die ohne Zwischenfälle verliefen, siegten die Colorados: R. Cubas, ein Strohmann Oviedos, wurde 1999 im Rahmen chaotischer Zustände vom Parlament abgesetzt und durch den Parlamentpräsidenten L. G.Macchi ersetzt." (Barrios 2000: 605) Auch Peru erlebte während der Regierungszeit Fujimoris einen Verlust einer Reihe bürgerlicher Freiheiten und politischer Rechte. Bezeichnend für diese Situation ist der Autoputsch Alberto Fujimoris mit Hilfe des Militärs im April 1992, mit dem Fujimori das Parlament auflöste. Ab diesem Moment wurden die bürgerlichen Freiheiten restriktiv gehandhabt und die politischen Rechte drastisch beschnitten.[184] Als weiteres Beispiel für eine Verschlechterung der Situation der politischen und bürgerlichen Freiheit in der Region ist Venezuela, ein Land, das mit einer langen demokratischen Tradition (seit 1958) herausragende Kennziffern in diesem Bereich vorweisen konnte.[185]

Brasilien dagegen sticht unter den gewerteten Ländern als Negativbeispiel hervor. Die Situation der bürgerlichen Freiheiten ist durch eine starke polizeiliche Repression gekennzeichnet, die nicht im Mindesten die verfahrensrechtlichen Vorschriften für ihr Auftreten als vollziehende Gewalt einhält und sich in einem generalisierten Missbrauch der entsprechenden Befugnisse äußert. Im Landesinneren ist unter anderem zudem ein erhöhtes Maß an politischer Gewalt gegenüber der Landbevölkerung zu beobachten, die die Situation der bürgerlichen Freiheiten und der politischen Rechte negativ beeinflusst. Trotz des in einigen Ländern zu verzeichnenden Rückschritts hat sich die Situation seit dem Zeitraum 1995/96 von Jahr zu Jahr verbessert. 2000/01 wurde mit 48,2 ein Wert erreicht, der sich auf annähernd gleicher Höhe bewegt wie zu Beginn der 1990er Jahre. In derselben Richtung wie Lauga und Thibaut ließen sich unter Ausklammerung Haitis und Kubas hinsichtlich der Entwicklung der politischen Rechte und bürgerlichen

[184] In diesem Zusammenhang sei ferner auf den rechtswidrigen Druck und den Schacher um Einfluss hingewiesen, den Fujimoris Berater Vladimiro Montesinos ausübte. Fujimoris Regierungsstil lässt sich aufgrund seiner Beliebtheit im Volk und seiner autoritären Handhabung der Macht als autoritär-populistisch bezeichnen.

[185] „Präs. Pérez wurde Korruption vorgeworfen, und am 5.7.1993 wurde er abgesetzt. Der vom Kongreß gewählte Interimspräs. R. Velazquez schrieb Wahlen für den 5.11.1993 aus, die Expräs. Rafael Caldera als Kandidat der Nationalen Konvergenz (CN), bestehend aus 18 Parteien, gegen die trad. Parteien gewann. Im Kongreß verfügte Caldera allerdings über keine Mehrheit, und die anfangs große Unterstützung der Bev. für seine Pol. der Verzögerung von Strukturanpassungsmaßnahmen verkehrte sich in breite Ablehnung. Erst im April 1996 wurde mit einem Stabilisierungs- und Strukturanpassungsprogramm (‚Agenda Venezuela') unter der Ägide des IWF begonnen. Bei den Parl.-wahlen vom 8.11.1998 bestätigte sich die Fragmentierung und Instabilität des Parteiensystems. Bei den Präs.-wahlen vom 6.12.1998 siegte der Ex-Putschist H. Chávez (Bewegung Fünfte Rep.), der revolutionäre Veränderungen ankündigte und sogleich den Kampf gegen die Korruption und gegen die etablierten Institutionen (Kongreß, Justiz) aufnahm. Über ein Referendum (39,1% Wahlbeteil.) erreichte er die Einberufung einer Verfassunggebenden Versammlung; in der Wahl der Konstituante am 25. 7.1999 erzielte seine Partei (47,1% Wahlbeteil.) eine über 90%ige Mehrheit. Die auf mehr Macht für Chávez angelegte neue Verfassung der ‚Bolivarianischen Rep. V.' erreichte im Referendum vom 15.12.1999 bei 45% Wahlbeteiligung eine Zustimmung von 71%." (Barrios 2000: 788)

Freiheiten drei Gruppen von Ländern bestimmen:

(a) Verschlechterung der Situation im Bereich bürgerlicher Freiheiten und politischer Rechte: Brasilien, Guatemala, Kolumbien, Paraguay, Peru und Venezuela

(b) Beibehaltung oder leichte Verschlechterung der Situation im Bereich bürgerlicher Freiheiten und politischer Rechte (Länder, in denen sich die Situation leicht verschlechtert, oder in denen sich Phasen einer Verbesserung mit Phasen der Verschlechterung abwechseln:) Argentinien, Bolivien, Dominikanische Republik, Honduras.

(c) Länder mit einer stabilen Situation oder einer Verbesserung im Umgang mit bürgerlichen Freiheiten und politischen Rechten: Chile, Costa Rica, Ecuador, El Salvador, Mexiko, Panama, Uruguay.

Somit wird ersichtlich, dass die Zahl der Länder mit einer Verbesserung der Wahrung und Vertiefung der politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten höher ist als diejenigen, die einen Rückschritt zu verzeichnen haben.

3.4.2 Demokratie und Wahlprozesse

Die Wahlprozesse und deren Periodizität sind eine weitere Variable, die bei der Bewertung der Entwicklung der Demokratie zu berücksichtigen ist. Besagte Variable wird im Zuge der Analyse der drei in der vorliegenden Untersuchung vorrangig behandelten Parteien (PAN, PJ, PDC) eingehender behandelt werden. Allerdings wird in der Studie Laugas und Thibauts eine umfassende Analyse der Situation der Wahlprozesse in Lateinamerika vorgenommen,[186] die zu dem Schluss kommt, dass es in sämtlichen Ländern einschließlich Mexiko zumindest eine Wahl gab, die einen friedlichen Regierungswechsel herbeiführte (Lauga/Thibaut 1998:79). Die Wahlen fanden zudem ohne Boykott durch die Opposition statt, womit im Vergleich zu früheren ähnlichen Situationen ein deutlicher Unterschied feststellbar ist. Allerdings wurde aufgrund der mangelnden Erfahrung bei dieser Verfahrensweise in einigen Fällen von der Opposition der Vorwurf von Unregelmäßigkeiten in den Wahlprozessen vorgebracht (Lauga/Thibaut 1998:81).

3.4.3 Die Demokratie in Lateinamerika und das Parteiensystem

Im Bereich der Entwicklung der Demokratie und dem Verhalten des Parteiensystems in Lateinamerika ist im Zuge der Demokratisierung eine Tendenz zur Institutionalisierung oder Strukturierung der Parteiensysteme zu beobachten. Diese Institutionalisierung findet ihren Ausdruck in dem gesetzlichen Regelwerk, das die Konkurrenz zwischen den Parteien regelt. Allgemein lässt sich den Parteien als Institutionen eine gewisse Stabilität bescheinigen. So gibt es traditionelle Parteien, die als solche von den Wählern wahrgenommen werden und die einen bestimmten Ausschnitt der Gesellschaft repräsentieren. Die politischen Akteure erkennen die

Wahlprozesse als Legitimitätsgrundlage an und stimmen darin überein, dass die politischen Parteien zentrale Elemente des Wettbewerbs innerhalb der verschiedenen Wahlsysteme sind (Mainwaring/Sullivan 1995).

Ein weiteres Element für die Benennung der Relation zwischen der Rolle der politischen Parteien und der Konsolidierung der Demokratie ist der Fragmentationsgrad des politischen Systems. Lauga und Thibaut sind in diesem Zusammenhang der Auffassung, der Fragmentationsgrad sei die klassische Dimension, die über lange Zeit die Untersuchungen des Parteiensystems beherrschte. Teilweise wird sogar noch heute die Haltung vertreten, ein hoher Fragmentationsgrad des politischen Systems würde eine stabile Entwicklung vor allem der präsidentiellen Demokratien verkomplizieren (Mainwaring 1993). Eine eingehende Betrachtung des heute in Lateinamerika beobachtbaren Fragmentationsgrades zeigt dagegen, dass dieser für die Relation zwischen Parteiensystem und Konsolidierung der Demokratie wenig aufschlussreich ist, da in den präsidentiellen Systemen die Parteien schwerlich über die Zusammensetzung der Regierung und die parlamentarischen Bündnisse entscheiden.[187] Eine Ausnahme hiervon bildet Bolivien, wo das Parlament zwischen den beiden Präsidentschaftskandidaten mit den höchsten Stimmenanteilen den Präsidenten wählt. In der Regel jedoch entscheiden die Parlamente nicht über die Zusammensetzung der Regierung (Lauga/Thibaut: 84-85).

Eine weitere von den Heidelberger Politologen aufgezeigte Variable ist der Polarisierungsgrad des Parteiensystems, dem sie in den industrialisierten Ländern eine tragende Bedeutung beimessen. Diese Polarisierung spiegelt die ideologisch-programmatischen Differenzen zwischen den Parteien und ihre Anordnung im Parteiensystem wider. Der Wettbewerb der Parteien äußert sich zudem in der Dimension zentrifugal-zentripetal. Wichtig hierbei ist die Feststellung, dass die Konfliktlinie Links-Rechts zwar nicht mehr die Polarisierung der 1950er oder 1960er Jahre wiedergibt, jedoch noch immer die programmatischen Ausrichtungen der Mehrheit der traditionellen Parteien der Region durchzieht (Lauga/Thibaut 1998: 85).

Hinsichtlich der drei von Lauga und Thibaut vorgebrachten Dimensionen im Bereich des Parteinsystems und der Konsolidierung der Demokratie kann für Lateinamerika ein Zusammenhang zwischen dem Institutionalisierungsgrad der Parteien und der Evolution der Demokratie festgestellt werden. Ein Vergleich mit dem zu Beginn des Kapitels gelieferten statistischen Material zeigt, dass die politischen Parteien, denen in der ersten Phase des Konsolidierungsprozesses der Demokratie eine bedeutende Rolle zukam, im Laufe der Zeit mit der formalen Konsolidierung der Demokratie ihre Verhaltensweisen änderten. Dies lag zum einen an den bereits dargestellten Faktoren, zum anderen an den politisch-sozialen Bedingungen für die Entwicklung der Demokratie. Die Parteien sanken in der Folge im Ansehen der Menschen, womit sie ihre Rolle als eine der führenden Institutionen der Demokratie einbüßten (Bendel 1998).

---

[186] Ausgenommen Haiti und Kuba.

[187] Sogar die *newcomer* gelangten – ohne die Unterstützung der traditionellen Parteien – an die Macht.

So ließe sich die Feststellung treffen, dass die Parteiensysteme mit einem hohen Institutionalisierungsgrad in den traditionelleren, etablierteren Demokratien zu finden sind (Chile, Costa Rica, Uruguay). Im Gegensatz dazu sind junge Demokratien mit Funktionsstörungen (Bolivien, Brasilien, Kolumbien, Nicaragua, Paraguay, Peru) im Kontext wenig institutionalisierter Parteiensysteme angesiedelt. In Venezuela und Argentinien ist die jeweilige politische Krise auf die Erschöpfung und die Krise des Parteiensystems in diesen Ländern zurückzuführen.[188] Im Fall von Mexiko hat sich gegenwärtig ein Dreiparteiensystem mit einer großen Stabilität des politischen Systems konsolidiert.

In der Frage der Fragmentierung sind hochgradig institutionalisierte Systeme mit Zweiparteiensystemen (Costa Rica und Kolumbien) zu finden. Honduras ließe sich in diesem Kontext ebenfalls erwähnen, verfügt aber nicht über ein System mit einer festen institutionalisierten Struktur. Als Mehrparteiensysteme sind Argentinien, Chile, Uruguay und Venezuela zu nennen. Die weniger ausgeprägt institutionalisierten Länder sind in der Regel Vielparteiensysteme, so in Bolivien, Brasilien, El Salvador, Guatemala, Panama, Paraguay und Peru (Lauga/Thibaut 1998: 86-87). So gelangen sie zu der Erkenntnis, dass zwischen der tatsächlichen Zahl der politischen Parteien und der demokratischen Regierbarkeit kein Zusammenhang besteht, ebenso wenig zwischen der Zahl der Parteien und dem internen Zusammenhalt der Parlamentsfraktionen.

Es wird somit ersichtlich, dass die Demokratie sich in groben Zügen betrachtet in Lateinamerika konsolidieren konnte, obgleich die Region nicht in gleicher Weise mit Lösungen in sozioökonomischen Fragestellungen aufwarten konnte. Dennoch ist die Demokratie bei guter Gesundheit. Es ist der Schluss zulässig, dass die Parteien sich zwar in verschiedenen demokratischen Kontexten unterschiedlich entwickelten, dass jedoch dort, wo die Parteien sich größeren Problemstellungen gegenüber sehen und teilweise sogar eine Existenzkrise erleben, die Demokratie von vergleichsweise geringerer Qualität ist und größere Schwierigkeiten bei ihrer Entwicklung zu bewältigen hat. In den Ländern jedoch, in denen sich die Demokratie vollständiger entwickeln konnte und die politischen Rechte wie auch die bürgerlichen Freiheiten stärker ausgeformt sind, haben die Parteien ihre Rolle als Akteure, die auf die Entwicklung der Demokratie entscheidenden Einfluss ausüben, festigen können.

3.5 Der Regierungssystemdebatte in Lateinamerika

Politologische Untersuchungen, die sich mit einer lateinamerikanischen Thematik befassen, müssen stets die Reichhaltigkeit an Kontexten berücksichtigen, vor allem, wenn Vergleiche angestellt werden sollen. Greift man die Diskussion über die institutionelle Reform in Lateinamerika im Zusammenhang mit dem Redemokratisierungsprozess in dieser Region auf – insbeson-

[188] In Venezuela hat sich die Frage nach der Erschöpfung des Bipartidismus, der das Land bis in die frühen 1990er beherrschte, erübrigt. Bezüglich Argentiniens wird in Kapitel 5 eine genaue Analyse der Ermüdung des dortigen Parteiensystems vorgenommen werden.

dere die Debatte über die Regierungssystemfrage –, so wird deutlich, dass den historisch-kulturellen Kontexten beim Vergleich der vergangenen politischen Ereignisse in der Region eine wichtige Rolle zukommt. Andererseits ist die Bedeutung der Debatte um die Entwicklung der Demokratie in Lateinamerika nicht zu unterschätzen (siehe Nohlen/Thibaut 1995). Der seit Beginn dieses Prozesses vergangene Zeitraum ermöglicht es, die unten erläuterten Theorien zu verifizieren bzw. falsifizieren. Ohne diese komplexe Debatte über Gebühr zu vertiefen, sollen zur Veranschaulichung im Folgenden in aller Kürze einige Sachverhalte angerissen werden.

Während die Verteidiger des Parlamentarismus[189] stark an den Erfolgsaussichten des Überganges zur Demokratie bzw. des Demokratisierungsprozesses zweifelten, erkannten ihre Gegner, dass der Präsidentialismus zwar kein perfektes Regierungssystem und in vielen Punkten verbesserungswürdig ist, im lateinamerikanischen Kontext jedoch keine Bedrohung der Demokratie[190] darstellt. Daraus lassen sich folgende Schlussfolgerungen ziehen:

(a) Die Demokratie bzw. der Redemokratisierungsprozess in Lateinamerika konnte sich trotz einer Reihe in der Region noch bestehender sozialer, politischer, ethnischer, kultureller und wirtschaftlicher Konflikte konsolidieren. Zudem verliert das Militär allmählich seine Mitwirkung an der gegenwärtigen kontingenten Politik. So kam es, dass „der vorhergesagte neue Einsturz der lateinamerikanischen Demokratien nicht erfolgte“ (Nohlen, 1999: 47).

(b) Der Präsidentialismus ist als Regierungssystem in Lateinamerika gefestigt; diese Regierungsform ist mit der historisch-kulturellen Entwicklung der Region untrennbar verbunden. Damit einher ging eine Stärkung der präsidentiellen Demokratie.

(c) Koalitionsregierungen sind im lateinamerikanischen Kontext zunehmend häufiger und haben gleichzeitig im Laufe der Zeit größere Regierungsstabilität bewiesen.

Die Debatte über beide Regierungstypen ist noch nicht abgeschlossen. Die Verfechter einer Reform, die eine Einführung des Parlamentarismus in Lateinamerika ermöglichen soll, verweisen unter anderem darauf, dass mit Ausnahme der Vereinigten Staaten demokratische Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung an den Parlamentarismus gekoppelt seien (Riggs 1987; Linz 1978 (1987), 1990; Stepan 1978; O’Donnell 1978; Valenzuela 1978). Die Verteidiger der parlamentarischen Alternative gehen fest davon aus, dass die Schuld für den Rückstand Lateinamerikas im Präsidentialismus zu suchen sei. Juan Linz (1978) der ein von Diktaturen gegeißeltes Lateinamerika (zusätzlich zu seiner persönlichen Belastung mit der Situation seines eigenen Landes, Spanien) erlebt, fragt sich resignierend: „Hat der Präsidentialismus etwas mit der man-

[189] Zu den Anhängern des Parlamentarismus, Kritikern des Präsidentialismus und Skeptikern der Demokratie in Lateinamerika zählen Juan Linz 1977, 1987, 1990, 1993 und Linz/Valenzuela, 1994. In ähnlicher Weise argumentieren hinsichtlich der Qualität und Dauerhaftigkeit der Demokratie in Lateinamerika O’Donnell, 1992, 1996; Weffort, 1992 sowie Diamond, 1994.

[190] Zu dieser hauptsächlich am Institut für Politische Wissenschaft in Heidelberg vertretenen Auffassung siehe: Nohlen 1989, 1995, 1998, 1999, 2000; Nohlen/Solari, 1988; Nohlen/Barrios, 1989; Nohlen/Fernández, 1991, 1998; Nohlen/De Riz, 1991; Nohlen/Thibaut, 1992, 1995; Krennerich/Lauga, 1995; Lauga/Thibaut, 1998; Lauga, 1998, 2000; Thibaut, 1996; Thibaut/Skach, 1997; Bendel, 1996; Krennerich, 1996, Huneeus 1998, 2001.

gelnden Stabilität der iberoamerikanischen Demokratien zu tun?"[191] Es wurde bereits festgestellt, dass eine Anzahl derjenigen, die für ein parlamentarisches System plädieren, dem Präsidentialismus gegenüber eine ablehnende Haltung einnimmt mit der Begründung, diese Regierungsform sei für alles Übel verantwortlich. Demzufolge würden sowohl Militärdiktaturen als auch die Unterentwicklung unter anderem in die Verantwortung des Präsidentialismus fallen. In diesem Sinne sei bekräftigt, dass der jeweilige Kontext in jedem einzelnen Studien- und späteren Vergleichsfall eine wichtige Rolle spielt. Ebenso wenig darf die Variable, die auf jedes einzelne Studienobjekt – hier den Präsidentialismus – angewandt wird, durch Werturteile belastet sein.

Geht es um eine Überprüfung eines Zusammenhanges zwischen dem Präsidentialismus und der fehlenden Stabilität der lateinamerikanischen Demokratien, muss die Frage erlaubt sein, warum ein Regime parlamentarischen Typs keine Anwendung in den lateinamerikanischen politischen Systemen gefunden hat. Der Autor maßt sich nicht an, diese Frage zu beantworten, denn dieses würde zweifelsohne Sinn, Rahmen und Ziel dieser Untersuchung um ein Vieles sprengen. Anliegen der Arbeit ist es, zu beweisen, dass für die Durchführung vergleichender Studien eine Berücksichtigung des historisch-kulturellen Kontextes von überragender Bedeutung ist, denn ohne Rückgriff auf den historisch-kulturellen Rahmen werden weder Präsidentialismus noch Parlamentarismus dieser Region verständlich. Hiervon ausgehend kann man der Frage nachgehen, warum in Lateinamerika lediglich eine Art von Regierungsform anzutreffen ist.[192] Diejenigen, die gewöhnlich das politische Übel Lateinamerikas dem Präsidentialismus anlasten, neigen zur Extrapolation ihrer Vergleiche mit den europäischen Ländern der Nachkriegszeit.[193] Nohlen führt den wirtschaftlichen Erfolg wie auch die politische Stabilität in der alten Welt nicht ausschließlich auf Art oder Form der Regierung zurück. Die politische und wirtschaftliche Situation in Europa ist demnach als Folge weiterer Faktoren zu sehen, die in den vorgenommenen Untersuchungen nicht berücksichtigt werden und für die eine globalere Betrachtung der Ereignisse im Westeuropa der Nachkriegszeit erforderlich ist. Hierzu zählen unter anderem Faktoren wie die politische Kultur, das Ausmaß an sozialem Konsens oder der neue internationale Kontext (1999: 26-27).

Diamond und Linz (1989) greifen ihrerseits das klassische Beispiel des durch das Präsidial-

---

[191] Damals beantwortete Linz diese Frage resigniert wie folgt: „In answer, we might consider the following hypothesis. The presidential election 'game' has a zero-sum character, whereas a parliamentary system offers the possibility of dividing the outcomes. Parliamentary elections present many options: formation of coalition governments; cooperation between government and opposition in the legislative process, either overtly or covertly; and the potential for gains by oppositions parties in successive elections (particularly in centrifugal multiparty system)… The unipersonal magistracy, the plebiscitarian character of the election, and even the contrast between the national scope of issues debated in the presidential contest and the localism, clientelism, and possible, and possible corruption of legislative elections–all these factors are likely to give the presidential a sense of power, of having a mandate that is likely to exceed his real support, and will exacerbate his irritation when he is faced with a legislature unwilling to respond to his leadership. Some of the factors we have just mentioned were certainly present in the crises of Brazil, under Goulart and Chile under Allende." (1978: 72-73)

[192] Bezüglich dieser interessanten Diskussion sei auf Nohlen 1999 verwiesen, der dort auf wenigen Seiten die Grundidee dieser Debatte zusammenfasst und erklärt.

[193] Bei dieser Art von Vergleich wird unter anderem außer Acht gelassen, dass das Europa in der Zeit zwischen den Weltkriegen eine schwere Krise der Demokratie erlebte, die in vielen Ländern zum Sturz der parlamentarischen und semi-

system herbeigeführten Zusammenbruchs einer Demokratie auf: Chile. Beide Autoren versuchen in diesem Fall, eine Kausalität zwischen Präsidentialismus und Verschärfung der Krise der Demokratie in Chile festzustellen. Im Fall Chiles lässt sich schwerlich belegen, dass ein Regime präsidentiellen Typs ausschließlich diese Krise der Demokratie herbeigeführt hätte. Der Politikwissenschaft liegen ausführliche Studien vor, die belegen, dass eine Reihe sozialer, kultureller, wirtschaftlicher und politischer Faktoren dieses Landes mit dem Militärputsch vom September 1973 in Beziehung stehen (Nohlen 1973; 1973a). Folglich wirkt die Behauptung, der Putsch sei ausschließlich dem Präsidentialismus anzulasten, wenig überzeugend; vielmehr finden sich Gründe für eine gegenteilige Aussage. Gerade dem Präsidentialismus verdankt Chile die von 1932 bis 1973 dauernde demokratische Stabilität, und selbst diese Aussage ist weiter zu nuancieren**,** da die demokratische Stabilität in diesem Andenstaat durch integrale Gegebenheiten wie politische, kulturelle, soziale und wirtschaftliche Faktoren des Landes erklärt werden kann (Nohlen 1973; 2003a). „Die zweite Einschränkung ist historisch-empirischer Art. Hier gilt es sich zu fragen, ob die europäischen Demokratien der Dreißiger Jahre nicht dasselbe Schicksal erfahren hätte, wenn in diesen Ländern nicht die Präsidialreform regiert hätte." (Nohlen 1999: 27)

Dieser Ansatz lässt die politische und soziale Lage Lateinamerikas der 1960er und 1970er Jahre in dem globalen Kontext des Kalten Krieges, in dessen Mitte Lateinamerika sich befand, unberücksichtigt. So ist die Einflussnahme der Vereinigten Staaten in die inneren Angelegenheiten der Länder der lateinamerikanischen Region durch die jüngste Veröffentlichung von CIA-Dokumenten hinreichend belegt. Im Fall Chiles wird dies besonders deutlich. In diesem Zusammenhang ist der Einfluss der ehemaligen Sowjetunion ebenso wenig zu unterschätzen, was die innenpolitischen Angelegenheiten Chiles betraf.[194] Die Sozialwissenschaftler, die sich mit Lateinamerika beschäftigten, mussten bei der Analyse der politischen Ereignisse diese Variable vor allem ab den 1950er Jahren stets vor Augen haben.

Hinzu kommt, dass in diesem bipolaren, von Ideologien dominierten Kontext, der in den 1960er und 1970er Jahren Lateinamerika durchzog, Chile kein Einzelfall war. Das Phänomen, das Sartori (1976) „Polarisierter Pluralismus" nannte, und das Nohlen als „Fragmentierung und Polarisierung des Parteiensystems" (Nohlen 1998: 279) bezeichnete, steht in engem Zusammenhang mit einer in allen ihren Schichten und Ständen aufs Äußerste polarisierten und ideologisierten Gesellschaft.[195]

---

parlamentarischen Systeme führte. Im Gegensatz hierzu gibt es in Lateinamerika Beispiele verschiedener Länder, die sich über lange Zeiträume durch stabile Demokratien unter Präsidialregimen auszeichneten (Nohlen 1999: 26).

[194] *Covert Action in Chile, 1963 - 1973: Staff Report* (Washington DC: US Government Printing Office, 1975).

[195] Die chilenische Gesellschaft jener Jahre befand sich in einem vollkommen polarisierten und fragmentierten Zustand, was das ideologische Schema Links-Mitte-Rechts betraf; das Kräfteverhältnis der drei Positionen war dabei ausgewogen. Die Ideologisierung, Polarisierung sowie Fragmentierung zeigte sich in den politischen Parteien, die zudem einen erheblichen Einfluss auf die verschiedenen Bereiche des gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben des Landes hatten: der politische Kampf – und in vielen blieb es nicht beim politischen Kampf – ergriff die Universitäten, sowohl Akademiker als auch in noch stärkerem Maß die Studenten; es sei daran erinnert, dass der *Mai 1968*, wie ihn Europa erlebte, in Chile bereits ein Jahr zuvor stattgefunden hatte. Die Auseinandersetzung führte zudem zu einem hohen Polarisierungs-

Wie der Fall Chiles zeigt, ist die Erklärung kaum haltbar, dass der Präsidentialismus der alleinige Verursacher des Sturzes der Regierung gewesen sei. Ebenso wenig lässt sich die Behauptung aufrechterhalten, dieser Regierungsform hätte die Demokratie ihre langjährige Stabilität zu verdanken. Weder das eine noch das andere trifft zu: es gab eine Reihe kontextueller Variablen, die im Fall Chiles eine gewichtige Rolle beim Sturz der Regierung Salvador Allendes spielten. Auf dem Gebiet der Politikwissenschaft ist es sicherlich äußerst schwierig, sichere Prognosen zu treffen. Dennoch sollte die Politologie nicht den Versuch unternehmen, lediglich aufgrund von Ergebnissen zu Urteilen zu gelangen, ohne den Prozess als Ganzes zu würdigen. Mit dieser Feststellung soll der Behauptung Arturo Valenzuelas (1978, 1994) entgegengetreten werden, der in Zusammenhang mit der Diskussion über den Fall der chilenischen Regierung äußert, unter einer Regierung parlamentarischen Typs hätte das demokratische System überlebt.

Einige Variablen, die den Sturz des Regimes der *Unidad Popular* mit beeinflusst haben, wurden bereits erläutert (vgl. Kapitel 2). An dieser Stelle sollen einige Aspekte vertieft werden, die in Zusammenhang mit der genannten Aufstellung von Hypothesen stehen, vor allem die Meinung A. Valenzuelas, dass die Demokratie besagten Landes nicht untergegangen wäre, hätte es in Chile den Parlamentarismus gegeben. In diesem Sinne ließe sich ferner behaupten, dass bei der Möglichkeit der *ballotage* im Präsidentialismus Allende nicht Präsident geworden wäre, und die Demokratie, um in den Worten Nohlens zu bleiben, nicht an einem toten Punkt angelangt wäre (1999: 53).

Hätte das Wahlgesetz die Möglichkeit einer Wiederwahl zugelassen, wäre Eduardo Frei mit hoher Wahrscheinlichkeit wiedergewählt worden: „Si el partido de centro, la Democracia Cristiana, hubiera seguido la práctica del tradicional partido de centro en Chile, el Partido Radical, esto es, la práctica de los acuerdos y alianzas, no habría perdido las elecciones de 1970; silos partidos marxistas no hubieran negado la sal y el agua al gobierno de Eduardo Frei con su programa de nacionalizaciones y de reformas estructurales (abolición del latifundio), se habría formado un gran alianza de los partidos modernizantes para cambiar el país.“ (Nohlen 1999: 53) Wenn, wie Nohlen bekräftigt, der Kandidat der christdemokratischen Partei Leighton gewesen wäre, hätte Alessandri nicht kandidiert, und die Christdemokratie hätte weiterregiert.[196] Hätte Allende nicht sechs Mitglieder der Streitkräfte zu Ministern seiner Regierung ernannt, vor allem General Prats nicht ins Innenministerium berufen, wäre der dadurch neu zu besetzende Posten des Oberbefehlshabers der Streitkräfte nicht Pinochet übertragen worden, womit der Putsch

grad unter der arbeitenden Bevölkerung; ferner waren an diesem Prozess Unternehmer, Berufsverbände, die ländliche Bevölkerung usw. beteiligt. Die Polarisierung ließ letztlich sogar politische Parteien auseinander brechen.

[196] Im Jahre 1992 hatte der Verfasser anlässlich seiner Examensarbeit im Fach Geschichte zum Thema „Aproximación testimonial a los orígenes del Partido Demócrata Cristiano 1933-1938“ (Übersetzungsvorschlag: Die Ursprünge der Partido Demócrata Cristiano 1933–1938. Eine Annäherung anhand von Zeitzeugenberichten) die Gelegenheit, mit Bernardo Leighton und seiner Frau Anita Fresno lange Gespräche zu führen, die der Autor mehrheitlich auf Tonband festhielt. Einmal hatte der Verfasser die Gelegenheit, den Brief zu sehen, den Jorge Alessandri Leighton geschickt hatte, in dem er zum Ausdruck bringt, er würde für die rechten Parteien nicht kandidieren, sollte Leighton für die DC antreten. Leightons Antwort fiel abschlägig aus: er machte deutlich, vieles weise darauf hin, dass Tomic der Spitzenkandidat der DC in den Präsidentschaftswahlen sein würde. Zudem hätte Leighton Tomic persönlich eine feste Zusage gegeben, zu der er unverbrüchlich stehen wolle.

nicht zustande gekommen wäre; schließlich war die demokratische Überzeugung von Prats bekannt und über jeden Zweifel erhaben. Es ließe sich zweifelsohne hierzu eine lange Liste anfertigen, der Aufzählung vergleichbar, mit der Junker die Faktoren aufzeigt, die zum Untergang der Weimarer Republik[197] beitrugen. Fest steht jedoch, dass die chilenische Demokratie nicht ausschließlich durch den Präsidentialismus ihre tiefe Zäsur erlebte; mehr noch: dem Präsidentialismus kommt in Zusammenhang mit dem Sturz der Regierung nicht die ihm häufig zugewiesene entscheidende Bedeutung zu (vgl. Huneeus 1981, Tagle 1992). Wenn der Versuch eines Beweises unternommen wird, dass in Lateinamerika der Präsidentialismus Ursache der Schwäche und fehlenden Stabilität der demokratischen Regierungen war, und es zu dieser Situation nicht gekommen wäre, hätten diese Länder eine parlamentarische Regierung gehabt, so bedeutet dies, dass diese Aussagen ihrerseits auf Vermutungen aufbauen. Solchen Vermutungen ließen sich weitere Hypothesen gegenüberstellen, womit die Aussagekraft einer solchen Beweisführung letztlich gegen null tendiert.

Ferner wird hierbei übersehen, dass ein jedes Land und in einem größeren Zusammenhang jede Region in einen bestimmten historisch-kulturellen Kontext gebettet ist, der sich auf die zu untersuchenden Ereignisse unmittelbar auswirkt. Dies gilt insbesondere für die Region Lateinamerika, die in hohem Maße dem Einfluss externer Faktoren und Variablen ausgesetzt ist, die ebenfalls zu berücksichtigen sind. [198]

Die angestellten Vergleiche wurden gewöhnlich aus der Perspektive der westeuropäischen Demokratien der Nachkriegszeit durchgeführt, deren Kontext sich, wie bereits dargestellt, von der lateinamerikanischen Realität in beträchtlichem Maß unterscheidet; zusätzlich jedoch wird bei einem solchen Vergleich ein weiterer Fehler begangen, da man den Parlamentarismus,[199] der in der Geschichte Lateinamerikas zu keiner Zeit belegbar ist, als Maßstab heranzieht. Auf diese Weise bedeutet der Vergleich einer existierenden Größe (des Präsidentialismus) mit einer möglicherweise existierenden Größe, die Realität mit einer vielleicht möglichen, jedoch nicht bestehen Realität zu vergleichen. Somit würde man den Fehler begehen, Antworten auf politische Probleme mit nicht existierenden institutionellen Instrumenten zu suchen.

Zusammengefasst besteht das Hauptargument derjenigen, die einerseits der Demokratie gegenüber eine pessimistische Haltung einnehmen und sich andererseits gegen den Präsidentialismus wenden, darin, dass dieser Regierungstyp ein „Hindernis“ für die Konsolidierung der

---

[197] Detlef Junker (1988) liefert über 60 Faktoren, die möglicherweise zum Niedergang der Weimarer Republik beigetragen haben.

[198] Der Verfasser macht sich Nohlens Schlussfolgerungen bei dieser Debatte zu eigen: „Por un lado, la negación del presidencialismo; por otro una apreciación histórica del presidencialismo, sus logros, recursos, limitaciones y falencias según tiempo y lugar; Por un lado, el análisis monocausal y unidirecional basado en la adjudicación de un valor dominante a la variable institucional; por otro, el diagnóstico multicausal y de causalidad circular, basado en la convicción de que existe una interrelación e interdependencia de los factores y que la institucionalidad política es sólo un factor, importante si, pero relativizado a la vez por otros, como por ejemplo la cultura política, el desarrollo económico y social, la historia propia de los diferentes países, sus experiencias y aprendizajes, la estructura del Estado y demás factores, los cuales son quizás más importantes que el factor institucional propiamente tal.“ (1999: 63-64)

[199] Gewöhnlich wird behauptet, dass das in Chile von 1891 und 1925 herrschende System das einer parlamentarischen Republik war. Macht man sich die Mühe, besagten Zeitraum zu überprüfen, wird ersichtlich, dass manche Vorstellungen

Demokratie und ihre Stabilität sei. Führender Vertreter dieser Auffassung ist Juan Linz.

Die Hypothese von Linz besteht allgemein gesprochen darin, dass der Präsidentialismus ein Faktor sei, der die demokratische Entwicklung destabilisiert. Die entsprechenden negativen Folgen siedelte er im wahlpolitischen Bereich und in den Regierungspraktiken an und gelangte zu der Aussage, dass der Präsidentialismus das Parteiensystem polarisiere, da der Wahlkampf sich auf die Wahl des Präsidenten konzentriere. Er forderte in der Wahlgesetzgebung mindestens die Wahl mit absoluter Mehrheit oder einen zweiten Wahlgang, bei dem die Unterstützung des Präsidenten durch das Parlament nicht zwangsläufig gegeben sei (vgl. Linz 1987, 1987, 1994).

Ungeachtet der von Linz von Mitte der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre vertretenen Thesen, musste er gemeinsam mit weiteren Pessimisten der Demokratie und Gegnern des Präsidentialismus einräumen, dass der Präsidentialismus für die Entwicklung der Demokratie in Lateinamerika nicht *ex ante* ein destabilisierender Faktor sei. Schließlich hat sie sich trotz der Krise, die sie seit ihrer Einsetzung in den späten 1970ern begleitet, in der Region konsolidiert und hat die mängelbehafteten Regierungen überwunden, die von den verschiedenen jeweils an der Macht befindlichen Parteien hervorgebracht wurden. Linz (1997) beginnt anzuerkennen, was die „Kontextualisten", unter denen vor allem Nohlen zu erwähnen ist, in dieser Debatte seit den späten 1980er Jahren vertraten: die Auffassung, dass dem Staat bzw. der Entwicklung der Institutionen innerhalb des politischen Systems (Grundarrangements) in der Konsolidierung der Demokratie eine bedeutende Rolle zukommt, und dass der historische, gesellschaftliche und kulturelle Kontext bei einer Analyse des Regierungssystems zu beachten ist. Das Eingeständnis von Linz, dass nicht sämtliche Missstände innerhalb der Demokratie dem Präsidentialismus anzulasten sind, bringt in dieser Debatte einen Fortschritt. Allerdings haben neuere empirische Studien seit den späten 1990er Jahren die demokratische Stabilität belegt; trotz der Korruptionsskandale und der schlechten Regierungsführung seitens verschiedener Vertreter der politischen Klasse Lateinamerikas.

In Fortführung der obigen Aussagen kommen Mainwaring und Shugart (1997) zu der These, die antipräsidentialistische Position sei weit schwächer als gemeinhin angenommen. Beide Autoren nehmen zwar die Kritik am Präsidentialismus an, allerdings lasse sich keine „tauglichere" Regierungsform finden. Im rechten Licht betrachtet, ließe sich die Debatte ohne weiteres schließen, da die überwiegende Mehrheit der Gegner des Präsidentialismus eingestehen musste, dass die Probleme, denen sich die Demokratie seit ihrer (Wieder-)Einführung in Lateinamerika gegenübersah, nicht in der Regierungsform begründet lagen, sondern vielmehr Ergebnis kontextueller Faktoren und der politischen Kultur wie auch der jeweiligen politischen Klasse und des Zustands der politischen Institutionen im Allgemeinen sind. So erhält der Präsident – mag seine Popularität als Figur in den letzten Jahren auch gesunken sein – in Umfragen meist bessere Be-

hinsichtlich der öffentlichen Freiheiten und der Entwicklung des Parlamentarismus herrschten, die eher als diffus zu bezeichnen waren (siehe Villalobos 1990 / Nohlen 1999 / Sartori 1987).

notungen als Parlament und politische Parteien. Trotz all dieser Probleme, denen sich die Demokratie ausgesetzt sieht, ist der Präsidentialismus, wie Nohlen und Fernández (1998) überzeugend belegen, imstande gewesen, die Regierungstauglichkeit in Einklang mit dem politischen Wandel zu meistern, was zu einem *erneuerten Präsidentialismus* geführt hat. Bei einem Vergleich müssen somit diese für eine wissenschaftliche Beschäftigung mit Lateinamerika grundlegenden Aspekte berücksichtigt werden.

Dieser Arbeit liegt ein Drei-Länder-Vergleich zugrunde. Eine solche beschränkte Auswahl ermöglicht eine Fokussierung nicht nur auf institutionelle Gesichtspunkte, sondern in Einklang mit dem gewählten Ansatz ferner eine schwerpunktmäßige Behandlung historischer, sozialer wie kultureller Faktoren, soweit sie für den Untersuchungsgegenstand von Belang sind. Ein Vergleich lediglich dreier politischer Parteien birgt den Vorteil, dass jedes der drei zu untersuchenden Objekte gründlicher behandelt werden kann. In der Praxis lassen sich die Quellen – primäre wie sekundäre, unmittelbare wie mittelbare – besser konsultieren. Zudem lassen sich die Akteure selbst befragen, wobei allerdings der Gefahr auszuweichen ist, sich zu sehr in Details zu verlieren. Die einzelnen Länderstudien werden anschließend anhand von zuvor ausgewählten unabhängigen Variablen verglichen, um schließlich auf der Grundlage der in Einzel- wie globalen Analysen erhaltenen Ergebnisse zu allgemeingültigen Aussagen zu gelangen.

3.6 Fazit

Die Entwicklung der politischen Parteien in Lateinamerika ist grundlegend mit der Art der Regierung verknüpft. Dies bedeutet, dass die Parteien sich unter autoritären Bedingungen nur begrenzt entwickeln konnten oder gar nicht existierten; unter Bedingungen von größerer bürgerlicher Freiheit und mit politischen Rechten hatten die Parteien mehr Freiraum, um sich zu institutionalisieren. Außerdem beeinflusste jeder nationale Kontext direkt die Entwicklung dieser Institutionen. Deshalb entsprach der (Re-)Demokratisierungsprozess den Parteien besser, die in ihrer Entwicklung höhere Grade der Institutionalisierung aufweisen konnten. Dies ist der Fall, wenn a) sie eine definierte politische Klasse mit einer gewissen intellektuellen Formation besaßen, b) in diesen Parteien eine gewisse ideologische Kohärenz existierte, für die die politische Loyalität über die Personen hinausging, c) ihre Struktur nicht von lokalen Caudillos bestimmt wurde, d) die internen Gruppen die Partei nicht zugunsten der Gruppe vernachlässigten, e) die klientelistischen Beziehungen nicht die gleiche Größenordnung haben wie in Parteien mit geringerem Grad an Institutionalisierung, und f) die Parteibürokratie erlaubt, die Ziele der Regierung unter besseren Bedingungen zu übernehmen, vor allem, wenn die Partei einen nationalen Charakter besitzt, da sie auf Verbindungen in den verschiedenen Regionen des Landes baut. Die Bürokratie hat auf diese Weise größere Kohärenz mit dem Parteiprojekt, was sich seinerseits im Programm der Regierung widerspiegelt. Diese institutionalisierten Parteien können den Heraus-

forderungen der Demokratie auf bessere Weise entsprechen und vor allem die Regierbarkeit verbessern.

So wurde die aktuelle Demokratie in Lateinamerika durch das Verhalten der politischen Parteien und der politischen Klasse im Allgemeinen bestimmt. Deswegen war die Konsolidierung bedingt durch das Verhalten der Parteien in den Regierungen. In den Fällen, in denen die Parteien nicht fähig waren, die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der Menschen zu erfüllen, sah sich die Demokratie durch den Populismus in Frage gestellt. Die Menschen neigten aufgrund der ineffizienten Administration der Regierungen und des hohen Niveaus der Korruption der traditionellen politischen Klasse zu solchen asystemischen Lösungen.

In diesem Sinne beobachtet Nohlen (2003: 148), dass die Demokratie in Lateinamerika, auch wenn sie sich konsolidiert hat, dies nicht durch eigenes Verdienst geschah, da einerseits die Unterstützung – die schon diffus war – nach der demokratischen Transition nicht erhöht wurde, und andererseits in der Periode der demokratischen Konsolidierung die Rückendeckung für die Demokratie sich nicht substantiell verbessert hatte. Die Unterstützung der Demokratie hing immer noch vom wirtschaftlichen und sozialen Verhalten der Regierung ab. Die Bevölkerung war nicht konform und auch nicht optimistisch gegenüber den Reformen der zweiten Generation, den neoliberalen, vor allem aufgrund der negativen wirtschaftlichen und sozialen Anzeichen in der Region. Überdies konnten noch keine Reformen der dritten Generation durchgeführt werden, d.h. die Reform des Staates, was bedeutete, den Staat in einen effizienteren institutionellen Akteur umzuformen, in Bezug auf den Entwurf und die Ausführung der für jeden nationalen und lokalen Kontext passenden öffentlichen Politik. Diese Situation macht es den Populisten einfacher, die aufgrund des Fehlens einer demokratischen politischen Kultur von den Bürgern für eine Alternative gehalten werden, um die Lebensbedingungen zu verbessern. Letzeres trägt dazu bei, die demokratischen Institutionen zu schwächen, was der demokratischen Konsolidierung zum Nachteil gereicht.

In diesem Kontext tragen die politischen Parteien eine wichtige Verantwortung, da die Schwäche der Demokratie ihrerseits die Institution der Parteien schwächt und die nichtdemokratischen Elemente und die populistischen Lösungen stärkt.

4 Die Partido Acción Nacional (PAN) im Kontext der politischen Entwicklung in Mexiko: von der autoritären Staatsform zur Demokratie.

Die autoritäre Staatsform, die Transition und die demokratische Konsolidierung in Mexiko sind nicht nur interessante politische Prozesse, sondern in Anbetracht der mexikanischen Geschichte des 20. Jahrhunderts auch einzigartig, denn auch wenn Mexiko nicht die Erfahrungen mit militärischen Diktaturen machte, wie fast ganz Lateinamerika, so durchlebte es doch Regierungen mit autoritären oder undemokratischen Zügen.

Die politische Geschichte Mexikos wurde wesentlich von der PRI bestimmt, einer Partei, die 71 Jahre lang die Regierung vollständig innehatte, trotzdem besteht das mexikanische Parteiensystem noch aus einer anderen Partei, ihrem ewigen Opponenten PAN, die sich von einer eher schwachen Opposition zu einer Partei wandelte, die offen um die Macht kämpfte. Dieser Wandel der PAN hat das politische System Mexikos nachhaltig verändert. Daher ist es von Interesse, in diesem Teil die politische Entwicklung der PAN im Zusammenhang mit der nichtdemokratischen Periode, ihrer Rolle in der Transition zur Demokratie und dem Beginn ihrer Konsolidierung zu untersuchen.

4.1 Die Option der ewigen Opposition

Die im September 1939 gegründete PAN war über sechzig Jahre lang die bedeutendste Oppositionspartei im mexikanischen Parteiensystem. Die meiste Zeit strebte die PAN allerdings nicht nach der Macht. Das änderte sich in den letzten Jahren, als sich das Profil der Partei durch den Aufstieg der „*neopanistas*“ und den Beitritt von mittelständischen Unternehmern veränderte. Die PAN verfolgte von nun an das Ziel, die Regierung der PRI abzulösen (vgl. Loaeza 2001a). Die ursprüngliche Option, auf Dauer Oppositionspartei zu sein, lässt sich zuerst durch die Ursprünge der Partei erklären sowie durch die Ziele, die ihre Gründer für die Partei festlegten.

Die politische Entwicklung der PAN kann aus der Perspektive der Entwicklung des politischen Systems in Mexiko vom autoritären System über die Transition zur Konsolidierung der Demokratie erklärt werden. Die PAN ist quasi als Reaktion auf den post-revolutionären Prozess und sein Vorrücken auf den Wahlsektor entstanden. Sie war ständig von ihr von der Regierung gewährten Freiheiten abhängig. Deshalb gibt es zwei Variablen, die auf die politische Entwicklung der PAN Einfluss hatten. Zum einen die eigene interne Dynamik, die diese Partei durchzieht und die in Verbindung mit der Option steht, im Kontext der Spielregeln, die die PRI aufstellt, in der Opposition zu bleiben. Letzteres hängt mit der zweiten Variablen der Entwicklung der PAN zusammen, denn in dem Maße, wie die PRI demokratische Räume zugelassen hat und

der internationale Kontext dies ermöglichte, hatte die PAN größeren Zugang zur Macht, sobald das Innere der Partei sich dazu entschloss, nach der Macht zu streben.

Die PAN und die PRI waren in den 1980er und 90er Jahren politische Schlüsselfiguren bei der Verwirklichung des wirtschaftlichen Reformprozesses in Mexiko, in gleicher Weise gab die PAN ihre Einwilligung dazu, dass die wichtigsten politischen und Wahlreformen in der politischen Geschichte der Nation verwirklicht wurden, die nicht nur den Angelpunkt in der Transition darstellten, sondern auch das Regelwerk, um den erfolgreichen Prozess der Demokratisierung in Mexiko zu lenken.

4.1.1 Der historische Kontext der Entstehung der PAN

In den 1930ern war die Politik in Mexiko von politischen Unruhen und Spannungen geprägt. Präsident Lázaro Cárdenas (1934-1940)[200] führte eine Reihe struktureller politischer und wirtschaftlicher Veränderungen durch, die von weiten Teilen der mexikanischen Elite nicht unterstützt wurden. Die Veränderungen, die der Präsident durchführte, zielten auf starke staatliche Eingriffe in die Wirtschaft ab und begünstigten direkt die Gewerkschaften in den Arbeitskonflikten. Neben Enteignungen im Erdölsektor kam es zur Umverteilung von Land, was wiederum zur Distanzierung und zur Konfrontation zwischen den Unternehmern und der Regierung führte. Weiterhin reformierte die Regierung die Bildungspolitik, ohne die katholische Kirche in diese Diskussion mit einzubeziehen. Sie baute die Unterstützung sozialer Organisationen aus, die auf Kosten der Armee, die dem Präsidenten und der PRM (ex PNR) fast völlig untergeordnet war, mehr politische Bedeutung erlangt hatten. Nachdem Cárdenas einige der Reformen durchgeführt hatte, wurde die Opposition ab 1938 heftiger und organisierte sich. Daher musste Cárdenas die Geschwindigkeit der Reformen bremsen. Dies führte sogar dazu, dass innerhalb der Partei ein führender Vertreter der konservativen Linie in der PRM als Präsidentschaftskandidat nominiert wurde.

Die Macht, die die Gewerkschaften sowohl in den Städten als auch auf dem Land gewonnen hatten, sowie die Tatsache, dass im Bildungswesen der Laizismus eingeführt wurde, führten dazu, dass sich die Unternehmer und auch die katholische Kirche in korporativer Form organisierten. Hervorzuheben unter diesen Organisationen sind die *Legiones*, die im Untergrund agierten, und *La Base*, die sich aus verschiedenen Teilen zusammensetzte, einerseits aus Vertretern von Arbeiter- und Unternehmerverbänden, andererseits aus einem eher politischen Teil. Ein Teil der *La Base* war als öffentliche Organisation vorgesehen, aus dem dann die *Unión Nacional Sinarquista* (UNS) wurde. Die UNS entstand am 25. Mai 1937 und vertrat die Linie des friedlichen Kampfes. In ihrem Denken war sie konservativ und stand stark unter dem Einfluss der katholi-

[200] Führungsperson der *Partido Nacional Revolucionario* (PNR), die 1929 von revolutionären Caudillos mit dem Ziel gegründet wurde, die politische Macht zu institutionalisieren und die soziale und politische Stabilität Mexikos zu wahren. 1938 wurde aus ihr die *Partido de la Revolución Mexicana* (PRM), welche wiederum ab 1946 den Namen *Partido Revolucionario Institucional* (PRI) trug.

schen Kirche. Ihr politisches Handeln war geprägt durch einen großen Aktivismus, der sich durch Proteste und öffentliche Demonstrationen gegen die Regierung äußerte. Diese wurden von der Regierung unterdrückt, was zu einer Radikalisierung der Position der UNS führte, besonders als die Regierung Cárdenas das Projekt der sozialistischen Erziehung umsetzte. Unter den Parteien der Rechten Ende der 1930er Jahre war die UNS die bedeutendste politische Kraft der Opposition bis zur Entstehung der PAN. Bei den Wahlen im Juli 1937 trat sie für die Rechte an. Außerdem waren noch folgende Parteien im Rennen: *Partido Social Demócrata Mexicano* (PSDM), *Partido Demócrata Mexicano* (PDM), *Partido Orientador Civilista* (POC), *Orden Nacional Mexicana* (ONM), *Asociación Nacionalista de los Estados Unidos Mexicanos* (ANEUM). 1940 erhöhte sich die Zahl der Parteien der Rechten stark. Bei den Präsidentschaftswahlen 1940 unterstützten die genannten Parteien gemeinsam mit neuen Kräften die Kandidatur von Juan Andrew Almazán (vgl. Campbell 1976: 141f.; Reveles 1992: 91ff.; 2000: 184f.).

Später entstand aus dem Teil der *La Base*, der den Akademikern und den Unternehmern verbunden war, die PAN. So gehörten zum Beispiel auch Gründer der AN wie Manuel Gómez Morin oder Miguel Estrada Iturbide in einem frühen Stadium zur Führerschaft der *La Base* (vgl. Ortoll 1989: 19; Díaz 1996: 225ff.; Aguilar/Cermeño 1989:74). Die PAN entstand also durch die Unzufriedenheit der katholischen Kirche – vor allem der konservativeren Sektoren –, der Unternehmer und konservativer intellektueller Kräfte. Einige der ersten Mitglieder entstammten unterschiedlichen rechten Gruppierungen, die Mitte bis Ende der 1930er Jahre entstanden waren.[201] Die Entstehung der PAN war eine Reaktion auf die von der Regierung Cárdenas verfolgte Politik und auf die Partei, die den Präsidenten unterstützte (Reveles 2000: 188).

Wie es bei Nedelmann heißt, entstehen Parteien durch ein politisches Verhalten, das abweicht von den Normen und den Verhaltensweisen, die durch ein politisches System zu einem bestimmten Zeitpunkt gegeben sind (1975: 20). Insofern positionierte sich die PAN nicht außerhalb des politischen Systems, sondern widersetzte sich ihm im Rahmen des Regelwerks des Wahlsystems, das die Institutionen selbst zu diesem Moment errichtet hatte.

Die PAN unterschied sich von allen anderen Bewegungen und Parteien, die vorübergehend in der politischen Landschaft Mexikos aufgetaucht waren, seien sie nun aus dem linken oder rechten Lager, durch die Art der Führung, die sich in ihr konsolidierte, sowie durch die territoriale Organisation der Partei. Zur Führungsrolle ist festzustellen, dass es in der Anfangszeit der PAN keine monopolartige Führung gab, d.h. nachdem die Ziele der Partei, die ideologischen Postulate, die interne Ordnung und die Struktur festgelegt worden waren, teilte die Führungsperson die Verantwortung der Parteiführung mit anderen potentiellen Führungspersonen entsprechend den Kategorien von Panebianco (1982), wonach der charismatische Führer, eine di-

[201] Mehrere der bereits zitierten Autoren sehen die Gründung und den Ursprung der PAN als Gruppierung, die Elemente der Rechten gegen das Regime Cárdenas organisierte; vgl. Campbell 1976; Aguilar/ Cermeño 1989; Fuentes Días 1996; Reveles 2000.

rekte Abhängigkeit der Partei von ihm selbst erreicht. Der Führer jedoch, dessen Charisma durch eine bestimmte Situation entsteht, schafft eine Struktur, die unabhängig davon ist, ob der Führer weiter an der Spitze der Partei steht. Letzteres traf auf den Fall der Führerschaft innerhalb der PAN zu.

Ähnlich wie andere Bewegungen, die in Lateinamerika durch die katholische Soziallehre geprägt waren, stellte die PAN die Konzepte der „menschlichen Person" und des „Gemeinwohls" in den Mittelpunkt ihres politischen Handelns. Sie vertrat keine direkt christdemokratische Position, da dieses Konzept in Lateinamerika noch nicht bestand. Doch wie auch in Chile und Venezuela entstand die PAN als Partei unter dem Einfluss der katholischen Kirche, war aber nicht konfessionell gebunden.[202] Das Bemerkenswerte der PAN ist, dass sie, obwohl in diesen Jahren noch der Typ der Massenparteien dominierte, als eine Bürgerpartei entstand, d.h. sie verzichtete in der ersten Zeit bewusst darauf, die Bauern und Arbeiter zu vertreten, in erster Linie weil sowohl die PNR als auch später die PRM und schließlich die PRI die Hauptvertreter genau dieser Gruppen waren.

Manuel Gómez Morin war die Hauptfigur unter den Gründern der PAN. Er war Rechtsanwalt,[203] stellvertretender Finanzminister und hatte aktiv in den Regierungen nach der Revolution mitgewirkt. Doch seit den 1930er Jahren begann er, sich von der Regierung zu entfernen (O'Shaughnessy 1979: 77).[204] Ein weiterer Gründer der PAN war Efraín González Luna, der sich am stärksten mit der sozialchristlichen Linie identifizierte. Im Unterschied zu Gómez Morin, der zwar auch stark unter kirchlichem Einfluss stand, hatte Gónzalez Luna direkte Verbindungen zu den Organisationen, die die Kirche gegründet hatte, um der Ausbreitung der sozialistischen Ideen unter den Jugendlichen entgegenzutreten. Wie in den meisten lateinamerikanischen Ländern hatte die Kirche die *Acción Católica* benutzt, um durch sozialchristliches Gedankengut Einfluss auf die Jugendlichen auszuüben. González Luna war Vorsitzender der *Acción Católica de la Juventud Mexicana* (ACJM) gewesen. Viele ehemalige Mitglieder dieser Organisation wurden später Mitglieder der PAN (Mabry 1970: 50).

Einige der PAN-Gründer[205] hatten relativ bedeutende Ämter in den Regierungen nach der Revolution innegehabt, während andere private Unternehmer oder Bankiers gewesen waren. Vor der Revolution hatten einige mit Präsident Porfirio Díaz kollaboriert, während eine weitere bedeutende Gruppe sich gefunden hatte, um die Wiederwahl von Francisco I. Madero zu verhindern. Zu den Katholiken, an deren Spitze Gónzalez Luna stand, gehörten Angehörige der ACJM, der *Unión Nacional de Estudiantes Católicos* (UNEC) und der *Asociación Católica*

---

[202] Vgl. Grundsätze der PAN-Lehre (*Principios de Doctrina. PAN.*), verabschiedet durch die konstituierende Versammlung in ihren Sitzungen vom 15. und 16. September 1939.

[203] Er war Direktor der Juristischen Fakultät und Rektor der *Universidad Nacional*

[204] 1929 unterstützte Gómez Morin die unabhängige Kandidatur von José Vasconcelos für das Amt des Präsidenten. Bereits zu dieser Zeit verwies er auf die Notwendigkeit, eine politische Partei zu gründen, die unabhängig von ihren Führungspersonen und den jeweils aktuellen Konflikten weiter bestehen bleibt (vgl. den Brief von Gómez Morin an José Vasconcelos vom 3. November 1928; in Krauze 1976: 277)

[205] Zur Rolle der *Universidad Nacional* und zum Einfluss der Gruppen der Kirche bei der Gründung der PAN vgl. Martínez 2000: 7f.

Mexicana (ACM).[206]

Zwischen den Gründern der PAN und denen der FN in Chile bestehen in einigen Aspekten auffällige Ähnlichkeiten. Diese beziehen sich in erster Linie auf die von beiden Gruppierungen vertretene, auf der Grundlage des christlichen Humanismus beruhende Programmatik, in hohem Maße beeinflusst durch die katholische Kirche und insbesondere durch die katholische Soziallehre. Dabei zeichneten sich die Gründer der PAN wie der FN generell durch eine hervorragende akademische Bildung aus. In beiden Fällen stammen die Gründer aus der gut situierten Mittelschicht. Unterschiedlich ist allerdings ihre soziale Herkunft und Altersstruktur. So gehörten die Gründer der *falangistas* nicht der Unternehmerschaft an. Außerdem besteht ein nicht ganz unbedeutender Unterschied im Alter der Gründer. Die *falangistas* waren etwa 25 Jahre alt, sie hatten ihre Laufbahn in der konservativen Partei Chiles begonnen. Die *panistas* der Gründungszeit waren dagegen im Durchschnitt etwa 40 Jahre alt und hatten bereits berufliche und politische Erfahrungen gesammelt, da sie einerseits mit den prorevolutionären Regierungen zusammengearbeitet hatten und andererseits auf eine akademische Laufbahn zurückblicken konnten. Im Unterschied dazu hatten die *falangistas* zuvor kaum bedeutende politische Verantwortung getragen oder Ämter innegehabt. Beide Parteien entstanden in den 1930er Jahren und hatten einige ähnliche leitende Prinzipien. Dies war kein Zufall, da die Politik der katholischen Kirche in Lateinamerika, wie bereits erwähnt wurde, seit den 1920er Jahren darauf abzielte, katholische Jugendbewegungen zu gründen, um so dem in diesen Jahren aufkommenden Einfluss der sozialistischen Ideen auf die Jugend entgegenzuwirken (vgl. Moreno 1988).

Letzten Endes ist diese Ähnlichkeit durch das Interesse der katholischen Kirche, die Formierung der neuen politischen Bewegungen zu beeinflussen, gegeben. Trotzdem war die mexikanische Kirche in der Gründungsepoche der PAN in ihrem Inneren wesentlich von konservativen Sektoren beeinflusst, die ablehnend gegenüber der Politik der revolutionären Regierungen eingestellt waren. Die chilenische Kirche jedoch, der sich die *falangistas* verbunden fühlten, war die durch die Jesuiten geprägte Kirche. Sie hatte eine deutlich soziale Bestimmung und übte Einfluss auf die jungen *falangistas* aus (vgl. Grayson 1968). Wahrscheinlich führt dieser wichtige Unterschied die politischen christlichen Bewegungen im Falle der PAN in Richtung der rechten Mitte und im Falle der *falangistas* zur linken Mitte.

In der PAN spielte also der Einfluss der katholischen Kirche von Anfang an eine große Rolle. Doch sie wahrte Distanz zu ihr. Der Einfluss von Gómez Morin, der sich zwar für die Religion aussprach, aber eine direkte Verbindung zwischen Partei und Kirche ablehnte, setzte sich durch. Eine andere Position vertrat González Luna, der eine nicht konfessionelle Bewegung befürwortete, die aber der Kirche und ihren Prinzipien nahe stand. Gómez Morin war der erste Vorsitzende der PAN von 1939 bis 1949. Sein Vorsitz war zentral bei der Entscheidung der

[206] Zu näheren Informationen zu den Namen und Funktionen der ersten führenden Mitglieder der PAN vgl. Enríquez 1989; Ludlow 1989; Reveles 1989d; 2000; Loaeza 1999.

PAN für eine dauerhafte Oppositionsrolle. Durch die politischen Umstände der damaligen Zeit konnte er die PAN dauerhaft als Akteur im politischen System Mexikos etablieren und vermeiden, dass sie wie viele andere Parteien nur vorübergehend existierte. Durch den Vorsitz von Gómez Morin wurde die politische Ausrichtung festgelegt, der die Partei zumindest bis Anfang der 1980er folgte und der entsprechend sie eine Partei mit liberalen, konservativen und christlichen Werten war. Sie war allerdings weder konfessionell gebunden, noch vertrat sie eine explizit christdemokratische Linie. Die PAN bewegte sich dabei niemals außerhalb des institutionellen Rahmens, den die PRI entwarf, um an der Macht zu bleiben. Laut Peschard (1991) entschied sich die PAN für eine loyale Opposition. Peschard schreibt, dass die PAN seit ihrer Gründung dem Weg der Wahlen den Vorzug gab als Möglichkeit, die Gesellschaft zu demokratisieren. Sie entschied sich weiterhin für eine Unabhängigkeit vom Regime, obwohl dies bei den Wahlen nicht zu Erfolgen führte. Doch die Unabhängigkeit machte es der PAN letztendlich, vor allem später, möglich, Reformen im Wahlsystem vorzuschlagen, die das Regime dann aufnahm, als es der PRI zuträglich war. Insofern kann die PAN im Parteienmodell als verantwortungsbewusst und verfassungstreu eingeordnet werden (Sartori 1976). Die Ausrichtung, an erste Stelle die Erhaltung der Partei und nicht den Wahlerfolg zu stellen, verdankt sie Gómez Morin, auch wenn Gónzalez Luna in den 1940er Jahren versuchte, dem Abschneiden bei Wahlen mehr Bedeutung zu verleihen. Doch weiterhin stand das Kriterium von Gómez Morin, die PAN als Organisation und Einheit über den Erfolg bei Wahlen zu stellen, im Vordergrund. Die PAN nahm jedoch an den Wahlen teil, um so die Verbindung mit der Gesellschaft herzustellen und sie zu demokratisieren (Lux 1979: 132f.). Das Hauptziel der PAN bestand darin, den Bürger politisch zu erziehen, damit dieser seine politischen Rechte erkannte sowie die größere Freiheit, die das Erkennen dieser Rechte bedeutete.

Durch die Teilnahme an den Wahlen legitimierte die PAN sowohl das Regime als auch die Regierungspartei, die sich immer wieder auf allen Ebenen in den Wahlen durchsetzte. Dadurch wurden das Wahlsystem und auch das politische System legitimiert. Der Politik in Mexiko wurde so der Anschein von Pluralität gegeben (Peschard 1991: 147). Dieses bewusste Verhalten der PAN, d.h. die These von Gómez Morin, die bestehenden Spielräume auszunutzen und sich in Richtung von mehr politischer Freiheit zu bewegen,[207] kann entweder als politische Naivität oder als Loyalität zum System gesehen werden (Padgett 1966: 73). Bis weit in die 1970er favorisierte die PAN die Wahlen als Möglichkeit der Veränderung und der politischen Erziehung (Curzio 2000: 210). Der größte Teil der Geschichte der PAN war dadurch geprägt, dass sie nicht an der Macht war, d.h. die PAN war eine Partei, die keine direkte und klare Möglichkeit hatte, an die Macht zu gelangen.

[207] Zur These der Gründer der PAN, d.h. zur Entscheidung, unmittelbare Wahlerfolge und den Kampf gegen andersdenkende Gruppen nicht in den Vordergrund zu stellen und die Institutionalität der Partei nicht zu opfern, vgl. auch Arriola. Vielmehr war es wichtig, gut orientierte politische Gruppen zu bilden, die Bestand haben würden (1994: 261ff.).

4.1.2 Die politische Entwicklung der PAN

Seit 1943 hat die PAN fast ohne Unterbrechung an den Wahlen auf Landesebene teilgenommen, in der Überzeugung, dass ihre Teilnahme daran Teil des demokratischen Erziehungsprozesses war. In den ersten Jahren konsolidierte sich die Partei im Rahmen des autoritären Systems, das die führende Partei, die PRI, eingeführt hatte. Die PAN verfolgte das Ziel, die Partei in die Gesellschaft einzugliedern, um weiterzubestehen und nicht zu verschwinden, wie dies schon bei einer Reihe von Parteien in den 1930er und 1940er Jahren der Fall gewesen war. Dieser Zeitraum wird die Gründungszeit genannt. Ab Mitte der 1950er versucht die Partei, sowohl ihre territoriale als auch ihre politische Struktur zu institutionalisieren und sich in der politischen Kultur Mexikos zu verankern. Ihr Weiterbestehen und Verbleib im Parteiensystem stand also in den Vorstellungen der *panistas* und auch bei den Wählern außer Frage.

Tabelle 14: **Wahlergebnisse der Opposition zur PRI bei den Präsidentschaftswahlen 1952-2000**

Jahr	PAN	Sonstige Parteien	Gesamt	PRI
1952	7,8	17,9	25,7	74,3
1958	9,4	0,1	9,5	90,4
1964	11,0	0,2	11,2	88,8
1970	14,0	-	14,0	86,0
1976	-	-	-	100
1982	16,4	9,3	25,7	74,3
1988	16,8	32,5	49,3	50,7
1994	25,9	21,8	47,7	52,3
2000	42,52	16,64	59,16	36,1

Quelle: Nohlen/Fernández 1993/ IFE

Laut Loaeza konnte die PAN weiterbestehen, weil sie eine Protest- oder Wählerpartei ist, da sie Stimmen wie eine Allerweltspartei (*catch-all party*) erhält und aus Unzufriedenheit gewählt wird, unabhängig von ihrer ideologischen Ausrichtung, ihren Kandidaten oder ihrem Regierungsprogramm (1999a: 30). Dieser These Loaezas kann man nicht zustimmen, da die PAN in ihrer institutionalisierten Phase das repräsentiert, was von Beyme als Volkspartei bezeichnet. Die *catch-all party* Kirchheimers (1965) ist eine Partei, die versucht, die größtmögliche Zahl von Bürgern zu vertreten und sich daher sehr weit definiert und sehr breite Teile der Gesellschaft repräsentiert. Die Volkspartei definiert von Beyme dagegen als Partei, die eine ideologische Identifikation aufweist und sich daher an einen bestimmten Ausschnitt der Gesellschaft richtet. Loaeza selbst verweist darauf, wie konkret und klar definiert das Denken der PAN ist. Die PAN ist also keine Protest- oder Wählerpartei. Entsprechend der Definitionen von von Beyme (siehe Kap. 2), versuchen alle Parteien, Wähler zu repräsentieren, ohne dass sie deshalb notwendigerweise Protest- oder Wählerparteien sind. Auch davon ist die PAN weit entfernt, besonders in der Zeit, in der sie versuchte, sich zu institutionalisieren, indem sie die von der PRI diktierten Spielregeln akzeptierte. Protestparteien sind im Allgemeinen Parteien, die kurzlebig

sind oder deren Dauer nur marginal ist. Was die Wählerrepräsentation betrifft, so sind sie Parteien mit klar abgegrenzten Zielsetzungen. Die Zahlen der vorstehenden Grafik zeigen, dass die PAN größtenteils in ihrer Geschichte keine Bedrohung der PRI in den Wahlen darstellte, dass sie aber auch keine unbedeutende Partei und keine nur vorübergehend existierende Protestpartei war. Außerdem wird klar, dass die Stimmen der PAN auch wirklich ihr galten und sich nicht nur als Protest gegen die PRI richten, da einerseits die Stimmenzahlen der PAN Schritt für Schritt zunehmen, ohne exorbitant anzusteigen, und andererseits ihre Stimmen in dieser Periode größtenteils aus der Mittelschicht kommen (vgl. die Arbeit von Molinar 1991). Selbst 1988, als bei der PRI eine gewisse Abnutzung festzustellen ist und der Wahlausgang erstmals offen ist, steigt die Stimmenzahl für die PAN im gewöhnlichen Rahmen um zwei Prozent auf ihr bis dahin bestes Ergebnis. Die Wahlen 1994 und später auch die im Jahr 2000 widersprechen dem sonst moderaten Anstieg der Stimmen der PAN. Doch diese ungewöhnliche Stimmenzunahme erklärt sich durch andere Faktoren. Diese hängen zusammen mit der Abnutzung der PRI sowie der demokratischen Öffnung, die Mexiko in den 1990er Jahren erlebt und die ihren Ausdruck u.a. in Reformen des Wahlsystems findet (vor allem 1996). Hinzu kommt der Einfluss der internationalen Demokratisierung, besonders in Lateinamerika, der ebenfalls den politischen und gesellschaftlichen Wandel in Mexiko fördert. Mit Wahlerfolgen auf regionaler Ebene konnte die PAN überdies in den 1990er Jahren selbst ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen.[208]

Ab den 1950er Jahren beginnt der Prozess der Institutionalisierung der PAN[209] (vgl. auch Reveles 1999), ab diesem Zeitpunkt kann sie als Partei des Typs Volkspartei definiert werden. Während des gesamten Prozesses der Institutionalisierung der Partei zeigt sie Charakteristika einer kohärenten Partei, ein Merkmal aller Parteien, die einem Zweiparteiensystem angehören (Duverger 1981; Dahl 1966). Die Tatsache, dass die PAN in diesem Institutionalisierungsprozess nicht Wahlziele verfolgte, sondern ihre Struktur konsolidierte und als Brücke zu den Bürgern fungierte, führte einerseits dazu, dass die PAN sich im Parteiensystem halten konnte, andererseits aber bei Wahlen keine Alternative darstellte. Denn wäre dies ihr Ziel gewesen, hätte das Fehlen von Wahlerfolgen ihre politische Entwicklung beeinträchtigt (vgl. Reveles 1999: 10). Die Entscheidung von Gómez Morin, eine „instrumentale Bürgerpartei" zu sein, war also von größter Bedeutung. Diese These wurde von seinen Nachfolgern bis Mitte der 1970er übernommen. Dies ist der Moment, in dem die PAN für sich die Möglichkeit in Betracht zog, gegenüber der PRI bei den Wahlen als Alternative anzutreten. Auch unter der Jugend der PAN entstanden zwischen Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre Bestrebungen, die PAN als Alternative zur PRI zu profilieren, wobei sich die Partei der christdemokratischen Linie Lateinamerikas anschließen sollte. Diese Tendenzen blieben allerdings ohne Erfolg. Erst Mitte der 1990er wurde

[208] Um die sehr spezielle Situation des politischen Systems Mexikos (*Presidencia Imperial*), die PRI und die sehr effiziente Wahlmaschinerie der führenden Partei, die seit über 70 Jahren die Vorherrschaft innehatte, zu verstehen, vgl. u.a. Segovia 1974; Schmidt/ Gil/ Castro/ Ruiz1998; Muñoz, V. 2001.

[209] Institutionalisierung bezieht sich auf den Prozess, in dem die Konsolidierung der Organisation und Struktur der Partei oberste Ziele der Partei sind (vgl. Mainwaring/Scully 1995: 13ff.; Grotz 2000: 37ff.)

mit dem Auftreten der *neopanistas* in der PAN zum ersten Mal ernsthaft an einem Konzept gearbeitet, um eine Alternative zur PRI bei den Wahlen darzustellen.

Obwohl die PAN während des größten Teils ihrer Geschichte keine bedeutenden Wahlergebnisse erreichen konnte, verschwand sie zu keinem Zeitpunkt, sondern hielt sich bei einem bestimmten Prozentsatz an Wählerstimmen des Landes. Nach der Definition von von Beyme (1982: 39f.) lässt sich dies mit folgenden Faktoren erklären: a) eine große Zahl von Wählern identifizierte sich mit der PAN; b) es gab innerhalb der Partei keine Abspaltungen oder traumatischen Erfahrungen, die die Partei geschwächt hätten; c) die Partei verfügte über einen hohen Grad an Einigkeit in der Organisation, was auch zusammenhing mit der Unterstützung durch Teile der intellektuellen Mittelklasse. Ausgehend von den von von Beyme entwickelten Kriterien bestand eine der Stärken der PAN darin, dass sie in ihrer ideologischen Ausrichtung und ihrem Denken weder doktrinär noch zu unverbindlich war. Es blieb ein Spielraum, und durch ihre Postulate konnte die PAN ein dehnbares Wählerspektrum repräsentieren. Außerdem verfügte die PAN stets über Persönlichkeiten und Führungspersonen, die in der Lage waren, die Partei zu mobilisieren und unter den Bedingungen eines autoritären Systems durch eine moderne Organisationsstruktur Widerstand zu leisten. Die PAN passte sich an das autoritäre System an, nachdem sie dieses legitimiert hatte. Sie nutzte die Schwächen dieses Systems, um sich zu erhalten. Die größte Schwäche des autoritären Systems war die Existenz eines nicht-demokratischen Parteiensystems, in dem es kaum Garantien für die Ausübung politischer und bürgerlicher Rechte gab. Die PAN war der kleine Hoffnungsschimmer auf ein politisch pluralistischeres System.

Tabelle 15: Phasen der politischen Entwicklung der PAN

1940er :Gründungsphase. Partei der intellektuellen Elite. Liberal-konservative Linie unter dem Einfluss der katholischen Kirche.
1950er und 1960er: Phase der Institutionalisierung. Partei mit Merkmalen einer Volkspartei
1970er: Phase der internen Krise, wodurch die PAN intern entscheidet, die PRI abzulösen. Partei des Typs konsolidierte Volkspartei
1980er: Phase der Siege bei Bürgermeister- und Gouverneurswahlen, Entstehung der Option, die PRI an der Macht abzulösen. Entstehung des *neopanismo*.
1990er bis 2000er: Phase der Konsolidierung der neopanistischen Linie, weniger von Prinzipien und Ideologie geprägt und mit klarem Machtstreben.

[1] 1943 besaßen 62% der Kandidaten der PAN für ein Abgeordnetenamt einen Universitätsabschluss, 1952 fiel die Zahl auf 31% und 1958 auf 22% (Loaeza 1999a:116).

4.1.3 Die interne Entwicklung der PAN

Obwohl die PAN in ihrer Geschichte anscheinend von interner und ideologischer Kohärenz geprägt war, gibt es einige Tatsachen, die zeigen, dass die interne Einheit zumindest hinsichtlich der Strategien, wie man auf die politischen Herausforderungen eingehen sollte, die die jeweilige Situation entstehen ließ, fraglich war. Seit ihrer Gründung sind in der PAN zwei bedeutende politische Ausrichtungen erkennbar: einerseits die Linie der liberalen-konservativen Prinzipien unter Gómez Morin, andererseits eine sozialchristliche Linie unter der Führung von Gónzalez Lu-

na. In diesem Strategien- und Grundsatzstreit setzte sich die Ansicht des ersten Gründers durch, d.h. die Ansicht, dass die Partei nicht als Organisation von Katholiken, sondern für Katholiken gegründet worden sei (vgl. Loaeza 2000: 151).

Laut Reveles stand Gómez Morin an der Spitze der internen Gruppe („*fracción*"), die er als liberal bezeichnet aufgrund der Tatsache, dass ihre Führungsperson das kapitalistische System, das Abheben des Individuums von der Masse und das Eigentum vertritt (1998: 47). Laut Reveles gab es eine zweite *fracción*, die er katholisch nennt und die von Gónzalez Luna angeführt wurde (1998: 48).[210] Der Verfasser der vorliegenden Arbeit kann der Aussage Reveles, es habe in der Anfangszeit der PAN solch klare Gruppen gegeben, nicht ganz zustimmen. Während der Gründungszeit existierten Thesen dazu, welche politische Ausrichtung als Grundlage der Partei dienen sollte. In Parteien wie der PAN, die in der ersten Zeit von einer intellektuellen Elite organisiert und geführt wurden, entstehen nicht sofort interne Gruppen, auch wenn es verschiedene Einschätzungen der politischen Realität und dazu gibt, wie man auf die jeweilige Situation reagieren und mittel- und langfristig vorgehen soll. In der PAN waren die Gruppen aufgrund der Ziele, die sich die Partei gesteckt hatte, anfangs weniger abgegrenzt und eher vermischt. Grund dafür war einerseits, dass die Partei Nein zur Macht gesagt hatte. Hinzu kam, dass außerhalb der Partei die Spielräume für ihre Führung sehr begrenzt waren. Dies führte dazu, dass ein stärkerer innerer Zusammenhalt entstand. Denn dieser konnte weder durch die Machtoption gefährdet werden, da diese Option innerhalb der Partei nicht existierte, noch durch Streitigkeiten bei der Vergabe von Ämtern in einer Institution des Staates, da die Partei kein bedeutendes öffentliches Amt besetzte. Der Verfasser verweist darauf, dass, wie bereits in Kapitel 3 dargestellt, interne Gruppen eine Führungsperson benötigen sowie eine minimale Struktur, um als interne Gruppe bezeichnet zu werden oder als „*fracción*", wie Reveles es tut. Außerdem sind Dokumente notwendig, die ihre Differenzen und Unterschiede belegen. In den ersten Jahren oder der Gründerzeit kann das Vorhandensein und Funktionieren der internen Gruppen in der PAN nicht klar erkannt werden. Die Tatsache, dass Gómez Morin 10 Jahre lang an der Spitze der PAN stand und Gónzalez Luna diese Führungsposition nie in Frage gestellt oder für sich beansprucht hat, bestätigt dies. Der Konsens, dass Gónzalez Luna Präsidentschaftskandidat wurde, zeigt deutlich, dass in der PAN zwar keine vollkommene Einigkeit herrschte, die interne Entwicklung jedoch sehr ruhig verlief.

Diese beiden politischen Ausrichtungen existierten in der PAN nebeneinander bis Ende der 1950er Jahre, es gibt jedoch keine Anzeichen für einen Streit der internen Gruppen um die Macht innerhalb der Partei. Es sind eher strategische oder intellektuelle Differenzen, die es in vielen Parteien während ihrer Gründungszeit oder in der ersten Phase ihrer Institutionalisierung

[210] Weiterhin erklärt Reveles, beide *fracciones* seien ideologisch orientiert gewesen. Doch es lässt sich bei beiden von ihm genannten *fracciones* nur eine Ideologie erkennen. Es gab bei diesen beiden Ausrichtungen keine ideologischen Unterschiede. Auch Gómez Morin und Gónzalez Luna hatten grundlegende ideologische Differenzen, aus denen eine *fracción* hätte entstehen können. Weiterhin existieren keine Dokumente und es gab keine Veranstaltungen, aus denen dieser ideologische Streit ersehen werden könnte.

gibt. Alle Vorsitzenden der PAN nach Gómez Morin hatten Führungspositionen in katholischen Gruppierungen innegehabt – Gutiérrez, Ituarte und González.[211] Daher war zwar die liberal-konservative Linie diejenige, die in der gesamten Partei in dieser Zeit der politischen Konsolidierung galt, doch die Vertreter der christlichen Linie verwirklichten diese politische Linie.[212] Daher kann die PAN in dieser Zeit als rechts-liberale Partei mit sozial-christlichen Grundsätzen definiert werden, aber nicht als konfessionell.

4.1.4 Die jungen Christdemokraten

Mitte der 1950er hatte sich die christdemokratische Bewegung in Europa konsolidiert. In Lateinamerika war nach der Gründung der ODCA im Jahr 1947 und der Konsolidierung der christdemokratischen Parteien in einigen Ländern im Süden des amerikanischen Kontinents die Möglichkeit entstanden, dass diese christdemokratischen Parteien die Sozialisten und konservativen Parteien an der Macht ablösten. Obwohl die PAN sich nicht als christdemokratisch ansieht und jedes Anzeichen von Konfessionalität entsprechend der These von Gómez Morin und der so genannten liberal-konservativen Linie aus dem Weg zu räumen versuchte, zeigte sie einige Merkmale einer Partei, die eine Christdemokratische werden könnte. Diese Möglichkeit wurde zwar auf der Führungsebene der PAN diskutiert, stand aber in den formalen Organen als Alternative überhaupt nicht zur Diskussion.

Zwischen der Mitte der 1950er und dem Beginn der 1960er Jahre wurde die Möglichkeit, sich zu einer christdemokratischen Partei zu entwickeln, verstärkt von Teilen der Jugend der PAN vertreten. Sie hatten eine bedeutende Rolle sowohl in der Partei als auch in der politischen Diskussion innerhalb der Partei inne. Diese Forderung der Jugend der PAN stützte sich in erster Linie auf das, was die PAN als Partei repräsentierte. Dies stand in keinem Widerspruch zu den Vorstellungen und der Politik der christdemokratischen Parteien in Lateinamerika, besonders in Chile und Venezuela. Die PAN war eine Partei mit Zusammenhalt in ihrer Struktur und Organisation, hatte jedoch Schwierigkeiten, da sie im Land nicht genügend vertreten war. Wenn sie für die Wahlen Kandidaten für die verschiedenen Ämter zusammenstellen musste, verfügte sie nicht über genügend geeignete Personen. Dies war bis Mitte der 1960er der Fall (vgl. Loaeza 1999a: 242ff.; 2000: 160f.).[213]

Ein weiteres bedeutendes Element für die Auflehnung der christdemokratischen *panistas* war

[211] Alle Vorsitzenden nach Gómez Morin bis 1978 standen an der Spitze einer der katholischen Gruppierungen, mit Ausnahme von Conchello (Loaeza 2000: 152).

[212] Die Vorsitzenden der AC waren: Manuel Gómez Morin (1939-1949); Juan Gutiérrez Lascuráin (1949-1956); Alfonso Ituarte Servin (1956-1959); José González Torres (1959-1962); Adolfo Christlieb Ibarrola (1962-1968); Ignacio Limón Maurer (1968-1969); Manuel González Hinojosa (1969-1972); José Angel Conchello (1972-1975); Efraín González Morfín (1975); Raúl González Schmall (1975); Manuel González Hinojosa (1975-1978); Abel Vicencio Tovar (1978-1984); Pablo Emilio Madero (1984-1987); Luis Hernán Álvarez (1987-1993); Carlos Castillo Peraza (1993-1996); Felipe Calderón Hinojosa (1996-1999); Luis Felipe Bravo Mena (1999-)

[213] Bei den landesweiten Wahlen 1943 traten 21 Kandidaten für die PAN an, 1946 stieg die Zahl auf 80, 1949 waren es 69, 1952 stieg sie auf 143, fiel 1955 wieder auf 88. 1958 lag die Zahl bei 139, fiel 1961 wieder auf 95 und stieg auf 172 im Jahr 1964. Doch die Partei konnte immer noch nicht für alle 178 Distrikte Kandidaten aufstellen (Loaeza 1999a: 242).

die Tatsache, dass Luis H. Álvarez als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen 1958 antrat. Er war zwar der typische Vertreter der sozial-christlichen Vorstellungen, vertrat aber nicht die jungen Christdemokraten.[214] Interessant bei dieser Kandidatur ist, dass sich hierbei ein Generationenwechsel von den „Gründervätern" zu den Politikern der mittleren Generation vollzog (Enríquez 1989). Bei den Wahlen aber wurde Wahlbetrug begangen. Die PAN erhielt nur 9,4 % der Stimmen (vgl. Nohlen 1993b), obwohl es soziale Proteste gab, die darauf schließen ließen, dass dies die Chance für die PAN gewesen wäre, um bedeutend mehr Wählerstimmen zu erhalten. Diese Meinung wurde auch von den 139 Kandidaten für das Abgeordnetenamt vertreten, die die Kandidatur der PAN unterstützten. Innerhalb der PAN waren einige Gruppen der Auffassung, dass durch den von der PRI begangenen Wahlbetrug nun jegliche Möglichkeit auf Einigung mit der Regierung zunichte gemacht worden sei und sich auch die politische Wehrlosigkeit der PAN gezeigt habe, da sie innerhalb des Systems so wenig politisches Gewicht besaß. Daher müssten neue Wege gesucht werden, um die politische Position der PAN zu stärken. Zu dieser Zeit gewann die seit einigen Jahren in der PAN vertretene Position an Bedeutung, derzufolge sich die Partei der ODCA[215] anschließen sollte.

Hugo Gutiérrez Vega, ein junger Anführer der AN, forderte nach den Wahlen, dass die Jugend mehr in die Führung der PAN eingebunden werden sollte. Weiterhin erklärte er, die PAN sei in ihrer Natur eine christdemokratische Partei und müsse dies anerkennen (vgl. Gutiérrez Vega 1958: 17). Gutiérrez Vega und die jungen *panistas* standen unter dem Einfluss der großen Führungspersonen Lateinamerikas wie Frei und Caldera und beabsichtigten, die PAN zu verändern. Dies wurde jedoch abgelehnt.[216] Die alten Führungspersonen der PAN konnten nicht ein-

---

[214] 1952 war Efraín González Luna, Vertreter der sozial-christlichen Linie, Präsidentschaftskandidat gewesen. Luis H. Álvarez wurde von ihm und auch von Gómez Morin in der parteiinternen Wahl gegen den Generalsekretär der PAN, José González Torres, unterstützt. Álvarez war in Juárez und im Staat Chihuahua politisch sehr aktiv, das bemerkenswerteste an ihm war jedoch, dass er bereits an der Spitze verschiedener katholischer Organisationen gestanden hatte. Doch José González Torres war der Vertreter der jungen Christdemokraten, die ihre erste Niederlage bei dem Versuch erlebten, aus der PAN eine christdemokratische Partei zu machen.

[215] Bereits 1957 hatten bedeutende junge Vertreter der PAN Kontakt zu den Christdemokraten in Venezuela und Deutschland.

[216] Laut Loaeza lehnte Gómez Morin dies unter anderem ab, da die christdemokratischen Parteien in Lateinamerika unter dem Einfluss der Rechten Spaniens standen, besonders die chilenische DC, die vor 1957 den Namen *Falange Nacional* trug. Wie bereits in dem Teil dieser Arbeit, der die chilenische Christdemokratie behandelt, erläutert wurde, gibt es keinerlei Verbindung zwischen der chilenischen FN und der spanischen Falange Francos, da die chilenische Organisation bereits vor der spanischen bestand. Kein Dokument beweist eine auch noch so minimale Verbindung zwischen beiden Organisationen. Durch die Ähnlichkeit der Namen darf nicht darauf geschlossen werden, dass eine Organisation von der anderen beeinflusst worden sei. Leider begeht Loaeza den Fehler, eine Einschätzung aufgrund von Namensähnlichkeit zu verallgemeinern. Das Gleiche wäre es, würde man behaupten, die PRI sei aufgrund ihres Namens eine marxistische Partei, nur weil die Mehrheit, wenn nicht alle der im 20. Jahrhundert gegründeten politischen Parteien, in deren Namen die Bezeichnung „revolutionär" auftauchte, dem marxistischen Denken verbunden waren. Loaeza lässt erkennen, dass sie über die chilenische DC nicht ausreichend informiert ist, da nicht behauptet werden kann, sowohl die DC in ihrer Anfangszeit als auch die COPEI „standen unter dem Einfluss der spanischen Rechten und ihres Denkens" (2000: 171) (übersetzt durch den Verfasser). Davon ausgehend kann nicht gefolgert werden, Gómez Morin habe es abgelehnt, die PAN zu einer christdemokratischen Partei zu machen. Innerhalb dieser Vorstellungen existieren äußerst viele Widersprüche. Gómez Morin stand laut Loaeza an der Spitze einer rechten Partei, daher hätte es für ihn nicht problematisch sein dürfen, dass christdemokratische Parteien unter dem Einfluss der spanischen Rechten standen. Loaeza selbst erklärt, dass der Einfluss der lateinamerikanischen Christdemokraten auf die europäischen Christdemokraten zurückgeht. Der Autor hat erläutert, dass dies korrekt ist, die Christdemokratie Lateinamerikas jedoch hauptsächlich durch das sozial-christliche Denken und den christlichen Humanismus beeinflusst wurde. Die PAN zeigte in den Jahren, in denen die christdemokratischen Bewegungen in Lateinamerika entstanden, d.h. in den 1930er Jahren, die gleichen Vorstellungen, die die spanische Rechte vertrat. Doch es ist nie gesagt worden, dass die PAN unter dem Einfluss der spanischen Rechten oder der europäischen christdemokratischen Parteien gestanden hat. Sowohl die PAN also auch die lateinamerikanischen Christdemokraten standen unter dem Einfluss der sozial-christlichen Lehre und des Christlichen Humanismus, in erster Linie der Französischen Schule, als sich ihre Parteien bildeten. Hierin liegt ihre historische Ähnlichkeit. Außerdem war es die Strategie der Kirche, eine politische Klasse mit

gestehen, dass sie mit ihrer Strategie der Erziehung des Bürgers einen Fehler begangen hatten, denn die Partei erhielt bei den Wahlen keine guten Ergebnisse und weder bei der Regierung und noch bei der PRI waren Anzeichen von Schwäche zu erkennen. Die PAN stand allein, Loaeza spricht von einer „*Ghettopartei*". Sie verfügte über kein internationales Netz, das sie unterstützte. Dies alles war das genaue Gegenteil von dem, was die jungen *panistas* vertraten. Sie glaubten, dass die PAN sich gegenüber der neuen Realität in Mexiko öffnen müsse, dass die politischen Umstände über das politische Projekt der PAN hinausgewachsen seien und dass man ein neues Instrument brauche, um wirklich an die Macht zu gelangen. Daher verlangten sie die Gründung einer christdemokratischen Partei, die von einen internationalen Netz christdemokratischer Parteien unterstützt wurde.

Unter dem Vorsitz von José González Torres (1959-1962) konnten die jungen Christdemokraten ihre Macht nicht konsolidieren.[217] Bei den parteiinternen Wahlen um den Vorsitz in der Partei im Jahr 1962 unterstützte Gómez Morin Adolfo Christlieb Ibarrola als Vorsitzenden des Exekutivkomitees der AN, der sich schließlich bei den internen Wahlen durchsetzte. Christlieb übernahm eine geschwächte Partei, da die PAN bei den Wahlen 1961 einen Stimmenrückgang hatte hinnehmen müssen. Der Grund hierfür war in erster Linie, dass die Partei mit weniger Kandidaten angetreten war als bei den Wahlen 1957. Außerdem hatte die Partei die interne Debatte um die Frage der Chrisdemokratie nicht lösen können. Christlieb Ibarrola musste dieses Problem lösen und der Realität bezüglich der Struktur der PAN ins Auge sehen; durch sie hatte die Partei schlechte Wahlergebnisse erzielt, daher wurde ein Prozess der Modernisierung in der Partei in Gang gesetzt. Christlieb Ibarrola ging diese Aufgaben an. Während seines Vorsitzes (1962-1968) verlieh er der Partei eine neue innere Einheit auf der Grundlage der christlichen Werte, aber mit säkularem Charakter, eine Einheit die die vorübergehende Macht, die er innehatte, respektierte und die demokratischen Prinzipien beachtete. Doch er schloss auch die bedeutendsten Vertreter der Gruppe der jungen Christdemokraten aus der Partei aus.

Aus all dem lässt sich schließen, dass das Denken der damaligen PAN und der christdemokratischen Parteien Lateinamerikas ähnlich war – unabhängig von den Positionen der rechten oder linken Mitte, die die Parteien in jedem lokalen Kontext einnahmen. Dies gilt auch für ihre Verbindung zur katholischen Kirche. Doch die Führungsebene der PAN der liberal-konservativen Linie erkannte diese Ähnlichkeit nicht an und fand sich in ihr nicht wieder. Sie widerlegte diese Ähnlichkeiten, in erster Linie um das Scheitern der PAN bis zum damaligen Zeitpunkt nicht anerkennen zu müssen. Denn nach über 20 Jahren hatte die Partei nicht mehr als

---

sozial-christlichen Vorstellungen zu schaffen, die dem Vormarsch der sozialistischen Ideen entgegentreten könnte. Die konservativen Parteien waren in dieser Angelegenheit gescheitert.

[217] Obwohl die Gruppe der Christdemokraten den Parteivorsitz innehatte, verfügte sie nicht über Machtnetze innerhalb der Partei. Dies trat besonders deutlich bei der III. Außerordentlichen Versammlung am 21. März 1959 zu Tage, als die Gruppe der Christdemokraten mit ihrer These der Machtübernahme und der anschließenden Bekämpfung der schon immer in der PAN existierenden Probleme scheiterte. Bedeutende Vertreter dieser Gruppe war Hugo Gutiérrez Vega, Carlos Chavira Felipe Gómez Mont, Manuel Rodríguez Lapuente und Enrique Silva. Die traditionelle historische Linie setzte sich mit ihrer These durch, wonach man sich in der Arbeit weiterhin auf die langfristigen Ziele konzentrieren müsse. Zu dieser Gruppe gehörten Manuel Gómez Morin, Efraín González Luna, Adolfo Christlieb Ibarrola und Abel Vicencio Tobar.

10% der Wählerstimmen und kein bedeutendes Amt bei den Wahlen erreichen können. Hätten sie eingestanden, dass das Projekt gescheitert war und dass man auch beim Ziel der Erziehung der Bürger nicht erfolgreich gewesen war, hätten sie auch anerkennen müssen, dass das Instrument PAN in eine andere Phase übergehen musste. Dies bedeutete die Schaffung einer anderen Partei, sei es unter gleichem Namen oder durch die Schaffung einer christdemokratischen Partei. Gómez Morin nutzte all seine Macht, die ihm zur Verfügung stand, um dieser Idee der Christdemokratie ein Ende zu bereiten und zu erreichen, dass die Partei weiterhin ihren ursprünglichen Grundsätzen folgte.[218] Das Abenteuer der Christdemokratie führte dazu, dass der Vorsitzende der PAN, Adolfo Christlieb Ibarrola, die jungen Christdemokraten Alejandro Avilés, Manuel Rodríguez Lapuente, Hugo Gutiérrez Vega, Carlos Arriola und Horacio Guajardo aus der Partei ausschloss.

4.1.5 Die Krise der PAN und das Streben nach der Macht

Anfang der 1970er hatte die PAN die Marke von 10% überschritten und konsolidierte sich als zweitstärkste politische Kraft. Doch dies genügte einem Teil der Partei nicht. Er war der Ansicht, die Partei sei weder in bedeutenden Gemeinden noch in Gouverneursämtern vertreten, daher habe sie keine Möglichkeit, die oberste Macht im Land zu erreichen. Aufgrund dieser Situation traten sie für eine Kandidatur ein, um die Führung der PAN anzustreben und sich aus dieser Position heraus für einen wirkliche Ausrichtung auf die Macht einzusetzen. Zu dieser Schwäche der Partei kam hinzu, dass Gómez Morin, der Gründer der PAN, der die wichtigste Führungsperson der liberal-konservativen Linie gewesen war, 1972 gestorben war. Somit war diese politische Linie der PAN führungslos.[219]

1972 übernahm José Ángel Conchello den Parteivorsitz. Er wurde von Führungspersonen auf regionaler Ebene sowie einigen älteren Militärs unterstützt, die von der Strategie, mehr Macht für die PAN zu gewinnen, überzeugt waren. Unter dem Vorsitz von Conchello wurde versucht, die Vertreter der traditionellen politischen Linie zu verdrängen. Die Vertreter der liberal-konservativen Linie organisierten sich neu und traten Conchello und den regionalen Führern, die dieser repräsentierte, entgegen. Dies führte zu einem Konflikt der beiden Gruppen um die Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen. Die Gegner Conchellos traten mit zwei Kandidaten an, Salvador Rosas Megallón und David Alarcón Zaragoza, Conchello mit seinem Kandidaten Pablo Emilio Madero.[220] Mardero gewann die Wahl, erreichte aber nicht die durch die Statuten für die Ernennung zum Kandidaten der PAN vorgeschriebenen 80%. Daher beschloss das Nati-

[218] Der Vergleich der Grundlagen der Lehre der PAN von 1939 und der „*Proyección de los Principios de Doctrina, aprobados por la VIII Convención Nacional de mayo de 1965*“ ergibt, dass die Linie der politischen Erziehung des Bürgers weitergeführt wird.

[219] Bis zu seinem Tode übte Gómez Morin den größten Einfluss innerhalb der PAN aus, besonders auf die Kandidaten der Partei für das Amt des Präsidenten des Landes und für die Parteiführung. Dies belegt die Aussage von Manuel Gónzalez Hinojosa, dem Vorsitzenden der PAN (vgl. Loaeza 1999a: 299).

[220] Pablo Emilio Madero wurde außerdem stark unterstützt durch Unternehmer aus Monterrey (vgl. Rodríguez Araujo 1976: 136).

onale Exekutivkomitee (CEN), keinen Kandidaten bei den Wahlen 1976 antreten zu lassen.[221] Doch der Kampf zwischen Reformisten und Traditionalisten ging weiter. Conchello entfernte sich und zog sich für einige Zeit aus der Parteiführung zurück. Diese Situation nutzte die traditionelle Linie, die seit dem Tode von Gómez Morin unter der Führung von Efraín González Morfín stand. Morfín hatte Conchello geschlagen, als dieser sich zur Wiederwahl gestellt hatte.[222]

Ende der 1970er blickte die PAN auf eine 40 Jahre währende schwache Opposition zurück. Während dieser gesamten Zeit hatte mit wenigen Ausnahmen das Konzept der politischen Erziehung der Bürger die Oberhand gehabt. Aus dieser Position, in der der Bürger politisch erzogen worden war und seine politischen Rechte kennen gelernt hatte, sollte die PAN an die Macht gelangen. Beides wurde nicht erreicht, die Erziehung der Bürger war gescheitert, da die Zahl der Stimmenthaltungen bei Wahlen am Ende dieser Phase noch immer hoch war. Außerdem zeigte diese niedrige Wahlbeteiligung, dass die PAN keine Alternative darstellte. Die Bürger wählten lieber gar nicht als die PAN zu wählen. Dies bedeutete, dass die Botschaft der PAN durch die Bürger nicht optimal aufgenommen wurde. Eine Partei, zu deren wichtigsten Zielen es zählte, nicht die Macht anzustreben, war für die Bürger uninteressant.[223]

4.1.6 Das Streben nach Macht: der *neopanismo*

Diejenigen, die den Vorsitz von Conchello unterstützt hatten, waren nach seinem gescheiterten Versuch, die PAN zu steuern, geschwächt. Doch die PAN hatte immer noch keine Fortschritte gemacht und nutzte die Schwächen, die beim Einparteienregime sichtbar wurden, nicht. Im Rahmen der Diskussion um die traditionelle ursprüngliche Linie der Partei entstand 1978 die Linie, die später als „*neopanismo*“ bezeichnet wurde. Die Unterschiede zwischen Conchello und Gónzalez Morfín lagen hauptsächlich in der Strategie – im Hinblick auf den Einfluss, den jede Gruppe auf die Partei hatte. Gónzalez Morfín befürwortete eine Partei, die geschlossen, aber doktrinär sein sollte, in der im Sinne von Gómez Morin und auf der Grundlage der Postulate des Zweiten Vatikanischen Konzils eine intensive interne Diskussion stattfinden sollte. Conchello trat für eine offene Partei ein, griff den sozial-christlichen Inhalt der Kirche auf und setzt sich für wirtschaftlich-soziale Reformen ein, ganz im Sinne der Christdemokratie. Was sie

[221] Diese Entscheidung war für die Geschichte der PAN von größter Bedeutung, da der Entschluss des CEN, keinen Kandidaten antreten zu lassen, zu einem Scheitern hätte führen können. Es war nämlich das erste Mal seit 1952, dass die PAN mit keinem Kandidaten antrat. So schmälerte sie ihre Wahlaussichten für diese Wahl und auch für die Zukunft. Dies geschah ganz nach der Linie der ältesten Führer und der ursprünglichen Lehre der Partei, wonach die Partei nicht den Wahlen als Variable der Repräsentation den Vorzug geben sollte. Doch dass die PAN einen bedeutenden Teil der Wähler ohne Kandidaten ließ, war ein Widerspruch in sich, zumal die Wahlbeteiligung bei den Wahlen 1976 niedrig war. 1964 hatte die Wahlbeteiligung nur 67% der Wahlberechtigten betragen, 1973 wählten nur 60,5% der ins Wahlregister Eingetragenen. Hierbei ist die Zahl von ungültigen Stimmen und leer abgegebenen Stimmzetteln nicht eingerechnet, ebenso nicht diejenigen, die nicht ins Wahlregister eingetragen waren (vgl. Rodríguez Araujo 1976: 137).

[222] González Morfín war für kurze Zeit 1975 Vorsitzender, danach übernahmen Raúl González Schmal und schließlich Manuel González Hinojosa das Amt.

[223] Bis Ende der 1970er wurde immer wieder die Frage diskutiert, ob man an den Wahlen teilnehmen sollte oder nicht. In dieser Streitfrage standen sich die Befürworter und Gegner einer Teilnahme gegenüber (vgl. Loaeza 1999a: 298; Calderón 1970: 113).

grundsätzlich unterschied, war ihr Stil der Politik. Während Gónzalez Morfín das Erbe von Gómez Morin aufgriff, wonach die Partei gegenüber neuen Formen der Politik verschlossen bleiben sollte, und auch das sozial-christliche Erbe von Gónzalez Luna einfloss, setzte sich Conchello für eine PAN ein, die sich für den sozialen Wandel engagierte und einen bedeutenden Teil der Wähler in einem Bündnis mit Arbeitern, der Mittelschicht und auch Unternehmergruppen repräsentierte. Conchello beabsichtigte, Proteststimmen gegen die PRI zu erreichen.

Obwohl Efraín González Morfín vom Vorsitz zurückgetreten war, übte er einen direkten Einfluss auf den neuen Vorsitzenden Manuel González Hinojosa aus.[224] Während seines Parteivorsitzes (1976–1978) war dieser nicht in der Lage, die PAN zu einen. In der Partei spielte die von Präsident José López Portillo (1976-1982) geplante Reform des Wahlrechts eine große Rolle. Die älteren *panistas* weigerten sich, diese Reform mitzutragen. Doch González Hinojosa konnte die Ansicht dieser Gruppe (der liberal-konservativen) nicht durchsetzen, da 1978 Abel Vicencio Tovar zum Vorsitzenden der Partei (1978-1984) gewählt wurde, der zur Gruppe der Reformer gehörte. Nachdem er vom Parteitag gewählt worden war, erreichte er, dass auch die von der Regierung (1977) geplanten Reformen des Wahlsystems unterstützt wurden. Der neue Vorsitzende war sich jedoch bewusst, dass seine Position im direkten Gegensatz zur von Efraín González Morfín geführten Gruppe stand. Anfang April 1978 erklärten Efraín González Morfín, Raúl González Schmall und andere bedeutende Mitglieder bei der CEN ihren Rücktritt. Später traten auch andere bedeutende Vertreter wie Mauricio Gómez Morín aus.[225]

Tabelle 16: Statistik der Abgeordneten der PAN 1964-1979

	1964	1967	1970	1973	1976	1979
Gesamtanzahl der Wahlkreise	178	178	178	194	194	194
Gesamtanzahl der Kandidaten der PAN	174	176	171	173	129	194
Gesamtanzahl der gewählten Kandidaten	20	20	20	25	20	43
Gewählte Parteikandidaten	18	19	20	21	20	39
Durch Mehrheit gewählte Kandidaten	2	1	0	4	0	4
Stimmen für die PAN (in Millionen, ca.)	1,042	1,223	1,893	2,207	1,358	1,5
Stimmen in Prozent	11,5	12,3	14,2	16,3	9,0o	11,5
Prozent der gewählten Abgeordneten	11,2	11,2	11,2	12,9	10,3	22,3

Quelle: Loaeza 1999b: 327; Nohlen/ Fernández 1993: 558ff.

In den 1980er Jahren hatte die PAN ihre internen Probleme allgemein gelöst. Die Partei hatte bei den Wahlen langsam bessere Ergebnisse erzielen können. Doch sie hatte weiterhin keine bedeutenden Ämter besetzen können, obwohl in Lateinamerika der Prozess der Demokratisierung und Redemokratisierung bereits vor einigen Jahren begonnen hatte und in der gesamten Region klar voranschreiten konnte. In Mexiko zeigte sich diese demokratische Realität noch

[224] Conchello und Madero wurden bestraft, weil sie sich angeblich von der politisch-wirtschaftlichen Ausrichtung der Partei entfernt hatten. Ihnen wurde sogar vorgeworfen, sie verträten Positionen der extremen Rechten und Faschisten.

[225] Nachdem Gónzalez Morfín ausgetreten war, sah die Zukunft der PAN nicht vielversprechend aus, zumal die Tatsache, dass die Partei die neuen Gesetze zu den Wahlen und Parteien unterstütz hatte, dazu geführt hatte, dass die PAN eine Wahlniederlage erlitt. Entgegen der Vorahnung des ehemaligen Führers der *panistas* erhielt die Partei bei den Parlamentswahlen 1979 mehr Wählerstimmen. 9 Parteien hatten an der Wahl teilgenommen, die PAN hatte 11,3% bei den Abgeordneten durch Mehrheit erreicht und 11,8% bei den Parteiabgeordneten bzw. nach Verhältniswahlrecht Gewählten (vgl. Nohlen/Fernandez:1993: 563).

nicht, und auch die PRI wurde davon nicht beeinträchtigt; Grund dafür war in erster Linie, dass die Partei von den Unternehmern unterstützt wurde und außerdem bei den mittleren und unteren Schichten der Gesellschaft populär war. Andererseits stellte die PRI für die USA kein politisches Problem dar, sie verfügte über eine politische Bürokratie, die die Machtnetze in fast allen vom Staat abhängigen Institutionen dominierte. Ihr wichtigster politischer Gegner übte keinen Reformdruck zur Demokratisierung des politischen Systems Mexikos auf sie aus (vgl. Covarrubias 2001; Schmidt et al. 1998).

Für den *neopanismo* trugen verschiedene Variablen dazu bei, dass er seine Macht in der PAN festigen konnte und ausgehend von dieser Position den Weg zur Übernahme der Macht in den politischen Institutionen des Staates beschreiten konnte.[226] Zu diesen Variablen zählt in erster Linie die Wirtschaftskrise Mexikos und auch Lateinamerikas Ende der 1970er bis Mitte der 1980er Jahre. Aufgrund dieser Krise ergriff die Regierungspartei PRI Anfang der 1980er Maßnahmen gegen die Unternehmer. Dadurch orientierten sich verschiedene kleine und mittlere Unternehmer in Richtung PAN.

Eine weitere Variable für die Entstehung des *neopanismo* waren die Umstände im politischen System Mexikos. Es war eine Generation Intellektueller, kleiner und mittlerer Unternehmer, die keine direkte Beziehung zu den Gründervätern hatte und sie nicht vertrat. Diese neuen *panistas* strebten nach der Macht. Die dritte Variable waren die Umstände in der mexikanischen Gesellschaft. Auch die Entwicklungen in Lateinamerika und weltweit hatten Einfluss darauf, so z.B. das Ende des Kalten Krieges, die dritte Demokratisierungswelle und die uneingeschränkte Anerkennung des Marktes als Wirtschaftsystem. Diese neuen *panistas* waren neoliberal in Wirtschaftsfragen, konservativ in den Moralvorstellungen und liberal im Demokratieverständnis (vgl. Kap. 4). Hinzu kam die Tatsache, dass die PRI stark beansprucht war und sich an der Macht festgesetzt hatte. Dies alles ist kein Zufall, und so unterstützten die Reformen des Wahlsystems ab 1977 diesen Prozess der Entwicklung hin zur vollen Demokratie. Weiterhin kam hinzu, dass die mexikanischen Banken (1982) verstaatlicht wurden, es innerhalb der Regierungspartei zu Skandalen kam und sich eine bedeutende Führungsgruppe in der zweiten Hälfte der 1980er von der PRI abspaltete und es bei den Wahlen von Salinas de Gortari zu einem Wahlskandal kam.

Diejenigen, die innerhalb der PAN darauf abzielten, die Macht sowohl innerhalb wie außerhalb der Partei zu übernehmen, begannen sich wieder unter dem Namen *neopanismo* zu gruppieren. Sie stützten sich auf regionale Führungspersonen, an deren Spitze Manuel J. Clouthier stand. Zwischen 1982 und 1988 entwickelte und konsolidierte sich der *neopanismo* und gewann entsprechend der von den *neopanistas* verfolgten Strategie an Wählerstimmen. Bei den Parlamentswahlen 1982, 1985 und 1988 sicherte sich die PAN zwischen 16% und 18% der Stimmen

[226] Andererseits waren die Unternehmer, die in die PAN eintraten, an die katholischen Bewegungen gebunden, in einigen Fällen sogar an sehr konservative kirchliche Gruppen wie Opus Dei (vgl. Kapitel 4; Schmidt et al. 1998).

(vgl. Nohlen/Fernández 1993: 563f.), die Zunahme an Stimmen kam hauptsächlich zustande durch die Regionen, die wirtschaftlich am bedeutendsten waren; im Gegensatz dazu verlor die PAN im *Distrito Federal* Stimmen an die PRI und später an die PRD. 1982 erhielt Pablo Emilio Madero 16,4%, dies entsprach über 3,7 Millionen Stimmen für die PAN.

Wenngleich der *neopanismo* vom Beitritt kleiner und mittlerer Unternehmer profitierte, darf auch die Bedeutung der jungen christlichen Akademiker, die sich in die Politik einbrachten und eingriffen, nicht unterschätzt werden, da die Kirche begann, eine Rolle in diesem Prozess zu spielen und direkt zur politischen Partizipation aufforderte (Loaeza 1999: 330f.). So darf man nicht vergessen, dass die mexikanische Kirche in den wichtigsten Bereichen eine Gegenposition zur PRI einnahm. Diese Institution stand grundlegend unter dem Einfluss der konservativen Sektoren (vgl. Vásquez 1989: 275ff./ Carton de Grammont 1989: 259ff.). Das veränderte Wahlverhalten der Massen kann einem sozialen Mobilisierungseffekt zugeschrieben werden, der nicht von der PAN geplant war und der sich durch eine Veränderung der alten Verhaltensmuster in einer nun offeneren Gesellschaft äußerte (vgl. Deutsch 1961: 493ff.).

Parteiintern hatte der *neopanismo* in den 1980ern und im Großteil der 1990er die Führung der Partei auf Landesebene inne. Die Ziele waren klar definiert und auf Erfolg bei den Wahlen ausgerichtet. Nachdem der *neopanismo* sein Ziel erreicht hatte und die oberste Priorität der PAN das Streben nach Macht durch Wahlen geworden war, begann seine Öffnung. Innerhalb der PAN entstanden verschiedene Gruppen, die sich in Abhängigkeit von der politischen Lage und den regionalen Führerschaften entwickelten. In den späten 1990er Jahren können folgende Gruppen ausgemacht werden: die doktrinäre Gruppe, die die alte panistische Tradition übernommen hatte und an deren Spitze José González Torres, Abel Vicencio Tovar und Jorge Ortiz Gallegos standen; die *reformistas* der 1970er hatten auch Anfang der 1990er noch einen gewissen Einfluss, zu ihnen gehörten José Angel Conchello, Pablo Emilio Madero und Bernardo Bátiz. In Bezug auf die alten Werte der *panistas* war eine bedeutende Gruppe in dieser Zeit die „*foristas*", die aus der Gruppe der älteren Mitglieder und ihrer ursprünglichen Lehre und einigen *reformistas* aus den 1970ern entstanden war. Die wichtigsten Vertreter dieser Gruppe waren Luis H. Álvarez, Carlos Castillo Peraza und Diego Fernández Cevallos.[227] Die *neopanistas* behielten ihren Namen bei, wurden abwertend aber auch „*los bárbaros del norte*" genannt, da es sich bei dieser Gruppe, die Mitte der 1980er der PAN beitrat, um mittlere Unternehmer handelte, die aus dem Norden des Landes kamen. Zu ihnen zählten Vicente Fox, Alfredo Ling, Rodolfo Elizondo und Humberto Rice.

[227] 1990 fand eine Annäherung der Positionen der *reformistas* der 1970er und der historischen doktrinären Gruppe statt, daraus entstand das *Foro Doctrinario Democrático de Acción Nacional* (FDDAN), 1992 grenzten sich einige wichtige Mitglieder FDDAN der von der PAN ab.

4.2 Die Transition der PAN zur Macht: Der Aufbau der neuen PAN

Ab dem Zeitpunkt, zu dem die PAN in den 1980er Jahren durch Gouverneursämter die ersten bedeutenderen Machtpositionen erreichte, war diese Macht eine Variable, die intern in der Partei wichtiger war als je zuvor. Von diesem Moment an traten die internen Gruppen deutlicher hervor. Je stärker die PAN in die Nähe der Macht rückte, desto klarer wurden die internen Strömungen, desto mehr wurden sie innerhalb der Partei als eine Normalität in einer modernen Partei wie der PAN angesehen. Die Mehrheit der Führungsspitze der PAN gehörte nicht der Generation der Gründerväter an. Es war eine neue PAN, fast eine neue Partei, die ab den 1980ern entstand. Die Partei war in Bezug auf die Macht selbstbewusst geworden, entschied sich direkt für den Kampf um die Macht. Sie gründete sich auf eine 40 Jahre alte Parteientradition, im Rahmen derer es zwei Doktrinen als Grundlage gegeben hatte: auf der einen Seite die liberal-demokratische Linie, auf der anderen die sozial-christliche. In ideologischer Hinsicht verzichtete die PAN somit nicht auf den Inhalt ihrer Lehre. Die neuen *panistas* der 1980er schufen eine neue Partei, die sich von derjenigen der vorhergehenden Jahrzehnte unterschied, da sie nun direkt und selbstbewusst nach der Macht strebte. Diese neue Partei griff also die Doktrin der PAN auf, nicht aber das Konzept, nur Instrument zur Erziehung der Bürger zu sein. Die neue PAN verfolgte ihr Machtstreben durch Wahlen; dies bedeutete nicht mehr nur, das autoritäre System unter der PRI zu legitimieren, wie die PAN es seit ihrer Gründung getan hatte, sondern auch, für eine wahrhafte Demokratie zu kämpfen, in der die PAN eine wirkliche Chance hatte, den Teil der Macht für sich in Anspruch zu nehmen, der ihr entsprechend der Wahlergebnisse zustand.

In den 1990er Jahren formierte sich die PAN intern neu und modernisierte sowohl ihre Struktur als auch ihre Programmatik, um so einerseits die Stimmen der Unzufrieden auf sich zu vereinen, andererseits um sich ideologisch klar christdemokratisch in Richtung der Rechten zu positionieren wie es bei der PDC in Venezuela und Costa Rica der Fall war. Letzteres wurde durch den Beitritt der PAN zur ODCA 1988 und den darauf erfolgenden Beitritt zur IDC-CDI bestätigt.[228] Die PAN machte sich die Unzufriedenheit zunutze, die einerseits bei den kleinen und mittleren Unternehmern nach der Verstaatlichung der Banken 1982 herrschte, die andererseits in den 1990ern auch allgemein in der Bevölkerung bestand (Peschard, 1991: 147). Des Weiteren konsolidierte sich in den 1990ern in Lateinamerika bereits die weltweite Tendenz zur Demokratisierung. Dennoch war der Wendepunkt für die PAN und für die mexikanische Demokratisierung die Wahlreform des Jahres 1996, bei der die PRI die PAN dazu einlud, den

[228] Seit 1987 hatte die PAN einen Beobachterstatus in der politischen Internationalen innegehabt. Sie war sogar Gastgeber eines Treffens der ODCA in Mexiko-Stadt 1993, später wurde sie zu einem der Hauptakteure der Internationalen. Im November 2001 war die PAN Gastgeber des Treffens der Führungsspitze der IDC-CDI, im Rahmen dessen der spanische Ministerpräsident José Maria Aznar zum neuen Vorsitzenden gewählt wurde. Luis Felipe Bravo Mena wurde stellvertretender Vorsitzender. In der ODCA hatte ein Vertreter der PAN eines der Ämter des stellvertretenden Vorsitzenden inne. Heute steht die ODCA unter der gemeinsamen Führung der PAN und der chilenischen DC. Die PAN ist eine der wichtigsten christdemokratischen Parteien Lateinamerikas geworden. Der *panista* Felipe Calderón Hinojosa ist Vizepräsident der ODCA, die Führung hat Gutenberg Martínez von der chilenischen DC inne.

Weg in Richtung der Demokratie gemeinsam zu gehen.

In den 1990er Jahren konsolidierte sich die PAN bei den Wahlen. Bei den Regionalwahlen gewann sie Stimmen hinzu und übernahm im Jahr 2000 das Amt des Präsidenten. Chihuahua, Jalisco, Baja California, Guanajuato, Querétaro und Nuevo León waren in den 1990ern die Hochburgen der PAN bei den Wahlen. Durch die Modernisierung der Partei, die in den 1980ern unter den *neopanistas* begonnen hatte, wurde die PAN zunehmend erfolgreicher, bis schließlich Vicente Fox das Amt des Präsidenten übernahm. Diese Erfolge waren weder zufällig, noch kamen sie überraschend. Sie waren Teil der strategischen und politischen Entscheidungen des *neopanismo* in den 1980er Jahren. Hinzu kamen externe Variablen, die diesen Prozess unterstützten. Dies war zum Beispiel die Konsenspolitik, die in der mexikanischen Gesellschaft in den sechs Jahren der Präsidentschaft von Zedillo entstand und die die politischen Wahlreformen 1996 ermöglichte. Diese läuteten den Beginn der Transition zur Demokratie in Mexiko ein und bewiesen bei Parlaments-, Bundes- und Präsidentschaftswahlen die Wirksamkeit ihres Entwurfs.

Tabelle 17: **Gouverneursämter der PAN seit 1989**

Staat	Gouverneur	Zeitraum
Baja California*	Ernesto Ruffo Appel	1989-1995
Guanajuato	Carlos Medina Plascencia	1991-1995
Chihuahua*	Francisco Barrio Terrazas	1992-1998
Jalisco	Alberto Cárdenas Jiménez	1994-2000
Baja California*	Héctor Terán Terán	1995-2001
Guanajuato	Vicente Fox Quesada	1995-2000
Querétaro	Ignacio Loyola Vera	1997-2003
Nuevo León*	Fernando Canales Clariond	1997-2003
Aguas Calientes	Felipe González González	1998-2004
Baja California Norte*	Eugenio Elorduy Walther	2001-2007
Guanajuato	Juan Carlos Romero Hicks	2000-2006
Jalisco	Francisco Javier Ramírez Acuña	2001-2007
Morelos	Sergio Estrada Carrijal Ramírez	2000-2006
Nuevo León*	Fernando Canales Clariond	1997-2003
Querétaro	Ignacio Loyola Vera	1997-2003
Yucatán	Patricio Patrón Laviada	2001-2007

Quelle: IFE /Außerdem regiert sie in Chiapas in Koalition mit der PRD, PT, PVEM 2000-2006; in Nayarit in Koalition mit der PRD 1995-2005/ *= Staaten im Norden des Landes

4.2.1 Die Unternehmer und die PAN

Die politische Elite Mexikos war ein Schlüsselfaktor im Prozess der wirtschaftlichen Strukturreformen des Landes, die Anfang der 1980er beginnen und sich in den 1990er Jahren konsolidieren. Dies bedeutete laut Definition von von Beyme: „Elite erscheint als der weiteste Begriff, da er auch wirtschaftliche, kulturelle und Medieneliten umfassen kann. Die Spezifikation «politische Elite» ist andererseits enger als Begriff der politischen Klasse. Zu dieser gehören alle Politiker, soweit sie an der Privilegienstruktur teilhaben“ (1995: 30). Die Definition von Beymes ist absolut treffend und entspricht vollkommen der Entwicklung in der mexikanischen Gesell-

schaft.[229] Die politischen Reformen, die 1977 in Gang gesetzt wurden und 1996 ihren Höhepunkt fanden, standen in direktem Zusammenhang mit den Wirtschaftsreformen. Beide Reformen wurden auf Initiative der politischen Elite Mexikos in Gang gebracht. Nach der Privatisierung der Banken 1982 übte die Unternehmerelite Druck aus und verfolgte verstärkt eine Wirtschaftsreform zur Liberalisierung der Wirtschaft mit neuen Regeln der Politik, die weniger willkürlich und autoritär sein sollten. Aus diesem Grunde engagierte sich diese Elite im Prozess der politischen Öffnung und des Übergangs zur Demokratie. Teilweise geschah diese Partizipation direkt, wie es sich bei einigen Kandidaten und Gouverneuren der PAN zeigte. Im Parlament waren ab Mitte der 1980er Jahre immer mehr kleine und mittlere Unternehmer vertreten, die nicht nur aus den Reihen der PAN stammten. Die intellektuelle Elite des Landes hingegen war ein Schlüsselfaktor im Prozess der politischen Reformen, besonders beim Aufbau des demokratischen Systems in Mexiko. Innerhalb der politischen Elite war die politische Meinungsbildung Auftrag der Massenmedien. Diese vermehrten sich im beschriebenen Zeitraum und öffneten sich hinsichtlich der politisch-kulturellen Inhalte zunehmend.[230]

Nach der Verstaatlichung der Banken 1982 und dem dadurch erfolgten stillschweigenden Bruch des Bündnisses zwischen Unternehmern und der PRI entstand ein neuer Typ Unternehmer, bei dem verschiedene Gruppen unterschieden werden konnten, je nach dem, ob und inwieweit sie in Opposition zur Regierung standen oder diese unterstützten:

(a) Die Gruppe der Protektionisten: Sie bestand in erster Linie aus Vertretern der kleinen und mittleren Unternehmen, die traditionell auf den Binnenmarkt ausgerichtet waren. Daher hatte die Krise Anfang der 1980er negative Auswirkungen auf sie, denn sie hatten keinen Zugang zu anderen Märkten. Diese Gruppe forderte von der PRI Unterstützung in Form von Subventionen und günstigen Krediten durch die Regierung. Politisch unterstützten sie weiterhin die PRI. Obwohl diese Gruppe zahlenmäßig sehr groß war, hatte sie wenig politisches Gewicht.

(b) Die Gruppe der Technokraten: Sie verfolgte hauptsächlich die Schaffung eines neuen Rahmens der politisch-administrativen Beziehungen, in dem die Kriterien Effizienz und Produktivität und nicht politische Kriterien maßgeblich sein sollten. Sie drängte auf die Schaffung von bilateralen Beziehungen zwischen der Regierung und den Unternehmern. In den 1980er und 1990er Jahren spielte sie eine bedeutende Rolle bei der Entwicklung der Wirtschaftspolitik. Ihre Gründung geht im Grunde bis auf das Jahr 1975 zurück, als der *Consejo Coordinador Empresarial* (CCE) gegründet wurde.[231] Nach 1982 distanzierten sie sich von der PRI, doch während der Regierung von De la Madrid und Salinas de Gortari traten sie wieder in Verbindung mit der PRI und den von ihnen geführten Regierungen.

(c) Die Gruppe der frontalen Opposition: Sie bestand aus mittleren Unternehmern, die sich

[229] Zu einer theoretischen Behandlung des mexikanischen Unternehmertums vgl. Puga (1989: 53ff.).

[230] Zwischen 1982 und 1995 stieg die Zahl der Fernsehkanäle in Mexiko von 148 auf 490, die Zahl der Radiostationen erhöhte sich zwischen 1988 und 1994 von 881 auf 1155. 1976 betrug die durchschnittliche Zeit des Schulbesuchs 4 Jahre, 1999 8 Jahre (vgl. Loaeza 2000a: 312f.).

nach der Verstaatlichung der Banken in vollkommene Opposition zum Regime begaben. Langsam begannen sie, sich in der Politik zu engagieren und näherten sich der PAN an. Sie waren stark gegen den Etatismus und waren hauptsächlich im Norden des Landes ansässig. Sie fanden sich in der *Confederación Patronal de la República Mexicana* (COPARMEX) und der *Confederación de Cámaras Nacionales de Comercio, Servicio y Turismo* (CONCANACO) zusammen. Was sie von den anderen unterschied, war ihr größerer Wille, Macht zu erreichen, der nationale Charakter ihres Projekts und die Öffentlichkeit ihres Handelns, das darauf ausgerichtet war, ihren Einfluss in den neuen politischen Räumen zu legitimieren. Der politische Raum, in den diese Unternehmer vordrangen, war die PAN. Während der 1980er und in den darauf folgenden Jahren gehörten zu den Unternehmern, die politische Bedeutung erreichten: Adalverto Rosas, ehemaliger Vorsitzender der COPARMEX in Obregón, später Kandidat für das Amt des Gouverneurs von Sonora; Fernando Canales Clarion, ehemaliger Vorsitzender der CONCANACO, später Kandidat für das Amt des Gouverneurs von Nuevo León; Francisco Barrio Terrazas, ehemaliger Vorsitzender der COPARMEX in Juárez, später Kandidat für das Amt des Gouverneurs von Chihuahua; Manuel J. Clouthier, ehemaliger Vorsitzender der COPARMEX und des CCE, später Kandidat für das Amt des Gouverneurs von Sinaloa und für das Amt des mexikanischen Präsidenten für die PAN; Vicente Fox, bedeutende Führungsperson der COPARMEX und Kandidat für das Amt des Gouverneurs von Guanajuato und später für das Amt des mexikanischen Präsidenten. Diese Gruppe von Unternehmern definiert sich selbst als wirtschaftlich-liberal (vgl. COPARMEX-CONACO-SERVYTUR (1988: 5f.).[232]

Nur eine Tatsache kann bezeichnend erscheinen: die Haltung der Unternehmer gegenüber der Wahl von Salinas de Gortari. Die Reaktion der in der COPARMEX und CONCANACO organisierten Unternehmer gegenüber dem Kandidaten der PRI war sehr vehement, denn in ihren Augen stand Salinas de Gortari für die Ideologie des Etatismus. Daher neigten viele der Unternehmer dazu, die PAN zu wählen und zu unterstützen (vgl. Muñoz 1989: 28ff.; Reveles 1989e: 58ff.).[233] Der ab der Regierung von De la Madrid, Salinas und Zedillo eintretende politische und wirtschaftliche Wandel wurde durch die Strukturreformen verstärkt, im Rahmen derer eine aufstrebende und erfolgreiche Elite von kleinen und mittleren Unternehmern entstand, die politisch auf einem wirtschaftlichen und politischen Liberalismus beruhte, zuerst in den Staaten im Norden des Landes. Diese Staaten begannen sich von denen im Süden zu unterscheiden. Durch die wirtschaftlichen Veränderungen wurden die lokalen Eliten gegenüber dem Zentrum

[231] Die CCE bestand aus sieben großen und wichtigen Gruppierungen, die 650.000 Unternehmer zählten.

[232] Vgl. Luna/Millán/Tirado 1985; Luna 1987; Luna/ Tirado 1987; Jacobo/Luna/Tirado 1989.

[233] Vgl. z.B. das von COPARMEX und CONACO-SERVYTUR veröffentlichte Dokument aufgrund der Nominierung von Salinas de Gortari zum Präsidentschaftskandidaten der PRI. Laut einer öffentlichen Umfrage 1988 der Zeitschrift *Expansión* gaben von den 220 Unternehmern, die Angaben gemacht hatten, 8,55% an, sie würden die PRI wählen, 33% die PAN und 2,8% das Bündnis der Linken. 50% lehnten die PRI ab, machten aber keine Angaben dazu, wen sie wählten. Es kann jedoch angenommen werden, dass die Mehrheit sich für die PAN entschied (1988: 8). Bestätigt wird dies dadurch, dass die Unternehmer ab 1988 begannen, klar zu äußern, wen sie wählten. Sie übernahmen Ämter als Vertreter des Volkes, in ihrer Wahl war gleichzeitig eine klare Ausrichtung erkennbar. Man vergleiche hierzu beispielsweise die interessante (wenngleich nicht schlüssige) Untersuchung von Valdés 1989, eine der ersten Studien zu diesem Thema in Mexiko.

des Landes, d.h. der Hauptstadt, gestärkt. Diese wirtschaftlichen Eliten begannen, sich mit der PAN zu identifizieren, und dies gerade in der Zeit, als die PAN im *Distrito Federal* zugunsten der PRD Stimmen verlor. Die erfolgreiche Elite der landwirtschaftlichen Exporte im Norden des Landes identifizierte sich mit der PAN und stärkte sich politisch gegenseitig, während das Land ab Mitte der 1980er Jahre eine Öffnung und einen explosionsartigen Anstieg der Massenmedien erlebte (vgl. Alvarado/González 1992).[234] Die vorstehende Tabelle zeigt, dass die PAN in den Gouverneursämtern im Norden des Landes zunehmend ihre Macht verstärken konnte.

Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen, die Mexiko Ende des 20. Jahrhunderts erlebte, ließen eine politische Elite entstehen, die mit der Elite der kleinen und mittleren Unternehmer in Verbindung stand. Weiterhin entstand eine neue Dynamik in der kulturellen Elite. Hierbei war die Bedeutung, die die Massenmedien erreicht hatten, und die Möglichkeit, dass diese von der politischen Elite durchdrungen wurden, ein wichtiger Faktor (Bizberg 1999). Diese neu entstandene wirtschaftliche Elite verband sich mit der PAN und bildete innerhalb dieser Partei eine interne Gruppe. Der *neopanismo* hat im Laufe der 1980er Jahre Positionen innerhalb der Partei errungen und seine innere und äußere politische Macht während der 1990er Jahre konsolidiert. Da er bis zum Ende der 1990er innerhalb der Partei ohne Gegengewicht war, konnte er seine politisch-wirtschaftliche Linie festigen. Dies bedeutete, der Regierung der PRI bei den wirtschaftlichen Reformen, die die Wirtschaft liberalisierten, zuzustimmen, genauso wie beim politischen Reformprozess, der letztendlich zur Demokratisierung Mexikos führte. In diesem Prozess wurde ein wichtiges Mitglied der Gruppe der *neopanistas*, der Leiter der Organisationen COPARMEX und CONANACO und Gouverneur gewesen war, mexikanischer Präsident. Der Weg, den diese Gruppe von Unternehmern aus dem Norden seit den 1980er Jahren beschritten hatte, wurde deshalb erfolgreich, weil ihr Einsatz für die politische und wirtschaftliche Macht Ergebnisse brachte. In diesem Sinne war die PAN ein Instrument, das die Unternehmer für diesen Einsatz benutzten.

4.2.2 1982: Der Beginn des Wandels

Die Verstaatlichung der Banken durch die Regierung von José López Portillo (1976-1982) am Ende seiner Amtszeit setzte der etwa 100-jährigen Geschichte der Privatbanken in Mexiko ein Ende. Aus politischer Sicht wurde damit auch die seit 1929 bestehende Übereinkunft zwischen der PRI und der Unternehmerklasse gebrochen. Zwischen Februar und August 1982 erzielten die Banken durch Spekulationen mit dem Dollar und der mexikanischen Währung sehr hohe Gewinne.[235]

---

[234] Interessant ist hierbei zu bemerken, dass einige Staaten im Norden zwischen 1985 und 1990 ein starkes Bevölkerungswachstum erlebten, demgegenüber stand ein Bevölkerungsrückgang im *Distrito Federal*, beides war bedingt durch Migrations- und Emigrationsprozesse.

[235] Als Alvaro Obregón das Präsidentenamt übernahm (1920-1924), schuf er ein stabiles Bündnis zwischen dem Staat und den Bankiers, das 58 Jahre Bestand hatte, ohne Schwierigkeiten verlief und gegenseitige Unterstützung bedeutete. 1921 wurden die Banken wieder ihren Eigentümern übergeben, 1924 wurde das erste Bankenabkommen unterzeichnet.

Daraus ergaben sich eine Reihe politischer Entwicklungen, die, wie José Woldenberg bereits vorwegnahm, letztendlich einen Fortschritt auf dem Weg zur Demokratie bedeuten würden (1983: 71f.). Diese Veränderungen der Regeln und der Umstände im Bereich der Wirtschaft führte zu einer Neugruppierung der wirtschaftlichen Elite, nicht nur im Bankensektor. Es wurden neue politische Bündnisse angestrebt, um in der Zukunft sicher sein zu können, dass keine solch radikalen Maßnahmen ergriffen würden, die direkte Auswirkungen auf das Wirtschaftsvermögen haben würden. Bis Anfang der 1980er Jahren hatten die Unternehmer im Allgemeinen das politische System nicht in Frage gestellt und das Regierungssystem umso weniger, denn ihre wirtschaftlichen Interessen waren nicht berührt worden. Daher setzten sie sich nie für eine demokratische Öffnung ein. Ihre politische Verbundenheit, wenn es diese gab, galt in der Mehrheit der PRI. Doch mit der Verstaatlichung der Banken änderte sich die Einstellung der Unternehmer. Ab Mitte der 1980er machte sich dies politisch bemerkbar (vgl. Tello 1982: 151ff.; Ruiz 1984).

Der Konflikt durch die Verstaatlichung der Banken entfesselte eine Repräsentationskrise des Unternehmertums. Auch wenn neue Bedingungen herrschten, da die Banken schrittweise an die ursprünglichen Eigentümer zurückgeben wurden, und eine neue Wirtschaftspolitik verfolgt wurde, die auf eine Liberalisierung der Wirtschaft abzielte, hatte das allgemeine Misstrauen, das unter den Unternehmern entstanden war, große Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Regierung und Unternehmern. Dies führte dazu, dass diese Unternehmer selbst in die Rolle politischer Akteure schlüpften und neue Formen der Politik entwickelten, die darauf ausgerichtet waren, ihre effektive Partizipation an den wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen zu sichern (Jacobo/Luna/ Tirado 1989: 4).[236]

Als Miguel de la Madrid Ende 1982 dieser Situation gegenüberstand, die Unternehmer Druck in der PRI ausübten und einige von ihnen zur PAN gewechselt waren und außerdem internationaler Druck ausgeübt wurde durch die Politiker, die mit der mexikanischen Regierung über die Auslandsschulden verhandelten, begann der neue Präsident langsam mit dem Prozess der Privatisierungen und der Rückgabe der Banken an die ursprünglichen Eigentümer. Im Gegensatz zur Wirtschaftspolitik von López Portillo begann und konsolidierte sich mit De la Mad-

---

Daraus gingen die Bankengesetze, die *Banco de México S.A.* und die Abkommen zur Schaffung einer Kreditstruktur hervor, die dem Wachstumsbedürfnis des Landes angepasster war. Die *Banco de México S.A.* wurde zum Ausdruck und Inbegriff dieses Bündnisses. In ihrem Aufsichtsrat entschieden Bankiers und der Staat gemeinsam über den wirtschaftlichen Kurs der Geldpolitik des Landes. Das neue Bankensystem bestand aus zwei Bereichen: den Privatbanken und den staatlichen Banken. Es kam zu einer bedeutenden Expansion in diesem Bankensektor. Im Laufe der Jahre entstand eine Aufgabenteilung: die staatlichen Banken kümmerten sich direkt um die Kredite für die Produktion, wofür in erster Linie aus dem Ausland gewonnene Mittel verwendet wurden, die Privatbanken waren zuständig für die Privatbürger. Während Mexiko und auch die internationalen Märkte eine Zeit des Aufschwungs erlebten, war die Kooperation zwischen den Privatbanken und dem Staat die Norm. Nach der Erdölkrise und der weltweiten Rezession Ende der 1970er entstanden in der mexikanischen Wirtschaft jedoch starke Liquiditätsprobleme. Es begann eine Zeit der Konfrontation, die aufgrund der fehlenden Liquidität des mexikanischen Staates mit der Verstaatlichung der Banken endete (vgl. Solórzano 1983: 66f.; Valdés 1997).

[236] Die Übereinstimmung zwischen den Unternehmern und der Regierung beruhte darauf, dass der Staat eine Politik betrieb, im Rahmen derer er als Unternehmer agierte, besonders bei der Formulierung und Ausführung der Wirtschaftspolitik. Unterscheidet man Konfliktzeiten und Zeiten der Einigkeit zwischen Unternehmern und der Regierung, können als Konfliktbeziehungen die Regierungen folgender Präsidenten bezeichnet werden: Cárdenas (1934-1940), López Mateos (1958-1964), Echeverría (1970-1976) und López Portillo (vgl. Martínez 1984). Konfliktfrei waren folgende Präsidentschaften: Ávila Camacho (1940-1946), Alemán (1946-1952) Ruiz Cortínez (1952-1958), Díaz Ordaz (1964-1970), De la Madrid (1982-1988), Salinas de Gortari (1988-1994) und Ernesto Zedillo (1994-2000).

rid und später mit Salinas de Gortari die Zeit der Strukturreformen (vgl. De la Vega 1989: 42ff.).

Die Suche nach einem Ausweg aus der Krise, der Druck, den die internationalen Gläubiger ausübten, sowie die Reaktion der Unternehmer angesichts eines internationalen neoliberalen Wirtschaftsaufschwungs beschleunigten die Neuformulierung der Entwicklungspolitik, die die mexikanische Wirtschaft mehr als 30 Jahre lang gelenkt hatte (Jacobo/Luna/Tirado 1989: 4).

Daher stellte das Jahr 1982 für die mexikanische Wirtschaftspolitik mehr als nur einen Wendepunkt in der Konjunktur dar. Ab dieser Zeit waren unter De la Madrid die kurzfristigen Schwerpunkte in der Wirtschaftspolitik folgende: a) Verhandlung der Auslandsschulden; b) Schaffung von makroökonomischen Strukturanpassungsprogrammen im Hinblick auf den Außenhandel und die Außenbeziehungen einerseits, die Staatsfinanzen andererseits; c) eine Politik zur Inflationsbekämpfung. Diese Prioritäten äußerten sich im *Programa Inmediato de Reordenación Económica* (PIRE), die mittelfristig geplanten politischen Maßnahmen wurden im *Plan Nacional de Desarrollo* (PND) festgehalten. Dieser Plan beabsichtigte einen Strukturwandel in der Wirtschaft und in der wirtschaftlichen Entwicklung herbeizuführen. Dies bedeutete eine grundlegende Änderung des System der Preisrelation, die endgültige Bekämpfung des staatlichen Interventionismus im Produktionsprozess, die Wiederbelebung des Marktes als Motor für die Mittelzuweisung sowie als Mechanismus, um die Entscheidungsfindung zu lenken und die Öffnung nach außen zu fördern. Diese mittelfristigen und kurzfristigen Maßnahmen bildeten die zentrale Ausrichtung der neuen Wirtschaftspolitik der PRI. Doch die externen Einschränkungen und die Einschränkungen durch die Staatskasse aufgrund des laufenden Prozesses der Verhandlung der Auslandsschulden und des Inflationsdrucks führten dazu, dass die wichtigsten Initiativen im Bereich der Privatisierung und wirtschaftlichen Deregulierung erst unter der Regierung von Salinas de Gortari durchgeführt wurden. Zu Beginn dieser neuen Regierung erfolgte eine langfristige Neuverhandlung der Auslandsschulden im Rahmen des *Brady Plans*; die Wirtschaftspolitik basierte auf der Modernisierung und Reform des Staates.

Abbildung 13: **Phasen der mexikanischen Wirtschaft zwischen 1982 und 1994. Beginn und Konsolidierung der Strukturreformen**

Wirtschaftswachstum	
Unter-Phase 1982-1986	Unter-Phase 1987-1994
Entwicklung der Inflation	
Unter-Phase 1982-1985	Unter-Phase 1986-1994
Privatisierung und Deregulierung der Wirtschaft	
Unter-Phase 1982-1988	Unter-Phase 1989-1994

Die Phasen der vorstehenden Grafik zeigen in Bezug auf die Regierung von De la Madrid und Salinas, dass es ein Kontinuum in der Wirtschaftspolitik gegeben hat und die Unter-Phasen der Wirtschaftspolitik sogar über die politischen Zeiträume der Regierungen hinausgingen. Die Wirtschaftspolitik von De la Madrid war geprägt durch eine starke Einschränkung der Aus-

landsschulden und die inflationäre Rezession. De la Madrid begann die Ausführung der Programme zur makroökonomischen Strukturanpassung im Bereich der Staatsfinanzen sowie des Außenhandels und der Außenbeziehungen. Unter Salinas vertieften sich die Prozesse der Privatisierung und Deregulierung der Wirtschaft, das Instrument hierzu stellte der „*Pacto de Estabilidad y Crecimiento Económico*“ (PECE) dar, er wurde ergänzt durch den „*Pacto de Solidaridad Económica*“ (PSE). Des Weiteren wurde in diesem Zeitraum die kommerzielle Öffnung stark gefördert. Von größter Bedeutung hierbei war der zwischen Mexiko, Kanada und den USA abgeschlossene NAFTA-Vertrag (Vega 1995: 108ff.).

4.3 Die Liberalisierung der Wirtschaft und die Staatsreform in Mexiko

Die Regierung von Salinas de Gortari verlieh der unter De la Madrid begonnenen Wirtschaftspolitik Kontinuität, doch die Umstände hatten sich geändert. Während der Regierung von Salinas de Gortari wurden die Auslandsschulden langfristig verhandelt,[237] dadurch waren diese nun kein Element mehr, das kurzfristig makroökonomische Unsicherheit schaffte. Ab 1989 änderten sich die Prioritäten in der Wirtschaftspolitik und lagen nun in der Intensivierung der Privatisierungen und der kommerziellen Öffnung auf der Grundlage der NAFTA. Ab dieser Zeit bestanden keine Zweifel mehr dahingehend, welchen Weg man in der mexikanischen Wirtschaft beschreiten würde: den Weg der neoliberalen Wirtschaft.

Die erste Phase der Privatisierungen umfasste die Jahre zwischen 1982 und 1988. In diesem Zeitraum wurden öffentliche Einrichtungen, die als nicht mehr tragbar galten, geschlossen. Kleine und mittlere staatliche Unternehmen aus dem Textilbereich, der Zuckerraffinerie, der Erfrischungsgetränke-Industrie, der Fahrradherstellung sowie Hotels wurden verkauft. Die zweite Phase der Privatisierungen umfasst die Jahre 1988 bis 1994. Sie war von größerer Bedeutung als die erste, da sie in größerem Umfang erfolgte. Die Staatskasse nahm große Mengen von Geld ein; die verkauften Unternehmen spielten eine wichtige Rolle in der Wirtschaft und der Gesellschaft des Landes. Die wichtigsten und symbolträchtigsten Unternehmen, die dazu zählten, waren unter anderem *Mexicana de Aviación*, *Aeroméxico*, *Compañía Minera Cananea*, *Mexicana de Cobre*, *Siderúrgica Mexicana*, *Fertilizantes Mexicanos*, *Teléfonos de México*, die Handelsbanken (BANAMEX, BANCOMER, SERFIN, COMERMEX etc.) und die Kanäle 7, 13 und 22 des staatlichen Fernsehens. In der Politik der wirtschaftlichen Modernisierung zählten Kriterien wie höhere Effizienz, Wettbewerbsfähigkeit und Öffnung nach außen. Diese Politik stärkte und unterstützte die Staatsreform, deren Ziel es war, durch die Wiederbelebung des Marktes und der Privatinitiative die Wirtschaft insgesamt wieder anzukurbeln (vgl. OECD 1992).[238]

---

[237] Auf Vorschlag des damaligen US-Finanzministers Nicholas Brady sollten die Dritte-Welt-Länder ihre Schulden langfristig neu ordnen. Dies war an die Bedingung der Haushaltsdisziplin geknüpft.

[238] Außer dem Verkauf von Staatsvermögen an den privaten Sektor gehörte zur Neuordnung des Staates auch die Fortsetzung des Verkaufs öffentlicher Körperschaften, ihre Fusion mit anderen oder ihre Übertragung an die Regierungen der föderativen Körperschaften und die Gemeinden sowie in geringerem Maße an Kooperativen und Gewerkschaften. Es wird geschätzt, dass 40% der gesamten Privatisierungen dieser Unter-Phase auf Industrieunternehmen entfielen, wodurch die

Aufgrund der Schwere der Anfang der 1980er Jahre beginnenden Wirtschaftskrise und der enormen finanziellen Einschränkungen, die die Bedienung der Auslandsschulden in den folgenden Jahren bedeutete, wurde diese Öffnung erst 1985 möglich. Zwischen 1982 und 1985 wurde die bestehende protektionistische Struktur konsequent und genauestens beibehalten, da gespart werden musste und man Devisen gewinnen wollte. Das Paradoxon des Wirtschaftsliberalismus in Zeiten der Knappheit wurde offiziell als Politik der Rationalisierung der protektionistischen Maßnahmen beschlossen. Zuerst bestand diese darin, dass weiterhin Genehmigungen vor dem Import verlangt und die offiziellen Preise beibehalten wurden, ebenso wie die hohen Zölle; weiterhin wurden andere Bestimmungen aufrecht erhalten, um den Außenhandel zu kontrollieren und den großen finanziellen Problemen entgegenzutreten. Neben der Fortsetzung der Politik der Unterbewertung des Wechselkurses durch die täglichen Schwankungen der Peso-Dollar-Parität gehörten zur Rationalisierung der protektionistischen Maßnahmen später auch die Ersetzung dieser vorherigen Importgenehmigung durch Zölle und der schrittweise Abbau der Zölle. Ab der zweiten Jahreshälfte 1985 wurde diese Politik verstärkt und unterstützt durch die Vertiefung des Strukturwandels durch die stärkere Förderung der nicht traditionellen Exporte, die Änderung des Gesetzes zum Außenhandel im Januar 1986, den formellen Beitritt zur GATT Mitte 1986 und die stärkere Unterstützung der Politik zur Schaffung von Grenzgebieten und Freihandelszonen. Dies führte zu einer Zunahme der Zahl von sogenannten *maquiladoras*, nicht nur im Grenzgebiet mit den USA. Nach 1988 führte die Fortsetzung des Konjunkturrückgangs dazu, dass sowohl der Durchschnitt als auch die Verbreitung der Zölle stark zurückgingen und durch die Aufhebung der offiziellen Preise auf Importgüter und durch eine Strategie der Dynamisierung der Handelsbeziehungen Mexikos zu verschiedenen Zonen und Ländern (auf multi- und bilateraler Ebene) die kommerzielle Öffnung größer wurde und sich stärker verankerte. Obwohl die Exporte Mexikos 1985 allgemein immer noch die gleiche prozentuale Zusammensetzung aufwiesen (bei einem Gesamtvolumen von 21,664 Milliarden US$ im Jahr 1985), hatte sich diese Zusammensetzung bis zum Jahr 1990 (bei einem Gesamtvolumen von 26,779 Milliarden US$) durch die Exportkonzepte grundlegend verändert. Es entfielen nun 52% auf das produzierende Gewerbe, 38% auf die Erdölindustrie, 8% auf landwirtschaftliche Produkte und 2% auf Bodenschätze. Die Importe hingegen betrugen 13,212 Milliarden US$ im Jahr 1985 (5,685 Milliarden US$ weniger als fünf Jahre zuvor aufgrund der Strukturanpassungspolitik zur Auslandsschuld). Sie setzten sich zusammen aus 60% Zwischenerzeugnissen, 24% Kapitalgütern und 8% Konsumgütern. 1990 beliefen sich die Importe auf 29,775 Milliarden US$, dabei entfielen 60% auf Zwischenerzeugnisse, 23% Kapitalgüter und 17% auf Konsumgüter. Insgesamt betrugen die Exporte 1990 18% des BIP Mexikos, die Importe entsprachen 13% des BIP.

So wurde es zwar möglich, im Außenhandel des Landes die negative Haltung gegenüber Ex-

---

Regierung ihre Teilhabe an 22 Industriezweigen aufgab. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Regierung nur noch vertreten in *Petróleos Mexicanos*, *Comisión Federal de Electricidad*, *Ferrocarriles Nacionales* und der *Comisión Nacional de Subsistencias Populares.*

porten endgültig zu bekämpfen und die Dominanz der Erdölbranche zu brechen, doch nur dadurch, dass man den defizitären Charakter des Außenhandels noch verstärkte. Dies beruht auf drei zusätzlichen Faktoren: (a) die Wirtschaft wuchs nur sehr langsam, dies deutete auf einen beträchtlichen Anstieg der Einkommenselastizität der Importe hin, was wiederum zu größeren Auslandsschulden führte, als das Wirtschaftswachstum sich beschleunigte; (b) der spürbar größere Anteil der Importe von Konsumgütern an den Gesamtimporten; bedenkt man den Rückgang der Löhne als Teil des nationalen Einkommens, bedeutet dies eine kommerzielle Öffnung, die die in Mexiko bestehende Konzentration der Einkommensverteilung noch verstärkte; (c) die steigende Überbewertung des Pesos im Vergleich zum Dollar deutete darauf hin, dass die Wechselkurspolitik nicht zum Abbau der Auslandsschulden beitrug (vgl. Vega 1995:124ff.).

4.3.1 Der Privatisierungsprozess in Mexiko

Wie bereits erläutert wurde, begann die Restrukturierung der Rolle des mexikanischen Staates in der Wirtschaft 1983. Trotzdem wurden die bedeutendsten Reformen zwischen 1989 und 1993 durchgeführt. In diesem Zeitraum wurden über 1000 Privatisierungen abgeschlossen, ein Drittel davon waren Verkäufe an den Privatsektor. Sowohl was den Umfang betrifft, als auch in Bezug auf den Wert wurde in diesem Zeitraum der größte Teil der Privatisierungen durchgeführt.[239] Von Anfang 1994 bis 1999 konnte ein begrenzter Verkauf von Unternehmen beobachtet werden. Die Bemühungen, den Privatsektor in früher staatlich geführte Bereiche einzubinden, konzentrierten sich in erster Linie auf die Genehmigung zur Verwaltung der Staatsaktiva. Wie sich erkennen lässt, hat der Staat Mexiko in den letzten 15 Jahren bedeutende Fortschritte im Bereich der Privatisierungen erzielen können. Bis zum Jahr 2000 hatte sich die Präsenz des Staates auf etwa 30 Bereiche reduziert, der Staat hatte sich hauptsächlich aus dem Bergbau und dem produzierenden Gewerbe zurückgezogen. In den Bereichen, in denen der Staat noch aktiv ist, ist seine Marktmacht sehr begrenzt.

Die Privatisierungen trugen zu positiven Erwartungen bei und halfen weiterhin, die Angst vor der Inflation zu senken. Doch die Auswirkungen auf die Effizienz bei der Mittelzuweisung sowie die Kosten des Prozesses wurden außer Acht gelassen. Dies zeigte sich beispielsweise bei der Privatisierung der außerstädtischen Straßen und in einigen Fällen von Dienstleistungen im Bereich Telekommunikation. Die Privatisierungsverträge verhinderten nicht, dass die Konzessionäre zu überhöhten Kosten oder ineffizient an die Endnutzer weiterverkauften. Wirtschaftliche Effizienz als bedeutendes Kriterium im Privatisierungsprozess scheint nicht im Mittelpunkt der Vertragsklauseln und der Überlegungen gestanden zu haben (Clavijo/Valdivieso 2000: 72).

[239] Der Prozess der Privatisierungen wurde im Sinne einer Ausgliederung durchgeführt, dies bedeutete Ausverkauf, Fusion, Übergabe und Verkauf. Ziel dabei war es, halbstaatliche Körperschaften auszugliedern und so die öffentlichen Finanzen zu verbessern, die Effizienz des öffentlichen Sektors zu steigern und seine Strukturausgaben zu senken, nicht mehr zu rechtfertigende Zahlungen und Subventionen abzubauen, die Produktivität der Wirtschaft zu erhöhen und die Ineffizienz und das langsame Arbeiten der öffentlichen Unternehmen zu bekämpfen (vgl. Clavijo/Valdivieso 2000: 28).

Tabelle 18: Ausgliederung und Schaffung halbstaatlicher Körperschaften 1983-1988

Jahr	Körperschaften zu Beginn des Zeitraums	Gesamtzahl der abgeschlossenen Ausgliederungen	Ausgliederungen Verkäufe	Laufende Ausgliederungen	Schaffung von Körperschaften	Körperschaften am Ende des Zeitraums
1983	1.115	75	k. Angaben	32	10	1090
1984	1.090	64	k. Angaben	7	18	1.044
1985	1.044	96	k. Angaben	23	7	955
1986	955	155	k. Angaben	75	7	807
1987	807	161	k. Angaben	49	15	661
1988	661	45	204*	204	2	618
1989	618	76	29	170	7	549
1990	549	139	61	138	8	418
1991	418	95	42	87	5	328
1992	328	66	23	53	8	270
1993	270	24	5	48	12	258
1994	258	21	1	37	15	252
1995	252	16	1	35	3	239
1996	239	9	2	42	11	231
1997	229	9	2	42	11	231
1998	231	3	2	39	5	233

Quelle: Clavijo/Valdivieso 2000: 31/*Zahl der zwischen 1982 und 1988 privatisierten Unternehmen.

Die Prioritäten bei der Wirtschaftsliberalisierungspolitik in diesen beiden Amtszeiten – Salinas und Zedillo – waren folgende: makroökonomische Anpassung im Bereich der Staatsfinanzen sowie externe Anpassung, Zahlung der Auslandsschulden, Bekämpfung der Inflation, Privatisierung der Wirtschaft und Öffnung nach außen. Diese Maßnahmen behielten auch in den 1990er Jahre ihre Gültigkeit und sind auch heute noch Teil der Grundlagen der Wirtschaftspolitik der mexikanischen Regierung. Sie waren Teil der Empfehlungen, die die Regierung von Salinas de Gortari von den internationalen Finanzorganisationen erhielt und vollständig anwendete, wobei sie sich in Übereinstimmung befand mit der Mehrheit der Mitglieder der politischen Elite, einschließlich der PAN und der PRD, die die Wirtschaftspolitik des Landes als Teil eines globalen Modells verstanden, in dem Mexiko sich nicht ausschließen konnte.

4.3.2 Die PAN und die neuen politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten

Nachdem Carlos Salinas de Gortari auf umstrittene Weise die Wahlen gewann[240] und das Präsidentenamt übernahm, begann er seine Regierungszeit mit vier politischen Hauptzielen: (a) Wählerstimmen der PRI zurückgewinnen, dazu hatte er ein Sozialprogramm unter dem Namen PRONASOL ins Leben gerufen;[241] (b) davon ausgehend eine Neustrukturierung der PRI, um den sinkenden Wahlerfolgen entgegenzutreten; (c) eine langsame aber asymmetrische Hinzu-

[240] Die Wahl, an deren Ende Salinas de Gortari als Sieger stand, war extrem umstritten gewesen, da alles darauf hingedeutet hatte, dass der Vertreter des Bündnisses der linken Mitte (FDN), Cuauhtémoc Cárdenas, der Sieger sein würde. Doch bevor die Ergebnisse bekannt wurden, stürzte das Computersystem ab. Als es wieder in Gang gesetzt worden war, wurde Salinas de Gortari als neuer Präsident Mexikos bekannt gegeben. Aus diesem Grunde wurde sein Sieg von der Opposition in Frage gestellt.

[241] Das *Programa Nacional de Solidaridad* (PRONASOL) zielte darauf ab, durch soziale Unterstützung den ärmsten Schichten der Gesellschaft zu helfen, um die durch die Strukturreformen ausgelösten Probleme zu bekämpfen. Doch diese Solidarität wurde zur Waffe der Regierung, mittels derer die PRI die Unterstützung der Wähler wiedergewann. Bei den Wahlen 1988 hatte die PRI 50,73% der Stimmen erhalten, bei den Parlamentswahlen 1991 waren es 61,49%.

gewinnung von Wählerstimmen, was durch ein Bündnis mit der PAN erreicht werden sollte;[242] (d) Fortsetzung des Liberalisierungsprozesses der Wirtschaft mit dem Ziel, die Wirtschaftserwartungen Mexikos zu verbessern.

Dass die PAN ein sehr bedeutender Akteur innerhalb des politischen Systems war, lag in erster Linie in den Abkommen zwischen der PAN und der Regierung begründet. Die Verhandlungen verhalfen der PAN zu besseren Wahlprognosen. Die Abstimmungen wurden Schritt für Schritt transparenter,[243] außerdem konnte die PAN direkt an den Machtentscheidungen teilnehmen. Die Verbindung zwischen der PAN und der Regierung von de Gortari und später von Zedillo[244] bezog sich hauptsächlich auf zwei Bereiche: einerseits auf den Fortschritt bei den Reformen des Wahlsystems, andererseits auf die Wirtschaftspolitik der Regierung.[245] Was den ersten Bereich betraf, konnten so weite Fortschritte erreicht werden, dass unter der Regierung von Zedillo bei den Wahlen von 1997 von absoluter Normalität gesprochen werden konnte. Was die Wirtschaftspolitik anbelangte, unterstützte die PAN direkt die Liberalisierung der Wirtschaft, die in den letzten Regierungen der PRI begonnen worden war. Diese Unterstützung erfolgte auf zweierlei Weise. Auf der einen Seite wurde von der Partei im Parlament die Verabschiedung der Reformen unterstützt, die zur Liberalisierung führten, außerdem wurden Verhandlungen zwischen der PAN und der Regierung geführt, um dies voranzubringen. Auf der anderen Seite übten die der PAN verbundenen und in der COPARMEX-CONACO-SERVYTUR organisierten Unternehmer Druck aus, damit der Prozess der Wirtschaftsliberalisierung fortgesetzt wurde. Diese Gruppierungen von Unternehmern, die der PAN nahe standen, übernahmen ab Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre eine bedeutendere politische Rolle, nicht nur hinsichtlich der Wirtschaftsagenda, sondern auch hinsichtlich der politischen Reformagenda (vgl. Alba 2001).

Es kann festgehalten werden, dass die PAN ab Mitte der 1980er stärker wurde, sie vertrat die Unzufriedenheit der Mittelklasse mit der Politik und Wirtschaft, außerdem stand sie für die Unzufriedenheit der kleinen und mittleren Unternehmer, hauptsächlich im Norden des Landes. Die PAN wurde zum Sprecher und Vertreter der Unzufriedenen. Zum ersten Mal war diese politische Strategie, die der *neopanismo* innerhalb der Partei eingeführt hatte, spürbar. Die PAN nutzte diese Situation und gewann in den Regionen an Unterstützung. Diese Unterstützung nutzte die PAN, um mit der Regierung über verbesserte Möglichkeiten hinsichtlich der Verteilung der Macht zu verhandeln.

---

[242] Zu den Herausforderungen bei den Wahlen Anfang der 1990er Jahre vgl. Woldenberg 1992; Mirón 1992; Yañez 1992.

[243] Bei den Gouverneurswahlen von Guanajuato gab es einen klaren Wahlbetrug gegen die PAN. Obwohl es bei vorhergehenden Wahlen immer wieder Wahlbetrug gegeben hatte, hatten die Proteste der Opposition nie Wirkung gezeigt. Dieses Mal hatten die Proteste der PAN Erfolg, der angeblich gewählte Kandidat der PRI musste zurücktreten. Der designierte Interimsgouverneur war ein Bürgermeister dieses Staates, der der PAN angehörte (vgl. Alemán 1993).

[244] Zwei Vorkommnisse waren für die politischen Reformen von Bedeutung und hatten Auswirkungen auf die PRI und die scheidende Regierung von Salinas de Gortari: die Ermordung von Luis Donaldo Colocio, dem Präsidentschaftskandidaten der PRI im März 1994, sowie die Entstehung des EZLN im Januar 1994.

[245] Zu dieser Beziehung in Mexiko, der Liberalisierung der Wirtschaft und der politischen Öffnung vgl. López 2000.

Das Ende des Bündnisses zwischen der PAN und der Regierung war bedingt durch das wiederkehrende Vertrauen der Großunternehmer in die PRI. Diese Wiederannäherung war von großer Bedeutung, da die PAN nicht über die Unterstützung durch die Mehrheit der Großunternehmer verfügte. Diese Variable hatte ihre Auswirkungen auf die PAN, besonders in den 1990er Jahren, als sie eine Alternative zur Regierung wurde (vgl. Elizondo/Heredia 2000: 73). Unter den neuen politischen und wirtschaftlichen Umständen hatte die PAN größere Chancen, irgendwann die Regierung zu übernehmen. Bestätigt wurde dies einerseits durch die Siege bei den Gouverneurswahlen, die die PAN seit 1989 erzielte. Außerdem waren diese Gouverneure recht erfolgreich, daher verbesserte sich das Ansehen der PAN in der Öffentlichkeit und man sah sie gestärkt. Andererseits wurde es durch die Tatsache bestätigt, dass die PRI im Parlament Koalitionen brauchte, woran man auch die neue Dynamik des Verständnisses der politischen Klasse Mexikos erkannte, und daher griff sie oft auf die PAN zurück.[246]

4.3.3 Die Regierungszeit Zedillos und der politische und wirtschaftliche Wandel in Mexiko

Der Übergang eines wirtschaftlich-politischen Reglements mit einer starken wirtschaftlichen und sozialen Intervention des Staates in ein offeneres und vom Wettbewerb geprägtes System geschah zeitgleich mit dem politischen Öffnungsprozess in der mexikanischen Gesellschaft. Trotz dieser Entwicklungen und der Gewalt von 1994 hatte das politische System Mexikos Erfolg auf zwei Ebenen: bei der wirtschaftlichen Liberalisierung und beim Wachstum der politischen Freiheit. Dennoch sah sich der neue Präsident Zedillo im Dezember 1994 einer wirtschaftlichen Krise gegenüber, die das Vertrauen in die Wirtschaftspolitik zerstörte. Die Währungskrise, die sich in Mexiko auszubreiten begann, bedeutete die Entwertung des Peso gegenüber dem Dollar. Dies führte dazu, dass viele Unternehmer, die Schulden in Dollar hatten, plötzlich ein Liquiditätsproblem bekamen. Die sich in der Mehrheit befindenden Gruppen ihrerseits sahen ihre Einnahmen drastisch reduziert, womit Zedillo sehr an Popularität verlor, weswegen er zu Beginn Schwierigkeiten bei der Amtsausübung hatte. Trotzdem erreichte Präsident Zedillo die makroökonomische Anpassung, wie auch eine Reihe von Rettungsmaßnahmen wie die Erhöhung der Mehrwerststeuer von 10% auf 15% ohne größeren Widerstand. Andererseits förderte er – vor allem 1995 – die Liberalisierung von einigen Bereichen, besonders direkte ausländische Investitionen in das Finanzsystem, in die Telekommunikation und den Vertrieb von Ergas; auf gleiche Weise wurden legale Reformen durchgeführt, um die Privatisierung von Flughäfen und der Eisenbahn zu ermöglichen. In eben diesen Jahren konnte man klare Bemühungen um institutionelle Reformen der zweiten Generation registrieren (vgl. Kap. 4). Auch die Bemühungen, eine weniger klientelistische Poli-

[246] Ein Beispiel, das die neuen Beziehungen zwischen Regierung und PAN verdeutlicht, war die durch Präsident Zedillo erfolgte Ernennung des *panista* Antonio Lozano Gracia zum *Procurador General de la República*. Vgl. hierzu Ramos

tik im Kampf gegen die Armut zu definieren, waren bemerkenswert, besonders, um den Gebieten mit der größten Armut Hilfe zu leisten. Es entwickelten sich auch Reformen im Bereich der richterlichen Gewalt sowie Änderungen im Strafgesetzbuch, die die Maßnahmen gegen sozial heikle Verbrechen verschärften. Zuletzt bleibt noch der Impuls zugunsten neuer Abkommen über die wirtschaftliche Liberalisierung zu erwähnen, wobei das Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union hervorzuheben ist.

Zwar war die Intention der Regierung klar, nämlich den im Jahre 1985 begonnenen strukturellen Reformprozess voranzutreiben und zu vertiefen, tatsächlich aber verlor er einen beträchtlichen Teil seiner früheren Breite und Dynamik. Dies zeigt die relativ geringe Zahl effektiv eingeführter Reformen seit 1996, wie auch das beachtliche Volumen der Veränderungen, die noch vor ihrer Einführung verworfen wurden, wie z.B. die Öffnung im Elektronikbereich, oder Reformen die einmal in Gang gesetzt wurden, wie die Privatisierung des Erdölsektors, oder auch die Veränderungen, die sich zwar entwickelten, ihr Ziel aber nicht erreichten, wie im Falle der Gerichtsreformen.

Diese geringe Fähigkeit, Reformen durchzuführen, erklärt sich grundsätzlich durch drei Variablen: (a) den Verlust der Glaubwürdigkeit des „neoliberalen" Modells nach der Krise von 1994 und 1995, gegenüber der Gesellschaft und der PRI selbst, wie auch durch den Verlust der Wahlhilfe im Jahre 1997; (b) den Widerstand der Gewinner der ersten Etappe der strukturellen Reformen und dadurch, dass sie politisch mit der PAN verbunden waren und ihre Privilegien verteidigen; (c) und wie die Erfahrung zeigt, durch die sehr komplexe Verankerung der Reformen der zweiten Generation, die sich nicht auf den rein legislativen Akt beschränken, ein Gesetz zu ändern, sondern die einen länger dauernden Prozess implizieren, bis die reformierten Institutionen beginnen, Resultate zu erzielen.

Trotz der Verlangsamung in der Instrumentierung der neuen institutionellen Reformen Ende 1996 konnte die mexikanische Wirtschaft Ende dieses Jahres eine rasche und wichtige Wiedergewinnung des Wachstums verzeichnen, dank der Reformen, die in den sechs Jahren zuvor eingeleitet wurden, wie auch des Impulses, den das spürbare Wirtschaftswachstum der USA den mexikanischen Exporten gab. Die Wiedererlangung der Wachstumsdynamik und die Schließung von Freihandelsabkommen, die das Land nicht nur dazu verpflichten, die Öffnung beizubehalten, sondern auch Mechanismen der öffentlichen Intervention in anderen Bereichen zu nutzen, die mit den Beschränkungen verbunden sind, die eine offenere Wirtschaft fordert, machen es schwer zu glauben, dass Regierungswechsel zu Überprüfungen der bereits in Gang gebrachten Reformen führten.[247]

1995; Muñoz 1997; Casar 1999.

[247] Man kann zum Beispiel beobachten, dass Fox in der ersten Hälfte seiner Regierung – er hatte die wirtschaftliche Linie seines Vorgängers nicht überprüft – mit der gleichen Wirtschaftspolitik weitermachte.

4.4 Die politischen Reformen und ihre Einflüsse auf die neue Ordnung im Wahlsystem der politischen Parteien Mexikos

Die politischen Reformen des Jahres 1977 zeigten nicht sofort Auswirkungen auf die Wahlergebnisse. Die Opposition gewann nach und nach Zuspruch bei den Wählern. Dies begann sich in den Gemeindewahlen widerzuspiegeln. Der Wettbewerb von zwei oder mehr Parteien mit einer realen Chance, an die Macht zu gelangen, war jedoch nicht wirklich gegeben, da die Opposition mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, um Kandidaten zur Wahl zu präsentieren.[248] Im Jahre 1986 fanden Gouverneurswahlen in Chihuahua statt, bei denen der Kandidat der PAN, Francisco Barrio,[249] verlor. Aufgrund der strengen Kontrollen der Regierung waren die Wahlen stark umstritten, denn sie machten es der PAN unmöglich, ihr erstes Gouverneursamt zu erreichen. Außerdem zeigten sich daran die Grenzen der politischen Reform. Diese Situation schuf ein allgemeines Unbehagen und Unruhe, was durch die Wahlen 1988 noch verstärkt wurde. Die landesweiten Wahlen im Jahr 1988 stellten die politischen Reformen erneut auf die Probe. Für die Opposition kandidierte Cuauhtémoc Cárdenas, der durch die *Frente Democrático Nacional*[250] unterstützt wurde. Er erhielt weitaus mehr Unterstützung, als die PRI erwartet hatte. Zum ersten Mal verlor ein Kandidat der PRI in fünf Bundesstaaten offiziell die Präsidentschaftswahlen.[251] Die Opposition konnte Einzug in den Senat halten und gewann im Abgeordnetenhaus 48% der Sitze.[252] Es dauerte nicht lange bis sich zeigte, dass durch das Existieren der Opposition in bestimmten Regionen des Landes für die mit dem politischen Monopol der PRI immer unzufriedeneren Bürger die Möglichkeit eines Machtwechsels entstanden war. Bei den Wahlen in Baja California 1989 gewann der Kandidat der PAN Ernesto Ruffo Appel und wurde zum ersten Gouverneur einer Oppositionspartei, was die Möglichkeit einer demokratischen Öffnung Mexikos entstehen ließ.

Aufgrund der umstrittenen Wahlergebnisse 1988 und des Unmuts und der Uneinigkeit, die der Verlust des Gouverneursamtes in Baja California in den Reihen der PRI ausgelöst hatte, beschloss die Regierung von Salinas de Gortari eine Strategie, im Rahmen derer sie sich breiten Teilen der Gesellschaft anzunähern plante. Die von der Regierung der PRI betriebene Politik ging somit auf die Bedürfnisse und Sorgen der Unternehmer, der Mittelschicht und von Randgruppen ein. Das *Programa Nacional de Solidaridad*, der Freihandelsvertrag und die Normalisierung der Beziehung zur katholischen Kirche dienten dazu, die Unterstützung der Wähler für

[248] In den Staaten im Norden des Landes, wie z.B. Sonora, erreichte die PAN die Führung in drei Gemeinden bei den Wahlen 1982, unter anderem in Hermosillo, der Hauptstadt des Bundesstaates Sonora, und in Chihuahua, wo die PAN 1983 in elf Städten gewann. Die Wahl der Bürger der Städte ließ den Beginn einer neuen Phase bei den Wahlen erkennen. Doch nicht nur hierbei waren Veränderungen spürbar. Die Opposition war auch zunehmend vertreten im Staat, so in Baja California, Guanajuato, Puebla, dem Bundesstaat Mexiko und dem *Distrito Federal*. In den wichtigsten Städten des Landes war ein Stimmenrückgang der PRI zu beobachten.

[249] Bürgermeister der Stadt Juárez von 1983 bis 1986.

[250] Bestehend aus PPS, PARM, PFCRN, PMS.

[251] Baja California, Distrito Federal, Bundesstaat México, Michoacán und Morelos.

[252] Die zahlreichen Zwischenfälle, die sich ereigneten ab dem Moment, als man vom Scheitern der PRI erfuhr, besonders vom Scheitern von Carlos Salinas, führten dazu, dass die Wahlen vom 6. Juli 1988 als die verworrensten Wahlen voller Gesetzeswidrigkeiten in die Geschichte eingingen.

die Regierung zu gewinnen. Bei den Wahlen 1991 konnte die PRI sich verbessern und erhielt etwa 60% der Gesamtstimmen. Unter der Regierung von Salinas de Gortari wurden im Bereich der Wahlgesetze Fortschritte erzielt. Bei den Wahlen auf lokaler und Gemeindeebene häuften sich die Beschwerden. Bei den Gouverneurswahlen in Guanajuato und San Luis de Potosí kam es zu großen Unregelmäßigkeiten,[253] was deutlich machte, dass im Bereich des Wahlsystems noch weitere Anpassungen notwendig waren.

Der bewaffnete Aufstand in Chiapas 1994 und die Ermordung des PRI-Kandidaten Luis Donaldo Colosio im März desselben Jahres zogen landesweit und auch international die Aufmerksamkeit auf sich. Durch das erhöhte Interesse, mit dem die Politik im Lande nun verfolgt wurde, schenkten auch die Wahlaufsichtsbehörden den Wahlen mehr Aufmerksamkeit. Das Wählerverzeichnis wurde aufgrund der bei den Wahlen 1991 damit erlebten Schwierigkeiten weitaus verlässlicher. Hinzu kam, dass nun ein Ausweis mit Lichtbild existierte, ohne den niemand wählen durfte. Das IFE schulte 700.000 Bürger als Wahlhelfer, außerdem überwachten die Bevollmächtigten der politischen Parteien die Wahlausschüsse. 81.620 nationale und 934 internationale Beobachter verfolgten die Wahlen. All dies trug dazu bei, dass bei den Wahlen größere Transparenz herrschte. Der Wahltag, der 21. August, verlief ohne größere Zwischenfälle, die Ergebnisse waren transparent. Es gab aber dennoch Anlass zu einer weiteren Änderung der Wahlgesetze im Jahr 1996 (vgl. Woldenberg/Salazar/Becerra 2001). Die Wahlen in der Mitte der Amtszeit fielen auf den 6. Juli 1997. Im Hinblick auf die Änderungen im Parteiensystem waren die bedeutendsten und weitreichendsten Ergebnisse der Wahlen einerseits, dass die PRI die absolute Mehrheit im Abgeordnetenhaus verlor, andererseits der Sieg der PRD im *Distrito Federal* (Muñoz 2001: 73-76).

4.4.1 Die Politische Wahlreform von 1996: die Prinzipien für die demokratische Transition

Die Wahlreform des Jahres 1996 ist eine konstitutionelle Reform von äußerst wichtiger politischer Bedeutung, da sie den Wendepunkt auf dem Weg Mexikos zur Demokratie darstellt. Der Inhalt dieser Wahlreformen ist der Wegweiser, um zu einer vollwertigen Demokratie zu werden, was bei den Wahlen 1997 und 2000 bezeugt wird, als sich der Entwurf als korrekt erwies, der diesen Reformen zugrunde lag. Die politische Reform von 1996 hatte eine weitgefasste Agenda, die zur Modifizierung der sechs legalen Gesetzesbücher und zur Schaffung eines neuen Gesetzes führte.

Die Reform ist der Konsens, das Ergebnis von Verhandlungen zwischen Präsident Zedillo und drei äußerst wichtigen politischen Kräften in Mexiko: PRI, PAN und PRD (vgl. Woldenberg/Becerra/Salazar 2000: 376ff.). Allerdings erlaubten die eingeführten Reformen die Reali-

[253] Dass der *panista* Carlos Medina das Amt des Gouverneurs von Guanajuato übernahm, war nur möglich aufgrund von Verhandlungen, um zu verhindern, dass die Beschwerde über den begangenen Wahlbetrug, durch den der Kandidat der

sierung von autonomen Wahlen ohne die Teilnahme der Regierung, was sich im Vertrauen in die Wahlergebnisse und die Beilegung aller juristischen Differenzen ausdrückte. Der herausragende Aspekt der Wahlreform von 1996 ist die Autonomie, die dem Wahlorgan, in diesem Fall dem IFE, gewährt wird. Der Text der Verfassung bestimmt die Leitprinzipien, die die Ausübung der staatlichen Funktionen regeln sollen, die durch das IFE ausgeführt werden: Bestimmtheit, Legalität, Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Objektivität. Diese Prinzipien sind daran orientiert, den Wählern die Garantien zu geben, dass die Wahlautorität dazu verpflichtet ist, den Willen des Wählenden zu respektieren. (Muñoz 2001: 65f.;Woldenberg/Becerra/Salazar 1996: 26f.). Die Wahlen, die nur ein Jahr später durchgeführt wurden, bewiesen die Zuverlässigkeit der Reformen, da die Unparteilichkeit, die das IFE in diesem Wahlgang demonstrierte, jedweden historischen Zweifel an den mexikanischen Wahlvorgängen auslöschte (vgl. Muñoz 2001: 66f.).

Ein anderer wichtiger Aspekt der Reform ist, dass die Parteien eine Antwort auf die alte Frage nach der Gerechtigkeit bei den Geldern fanden, um die Wahlen zu verbessern; einer dieser Ansprüche bezieht sich auf den Zugang der politischen Parteien zu den Massenmedien. Die neue Gesetzgebung sah eine Erweiterung der Radio- und Fernsehzeiten für die meisten Parteien vor; sie verteilte 30% zu gleichen Teilen und die übrigen 70% proportional zur Wahlkraft jeder Partei.[254] Das Thema der Finanzierung der politischen Parteien war ein weiterer wichtiger Aspekt der Verfassungsreformen (vgl. Kap. 5). Es gibt die öffentliche (die überwiegen muss) und die private Finanzierung. Die öffentliche Finanzierung wird den Parteien, die im Register geführt werden, einmalig nach jeder Wahl gewährt; die private Finanzierung soll nicht mehr als 10% der öffentlichen Finanzierung betragen. Was das Finanzproblem der Parteien betrifft, so ist das IFE zur generellen Überwachung der Ausgaben ermächtigt.

Eine weitere Reform steht in Bezug zu den Veränderungen der verfassungsmäßigen Konzeptionalisierung der politischen Parteien, was ein Element mit einschließt, das eine beträchtliche Wirkung auf die große noch ausstehende Reform haben wird, nämlich die Reform der PRI. In Einklang mit Artikel 41 „können nur Staatsbürger frei und individuell den politischen Parteien beitreten“, was explizit den indirekten Beitritt ausschließt, der bei der PRI seit 1938 vorherrscht, als diese Partei sich in Abteilungen organisierte. Die Verpflichtung, diese Anordnung zu befolgen, berührt direkt das Kräfteverhältnis innerhalb der PRI, die bis 1996 ihre Mitglieder direkt aus dem Arbeitersektor bezog. Das Thema der kleinen Parteien wurde ebenfalls in der Reform von 1996 behandelt; die Voraussetzungen, die eine politische Partei erfüllen musste, um einen Eintrag als nationale Partei zu erhalten, wurden reduziert, was bedeutete, dass die Partei mindestens 3000 Aktivisten in 10 Vereinigungen oder 300

PRI gesiegt hatte, dazu führte, dass der Bundesstaat regierungslos blieb.

[254] Das IFE sollte über die Gleichheit beim Verteilen der Zeiten in den Kommunikationsmedien wachen, die den Parteien gewährt werden.

Wahlbezirke zählen musste. Dafür wurde der Prozentsatz der Mindestabstimmung, um eingetragen zu bleiben, angehoben, er betrug nun 2% der nationalen Abstimmung gegenüber den früheren 1,5%.

Andere relevante Aspekte der Reform standen in Verhältnis zur Integration der legislativen Macht. Dies bedeutet, dass im Falle des Abgeordnetenhauses die feste Anzahl von 500 Sitzen bestehen bleibt; 300 Abgeordnete werden durch das Prinzip der relativen Mehrheit bestimmt, 200 Abgeordnete durch Verhältniswahl. Es gibt jedoch zwei Begrenzungen: keine Partei kann mehr als 300 Abgeordnete stellen – in der früheren Gesetzgebung waren es 315 – genauso wenig wie eine Partei einen Prozentsatz von Abgeordneten haben darf, der mehr als 8% ihrer Abstimmung auf nationalem Niveau beträgt, falls sie diese Differenz nicht in Distrikten mit relativer Mehrheit erhalten hat. Mit diesen Bestimmungen versucht man zu vermeiden, dass die proportionale Repräsentation zu einer Überrepräsentation wird, wie im alten System. Zugleich wurde im Senat die Verhältniswahl eingeführt, wobei es bei der Zahl von 128 Senatoren blieb, die in der Reform von 1993 gebilligt wurde. 96 Sitze werden durch die Mehrheitswahl vergeben, drei von jeder föderativen Einheit, die übrigen 32 werden von einer nationalen Liste gewählt, die in einem einzelnen nationalen plurinominellen Wahlkreis abgestimmt wurde. Diese letzte Maßnahme wurde aus der Notwendigkeit ergriffen, der legislativen Gewalt eine plurale Integration zu geben, die der politischen Realität im Land entspricht. Die Gesestzgebung von 1996 lockerte die Bestimmungen zur Koalitionsbildung, die nach den Wahlen von 1988 verschärft worden waren. Das Gesetz sieht vor, dass alle Parteien bei föderalen Wahlen Koalitionen bilden können, das heißt, bei Präsidentschafts-, Abgeorordneten- und Senatswahlen.

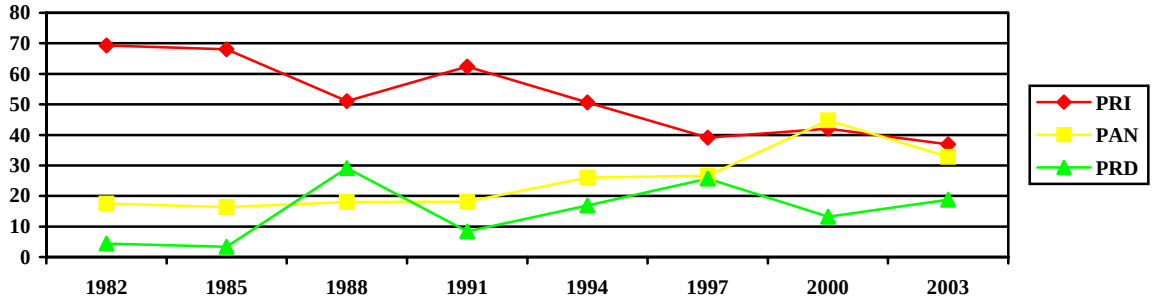
Die Wahlreform von 1996 brachte eine ausgedehnte Revision und Modifikation der gesetzlichen Regelungen im politischen Wahlsektor mit sich und war der Ursprung eines neuen Gesetzes: „*la ley del sistemas de medios e impugnación*“. Außer den hier bereits behandelten Themen integrierte diese Reform das „*Tribunal Federal Electoral*“ (Bundesgericht für Wahlen) in die richterliche Gewalt des Bundes. Weiterhin entstanden Mechanismen, um das Prinzip der Verfassungsmäßigkeit der Wahlhandlungen und -entscheidungen wie auch das Prinzip der Legalität zu garantieren; dies alles weist auf eine wachsende Spezialisierung der Wahljustiz hin.

Im Licht der Wahlergebnisse von 1997 und 2000 kann man die Reform im Hinblick auf diese Wahlprozesse als die letzte Phase der Umwandlung des politischen Systems betrachten, wie auch als Anfangsphase der Transition zur Demokratie in Mexiko. Dies beweist, dass mit diesem Rahmen die Bedingungen für ein Funktionieren der Demokratie in diesem Land geschaffen wurden.

Die Reform beendete die Hegemonie der PRI innerhalb des Parteiensystems, indem sie den Schritt in Richtung der Wahlkompetenz unternahm, was den Ausdruck des politischen Pluralismus in der aktuellen mexikanischen Gesellschaft ermöglichte (vgl. Muñoz 2001: 75f.). Die folgenden Daten zeigen die Wahlbeteiligung und die Prozentzahlen der Parteien. Es ist klar

ersichtlich, wie die PRI nach der Parlamentswahl von 1997 ihre historische Hegemonie verlor und sich das mexikanische Dreiparteiensystem konsolidierte.

Abbildung 14: **Die Entwicklung der Bundesabgeordnetenwahlen in Mexiko 1982-2003**



Quelle: IFE 2003

Tabelle 19: Präsidentschaftswahlen 2000

Kandidat	Prozent
Vicente Fox[1]	42,52
Francisco Labastida[2]	36,1
Cuauhtémoc Cárdenas[3]	16,64

[1] Alianza por el Cambio; PAN/PVEM; [2] PRI; [3] Alianza Por México PRD.
Quelle: IFE

4.5 Die PAN im demokratischen Mexiko

Als Vicente Fox am 2. Juli 2000 die Präsidentschaftswahlen gewann, endeten damit 71 Jahre der Regierung derselben politischen Strömung, die ab 1946 in der PRI zusammengefasst war. „*El voto por el cambio*“ (das Stimmen für den Wandel), wie Fox es in seiner Kampagne genannt hatte, war bei denjenigen Wählern auf fruchtbaren Boden gefallen, die mit der ewigen Regierung der PRI unzufrieden waren und nicht übereinstimmten. Die Stimmen waren der Einheitspartei nicht auf alle Zeit völlig gesichert.[255] Die PAN hatte diesen Sieg erreichen können durch das Streben nach Macht, für das sich seit den 1980er Jahren eine Gruppe innerhalb der PAN entschieden hatte. Der *neopanismo* war aus den Kreisen der kleinen und mittleren Unternehmer und Technokraten entstanden und gewann in der PAN an Raum. Diese Gruppe hatte seit ihrem Beitritt zur Partei dafür plädiert, dass die PAN sich auf die Macht einstellt und sich für diese entscheidet. Die neue, vom *neopanismo* durchdrungene PAN veränderte ihre Struktur und modernisierte sich, da sie ab den 1980ern höheren Anforderungen bei den Wahlen und Wählern gerecht werden musste. Die neue PAN verfolgte weiterhin eine neue Strategie, im Rahmen derer sie sich der ODCA und der IDC/CDI anschloss. Dadurch zeigte sie klar ihre Ausrichtung und Überzeugungen in der Lehre.

[255] Wie bereits erläutert wurde (vgl. Kapitel 2) ist die Parteitreue heute nicht mehr so, wie sie es in der Zeit der Parteien des Typs Volkspartei war. So sank beispielsweise in Großbritannien die Stimmtreue für eine bestimmte Partei von 44%

Interessant an diesem Prozess ist, dass, ausgehend von einer gemeinsamen Geschichte, aus der alten nun eine neue PAN entstanden ist. Sie verleugnet ihre Vergangenheit nicht, entschied sich aber für einen anderen Weg als den der Gründerväter. Dabei ist die Entstehung des neuen *panismo* von großer Bedeutung. Im Rahmen eines Parteiensystems, in dem drei starke Parteien existieren: PRI, PAN und PRD, gelang es der PAN, sich an die neue Zeit und die neu entstandenen Thematiken anzupassen. Sie modernisierte ihre Struktur und ihre Programmatik. Außerdem kam hinzu, dass die PAN über eine bedeutende Zahl von Vertretern verfügte, die von außerhalb der Partei kamen und sich zusammenfanden, die aber nun in der Partei Macht auf sich vereinen konnten.

Die PAN ist eine Partei geworden, die in ideologischer Hinsicht der Ideen programmatischer ist. Zugleich sieht man gegenwärtig eine professionellere Struktur bei der Entscheidungsfindung, die, wie sich gezeigt hat, normalerweise für die Elite reserviert war. Dennoch wurden viele wichtige Entscheidungen dezentral in den Bundesstaaten getroffen, die angesichts der Bedeutung, die sie durch ihre Gouverneure oder die politischen Klassen erlangt haben, heute als eine von der zentralen Gewalt unabhängige Macht angesehen werden. Deshalb ist die PAN eine Partei, die aus ihrer Macht in den Bundesstaaten heraus ihre nationale Macht eroberte.

4.5.1 Die neue Institutionalisierung und die Modernisierung der Parteien in Mexiko

Mit Beginn der Transition zur Demokratie Mitte der 1990er Jahre und ihrer Konsolidierung nach den Wahlen im Jahr 2000 hat sich das mexikanische Parteiensystem zu einem Dreiparteiensystem gewandelt. Im Fall von Mexiko liegt der Wendepunkt für den Demokratisierungprozess wie auch für die Modernisierung des Wahlsystems bei den politischen Wahlreformen von 1996, die effektiv beide Ziele verfolgten – Transition und Demokratie –, weshalb die aktuelle politische Institutionalität die Modernisierung der Parteien beeinflusste, was sich in den beiden wichtigsten Parteien des Systems, PRI und PAN, widerspiegelt. Es kann festgehalten werden, dass sowohl die PRI als auch die PAN einige Charakteristika von professionellen Wählerparteien haben, was aber nicht bedeuten muss, dass sie professionelle Wählerparteien sind, sondern dass einige Elemente, die diese Parteien besitzen, den Elementen professioneller Wählerparteien ähneln. Obwohl die Parteien immer noch wichtige Merkmale von Parteien des Typs Volkspartei haben, wie bei dieser Untersuchung gezeigt wurde, sind sie dennoch eigentlich Mehrheitsparteien (vgl. Kap. 5).

Im Fall der PRI haben sowohl der Machtverlust als auch die interne Krise in der Partei bis zu den Parlamentswahlen 2003 zur Modernisierung der Struktur geführt, wodurch sie eine sozialdemokratische Position einnahm (vgl. das Dokument der XVIII. Generalversammlung der Delegierten der PRI). Andererseits hat sie sich aus ihrer Rolle als Opposition heraus legitimiert.

1964 auf 16% 1997, in den USA identifizierten sich 1960 40% der Wähler klar mit der demokratischen oder republikanischen Partei, 1996 konnte sich nur noch etwa jeder Dritte auf eine Partei festlegen (The Economist, 24. Juli 1999: 51).

Die Erneuerung der PRI bedeutete einen Führungswechsel an ihrer Spitze aufgrund des Machtverlusts. Viele alte regionale und nationale Führungspersönlichkeiten erklärten ihren Rücktritt. Die PRI der 1990er Jahre erlaubte die Wahlreformen, die Mexiko demokratisierten, sogar zum Nachteil der Partei, die ihre Macht einbüßte. Die heutige PRI ist eine Partei, die ihre Macht bei den Gouverneuren und im Parlament gefestigt hat, um eine demokratische Opposition zu Fox darzustellen.

Im Falle der PAN ist es nicht mehr nötig, innerhalb der Partei eine große Wahlmaschinerie oder gute „*broker*" zu besitzen, um die Unterstützung der lokalen Führungspersonen zu gewinnen. Sie benötigt zuerst eine äußere Legitimation wie zum Beispiel Fox, über dessen Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der PAN nicht einmal in Vorwahlen entschieden werden musste.[256] Viele der Gouverneure der PAN stammten nicht aus der Politik, sondern aus Unternehmerkreisen, dort waren sie bereits erfolgreich gewesen und hatten sich bewiesen, bevor sie in die Politik gingen. Als Fox das Amt des Präsidenten übernahm, war die oberste Führungsebene der Partei nicht unbedingt auf seiner Seite. Sie lag sogar in den Händen derjenigen Gruppe, die dem *neopanismo* kritisch gegenüber stand, dies verhinderte jedoch die Kandidatur von Fox nicht. Bereits vor seiner Kandidatur war Fox ein Medienprodukt gewesen, er nutzte seine politische und fachliche Erfahrung, um den größten Nutzen aus allem zu ziehen und seine Kandidatur innerhalb der PAN durchzusetzen. Dieselbe Strategie verfolgte er später im Wahlkampf (vgl. Trejo 2001; Winocur 2001; Exeni 2001).[257] Doch Fox brauchte die PAN, obwohl er über die Unterstützung der „*Amigos de Fox*" verfügte. Die Wahlmaschinerie der PAN vor den Wahlen war eine der stärksten in dieser Kampagne. 1999 verfügte die PAN über 121 nationale Abgeordnete, 32 Senatoren, 287 Bürgermeister in den Städten, darunter 12 Hauptstädte von Bundesstaaten, und 7 Gouverneursämter, Letztere entsprachen etwa 30% der Bevölkerung des Landes.[258]

Im Innern der PAN hatten die Mitgleider der Basis einen Teil ihrer Bedeutung bei der Entscheidungsfindung verloren, da die meisten Entscheidungen von der politischen Klasse der PAN bei Parteikongressen gefällt wurden (vgl. Loaeza 2001a). Bei der Wahl der Kandidaten für die Gouverneursämter als auch für das Parlament herrschte das Kriterium der Popularitätswerte vor, kombiniert mit internen Wahlen, die meistens die Führer einer der beiden wichtigsten aktuellen Tendenzen gewannen, nämlich des *neopanismo* oder der historischen liberal-konservativen Gruppe. So verloren die Aktivisten oder *broker* ihre Notwendigkeit bei internen Wahlen (vgl. Reveles 2001). Seit der Kampagne von 1997 werden in der PAN (dasselbe konnte

[256] In der Kampagne positionierte sich Fox über der Partei und führte diese nicht aus der Partei heraus. Drei Jahre vor den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2000 hatte er als Gouverneur von Guanajuato bereits seine Absicht angekündigt, Präsidentschaftskandidat zu werden. Später schuf er eine Struktur, die ihm Unterstützung dabei verschaffte, nämlich die Vereinigung „*Amigos de Fox*". Schließlich blieb der PAN keine andere Wahl, sie musste diese außerparteiliche Struktur akzeptieren, als Fox bereits erklärter Kandidat war (Singer 2000: 45).

[257] Fox gab 391 Millionen Pesos im Wahlkampf aus, 80% davon wurden für Wahlwerbung in den Medien verwendet (Singer 2000: 42f.).

[258] Die bedeutenderen Ämter der Kampagne von Fox wurden schließlich mit *panistas* besetzt.

bei der PRI nach der Wahl von Zedillo beobachtet werden) Wahlkampfexperten hinzugezogen, sogar aus dem Ausland. Genauso wie bei der Kampagne von Fox nordamerikanische Experten als Berater fungierten. Ein anderes Element, das die neue PAN charakterisierte, war die Tatsache, dass viele der Führungsmitglieder von außerhalb der Politik kamen, vor allem aus der Unternehmerschicht, und dass sie während der Ausübung ihrer politischen Ämter auch ihre öffentlichen Aktivitäten beibehielten, damit sie zu ihrer ursprünglichen Tätigkeit zurückkehren konnten, wenn die Politik für sie nicht länger interessant wäre oder wenn sie ihr politischen Amt verloren (vgl. die Beispiele von Sinaloa und Nueva León). Trotzdem gehört zur PAN heute eine bedeutende Anzahl von Fachleuten, die von der Politik und für die Politik leben und sich keiner anderen Tätigkeit widmen (vgl. Sirvent 2002). Eine wichtige Frage ist die der Finanzierung der Politik und der politischen Parteien, eine wichtige Bedingung der modernen politischen Systeme, was auch ein Merkmal des politischen Systems in Mexiko ist und außerdem dazu beiträgt, die Professionalität der Politik zu steigern. Wenn es nicht notwendig ist, einer anderen lukrativen Beschäftigung zur Bestreitung des Lebensunterhalts nachzugehen, verwendet der Politiker seine ganze Energie und sein ganzes Können auf eine einzige Tätigkeit, nämlich die Politik, was für moderne Parteisysteme charakteristisch ist (vgl. von Beyme 2000,144 ff.).

Auch wenn die wichtigsten Parteien des mexikanischen Parteiensystems, in diesem Fall die PAN, einige Merkmale einer professionalisierten Wählerpartei aufweisen, wie von von Beyme (2000) beschrieben, kann man sie dennoch nicht als solche klassifizieren, da die mexikanische Wahlgesetzgebung modern ist und auf einem Entwurf basiert, der sowohl die Demokratie als auch das Parteiensystem stärkt. Obwohl die mexikanische Demokratie noch jung ist und obwohl nicht alle Merkmale für eine Zusammenfassung des mexikanischen Parteiensystems vorhanden sind, weisen die drei wichtigsten Parteien Mexikos und vor allem die PRI und die PAN Merkmale einer Volkspartei auf. Man kann aber auch bestimmte Elemente feststellen, die sie an die Parteien des Typs professionelle Wählerpartei annähern. Man wird abwarten müssen, wie sich die mexikanischen Parteien weiter entwickeln werden.

4.5.2 Die PAN in der neuen demokratischen Institutionalität

Nachdem sich die Euphorie nach den Wahlen gelegt hatte, stand die PAN vor einem für sie neuen Prozess, nämlich die Regierung zu stellen. Andererseits musste der Prozess der Demokratisierung konsolidiert werden, der bereits unter der Regierung von Zedillo begonnen hatte. Die PAN stand vor keiner einfachen Aufgabe, da sie über 60 Jahre lang Oppositionspartei gewesen war. Nun war sie die Regierungspartei, verfügte aber nicht über die Mehrheit im Parlament, und die Erwartungen der Wähler an die neue Regierung waren sehr hoch gesteckt.

Weder für die PAN noch für Fox war es einfach, ein Land zu regieren, das in seiner Regierung und der Bürokratie so stark von der Linie der PRI geprägt war. Das Positive in diesem ge-

samten Prozess lag jedoch darin, dass die demokratischen Institutionen im Land funktionierten und niemand mehr die Wahlergebnisse in Frage stellte. So z.B. bei den Parlamentswahlen im Juli 2003, als die PAN auf den zweiten Platz hinter der PRI abrutschte. Sie erhielt 32,8% der Stimmen, die PRI 36,9% und die PRD 18,8%.[259] Diese Zahlen sind jedoch nicht so negativ, wie sie vielleicht erscheinen mögen. Vergleicht man sie mit der Wahl des Jahres 1997, konnte die PAN 6 Punkte hinzugewinnen, die PRI verlor etwa 2 und die PRD über 5 Punkte. Vergleicht man sie jedoch mit den Abgeordnetenwahlen des Jahres 2000, in denen die Präsidentschaftswahlen und der Kampf zwischen der PAN und der PRI bereits eine große Rolle spielten, lässt sich feststellen, dass die PAN 12 Punkte verlor, die PRI um 8 zurückging und die PRD 6 Punkte zulegen konnte.[260]

Doch die niedrige Wahlbeteiligung, die bei den letzten Wahlen augenscheinlich wurde, sollte der PAN und der politischen Klasse insgesamt weitaus größere Sorgen bereiten. Im Jahr 1997 nahmen 42% der Bürger nicht an der Wahl teil, was als schwerwiegende Entwicklung betrachtet wurde. Nach den Wahlen 2000 lag die Zahl derjenigen, die nicht teilgenommen hatten, bei 35%, doch bei den Wahlen 2003 betrug die Zahl bereits 59%. Rechnet man noch die ungültigen Stimmen (3%) mit ein sowie die nicht ausgefüllten Stimmzettel (1%), würde dies bedeuten, dass die Parlamentarier der verschiedenen Parteien von nur 37% der wahlberechtigten Bevölkerung Mexikos gewählt wurden. Überträgt man dies auf die Parteien, vertritt die PRI bei einer Gesamtzahl von etwa 64.000.710 Wählern, die 100% entsprechen, nur 15%, die PAN in etwa 12% und die PRD 7% (vgl. Tello 2003).[261]

Das politische System in Mexiko ist zwar vollständig demokratisiert worden, doch die Akteure in diesem System müssen versuchen, Möglichkeiten zu finden, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen und somit auch eine bessere Vertretung der Bürger zu erreichen. Es genügt nicht, nur die politischen Parteien zu stärken, auch wenn Mexiko in der Vergangenheit große Anstrengungen unternommen hat, um in diesem Bereich Fortschritte zu erzielen. Mexiko ist beispielsweise weltweit eines der Länder, in denen der Staat das meiste Geld in die Wahlkampagnen der Parteien investiert. Und dennoch ist die Wahlbeteiligung sehr niedrig. Bei den letzten Wahlen wurden für jede Stimme durchschnittlich etwa 44 US$ ausgegeben.[262] Die Gesetzgebung hinsichtlich der Parteien ist in Mexiko recht modern (vgl. Kapitel 5), gleiches gilt für das Wahlsystem und die Institution, die diese überwacht, das IFE. Dies ist das modernste und beste Wahlinstitut Lateinamerikas. Doch die letzten Wahlen haben klar gezeigt, dass die politischen Parteien ihr Ansehen verloren haben. Dies betrifft auch die PAN, die eine Hauptkomponente im Parteien-

[259] So die inoffiziellen Zahlen des IFE zu dem Zeitpunkt, als die vorliegende Arbeit verfasst wurde.

[260] Die PVM, ehemaliges Mitglied der Regierung der PAN, erreichte über 6% der Stimmen.

[261] Im *Distrito Federal* war die Wahlbeteiligung dramatisch niedrig, nur 43% der Bürger wählten. 1997 waren es 68% und 2000 72%.

[262] In den 109 Tagen des Wahlkampfs standen den Parteien 461 Millionen US$ zur Verfügung, die sie untereinander zu teilen hatten. Verglichen mit den Ausgaben von 158 Millionen US$ in Frankreich, 30 Millionen US$ in Brasilien oder 230 Millionen US$ in Japan, ist die Zahl für Mexiko angesichts der sozioökonomischen Gegebenheiten im Lande sehr hoch. Dies hat auch Auswirkungen auf das Bild der Politik.

system darstellt, die Regierung stellt und auch den Wandel anführen wollte. Dies alles wird von der mexikanischen Bevölkerung noch nicht geschätzt. Sie zeigt dies dadurch, dass sie nicht an den Wahlen teilnimmt und nicht mehr für die PAN stimmt.[263]

Die Wahlen im Juli 2003 waren für die PAN ein Signal, um zu zeigen, ob sie wirklich für den Wandel stehen kann, den Fox in seinem Wahlkampf 2003 versprach. Bis zu den letzten Wahlen sahen die Wähler dies noch nicht. Die Mexikaner haben wenig Vertrauen in die politische Klasse und die politischen Parteien. Die Verantwortung, die die PAN innehat, umfasst daher verschiedene Aspekte, wie etwa hinsichtlich der Regierung. Hier muss die PAN eine effiziente Führung schaffen, die auch für Ergebnisse sorgt und nicht für Skandale, somit könnten die politischen Parteien an Glaubwürdigkeit gewinnen.

4.6 Fazit

Angesichts der politischen und wirtschaftlichen Merkmale ist der mexikanische Prozess der Transition und der Konsolidierung der Demokratie einzigartig in Lateinamerika und hat sehr positive Ergebnisse gebracht. Die Wirtschaftsreformen der Amtszeiten von De la Madrid und Salinas de Gortari, die in der Zeit von Zedillo konsolidiert und von Fox weitergeführt wurden, hatten zusammen die Zustimmung der politischen Klasse Mexikos. Die mexikanische Wirtschaft ist heute eine der stabilsten, offensten und stärksten in Lateinamerika. Sie hat die Vorteile der Globalisierung genutzt und eine Reihe von wirtschaftlichen Abkommen geschlossen, womit sie sich auf zufrieden stellende Art an die internationalen Märkte anpasst, was sie zur achtgrößten Wirtschaft weltweit gemacht hat. So lief der Prozess des wirtschaftlichen Wandels parallel zu dem des politischen Wandels ab. Seit der Regierung von Salinas de Gortari kann beobachtet werden, wie sich langsam eine politische Öffnung entwickelt, die sich in der Zeit von Zedillo vertiefte, womit die Transition zur Demokratie begann, die sich entscheidend in den Politik- und Wahlreformen des Jahres 1996 festigte. Der Prozess der Transition zur Demokratie wurde in dem Moment abgeschlossen, als Fox zum Präsidenten gewählt wurde, als die Spielregeln der Demokratie vollständig das politische Leben in Mexiko bestimmten. Somit hat Mexiko heute eine gute Basis für den demokratischen Konsolidierungsprozess.

Die mexikanische Wirtschaft hat seit Mitte der 1980er Jahre sehr schnelle und bedeutende Veränderungen erfahren. Die wirtschaftlichen Reformen, die durch die Regierungen von Miguel de la Madrid (1982-1988), Carlos Salinas de Gortari (1988-1994) und Ernesto Zedillo (1994-2000) in Gang gesetzt worden waren, lösten einen großen Teil der Verankerungen, die länger

[263] Nach Informationen des Latinobarómetro 2002 unterstützen die Wähler in Mexiko weiterhin die Demokratie als System mit 63%, somit liegt Mexiko auf dem 5. Platz hinsichtlich der Unterstützung der Demokratie weltweit. Der Durchschnitt beträgt in Lateinamerika etwa bei 56%. Doch untersucht man, wie zufrieden die Bürger mit der Demokratie sind, zeigt sich ein anderes Bild. In Mexiko sind nur 18% der Bürger zufrieden mit der Demokratie, damit liegt das Land auf Platz 13 weltweit und weit über dem Durchschnitt in Lateinamerika, der 32% beträgt. Nur 12% der Mexikaner vertrauen den politischen Parteien, doch die Mehrheit der Bürger, 56%, ist überzeugt, dass es ohne diese keine Demokratie geben kann.

als sechs Jahrzehnte das protektionistische und interventionistische System gestützt hatten. Die Regierung von Vicente Fox (2000-) fährt mit der Wirtschaftspolitik fort, die seine Vorgänger begonnen haben, was der Konsens der mexikanischen Wirtschaftspolitik der letzten 20 Jahre war. Im wirtschaftlichen Bereich stimmte die politische Klasse Mexikos in den wesentlichen Punkten mit einer strukturellen Marktreform überein, was bedeutete, die Wirtschaft weitläufig zu liberalisieren.

Das politische System hat moderne Institutionen, die seit ihrer Einführung im November 1996 bei drei Wahlen getestet wurden, was wiederum die Weiterentwicklung der politischen Parteien erlaubte. Dabei konsolidierte sich das politische System, das sich andererseits institutionalisiert hat, indem es seinerseits das Dreiparteiensystem schuf. Typologisch sind die Parteien in Mexiko, besonders die PRI und die PAN, im Status einer Partei des Typs Volkspartei konsolidiert. Trotzdem kann man gegenwärtig gewisse Merkmale beobachten, die zu einer professionellen Wählerpartei gehören. Dennoch ist diese Beobachtung theoretisch und kann im Hinblick auf die Typologie der mexikanischen Parteien nicht verallgemeinert werden.

Wahrscheinlich beruht einer der Fehler des politischen Systems in Mexiko auf der schwachen Verbindung der Parteien zu den Bürgern, die sich nicht dazu aufgerufen fühlen, wählen zu gehen. Dies zeigte sich zum Beispiel bei der letzten Wahl, bei der die Wahlbeteiligung weniger als 50% betrug. Auf gleiche Weise spiegelt sich die Situation in dem Vertrauen wider, das die Menschen in die Parteien haben (12%) oder hinsichtlich der Zufriedenheit mit der Demokratie (18%, vgl. Latinobarómetro 2002). Wie Nohlen (2003: 158) gezeigt hat, bestätigt die politische Realität – im Vergleich mit anderen Fällen in Lateinamerika – nicht das Bild, das die Daten des Latinobarómetro zeigen. Deshalb ist es die Aufgabe der politischen Elite, die Politik und die Bürger zusammenzubringen und Wege zu finden, wie die Menschen besser am demokratischen System teilnehmen können, um dieses zu legitimieren.

Die PAN war ein wichtiger Akteur bei der wirtschaftlichen wie auch bei der politischen Reform, da ja beide Reformen hauptsächlich zwischen der PRI und der PAN abgestimmt wurden, auch wenn in den 1990er Jahre die PRD die politische Reform unterstützte. Das Wachstum der PAN bei Wahlen Mitte der 1980er Jahre fällt zusammen mit der Entstehung einer neuen Gruppe in ihrerm Innern, den sogenannten *neopanistas*, die hauptsächlich aus dem Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen im Norden des Landes kamen. Der Einfluss dieser neuen Gruppe und ihre Macht innerhalb wie außerhalb der Partei machte sie zu Favoriten bei der Umsetzung der wirtschaftlichen und politischen Reformen. So stand die Liberalisierung der Wirtschaft, die von den Regierungen der PRI begonnen und durchgeführt wurden, in Zusammenhang mit dem wirtschaftlich-liberalen Gedankenmodell, das diese neue PAN entworfen hatte. In gleicher Form hatte der *neopanismo* ein klares Anrecht auf die politische Macht, da er sich für Reformen der politischen Wahlöffnung einsetzte, womit er gemeinsam mit der PRI – und später mit der PRD – den Weg zu einem demokratischen Mexiko bestimmte. In beiden Prozessen sah sich die

PAN begünstigt, da einerseits die Reformen einem Teil ihrer Führungsschicht zugute kamen, nämlich den Unternehmern, und andererseits die politische Reform ermöglichte, dass die Partei zu höheren Quoten kam.

Aus Sicht der institutionellen Entwicklung entstand die PAN als Reaktion auf die postrevolutionären Regierungen, besonders die unter Cárdenas. Seit ihren Anfängen war das Hauptziel, den Bürger politisch zu erziehen, damit er seine politischen Rechte und die höheren Grade der Freiheit kennenlernt, nach denen die Menschen streben können. Die PAN entschied, legale Opposition zu werden. Das bedeutet, dass die PAN seit ihrer Gründung diese Option als eine Form zur Förderung der demokratischen Erziehung bevorzugte. Außerdem entschied sich die PAN für die Unabhängigkeit vom System der PRI. Das Antreten der PAN bei den Wahlen bedeutete, so das System der Regierungspartei zu legitimieren, die sich Wahl für Wahl in allen Bereichen durchsetzte, in denen Wahlen abgehalten wurden. Dies legitimierte auch das Wahlsystem und die Politik, dennoch diente diese Beständigkeit der PAN, um sich innerhalb des Parteiensystems als Volkspartei zu institutionalisieren.

Wie man bei diesem Institutionalisierungsprozess beobachten kann, hatte sich die PAN keine wichtigen Wahlziele gesteckt, sondern sie wollte ihre Parteistruktur festigen und als Brücke zu den Bürgern dienen. Dies half ihr einerseits, innerhalb des Wahlsystems zu bleiben, aber wie bereits gezeigt wurde, nicht als Wahlalternative. Denn wenn dies ihr Ziel gewesen wäre, wäre das Ausbleiben von Wahlsiegen frustrierend für die weitere politische Entwicklung gewesen. Deshalb bevorzugte die PAN bis in die 1970er Jahre die Wahl als Mittel zur politischen Erziehung.

Die PAN hatte historisch ein niedriges, aber stetiges Wahlergebnis, man kann sagen, dass eher für die PAN als gegen die PRI gewählt wurde, denn wie in dieser Arbeit gezeigt wurde, steigen ihre Wahlergebnisse allmählich an, ohne außergewöhnliche Steigerungen. Sogar 1988, als die PRI in Schwierigkeiten war – unter anderem wegen des Bruchs in ihrerm Inneren – und die Wahl die strittigste in der mexikanischen Geschichte bis dahin war, steigerte sich die PAN um zwei Prozent, womit sie ihren historischen Höhepunkt erreicht hatte. Dennoch hatte die PAN bis in die 1990er Jahre als Ergebnis der neuen politischen Verhältnisse einen wichtigen Wahlanstieg, der zu diesem Zeitpunkt den Willen nach Wandel repräsentierte. Dieses hohe Wahlergebnis erklärt sich unter anderem durch die politischen Schwierigkeiten, die die PRI nach mehr als 60 Jahren an der Regierung hatte, was sich auch in ihrem Bruch im Inneren in der zweiten Hälfte der 80er Jahre widerspiegelt. Die demokratische Öffnung, die Mexiko in den 1990ern erfuhr, drückte sich in Wahlreformen, besonders in denen von 1996, aus. Der Kontext der internationalen Demokratisierung – besonders in Lateinamerika – beeinflusste auf gewisse Weise die Möglichkeiten der politischen Veränderungen. Die Bevölkerung begann den Wunsch nach politischem Wandel zu verspüren, den besonders bei den Wahlen von 1988 auch die PRD verkörperte. Der Aufstieg der PAN erklärt sich auch durch die Tatsache der inneren Veränderungen, vor allem dadurch, dass der *neopanismo* direkt nach der Macht strebte, entgegen der

traditionellen liberal-konservativen Linie, die der These der bürgerlichen Erziehung folgte. Andererseits zeigt der Aufstieg der PAN als Partei, dass sie fähig ist zu regieren. Außerdem kann die Veränderung im Wahlverhalten der Massen einem Effekt der sozialen Mobilisierung zugeschrieben werden, der nicht von der PAN entworfen worden war und der sich innerhalb der Veränderungen der ursprünglichen Verhaltensmuster ergab, im Kontext einer offeneren Gesellschaft, die den großen Informationsmengen der Massenmedien ausgesetzt ist.

Die Bindung an die ODCA gehorcht der Strategie der internationalen Rückendeckung, und im Kampf um die Macht im mexikanischen politischen System ist dieser Schritt aus Sicht der Prinzipien der PAN nicht widersprüchlich, da ja ein wichtiger Teil der lateinamerikanischen und internationalen Christdemokratischen Partei christliche und konservative Forderungen vertritt, die auch die PAN politisch inspirieren.

Aus innerparteilicher Sicht ist es interessant hervorzuheben, dass in der PAN in der Phase des Machtzugewinns zu den beiden wichtigsten Gruppen – der liberal-konservativen und dem *neopanismo* – neue Gruppen hinzukamen. Dies lässt sich dadurch erklären, dass durch den Machtzuwachs die inneren Differenzen in der Partei wachsen. Deshalb haben sowohl die Kläger als auch die Klagen zugenommen.

5 Partido Justicialista: Peronismo als justicialismo

Innerhalb der PJ gibt es eine stillschweigende Übereinkunft, die besagt, dass, wenn einmal ein Kandidat in der Partei gewählt worden ist, um bei den Wahlen anzutreten, die gesamte Partei hinter ihm steht. Diese Übereinkunft, die nicht nur in der PJ gilt, sondern auch typisch für Parteien im Allgemeinen ist, wurde in der PJ seit der endgültigen Rückkehr zur Demokratie in Argentinien im Jahr 1983 stets beachtet.[264] Bei den Wahlen 2003 war dies jedoch nicht der Fall. Zum ersten Mal in der Geschichte der PJ und zum ersten Mal überhaupt in der noch jungen Geschichte der Demokratie in Argentinien stellte eine Partei mehr als einen Kandidaten als ihren Vertreter zur Wahl auf. Bei den Präsidentschaftswahlen am 27. April 2003 trat die PJ mit drei Kandidaten an:[265] Néstor Kirchner, Adolfo Rodríguez Saá und Carlos Menem. Mit diesen drei Kandidaten war die PJ am 27. April 2003 im ersten Wahlgang vertreten.[266]

Von außen betrachtet wirkt es sicherlich zumindest paradox, dass eine Partei, die auf eine mehr als fünfzigjährige Geschichte zurückblicken kann, bei den Präsidentschaftswahlen drei Kandidaten aufstellt und damit keinen größeren Skandal in Politik und Gesellschaft auslöst. Daher ist es sehr schwer, die Dynamik einer Partei oder Bewegung vollkommen zu begreifen, die während der letzten 50 Jahre Teil der Kultur Argentiniens war. Dies ist eine sehr schwierige Aufgabe und kann daher nicht Ziel der vorliegenden Arbeit sein. Aus diesem Grund soll in dieser Arbeit der Schwerpunkt auf den Beziehungen zwischen Präsident Menem und seiner Partei im Zusammenhang mit den neoliberalen Reformen oder der „*economía popular de mercado*“, wie Menem sie nannte, liegen, da diese Beziehungen Auswirkungen auf die Entwicklung dieser Reformen und die derzeitige Situation der PJ hatten. Hierzu heißt es bei Antonio Camou zurecht und fast als Frage an all diejenigen, die die Welt des *justicialismo* oder des *peronismo* ergründen wollen: „Viele Menschen – in Argentinien sowie im Ausland – haben ihr Leben lang den *peronismo* nicht verstehen können; in den letzten Jahren wurde es noch schwieriger, sie mussten auch noch den *menemismo* verstehen.“ (1998: 85)

5.1 Die Ursprünge des peronismo

Die *Partido Justicialista* entstand aus der *Partido Laborista* (PL), die von General Juan Domingo Perón gegründet wurde. Diese Partei setzte sich zusammen aus ehemaligen Mitgliedern der UCR, aus Arbeitern und Gewerkschaftsführern sowie aus verschiedenen konservativen, na-

[264] Die PJ hat also stets ihre Kandidaten unterstützt. Dies war bei allen Präsidentschaftswahlen der Fall: 1983 Italo Luder – Deolindo Bittel; 1989 Carlos Menem – Eduardo Duhalde; 1995 Carlos Menem – Carlos Ruckauf; 1999 Eduardo Duhalde – Alberto Ortega.

[265] Diese Kandidaten durften jedoch weder das Parteizeichen noch den Namen der Partei verwenden.

[266] Bei den Parlamentswahlen 1985 war die PJ bereits zweigeteilt angetreten mit der abgespaltenen FREJUDEPA und der FREJULI *oficialista*.

tionalistischen und katholischen Gruppen.[267] Nachdem Juan Domingo Perón 1943 Präsident geworden war, löste er die PL auf. Die Angehörigen dieser Partei sowie einige Arbeitergruppen gründeten die *Partido Único de la Revolución Nacional* (PURN), die bald zur *Partido Peronista* (PP) wurde.[268] Bei den Wahlen im November 1951 wurde Perón mit 63,5% der Stimmen wiedergewählt, die PP erhielt bei den Parlamentswahlen 1951 und 1955 mehr als 60% der Stimmen.[269] Ihre Grundidee stützte sich auf das, was Perón als „*justicialismo*" bezeichnete. Dieses Konzept war mit der Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit (*justicia social*) verbunden, welche zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus einzuordnen war. Als höchstes Ziel verfolgte man die Industrialisierung und die Einkommensumverteilung.[270] Der so genannte *peronismo* war in drei Bereiche gegliedert: die Bereiche Politik, Gewerkschaften und sowie die Frauenbewegung. Letztere wurde durch Peróns Ehefrau, Eva Duarte, eher bekannt als Evita de Perón, gestärkt. Der wichtigste Bereich zur Unterstützung von Peróns Macht war jedoch der der Gewerkschaften. Dort wird um Perón bis heute eine Art Personenkult betrieben.[271] Perón wurde durch einen Militärputsch am 19. September 1955 gestürzt und verbrachte 18 Jahre im Exil, blieb aber

---

[267] Nach einem Militärputsch unter der Führung von General Arturo Rawson wurde Präsident Ramón Castillo am 4. Juni 1943 gestürzt. Rawson stand an der Spitze einer Militärregierung, seine Position übernahm jedoch General Pedro Ramírez, der wiederum durch General Edelmiro Farrel ersetzt wurde. Farrel unterstützte Oberst Juan Domingo Perón, damit dieser die Ämter des *Secretario del Trabajo y Previsión*, des Kriegsministers, des *Director del Consejo Nacional de Post-Guerra* und des Vizepräsidenten übernehmen konnte. Da Perón jedoch durch diese Ämter zu viel Macht in sich vereinigte und besonders bei den Arbeitern und Gewerkschaften immer beliebter geworden war und so seinen Einfluss vergrößern konnte, wurde er durch die Armee gezwungen zurückzutreten (vgl. Jackisch 1990: 74).

[268] Der Ursprung des *justicialismo* lässt sich konkret datieren auf den 17. Oktober 1945, den so genannten *día de la lealtad*. Nachdem man Perón gezwungen hatte zurückzutreten, wurde er inhaftiert und als Gefangener auf die Insel Martín García gebracht. In Buenos Aires fanden große Proteste statt, seine Anhänger verlangten die Freilassung ihres Führers. An ihrer Spitze standen hohe Gewerkschaftsvertreter und Eva Duarte (vgl. Horowicz 1986: 55). Bei den Wahlen am 24. Februar 1946 siegte Perón mit 55% der Stimmen. Außerdem erhielt er zwei Drittel der Stimmen im Abgeordnetenhaus. Des Weiteren unterstützten ihn fast alle Senatoren, mit Ausnahme von zwei Senatoren, die die konzertierte Opposition unterstützten, welche sich unter dem Namen *Unión Democrática* vereinigt hatte (Jackisch 1990: 74).

[269] Perón wurde als populistisch und als Caudillo eingestuft. Diese beiden Einordnungen haben zwar für die Untersuchung des *peronismo* ihre Bedeutung, sollen aber in der vorliegenden Studie nicht berücksichtigt werden, da sie über die Zielsetzung dieser Arbeit hinsichtlich der *Partido Justicialista* hinausgehen. Bezüglich des Populismus sei verwiesen auf Nohlen 2001b: 405-405, zu Perón als Caudillo vgl. Plotkin 1993; Neiburg 1998.

[270] Das Modell basierte auf einer starken Monopolbildung im Staat als Antwort auf den Niedergang des liberal-oligarchischen Staates. Nach Perón war die Grundidee dieses Staates, Kapital und Arbeit zusammenzuführen. Die Wirtschaftspolitik zeichnete sich durch den „*redistribucionismo*" (Umverteilung) aus. Dies kam direkt der Arbeiterklasse zugute und verbesserte ihre Lebensbedingungen sehr rasch. Dadurch unterstützten die Arbeiter Perón und den *peronismo* bei den Wahlen: „Die peronistische Regierung der 40er und 50er Jahre markierte den Höhepunkt des ‚nach innen' gerichteten wirtschaftlichen Wachstums und brachte zugleich die sukzessiven Wellen der Integration neuer sozialer Schichten in das Gesellschaftsgefüge zum Abschluss." (Waldmann 1995: 151). Perón sah im Staat eine Institution, in der sich die Volksdemokratie und die Sozialdemokratie entwickeln sollten, so wie er es im nationalsozialistischen Deutschland oder im faschistischen Italien beobachtet hatte. Diese Gesellschaften behielt er im Gedächtnis und bewunderte sie: „Ein organisierter Staat für eine vollkommen geordnete Gemeinschaft, ebenso für ein vollkommen geordnetes Volk, eine Gemeinschaft, in der der Staat das Instrument dieses Volkes darstellte, dessen Vertretung meines Erachtens effektiv war. Und ich dachte, dass dies die politische Zukunft sein müsste, d.h. die wahre Volksdemokratie, die wahre Sozialdemokratie." (Perón 1976: 29) Nach Sidicaro ist Peróns Auffassung vom Staat jedoch eher mit der Regierungsführung verbunden, da sich seine Doktrin insgesamt mit der Regierung beschäftigte und die drei Hauptziele des *peronismo* soziale Gerechtigkeit, politische Souveränität und wirtschaftliche Unabhängigkeit waren (1995a: 39).

[271] Im Jahr 1949 wurde eine Reform der seit 1853 geltenden Verfassung durchgeführt. Am 17. Oktober 1950 verkündete Perón von einem Balkon der Casa Rosada die „*Veinte Verdades del Peronismo*", worauf er den *justicialismo* aufbaute. Dieser ging ab diesem Moment über die Parteigrenzen hinaus und wurde zu einer nationalen Bewegung. In der „*Verdad número 8*" des *peronismo* hieß es, die Werteskala jedes Peronisten müsse folgendermaßen aussehen: an erster Stelle das Vaterland, an zweiter die Bewegung und an dritter der Mensch. Das Konzept der über den Parteien stehenden Bewegung beeinflusste die Art, in der sich die Anhänger des *peronismo* selbst definierten. Ihr Handeln ging über die Partei hinaus, die Tatsache, dass sie den Gewerkschaften angehörten und in diesem Rahmen handeln konnten, ohne der Partei anzugehören, verschaffte ihnen eine Position, die mitunter mehr Gewicht hatte als sie innerhalb der PJ hätten erreichen können. Dies war zumindest bis zur zweiten Hälfte der 1980er Jahre der Fall. Die Gewerkschaftler spielten eine bedeutende Rolle bei den parteiinternen Wahlen der *justicialistas* für die Präsidentschaftswahlen 1983 und waren auch der entscheidende Faktor bei den internen Wahlen 1989 zwischen Cafiero und Menem. Man begriff sich eher als Bewegung denn als Partei. Menem selbst erklärte hierzu 1983: „Este Justicialismo no es mero partido político integrante de la Partidocracia liberal, responsable de casi todos los males que azotan al país, sino que es un movimiento puramente nacional, popular, humanista y cristiano." (Cerruti 1994: 150)

in Argentinien sehr beliebt und genoss weiterhin die Unterstützung der Wähler. Nach dem Ende des Militärregimes, das in Argentinien zwischen 1966 und Anfang 1973 regierte, fanden im März 1973 Wahlen statt. Der Kandidat der *peronistas*, Héctor Cámpora, gewann die Wahlen mit 49,5% der Stimmen. Wenige Monate später trat er zurück, damit Neuwahlen abgehalten werden konnten, bei denen Perón kandidieren konnte. Dieser gewann die Wahlen, die im September desselben Jahres stattfanden, mit 61,8% der Stimmen und wurde Präsident. Im Juli 1974 starb Perón jedoch. Die Vizepräsidentin, seine dritte Ehefrau María Estela Martínez, übernahm das Amt, wurde aber durch einen Militärputsch im März 1976 gestürzt (vgl. Waldmann 1995: 173). Nach dem Sturz der Militärregierung und der Niederlage im Falkland-Krieg[272] begann eine neue Phase der Demokratie, in der der Vertreter der Radikalen, Raúl Alfonsín, gewählt wurde. Er setzte sich gegenüber dem *justicialista* Italo Luder durch (vgl. Zilla 1998: 17ff.).

5.2 Die renovación justicialista

Bei den Wahlen vom 30. Oktober 1983 setzte sich das Gespann der Radikalen, Alfonsín und Martínez, gegenüber dem der *justicialistas*, bestehend aus Luder und Bittel, durch.[273] Dies bedeutete nicht nur eine Niederlage für den *justicialismo*, sondern ebenso für die traditionalistische Gruppe des *peronismo*, genannt die Orthodoxen.[274] Es war eine harte Niederlage, da es das erste Mal war, dass der *justicialismo* bei Wahlen scheiterte. Daher wurde starke Selbstkritik in der PJ laut. Diese kam beim *Congreso Nacional* im Dezember 1984 sowie bei den Treffen der Partei im Februar und Juli 1985 zum Ausdruck. Dort übernahmen die orthodoxen Gewerkschaftler die Macht (vgl. Podetti/Qués/Sagol 1988: 92-93).

5.2.1 Gewerkschaftsbewegung und *renovación*

Bei den Wahlen des Jahres 1983 war der *peronismo* vollkommen gespalten, die Selbstkritik der Regierung von 1973-1976 war vergessen.[275] Die peronistische Programmatik berief sich auf

[272] Vgl. Mercado 1996: 241-247.

[273] Die orthodoxen *justicialistas* sahen den Erfolg bereits als gesichert an; einige Tage vor den Wahlen 1989 prophezeite Alfonsín jedoch: „*los peronistas se iban a llevar la sorpresa del siglo*“ (vgl. Camou 1998: 91).

[274] Die *peronistas* konnten die Niederlage nicht begreifen. Sie glaubten, nur weil sie *peronistas* waren und weil die Kandidatur der Partei hauptsächlich von Arbeitern unterstützt wurde, die eine bedeutende Rolle in der Zeit der Opposition gegenüber den Militärs gespielt hatten, sei ihnen der Erfolg sicher. Sie mussten aber erkennen, dass der PJ eine parteiinterne Struktur fehlte. Bei der *Confederación General de Trabajadores* (CGT) war diese vorhanden. Dort besaßen die traditionellen Gruppen des *peronismo* großen Einfluss. Die Parteistruktur der *justicialistas* war jedoch zu schwach ausgebildet. Diese Ansicht vertrat auch ein Mitglied der *grupo renovado*, José Manuel de la Sota. Er erklärte, eine Struktur habe es in der PJ nie gegeben; die Struktur seien Juan Perón und das Volk gewesen. Bei den Wahlen 1973 habe niemand Perón zu seinem Programm befragt (Moncalvillo/ Fernández 1986: 39ff.). Des Weiteren gab es keine Garantie darüber, wie regierungsfähig die Kandidaten waren. Die peronistischen Kandidaten stützten sich einzig und allein auf die Vergangenheit. Die Wählerschaft erinnerte sich insgesamt jedoch noch gut daran, welche Verantwortung die *justicialistas* beim Niedergang der Demokratie trugen (vgl. Nun 1988: 18ff.; Mallo 1991: 135).

[275] Ein Teil der *grupo renovado* war überzeugt, das Ende des peronistischen Regimes gehe unter anderem auf das Vorgehen der Gewerkschaften gegen die Regierung von Isabel Perón im Jahr 1975 zurück. Sie waren der Ansicht, der Militärputsch 1973 hätte vermieden werden können, hätten die peronistischen Gewerkschaftsführer mehr politisches Verantwortungsbewusstsein gezeigt (vgl. Nun 1990: 18f.; Fernández 1995: 223).

die Werte des *peronismo*, die jedoch immer wieder anders dargelegt wurden.[276] Sie richteten sich gegen den erneuerten Radikalismus unter der Führung von Alfonsín, der die ganze Partei hinter sich wusste. Die Mehrheit der Parteispitze des *Consejo Nacional Justicialista* erkannte die Witwe Peróns, María Estela Martínez (Isabel), die sich in Spanien aufhielt, als Vorsitzende des *peronismo* an. Sie verfolgte jedoch nicht die Absicht, den *justicialismo* zu einen und zu organisieren. Die Gewerkschaftsbewegung, deren Führung vollständig in den Händen von *peronistas* lag, war gespalten durch die CGT Brasil,[277] in der sich seit 1979 die Gewerkschaften zusammengefunden hatten, die sich in klarer Opposition zur Militärdiktatur befunden hatten. Diese wurden „*los 25*" genannt. Auf der anderen Seite der Arbeiterbewegung stand die CGT Azopardo, die den Dialog mit dem Regime gesucht hatte. Der zu den *justicialistas* gehörende Gewerkschaftsführer Lorenzo Miguel, der sich 1981 „*los 25*" angeschlossen hatte, wodurch die CGT Brasil entstand, löste vor diesem Hintergrund Spannungen in den parteiinternen Beziehungen der PJ aus. So erhielten die 62 Organisationen eine große Bedeutung.[278] Sie wurden später zum entscheidenden Faktor bei den Wahlen innerhalb der Partei.

Beim *Congreso Nacional* der PJ am 3. September 1983 waren die 62 Organisationen entscheidend. Sie sorgten dafür, dass sich Luder und Bittel als Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen durchsetzten. Die wichtigste Rolle bei dieser Entscheidung kam Miguel zu, der mit der MUSO brach, ebenso wie der stellvertretende Vorsitzende der Partei, Bittel, der sich von der Organisation unter der Führung von Cafiero trennte. Das verfolgte Ziel war es, gänzlich die Möglichkeit auszuschließen, dass Cafiero eine bedeutende Rolle in der Politik der PJ spielen könnte, sei es auf nationaler Ebene oder in der Provinz von Buenos Aires. Daher wurde Cafiero weder Kandidat für die Präsidentschaftswahlen noch für die Position des Gouverneurs von Buenos Aires. Kandidat der Partei wurde Herminio Iglesias, der auf die Unterstützung Miguels und der 62 Organisationen zählen konnte.

Innerhalb der Partei lag die Macht in den Händen der Gewerkschaftler. Sie leiteten den Wahlkampf und vertraten den *peronismo* gegenüber den Wählern. Doch während des Wahlkampfs und auch danach gereichte den Gewerkschaftlern und somit auch dem *justicialismo* eines zum Nachteil: die Tatsache, dass sie die Militärdiktatur in dem verheerenden Falkland-Krieg unterstützt hatten.[279] Die Erinnerung der Gewerkschaftler und die Mitglieder der PJ an die

---

[276] Nach dem Sieg 1973 sagte Perón selbst etwas, an das sich die peronistischen Gewerkschaftsführer stets erinnerten: „Im *peronismo* existieren alle Strömungen nebeneinander, von der Linken bis zur Rechten, sie kommen gut miteinander aus und sind gute *peronistas*. Der Grund dafür ist, dass wir in Argentinien auf dem Weg zu einer integrierten Demokratie sind." (Aboy 2001: 267), (übersetzt durch den Verfasser).

[277] So benannt, da sich der Sitz dieses Arbeiterverbands in der Calle Brasil befand. Er wird auch *Confederación General del Trabajo de la República Argentina* (CGT-RA) genannt.

[278] Die 62 Organisationen gehen zurück auf den Oktober des Jahres 1957. Damals fand ein *Congreso* der CGT statt, ursprünglich, um eine gemeinsame Opposition gegen die Militärdiktatur von Pedro Eugenio Aramburú zu schaffen. Bei dieser Veranstaltung waren sowohl peronistische als auch nicht peronistische führende Vertreter der Verbände versammelt. Die wichtigste Organisation war die *Unión Obrera Metalúrgica*. Nach ihrer Gründung vermischten sich diese Organisationen mit der peronistischen Gewerkschaftsbewegung. Ihre wichtigsten Führer waren Augusto Timoteo Vandor und Lorenzo Miguel (vgl. Murillo 1997; 1997a).

[279] Die 62 Organisationen sowie ihr Führer Miguel hatten die Militärs bei ihrem bewaffneten Einmarsch unterstützt. Bei einer Massenveranstaltung im April 1982 auf der Plaza de Mayo hatte Lorenzo Miguel verkündet: „Venimos hoy aquí, de la misma manera que intentamos hacerlo el 30, porque entendemos que la patria está en peligro; no venimos a cobrar una

Militärs sowie die immer noch bestehenden Beziehungen zu ihnen erschwerten den Wahlkampf der *justicialistas* ebenfalls.[280] Die PJ erlebte eine Niederlage, in erster Linie war es jedoch eine Niederlage für die Gewerkschaftler oder die Orthodoxen.

5.2.2 Die Zeit der *renovados*

Nach der Wahlniederlage entstand in der PJ in der Provinz Buenos Aires eine interne Gruppe, die „*Renovación Peronista*" (RP) genannt wurde. An ihrer Spitze stand Antonio Cafiero, an seiner Seite standen bedeutende Vertreter wie Eduardo Duhalde.[281] Diese Gruppe forderte die Parteiführung auf, freie interne Wahlen abzuhalten. Diesem Wunsch wurde jedoch nicht entsprochen.[282] Die abgespaltenen *renovados* traten unter der Bezeichnung *Frente Justicia Democracia y Participación* (FREJUDEPA) an, bei den Wahlen wurden sie unterstützt von der PDC und der *Izquierda Nacional* (IN).[283] Die FREJUDEPA siegte klar über den *oficialismo justicialista* und erreichte doppelt so viele Stimmen wie dieser. Von 34% der Stimmen, die der *peronismo* insgesamt bei den Parlamentswahlen des Jahres 1985 erreichte, entfielen etwa 20% auf die Bewegung der *justicialistas renovadores.*[284]

Ab diesem Moment begann die *Renovación Peronista* in der Partei die Macht zu übernehmen. Im November 1985 lösten Cafiero und die anderen bedeutenden Vertreter die FREJUDEPA auf, um sich wieder dem *justicialismo* anzuschließen und von dieser Position, also von innen heraus, an die Macht zu gelangen. Am 21. Dezember 1985 wurde das Buch „*Documento Fundacional de la Renovación Peronista*" veröffentlicht.[285] Die Gruppe der *renovados* schloss sich zwar wieder der Partei an, verfügte jedoch über keine Macht in der Parteistruktur, da diese

---

factura sino a dejar en claro que se apoya a las Fuerzas Armadas por la recuperación de las islas Malvinas". Deolindo Bittel, stellvertretender Vorsitzender der PJ, zeigte sich in Río Negro auf dem Balkon der Provinzregierung mit dem Militärgouverneur José Ruiz Palacios und übte den Schulterschluss mit diesem. Menem nahm am 2. April 1982 an einer von Galtieri organisierten Versammlung gegenüber der Casa Rosada teil und unterstützte das Vorgehen der Militärs (vgl. Aboy 2001: 262).

[280] Im August 1983 planten die Militärs ein Gesetz zur Amnestie. Alfonsín betonte damals, dass er dieses Gesetz, sollte es verabschiedet werden, wieder aufheben werde, falls er gewählt werde. Der zukünftige Kandidat des *justicialismo* machte jedoch deutlich, aus juristischer Sicht werde dieses Gesetz und seine Auswirkung nicht rückgängig zu machen sein. Er erklärte außerdem, man müsse der Wahrheit auf den Grund gehen, müsse aber auch lernen, dass man vergeben und vergessen müsse (vgl. Cafiero 1983:195; Nun 1988: 17f.).

[281] Die Anhänger Cafieros wurden sowohl als *cafieristas* als auch als *cafieradoras* bezeichnet.

[282] „...exigimos comicios internos libres en el interior del partido, desafiamos a la conducción fraudulenta y desprestigiada que lo presidía y, desoídas nuestras demandas, decidimos crear el Frente Renovador Peronista y presentarnos a las elecciones parlamentarias del 3 de noviembre de 1985, al margen de la estructura oficial del partido." (Cafiero 1995: 20). Cafiero hatte im Jahr 1982 die „*Movimiento de Unidad Solidaridad y Organización*" (MUSO) gegründet. In diesem Rahmen versammelte er eine Reihe von *peronistas*, die später zur Entstehung der RJ beitrugen. In der MUSO standen Cafiero Deolindo Bittel und Miguel Unamuno zur Seite, die von den Gewerkschaftlern unterstützt wurden, die den „*los 25*" angehörten (diese repräsentierten 25 Arbeiterverbände). Außerdem traten der MUSO die „*Coordinadora Peronista*" unter der Führung von Angel Federico Robledo, der von Jorge Triaca unterstützt wurde, sowie die „*Reafirmación Doctrinaria*", sie wurde von Raúl Matera geführt und von den dialogbereiten Gewerkschaften unterstützt, die in dem Ausschuss „*los 20*" organisiert waren; weiterhin trat die „*Intransigencia y Movilización Peronista*" bei, derzeit vertreten durch Vicente Saadi, Nilde Garré und Julio Barbaro (Letzterer entfernte sich von der Gruppe, da die *montoneros* diese unterstützten); „*Unidad y Lucha*" deren Anführer Carlos Menem war, sowie „*Convocatoria Peronista*" mit Carlos Grosso, José Manuel de la Sota und José Octavio Bordón an der Spitze (vgl. Aboy 2001: 268).

[283] Die FREJUDEPA durfte im Wahlkampf weder das Zeichen der *justicialistas* noch die Bezeichnungen *peronismo, peronista* oder *justicialistas* verwenden. Die Orthodoxen hingegen präsentierten sich mit den Parteisymbolen und als Vertreter, die für die Tradition standen, unter der Bezeichnung *Frente Justicialista de Liberación* (FREJULI).

[284] In der Provinz Buenos Aires erreichten die *renovados* mehr als 1,5 Millionen Stimmen.

[285] Vgl. Cafiero 1996: 47ff.

in den Händen der Orthodoxen lag,[286] die über die Unterstützung der Gewerkschaften verfügten. Was jedoch die politische Macht im Staat betraf, so waren die *renovados* sondern im Parlament als auch bei den Gouverneuren am stärksten vertreten. Die Führungsrolle Cafieros festigte sich, Menem und Grosso weigerten sich allerdings, diese zu akzeptieren.[287]

Die Macht der *Renovación Peronista* zeigte sich bei den parteiinternen Wahlen der PJ im Januar 1988. Dabei trat jedoch nur eine einzige Liste zur Wahl der Parteiführung an. Sie nannte sich Einheitsliste und wurde angeführt von Antonio Cafiero als Vorsitzender, Carlos Menem (stellvertretender Vorsitzender), José María Vernet (erster stellvertretender Vorsitzender), Roberto García (zweiter stellvertretender Vorsitzender), Carlos Grosso (Generalsekretär) und José Manuel de la Sota (politischer Sekretär). Diese Liste stand für die neue Phase des *justicialismo* mit Blick auf die Wahlen des Jahres 1989.

Trotz des Erfolges der *renovados* waren sie hinsichtlich ihrer Ideologie keine homogene Gruppe, in der alle Cafiero, dem Hauptvertreter der *renovación*, folgten.[288] Die *renovados* stimmten darin überein, dass die Partei eine Erneuerung brauchte und ihre Programmatik und ihre Politik modernisieren müsste, wenn sie ihr Ziel erreichen und den Radikalen die politische Führung in Form des Präsidentenamts nehmen wollte. Sowohl im Gründungsdokument von 1985 als auch in verschiedenen später veröffentlichten Dokumenten zeigte sich jedoch, dass die Gruppe der *renovados* keine einheitliche, klare Ideologie und Linie verfolgte. So konnte man sich beispielsweise in der Wirtschaftspolitik weder auf eine staatliche noch auf eine liberale Wirtschaft festlegen.[289] In einem Interview aus dem Jahr 1986 erklärte De la Sota, es gebe verschiedene Führungspersonen in der RJ, dabei handele es sich zwar nicht um verschiedene interne Ausrichtungen, jeder der führenden Vertreter zeige aber die Merkmale einer Führungsperson, De la Sota nannte unter anderem Cafiero, Menem und Grosso, verwies aber darauf, dass es keine Führungsperson gegeben habe, die für den gesamten *peronismo* gestanden habe (Moncalvillo/ Fernández 1986: 51ff.). Zum gleichen Thema äußerte Cafiero damals, dass sein Gegner beim Kampf um die Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen Menem sein werde (Moncalvillo/ Fernández 1986: 93f.).

Die neue Führung der *renovados* musste sich auf den Wahlkampf der Präsidentschaftswahlen von 1989 vorbereiten. Diese Wahlen musste der *peronismo* als Partei und nicht mehr so sehr als Bewegung gewinnen, denn die RJ war in erster Linie aufgrund der Niederlage des *justicialismo* bei den Wahlen in Jahr 1983 und der fehlgeschlagenen Führung durch die Orthodoxen

[286] Diese Gruppe hatte die Führung der Partei in der ersten Hälfte der 1980er Jahre inne, sie wurde auch als „*odeonista*", „*derechistas*" oder „*los vencedores de la pampa*" bezeichnet; an ihrer Spitze standen Traiaca Vernet, Miguel und Iglesias sowie regionale Führungspersonen wie Arberto Rodriguez Saa und Vicente Saadi (vgl. Fernández 1986: 209f.; Mallo 1991:134).

[287] Der heftigste Streit seit 1987 entbrannte zwischen *cafieristas* und *menemistas*. Cafiero stand dabei für einen Reformkurs mit sozial-christlichem Einfluss, Menem förderte einen populistischen Nationalismus und fühlte sich zum Caudillo berufen (Mallo 1991: 136).

[288] In diesem Sinne äußert damals ein Mitglied der *renovadores*: „De ahí que hoy pueda afirmarse que ya no existe entre los renovadores el grado de heterogeneidad ideológica que existía en enero de 1985." (Fernández 1986: 211)

[289] Vgl. Cafiero 1995: 80f.

entstanden. Dies bedeutete, dass dem Bild der Gespaltenheit aus dem Wahlkampf von 1983 nun ein Bild der Einigkeit, die die Partei unter der Führung der RJ erreicht hatte, entgegengesetzt werden musste. Dies war nicht einfach, zumal die *renovados* zwar Einigkeit und das Ziel, die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen, vereinbart hatten, es aber innerhalb der Bewegung keine klare Führungsperson gab. Daher standen drei mögliche Kandidaten im Raum: Grosso, Menem und Cafiero, wobei die beiden Letzteren die größeren Aussichten auf Erfolg hatten.

5.2.3 Die internen Machtkämpfe der *renovados*

Menem war Gouverneur der Provinz La Rioja, Cafiero jedoch war im Jahr 1987 zum Gouverneur der Provinz Buenos Aires, der geopolitisch wichtigsten Provinz des Landes, gewählt worden.[290] Aus dieser Position heraus wollte Cafiero das Amt des Präsidenten erreichen, seine Kandidatur fand die Unterstützung der Mehrheit innerhalb der PJ. Er war Vermittler zwischen der peronistischen Identität – er hatte Perón sehr nahe gestanden – und dem neuen *justicialismo*, den die *renovadores* ins Leben gerufen hatten. Intern stand ihm Menem gegenüber, der im Juli 1986 innerhalb der Strömung der *renovadores* eine weitere interne Gruppe gegründet hatte, den „*Federalismo y Liberación*".[291] Von dort aus suchte er politische Unterstützung, die ihm anfangs nur wenig zuteil wurde.[292]

Innerhalb der Parteistruktur verließ Cafiero sich auf seine Macht, verhielt sich jedoch ablehnend gegenüber der peronistischen Bewegung bzw. der Tatsache, dass die PJ aus dem *peronismo* hervorgegangen war und die Partei daher auf die Bewegung zurückging. Er vergaß die Gewerkschaften als wichtigen Teil der Partei, diese waren nun in der CGT unter der Führung von Saúl Ubaldini vereinigt. Der CGT hatten sich viele bedeutende Vertreter der Orthodoxen angeschlossen, die von den *renovados* besiegt worden waren. Menem hatte teilweise die RP vernachlässigt und sich von ihr entfernt. Ausdruck hiervon war die Tatsache, dass er eine eigene Bewegung gegründet hatte.

Cafiero, der seit 1987 Gouverneur von Buenos Aires war und den Vorsitz der PJ innehatte, setzte einen Verhandlungsprozess mit der UCR und Präsident Alfonsín in Gang, der zu Verfassungs-, Wirtschafts- und Steuerreformen führte. Menem übte Kritik an dem gesamten Prozess sowie an den Verhandlungen und machte sich den sozialen Unmut zunutze, der durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen Argentinien derzeit zu kämpfen hatte, entstanden war. Er versuchte, die traditionellen Politiker mit den Problemen, unter denen die Gesellschaft des Landes zu leiden hatte, in Verbindung zu bringen. Er selbst präsentierte sich dabei als eine ande-

[290] Die Provinz Buenos Aires zählte etwa 12,5 Millionen Einwohner, La Rioja hingegen nur 220.000.
[291] Man bezeichnete sie jedoch als *menemistas*.
[292] Die interne Wahl sollte durch die Mitglieder erfolgen. Diese Reform war im November 1986 durchgeführt worden, in der Endphase der Führung der Orthodoxen unter Saadi.

re Art von Politiker und als Alternative zu den traditionellen Politikern Alfonsín und Cafiero.[293] Cafiero warf Menem im Gegenzug vor, zu den Orthodoxen zurückgekehrt zu sein, die zur Niederlage der PJ im Jahr 1983 beigetragen hatten.

Cafiero sah seinen Sieg bei den internen Wahlen als gesichert an. Er wies die Annäherung Lorenzo Miguels, des Anführers der 62 Organisationen, zurück, weil diese ihn 1983 verraten hätten. Außerdem sei eine Verbindung mit ihnen ein Verrat an der *renovación.*[294] Zuvor hatte er bereits Eduardo Duhalde zurückgewiesen, der einer seiner wichtigsten Mitstreiter in der *renovación* gewesen war. Duhalde gehörte schließlich zur Liste von Menem, da Cafiero ihm so wenig Vertrauen und Anerkennung entgegengebracht hatte.[295] Aufgrund der Macht, die er in der PJ besaß, hätte Cafiero das Parteistatut ändern können und statt der Wahl durch die Parteibasis die Wahl durch den *Congreso del Partido* einführen können, wie dies im Jahr 1983 der Fall gewesen war (vgl. Cafiero 1995: 22f.; Strada 1996: 133f.). Menem nutzte dieses Wahlgeschenk Cafieros und gewann die Wahlen am 9. Juli 1988. Dabei erhielten Duhalde und er 53 % gegenüber 46%, die auf Cafiero und De la Sota entfielen. Außerdem verlor Cafiero bei den Wahlen in der Provinz Buenos Aires (vgl. Aboy 2001: 287ff.).[296] Cafiero hatte zwar bis 1990 den Vorsitz des *justicialismo* inne, doch die Mehrheit derjenigen, die ihn unterstützten, stellte sich schließlich hinter Menem. Damit endete der Versuch der *renovación justicialista*, die eine politische Partei institutionalisieren wollte, die mehr als eine Bewegung sein sollte bzw. nicht zuerst eine Bewegung und erst in zweiter Linie eine Partei sein sollte (Fernández 1995: 222).[297]

Die Bewegung der *renovación justicialista* muss auch als Veränderung der politischen Ansichten gesehen werden. Vom *peronismo* ging man zum *justicialismo*, d.h. von der peronistischen Bewegung zu einer Partei, der *Partido Justicialista*, über. Es wurde die Anerkennung der politischen Partei als Institution erreicht, in der die politischen Entscheidungen, die die Partei betreffen, intern getroffen werden und nicht in den Verbänden. Dies bedeutete jedoch nicht, dass diese ihre Bedeutung verloren; in ihnen hatten die Mitglieder wichtige politische und sozia-

---

[293] Sätze wie der folgende gehörten zum Hauptbestandteil von Menems Programmatik, um die Stimmen der *justicialistas* bei den internen Wahlen zu gewinnen: „*Antonio Cafiero es el continuador de la política de Alfonsín por que ambas están pautadas por la social democracia.*“ (Aboy 2001: 287).

[294] Cafiero hatte die Möglichkeit, José María Vernet an die Parteispitze zu bringen. Dieser hätte die Unterstützung der Gewerkschaften sichern können; er entschied sich aber für José Manuel de la Sota, der vielleicht einer der härtesten Gegner der Führung der 62 Organisationen war.

[295] Unter den führenden Vertretern war Eduardo Duhalde einer derjenigen gewesen, die Cafiero am eisernsten gefolgt waren. Außerdem hatte er als Bürgermeister von Lomas de Zamora in der Provinz Buenos Aires auf sich aufmerksam gemacht. Doch bei den Wahlen 1987 wählte Cafiero nicht Duhalde als 2. Vertreter aus, sondern Luis Macaya. Später strich er diesen entgegen der getroffenen Vereinbarung vom ersten Platz auf der Liste, setzte ihn auf die Liste der Kandidaten zur Wahl als nationaler Abgeordneter für Buenos Aires und ersetzte ihn durch den ehemaligen Kandidaten Italo Luder, der die ehemaligen Orthodoxen vertrat.

[296] Der knappe Ausgang der Wahl zeigt, wie bedeutend die 62 Organisationen für das Endergebnis waren (vgl. Fernández 1995: 222).

[297] Die RP hatte zwar ihre zwei ursprünglichen Ziele erreicht, wie Cafiero erklärte, nämlich einerseits die Macht in der Partei zu gewinnen, ihre Struktur zu kontrollieren und die Partei zu modernisieren, und andererseits die Macht im gesamten Land zu gewinnen (1999: 70). Doch das zweite Ziel erreichte sie nur vorübergehend, da es der RP nicht gelang, sich als einheitliche Gruppe zu konsolidieren, und sie kein politisch-wirtschaftliches Projekt hatte, das sie in der Zeit der PJ hätte durchführen können. Daher stimmt der Verfasser mit Mallo (1991: 138) überein, wenn dieser erklärt, der Sieg Menems vom 14. Mai 1989 sei eine Niederlage für die beginnende Struktur der *justicialistas* gewesen und man sei zur alten Formel der an einen Personenkult gebundenen Macht zurückgekehrt (vgl. auch Cerruti/ Ciancaglini 1992: 101f.). Menems eigene Worte verdeutlichen dies: „Acá no hay más o menos peronistas. Acá hay dos veredas. Se acabó la época de los partidos políticos. Los que están con el gobierno están en ésta vereda. Los que no, están en la vereda de enfrente.“ (Cerruti/ Ciancaglini 1992: 124)

le Funktionen. Insofern wurde der *justicialismo* unabhängiger von der Person Peróns. Damit sich diese Neuerungen in der Politik in der PJ hätten verankern und aus ihr eine Partei des Typs Volkspartei hätte werden können, wäre jedoch mehr Zeit notwendig gewesen.[298]

5.3 Peronismo gegen anti-peronismo

Im Allgemeinen lässt sich in Lateinamerika die Links-Rechts-Dyade erkennen, welche von Fall zu Fall unterschiedlich und manchmal besser, manchmal schlechter erkennbar ist (vgl. Kapitel 5). Im Falle Argentiniens sind die Definition und der klare Umriss der Links-Rechts-Dyade im Parteiensystem schwierig. Der Grund hierfür ist in erster Linie im *peronismo* zu sehen, der als Bewegung im Parteiensystem existiert. In der Zeit, in der Perón an der Spitze des *peronismo* stand, und bis in die Mitte der 1980er Jahre verstand es der *peronismo,* sich seine Beziehung zum Parteiensystem zunutze zu machen. D.h. der *peronismo* bediente sich der PJ, um in den staatlichen Institutionen vertreten zu sein. Er war jedoch weiterhin eine Bewegung und war eng mit dem Charisma Peróns und der Caudillo-Beziehung verbunden, die dieser dem *peronismo* gab.[299] Im Allgemeinen war die Beziehung der Parteien mit den Organisationen oder Interessengruppen gerade umgekehrt. Die Parteien ermutigten ihre Mitglieder, auch in diesen Organisationen Mitglied zu sein. Dies war besonders in den Massenparteien und den Parteien des Typs Volkspartei der Fall. Selbst heute ist besonders in Europa noch zu beobachten, dass einige Parteimitglieder weiterhin Beziehungen zu Sozialorganisationen pflegen (vgl. von Beyme 1982: 234ff.; 2000: 18ff.).

Im Falle des *peronismo* benutzte jedoch die Bewegung die Partei, um ihre politisch-sozialen Ziele zu erreichen. Daher war die Bewegung in dieser Hinsicht wichtiger als die Partei. Die aktiven Mitglieder der Bewegung, die hauptsächlich aus Arbeiter- und Gewerkschaftskreisen kamen, waren dieser Bewegung treu verbunden und damit auch der Führungsperson Perón und seinem gesamten Umfeld.[300] Diese Mitglieder der Bewegung und der Partei waren der Ideologie nicht besonders treu verbunden; sie wollte nur ihrem Anführer folgen und weiterhin der Bewegung angehören. Daher ließ sich im *peronismo* beobachten, dass die Mitglieder einer Partei unter verschiedensten Einflüssen standen und es marxistische, christdemokratische und nationalsozialistische Überzeugungen bei ihnen gab. Daher wurde die Partei in dieser Studie als

[298] Der Autor stimmt mit Palermo überein, der zu dieser Phase schreibt: „Mit der *renovación* scheint sich die Fähigkeit, Interessen Ausdruck zu verleihen und ihre Interessenaggregation verbessert zu haben, nicht nur weil die Welt des *peronismo* weniger heterogen geworden war, sondern weil sich die Institutionen erweitert haben. Das wichtigste Erbe der *renovadores* war, dass es ihnen gelang, den *peronismo* intern zu demokratisieren und ihm eine relativ kohäsive Autoritätsstruktur zu verleihen in einem Prozess, der in sich speziell auf eine Partei ausgelegt war und nicht auf eine Bewegung. So erlebte der *peronismo* eine außergewöhnliche institutionelle Entwicklung und löste sich von der Last der Aspekte, die mit der Parteilogik am wenigsten vereinbar waren.“ (1995: 316)

[299] Sidicaro erklärt hierzu: „...la existencia del liderazgo carismático de Perón cuya consecuencia objetiva era la construcción de círculos de influencia y de poder que distorsionaban el normal desarrollo de las instituciones y daban lugar a la superposición de varios sistemas distintos de legitimidad.“ (1998: 41)

[300] Der Autor bezieht sich hierbei auf eine Art Kult innerhalb eines Teils der argentinischen Gesellschaft bezüglich Eva Duarte de Perón, „Evita“, und auf die institutionelle Treue der Partei gegenüber Isabel Martínez de Perón, die fast 10 Jahre lang Vorsitzende der PJ war, während sie in Spanien lebte.

Partei, die ideologisch diffus ist, bezeichnet.[301] Daher war es bis Mitte der 1990er nicht möglich, die PJ in der Links-Rechts-Dyade ideologisch genau einzuordnen.

In der Zeit, als Perón die peronistische Bewegung führte, d.h. von den 1940er Jahren bis zu Beginn der 1970er, unterschied sich diese vom Rest der argentinischen Gesellschaft. Es existierte der *peronismo* und der *anti-peronismo*.[302] Die Unterschiede und die Antagonismen innerhalb des Parteiensystems waren nicht von der Links-Rechts-Variablen beeinflusst, sondern gründeten sich auf die sozial-kulturellen Unterschiede der politischen Akteure. Der Teil der Bevölkerung, der der sozial-kulturellen Mittel- und Oberschicht angehörte – d.h. UCR, die Oligarchie der Großgrundbesitzer, Unternehmer aus der Industrie und dem verarbeitenden Gewerbe, Militärhierarchie – war antiperonistisch, während die Mittel- und Unterschicht peronistisch war. Insofern war der *peronismo* politisch-kultureller Ausdruck des Teils der Bevölkerung, der sozial und wirtschaftlich schlechter gestellt war. Das bedeutet nicht, dass die Links-Rechts-Dimension in diesem Zeitraum in Argentinien nicht existiert hätte. Sie existierte durchaus, doch kam zur horizontalen Rechts-Links-Dimension die vertikale Dimension hinzu, an deren oberem Ende die Mittel- und Oberschicht stand, während sich am unteren Ende die Arbeiter- und Angestelltenklasse, die *peronistas* befanden.[303]

Zu Beginn der 1980er Jahre existierten in der Führungsspitze der PJ verschiedene Sichtweisen der politisch-sozialen Realität nebeneinander. Nach dem Prozess der *renovación* versuchte man, eine gemeinsame Ideologie zu finden, die der Partei ideologische Kohärenz verleihen könnte. Doch die PJ konnte ihre Vergangenheit als Bewegung nicht hinter sich lassen und stand in den 1990ern vor denselben ideologischen Schwierigkeiten, die sie bereits in der Vergangenheit gehabt hatte. Auf die in sich widersprüchliche Figur Peróns konnte die PJ nicht verzichten, da dieser verschiedene ideologische Tendenzen vereinte, die er in seinem Konzept „Vaterland-Bewegung-Mensch" zusammenfasste. Als die PJ die Macht übernahm und Menem als charismatische Führungsperson an ihrer Spitze stand,[304] sich gleichzeitig international die Tendenz entwickelte, neoliberale Reformen durchzuführen, die in den 1990er Jahren immer populärer wurden, bewegte sich der *justicialismo* ohne Zwischenfälle und inneren Widerspruch auf eine

[301] Der *peronismo* als historische Bewegung zeichnete sich dadurch aus, dass er über keine klare ideologische Linie verfügte. Sowohl die Bewegung als auch die Partei bewegten sich in ihrer Geschichte innerhalb des Gedankengutes des Faschismus, der Labourbewegung, des Korporativismus, des revolutionären Sozialismus, des Nationalsozialismus, des christlichen Humanismus und in der Endphase auch des Liberalismus (Ostiguy 1997a: 138).

[302] Vgl. auch die interessante Studie von Ostiguy 1997. Auch Sidicaro verweist auf diese Form des politischen Ausdrucks, der innerhalb der Gesellschaft Argentiniens existierte. Der Schutz der Gesellschaft bestand im Aufbau eines antiterroristischen Staates, der in den meisten Fällen durch Militärs und die Unterstützung der Oligarchie errichtet wurde. Dies wurde als *peronismo castrense* (Militär-*peronismo*) bezeichnet (1998: 43f.).

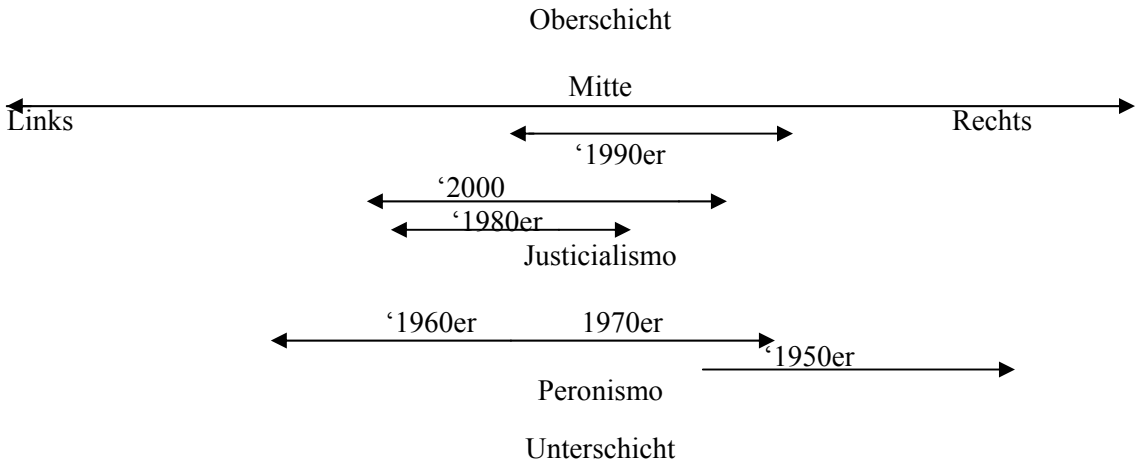
[303] Sie wurden abwertend auch als *descamisados* und *negros* bezeichnet. Die Stimmen für den *peronismo* stammten in der Geschichte aus den wirtschaftlich schwächsten Teilen der Gesellschaft Argentiniens. Selbst bei den Wahlen 1999 kam die Mehrheit der Stimmen für Duhalde aus dem ärmsten Drittel der Bevölkerung (vgl. Ostiguy 1997, Kapitel 5). Nun (1994a) hebt in seiner Untersuchung der Bedeutungen des *peronismo* hervor, dass sich beispielsweise 92% der Arbeiter, die er im Rahmen seiner Studie befragte, als *peronistas* bezeichneten. Daher ist anzunehmen, dass die peronistische Wählerschaft sozial und kulturell homogen ist. Nun fügt hinzu, dies beruhe in erster Linie auf den Gebräuchen und der Erziehung in diesen sozialen Schichten. Sidicaro bemerkt hierzu, dass die Mehrheit der propagandistischen Ideen des *peronismo* diese Beziehung der Bewegung zur Arbeiterklasse hervorhebe: „En consecuencia puede afirmarse que las ideas de Perón favorables a la conciliación social en todo momento estuvieron fuertemente marcadas por la mejor acogida que encontraban en las clase populares." (1995a: 40)

[304] Zur Beziehung von Charisma und demokratischen Institutionen vgl. Breuer 1996: 141ff. Für den Fall Argentiniens hinsichtlich des *peronismo* Sidicaro 1998: 37ff.

neoliberale Wirtschaftspolitik zu. Die Internationalisierung der Politik und die demokratische Öffnung in Lateinamerika führten dazu, dass der *justicialismo* einer politischen Internationalen beitrat, der IDC, sowie in Lateinamerika der ODCA. Dies war ein notwendiger Schritt, da die wichtigsten politischen Gegner des *justicialismo* Mitglied der sozialistischen Internationalen waren und der *peronismo* im Rahmen seiner historischen Grundsätze mit dem Christentum verbunden war.[305]

Das ideologisch diffuse Projekt der *peronistas* konnte in der Zeit der Regierung Menems nicht an Klarheit gewinnen, da Menem Anführer der Bewegung und des Teils der Partei war, welcher die neoliberalen Reformen durchführte. Je mehr Zeit in den 1990er Jahren verging und je klarer wurde, dass die Reformen nicht den erhofften Erfolg brachten, da das Wirtschaftsmodell Menems und Cavallos sich nicht halten konnte und bestimmte Unzulänglichkeiten aufwies, desto stärker distanzierten sich bedeutende Teile der Partei von der Führung Menems. Dies war zuerst Carlos Alvarez, der aus der Partei austrat, später auch Menems ehemaliger Verbündeter Duhalde. Dieser ging seinen eigenen Weg und nahm eine Gegenposition gegenüber Menem ein. Erstaunlich ist, dass Menem bei den Wirtschaftsreformen über die Unterstützung der unteren Bevölkerungsschichten verfügte, welche ihn bei den Wahlen unterstützten, so dass er wiedergewählt werden konnte. Die Oberschicht der Bevölkerung unterstützte Menem jedoch nicht (Ostiguy 1997a: 153).

Abbildung 15: Ideologische und soziale Einordnung ins Parteiensystem Argentiniens in den 1980er und 1990er Jahren

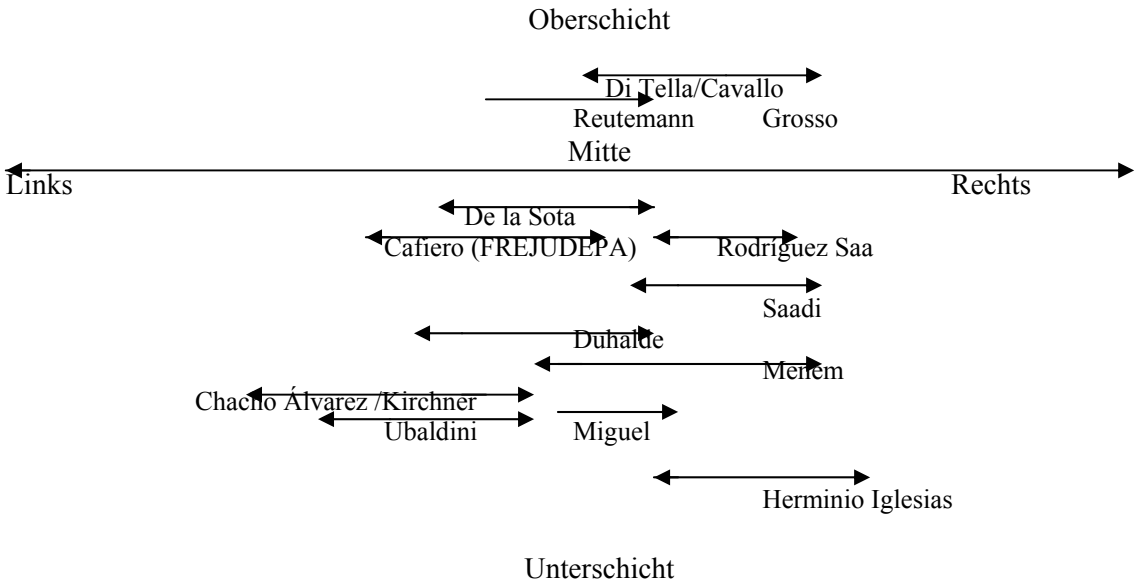


Die PJ war eine Partei, in der die peronistische Bewegung große Bedeutung besaß und in der unbestreitbar verschiedene ideologische Ausrichtungen existierten. Ab den 1990ern versuchte sie jedoch, sich durch eine neue Ordnung in der Links-Rechts-Dimension zu positionieren. Sie

[305] In den „*20 Verdades del Peronismo*“ Peróns heißt es unter Punkt 14: „El Justicialismo es una nueva filosofía de vida, simple, práctica, popular, profundamente cristiana y profundamente humanista.“ (Jackisch 1990: 77f.). Zanatta (1996) beobachtet, dass die katholische Kirche einen großen Einfluss auf die Entwicklung der Streitkräfte gehabt hat. Dieser Prozess kann verstärkt ab den 1930er Jahren in Argentinien beobachtet werden. Diesen Einfluss übte die Kirche im selben Zeitraum auch auf das Volk aus. Perón war Militär und nahm diesen Einfluss der Kirche auf, der beim argentinischen Volk in den untersten Bevölkerungsschichten vorhanden war. Genau diese Schichten vertrat der *peronismo*. Vgl. zu diesem Thema auch Mallimaci 1996.

trat der ODCA bei, ebenso der IDC, führte ein neoliberales Wirtschaftsprogramm durch und setzte eine Politik um, im Rahmen derer die Bevölkerung durch Hilfsgelder stark unterstützt wurde, entsprechend der peronistischen Linie.

Abbildung 16: Ideologische Einordnung in der PJ in den 1980er und 1990er Jahren



Es ist noch zu früh, die PJ definitiv einzuordnen, dies auch aufgrund der letzten Wahlen im Jahr 2003, bei denen die PJ mit drei Präsidentschaftskandidaten antrat. Sie ist eine Partei, die trotz allem weiterhin ideologisch diffus ist. Sie kann nicht als eine Partei der Rechten eingeordnet werden, nur weil sie Wirtschaftsmaßnahmen angewendet hat, die auch so viele Parteien der linken und rechten Mitte in den 1990ern auf Anraten der internationalen Organisationen angewendet haben.[306] Neben den Privatisierungen wurde in den 1990ern eine Reihe von Umverteilungsmaßnahmen durchgeführt. Ebenso kann die PJ nicht als Partei der Linken eingeordnet werden, da sie sich selbst nicht als solche sieht. Obwohl sie in einer Phase ihrer Geschichte die zentrale Rolle des Staates als Motor der Wirtschaft anerkannte, sprach sie sich nicht für eine Planwirtschaft oder eine Monopolposition des Staates im Wirtschaftsprozess aus. Die *Partido Justicialista* ist aus Tradition eine Partei mit starken Führungspersonen auf regionaler Ebene sowie in den Gewerkschaften. Sie vertritt in erster Linie sie das Volk. Sie besaß jedoch nie eine Ideologie, die aus wirtschaftlichem Blickpunkt kohärent gewesen wäre. Im Bereich der Werte und Kultur existieren Übereinstimmungen; hinsichtlich der Ideologie lassen sich in der Partei aber grundlegende und auch feinere Unterschiede erkennen.[307]

[306] Vgl. Kapitel 4. Es gab jedoch fast keine Partei, die in den 1980er und 1990er Jahren keine Strukturpolitik angewendet hätte. Der Unterschied lag lediglich darin, ob der Staat eine bedeutende oder weniger bedeutende Rolle bei der Regulierung der Märkte spielte.

[307] Ostiguy erklärt das Merkmal der PJ, ideologisch diffus zu sein, als Teil der peronistischen Kultur und verweist darauf, dass in einer Partei, die als Bewegung entstand, die Möglichkeit besteht, dass verschiedene Strömungen vorhanden sind. Der Kandidat der UCR im Jahr 1989, Angeloz, stützte sich in seinem Wahlkampf darauf, die Förderung einer neoliberalen Politik zu versprechen, für den Fall, dass er gewählt würde. Obwohl Menem ihm eine Position in der Regierung angeboten hatte, hatte er dies abgelehnt. Ubaldini, der an der Spitze der Proteste gegen Alfonsín und jegliche Art von neoliberaler Politik gestanden hatte, trat, als diese Reformen durchgeführt wurden, nicht aus der Partei aus, er unterstützte Me-

Die Abbildung 16 veranschaulicht, wie die Parteien in der Links-Rechts-Dyade verteilt sind. Weiterhin ist jedoch zu erkennen – wie bereits zuvor in diesem Kapitel dargestellt wurde – dass verschiedene soziokulturelle Variablen zusammentreffen, die in den Parteien Argentiniens eine Rolle spielen. Die vertikal verlaufende Linie steht an ihrem unteren Ende für die aus soziokultureller und wirtschaftlicher Sicht unteren Bevölkerungsschichten, am oberen Ende für die oberen Schichten. Die entsprechende horizontale Linie bezieht sich auf die Rechts-Links-Dimension.

Die *renovados justicialistas* bewegen sich zwischen der rechten und der linken Mitte, während sie sich in den 1980ern insgesamt jedoch zwischen der Linken und der Mitte befanden. Mit der Regierungsübernahme war jedoch eine Rechtsbewegung festzustellen; einige wie Carlos Alvarez und Kirchner behielten aber ihre Ausgangsposition bei. Die stärkste Veränderung von der linken Mitte hin zur Rechten war bei Carlos Menem festzustellen.

Die *Partido Intransigente* (PI), die zu Beginn der 1990er Jahre verschwand, versuchte mitunter in den 1980ern, den peronistischen Stil zu imitieren, sie konnte jedoch aufgrund des soziokulturellen Niveaus ihrer Führungspersonen keine Wählerstimmen bei den armen Bevölkerungsschichten gewinnen.[308] Die PS in Argentinien (sowie auch in anderen Ländern) ist eine Partei, die sich während eines Teils ihrer Geschichte als marxistisch definiert hat, doch sie erreichte nie eine große Unterstützung durch die Wähler. Einerseits standen sie links von der UCR, die als Partei die soziale Veränderung für sich in Anspruch nahm, für die die Sozialisten kämpften. Diese standen zunächst links von den Radikalen, doch als Perón und der *peronismo* aufkamen, verstummte ihre soziale Programmatik, der *peronismo* nahm ihnen die Linke. Zu den Anhängern gehörten hauptsächlich gebildete Intellektuelle.

Auf der anderen Seite des argentinischen Zweiparteiensystems standen die Radikalen unter der Führung von Alfonsín, der in der zweiten Hälfte der 1980er die traditionelle Führung der Radikalen aus der rechten Mitte besiegte und sie zu Positionen der linken Mitte brachte. Dies lässt sich in seinem Regierungsprogramm und an seiner Verbundenheit mit einer Wirtschaft nach Keynes erkennen. Die Radikalen entschieden sich dafür, eine Partei anstatt eine Bewegung zu sein. Während der *peronismo* die unteren Schichten der Bevölkerung vertrat, stand der radikale *alfonsinismo* für die Mittelschicht. Auf der Führungsebene waren traditionelle Politiker vertreten, die eine gute Ausbildung genossen hatten und den politischen traditionellen Gebräuchen verbunden waren. Alfonsín, De la Rúa und Angeloz stehen für das Bild der traditionellen Politiker „de cuello y corbata“ (mit Schlips und Kragen), von denen man sagt: „no se arremangan la camisa“, sie krempeln die Ärmel nicht hoch wie die *peronistas*, d.h. die Radikalen waren der traditionellen Politik verbunden, während der *justicialismo* direkt mit dem Volk verbunden war. Zum Lager der Rechten gehörte die Partei UCeDé, die neoliberale Grundsätze vertrat. An

nem sogar. Weiterhin erhielt Menem Unterstützung von der rechten Partei UCeDé, diese mischte sich jedoch nicht mit Elementen der Rechten, die in der PJ existierten (1997a: 159).

[308] Die PI hatte sich in den 1950er Jahren von der UCR abgespalten und stellte eine Alternative der linken Mitte dar. In den 1980ern erzielte sie bei den Wahlen nicht unbedeutende Ergebnisse.

ihrer Spitze stand der Ingenieur Alzogararay. Sie unterstützten Menem im ersten Teil seiner Amtszeit, als er begann, die Privatisierungen durchzuführen.

Mitte der 1970er Jahre waren in der Bewegung des *peronismo* Mitglieder vereint, die von der marxistischen extremen Linken bis zu Gruppen von rechtsextremen Nationalsozialisten reichten. Ende der 1960er und in den 1970er Jahren unterstützten die *montoneros* die These der *vía armada* gegen die Oligarchie der Industrie und Großgrundbesitzer, sie selbst wurden von Castro und Ortega unterstützt (vgl. Castañeda 1993). Die *montoneros* und der *Peronismo Revolucionario* spielten eine aktive Rolle in der Opposition gegenüber der Diktatur. Ihre Anhänger kamen aus den Armenvierteln und aus den Reihen der Jugendlichen.

Zwischen der Linken und der Mitte kann Ubaldini als direkter Vertreter der Arbeiter und sozial schwachen Teile der Bevölkerung eingeordnet werden. Gegenüber der Regierung von Menem musste er in seinen Forderungen nachgeben, bei den neoliberalen Reformen der Regierung der PJ musste er stillschweigend zusehen. An gleicher Stelle ist auch Carlos Alvarez einzuordnen, der jedoch Akademiker und studierter Historiker war. Er spaltete sich von der PJ ab, um Menem und den Wirtschaftsreformen, die dieser durchführte, entgegenzutreten. Außerdem stellte er sich gegen den personalistischen Führungsstil, mit dem der Präsident regierte. Cafiero kann aufgrund seiner Programmatik und seiner Inhalte zu Recht der linken christdemokratischen Mitte (Chiles) zugeordnet werden. Er stand an der Spitze der RP, die versuchte, im *justicialismo* die Partei zu institutionalisieren und nicht die Bewegung in den Vordergrund zu stellen, sondern diese zu beenden. Dabei versuchte er, die Partei in eine klare Position der linken Mitte zu führen, um sich von der ihm vorhergehenden Parteiführung zu unterscheiden, welche im Falkland-Krieg mit der Diktatur kollaboriert hatte. Im *peronismo* löste ihn Kirchner ab, der sich als Gouverneur von Santa Cruz innerhalb der Partei gegen den Führungsstil Menems stellte. 1996 gründete er „*la corriente peronista*“ und stand ab 2000 an der Spitze der so genannten „*la corriente*” innerhalb der PJ. Lorenzo Miguel ist in der rechten Mitte einzuordnen. Er war den Militärs, besonders in der Zeit des Falkland-Kriegs, verbunden. Innerhalb der PJ war er nach dem Tode Peróns und vor dem Vorsitz Menems die mächtigste Person. Menem und die *grupo renovado* ihrerseits verfolgten stets einen Kurs der linken Mitte. Ihre Programmatik und ihre Dokumente zeigten gewisse christdemokratische Tendenzen, doch in der Realität verfolgte seine Regierung ein striktes Programm neoliberaler Reformen. Daher kann bei Menem festgestellt werden, dass er sich von der linken Mitte hin zur rechten Mitte bewegte. Ostiguy schreibt, die peronistische Linke habe auf das Volksnahe Wert gelegt, die Rechte auf das Nationale (1997b: 161ff.).

5.4 Menem und der *neoperonismo*[309]

Die Zeitspanne, in der Menem regierte und an der Spitze der PJ stand, d.h. die Zeit der 1990er, wurde als Zeit des *menemismo* bezeichnet. Sie wurde gleichfalls als *neoperonismo* bezeichnet und bezieht sich auf die Charakteristika und den Regierungsstils Menems.[310] Wie bereits dargelegt wurde, unterschied sich die Regierung von Menem zwar hinsichtlich des Wirtschaftsprogramms von allen vorhergehenden Regierungen der *justicialistas* – insbesondere von denjenigen unter Perón – was jedoch den personalistischen Führungsstil anbelangt, so kam Menem hierbei zur Tradition der peronistischen Bewegung zurück und versuchte zu vermitteln, dass der Präsident nicht nur an der Spitze der Partei, sondern an der Spitze der gesamten Nation stand.[311]

5.4.1 Weder gut noch schlecht: Menem und die Reformen in Argentinien

Menem wurde Präsident im Jahr 1989, inmitten einer politischen und wirtschaftlichen Krise, die das Land und die Institutionen erschütterte. Die Inflation war außer Kontrolle geraten, die Position des Präsidenten war geschwächt.[312] Trotz der Vorhersagen hinsichtlich der Durchführbarkeit der Demokratie zu diesem Moment brachen die demokratischen Institutionen des Lan-

---

[309] Der Verfasser legt Wert darauf festzuhalten, dass der *neoperonismo* in keiner Verbindung steht mit dem sehr ungenau als solchen bezeichneten *Neokonservativismus*. Es soll hier nicht versucht werden, Menem und Teile des *peronismo* dieser Kategorie zuzuordnen. Es gibt hierzu verschiedene Dokumente (wenn auch einige aus wissenschaftlicher Sicht wenig exakt sind), die den Versuch unternehmen, die unter Menems Regierung durchgeführten Strukturreformen mit dem Neokonservativismus in Beziehung zu setzen und zu vermitteln, dies sei das moderne Gesicht der Rechten in Lateinamerika. Mallo 1991; Borón 1991; Vitelli 1997; Nochteff 1998; Yannuzzi 1995, 1999 haben unter anderen versucht, den politischen Stil und den Regierungsstil Menems als neokonservativ zu definieren. In diesen Artikeln wird jedoch bedauerlicherweise an keiner Stelle eine Definition oder ein Konzept des Neokonservativismus geliefert. Dies bedeutet natürlich nicht, dass diese Dokumente keinen wissenschaftlichen Wert hätten. In einer Veröffentlichung des Jahres 1996 zeigte Gerardo Strada, wie Borón und andere den Fehler begingen, den *menemismo* als politisch-wirtschaftlichen Ausdruck des Neokonservativismus zu bezeichnen. Leider wird dieser Fehler auch heute noch begangen, obwohl empirisch gezeigt worden ist, dass es keine direkte Verbindung zwischen den neoliberalen Reformen und dem Neokonservativismus gibt. Die einzig mögliche Verbindung kann darin gesehen werden, dass die PJ der ODCA und der IDC beitrat und so bestimmte wirtschaftliche Ausrichtungen erkennbar sind, die die DC Chiles mit dem Neokonservativismus der 1960er in Beziehung setzt. Strada verweist darauf, dass es Ex-Präsident Alfonsín war, der als einer der ersten von den Wirtschaftsreformen, die Menem durchführte, als neokonservative Reformen sprach. Seitdem wurde Menem von verschiedenen Seiten als neokonservativ bezeichnet (1996: 142). Der Neokonservativismus ist, entgegen der obigen fälschlichen Vorstellung, eine intellektuelle Ausrichtung, die ab den 1930er Jahren in New York existierte. In der Wissenschaft erreichte sie in den 1960ern größere Bedeutung unter den Akademikern der USA. Zu dieser intellektuellen Bewegung gehörten Akademiker des linken Lagers aus den USA. Sie kritisierten das soziale, politische und wirtschaftliche Leben in den USA. Die vier Grundprinzipien der Neokonservativen sind folgende: a) Das Leben ist extrem komplex, und der Mensch versteht nur wenig von der Dynamik der Menschheit. Daher hat er nur begrenzt die Fähigkeit, die Ordnung der Dinge zu verändern; b) Der Mensch ist von Grund auf gut, doch er kann sich verändern und zu einem schlechten Menschen werden. Daher muss er durch die Justiz kontrolliert werden. So wurde es möglich, die Demokratie zu erreichen; c) Der Mensch ist ein soziales Wesen, das seine vollen Fähigkeiten in der Gemeinschaft entwickeln kann; d) Nicht durch wirtschaftlichen Determinismus, sondern durch die Vorstellungen des Menschen wird die Welt bewegt. (Gerson: 1996: 18f.). Die Definition und die Beschreibung der Entwicklung des Neokonservativismus würde jedoch zu lange dauern. Daher sollen hier nur diese ausgewählten Aspekte angesprochen werden, um die falsche Verbindung zwischen Neokonservativismus und dem Neoliberalismus auszuräumen (vgl. auch Kristol 1995; Pinto 1996).

[310] Menem selbst sagte: „*El menemismo es la etapa superadora del peronismo*". (Cerruti/ Ciancaglini 1992: 124)

[311] Versprechen wie höhere Löhne, Produktivitätsrevolution, soziale Gerechtigkeit und Solidarität waren Teile der Konzepte, auf die Menem sich im Wahlkampf stützte, ohne dabei zu erklären, wie er diese Versprechen umzusetzen gedachte. Aussagen wie die folgende zeigen das populistische Verhalten, das allgemein in der Regierung von Menem zu beobachten war: „Yo les pido que me sigan, hermanos y hermanas de mi patria. Síganme porque no los voy a defraudar. Este es el momento que aprovecho para convocar a todas las fuerzas de nuestra patria, a las fuerzas del trabajo; Perón decía que gobernar es dar trabajo y vamos a hacer realidad esa premisa." (vgl. Mallo 1991: 138)

[312] Alfonsín beschloss, Menem das Präsidentenamt fünf Monate früher zu übergeben, nicht ohne die Unterstützung der Radikalen im Parlament für die Wirtschaftsreform gesichert zu haben. Seit 1987 verfügte Alfonsín nicht mehr über die Mehrheit im Parlament, die ab dann der PJ gehörte (vgl. Grafiken zu den Wahlergebnissen in Argentinien in diesem Kapitel).

des nicht zusammen. Navarro und Palermo zufolge bedeutete die Übernahme der Macht durch den *peronismo* trotz der wirtschaftlichen Krise und der institutionellen Probleme keinen Rückschritt beim Voranschreiten der Demokratie in Argentinien (1997: 240).

Menem sollte sich schnell von seinem Vorgänger Alfonsín unterscheiden und nutzte die kurze Zeit der Ruhe und Entspannung, die alle Regierungen erleben, die neu im Amt sind, um schnell ein Maßnahmenpaket durchzusetzen, das sich in erster Linie auf die Wirtschaft bezog, um so die Krise einzudämmen.

5.4.2 Die Beziehung zwischen Menem und der PJ im Parlament

Menems Berater zu Beginn seiner Regierungszeit waren Bunge & Born (B&B).[313] Als die Krise, die von der Regierung von Alfonsín übernommen worden war, nicht überwunden werden konnte, wurde schließlich Cavallo im Februar 1991 zum Wirtschaftsminister ernannt.

In den Sozialwissenschaften in Argentinien lassen sich drei verschiedene Standpunkte zur Regierung von Menem und seiner Beziehung zum Parlament und somit auch zu seiner Partei beobachten, die die Mehrheit bis zum Jahr 1997 besaß. Entsprechend dem ersten Standpunkt war die Regierung von Menem zumindest in seiner ersten Amtszeit, d.h. von 1989 bis 1995, dadurch gekennzeichnet, dass er Entscheidungen nach seinem Ermessen traf, ohne bei der Anwendung der Wirtschaftspolitik das Parlament hinzuzuziehen (vgl. z.B. Ferreira/Goretti 1996; Llanos 1998). Dem zweiten Standpunkt zufolge wird das Gegenteil vertreten: Es heißt, mit der Ernennung Cavallos zum Wirtschaftsminister habe sich durch ihn eine kooperative Beziehung zum Parlament entwickelt (vgl. z.B. Corrales 1994). Der dritte Standpunkt beinhaltet die Ansicht, dass die Regierung zwar eine starke Führungsposition innehatte bei den Wirtschaftsreformen und den institutionellen Veränderungen, die durchgeführt wurden, dass das Parlament jedoch allgemein im Verlauf der Reformen nicht passiv war (Novarro/ Palermo 1996; 1997; Mustapic 2000).[314]

Der Verfasser stimmt mit dem ersten dieser genannten Standpunkte insofern überein, als die Regierung von Menem besonders in der ersten Amtszeit in der Beziehung zwischen zwei Gewalten nicht die rechte Form wahrte und diese Beziehung vielfach Spannungen erlitt – besonders die Beziehung zu seiner Partei, von der er nicht nur Loyalität, sondern bedingungsloses Folgen erwartete. Gleichwohl wäre es übertrieben, zu behaupten, Menem habe diese Reformen allein durchgeführt, das Parlament habe dabei nur eine Nebenrolle gespielt und sei bei den Re-

[313] B&B war das bedeutendste Wirtschaftsunternehmen Argentiniens und stand politisch der UCeDé nah. Erster Wirtschaftsminister war Nicolás Rappanelli. Menem berief außerdem Alvaro Alsogaray zu seinem wirtschaftlichen Berater. Dieser war ein bedeutender Vertreter der UceDé und ein alter Gegner des *justicialismo*. Die Wirtschaftszahlen verschlechterten sich noch. Nachdem die Zusammenarbeit mit B&B beendet war, besetzte Menem das Amt mit seinem ehemaligen wirtschaftlichen Berater aus La Rioja, dem Steuerberater und ehemaligen DC-Mitglied Antonio González. Doch die Lage verschärfte sich weiter. Schließlich entschied Menem, seinem Außenminister Domingo Cavallo, der in Harvard Wirtschaft studiert hatte, das Amt des Wirtschaftsministers zu übertragen.

[314] Mit der Analyse der Beziehung zwischen Parlament und Regierung beschäftigt sich Fabrini. Bei ihm heißt es, sowohl die UCR als auch später die PJ hätten nach dem Schema einer „*nicht erklärten Koalition*“ regiert (1995).

formen nur gehorsam gefolgt.

Ganz sicher hat es, wie dies im Allgemeinen alle zitierten Autoren belegen, einen exzessiven Gebrauch von *recursos de necesidad y urgencia* (Bedarfs- und Notfallverordnungen) gegeben.[315] Außerdem hat Menem in überhöhtem Maße *insistencias* praktiziert, d.h. Drängen im Parlament ausgeübt.[316] Doch einer der Gründe für das erhöhte Maß der Nutzung dieser Mittel ist sicherlich die schwierige Lage, in der er die Regierung übernahm (Novarro/Palermo 243f.). Diese Praxis des häufigen Rückgriffs auf diese Verordnungen zeigen jedoch, dass Menem zwar in der meisten Zeit seiner Regierung auf die Mehrheit in den beiden Kammern zählen konnte, die Führungsrolle Menems in seiner eigenen Partei allerdings im Laufe seiner Regierungszeit schwächer wurde. Es kann daher nicht behauptet werden, Argentinien sei in dieser Zeit ein Musterbeispiel einer delegativen Demokratie gewesen (O'Donnel 1992), in der die Legislative keine Rolle in der Demokratie gespielt hätte.[317]

Menem fehlte innerhalb seiner Partei gänzlich die Macht, um vermeiden zu können, dass diese auf die drastischen Reformen des Staates, die während Menems Regierung durchgeführt wurden, reagierte. Diese Reformen kamen in Menems Regierungszeit zunehmend aufgrund des internationalen Einflusses und des Wirtschaftsberaterteams zustande.[318] Das Wirtschaftsprogramm wurde nie innerhalb der PJ diskutiert, außerdem besaß die PJ kein klar definiertes Wirtschaftsprogramm. Daher verfügte Menem, als er die neoliberalen Reformen durchsetzte, nicht über die Unterstützung bedeutender Vertreter der Partei. Dies galt besonders für die Gouverneure der Provinzen. Auch die Wirtschaftspolitik wurde nicht diskutiert, sondern in die Realität umgesetzt und setzte sich somit im Entscheidungsstil Menems durch (vgl. Novarro/ Palermo 244). Angesichts der Krise wollte Menem nur Ergebnisse sehen. In dieser Zeit wurde Cavallo zum Minister ernannt.[319]

---

[315] Riggs (1988) nannte diese durch die Verfassung festgelegten Mittel bei der Regierung von Alfonsín „*paraconstitucionales*" und sah in ihnen ein Element, das die Machtkonzentration in den Händen der Regierung widerspiegelte. Die Regierung konnte durch sie schnell und ohne Einschränkungen durch die *accountability* horizontal agieren.

[316] Zwischen 1853, dem Jahr, in dem die Verfassung Argentiniens verabschiedet wurde, und 1983 wurde 25 Mal Gebrauch des *decreto de necesidad y urgencia* gemacht: Zwischen 1983 und Juli 1989 griff Alfonsín 11 Mal darauf zurück, Menem bis zur Verfassungsreform 1994 336 Mal (Ferreira/Goretti 1996: 444). Zwischen 1862 und 1985 kam es 12 Mal zu einer *insistencia* seitens der Regierung im Parlament. Alfonsín nutzte diese Möglichkeit in seiner gesamten Amtszeit nur ein einziges Mal. Unter Menem jedoch wurde allein in seiner ersten Amtszeit 11 Mal im Kongress darauf zurückgegriffen (Mustapic 2000: 584).

[317] Ein weiteres Beispiel, das zeigt, dass die PJ Menem nicht immer gefolgt ist, findet sich in der Tatsache, dass Alfonsín zwar öfter Gebrauch des Vetos machte: 60% als Kontrollmechanismus bei Initiativen der PJ. Menem hingegen legte sein Veto bei 35% der Initiativen der Opposition ein, aber auch bei 31% der Initiativen durch seine eigene Partei (Mustapic 2000: 584). Im Kongress wurden unter Alfonsín und Menem etwa gleich viele Gesetzesentwürfe bearbeitet. Vergleicht man jedoch die Amtszeit Alfonsíns mit der ersten Menems, lässt sich erkennen, dass die Legislative unter Menem aktiver war. In der Regierung von Alfonsín wurden 338 Gesetze durch Initiativen der Regierung verabschiedet (dies entspricht etwa 52,4%). In der gleichen Zeit gab es 386 Gesetze auf Initiative des Parlaments. In der ersten Amtsperiode Menems gab es 307 Gesetze auf eigene Initiative und 449 Gesetze, die durch Initiative des Parlaments zustande kamen (dies entspricht 54%). Was die Initiative der Parteien in der Zeit von 1989 betrifft, so entfielen auf die UCR 112 (43,6%), auf die PJ 77 (30%), auf gemeinsame Initiativen 29 (11,3%); in der Zeit von 1989 bis 1995 auf die UCR 101 (23,2%), auf die PJ 181 (41,6%), auf gemeinsame 36 (8,3%) (Mustapic 2000: 591f.).

[318] Bis 1991 Alsogaray und danach auch Cavallo, der später Wirtschaftsminister wurde und aus sich selbst eine Art Superminister oder Premierminister machte. Menem selbst versicherte im Präsidentschaftswahlkampf 2003, wenn er gewählt werde, werde er das Amt des Wirtschaftsministers abschaffen, da ihn ihm zu viel Macht vereint sei, um „no crear monstruos en economía" (La Nación, 3. April 2003).

[319] Cavallo gehörte zwar zu den *justicialistas* und war ursprünglich Christdemokrat, hatte sich aber nie dem *peronismo* angeschlossen. Während der Militärdiktatur war er für kurze Zeit Präsident der Zentralbank gewesen. Sein späteres Handeln zeigte, dass ihn nichts mit der PJ verband, außer dass die Partei für ihn ein gutes Sprungbrett darstellte, um an die Macht zu gelangen (vgl. Cerruti/Ciancaglini 1992: 262ff.).

Allgemein lässt sich beobachten, dass die Beziehungen zwischen der Regierung und dem Parlament in Argentinien die Struktur von Präsidialsystemen in Lateinamerika aufweisen. Einerseits nutzt die Regierung die Mittel, die ihr aufgrund der Verfassung zur Verfügung stehen. Dort wird die Führungsrolle des Präsidenten hervorgehoben, der eine starke Position hat und über der Partei steht. Im Falle Argentiniens wird die Führungsrolle innerhalb der Partei jedoch schwächer, je länger der Präsident sein Amt ausübt. Dies ist ein Merkmal, das üblicherweise in Präsidialsystemen zu finden ist, in denen ein Zweiparteiensystem existiert, oder in Mehrparteiensystemen, in denen es historische Parteien gibt oder Parteien, die das soziokulturelle Vermächtnis des politischen Systems aufgreifen.[320] Dies führt dazu, dass die Führungsperson der Partei, wenn sie Präsident des Landes wird, nach und nach die Kontrolle in der Partei verliert. Der Präsident tritt sein Amt an und die Partei unterstützt ihn aus dem Parlament heraus. Doch er nimmt seine Funktionen als Führungsperson der Partei nicht wahr. Im Unterschied zu europäischen parlamentarischen Systemen, in denen im Allgemeinen der Premierminister, Ministerpräsident oder der Kanzler weiterhin die Führung der Partei innehat und gleichzeitig die politische Führung des Landes übernimmt, führt im Präsidialsystem der Präsident die Politik des Landes, während die Parteien unabhängig von anderen Führungspersonen geleitet werden. So entwickeln sich innerhalb der Partei neue Führungspersonen. Im Falle der PJ war dies Duhalde. Innerhalb der Partei und aus der Position des Gouverneurs von Buenos Aires entwickelte er seine interne Führungsrolle, um Menem zu ersetzen. In gleicher Weise hatte zuvor Kirchner auf regionaler Ebene der PJ seine Führungsposition in der Partei erarbeitet, um Menem bei den Wahlen 2003 zu schlagen.[321]

Die Parteien sind die Akteure im Parlament. Die PJ agierte dort unabhängig, was jedoch keine Opposition zu Menem bedeutete. Doch die Tatsache, dass Menem immer wieder auf die in der Verfassung festgelegten Druckmittel zurückgriff, zeigte, dass die Parlamentarier seiner Partei ihm nicht ausnahmslos folgten.[322] Des Weiteren bleibt zu bedenken, dass in der ersten Amtszeit Menems elfmal von der *insistencia* Gebrauch gemacht wurde, während dies in der Amtszeit Alfonsíns nur einmal geschah. Vier dieser elf Fälle beruhten auf Initiative der Regierung. Zu dieser Zeit verfügte Menem über die Mehrheit im Kongress, daher stellten diese *insistencias* ei-

[320] Sicherlich spielt die Variable des Wahlsystems eine Rolle (Kapitel 5) aufgrund der Eigendynamik der traditionellen Parteien – d.h. nicht durch *outsider* gegründete Parteien (z.B. Chavez und seine Partei V República, Fujimori und seine Partei Cambio 90), in denen es interne Gruppen gibt (vgl. Kapitel 5).

[321] Wenngleich Menem etwa 24% der Stimmen erhielt und Kirchner etwa 22%, zeigten die Umfragen, dass Kirchner im zweiten Wahlgang, der für Mai 2003 angesetzt war, weit vor Menem liegen würde. Daraufhin trat dieser zurück, um einer schweren politischen Niederlage vorzubeugen.

[322] Mustapic schreibt, es habe eine ständige Spannung zwischen dem Parlament und Präsident Menem gegeben. Das Parlament hatte ein gewisses Maß an Autonomie, das unter anderem durch das System der Gewaltenteilung festgelegt war. Unter den Führungspersonen der Partei gab es wenig Zusammenhalt (zu den verschiedenen internen Gruppen gehörten auch die *menemistas*; später kamen die *duhaldistas* hinzu). Diese Faktoren führten dazu, dass die Parlamentarier über ein Maß an Autonomie verfügten, das die Führungsrolle des Präsidenten einschränkte (2000: 593). Bei allen Parteien, die regieren, herrscht Parteidisziplin, d.h. Kohärenz und politische Unterstützung seitens der Partei gegenüber der Regierung. Es herrscht also politische Loyalität, im Rahmen derer jedoch Kritik geübt werden kann. Ein Satz des Fraktionschefs der PJ, Humberto Roggero, beschreibt diese Beziehung zwischen Regierung und Parlament besonders gut: „*...si bien los legisladores somos oficialistas, también somos diputados.*“ (vgl. La Nación, 12. Februar 1998). Ein bedeutender Faktor in der PJ war, dass im größten Teil der beiden Amtszeiten Menems die Fraktionschefs nicht seiner Gruppe angehörten: José Luis Manzano (1984-1995), Jorge Matzkin (1991-1998), Humberto Roggero (1998-2005).

ne klare Herausforderung seitens der Parlamentarier der PJ gegenüber dem Vorsitzenden ihrer Partei dar. Menem konnte sich im Rahmen der Parteidisziplin auf seine Partei im Parlament verlassen, was seine Führungsrolle betraf, die ein Präsident im Präsidialsystem innehat. Dies bedeutete jedoch nicht, dass die Parlamentarier ihm in allen politischen Vorhaben bedingungslos Folge leisteten. Daher verhandelte Menem entweder mit dem Kongress oder nutzte einfach den Mechanismus, den die Verfassung ihm an die Hand gab: die *decretos de necesidad y urgencia.*

Die internen Spannungen der PJ wurden auf das Parlament übertragen und zeugten so als Resonanzboden von dem, was in der Partei vorging. Sie sind Ausdruck des repräsentativen Charakters, welcher Aufgabe des Parlaments ist; insofern erfüllten die Parlamentarier der PJ diese Aufgabe. Die Partei funktionierte also im Parlament strukturell, da es nicht zum Stil der Regierung gehörte, bei den wichtigen Entscheidungen die Partei miteinzubeziehen. Dies galt besonders für den Bereich der Wirtschaft, in dem die PJ weder in der Politik noch in den Reihen der Akteure, die diese Politik ausführten, je vertreten war. Doch aufgrund der rechtlichen und politischen Privilegien, die Menem besonders während seiner ersten Amtszeit erlangt hatte,[323] waren die Chancen, den Reformkurs zu ändern, eher begrenzt. Daher lässt sich sagen, dass trotz der Bedeutung des Kongresses, die sich in erster Linie in Krisenzeiten zeigte, die Parlamentarier der *justicialistas* eine wichtige Rolle spielten. Ihr politischer Handlungsspielraum war aber durch den Präsidentialismus und in einer Gesellschaft, in der es als kultureller Wert verankert ist, dem *caudillismo* zu folgen, begrenzt. In den ersten Jahren der Regierung Menems stellten sich die Parlamentarier der PJ beispielsweise stärker gegen die Arbeitsmarkt- und Rentenreform, als die Arbeiter dies erwarteten. Wie Novarro und Palermo schreiben, zeigten die Tatsachen und empirische Untersuchungen der Beziehung zwischen Parlament und der Regierung in der Ära Menem, dass das Parlament eine wichtige Rolle gespielt hat. Das Parlament habe mit der Regierung zusammengearbeitet, aber auch deren Entscheidungen kontrolliert. Im Parlament habe sich in erster Linie der interne Streit der PJ gezeigt, anfangs zwischen *menemistas* und *renovados cafieristas*, später zwischen *menemistas* und *duhaldistas*: „El peronismo en el gobierno logró canalizar sus diferencias y resolver los problemas de coordinación que implica la agregación y reproducción de una mayoría con capacidad para actuar y retener la incitativa, no sólo concentrando el poder en el Ejecutivo y sometiendo a las instituciones republicanas y representativas a su voluntad, sino haciéndolas funcionar.“ (1997: 250)

5.4.3 Die Verfassungsreform

Verfassungsreformen sind eine Variable, die im Zusammenhang mit den Herausforderungen des Regierens in der heutigen Zeit untersucht werden muss, und dies unabhängig davon, wie

[323] Zu den rechtlichen Privilegien kamen die Möglichkeiten der Verfassung hinzu, die Menem nutzte, um die Reformen durchzuführen. Die politischen Privilegien hatte er sich selbst aufgrund seines ihm eigenen Entscheidungsstils selbst gegeben und nutzte sie.

und durch wen diese Reformen in Gang gesetzt wurden,[324] d.h. im Falle Argentiniens in erster Linie unabhängig von der Wiederwahl Menems. Die Diskussion über die Reform wird in Argentinien seit der Einführung der Demokratie geführt (vgl. Corvacho 1998: 592f.).[325]

Die Reform entstand durch ein Abkommen zwischen Menem und Alfonsín, dem *Pacto de Olivo* vom 13. Dezember 1993, dem der Senat am 29. Dezember mit zwei Drittel der Stimmen zustimmte. Dadurch wurden die Spielregeln für Opposition und Regierung geändert, in erster Linie betraf dies die PJ und die UCR (Acuña 1995: 14).[326]

Gemäß Gesetz 24.309 wurde eine verfassungsgebende Versammlung einberufen,[327] deren Ziel es war, die Verfassung im so genannten „*Núcleo de Coincidencias Básicas*" (NCB) zu reformieren.[328] An dieser Versammlung nahmen die damals stärksten politischen Kräfte des Landes und ihre Vertreter teil. Die PJ und die UCR waren zwar in der Mehrheit, verloren aber bei der Wahl gegen die anderen Kräfte, in erster Linie die FG und MODIN.[329] Obwohl die FG und MODIN dem *Pacto de Olivo* ablehnend gegenüber standen, stimmten sie schließlich für die gesamten Reformen. Dies war ein bedeutender Schritt für den politischen Konsens aller politischen Kräfte Argentiniens.

---

[324] Zur Diskussion über die Reform und die Modernisierung der Institutionen vergleiche z.B. Nohlen/De Riz 1991; speziell zu Argentinien: Consejo para la Consolidación de la Democracia 1986; 1987; Smulovitz 1988; Botana/Mustapic 1988; Mustapic/Goretti 1988; Serraferro 1993; García 1994; Sain 1994; De Riz 1995; Saiz 1997; Carrizo 1997; Duarte 1999.

[325] Zwischen 1984 und 1994 gab es 18 Reformen bei Provinzverfassungen, außerdem eine Reform der nationalen Verfassung. Zu diesem Prozess von Verfassungsänderungen kam die neue Verfassung der neu geschaffenen Provinz Feuerland hinzu (vgl. Corvacho 1998: 593).

[326] Dieser Prozess der beginnenden Reformen, die schon seit langer Zeit diskutiert wurden, bestätigt die Notwendigkeit der Teilreform der Verfassung aus dem Jahr 1853. In der Vergangenheit hatte es 1860, 1866, 1898 und 1957 Reformen gegeben (vgl. Sain 1994: 99).

[327] Die verfassungsgebende Versammlung sollte in Santa Fé und Paraná stattfinden. Nach der Verkündung des Gesetzes am 31.12.1993 hatte die Regierung 120 Tage Zeit, Wahlen für die an der Versammlung teilnehmenden Vertreter einzuberufen. Danach mussten die Sitzungen innerhalb von 60 Tagen beginnen. Die Versammlung durfte maximal 90 Tage ohne Verlängerung tagen.

[328] Die Themen, die im *Núcleo de Coincidencias Básicas* von den 10 Ausschüssen gemäß den Artikeln 2 und 3 des Gesetzes 24.309 behandelt werden sollten, waren folgende:

a) Abschwächung des Präsidialsystems; b) Verkürzung des Präsidenten- und Vizepräsidentenmandats auf vier Jahre mit Möglichkeit der sofortigen Wiederwahl für nur eine Amtszeit, wobei die Amtszeit Menems als erste gewertet werden sollte; c) Streichung der Bedingung, dass nur ein Katholik zum Präsidenten gewählt werden kann; d) Direktwahl von drei Senatoren, zwei durch Mehrheit und einer durch die Mehrheit im gesamten Landesvergleich, je Provinz und in der Stadt Buenos Aires, außerdem Verkürzung des Mandats der Gewählten; e) Direkte Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten in zwei Wahlgängen; f) Direkte Wahl des Bürgermeisters von Buenos Aires sowie Reform der Stadtverwaltung; g) Regelung der Befugnis des Präsidenten, *decretos de necesidad y urgencia* zu erlassen, Maßnahmen zur verfahrensmäßigen Erleichterung bei der Diskussion und Abstimmung über Gesetze (*decretos de necesidad y urgencia*, delegierte Gesetzgebung, Reduzierung der erlaubten Interventionen der Kammern auf drei, teilweise abgelehnte Projekte, Ausdehnung der ordentlichen Sitzungen des Kongresses, Abstimmung über Gesetze allgemein im Plenum, im einzelnen in den Ausschüssen, Ausschüsse zur besseren Verbindung zwischen den beiden Kammern, Ausschluss der gemischten Abstimmung über Gesetzesentwürfe); h) *Consejo de la Magistratura*; i) Ernennung der Richter auf Landesebene; j) Amtsenthebung derselben; k) Kontrolle der öffentlichen Verwaltung; l) Festlegung von Mehrheiten speziell für das Verabschieden von Gesetzen, die das Wahlsystem und das System der politischen Parteien betreffen; m) Eingreifen des Staates.

Zu Artikel 3 der zu behandelnden Themen gehörte unter anderem Folgendes: a) Stärkung des föderalistischen Systems (System der Kopartizipation, Schaffung von Regionen für die wirtschaftlich-soziale Entwicklung, Rechtsprechung der Provinzen in öffentlichen Gebäuden, Möglichkeit für die Provinzen, international zu agieren); b) Autonomie der Gemeinden; c) Einführung der Volksinitiative und der Volksbefragung als Mechanismen der halbdirekten Demokratie; d) Übereinkunft des Senats zur Ernennung bestimmter Beamter für das Rechnungsprüfungsamt sowie die Zentralbank, ausgenommen bleibt die *Auditoría General de la Nación*; e) Aktualisierung der Befugnisse des Kongresses und der Exekutive des Landes entsprechend Artikel 67 und 86 der Verfassung; f) Schaffung eines Ombudsmannes; g) *Ministerio Público* als Organ außerhalb der drei Gewalten; h) Befugnisse des Kongresses beim Fordern von Berichten, Interpellationen und Untersuchungsausschüssen; i) Institute zur Integration und Hierarchie der internationalen Verträge; j) Garantien der Demokratie hinsichtlich der verfassungsmäßigen Regelung zu politischen Parteien, dem Wahlsystem und der Verteidigung der verfassungsmäßigen Ordnung; k) Schutz der Umwelt; l) Schaffung des Wirtschafts- und Sozialrats mit konsultativem Charakter; m) Anpassung der Verfassungstexte, um die ethnische und kulturelle Identität der indigenen Völker zu sichern; n) Schutz des Verbrauchers; o) ausdrückliche Verankerung der Habeaskorpusakte und der Verfassungsbeschwerde; p) Vereinheitlichung der Wahlmandate auf ein Datum (Sain 1994: 99-100).

Zur Kritik an den Reformen kam die Ablehnung verschiedener Soziologen gegenüber der Wiederwahl Menems. So hieß es z.B. bei Bothanah, die Reformen gingen nicht die grundlegenden Probleme an, welche durch politische Hegemonie nicht gelöst worden seien (1994: 9). Doch Bothanah vergaß, dass institutionelle Reformen nur von politischen Akteuren getragen werden können, in diesem Falle von den politischen Parteien und ihrer politischen Klasse. In einer liberalen Demokratie werden Verfassungsreformen von den Vertretern des Volks durchgeführt und im Allgemeinen stimmt das Volk über diese in einem Referendum ab. Die Tatsache, dass Menem mit absoluter Mehrheit wiedergewählt wurde, zeigt jedoch, dass die Mehrheit der Menschen dem politisch-wirtschaftlichen Prozess, den Menem in Argentinien in Gang gesetzt hatte, positiv gegenüber stand. Auch wenn es eine Verbindung zwischen der Möglichkeit der Wiederwahl Menems und der Verfassungsreform gibt, so ist dies keine Variable, die von der Wiederwahl Menems als Präsident abhängt. Eine Wiederwahl lässt sich anstreben oder beabsichtigen, es ist jedoch Sache der Wähler, diese auch zur Realität werden zu lassen (vgl. Carriezoo 1997). Das Positive dieses Prozesses wird auch ersichtlich aus einer anderen Perspektive, wenn man sich vor Augen führt, dass PJ und UCR, die sich stets in Opposition zueinander befunden hatten, sich einigten, um die Demokratisierung voranzubringen und zu vertiefen (vgl. De Riz 1995).

Die Verfassungsreform, die von den vier derzeit wichtigsten politischen Gruppierungen des Landes (PJ, UCR, FG, MODIN) durchgeführt und beschlossen wurde, war ohne Zweifel Teil des Prozesses der Konsolidierung in Argentinien, einem Land, das mit dieser Art von politischem Regime experimentierte. Doch sie stärkte auch das Präsidialsystem, das anpassungsfähig und mit dem Entscheidungsstil Menems sehr gut vereinbar war.[330] Im Rahmen der Reformen wurde gleichzeitig versucht, ein modernes Regelwerk zu schaffen, um so zu erreichen, dass sich die politischen Akteure und insbesondere die politische Klasse stärker mit der Demokratie identifizieren und an ihr teilhaben (Smulovitz 1995).

Die Reform führte aufgrund der Veränderungen, die sie mit sich brachte, zu einer Flexibilisierung des Präsidialsystems als Institution. So sorgte beispielsweise das neu geschaffene Amt des Kabinettschefs für eine direktere Beziehung zwischen Regierung und Parlament, wodurch eine bessere Kooperation beider Institutionen möglich wurde, besonders wenn Gesetze blockiert wurden. Des Weiteren war dieses Amt eine Instanz für Verhandlungen zwischen Regierung und Parlament. Die Idee dieses Kabinettschefs steht im Zusammenhang mit einer Aussage von Nohlen, der zufolge dieses Amt die Befugnisse zur Ausübung der Regierung gab, aber auch dazu verpflichtete, sich mit seinem Handeln vor dem Kongress zu verantworten. Dies ist eine funktionale Variante des Präsidialsystems (1991: 34). Bei nur oberflächlicher Betrachtung lässt sich

[329] Zusammen stellten die PJ und die UCR 57% bei der Versammlung, die PJ verlor jedoch 6%, die UCR 11%; PJ 37,7%; UCR 19,9%; FG 13,6%; MODIN 9% (vgl. De Riz 1995: 68).

[330] Ausnahmemechanismen wurden institutionalisiert und legitimiert, die *decretos de necesidad y urgencia* und das Teilveto konsolidierten sich ohne gesetzliche Hindernisse, ebenso die legislative Delegation. Doch für Menem entstand so die Möglichkeit der Wiederwahl, die er 1995 nicht ungenutzt ließ, als er für 4 Jahre wiedergewählt wurde.

kritisch bemerken, die neuen Reformen stärkten nur das Präsidialsystem mit dem beschriebenen Entscheidungsstil und die delegative Demokratie, in erster Linie durch die Konsolidierung der *decretos de necesidad y urgencia*. Das Parlament hat durch diese Reformen jedoch auch eine weitaus klarere Rolle hinsichtlich der Kontrolle des Handelns der Regierungen erhalten. Dies erfolgte durch Bestimmungen, die deutlicher darlegten, welche Reichweite die *decretos* der Regierung haben.[331]

Die Reformen müssen in ihrem Kontext und nicht ausgehend von der Krise, die Argentinien Anfang des 21. Jahrhunderts erlebte, untersucht werden, da es sich bei dieser eher um ein Problem der politischen Klasse handelte sowie um Schwierigkeiten bei einem nationalen Projekt seitens der gesamten politischen Elite des Landes. Wie Liliana De Riz schreibt, wurden die Reformen damals durchgeführt, da sie notwendig waren, um einen Ausweg aus einer institutionellen Sackgasse zu finden und um dem Willen der Mehrheit zu entsprechen. So sollte die autoritäre Machtausübung kontrolliert werden und die politische Führung den Bürgern gegenüber Rechenschaft ablegen. Insofern waren die Reformen Teil des Konsolidierungsprozesses in einer Demokratie, die noch über wenig Erfahrung verfügte (1995: 75).

5.4.4 Die Wirtschaftsreformen

Betrachtet man den Inhalt der *decretos de necesidad y urgencia*, stellt man fest, dass in ihnen eine einheitliche Linie fehlt, d.h. sie wurden nicht nur benutzt, um die Wirtschaftsreformen durchzusetzen (vgl. Ferreira/Goretti 1996). Daher muss eine andere Begründung für diese von der Regierung und Menem in übertriebenem Maße angewendete Praxis gefunden werden. Nach Novarro und Palermo war der politische Führungsstil der Regierung von Menem gekennzeichnet durch zwei Faktoren: den peronistischen und den technokratischen Faktor (1997: 244).

Was den ersten dieser Faktoren betrifft, so entspricht der peronistische Regierungstyp oder –stil nicht den Erwartungen an eine liberale demokratische Regierung. Die Regierung Menems zeichnete sich dadurch aus, dass sie ihre Ziele erreichte, indem sie die durch die Verfassung gegebenen Mittel bis zum Äußersten ausschöpfte und so einen im Vergleich zur Regierung der Radikalen wenig orthodoxen Regierungsstil legitimierte. Menem traf seine Entscheidungen so, dass sie bei den Wählern populär waren.[332] Menem übernahm die Regierung in einer allgemeinen Wirtschaftskrise, deren schlimmste Auswirkung für die Bevölkerung Argentiniens die hohe Inflation war. In dieser Situation und in Übereinstimmung mit der UCR, die die Mehrheit im

[331] In Artikel 99 Absatz 3 heißt es beispielsweise „... cuando circunstancias excepcionales hicieran imposible seguir los trámites ordinarios previstos por ésta Constitución para la sanción de las leyes, y no se trate de normas que regulen materia penal, tributaria, electoral o el régimen de partidos políticos“. Die *decretos de necesidad y urgencia* sollten also innerhalb einer Ausschlussfrist behandelt werden, durch einen ständigen Zwei-Kammer-Ausschuss überprüft und ihre Ergebnisse jeweils im Plenum in den beiden Kammern vorgelegt werden.

[332] So gab es beispielsweise *decretos* der Regierung zur Fernsehübertragung eines Fußballspiels, zum Spenden von Asphalt für Bolivien oder zur Veranstaltung eines Formel-1-Rennens in den Straßen einer Stadt.

Kongress besaß,[333] begann er eine Reihe von Reformen, die zu einer gängigen Praxis während des gesamten ersten Teils seiner Regierung werden sollten. Menem versuchte, seinen Regierungsstil, nach eigenem Ermessen zu entscheiden, so lange wie möglich weiterzuführen.[334] Der technokratische Stil kam nicht aus dem *peronismo*, sondern von außen. Es handelte sich um einen Einfluss aufgrund internationaler Tendenzen hinsichtlich der wirtschaftlichen Maßnahmen, zu denen die internationalen Wirtschaftsorganisationen den Regierungen rieten. Es wurde empfohlen, Strukturreformen oder neoliberale Reformen durchzuführen.[335] Die ersten, die Menem in dieser Richtung beeinflussten, waren B&B und Alsogaray von der UCeDé, später dann Cavallo und sein Wirtschaftsteam, deren Bindung an die PJ als schwach bezeichnet werden kann.[336] Außerdem verfügte Menem stets über die Unterstützung durch die Unternehmer, die ihrem unternehmerischen Denken entsprechend glaubten, dass die Reformen nur mit einer starken Regierung durchgeführt werden konnten und wenn man gestattete, dass die Technokraten ihre Arbeit taten. Daher wurde die Wirtschaftspolitik nicht durch ein Programm bestimmt, dieses existierte nie (vgl. Cerruti/Ciancaglini 1992; Cerruti 1993). Die Wirtschaftspolitik wurde von Personen durchgeführt, die politisch nicht zusammengehörten und keine Gruppe bildeten; sie waren keiner Partei treu verbunden und verfügten nicht über ein politisch-wirtschaftliches Projekt, das die wirtschaftliche Entwicklung im Rahmen des politischen Projekts der Regierungspartei ermöglicht hätte.[337]

Die Krise war von der vorhergehenden Regierung übernommen worden. Menem musste versuchen, voranzukommen. Angesichts der Realität, in der soziales Chaos herrschte und die Institutionen aufgrund der Krise und der extremen Inflation zusammenbrachen, wurde Menem veranlasst, ideologisch einen Kurswechsel einzuleiten, mit dem seine Regierung einen Prozess weitreichender Wirtschaftsreformen begann. Durch die Krise stieg jedoch auch die Toleranz der Bevölkerung gegenüber der Wirtschaftspolitik, die man vorher unter der Regierung von Alfonsín abgelehnt hatte. Dies zeigten die 13 Generalstreiks, die durch die dem *justicialismo* verbundenen Gewerkschaften seitens der CGT initiiert worden waren, als Alfonsín versuchte, Anpassungen vorzunehmen, durch die die Wirtschaft Schritt für Schritt liberalisiert werden sollte (Gerchunoff/Torre 1995: 737). In dieser Hinsicht war die CGT Menem gegenüber toleranter als Alfonsín und verlieh Menem somit mehr Flexibilität bei der Umsetzung der Reformen. Als die

---

[333] Ab Dezember 1989 verfügte die PJ über die Mehrheit in der Abgeordnetenkammer (bis 1997), im Senat und bei den Gouverneuren der Provinzen.

[334] Die ersten Gesetzesentwürfe, die durch das gesamte Parlament verabschiedet wurden, waren die „*Leyes de Emergencia Administrativa*“ (Ley 23.696) und die „*Leyes de Emergencia Económica*“ (Ley 23.697) (Ferreira/Goretti 1996: 445).

[335] Aufgrund der Misserfolge in der Wirtschaft (vgl. Kapitel 1,4 und 5, Sarney, Alfonsín, Lusinchi, De la Madrid, Alan García.). Insofern blieb Menem, so Gerchunoff, keine andere Möglichkeit, er musste den Privatisierungsprozess durchführen, egal wie er auch ausgehen mochte (1992).

[336] Bei Novarra und Palermo heißt es, es habe keine institutionelle Interaktion zwischen Cavallo und der PJ gegeben: „En el caso argentino, la llegada de Cavallo y su equipo a la cartera económica entronizó, a partir de 1991, este estilo de gestión que resultó – al menos en lo que se refiere a la interacción institucional – convergente con el modo peronista de gobernar. Infinidad de decisiones del ministro fueron expresamente respaldadas por declaraciones suyas contra los partidos, ‚la politiquería barata‘ y los parlamentarios que ‚demoran las transformaciones‘.“ (1999:132)

[337] Im Vergleich mit den *cieplan boys* erkennt man, dass sich die Situation genau umgekehrt darstellte, da die Christdemokraten die Reformen im Rahmen eines politisch-institutionellen christdemokratischen Projekts durchführten und mit dem Parlament zusammenarbeiteten, wenn auch ohne Mehrheit im Parlament, die die Regierung Menem aber besaß.

CGT später versuchte, wegen der extremen Liberalisierung der Wirtschaft zu protestieren, hatte sie bereits an Zusammenhalt verloren und besaß keine Führungsperson mehr wie in den 1970er und 1980er Jahren (Navarro 1995).[338]

Durch die Krise, während der Menem sein Amt übernahm, erhielt er die Möglichkeit, die argentinische Wirtschaft zu reformieren und den Liberalisierungsprozess der argentinischen Wirtschaft bzw. die Strukturreformen durchzuführen, die im Rahmen des neoliberalen Modells auf Empfehlung des Washington Consensus und der Elite der argentinischen Wirtschaft angewendet wurden.[339] Aufgrund der Absicht, Argentinien zu internationalisieren und es an die erste Welt anzubinden, lenkte Menem die Wirtschaft des Landes in diesem Prozess exakt gemäß den Empfehlungen der internationalen Wirtschaftsorganisationen. Menem stand über seiner Partei, die PJ war kein Hauptakteur, von dem man angenommen hätte, er werde die Wirtschaftspolitik umsetzen.[340] Daher sind zwei der Variablen, die die Anwendung der Reformen beschleunigten, die Wirtschaftskrise und das Streben der internationalen Organisationen in der Wirtschaftspolitik Argentiniens nach Glaubwürdigkeit.[341]

Eine dritte Variable wurde bereits angesprochen und steht in natürlicher Verbindung mit den beiden zuvor genannten: das Fehlen eines Wirtschaftsprogramms innerhalb der PJ. Der parteiinterne Sieg sowie der Sieg bei den Präsidentschaftswahlen verliehen Menem natürlich eine Führungsrolle innerhalb der Partei. Dies bedeutete jedoch nicht, dass er die gesamte Partei unter seiner Führung vereinen konnte. Menem aber vertrat einerseits die *Partido Justicialista* als Regierungspartei und andererseits die peronistische Bewegung aufgrund seiner Merkmale als Caudillo, die kennzeichnend für ihn waren. Menem versuchte, Perón nachzueifern. Nachdem er die Regierung übernommen hatte, war ihm seine politische Unterstützung durch die Stimmen der eigenen Partei und aufgrund der ineffizienten Führung der Radikalen sicher. Gerchunoff und Torre bemerken hierzu, dass gemäß einem alten Paradoxon in der Politik Politiker der Linken leicht eine rechte Politik durchsetzen könnten, ohne von der Linken verurteilt zu werden – was entsprechend für Politiker der Rechten gelte. Dem gemäß zeige die Kursänderung Menems, dass ein ursprünglich populistischer Präsident eine nicht populistische Wirtschaftsstrategie durchsetzen könne und bei dem Versuch keine Kritik fürchten müsse. Innerhalb der PJ rief der

[338] Zur Anpassung der Gewerkschaften und der Toleranz der Gesellschaft gegenüber den Reformen vgl. Fernández 1995; Murillo 1997.

[339] 1989 begann mit der Verabschiedung des Gesetzes 23.696 über die Reform des Staates eine neue Phase, in der sich neue Märkte im Privatsektor der Wirtschaft und neue privilegierte Bereiche, in denen es außergewöhnliche Quasirenten sowie Marktreserven gab, entwickelten (Azpiazu 1995: 149).

[340] Wenngleich Corrales davon ausgeht, die PJ sei Menem im Reformprozess gefolgt, finden sich bei ihm Anhaltspunkte, die für das Gegenteil sprechen. Schon 1989 nahmen die Spaltungen in der PJ durch folgende Gründe zu: die Zusammensetzung des Kabinetts, die Wirtschafts- und Außenpolitik, die Verbindung zu Bunge & Born und Alsogaray, der Straferlass gegenüber den Militärs; selbst die Gruppe, die Menem treu war, spaltete sich (*celestes* gegen *rojo punzó*). Corral führt in dieser Richtung weiteres an: die Parlamentarier der PJ weigerten sich 1991, ein Gesetz zu Streiks zu verabschieden. Die internen Streitigkeiten nahmen zu, die *menemistas* erlitten harte interne Niederlagen in wichtigen Provinzen. Kurz nach seinem Amtsantritt wurde Cavallo 1991 von Parlamentariern der PJ verbal angegriffen, als er zum ersten Mal im Kongress sprach und einen Teil seiner Wirtschaftspolitik darlegte. Außerdem traten in jenem Jahr zum ersten Mal drei Abgeordnete der PJ aus der Partei aus (1999: 27-28; zu den internen Spaltungen vgl. auch Cerruti/Ciancaglini 1992; Cerruti 1993).

[341] Zur Inflation und allgemeinen Wirtschaftskrise kam hinzu, dass die Finanzmärkte negativ auf den Wahlsieg Menems reagierten.

neue wirtschaftliche Kurs jedoch Spannungen hervor. Den anders Denkenden in der ersten Amtsperiode Menems fehlte eine Alternative, die sie dem Wirtschaftsplan hätten entgegensetzen können (1995: 738-739).

Dass Menem während einer Krise die Regierung übernahm, war für ihn positiv, denn so konnte er in den ersten eineinhalb Jahren experimentieren, um die Lösung zu finden, mit der man die Inflation stoppen und das Wachstum steigern konnte, bis Menem schließlich Cavallo hinzuzog und dieser als sein Wirtschaftsminister die Inflation durch die Geldpolitik der Konvertibilität stoppte, im Rahmen derer eine 1:1-Bindung des Peso an den Dollar erfolgte. Das Wachstum wurde für einige Zeit durch Privatisierungen, äußere Verschuldung und ausländische Investitionen gesichert.[342] Die Krise verhalf Menem somit dazu, ohne politischen Widerstand die Strukturreformen durchzuführen (vgl. Azpiazu 1995: 149).[343]

Ein Charakteristikum, das den Prozess der Privatisierungen von Anfang an begleitete, war die fehlende Planung (vgl. Verbitsky 1991) sowie die extreme Geschwindigkeit, mit der die Aktiva des Staates verkauft wurden (vgl. Azpiazu/Vispo 1994).[344] Durch die Privatisierungen in der ersten Amtszeit Menems bis 1994 konnten die Staatskassen 16,2 Milliarden Dollar einnehmen. Etwas mehr als ein Drittel davon, 5,8 Milliarden Dollar, entsprachen dem Marktwert der öffentlichen Schuldtitel im In- und Ausland.[345]

Die Strukturreformen zeigten schnelle Auswirkungen auf die Wirtschaft. So verbesserte sich das Defizit der Staatskasse zumindest kurzfristig, da das Defizit der nun privatisierten Unternehmen nicht mehr zu Buche schlug. Hinzu kamen die Einnahmen aus Verkäufen von Aktiva des Staates sowie die Senkung im Bedienen der finanziellen Auslandsverschuldung. Durch bedeutende Deviseneinkünfte des Staates konnte der nominale Wechselkurs stabil gehalten werden, wodurch die Inflation unter Kontrolle gebracht werden konnte. Es folgte ein erhöhter interner Konsum, der wiederum zu erhöhten Steuereinnahmen führte. Gleichzeitig war ein leichter Anstieg der Investitionen zu verzeichnen, die großen nationalen und internationalen Wirt-

---

[342] Bei den Wirtschaftsproblemen, vor denen Menem stand, handelte es sich um hohe Inflation, starke Ungleichgewichte bei den Steuern und die allgemeine Unsicherheit aufgrund der orientierungslosen Wirtschaftspolitik, die bis dahin angewendet worden war.

[343] Wenngleich Javier Corrales nicht mit dieser These übereinstimmt und verschiedene zusammenhanglose Beispiele aus anderen Ländern und selbst anderen Regimes anführt, um zu zeigen, dass die Krise Argentiniens nicht einer der Motoren für die Wirtschaftsagenda Menems war und dass die argentinische Gesellschaft nicht mit diesem Wirtschaftsprojekt übereinstimmte – mit Ausnahme der ergebenen Regierungspartei (obwohl diese Debatte bereits durch Palermo 1999 geklärt wurde) –, muss bedacht werden, dass nach einer weiteren Wirtschaftskrise De la Rua sein Amt verlor und die Maßnahmen seiner Regierung zur Eindämmung der Krise dazu führten, dass sowohl der Präsident als auch sein Wirtschaftsminister aufgrund der Proteste der Bürger zurücktreten mussten. Andererseits wurde bereits erläutert, dass die PJ nicht die untergebene Partei war, als die Corrales sie darstellt. Differenzen existierten durchaus zwischen 1991 und 1993. So gab es innerhalb der PJ beispielsweise Versuche, die Reformen zu sabotieren, so Corrales (1999: 26), da Menem sich einige Jahre später bei den Präsidentschaftswahlen wieder durchsetzte. Corrales geht nicht darauf ein, dass Alfonsín fünf Monate vor Ablauf seiner Amtszeit aufgrund der Wirtschaftskrise und der Inflation zurücktrat. Diese betrug Mitte des Jahres 4.923,3% (vgl. Corrales 1999a).

[344] Die Schnelligkeit, mit der die Privatisierungen durchgeführt werden sollten, führte dazu, dass oft ungenaue Schätzungen hinsichtlich des wirklichen Wertes des zu privatisierenden Unternehmens vorgenommen wurden. So lagen beispielsweise bei ENTEL die Zahlen zwischen 1,9 und 3,5 Milliarden Dollar; schließlich wurde das Unternehmen zum niedrigsten geschätzten Wert, d.h. für 1,9 Milliarden, verkauft. Einige Unternehmen aus der Erdölbranche wurden verkauft, ohne die Bestände an Öl hinzuzurechnen. SOMISA wurde für 150 Millionen Dollar verkauft. Obwohl der Wert auf 310 bis 570 Millionen Dollar geschätzt wurde. Die öffentlichen Wirtschaftsprüfer des Unternehmens nannten Zahlen zwischen 450 Millionen und 2 Milliarden Dollar (Azpiazu 1995: 192).

schaftsunternehmen konnten sich konsolidieren.[346] Ziel der Privatisierungen war es, dem Staat reichlich Finanzmittel zu verschaffen, die Schulden, die die Unternehmen im Inland sowie im Ausland hatten, zu senken[347] sowie Steuereinnahmen aus zukünftigen Gewinnen dieser Unternehmen zu erzielen, auch im Hinblick auf die Ausgaben des Staates. Der Staat profitierte von den nicht mehr für ihn vorhandenen operativen Defiziten verschiedener staatlicher Unternehmen, die nun privatisiert waren.[348] Auf kurze Sicht betrachtet nutzten die Privatisierungen dem Staat, da er über Finanzmittel verfügte. Doch diese wurde hauptsächlich für die Deckung des ständigen Defizits in der Staatskasse Argentiniens und für die Parität zum Dollar verwendet.[349]

Die Privatisierungen führten vorübergehend zu einer Erleichterung in der Politik und der Wirtschaft für Menem und zur Konsolidierung Cavallos. Doch die langfristigen Ziele wurden den kurzfristigen geopfert. So wurde der Wechselkurs stabil und die Inflation unter Kontrolle gehalten, parallel dazu stieg der Konsum. Doch die durch die Privatisierungen erzielten Gelder wurden nicht für die Infrastruktur oder Sozialausgaben verwendet. Obwohl die Gelder laut Verordnung 575/90 für Sozialausgaben verwendet werden sollten, flossen sie hauptsächlich in die Zahlung der regulären Staatsausgaben, die Neuordnung der Staatskasse und in erster Linie in die Unterstützung des Konvertibilitätsprogramms (Azpiazu 1995: 154f.).[350]

Paradoxerweise hat sich trotz der Einnahmen durch die Privatisierungen, die eigentlich zu einer Verringerung der Auslandsverschuldung seitens des Staates führen sollten, die Auslandsverschuldung noch erhöht; gleiches gilt für den privaten Sektor. Der Prozess der Privatisierungen fand im Rahmen eines für die Regierung ungünstigen Kräfteverhältnisses statt. Der dringende Finanzbedarf des Staates und sein Bedürfnis, an Ansehen zu gewinnen, führten dazu, dass die potenziellen Käufer einen hohen Preis für ihre Teilnahme an den Versteigerungen forderten. Um ihre Prioritäten unter diesen Umständen durchsetzen zu können, musste die Regierung eine Reihe von Bestimmungen entwerfen, die den neuen Eigentümern der nun privaten Unternehmen Schutz und Garantien zusicherten, so z.B. Marktreserven und Gewährung von Quasirenten. So wurden die staatlichen Unternehmen verkauft und den Käufern weiterhin Gewinne garantiert, die sich sonst nur in Monopolsituationen erzielen lassen. Das umgekehrte

---

[345] Zu den privatisierten Unternehmen gehören *Yacimientos Petrolíferos Fiscales* (YPF), *Ferrocarriles*, *Gas del Estado*, *Hidronor*, *Somisa*, *Agua y Energía Eléctrica*, *Segba*, E.L.M.A. *Caja Nacional de Ahorro y Seguro*, *Aerolíneas Argentinas*, *Entel*, *Obras Sanitarias de la Nación* und *Encotesa*.

[346] Eine Auswirkung der Privatisierungen war die Oligopolisierung und Ballung der Wirtschaft, was auch eine Konzentration und Zentralisierung von Kapital bedeutete, da in den meisten Fällen der öffentlichen Versteigerungen nur wenige Bieter vorhanden waren und eine starke Lobby existierte, die sich aus den Wirtschaftsunternehmen und dem engsten Umfeld Menems entwickelte (vgl. Cerruti/Ciancaglini 1992; Cerruti1993). Vgl. zur Rolle der Unternehmer im Prozess der Strukturreformen auch Sidicaro 1991; Azpiazu/Nochteff 1994; Schvarzer 1995; Chudnovsky/López/Porta; Bisang/Bonvecchi/Kosacoff/Ramos 1996; Azpiazu 1997; Arceo/Basualdo; Kulfas 1999.

[347] Der Staat übernahm die Schulden des privatisierten Unternehmens, die bis zu diesem Moment entstanden waren. Bis 1994 betrug die interne und externe Verschuldung der privatisierten Unternehmen etwa 20,819 Milliarden Pesos (bei der Entsprechung von 1:1 zum Dollar). Davon entfielen 17,081 Milliarden Pesos auf die Auslandsverschuldung und 3,737 Milliarden Pesos auf interne Schulden (Azpiazu 1995: 153).

[348] Es gab jedoch auch Unternehmer, die einen Überschuss erzielten, so beispielsweise YPF, *Gas del Estado*, *Segba*, *Aerolíneas Argentinas*, SOMISA und einige Unternehmen aus dem Bereich der Petrochemie (Azpiazu 1995: 191).

[349] Durch die Kombination aus hohen Zinsen für den Peso, einen festen Wechselkurs, die Liberalisierung des Finanzmarktes und den Anstieg der Geldnachfrage floss eine große Menge an Kapital ins Land (Nochteff 1998: 33).

Vorgehen, die Unternehmen in den Wettbewerb zu entlassen, hätte eine starke Senkung des Preises der zu verkaufenden Aktiva bedeutet, was mit dem dringenden Finanzbedarf der Regierung nicht vereinbar war.

So hatte die Privatisierungspolitik eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse zur Folge, nicht aber der Beziehung zwischen Unternehmen und Markt. Die neuen privatisierten Unternehmen agierten in einem Rahmen, der ebenso weit von den Regeln des Wettbewerbs entfernt war wie derjenige der vorhergehenden Zeit der Industrialisierung. Diese Neuschaffung alter Muster für das Funktionieren der Wirtschaft im Rahmen einer Politik, die einen Strich unter die Vergangenheit ziehen wollte, erfolgte ohne die gleichzeitige Errichtung eines effektiven Regelwerks. Die Dringlichkeit, aber auch das schon sehr lange bestehende Defizit der Fähigkeiten der staatlichen Institutionen verhinderte die Schaffung von Regulierungsbehörden, die die Macht der neuen Privatunternehmen am Markt hätten kontrollieren und eine Politik, die den Wettbewerb fördert, unterstützen können (Gerchunoff, P./Torre 740f.).

Der Privatisierungsprozess in der Ära Menem war also gekennzeichnet durch Schnelligkeit und die Ausrichtung auf kurzfristige Ziele und Bedürfnisse.[351] Dieser Prozess verhalf der Regierung anfangs zu Kapitaleinnahmen, wodurch der Konsum und die Staatseinnahmen stiegen. Es entstand jedoch ein zunehmendes Defizit in der Leistungsbilanz und eine starke Abhängigkeit von den ausländischen Ersparnissen. Die Wirtschaft wurde anfällig für internationale Wirtschaftskrisen. Die Reformen kamen in erster Linie der Elite der Unternehmer im Lande zugute, die aufgrund der extremen Konzentration der wirtschaftlichen Macht Quasirenten Privilegierter erhielten, da das Wirtschaftssystem Argentiniens nicht über ausreichend Bestimmungen verfügte (Nochteff 1998: 40).

5.4.4.1 Die Wirtschaftsreform und die Führungsrolle Menems

Als Menem an die Macht gelangte, verfügte er über die ihm durch die positiven Wahlergebnisse übertragene Legitimität. Außerdem verlor die vorherige Regierungspartei an Ansehen und es war ihr unmöglich, sich als Alternative in der Opposition zu positionieren und zu organisieren. Durch die Regierungsübernahme unter diesen Umständen verbesserten sich die Möglichkeiten der Regierungspolitik.

Die Machtmittel Menems wurden größer, als dieser eine Führungsrolle in der eigenen Partei übernahm, da er bereits über staatliche Mittel verfügte, um durch die Parteimaschinerie einen

---

[350] Um die Parität beibehalten zu können, waren ausländische Devisen nötig. Je mehr ausländische Investitionen ins Land flossen, desto leichter wurde es, die künstlich geschaffene Parität beizubehalten. Außerdem wurde das Defizit in der Handelsbilanz, das allgemein in den 1990ern existierte, kompensiert.

[351] Bei Azpiazu heißt es dazu: „En síntesis puede concluirse que el proceso de privatizaciones argentino no se caracterizó por la transparencia. En este sentido, no se han instalado mecanismos que minimicen la asimetría de la información con que opera el regulador. Tampoco se ha respetado el principio republicano de publicidad de los actos de gobierno, puesto que el acceso a los contratos de concesión y resoluciones de los entes (la documentación relevante dado sus potencial para ‚interpretar' las leyes marcos) permanece restringido al público y, con frecuencia, a los propios representantes de diversos organismos de gobierno." (1995: 181)

Einfluss auf die politischen Führungspersonen der Partei auf lokaler Ebene und auf Ebene der Provinzen auszuüben. So wurde die Parteidisziplin in der Klientelbeziehung zwischen dem Präsidenten und den mittleren und höheren Vertretern der Partei noch verstärkt durch Versprechen von Belohnungen oder Androhungen von Strafen im administrativen, finanziellen oder politischen Bereich.[352] Andererseits vergrößerte die peronistische Kultur seine Autonomie, als er große ideologische Veränderungen in Angriff nahm – besonders, da die Partei keine gemeinsame Ideologie besaß. Dass der *peronismo* eine Bewegung war, trug in seiner Geschichte dazu bei, dass eine besondere Art der Beziehung zwischen der Führungsperson und den Massen geschaffen wurde, im Rahmen derer diese Massen der Führungsperson die Autorität zuerkannten, die Realität und die Wünsche des Volkes zu interpretieren und dementsprechend zu handeln. Dadurch wurde diese Führungsperson zum einzigen Gesprächspartner, der die Bedürfnisse des Volkes interpretieren konnte, und so auch zur einzigen Person, die diese Bedürfnisse befriedigen konnte (vgl. Palermo/Novarro 1996a). Weiterhin umfasste der *peronismo* aus Tradition weite Teile der Vorstellungen der Gesellschaft. Der Gründer, Perón, zeigte einen großen Pragmatismus. Die Führungsperson der Partei konnte programmatische Innovationen einbringen, die viel schwerer gewesen wären für Regierungsparteien, die über starke ideologische Grundsätze verfügen. Insofern stellte der Pragmatismus eine der grundlegenden Charakteristika der Regierungen von Menem dar. Aufgrund der ideologischen Flexibilität oder aufgrund der fehlenden Ideologie konnte Menem seine Kursänderung in der Wirtschaftspolitik als pragmatische Anpassung an einen neuen internationalen Kontext deklarieren, welcher dieses Vorgehen angesichts der problematischen wirtschaftlichen Lage, in der sich das Land bei seinem Amtsantritt befand, von ihm verlangte.

Das alte Modell des Staates als Unternehmer hatte in Argentinien zu keinen Ergebnissen geführt und war auch nicht das Modell, das die internationalen Organisationen vertraten. Daher gab es keine andere Möglichkeit, als den weltweiten und auch regionalen Tendenzen zu folgen und die Wirtschaft zu liberalisieren. Mit dieser Diagnose entging Menem einem Dissens in der Partei, ohne eine Parteikrise zu riskieren, aus der es kein Zurück mehr gegeben hätte.

Menem krönte diese Reihe institutioneller und politischer Mittel mit einer Reihe persönlicher Attribute, die sich ab seinem Sieg bei den parteiinternen Wahlen gegen Cafiero zeigten. Menem griff bestimmte Elemente der peronistischen Caudillo-Kultur auf und kombinierte sie mit seinem persönlichen Stil. Er umgab sich beispielsweise mit einem Kreise enger Vertrauter, die er von der Partei unterschied, unabhängig davon, ob sie der Partei oder in erster Linie dem Lager der neoliberalen Rechten angehörten.[353] Gleichzeitig kultivierte Menem das Bild eines erfolg-

[352] Dabei handelt es sich um ein Eingreifen in das Handeln der Regierungen der Provinzen oder lokaler Parteiorganisationen, die Kanalisierung oder Aussetzung von Haushaltsmitteln sowie den Entwurf, die Zusammensetzung und die Reihenfolge bei den Wahllisten der Partei (Margheritis 1999: 164).

[353] Als Menem die Macht übernahm, gehörten zum Kreise seiner Vertrauten Vertreter der *peronistas renovados* und Traditionelle, verschiedene weniger bedeutende Politiker, persönliche Freunde und nahe Verwandte. Während seiner Präsidentschaft war er auch von Personen umgeben, die nicht der Partei angehörten, darunter verschiedene Experten, mit denen er bedeutende Ämter besetzte. So vergrößerte er seine Unabhängigkeit vom Parteiapparat, entfernte sich aber auch von

reichen Mannes, der sich bei allen Dingen stark engagieren kann und bereit ist, als Führungsperson zu reagieren und zu mobilisieren, anstatt darauf zu warten, dass die Umstände das Geschehen bestimmen.[354]

Zweifelsfrei wurde die Regierung von Menem durch eine große Zahl von Wirtschaftsexperten geprägt, die bedeutende Positionen in der Entscheidungsstruktur innehatten. Als das Team von Cavallo auf den Plan trat und sich im Amt positionierte, ruhte die Führungsrolle nicht mehr ausschließlich beim Präsidenten, sondern erhielt einen dualen Charakter. Dies hatte positive Auswirkungen auf die politischen Ergebnisse, da es möglich wurde, in mehreren Bereichen gleichzeitig systematisch voranzukommen. Dem Wirtschaftsprogramm, das Cavallo und sein Team umsetzten, war es in großem Maße zu verdanken, dass kein Notstand mehr herrschte, zumindest in Hinblick auf die monetäre Stabilisierung. Ab 1991 kam der Führungsrolle des Präsidenten daher die Unabhängigkeit und die Effizienz derjenigen, die die Wirtschaftspolitik der Regierung umsetzten, zugute.

Als Menem allerdings dem Parlament und dort auch seiner eigenen Partei gegenübertreten musste, griff er wieder auf die Formel des politischen Realismus zurück. Während der Krise hatte es sich als leichter erwiesen, die anderen Gewalten zu diskreditieren und auszuspielen mit der Folge, dass die UCR geschwächt war und ihr eigenes Ansehen verlor und die eigene Partei keine programmatische Alternative zu präsentieren hatte. In der neuen Realität beanspruchten der Kongress und besonders die PJ eine Führungsrolle in der Politik und der Wirtschaft des Landes. Die Regierung ergriff neue Strategien wie z.B. Zeitpläne für ihre politischen Vorhaben, Androhung von Vetos, exzessiver Gebrauch und Missbrauch der *decretos de necesidad y urgencia*, Korrekturgesetze und Verhandlungen mittels Gewährung von Entschädigungen. Durch diese Kombination von unilateralen Strategien wurde es möglich, die Beziehung zwischen Regierung und Legislative zu lenken und zu versuchen, die Ziele der Regierung so wenig wie möglich zu gefährden (Margheritis 1999: 165ff.).

Menems Art war es, Entscheidungen schnell und unumstößlich zu fällen; die Partei wurde zu keinem Moment miteinbezogen. Im Gegensatz dazu hatte Alfonsín auf internen Druck der UCR und der PJ das noch offenstehende Thema der Militärs und der Menschenrechtsverletzungen in der Zeit der Diktatur nicht gelöst.[355] Als Alfonsín dieses Thema angehen wollte, kam es dreimal zu Militäraufständen, im Jahr 1987 und zweimal im Jahr 1988 (vgl. Acuña 1995). Menem hingegen ging den weniger populären Weg, doch konnte er sich so einer Schwierigkeit in seinem politischen Vorhaben entledigen. Er einigte sich mit den Militärs auf eine Begnadigung hin-

der Partei. Sidicaro spricht hierbei von der *contra elite*, die sich dadurch auszeichnete, dass sie als Gruppe unabhängig von der PJ und der allgemeinen Politik war, Menem aber folgte und sich ihm anpasste (1995b: 126-129).

[354] Zur Frage des Führers, der mobilisiert, vgl. Kavanagh, der dazu schreibt: „The mobilizer emphasized taking decisions, task performance, and changing the status quo, whereas the reconcilier is more concerned to maintain the consensus and cohesions of the group. The former is mainly concerned with the achievement of goals, not overly concerned about apposition and the cost of disturbance: the later is more concerned to represent and respond to diverse interest and is willing to arrive to compromises, if necessary sacrificing policy goals. " (1987: 246f.)

[355] Laut Menschenrechtsorganisationen sind während der letzten Militärdiktatur in Argentinien etwa 30.000 Bürger verschwunden oder festgenommen worden.

sichtlich der Menschenrechtsverletzungen in der Zeit der Diktatur, im Gegenzug ordneten sich die Militärs der Zivilgewalt unter.[356] In dieser Phase entfernte sich ein großer Teil des *justicialismo* vom Präsidenten, da man in dieser Angelegenheit nicht gefragt worden war. Der *peronismo* war die Partei gewesen, die unter der Militärdiktatur am stärksten gelitten hatte und Tote, Verwundete, Gefolterte und Gefangene zu beklagen hatte, darunter auch Menem selbst.

Die Führungsrolle Menems wurde in seiner ersten Amtszeit noch gestärkt, er wurde wiedergewählt. Auch in der zweiten Amtszeit wurde seine Führungsrolle stärker, obwohl seine Partei unter der Führung Duhaldes, seines größten internen Rivalen, die Wahl verlor. Dies zeigt sich auch heute noch: Obwohl es ein gerichtliches Verfahren wegen illegalen Waffenverkaufs an Ecuador und Kroatien gegeben hatte,[357] kandidierte er wieder im Jahr 2003 und erreichte den zweiten Wahlgang mit 24% (die Mehrheit im Landesvergleich im ersten Wahlgang). Doch seine hier beschriebene Art des politischen Handelns führte zu einer Schwächung der ohnehin schwachen Institutionalität der PJ. Dies steht in direktem Zusammenhang mit den drei Kandidaten der PJ bei den Wahlen am 27. April 2003.[358]

5.4.4.2 Die Experten des *menemismo*

Die Veränderung in der Programmatik im Wahlkampf Menems 1989 stand im Widerspruch zu seiner „*economía popular de mercado*“. Die Versprechen von Lohnerhöhungen, Nichtzahlung der Auslandsverschuldung, Kampf gegen den Hunger der ärmeren Kinder und gegen die Traurigkeit der wohlhabenderen Kinder[359] entsprachen den klassischen Ideen des *peronismo*: starker und schützender Staat gepaart mit einem Messianismus der Führungsperson, was als *populismo caudillista* eingeordnet wurde. Dieses Konzept entstand durch das Auftreten von Caudillos wie Perón. Bis zu seiner Amtsübernahme verfolgte Menem die klassische peronistische Linie, jedoch löste er sich kurz nach der Amtsübernahme von einem Teil seiner politischen Verbindungen. Einerseits entfernte er sich von der klassischen Idee des *peronismo*, in der der Staat den Mittelpunkt und den Motor der Wirtschaft darstellt und veränderte seinen Kurs, so dass er nunmehr das Gegenteil, den Neoliberalismus vertrat. Andererseits entfernte er sich von seiner Partei, die diese Ideen unterstützte. Die Ideen waren zwar diffus und wenig klar und konkret, jedoch gab es zumindest eine Vorstellung davon, wie die Wirtschaftspolitik des *peronismo* aussehen sollte. Menem umgab sich mit Vertretern, die größtenteils nicht dem *peronismo* angehörten, sondern von außerhalb stammten. Diese übernahmen die Wirtschaftspolitik in der Regierung von Menem und verliehen den Vorstellungen des Präsidenten Gestalt. Dabei ging es in

[356] Unter Menem fand im Dezember 1990 ein Militäraufstand statt, der aber durch Einigung mit den obersten Militärs des Landes bald überwunden werden konnte.

[357] Im Grenzkonflikt, der zwischen Peru und Ecuador fast einen Krieg auslöste, waren Argentinien, Chile und Brasilien die Länder, die zu einer friedlichen Lösung beitragen sollten und dafür verantwortlich waren. Im Falle Kroatiens verbot ein UN-Mandat den Verkauf von Waffen an das Land.

[358] Im Wahlkampf der Präsidentschaftswahlen 2003 schnitten die Vertreter des *justicialismo* am schlechtesten ab.

[359] Zu einigen Elementen und Figuren, die Menem in seiner Programmatik verwendete, vgl. Armony 2000.

erster Linie darum, der Wirtschaftskrise ein Ende zu bereiten und die Inflation zu stoppen.

Die erste Annäherung der Ökonomen an Menem erfolgte, als dieser bei den Präsidentschaftswahlen Kandidat des *justicialismo* war und der Wirtschaftsausschuss gebildet wurde. Dieser bestand aus Guido Di Tella, Domingo Cavallo, Eduardo Curia, Rodolfo Frigeri, Roberto Lavagna und Marcelo Diamandy, der sie koordinierte. Luis Curia war der einzige *menemista* des Ausschusses,[360] während alle anderen mit der RJ verbunden gewesen waren, die Mehrheit aber mit Cafiero, sie waren also *cafieristas*.[361] Die mit den Wirtschaftsfragen Betrauten waren also entweder *cafieristas* oder gehörten dem Teil des *menemismo* an, der dem Dialog mit den Radikalen und der Aufnahme anderer Gruppen des *justicialismo renovador* in die Führungsgruppe Menems offener gegenüber stand und der „*celeste*" genannt wurde.[362]

Die Diskussionen im Wirtschaftsausschuss der PJ konzentrierten sich auf die Deregulierung der Wirtschaftstätigkeit, die Privatisierung öffentlicher Unternehmen, Exportorientiertheit, Anziehung von ausländischem Kapital, das Defizit bei den öffentlichen Ausgaben und die wirtschaftliche Öffnung. Innerhalb dieser Themen lagen die Differenzen eher im Detail als in grundlegenden Dingen. Curia, Diamand, Frigeri und Lavagna setzten sich beispielsweise im Rahmen einer liberalen Wirtschaft für eine aktivere Teilnahme des Staates ein. Dies wurde später als „*políticas activas*" bezeichnet. Außerdem sprachen sie sich für die Expansion des Binnenmarkts sowie Privatisierungen aus, die langsamer durchgeführt werden sollten, d.h. sie vertraten im Grunde eine sozialmarktwirtschaftliche Linie. Di Tella und Cavallo standen für eine orthodoxe liberale Linie und für den „*shock de confianza*" bei den ausländischen Gläubigern und den Wirtschaftsakteuren des Landes.[363] Das Schlussdokument zeigte die beiden beschriebenen Posi-

---

[360] Luis Curia hatte Menem bei den parteiinternen Wahlen unterstützt und stand einem der engsten Freunde und Mitarbeiter Menems, Eduardo Bauzá, sehr nahe. Curia hatte das *Centro de Análisis Social y Económico* (CASE) gegründet, das Menem als Vorkandidaten und Kandidaten unterstützte. Curia hatte einen Wirtschaftsplan ausgearbeitet, den so genannten „*Plan Curia*". Als er dann im Wirtschaftsministerium beschäftigt war, entwarf er den ersten der Konvertibilitätspläne, die jedoch nie zur Anwendung kamen. Der „*Plan Curia*" wurde am 8. März 1989 vorgestellt und erhielt den Titel „*Desarrollo con Justicia. Propuesta económica para el gobierno justicialista*". An der Ausarbeitung hatten unter Curias Leitung das CASE teilgenommen, außerdem das *Centro de Estudios de la Realidad Económica* (CERE) unter Marcelo Diamand sowie das *Centro de Estudios Justicialistas de Obras Públicas* (CEJOP) unter der Leitung des Ingenieurs Arturo Sacconne. Zu den Experten, die dieser Gruppe angehörten und im ersten Teil der ersten Amtszeit von Menem eine gewisse Rolle spielten, zählten Félix Borgonovo, Pablo Challú, Carlos García Martínez, Amalio Humberto Petrei, Luis Rappoport und Jorge Alberto Torre (Camou 1998: 92).

[361] Zu den *cafieristas* dieses Wirtschaftsausschusses, die jedoch in ihrer Mehrheit bald zum *menemismo* übertraten, gehörten Guido Di Tella, der damals nationaler Abgeordneter der Provinz Buenos Aires war, Rodolfo Frigeri, der gemeinsam mit Cafiero den Prozess der RJ in Gang gesetzt hatte und zu dieser Zeit Wirtschaftsminister der Provinz Buenos Aires war, sowie Roberto Lavagna, der ehemalige Staatssekretär für Industrie unter Sourrouille im Wirtschaftsministerium. Der Fall Cavallo war am Rande mit dem *renovado* José de la Sota in Verbindung gebracht worden, da er aus der Liste De la Sotas als nationaler Abgeordneter der Provinz Córdoba gewählt worden war. Außerdem stand er in enger Verbindung mit bedeutenden Unternehmern des Landes und stand durch seine Stiftung, der *Fundación Monetaria* (FM), an der Spitze einer Gruppe junger Ökonomen.

[362] Die wichtigsten Vertreter der „*celestes*" waren Eduardo Bauzá, Eduardo Duhalde und Eduardo Menem. Ihnen gegenüber standen im *menemismo* die „*rojo punzó*" wie Alberto Kohan, Carlos Corach, Cesar Arias und Luis Barrionuevo. Während die „*celestes*" eher einen versöhnlichen Kurs vertraten und für eine Konsenspolitik standen, waren die „*rojo punzó*" konfrontationsorientiert und zeigten deutlich ihre tiefe Verwurzelung im nationalistischen rechten Lager (vgl. Cerruti/Ciancaglini 1992).

[363] Cavallo vertrat das Konzept des *shock*, damit die Unternehmer und die internationalen Märkte Vertrauen fassten. Er stimmte so überein mit Alvaro Alsogaray, der an der Spitze der UCeDé stand und neoliberal orientiert war. Später arbeitete er mit ihm in der Regierung zusammen. Alsogaray sprach beim *Congreso Argentino de Ingenieros* am 26. Mai 1988 von einer Politik des wirtschaftlichen Schocks. Diese Ansprache wurde später in „*Sistema económico y shock de confianza: un intercambio de ideas con Alvaro Alsogaray*" veröffentlicht und war als Kapitel in seinem Buch zum Wahlkampf „*Economía en tiempos de crisis*" enthalten. Dieses wurde in Buenos Aires 1989 veröffentlicht. Allgemein gehörte das Konzept des *shock* zu Kapitel 3 des Wirtschaftsprogramms der *justicialistas*. Anwendung fand es, nachdem Cavallo Wirtschaftsminister geworden war.

tionen, wies jedoch gleichzeitig eine sozialmarktwirtschaftliche Linie auf (vgl. Camou 1998: 95).

Di Tella und Cavallo gehörten jedoch bald zum Umfeld und dann auch zur Gruppe der „*celestes*“, die Menem unterstützten. Im Jahre 1989 veröffentlichte Varela-Cid, der später Abgeordneter des *menemismo* aus der Gruppe der „*celestes*“ war, ein Buch, das die wirtschaftliche Ausrichtung des Wirtschaftsteams um Menem enthielt und in dem die wirtschaftlichen Maßnahmen erkennbar waren, die man umsetzen wollte. Außerdem stellte es den ersten schriftlichen Beleg für die Beziehung zwischen *menemistas* und Neoliberalen dar. In dem Buch wurde einstimmig eine Reform des Staates sowie die Liberalisierung der Wirtschaft empfohlen.[364]

Gleichzeitig erschien das Dokument „*Plataforma Electoral Justicialista*“, das von Menem und Duhalde unterzeichnet wurde. Darin wurde die „*Revolución Productiva*“ versprochen, mit deren Ausarbeitung Gustavo Caraballo betraut wurde. Er vereinte in diesem Wahlkampfprogramm verschiedene Materialien der Expertengruppen. Es zeigte daher, wie ungeordnet das Programm der *menemistas* war. Es verwies auf Guy Sorman, Scalabrini Ortiz, Perón und Ludwig Erhard, enthielt Sätze von Cavallo, Curia und Di Tella. Es vermischten sich neoliberale Ideen, Ideen der Staatswirtschaft, der sozialen Marktwirtschaft und eine Reihe von Ideen Peróns zur Produktivität (zu diesem Text vgl. De Pablo 1994). Dies alles war jedoch nicht von Bedeutung. Was wirklich zählte, war die Frage, wer die Wirtschaft führen sollte. Und darin waren sich die *menemistas* einig: ein Neoliberaler.

Nachdem Menem das Amt übernommen hatte und nach dem Experiment mit den Beratern von B&B trat schließlich Cavallo auf den Plan. Mit seinem Technokratenteam aus seiner Stiftung FM war er in allen Bereichen des Wirtschaftsapparates des Staates präsent. Die PJ hatte hingegen lediglich im Kongress Einfluss. Cavallo verließ schließlich die PJ, als er 1995 von Menem in der Regierung isoliert wurde. Er kandidierte 1999 selbst für das Präsidentenamt und erreichte beachtliche 10%. Später wurde er unter Präsident De la Rua Wirtschaftsminister. Der politische und wirtschaftliche Kreis Menems bestand in erster Linie nicht aus PJ-Vertretern. Menem entfernte sich zunehmend von der Partei, besonders als Duhalde mit ihm brach, da ihre Machtziele nicht miteinander vereinbar waren.

5.5 Menem und seine neue Beziehung zur PJ

Durch den menemistischen Politikstil entstand eine neue Art politischer Beziehungen im *justicialismo* hinsichtlich der Macht, da der *peronismo* sich historisch über die Figur Peróns und seiner Beziehung zur Macht definierte. Ohne Perón und ohne eine Führungsperson, die direkt

[364] Varela-Cids Buch enthält Interviews und Artikel von Domingo Cavallo, Guido Di Tella, Samuel Muzykanski, Eduardo Curia und Rodolfo Frigeri als Vertreter des *menemismo* und spricht sich für einen „*dialogo fundacional*“ (1989:14) mit den neoliberalen Ökonomen aus, die an der Veröffentlichung des Buches mitgewirkt hatten: Alberto Ibáñez, Gonzalo Fernández Madero (Berater bei B&B, der außerhalb des *justicialismo* dem *menemismo* verbunden war), Marco Victoria, Enrique Szewach (leitender Ökonom der *Fundación de Investigaciones Económicas Latinoamericanas* FIEL), Christian Zimmermann und andere.

von ihm abstammte, versuchte Menem alle Bereiche des *justicialismo* zu gewinnen und über die Figur Peróns und das Andenken an ihn hinauszugehen. Nach eigener Aussage war der *menemismo* die Überwindung des *peronismo*, d.h. eine weiterentwickelte Form desselben. Doch Menem war nicht Perón und kein direkter Nachkomme Peróns. Die Welt hatte sich verändert. Perón war eine Führungsperson seiner Zeit gewesen, d.h. ein populistischer Caudillo mit starkem Messianismus. Er glaubte an seine Art der Sicht und des Verständnisses von Politik. Perón lebte in einer Zeit (in den 1940er und 1950er Jahren), in der die Demokratie in Argentinien, Lateinamerika und weltweit noch nicht weit entwickelt war. Sie war noch nicht so weit entwickelt wie in den 1990ern in Argentinien. Daher war der Machtmissbrauch Peróns und das Entscheiden nach seinem eigenen Ermessen (*decisionismo*) verbunden mit der damaligen Zeit und den Umständen. Doch der *decisionismo* und Machtmissbrauch Menems stand in keiner Verbindung zu dem, was von der argentinischen Demokratie in den 1990ern verlangt wurde.[365] Auch die Partei hatte sich verändert. Perón hatte eine Bewegung angeführt, die die Partei benutzte, um ihre Ziele zu erreichen und an die Macht zu gelangen. Die Partei Menems war zwar keine typische formale Partei, aber dennoch eine politische Partei, die das nutzte, was von der Bewegung geblieben war, um ihre politischen Ziele auf dem Weg zur Macht zu erreichen. Als die Partei sich nach den internen Wahlen der *justicialistas*, in denen der Kandidat für die Präsidentschaftswahlen 1989 festgelegt wurde, hinter den Präsidenten des Landes stellte, war dies nicht Perón. Daher war auch seine Führungsrolle nicht dieselbe und er stand nicht für den gesamten *peronismo*. Hinzu kam, dass Menem die politischen und wirtschaftlichen Reformen durchführte, ohne die Partei zu konsultieren. Folglich war die Unterstützung der PJ für Menem eher schwach.

Menem griff einige Elemente des *peronismo* auf,[366] so z.B. die individuelle und personalistische Identifizierung mit den Wählern und die Beziehung zum Volk bzw. zur Nation durch die Medien.[367] Diese politische Figur stand über den Institutionen und war direkt mit dem Volk und seinen scheinbaren Forderungen oder Bedürfnissen verbunden. So wurden die politischen Institutionen entpolitisiert (Novarro/Palermo 1995a: 28).[368] Innerhalb dieser Figur versuchte Menem, sich über die Parteien, einschließlich seiner eigenen zu stellen. Ihre Rolle als Vertreter der sozialen Interessen und die Tatsache, dass durch sie die Bevölkerung mobilisiert wurde und eine

[365] Die Gewährung von Belohnungen oder die Bestrafung, die durch die beliebige Verwendung der staatlichen Mittel durch Menem möglich wurden. Diese Beziehung existierte auch zu einem Teil der PJ-Führung. Es war ein typischer Klientelstil, gegründet auf Belohnungen im Gegenzug zu politischer Unterstützung. Zu dieser Beziehung zwischen Menem und den Gewerkschaftlern vgl. Murillo 1997; 1997 a; zu dieser Art der Beziehung zu den PJ-Gouverneuren vgl. Novarro und Palermo 1996a; Gibson/Calvo 1997; zu dieser Beziehung zur PJ und zum Parlament vgl. Etchemendy/Palermo 1997.

[366] Unter Menems Führung existierten Elemente des klassischen *peronismo*, so z.B. die Entscheidungsfindung, die Art der Konfliktlösung, die Beziehung zu den sozialen Akteuren, die Beziehung zur Parteiidentität etc. (vgl. Novarro/Palermo 1996a: Kapitel 5 und 7). Eine peronistische Regel versuchte Menem in seiner Regierung wiederzubeleben: Nation→Volk→Bewegung→Führer.

[367] Menem nutzte die neue Realität und den Erfolg der Telekommunikation in Argentinien, besonders des Fernsehens. Er wurde Teil einer Art Reality show und beeindruckte mehr durch Bilder als durch die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung Argentiniens. Durch die Medien projizierte er sein Bild von Erfolg und Stabilität seiner Führung. Letzteres war eines der Argumente, auf die er sich bei seiner zweiten und auch dritten Kandidatur stützte. Menem oder gar niemand kann das Land retten, so seine Argumentation.

[368] Daher griff er das populistische Element auf, über der Politik zu stehen, woran nur er und seine engsten Vertrauten glaubten und was sie zu vermitteln versuchten. So entstand ein Widerspruch, da die Beziehung mit dem Wähler oder Bürger nur in der Politik besteht, also nur in der Polis, außerhalb gibt es keine politischen Beziehungen.

Sozialisation stattfand, übersah er dabei und vergaß, dass sich durch die Parteien die Elite rekrutiert und die Parteien die Regierungen bilden.[369] Da Menem diese grundlegenden Regeln für die Entwicklung der Parteien in einer Demokratie nicht beachtete, verfehlte er nicht nur sein Ziel, die neue große Führungsperson in seiner Partei zu werden, sondern erhielt zusätzlich noch Konkurrenz, die innerhalb von Parteien als Machtkampf um die parteiinterne Führung zu Tage tritt oder auf einen Generationenwechsel abzielt.

In der modernen Demokratie ist eine Führungsrolle wie die Peróns nicht denkbar. Wie bereits dargestellt wurde, ist diese charakteristisch für einen Zeitraum, in dem die Demokratie noch nicht so weit entwickelt war wie heutzutage. Daher wird die PJ, obwohl sie nicht die Charakteristika einer professionellen Wählerpartei und auch nicht einer Partei des Typs Volkspartei besitzt, als Partei, die einst Bewegung war und diese überwindet, keine neue Führungsperson im Stil Peróns haben. Dies gilt umso mehr, wenn Führungspersonen wie Menem versuchen, populistische und Caudillo-Führung zu vermischen. Dies führt zu starken internen Streitigkeiten, die die interne Struktur schwächen, da sie keine Modernisierung in der Partei ermöglichen und diese weiterhin in der archaischen Klientelstruktur verhaftet bleibt, in der es weder Programme noch Inhalte gibt. Hinzu kommt die Tatsache, dass die verschiedenen internen Gruppen von den Entscheidungen und von der Macht ausgeschlossen bleiben. Die von Perón gegründete Partei und der *peronismo* als deren Kontext gehören zur klassischen Massenpartei und in einem Zeitraum, in dem diese Massenparteien in Europa verschwinden und den Parteien des Typs Volkspartei Platz machen. Doch in Lateinamerika im Allgemeinen und in Argentinien im Besonderen findet die demokratische Entwicklung spät statt. Daher gehört die von Perón gegründete Massenpartei in den Zeitraum der Mitte der 1940er bis Ende der 1960er. Da die Demokratie in Argentinien keine konstante Entwicklung durchlaufen hat und sich erst in den 1990ern zu konsolidieren beginnt, können die Parteien und die PJ sich nicht zu einer klassischen Partei des Typs Volkspartei entwickeln, d.h. eine klare Ideologie entwickeln, die das Gedankengut der Partei vereinheitlicht. Daraus entsteht ein Regierungsprogramm, das mit dem Gedankengut der Partei übereinstimmt und eine hierarchisierte und dezentralisierte Struktur aufweist, aber von einer zentralen Struktur abhängt und nicht nur vom Willen lokaler Führungspersonen, bei dem die Basis sich satzungsgemäß äußert und sich aus der Partei heraus in die Sozialorganisationen eingliedert. Es handelt sich dabei dann um eine Partei, die zumindest die vier Funktionen erfüllt, die Klaus von Beyme (1982) den Parteien dieses Typs zuschreibt.

Ungeachtet der Ziele Menems konnte die PJ in einem gewissen Maß in ihrer Institutionalisierung vorankommen, vielleicht weniger als wenn die *grupo renovado* der 1980er vollkommen an der Spitze der Regierung von Menem gestanden hätte. Die PJ weist jedoch bestimmte Charakte-

[369] Die beschriebenen klassischen Funktionen werden bei von Beyme (1982: 25) dargestellt. Wie vorstehend bereits erläutert wurde, umgab sich Menem mit einer Reihe von Beratern, Freunden und treu Ergebenen, die größtenteils nicht der PJ angehörten. Wenn sie der Partei angehörten, war ihre Treue ihm gegenüber größer als die Parteiloyalität. Die durch Menems Führungsstil ausgelöste interne Polarisierung hatte für die Wahlen im Jahr 2003 Folgen. Es war nicht möglich, sich auf einen gemeinsamen Kandidat für die Präsidentschaftswahlen zu einigen.

ristika einer Institutionalisierung auf, die sie vor den 1990ern nicht besaß. Diese hängen in erster Linie damit zusammen, dass die Partei die Bewegung überwunden hat (vgl. Novarro y Palermo 1997: 260),[370] dass sich die internen Differenzen im Parlament widerspiegelten, dass die PJ der ODCA und der IDC beitrat – d.h. sie musste ihr Gedankengut den Parteien, die dieser internationalen politischen Organisation angehörten, anpassen – und dass ein Wechsel der Führungsspitze stattfand, der typisch ist für Parteien, die ihre interne institutionelle Struktur formalisieren.[371] Doch die *Partido Justicialista* steht vor einem ernsthaften Problem hinsichtlich der Parteitreue und des Stils Menems, der versuchte, die Partei und ihre angesprochenen Funktionen zu ignorieren. Die Partei erlebte zwar eine Verbesserung ihrer Institutionalisierung, doch diese war nicht ausreichend, um ein kohärentes politisches Projekt als Partei des Typs Volkspartei in der PJ zu ermöglichen und sicher durchzuführen.

Die PJ konnte weiterbestehen, da sich sowohl bei der Alternative der UCR allein als auch bei der UCR gemeinsam mit der FREPASO eine große Regierungsschwäche gezeigt hatte und politisch nicht durchführbar war. Daher existiert bis heute in Argentinien keine politische Alternative mit einem politischen Projekt für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, das durchführbar wäre. Auch die PJ verfügt darüber nicht, am deutlichsten zeigt sich dies dadurch, dass es bei den Wahlen des 27. April 2003 drei Kandidaturen der PJ gab. Doch auch mit diesen drei Kandidaturen gibt es kein durchführbares Projekt, das die Wähler überzeugen könnte. Aus der Analyse der Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen folgt, dass die beiden ersten Plätze im landesweiten Vergleich auf *justicialistas* entfielen. Rodríguez Saá erreichte zwar nur den fünften Platz, lag aber sehr nahe am dritten und vierten Platz. Auch der neue Präsident ist *justicialista*. Der Präsidentschaftswahlkampf zeigt, wie bereits dargelegt, dass die größten Beleidigungen und Anschuldigungen zwischen Kirchner, Rodríguez Saá und Menem stattfanden. Weder vor noch während des Wahlkampfs konnten sich die Kandidaten einigen.

Tabelle 20: Die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen 2003

Kandidat und Partei	Stimmen in Prozent
Carlos Menem PJ – Frente Por la Lealtad	24,36 %
Néstor Kirchner PJ – Frente para la Victoria	22,00 %
Ricardo López Murphy – Recrear*	16,34 %
Elisa Carrió Izquierda – Afirmación para una República Igualitaria	14,14 %
Adolfo Rodríguez Saá PJ – Alianza Frente Movimiento Popular	14,12 %
Leopoldo Moreau – UCR	2,34 %
Sonstige	6,70 %

Quelle: Zeitung La Nación de Argentina
* Ex-Wirtschaftsminister in der Regierung von De la Rúa

[370] Weiterhin lässt sich dies auch dadurch erklären, dass die Gesellschaft eine andere war als zu Peróns Zeit. Die Gewerkschaftsbewegung, die das zentrale Element der Macht im *peronismo* gewesen war, löste sich als Bewegung und als Lobby in den 1990ern auf (vgl. Abal 1996; Fraga 1999; Torre 1999).

[371] Vertreten unter anderem durch Duhalde, Kirchner, Reuteman, Rodríguez Saá, Ortega, De la Sota.

5.5.1 Der parteiinterne Kampf zwischen Duhalde und Menem: Die PJ in der Zeit nach dem *menemismo*

Nach der Ära Menems zeigte sich in der PJ das Problem, dass die Partei schwach war und aufgrund der hohen Kosten der *transición* von ihrer starken „*estatización*" abhängig war (Colombo 1991). Es entstand eine Abhängigkeit von öffentlichen Mitteln sowie eine Bedrohung für die Institutionen, da die Gefahr bestand, dass der Unterschied zwischen Partei und Staat verwischt wurde. Die Schwierigkeiten, die bei der Konsolidierung einer autonomen Parteiführung, bei der Schaffung von mehr Wettbewerb und einer Zusammenarbeit zwischen den Parteien im Rahmen des Parlaments auftraten, verdeutlichten dieses Problem. Was den hohen Preis der eingegangenen Kompromisse betrifft, lässt sich feststellen, dass ein System, in dem die Parteinetze, die allgemein informell und anfällig für Korruption sind, solch entscheidende Funktionen für die Arbeit der Regierung in allen Bereichen erfüllen und das Funktionieren der öffentlichen Verwaltung garantieren, an unüberwindbare Grenzen bei der Konsolidierung des Parteiensystems und bei der Leistungsfähigkeit und Effizienz des Staatsapparates stößt (Novarro 1999: 16).

Der bemerkenswerteste Zug des Wettbewerbs zwischen den Parteien im letzten Jahrzehnt bestand darin, dass sich dieser auf zwei verschiedenen Ebenen vollzog: einerseits innerhalb der PJ, die versuchte, Hauptakteur der Entscheidungen zu sein und so ständig ihre eigene Opposition schuf, andererseits zwischen der PJ und den anderen politischen Parteien. Was die erste Ebene betrifft, so lässt sich erkennen, dass die *justicialistas* als populistische Koalition als Erben der Bewegung ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt haben, in ihrer Machtposition zwei verschiedene Arten der Repräsentation miteinander zu kombinieren: Sie ist einerseits die Stimme der Gesellschaft gegenüber dem Staat und insofern Repräsentant des Volkes, andererseits auch die Stimme des Staates gegenüber der Gesellschaft und somit Repräsentant der Regierung. Die breite Repräsentation der Gesellschaft, die die populistische Koalition bietet, ist Grundlage der ersten Art der Repräsentation. Die Veränderung im Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und der Partei sowie die Kursänderung in der Regierungspolitik in Richtung Marktreformen hatten keine großen Auswirkungen auf diese Art der Repräsentation. Die populistische Interessenkoalition definierte sich neu, verlor auch einige Anhänger, verschwand jedoch nicht. Sie konnte sogar bedeutende neue Akteure hinzugewinnen und dank des strategischen Bündnisses mit den Unternehmern noch repräsentativer werden (vgl. Novarro, M./ Palermo, V. 1996a). Was die zweite Art der Repräsentation betrifft, die Repräsentation der Regierung, ergibt sich diese aus der Identifizierung des *peronismo* mit dem Allgemeininteresse, für das sich der *peronismo* seit seiner Gründung verantwortlich fühlte - Perón sprach von der Bestimmung der Nation - und aus der starken Verbindung mit dem Staatsapparat. Diese Verbindung war einerseits symbolisch, da der *peronismo* sich selbst als Teil des argentinischen Staates sah. Andererseits besteht die Auffassung – zumindest bis zu den Wahlen im April 2003 –, dass in Argentinien nur der *justicialismo* regieren könne, da die Radikalen, auch in Zusammenarbeit mit der Linken, gescheitert waren

(vgl. Novarro/Palermo 1997).

Innerhalb des *peronismo* entwickelte sich die Partei institutionell nicht. Sie erlebte nur eine Phase der Ruhe und Entspannung in den ersten Regierungsjahren des *peronismo*. Die Widersprüche zeigten sich bereits ab 1995 im Konflikt um die Nachfolge im Präsidentenamt im Jahr 1999 und um die Parteiführung. In diesem Konflikt standen sich Menem und Duhalde gegenüber. Der Konflikt und seine Entwicklung zeigten, dass das menemistische Modell erschöpft war, da Duhalde Menem gegenüberstand und die Parteiführung nicht von ihm übernahm. Duhalde, der Gouverneur der Provinz Buenos Aires, war Menem nichts schuldig. Menem seinerseits zog ein erneutes Antreten bei den Wahlen 1999 in Betracht. Daher stand er unmittelbar seinem Nachfolger gegenüber. Der Streit ging zurück auf die Zeit, in der Duhalde Vizepräsident unter Menem gewesen war. Es war ein direkter Kampf mit Menem, da die Personalisierung der Politik es nicht erlaubte, dass es einen politischen Nachfolger aus den Reihen des *menemismo* gab. Daher verfügte Menem über niemanden, der gegen Duhalde hätte antreten können. Menem hatte in seiner Amtszeit seine Partei bei Entscheidungen nicht berücksichtigt, und diejenigen, die einen gewissen Erfolg erreichen konnten, hielt er von der Macht fern. Dies war der Fall bei Cavallo und Duhalde.

Ende 1995 kündigte Duhalde öffentlich seine Absicht an, bei den Präsidentschaftswahlen als Vertreter der PJ zu kandidieren. Menem verlor zu dieser Zeit immer mehr an Ansehen, da das Volk zunehmend kritischer wurde gegenüber zwei Bereichen der Regierungspolitik: den sozialen Problemen durch die Marktreformen und dem Führungsstil Menems.[372] Duhalde musste nun eine Strategie vertiefen, an der er bereits Jahre zuvor gearbeitet hatte. Er musste innerhalb der PJ eine Machtposition schaffen, die sich auf die *justicialistas* gründete und nicht personalistisch war, obwohl in der PJ der Personalismus sehr typisch war. Damit beabsichtigte er, sich so deutlich wie möglich von der Regierung Menems zu unterscheiden. Auf diese Weise versuchte er, die außerparteiliche Opposition in der Kritik an den sozialen Kosten der neoliberalen Politik zu übernehmen. Seine Programmatik zielte auf soziale Marktpolitik. Anfangs hatte diese Strategie Erfolg. Menem erhielt Mitte 1996 nur 15% Unterstützung, Duhalde dagegen zwischen 35% und 40% in seiner Provinz und mehr als 20% bei seiner angestrebten Präsidentschaftskandidatur. Innerhalb der Partei vergrößerte Duhalde seinen Einfluss und verband die internen Gruppen miteinander, die nicht mit dem *menemismo* übereinstimmten. Er gewann die Kontrolle über den Block der Abgeordneten der PJ und auch im *Congreso Nacional* der PJ. Doch die Differenzierung war nicht ausreichend. Bei den Wahlen 1999 stimmte die Bevölkerung zwar gegen Menem und seinen Regierungsstil, stimmte aber nicht für Duhalde. Außerdem konnte Menem seine Position als Vorsitzender der Partei festigen. Aus dieser Position beobachtete er den Niedergang der Regierung von De la Rua und seines politischen Gegners Cavallo.

[372] Niedrige Löhne, Korruption, Kriminalität, Arbeitslosigkeit, steigende Armut, Unsicherheit (vgl. hierzu die Statistiken).

Doch Duhalde wurde Ende 2001, als Argentinien eine Krise und ein Machtvakuum erlebte, Präsident des Landes und damit Retter in dieser Krise.[373] In der PJ setzten sich die Kämpfe fort, der damalige Vorsitzende der Partei, Carlos Menem, beschuldigte die *duhaldistas*, sie seien für das Scheitern der Regierung von De la Rua verantwortlich gewesen. Er bezeichnete sie als „*una alianza entre un sector del justicialismo y el alfonsinismo*" und fügte hinzu, er werde eine kritische Opposition gegenüber Präsident Duhalde führen (vgl. El Mercurio, 9. Januar 2002). Während der Regierung von Duhalde polarisierte sich die PJ intern noch stärker und zersplitterte. Auf die Führung von Menem und Duhalde folgten regionale Führungspersonen, wie die Gouverneure Kirchner, De la Sota, Reutemann und Rodríguez Saá. Die Präsidentschaftswahlen standen für das Jahr 2003 fest und Menem war sich seiner Kandidatur sicher. Duhalde versuchte daraufhin, den Formel-Eins-Sieger Carlos Reutemann von einer Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen zu überzeugen. Da dieser ablehnte, unterstützte Duhalde schließlich Kirchner, der nicht dem *duhaldismo* angehörte.[374]

5.5.2 Die PJ und die Argentinienkrise

Seit 1998 befand sich Argentinien in einer schweren wirtschaftlichen Lage. Etwa 20% der Bürger waren arbeitslos, d.h. 5 Millionen Menschen waren ohne Beschäftigung oder hatten nur ein befristetes Arbeitsverhältnis. Mehr als ein Drittel der Menschen, d.h. 14 der 36 Millionen Einwohner, lebten in Armut. In dieser Zeit musste eine Reihe kleiner, mittlerer und großer Unternehmen Insolvenz anmelden. Dies verschlimmerte die Situation auf dem Arbeitsmarkt zusätzlich. Durch die von der Regierung von Ex-Präsident Fernando De la Rua beschlossenen Anpassungsmaßnahmen, die ergriffen wurden, um die Auslandsschulden von 132 Millionen Dollar tilgen zu können, wurden soziale und politische Unruhen ausgelöst. Daraufhin traten der Wirt-

[373] Im Dezember 2001 zeigte sich die politische Krise, in der sich Argentinien befand. Die Wirtschaftskrise hatte ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft Argentiniens, dessen Regierung keine Legitimität mehr besaß, da diese durch den Rücktritt des Vizepräsidenten und Vertreters der FREPASO, Carlos Alvarez, zusammengebrochen war und die Unterstützung durch die Bevölkerung nur bei etwa 12% lag. De la Rua unterzeichnete am 1.12. eine Verordnung, die den Bürgern verbot, mehr als 250 Pesos pro Woche von ihrem Konto abzuheben, bekannt unter der Bezeichnung „*el corralito*". Hinzu kam, dass der IWF am 5.12. ankündigte, er werde Argentinien den Kredit von 1,264 Milliarden Dollar nicht gewähren, da das Land die zuvor festgelegten Vereinbarungen nicht erfüllt habe. Am 3.12. fand erneut ein Streik gegen die Regierung statt. Am 19.12. erklärte die Regierung den Belagerungszustand, um die Situation unter Kontrolle zu behalten, da Geschäfte durch die Bevölkerung geplündert und öffentliche Gebäude gestürmt wurden. Dabei gab es 4 Tote. Wirtschaftsminister Cavallo trat zurück. Am 20.12. berief Präsident De la Rua eine Versammlung der PJ ein, welche über die Mehrheit im Kongress und bei den Gouverneuren der Provinzen verfügte. Er schlug eine Regierung der „nationalen Einheit" vor. Allerdings akzeptierte die PJ dies nicht und De la Rua trat zurück. Gleichzeitig starben 24 Menschen durch Zusammenstöße zwischen Polizei und den Bürgern bei Straßenprotesten. Vorübergehend übernahm Ramón Puerta, Vorsitzender des Senats (*pro menemista*) das Amt. Am 21.12. wurde angekündigt, Adolfo Rodríguez Saá, Gouverneur der Provinz San Luis und Mitglied der PJ, werde das Amt des Präsidenten in der Interimszeit übernehmen. Dies geschah zwei Tage später auch; da Rodríguez aber keine der bedeutendsten Gruppen (*duhaldistas* oder *menemistas*) vertrat und es aufgrund von Fehlentscheidungen bei der Auswahl seiner Berater zu internen Streitigkeiten gekommen war, trat er am 30.12. zurück. Der Vorsitzende des Senats, Ramón Puerta, übernahm vorläufig das Amt, trat aber sogleich am 31.12. wieder zurück. Darauf übernahm der Vorsitzende des Abgeordnetenhauses, Eduardo Caamaño (*duhaldista*) das Amt des Präsidenten. Er berief für den 1. 1 2002 eine gesetzgebende Versammlung ein, um den neuen Präsidenten zu designieren. Eduardo Duhalde wurde gewählt und übernahm mit der Unterstützung des Kongresses (262 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 18 Enthaltungen) das Amt. Seine Regierung wurde als „Rettung der Nation" bezeichnet und setzte sich aus Ministern der PJ, der UCR und der FREPASO zusammen. Die Einigung ging in erster Linie auf die *duhaldistas* der PJ und die *alfonsinistas* der Radikalen zurück. Der große Verlierer in dieser Krise war Menem, da in der neuen Regierung kein Vertreter des *menemismo* existierte. Die Gouverneure Kirchner, De la Sota und Rodríguez Saá (*justicialistas*) forderten intern vorgezogene Wahlen.

[374] Bei den internen Wahlen war es nicht möglich, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen zu einigen, da es beim *Congreso del Partido* im Januar 2003 zwischen den verschiedenen Strömungen innerhalb der PJ keine Übereinstimmung hinsichtlich des Kandidaten gab.

schaftsminister Domingo Cavallo und weitere Minister sowie der Staatschef zurück. 27 Menschen kamen ums Leben; es gab 400 Verletzte und mehr als 2000 Festnahmen. Die Krise wurde dadurch ausgelöst, dass Anfang Dezember 2001 eine Obergrenze von 250 Dollar für Barabhebungen festgelegt wurde. Daraufhin ging der Handel um 70% zurück. Präsident De la Rua trat im Dezember 2001 zurück. Sein Nachfolger war Adolfo Rodríguez Sáa, der am 31. Dezember des gleichen Jahres von seinem Amt zurücktrat, da er keine Unterstützung bei den verschiedenen politischen Gruppen fand und im Volk große Unzufriedenheit herrschte. Am 1. Januar 2002 übernahm Eduardo Duhalde das Präsidentenamt und somit die schwierige Aufgabe, für politische und wirtschaftliche Stabilität inmitten des Chaos zu sorgen, das im Land herrschte.

Folgende Maßnahmen kündigte Duhalde für seine Regierung an: (a) Umwandlung der Ersparnisse und Schulden von Dollar in Pesos: Jeder Dollar als Guthaben sollte 1,40$ entsprechen.[375] (b) Kredite über 100.000 US$ sollten entsprechend der alten Umrechnung 1:1 in Pesos umgewandelt werden, so wie dies mit niedrigeren Krediten geschehen war.(c) Teilweise Freigabe der Einlagen. Obwohl der Oberste Gerichtshof gegen die Einschränkungen im Bereich der Banken geurteilt hatte, behielt die Regierung die Regelung des „*corralito*“ durch eine neue Verordnung aufrecht,[376] wenn auch mit größerer Flexibilität. Die Bürger sollten nun ihren gesamten Lohn bar bei der Bank abheben können. Außerdem sollten die Gelder für Abfindungen bei Kündigungen und Entschädigungen sowie bei Arbeitsunfällen freigegeben und die Renten bezahlt werden. Transaktionen sollten von Bank zu Bank gestattet sein, um den Kauf von Gütern und Dienstleistungen zu ermöglichen. Es wurde entschieden, den erst kurz zuvor abgewerteten Peso zum Floating freizugeben und den Kurs von 1,40 US$ für den Außenhandel aufzuheben. Somit sollte nur ein floatender Wechselkurs gelten. Es sollten Präsidentschaftswahlen stattfinden, um den Nachfolger Duhaldes zu wählen. Die Wahlen waren sie für September 2003 geplant, fanden aber schon im April-Mai statt.[377]

Drei Variablen aus dem Bereich Wirtschaft lösten die Krise aus: a) ein hohes Defizit der Staatskasse; b) ein fester Wechselkurs, die so genannte Peso-Dollar-Konvertibilität; c) ein hohes Defizit in der Leistungsbilanz mit dem Ausland sowie eine hohe Auslandsverschuldung. Hinzu kamen die internationalen Wirtschaftskrisen, unter deren Auswirkungen die argentinische Wirtschaft in den letzten sechs Jahren zu leiden hatte: die Krisen im Jahr 1997 in Südostasien, Russland und Brasilien. Außerdem hatte die Weltwirtschaft seit 2000 ihre Dynamik verloren (Arriagada 2001:1).

Was die politischen Variablen betrifft, so sind diese in der Regierung Menems zu finden. In ihr wurde in den 1990ern zwar durch die Privatisierungen ein starkes Wachstum erreicht, wodurch dem Staat finanzielle Mittel verschafft wurden, die Auslandsverschuldung stieg jedoch

[375] Zur Zeit liegt der Dollar stabil bei etwas über 3 Pesos.

[376] „*Corralito*“ ist die Bezeichnung, die für die Bestimmung gewählt wurde, dass die Bürger nicht frei über ihr Erspartes verfügen durften.

auch um 120% an. Cantelmi schreibt dazu: „Con ese crédito infantil, se abonó la sensación, de la cual los argentinos se enamoraron, de ser un país posible, en un primer mundo, que a la postre, la realidad les mostró lejano.“ (2003: 2)

Wie kann diese Unordnung in der politischen Klasse Argentiniens und besonders in der PJ erklärt werden? Ein erster Ansatzpunkt zur Erklärung hängt mit den Institutionen zusammen und verdeutlicht einmal mehr die politischen und persönlichen Unterschiede zwischen Menem und Duhalde. Menem verfolgte eine etwas launenhafte Interpretation der Bestimmung in der Verfassung, die eine Wiederwahl des Präsidenten über seine zweite Amtszeit hinaus ausschloss. Er argumentierte, seine erste Amtszeit dürfe nicht gezählt werden, da diese in der Zeit gelegen habe, in der die Wiederwahl noch durch die Verfassung verboten gewesen sei. Juristisch betrachtet war Menems Ziel ein Bruch der institutionellen Ordnung; politisch betrachtet strebte er nach Erfolg und beabsichtigte, eine neue Art des *caudillismo* zu etablieren, die mit der Demokratie unvereinbar war und in den neuen Demokratien Lateinamerikas viel Schaden angerichtet hat (verwiesen sei hierbei auf Fujimori und Chavez).

Das Land reagierte sehr negativ, Umfragen ergaben, dass 80% gegen die Wiederwahl waren. Der Präsident hatte sich von seiner Partei entfernt. Durch den Versuch, seine Wiederwahl durchzusetzen, die durch die Verfassung, die er selbst für seine erste Wiederwahl geändert hatte, ausgeschlossen war, hatte er seiner demokratischen Legitimität geschadet und erfuhr nun die ganze Ablehnung des Volkes. Diese war so stark, dass er nicht mehr in der Lage war, in der Krise die Wirtschaft zu führen. Er verfügt weder über politische Unterstützung, noch über Unterstützung bei den Bürgern. Daher konnte er in den letzten beiden Jahren seiner Regierung nicht aktiv handeln, sondern nur der Verwalter der Krise sein, die das Land erlebte.

Daraus ergab sich eine weitere Spannung, die mit der Beziehung zwischen Menem und der PJ zusammenhängt. Menem regierte mit einem Teil der Partei; im Grunde hatte die Partei, an deren Spitze Duhalde und andere regionale Führungspersonen wie Kirchner, De la Sota, Rodriguez Saá und Reutemann standen, ihn in seiner Regierung unterstützt. Doch seine Entscheidung, sich zur Wiederwahl zu stellen, war eine zu große Provokation für die Parteiführung der PJ, insbesondere für Duhalde, der über die stärkste Unterstützung innerhalb der PJ für seine Kandidatur verfügte. Damit stellte sich die PJ gegen den Präsidenten (nicht in Opposition).

Durch die soziale und politische Isolierung Menems war bereits eine politisch schwierige Situation entstanden. Hinzu kam die Rezession. Doch Menem und die PJ verschlimmerten die Situation noch, da sowohl der Präsident als auch die Gouverneure, besonders Duhalde in Buenos Aires, die öffentlichen Ausgaben in unverantwortlicher Weise erhöhten. Es zeigte sich ein der peronistischen Bewegung eigenes Charakteristikum, wodurch die Entfernung zu den *renovados* der *Partido Justicialista* noch größer wurde. Aus populistisch-klientelistischen Gründen wurden

[377] Es wurde weiterhin angekündigt, dass der politische Wahlkampf nur einen Monat dauern sollte und ausschließlich mit staatlichen Mitteln durchgeführt werden durfte.

vor den Wahlen die Ausgaben erhöht, wodurch wurde die Situation der Wirtschaft Argentiniens noch schwieriger wurde. Lag das Defizit der Staatskasse 1997 und 1998 noch bei 2,1%, so verdoppelte es sich 1999 und lag bei 4,2%.

Die Art, in der Menem das Budget für Zwecke des politischen Klientelismus benutzte, zeigte sich durch die Erhöhung der Sozialausgaben und durch die Übertragung der Kontrolle der Ausgaben von den bedeutendsten Ministerien und dem Wirtschaftsministerium auf den Präsidenten. Zwischen 1993 und 1999 stiegen die Sozialausgaben um 93% von 5,761 auf 11,124 Milliarden Pesos. Doch die erhöhten Sozialausgaben wurden vom Präsidenten des Landes überwacht, sie stiegen von 6,5% auf 14,3% der Gesamtausgaben des Staates. In absoluten Zahlen bedeutet dies, dass die Sozialausgaben unter der Kontrolle des Präsidenten von 372 Millionen Pesos im Jahr 1993 auf 1,595 Milliarden Pesos im Jahr 1999 erhöht wurden. Dies entspricht einer Steigerung von über 400%.

Tabelle 21: Sozialausgaben in Prozent

Presidencia	Wirtschaftsministerium	Bedeutende Ministerien	Sonstige
1993–1999	1993–1999	1993–1999	1993–1999
6,5–14,3	4,1–2,0	69,6–71,6	19,8–12,1

Quelle: Corrales 2001; Arriagada 2001a

Der Präsident tätigte zwar unverhältnismäßig hohe Sozialausgaben zu Wahlzwecken, jedoch wurde er durch Duhalde in der Provinz Buenos Aires noch übertroffen. Zwischen 1995 und 1999 erhöhten die Provinzen in Argentinien ihre Ausgaben durchschnittlich um 17%. In der Provinz Buenos Aires betrug diese Zahl 50%. Weiterhin erhöhten die Provinzen ihre Ausgaben für Personal zwischen 1995 und 2000 um 9%, die Provinz Buenos Aires um 61%.

Tabelle 22: Who Controls the 'Gasto Público Social' Argentina 1993-1999 (Millions of Pesos)

	Total		Controlled by					
			Presidencia (a)		Ministry of the Economy		Relevant Ministry	
	1993	1999	1993	1999	1993	1999	1993	1999
Education: basic	0	0	0	0	0	0	130.15	735.2
Education: secondary and higher	1421.83	2133.92	14.8	0	0	2.1	1305.03	1854.14
Education: culture	78.88	156.61	0	124.65	0	0	52.08	2.11
Education: general	273.93	66.86	0	15.25	0	0	48.63	47.43
Science and Technology	498.72	648.8	292.18	72.45	139.02	167.06	43.13	368.89
Health (b)	792.49	3026.01	22.91	201.68	0	0	578.74	2563.63
Water and Sewers	67.17	131.77	0	131.77	67.17	0	0	0
Housing and Urban Affairs	935.85	768.28	0	761.78	0	0	904.96	6.5
Social Welfare (c)	812.77	1786.44	0	262.28	28.38	50.1	152.2	0
Sports	42.52	23.38	42.52	23.38	0	0	0	0
Employment	837.54	2381.31	0	0	0	0	796.67	2381.31
Total	5761.7	11123.38	372.41	1593.24	234.57	219.26	4011.59	7959.21
Percent (of total)			6.5	14.3	4.1	2.0	69.6	71.6

(a) Includes Office of Chief of Ministers (Jefatura de Gabinete de Ministros)
(b) Includes prestaciones de salud de Pensiones no contributivas after 1997
(c) In Spanish: „promoción y asistencia social". Funding transferred to „Obligaciones del Tesoro" by 1999.
Source: Based on data from Caracterización 1999; Corrales 2001

Tabelle 23: Argentina's Provinces: Current Expenditure, Total and Personnel (Current Pesos, millions)

Years	Total Current Expenditures	of which Personnel	% Personnel	Total Current Expenditures	Of which Personnel	% Personnel	Total Current Expenditures	of which Personnel	% Personnel
1995	25,197	15,149.2	60.12	6716.1	3498	52.08	18,481	11,651.2	63.04
1996	25,610.9	14,752.2	57.60	7393.9	3610.5	48.83	18,217	11,141.7	61.16
1997	27,561.7	15,646.8	56.77	8133.6	3991.1	49.07	19,428	11,655.7	59.99
1998	29,817.6	16,835.7	56.46	9361.6	4793.8	51.21	20,456	12,041.9	58.87
1999	31,726.7	18,039.5	56.86	10075.2	5361.2	53.21	21,652	12,678.3	58.56
2000	32,049.2	18,480.6	57.66	9996.9	5637.4	56.39	22,052	12,843.2	58.24
% Change		22.0			61.2			10.2	

Source: World Bank 2001; Corrales 2001

Tabelle 24: Zusammenfassung der öffentlichen Ausgaben für Soziales und Personal bis 1999 im Vergleich

Alle Provinzen außer Buenos Aires		Provinz Buenos Aires	
Laufende Ausgaben	Personalausgaben	Laufende Ausgaben	Personalausgaben
1995 18.841	1995 11.651	1995 6.716	1995 3.498
1997 19.428	1997 11.655	1997 8.133	1997 3.991
1999 21.562	1999 11.678	1999 10.075	1999 5.361

Quelle: Corrales 2001; Arriagada 2001a

5.5.3 Die Krise und die politische Klasse

Die politische Klasse war der Hauptverantwortliche der argentinischen Krise. Hierzu gehört einerseits die PJ und die internen Kämpfe zwischen Menem und Duhalde, andererseits die verfehlte politische und wirtschaftliche Führung durch die Regierung von De la Rua. Die Krise ist auf drei Gründe zurückzuführen, die im Zusammenhang mit der politischen Klasse und dem Verhalten stehen, das die politischen Parteien in der Politik Argentiniens in den letzten Jahren zeigten. Der erste Grund wurde in dieser Arbeit bereits analysiert: die Konsequenzen der versuchten Wiederwahl Menems. Der zweite Grund ist im Präsidentschaftswahlkampf selbst zu finden. Menem und Duhalde verfolgten bei den internen Wahlen der *justicialistas* einen Wettbewerb durch populistische Angebote, wie u.a. die erhöhten Sozialausgaben, die nicht nur zu einem Ungleichgewicht der Staatskasse führten, sondern auch die unvermeidbaren Anpassungen, die in der argentinischen Wirtschaft unbedingt durchgeführt werden mussten, erschwerten. Als Menem schließlich aufgab, hatte Duhalde keinen internen Konkurrenten mehr. Daraufhin begann der Kampf zwischen De la Rua und Duhalde. Die Tendenz der populistischen Überangebote setzte sich fort. Unter diesen Umständen trug der Wahlkampf nicht dazu bei, dass beide Lager detaillierte Vorschläge für das vorbereiteten, was vor ihnen stand. Doch die Konsequenzen dieses Versäumnisses, dieser Inkonsequenz und des fehlendes Projekts der politischen Klasse hatte nur der spätere Gewinner De la Rua zu tragen. Laut Corrales (2001) stand die *Alianza*, als sie die Regierung übernahm, vor einem Problem, für das sie keine Lösung hatte und zu dem keine einheitliche Meinung bestand. Sie hatten sich wie Menem und Duhalde in ihrer Programmatik auf die enormen Möglichkeiten des Landes gestützt, hatten sich darauf vorbereitet, ein

Land ohne Schwierigkeiten zu regieren, aber nicht damit gerechnet, einschneidende Anpassungen durchführen zu müssen. Vizepräsident Carlos „Chacho“ Álvarez (FREPASO, ex *justicialista* und stark links- und protestorientiert) weigerte sich in alter peronistischer Manier, sowohl die Anpassung durchzuführen als auch die öffentlichen Ausgaben zu kürzen.

Das Fehlen von Initiativen und Vorschlägen, um diese Anpassung durchzuführen, war in einer Wirtschaft, die mit zwei großen Problemen zu kämpfen hatte, besonders schlimm. Während der Regierung Menems wurden die übermäßigen Ausgaben kompensiert durch die Einnahmen aus den Privatisierungen und durch die Gelder, die durch ausländische Investitionen ins Land flossen. Diese Variablen waren jedoch ausgeschöpft, da es keine bedeutenden Aktiva des Staates mehr gab, die man hätte privatisieren können. Die zweite Schwierigkeit lag im argentinischen Staat selbst begründet, der schwach und ineffizient war und unter starker Korruption litt, die sich beispielsweise dadurch äußerte, dass der Staat nicht in der Lage war, die Steuern einzutreiben.

Weiterhin lässt die Zusammensetzung des Kabinetts von De la Rua darauf schließen, dass man mit solch einer Schwere der Krise nicht gerechnet hatte oder die Augen davor verschlossen hatte. Gleiches galt für die hohen Kosten und die Dringlichkeit der Maßnahmen, die notwendig waren, um der Krise zu begegnen. Nur so lässt sich erklären, warum er sich dafür entschied, alle Kräfte, die ihn unterstützt hatten, mit aufzunehmen, obwohl sie zur Wirtschaft und zur sozialen Entwicklung völlig gegensätzliche Vorschläge vertraten. Die Vertreter, die dem Neoliberalismus am nächsten standen, erhielten die Ämter des Außenministers und Verteidigungsministers, diejenigen, die diese Linie ablehnten, erhielten die Ministerien, die mit den Sozialausgaben am ehesten verbunden waren, und standen unter der Führung von Vizepräsident Alvarez. Den Mittelpunkt in diesem fragilen Gleichgewicht bildete Wirtschaftsminister José Luis Machinea, der eine orthodoxe Wirtschaft mit der Unterstützung Alfonsíns und Teilen der Unternehmer verband. Ergebnis war ein sehr uneinheitliches Kabinett, das sich in der Führung des Landes ständig selbst widersprach. Wirtschaftliche Fehler hatten enorme Auswirkungen, so z.B. die Konvertibilität, die vielleicht eine angemessene Maßnahme gegenüber der Hyperinflation war, doch ab Mitte der 1990er Jahre große Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit, die Investitionen und besonders auf die Exporte hatte. All dies steht in engem Zusammenhang mit der hohen Arbeitslosigkeit, die in Argentinien herrschte.[378]

Die Häufung solcher und anderer Fehler hat bei der Entstehung der schwierigen und komplexen derzeitigen Lage und bei den Schwierigkeiten der Lösung eine entscheidende Rolle gespielt. Doch die entscheidende Variable bei allen Problemen, die Argentinien derzeit erlebt, ist

[378] Interessant ist der Unterschied zwischen Brasilien und Argentinien. Beide Länder erlebten eine Hyperinflation und verfolgten eine feste Wechselkurspolitik. Brasilien richtete sich allerdings nach einem pragmatischen Ansatz bei dieser Politik. Es verfolgte entschlossen die feste Wechselkurspolitik, um so die Inflationstendenz zu brechen, strebte aber keine Dollarisierung der inneren Verschuldung an und konnte, als Stabilität erreicht war, ein freieres Wechselkurssystem annehmen. Der umgekehrte Ansatz Argentiniens war extrem ideologisch bedingt, indem man aus der Konvertibilität und der Dollarisierung der Verschuldung einen Kreuzzug machte. Menem und Cavallo hatten dies begonnen, De la Rua und Cavallo mussten den Preis dafür zahlen.

die politische. Die Verantwortung tragen die beiden wichtigsten Parteien des bis vor kurzem noch existierenden Zweiparteiensystems gemeinsam. Daher drängt sich die Frage auf: Wenn Argentinien über solch großes wirtschaftliches Potenzial verfügt, warum konnte es dann keinen Ausweg aus der Rezession finden, die seit 1998 herrscht?

Darauf gibt es mehrere Antworten. Diese stehen im Zusammenhang mit der politischen Klasse und der wichtigsten Partei, der PJ, und ihrem Unvermögen, ein homogenes Programm zu entwickeln, das die Partei mittels einer Entwicklungsstrategie für Argentinien eint. Die UCR ist dazu nicht in der Lage. Sie hat den Versuch unternommen und ist gescheitert. Sie ist eine historische Partei, doch nach der Regierung von De la Rua war sie sehr schwach. Ihre Chancen, bald wieder die Regierung zu übernehmen, sind sehr gering. Die Linke verfügt nicht über die nötige Unterstützung der Wähler und auch nicht über ein Projekt, mit dem sie Argentinien regieren könnte. Die Gesellschaft Argentiniens wählt die Mitte und ist nicht bereit, neue Experimente zu wagen wie beispielsweise unter De la Rua und Alvarez (vgl. den Artikel von Escribano in La Nación, 24. April 2003). Daher muss die PJ die Aufgabe übernehmen und einen Ausweg aus dieser wirtschaftlichen, in erster Linie aber politischen Krise finden. Sie verfügt über die Mehrheit im Kongress, da fast alle Gouverneure der Provinzen der PJ angehören. Doch intern existieren zumindest zwei Parteien, die *menemistas* und diejenigen, die nicht zu ihnen gehören. Der *menemismo* verfolgt ein neoliberales populistisches Projekt, ist aber ideologisch nicht kohärent, da die Ideen und Vorschläge seiner Führungsperson, Menem, aus dem Wahlkampf 2003 ebenso diffus sind wie die der Wahlen 1989. Damals versprach er, die Löhne zu erhöhen und die Auslandsschulden nicht zu zahlen. Auf der anderen Seite stehen die *justicialistas*, die Erben der *renovados* der 1980er. Sie fühlen sich der Basis der PJ in gewisser Weise verbunden, waren aber auch nicht in der Lage, eine ideologische Programmatik für die Partei zu entwerfen.

Tabelle 25: Die durchschnittliche Inflation

Jahr	Durchschnitt in. %
1991	84,0
1992	17,5
1993	7,4
1994	3,9
1995	1,6
1996	0,1
1997	0,3
1998	0,7
1999	-1.2
2000	-0,9

Quelle: INDEC Argentina

Tabelle 26: Die Arbeitslosigkeit in Städten 1988-2002

Jahr	Mai	Oktober	Unterbeschäftigung/Oktober*
1988	6,5	6,1	
1989	8,1	7,1	
1990	8,6	6,3	
1991	6,9	6,0	8,1
1992	6,9	7,0	7,9
1993	9,9	9,3	9,3
1994	10,4	12,2	10,4
1995	18,4	16,6	12,6
1996	17,1	17,3	13,6
1997	16,1	13,7	13,1
1998	13,2	12,4	13,6
1999	14,5	13,8	14,4
2000	15,4	14,7	14,9
2001	16,4	18,3	18,6
2002	21,5	17,8	19,9

Quelle: INDEC Argentina/ *Arbeitssuchender und Nicht-Arbeitssuchender

Laut INDEC betrug die Zahl der Armen in den Städten im Oktober 2002 57,5%. 27,5% der Bevölkerung in den Städten lebten unterhalb der extremen Armutsgrenze. Am Schlimmsten war die Lage im Nordosten des Landes. Dort betrug der Anteil der in Armut Lebenden 71,5%, der in extremer Armut Lebenden 41,9%. Im Nordwesten des Landes betrug der Anteil der in Armut Lebenden 69,4%, der in extremer Armut Lebenden 35,1%.

Tabelle 27: Entwicklung der Armut und der extremen Armut in Städten in Prozent

	Armut in %		Extreme Armut in %	
Zeitraum	Haushalte	Bevölkerung	Haushalte	Bevölkerung
Mai 2001	26,6	35,9	8,3	11,6
Oktober. 2001	28,0	38,3	9,4	13,6
Mai 2002	41,4	53,0	18,0	24,8
Oktober. 2002	45.7	57,5	19,5	27,5

Quelle: INDEC Argentina

Tabelle 28: Selected Macroeconomic Indicators, 1995-199

	1995	1996	1997	1998	1999	2000(c)
GDP at constant prices (percentage change)	-2.8	5.5	8.1	3.8	-3.4	-0.5
Average Deseasonalized Industrial Production (percentage change)	-4.8	4.8	8.6	1.6	-6.4	-0.1
Unemployment (October)	17.4	18.8	14.3	13.3	14.4	14.7
Fiscal Revenue (a)	23.2	22.1	23.2	23.7	24.3	24.5
Noninterest expenditure (a)	23.6	23.2	22.9	23.2	25.1	24.1
Primary Balance (a)	-0.4	-1.1	0.3	0.5	-0.8	0.5
Interest (a)	1.9	2.1	2.3	2.6	3.4	4.0
Overall balance (a)	-2.3	-3.2	-2.1	-2.1	-4.2	-3.6
Outstanding Government external debt (b)	67.2	73.5	74.8	82.4	85.4	85.7

(a) Consolidated public sector operations (includes federal and provincial operations). Figures are percent of GDP
(b) Billions of US$, end of period.
(c) Preliminary.
Source: IMF 2000a, 2001; Corrales 2001.

5.6 Fazit

Bis Ende der 1990er kann man in der argentinischen Gesellschaft die Dyade *peronismo* gegen *antiperonismo* unterscheiden, begründet durch die Dualität des *peronismo* als Bewegung und als Partei. Da der *peronismo* in einem *imaginario social* (sozialen Vorurteil) als Teil der politischen Kultur entwickelt wurde, repräsentierte er das sozial und wirtschaftlich benachteiligte Volk fundamental bei den mittelarmen und Arbeiterklassen. Aber in diesem politischen, sozialen und kulturellen Kontext entsteht die Antikultur der *justicilaistas*, die die sozialen und kulturellen Mittel- und Oberklassen (die UCR, die unternehmerische, Grund besitzende, industrielle Oligarchie und die militärische Hierarchie) repräsentiert. Dies war der *antiperonismo* (vgl. Ostiguy 1997a). Dies alles bedeutet jedoch nicht, dass es während dieser Periode keine Links-Rechts-Dyade in Argentinien gab, jedoch hat dies keine große Bedeutung für die Polarisierung wie in anderen lateinamerikanischen Staaten, weil die horizontale Links-Rechts-Dyade durchkreuzt wird von einer vertikalen Dimension der Oberen, unter denen die Mittel- und Oberschicht verstanden wird, gegen die Unteren, nämlich die Arbeiter- und Angestelltenklasse, die *peronistas*.

Der *peronismo* ist eine Bewegung, der *justicialismo* ist eine Partei. In diesem Sinne kann man erkennen, dass der Einfluss und der Stil von Perón innerhalb der PJ bis zur Mitte der 1980er Jahre reichte, und dann durch die neue Idee des *justicialismo* ersetzt wurde, die von der *Renovación Peronista* (RP) angeführt wurde, einer internen Gruppe, deren Kopf bis Anfang der 90er Jahre Cafiero war. Die RP verlagerte die Macht intern von der PJ zur Gruppe mit syndikalem Ursprung. Es ist eben diese Zeit, in der die PJ zum ersten Mal in ihrer Geschichte der Partei den Vorzug vor der Bewegung gab. Trotzdem kehrt die Führung von Menem in der Regierung, die von der Partei unabhängig ist, bis Ende der 90er Jahre und Anfang 2000 zu ihrer Charakteristik als Bewegung zurück. Vor diesem Hintergrund lassen sich die drei Kandidaturen der PJ bei den Wahlen im Jahr 2003 erklären, die weniger die PJ als vielmehr die Widersprüche einer Partei repräsentierten, die lange Zeit in ihrer Geschichte die Bewegung der Institutionalisierung der Partei vorzog. Einerseits kann dies heißen, dass die Definition des *justicialismo* von Perón eine gewisse Gültigkeit hat, weil innerhalb des *justicialismo* verschiedene Tendenzen und Einstellungen der Gesellschaft zusammen existieren. Andererseits konnte diese Formel unter der Führung eines starken Caudillo und unter günstigen wirtschaftlichen Bedingungen in den 1950er Jahren Gültigkeit haben. Trotzdem haben die verschiedenen Tendenzen im Innern der PJ keine Führungspersönlichkeit anerkannt, die sie hätte einen können. Letzteres erklärt sich dadurch, dass die PJ historisch eine diffuse Ideologie hat. So konnte man bei den letzten Wahlen beobachten, dass Kirchner die Linke innerhalb des *justicialismo* repräsentierte, während Menem für den Neoliberalismus und Rodríguez Saá für die Region gegen den Zentralismus im *justicialismo* stand.

Die drei Kandidaturen sind der Ausdruck der politischen Krise der PJ. Diese ist gegenwärtig durch den Personalismus geteilt und ohne ein politisches programmatisches Projekt; Duhalde, Menem, Kirchner, Reutemann und Rodríguez Saá sind fünf interne Führer, die sich nur durch ihre Persönlichkeiten, jedoch kaum durch bedeutende politisch-programmatische Linien unterscheiden lassen. Die öffentlichen Erniedrigungen, die diese Führer der PJ austauschen, zeugen von der aktuellen Situation der Partei, in der verschiedene politisch-personalistische Strömungen neben einer Gruppierung, die *Partidio Justicialista* genannt wird, fortdauern.

Wenn man die Situation der PJ in Argentinien extrapoliert, trifft man auf einige wichtige Elemente, die die politische Krise erklären, die Argentinien seit einigen Jahren durchlebt und die genau auf eine Krise der politischen Klasse bezogen ist, die unfähig war, ein politisch-wirtschaftliches Projekt vorzuschlagen oder durchzuführen, das ein Land, das eines der Länder mit dem größten Potential dieser Region ist, vorangebracht hätte. Die größte Verantwortung hierfür trägt die PJ, da sie die Partei war, die in den letzten 14 Jahren die Politik in Argentinien geführt hat und immer noch die größte Partei im Parteiensystem ist (im ersten Wahlgang im Jahr 2003 erhielt sie mehr als 60% der Stimmen). In zweiter Linie liegt die Verantwortung auch bei der PR und der argentinischen Linken, die sich beide in ihren Regierungen nicht legitimieren konnten.

Gegenwärtig ist die Situation für Argentinien schwierig, da Präsident Kirchner keine hohe Wahl-Legitimation besitzt. Außerdem hat sein politisch-wirtschaftliches Projekt einen gewissen populistischen Charakter, da es einerseits vorschlägt, zu einer sozialen Marktwirtschaft zurückzukehren, aber andererseits den Wirtschaftsminister aus der Zeit Duhaldes wieder einsetzte, der mit denselben Richtlinien der FMI fortfuhr. Diese populistische Linie hat die Bewegungen der *callejeros* legitimiert, indem sie ihnen Unterstützung gewährte und sie so zu Vermittlern zwischen den Bürgern und der Regierung machte. Außerdem verfügt Kirchner nicht über den vollen Rückhalt in der PJ, was sich dadurch äußert, dass die Partei z.B. bei einigen Initiativen im Parlament anders gestimmt hat. Die politische Stabilität und die Permanenz von Kirchner in der Regierung hängen davon ab, wie die Wirtschaft sich erholt und diese Besserung sich in den Lebensbedingungen der Argentinier widerspiegelt.

6 Die Chrisdemocratische Partei Chiles

6.1 Die Ursprünge der Christdemokratie in Chile

Die Christdemokratische Partei Chiles (DC) ist eine Partei, die Teil des politisch-kulturellen Erbes Chiles ist. Ihre Ursprünge reichen in die 1930er Jahre zurück. In diesen Jahren tritt eine Gruppe junger Katholiken in die damals Konservative Partei ein, aus der sie einige Jahre später ausgeschlossen werden. Sie gründen daraufhin 1939 ihre eigene Partei, die *Falange Nacional* (FN).[379] Diese ist der Vorgänger der Christdemokratischen Partei, die 1957 gegründet wird.[380] Mit den Präsidentschaftswahlen 1958 wird die Christdemokratie zu einer der wichtigsten Parteien in Chile, in den 1960er Jahren wird sie schließlich die größte Partei und übernimmt mit Eduardo Frei Montalva erstmals die Regierung.

Von Beginn an wirken verschiedene ideologische Grundströmungen in der Partei und unter den Parteiführern. Die meist gut gebildeten Führungspersönlichkeiten der jungen Partei[381] orientierten sich bei der ideologischen Positionierung sowohl am christlichen Humanismus wie auch an der katholischen Soziallehre. Durch die unterschiedliche Gewichtung der beiden Lehren stimmten die politischen Positionen nicht immer miteinander überein, insbesondere im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Zu den eher politisch-programmatischen Differenzen gesellten sich zudem Unterschiede im politischen Führungsstil bei den vier wichtigsten Parteiführern dieser Zeit. Eduardo Frei war von Natur aus ein Führungsmensch, der alle ursprünglichen Führer der FN von Anfang an übertraf. Er war ein Student aus armen Verhältnissen, hob sich in der Gruppe der Falangisten aber durch seine Geschicklichkeit und seinen politischen Scharfsinn ab. Oscar Larson zufolge, der Freis Leitbild war und ihn sozialpolitisch geprägt hat, hatte Frei bereits als junger Mensch politische Ambitionen und verfügte über Fähigkeiten, die über die seiner Altersgenossen hinausgingen; er kombinierte Intelligenz und politische Praxis (Grayson 1968: 102). Bernardo Leighton war zwar der erste, der die jungen Falangisten zusammenbrachte und sie in den ersten Jahren auch führte, er übertrug die Führung jedoch bald auf Frei. Leighton besaß die Fähigkeit, stets einen Konsens herbeizuführen, hatte keine großen Bestrebungen und vertrat innerhalb der Christdemokratie immer eine Mitte-Links-Position. Er verfügte über völli-

[379] Zur Information des Lesers sei darauf hingewiesen, dass bereits geklärt ist, dass keinerlei Verbindung mit der spanischen Falange Francos besteht. Der Name *Falange Nacional* Chiles entsteht früher als die *Falange* in Spanien. Darauf weist Bernardo Leighton in einem Interview hin, das er wenige Jahre nach Gründung der Bewegung gab; das Gleiche wird später von der Partei selbst vertreten. Ignacio Palma übernahm die Idee von den Legionen Alexanders des Großen (vgl. Lircay vom 14. November 1936; Lircay vom 23. Januar 1937; Gunther 1941: 234-239).

[380] Weiterführende Literatur zur politischen Geschichte der Christdemokratie Chiles: Silva Bascuñan 1949; Boizard 1963; Grayson 1968; Nohlen 1973; Fleet 1985; Hofmeister 1995; Jouannet 1993 und 1998.

[381] Für die damalige Zeit verfügten die Christdemokraten über einen sehr hohen Bildungsgrad, die Mehrheit der christdemokratischen Führer hatte eine Hochschulausbildung. Ihre beruflichen Qualifikationen waren hervorragend und wurden von Politikern im In- und Ausland anerkannt (vgl. Grayson 1968: 420-422).

ge Freiheit, innerhalb der Partei wem und wann auch immer seine Ansichten darzulegen.[382] Radomiro Tomic war einer der besten politischen Redner der damaligen Zeit, innerhalb der Partei stand er mit Frei in ständiger Konkurrenz um die Führung und wurde in der Partei als eher links stehend angesehen. Sein Problem lag darin, dass man ihn als ständigen Zweiten hinter Frei betrachtete (Grayson 1968: 444). Patricio Aylwin, der besonders die zweite Phase der Christdemokratie, d.h. die Zeit nach dem Militärputsch des Jahres 1973, prägte, übernahm ab Mitte der 1950er Jahre innerhalb der Partei eine wichtige Führungsrolle. Er stand Frei sehr nahe, verfügte über eine gute akademische Ausbildung und zeichnete sich dadurch aus, dass er sich den ideologischen Gründsätzen der Partei besonders verbunden fühlte. Er scheute keine Auseinandersetzung und glaubte vor allem an die Unverletzlichkeit der Demokratie.

6.2 Die Ursprünge der internen Gruppen innerhalb der PDC

Nach Grayson (1968: 396ff.) gab es Ende der 1950er und Anfang der 60er Jahre in der Christdemokratie folgende Gruppen: die *oficialistas*, die *falangistas* und die *inconformistas*. Als hervorragender Kenner dieser Materie vertritt Nohlen (1973: 108ff.) die Auffassung, dass die „Flügel" in der Christdemokratie die drei klassischen Richtungen darstellten: die *oficialistas*, die *terceristas* und die *rebeldes*. In den Untersuchungen zur Christdemokratie sind diese drei Gruppen allgemein die am stärksten akzeptierten. Fleet (1985: 97ff.) spricht von denselben „*factions*" oder „*groups*" wie Nohlen. Später fasst Hofmeister (1995: 56ff.) diese in zwei Positionen zusammen, den *oficialistas* und den *izquierdistas*.

Allgemein wird die Auffassung vertreten, dass in der Christdemokratie ab der Regierung von Frei Montalva ihre innere Polarisierung beginnt. Auch wenn diese Aussage ihre Berechtigung hat, so ist sie doch nicht ganz richtig, da es in der Christdemokratie bereits vor ihrer Gründung, das heißt seit der Zeit der FN, verschiedene Strömungen gab, die sich an gesellschaftlichen Fragen spalteten.

6.2.1 Die Christdemokratie in der Regierung von Alessandri (Exkurs)

Bei den Wahlen von 1964 wurde die DC die drittstärkste Partei.[383] Ihre Bedeutung im chilenischen Parteisystem nahm zu.[384] Außerdem wurde sie zu einem wichtigen Gegenspieler der Regierung von

[382] Nachdem Leighton unter Präsident Frei Innenminister gewesen war, lehnte er das Angebot Alessandris ab, anstelle von Tomic der führende Kandidat der Christdemokraten zu werden. Die Präsidentschaftskandidatur der Partei war zu dieser Zeit lediglich eine Art „gentlemen agreement" zwischen den christdemokratischen Parteiführern. Leighton lehnte den Vorschlag ab, da die Kandidatur aufgrund dieser stillschweigenden Übereinkunft Tomic zustand. Hinzu kommt, dass Leighton trotz seiner großen Beliebtheit nicht für ein Senatorenamt kandidierte, er beschränkte sich auf eine Kandidatur zum Abgeordneten und erhielt die Stimmenmehrheit, obwohl er fast keinen Wahlkampf geführt hatte. Er vertrat die Meinung, dass die Menschen, die ihn wählten, dies wegen seiner politischen, nicht wegen seiner propagandistischen Fähigkeiten tun sollten (vgl. Jouannet 1993).

[383] Jorge Alessandri (P. Conservador/P. Liberal) 31,6%; Salvador Allende (P. Socialista/P. Comunista) 28,9%; Eduardo Frei M. (PDC/P. Agrario Laborista) 20,7%; Luis Bossay (P. Radical) 15,6%; Antonio Zamorano (unabhängiger Priester der Linken) 3,3%.

[384] Bis zu den Parlamentswahlen 1957 hatten die Christdemokraten und die frühere FN nur schlechte Wahlergebnisse erreicht: 1941: 3 Abgeordnete, was 3,5% der Stimmen entsprach; 1945: 3 Abgeordnete (2,6%); 1949: 3 Abgeordnete (3,9%); 1953: 3 Abgeordnete (2,8%) und 1957: 14 Abgeordnete (9,4%). (Urzúa 1986: 102).

Alessandri. Zu diesem Zeitpunkt begannen sich die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der christdemokratischen Partei abzuzeichnen, denn nachdem die Partei bis dahin nur eine „politische Strömung“ gewesen war, die nicht mehr als drei Prozent der Stimmen erhalten hatte, entwickelte sie sich nun zunehmend zu einer Volkspartei.

Zunächst gingen die Meinungen darüber auseinander, welche Position die Partei gegenüber der Regierung des neu gewählten Präsidenten Alessandri einnehmen sollte. Hierzu wurde eine *Junta Nacional* (Parteitag) einberufen, die am 11. Oktober 1958 ihre Arbeit aufnahm. Im Mittelpunkt der Debatte stand die Ausarbeitung einer Strategie gegenüber der Regierung. Es wurden drei Positionen vorgestellt, die in gewisser Weise bereits widerspiegelten, welche drei Gruppen bei den Christdemokraten im Folgenden von Bedeutung sein sollten. Eine Position wurde vertreten und angeführt von einem der Gründer der *Falange Nacional*, Jorge Rogers, der eine Demokratisierung auf allen Ebenen der PDC anstrebte. Er war der Ansicht, dass die politische Ausrichtung der Partei geschärft und eine Mitte-Links-Position eingenommen werden sollte. Nach Rogers würde die Partei so weiterhin politische Distanz zur Regierung wahren und gegenüber der FRAP nicht an Boden verlieren. Anders argumentierte Patricio Aylwin, demzufolge man weiter an der während Freis Kampagne verfolgten Strategie der klaren Abgrenzung gegenüber der Rechten und der Linken festhalten müsse. Frei und Aylwin zufolge sollte man sich als reine Zentrumspartei präsentieren, daher müsse zur Regierung von Alessandri eine klare Distanz gewahrt, gleichzeitig aber eine loyale, ehrliche Oppositionspolitik betrieben und der Widerspruch zwischen Marxismus und der Freiheit aufgezeigt werden. Die Position Aylwins wurde schließlich von José Musalem unterstützt, der zuvor eine dritte Alternative vorgestellt hatte, diese aber dann aufgab und sich Aylwin anschloss. Dessen Position setzte sich am Ende des Parteitags gegenüber der von Jorge Rogers durch. Aylwin, Rogers und Musalem standen sich bei diesem Parteitag ein weiteres Mal gegenüber, als es um die Präsidentschaft der christdemokratischen Partei Chiles ging. Erneut ging Aylwin, der für die Fortsetzung von Freis Linie stand, als Sieger hervor. Dies war ein klares Signal für das Land und die Partei. Aylwin und Frei bildeten ein Team und bereiteten sich auf die Präsidentschaftswahlen des Jahres 1964 vor.

Nach den bewegten Tagen der *Junta Nacional* begann in der Christdemokratie ein neuer Prozess, in dem sie eine politisch-programmatische Linie finden musste. Dazu wurde ein *Congreso Nacional* (Nationalkongress), das oberste politische Entscheidungsorgan der Partei vorbereitet. Drei Vorschläge wurden auf dem *Congreso Nacional* präsentiert. Der erste Vorschlag wurde von Jaime Castillo vorgetragen, einem Vordenker der Christdemokratie und Vertreter der so genannten „*puristas*“. Hierzu gehörten Hernán Frías und Oscar Calvo. Die Hauptaussage dieser Position war, die Partei müsse die Avantgarde des Volkes sein: „Die Aufgabe der Partei war eindeutig nicht die einer Partei der Mitte, d.h. einer Partei, die sich in gleichem Abstand vom rechten und linken Pol positioniert. Die Partei bot vielmehr eine einzige christliche Lösung für die soziale Frage; dabei konnte es keine Kompromisse geben.“ (Scully 1992: 197) Bedeutende Persönlichkeiten wie Luis Ortega, Rafael A. Gumucio, Alberto Jerez, Jorge Cash, Alfredo Lorca und Julio Silva jedoch waren der Ansicht, die *puristas* wollten einen Kurs verfolgen, durch den die Partei aus der allgemeinen Politik und besonders aus der Gesellschaft ausgegrenzt würde. Diese Gruppe sprach sich dafür aus, ein strategisches Bündnis mit der Linken einzugehen, um die oligarchischen Gesellschaftsstrukturen zu reformieren und gegen Missstände im Kapitalismus zu kämpfen. Die dritte Position wurde vertreten von Eduardo Frei und Patricio Aylwin. In Übereinstimmung mit den beiden anderen Positionen befürworteten sie eine klare Opposition zur Regierung von Alessandri. Sie glaubten an die Rolle des Staates als zentraler Pfeiler der Wirtschaft des Landes, was sogar bedeutete, die Steuern zu erhöhen, um mehr Mittel zur Verfügung zu haben und so die Sozialpläne der Regierung zu verbessern. Andererseits sprachen sie sich für einschneidende Veränderungen in den Unternehmen aus, um zu erreichen, dass der Gewinn den Arbeitern zugute kommt. Sie drängten auf eine große Agrarreform, die das Land auf gerechte Weise denjenigen zusprechen sollte, denen es zustand. Sie lehnten jegliche Art von Bündnis mit der Linken ab, besonders mit der Kommunistischen Partei, da sie der Meinung waren, deren Grundsätze seien eine Verschwörung gegen die Demokratie. „El Partido Demócrata Cristiano llama a todos los chilenos – hombres, mujeres, niños – sin distinciones religiosas o de clase, que estén dispuestos para luchar democráticamente por un nuevo orden social fundado en la fraternidad y en la justicia.“ (Política y Espíritu Mai 1959: 18)

Ende Mai 1959 fand der *Congreso Nacional* statt. Dort wurden die drei „politischen Thesen“ vorgestellt, und erneut setzten sich Frei und Aylwin durch.[385] Beide, die wiederholt Seite an Seite stan-

[385] In einem mit Bernardo Leighton im August 1992 vom Verfasser durchgeführten Interview äußerte sich dieser zum *Congreso Nacional* des Jahres 1959 wie folgt: „Recuerdo, que se impuso la tesis de Eduardo [Frei, A.J.] y Patricio [Aylwin,

den, verband nicht nur ein gutes persönliches Verhältnis, sondern auch dieselben politischen Überzeugungen. Beide verfolgten eine Strategie, durch die sie innerhalb der Partei sehr gute Ergebnisse erzielt hatten. Sie verbanden ihre Ausstrahlung und ihre von allen in der Partei anerkannte Führungsrolle mit einer fundamentalistischen Ausrichtung, die sich ideologisch auf die Grundsätze des christlichen Humanismus stützte und der katholischen Soziallehre sehr nah stand, vertraten aber dennoch nicht den „Konfessionalismus".[386]

Nach Ansicht des Verfassers entstehen in eben dieser Zeit verschiedene Strömungen in der Christdemokratie. Die Tendenzen dazu deuteten sich bereits einige Jahre zuvor an. Doch erst in dem Moment, in dem die Christdemokratie nicht mehr nur eine Strömung ist, sondern zu einer Volkspartei mit größerem Einfluss wird, entstehen diese verschiedenen Richtungen.

6.2.2 In welcher Lage befinden sich die internen Gruppen, als Frei Montalva die Regierung übernimmt?

Die Autoren, die sich mit den internen Gruppen der PDC beschäftigt haben (Grayson, Nohlen, Fleet, Hofmeister und Jouannet), stimmen allgemein darin überein, dass es drei Gruppen gab: die *oficialistas*, die *terceristas* und die *rebeldes.* Dies gilt zumindest für die Zeit der Regierung von Frei. Der Verfasser ist jedoch der Auffassung, dass es hierbei zwei ideologische Strömungen innerhalb der DC gab, die die Partei in ihrem Inneren in den 1960er Jahren geprägt haben: die *oficialistas* und die *rebeldes*, vom Verfasser „christliche Strömung" genannt.

6.2.2.1 Die christliche Strömung

Die vom Autor gewählte Bezeichnung für diese Gruppe beruht in erster Linie darauf, dass sie eine enge Verbindung zur katholischen Kirche hatte und von dieser stark beeinflusst und unterstützt wurde. Von großer Bedeutung war die Beziehung von wichtigen Vertretern dieser Strömung zum neuen Kardinal von Santiago Raúl Silva Henríquez und im Besonderen die enge Freundschaft zwischen ihm und Eduardo Frei. Sie wurden die „gemäßigte Gruppe" genannt (später die „*oficialistas*"), ihre wichtigsten Vertreter waren Frei, Aylwin und später Castillo Velazco. Sie verfolgten hauptsächlich eine Umwandlung der Sozialstruktur, um „vollkommene Freiheit" zu erreichen, die mit „Gerechtigkeit" und „Gleichheit" für alle Frauen und Männer des Volkes einhergehen sollte. Dies kann sich nur in der Demokratie entwickeln, da sie die einzige Regierungsform ist, die in der Lage ist, „vollkommene Gleichheit", die durch den „Pluralismus" ihren Ausdruck findet, zu garantieren. „El reconocimiento del pluralismo social no sólo significó la adhesión al credo democrático y una negativa a las ideas corporativistas (tal como se detectan una y otra vez en Latinoamérica). El concepto de pluralismo también sirvió más bien de base para el fomento activo de las formas sociales intermediarias como la familia, la comunidad, las cooperativas y los sindicatos, cuya activación debía ayudar a superar la

A.J.], que estaba apoyada por otros delegados. Pero fue fundamental la claridad con que Patricio Aylwin explica esta postura y la fuerza con que Eduardo Frei defendió los puntos centrales de su posición, los que terminaron por convencer a los delegados, que ese era el camino más adecuado que el partido debía seguir."

[386] In seiner Eröffnungsrede des *Congreso Nacional* erklärte der damalige Parteivorsitzende Patricio Aylwin: „Al margen de todo confesionalismo, nuestro partido existe para dar expresión en la realidad temporal a los principios eternos

marginación de gran parte de la población, y cuyas funciones se pretendía fortalecer para que pudieran participar en la toma de decisiones y en los debates relativos al desarrollo social y económico del país.“ (Hofmeister 1995: 56) Im Zusammenhang mit der Wirtschaftsordnung kritisierte man den Liberalismus/Kapitalismus sowie den Kollektivismus/Kommunismus. Dem wurde ein relativ unscharfes Konzept entgegengesetzt, das jedoch zumindest zeigte, dass man sowohl die rein liberalen als auch die dogmatischen marxistischen Wirtschaftsformen ablehnte. Man einigte sich auf ein Wirtschaftsmodell, das man „wirtschaftlichen Humanismus“ nannte und das Wirtschaftswachstum und Produktivitätssteigerung mit „sozialer Gerechtigkeit“ verbinden sollte. Die Idee zu diesen Zielen ist hauptsächlich in den Grundsätzen des christlichen Humanismus und der katholischen Soziallehre zu finden.

6.2.2.2 Die Strömung der *rebeldes*

Der charismatische Führer dieser Gruppe – um Webers Kategorien anzuwenden – war Tomic Romero. Er war Gründer der *Falange Nacional* und der PDC gewesen und vertrat klare Ansichten zu den Veränderungen, die im Land nötig waren, um die ersehnte „kommunitaristische Sozialordnung“ zu erreichen. Seine wichtigste Begabung, mit der er Anhänger für seine Strömung gewinnen konnte, war seine Eloquenz. Er war ein großartiger Redner, der durch die Flüssigkeit seiner Reden und die Klarheit seiner Ideen beeindruckte. Die Führung auf inhaltlicher Ebene lag bei Rafael Agustín Gumucio, Tomics Vertreter. Gumucio hatte wichtige Anhänger, unter ihnen Sergio Jerez, Julio Silva Solar und Jacques Chonchol. In vielen Bereichen unterschieden sich seine Ansichten von denen der christlichen Strömung. Die Vertreter jener Gruppe glaubten beispielsweise an die Überwindung der bestehenden Ungerechtigkeiten in Lateinamerika durch die Veränderung der Sozial- und Wirtschaftsstruktur sowie der politischen Struktur. Dazu schlugen sie einen „Dritten Weg“ vor, der weder kapitalistisch noch kommunistisch sein sollte. Was die Entwicklung Lateinamerikas betraf, so vertraten die *rebeldes*, im Unterschied zu den Anhängern der christlichen Strömung, Ansichten, die denen der damaligen Parteien der Linken nahe standen. Sie waren radikale Verbreiter und Verteidiger eines Kommunitarismus, den sie als das beste Mittel zur Güterverteilung ansahen. Ihnen zufolge gehörten die Güter der gesamten Gesellschaft und mussten so verwaltet werden, dass garantiert wurde, dass jeder erhielt, was ihm zustand. Diese Verwaltung und Nutzung der Güter könne in private Hände gegeben werden, wenn dadurch nicht die gerechte Verteilung der Güter gefährdet werde: „die kommunitaristische Eigenschaft der Güter und nicht das Privateigentum“. Daraus ergibt sich, dass die Aneignung von privaten Gütern „die für das Leben des Menschen oder der Familie nicht wirklich unentbehrlich oder nicht nötig sind, nur dadurch gerechtfertigt werden kann, dass dies der Gemeinschaft dient oder dass Privateigentum oder private Verwaltung dem

---

del humanismo cristiano. Los católicos que militamos en sus filas procuramos cumplir lealmente, no sólo en su letra, sino en su espíritu, las enseñanzas sociales de la iglesia.“ (Discurso Libertad, Mai 1959)

gemeinschaftlichen Wohl eher zugute kommen als kommunitaristisches oder kollektives Eigentum oder Verwalten. Wenn das Privateigentum jedoch zeigt, dass es uneffektiv oder dem Gemeinwohl von Nachteil ist, verliert es seine Berechtigung." (Silva/Chonchol 1969: 48) Für die *rebeldes* war der Kommunitarismus der Weg zur „Befreiung" der „Person", ein Mittel zur Neuausrichtung der Gesellschaft. Daher war der Kommunitarismus im Grunde ein Mittel, um den Menschen von den Fesseln der Ungerechtheit zu befreien und daher „können nun die großen christlichen Ideale verwirklicht werden: Frieden, Gleichheit, Brüderlichkeit und Liebe" (Silva/Chonchol 1969: 84). Die Vertreter dieser Strömung glaubten an die Planwirtschaft, in der der Großteil des Eigentums dem Staat zufällt. Durch diese Ansichten rückten sie deutlich in die Nähe der Parteien, die der FRAP angehörten. Bis zum Jahr 1964 gab es Überlegungen zu einem Bündnis mit der FRAP.

Unter den Vorzeichen dieser beiden innerparteilichen Strömungen übernahm die Christdemokratie die Regierung. Im Laufe der Zeit kamen diese Positionen stärker zum Ausdruck. Die *oficialistas* vertraten die „Revolution in Freiheit", die *rebeldes* sahen in der Regierung Freis nichts Revolutionäres und waren der Ansicht, Frei gebe sich nur den Anschein des Reformismus.[387]

6.2.3 Die internen Gruppen in der Regierung von Frei Montalva

Wie bereits dargelegt wurde, übernahmen diese drei Gruppen mit Antritt der Regierung Frei Montalva eine für Volksparteien typische Funktion.[388] Konkret bedeutet dies (vgl. Kapitel 2 und 5), dass sie eine strukturelle Funktion übernahmen und eine klare Führungsperson hatten.[389] Sie verfügten weiterhin über eine zweite starke Führungsebene in den Provinzen und Regionen, zu der hauptsächlich Abgeordnete und Senatoren gehörten.[390] Auf formeller und informeller Ebene handelten sie durch politische Vermittler oder Broker, um ihre Positionen für die *Junta Nacional* der Partei vorzubereiten[391] und in den Regionen die Kontrolle zu behalten. Die Gruppen

[387] Nohlen bemerkt dazu: „Rebeldes (der extreme linke DC-Flügel) und Terceristas (der linke Flügel, zwischen Rebeldes und Oficialistas, den Gemäßigten, stehend) wollten indes die Revolution in Abgrenzung zum sog. Reformismus Freis. (...) Sie forderten die Überwindung der bestehenden Strukturen und nicht ihre Modernisierung als Konzept christdemokratischer Entwicklungspolitik. Deshalb plädierten sie für eine Verbindung der DC mit der marxistischen Linken, um die soziale Basis für eine revolutionäre Politik zu schaffen. Sie hielten damit ein Problem wach, das bereits Anfang der sechziger Jahre bestand, die Frage nämlich, welches politische Bündnis die DC eingehen sollte. Konkret fragte man sich damals, ob der christdemokratische Revolutionsinhalt mit jedweder Wahlstrategie kompatibel und erreichbar sei. Bereits für 1964 hatte der linke Flügel der Partei ein Bündnis mit der marxistischen Linken propagiert (Kongress Millahue, 1963, Rede Tomic). Frei entschied sich für den Weg des ‚*purismo*', für eine Konfrontation mit der marxistischen Linken." (1973: 109)

[388] In den Schlussfolgerungen in Kapitel 11 seiner Untersuchung zur PDC in den 1960er Jahren führt Grayson aus, dass diese Partei eine moderne bürokratische Organisation mit den Verwaltungsmerkmalen einer (für die damalige Zeit) modernen Partei ist. Im darauf folgenden Kapitel legt er dar, dass die DC eine Partei darstellt, die einzigartig ist wegen ihres Status als linksorientierte Partei der Mittelschicht mit demokratischer, christlich-sozialer Ausrichtung, moderner Organisation, hohem Bildungsgrad und hoher beruflicher Qualifikation ihrer Führung und wegen ihrer ungewöhnlich großen Beliebtheit bei den Jugendlichen (1968: 409ff.).

[389] Sowohl innerhalb der Gruppen als auch innerhalb der DC wurde die Führung im Allgemeinen von denjenigen übernommen, die zu den Parteigründern gehörten. Diese Gründer, die „Ersten", wie Sigmund Neumann (1956) sie nennt, werden zu einer Art Elite innerhalb der eigenen Parteientwicklung. Dies war sowohl in der FN als auch später in der DC der Fall.

[390] Ab 1963 stellte die DC die stärkste Fraktion im Parlament dar.

[391] Nach dem *Congreso Nacional* ist die *Junta Nacional* für innerparteiliche Entscheidungen das wichtigste Gremium, gefolgt vom *Consejo Nacional* und der Parteiführung.

wurden durch die Provinzen und Gemeinden und selbst die Parteibasis unterstützt.[392]

Während der Amtszeit Freis existierte eine Klientelbeziehung, eine in Volksparteien durchaus übliche Verbindung zwischen Partei und Regierung Bei dieser Klientelbeziehung spielte die ideologische Variable, die sowohl die Partei als auch die Gruppen beeinflusste, eine wichtige Rolle. Die gesamte Amtszeit der Regierung Freis war durch intensive Diskussionen zwischen diesen Gruppen geprägt, v.a. zwischen *oficialistas* und *rebeldes*. Diese stetigen Auseinandersetzungen wurden auf formeller Ebene beim *Consejo Nacional*, der *Junta Nacional* und dem *Congreso Nacional* ausgetragen. Im Mittelpunkt der Debatte von *rebeldes* und *oficialistas* stand die Geschwindigkeit, mit der die „Revolution in Freiheit"[393] in der Regierung vorankommen sollte. Am Ende der Regierungszeit Freis erreichte auch das Bündnis mit der Linken eine Bedeutung.

6.2.3.1 Die Diskussion kann in neun Etappen oder Schritte aufgeteilt werden (Exkurs):

***Junta Nacional,* Juli 1965:** Bis dahin wurde die Parteispitze von den *terceristas* unter Renán Fuentealba geführt. Bei dieser Versammlung setzten sich die von Aylwin angeführten *oficialistas* mit ihren politischen Thesen durch und gewannen die Wahl zum Parteivorsitz mit knappem Vorsprung vor der Liste von Alberto Jerez, der die *rebeldes* und, wenn auch in geringerem Umfang, die *terceristas* vertrat.[394]

***Junta Nacional,* November 1965:** Die DC hatte bei Wahlen zum Abgeordnetenhaus, die kurz zuvor stattgefunden hatten, ein hervorragendes Ergebnis von 42,3% der Stimmen erreicht. Daher musste bei dieser *Junta Nacional* die politische Agenda der Regierung überarbeitet werden.[395] Es setzte sich ohne Schwierigkeiten die Strömung der *oficialistas* durch, die über eine Mehrheit der Delegierten verfügte. Selbst die *rebeldes* brachten einen Konsensantrag zur Unterstützung Freis ein. Die Position von Aylwin als unbestrittener Führer der *oficialistas* in der PDC festigte sich.

***Congreso Nacional* der PDC, August 1966:** Die von den drei Gruppen vertretenen Thesen waren folgende: Die *rebeldes* übten starke Kritik an der Regierung, weil sie den Kapitalismus dem christlich-demokratischen Weg des „Kommunitarismus" vorzog. Dadurch verlangsame sich der Revolutionsprozess, und es werde wenig Wert auf die Einbindung des Volkes gelegt. Teilweise wurde die Partei heftig kritisiert, denn es wurde die Ansicht vertreten, dass die PDC den Kurs der Regierung bestimmen sollte und nicht umgekehrt. Die PDC solle die Revolution durchführen und die Regierung solle das Instrument dazu sein. Die *terceristas* ihrerseits sprachen sich dafür aus, die Umsetzung des Kommunitarismus in der Wirtschaft zu beschleunigen. Zu ihren Zielen gehörte es, die Ag-

---

[392] In seinem Kapitel zur inneren Struktur der DC schreibt Grayson, dass die verschiedenen internen Gruppen, die er *oficialistas*, *falangistas* und *inconformistas* nennt, auf Regional- und Provinzebene entsprechend vertreten sind. Er fügt hinzu: „Esta solidaridad [la del partido] podría mostrarse muy corta a la vista de las ideas radicales de los inconformistas y existe una fuerte posibilidad de que los demócratas cristianos eventualmente experimenten el mismo proceso de división que afectó a la Acción Democrática en Venezuela. Mientras tanto el gobierno de Frei está siendo constantemente incitado por elementos dentro del PDC para ejecutar las reformas prometidas al pueblo chileno." (1968: 409f.)

[393] „Revolution in Freiheit" war das Motto von Freis Wahlkampf im Jahr 1964, stellte aber auch sein Regierungsprogramm dar (vgl. Nohlen 1973: 91ff.).

[394] Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Gruppen gab es hinsichtlich dessen, was die Regierung tun bzw. nicht tun sollte. Aylwin war der Ansicht, dass man sich gesprächsbereit gegenüber denjenigen zeigen sollte, die das Gespräch suchten; und wenn dies bedeute, auch mit der Rechten Gespräche zu führen, dann müsse man dies tun. Für Jerez galt dies nicht, da er die Auffassung vertrat, die natürlichen Verbündeten der Partei müssten die Anhänger der FRAP sein. Damit stimmte Senator Aylwin keineswegs überein, auch wenn er es nicht ablehnte, mit der Linken Gespräche zu führen. Andererseits war Aylwin der Meinung, dass Abkommen mit US-Unternehmen im Bereich der Kupferindustrie sehr wichtig waren, um so den Prozess der Verstaatlichung in diesem Bereich optimal zu gestalten. Jerez betrachtete Übereinkünfte mit ausländischen Unternehmen über einen Rohstoff, der allen Bürgern Chiles gehörte, als unangebracht und zu langsam. Für Aylwin war die von der Regierung gewählte Geschwindigkeit angemessen, da das Programm wie geplant vorankam. Jerez glaubte dies nicht, seiner Meinung nach kam man zu langsam voran, und er betrachtete die Regierung zwar als „reformbereit", aber als nicht „revolutionär".

[395] Die Mehrheit der gewählten Parlamentsabgeordneten, d.h. der Senatoren und Abgeordneten, gehörten der Gruppe der *oficialistas* in der PDC an.

rarreform voranzubringen, den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, Möglichkeiten für verstärktes Sparen im Land zu finden, die Selbständigkeit der staatlichen Unternehmen dringend zu fördern und so schnell wie möglich das Bankengesetz zu verabschieden. Sie sahen Reformen im Bereich des Eigentumsrechts vor, eine Herabsetzung des Wahlrechts auf 18 Jahre, einschließlich der Analphabeten, und schlugen vor, Plebiszite einzuführen, um so Gesetze, die im Parlament nicht vorankamen, voranzubringen. Anders als die *rebeldes* vertraten sie den „Eigenen Weg", ein Konzept, das ursprünglich von den *oficialistas* stammte und adaptiert worden war. Schließlich setzten sich die *oficialistas* durch. Dadurch wurde für die nächsten Jahre ihr Konzept zum politischen Kurs der Partei. Ihrem Konzept zufolge sei die „Revolution in Freiheit" „der Übergang der kapitalistischen zur kommunitaristischen Gesellschaft". Ziel war eine „pluralistische, demokratische" Gesellschaft, die sich „auf die kommunitaristischen Beziehungen von Produktion und Arbeit gründet" (Jouannet 1998).

Was die Regierung betrifft, hieß es in dem Konzept: „Die Regierung, die das Volk sich selbst durch die Wahl von Präsident Frei gegeben hat, ist der erste Abschnitt der Revolution in Freiheit. Ihr Inhalt und Ziel ist das Programm, das dem Land vorgelegt wurde. Die Democracia Cristiana und die Regierung verpflichten sich gegenüber dem chilenischen Volk, dieses Programm umzusetzen. Hierzu gehören in erster Linie folgende Punkte:

a) Verfassungsreform, um das Eigentumsrecht zu ändern, Einführung des Plebiszits, Demokratisierung und Dezentralisierung des Staates; b) Agrarreform; c) Bildung für alle; d) Wohnungsbauplan; e) Verstaatlichung der Kupferminen; f) unabhängige Außenpolitik; g) Industrialisierung und Wirtschaftsentwicklung, um so mehr Chancen für die Arbeiter zu schaffen; h) Organisierung des Volks; i) Neuverteilung des Einkommens; j) Bekämpfung der Inflation." (Portales 1987: 75f.)

Bei einer wenige Tage später stattfindenden *Junta Nacional* wurde Aylwin zum Parteivorsitzenden wiedergewählt.

***Consejo Nacional Ampliado*, April 1967:** Bei den im selben Monat stattfindenden Kommunalwahlen verlor die DC 6,7 Prozentpunkte verglichen mit den Ergebnissen der vorangegangenen Wahl (42,3% im Jahr 1965; 35,3% im Jahr 1966). Aufgrund dieses Stimmenverlusts wurde der *Consejo Nacional* einberufen. Dort setzten sich zum ersten Mal seit Beginn der Regierung Freis die *rebeldes* gemeinsam mit den *terceristas* durch.[396]

***Junta Nacional*, April 1967:** Es wurde eine Pattsituation erreicht, was bedeutete, dass die Mehrheit der Stimmen durch die Mitglieder der Gruppe der *terceristas* und *rebeldes* abgegeben worden war. Dennoch wurde die Parteispitze um Aylwin nicht gestürzt, wie die *rebeldes* es ursprünglich vorgesehen hatten. Bei diesem Treffen wurde eine Pattsituation zwischen den internen Gruppen erreicht, dennoch waren die eigentlichen Verlierer die *oficialistas*, die seit 1959 ohne Gegengewicht in der Partei dominiert hatten.[397]

***Junta Nacional*, Juli 1967:** Jaime Castillo Velazco, der den *oficialistas* und Frei nahe stand, wurde im Kampf um den Parteivorsitz durch Rafael Agustín Gumucio, den Anführer der *rebeldes*, besiegt. Zu diesem Sieg der *rebeldes* hatten folgende Faktoren beigetragen: a) die Tatsache, dass die Führung der Partei die *oficialistas* stark beansprucht hatte; b) das Fehlen einer starken Führungsperson innerhalb der Gruppe als Alternative zu Aylwin; c) das schlechte Verhältnis zwischen Regierungsbeamten mittleren Ranges und den Parteien in den Provinzen; d) die Vorbereitung der *Junta Nacional* durch die *rebeldes* und *terceristas*; e) die in der PDC herrschende Auffassung, es müsse einen Richtungswechsel geben, um die „Revolution in Freiheit" zu beschleunigen; f) die Bestrebungen der *rebeldes* selbst, sowohl in der Partei als auch in der Regierung grundlegende Veränderungen vorzunehmen, was sie dazu bewegte, eine große politische Aktion vorzubereiteten (Jouannet 1998).

***Junta Nacional* in Peñaflor, Januar 1968:** Zwei Thesen wurden vorgestellt, eine davon vom Parteivorsitzenden selbst. Wenn diese angenommen würde, würde dies den Rücktritt sämtlicher Minister der Regierung von Frei bedeuten. Außerdem müßten diese Ämter dann mit Vertretern aus der Partei besetzt werden. Würde sich die zweite These, die von den *oficialistas* vorgetragen wurde, durchsetzen, würde

---

[396] In der Erklärung hieß es: „El Consejo ha examinado el significado del proceso electoral y propondrá a la Junta Nacional que con el mismo propósito debe reunirse el 15 del presente, una fórmula política destinada a seguir avanzando en el cumplimiento del programa de Gobierno, a través del diálogo con otras fuerzas políticas que estén dispuestas a acelerar los cambios que el país necesita (...) Para ello confía en el ofrecimiento público de apoyo del FRAP a las iniciativas del Ejecutivo que según los partidos tienen ese carácter." (La Nación, 8. April 1967)

[397] Das vom *Congreso Nacional* ausgearbeitete Papier wurde vollständig angenommen. Darin wurden die Aufgaben der Partei und der Regierung klar definiert: a) das Gesetz zur Agrarreform schnell vorantreiben; b) Einführung von *Juntas Nacionales de Remuneraciones*; c) Verfassungsreformen; d) Gesetz über die *Juntas de Vecinos*; e) Schaffung der Nationalen Planungsbehörde. All diese Vorschläge sollten einen „nicht kapitalistischen Entwicklungsweg" bzw. einen „kommunitaristischen Sozialismus" ermöglichen.

dies bedeuten, dass der Parteivorsitzende zurücktreten muss. Eine bedeutende Veränderung trat dadurch ein, dass sich zum ersten Mal Präsident Frei selbst an die *Junta Nacional* wandte und nun die *rebeldes* nicht mehr unterstützte.[398] Schließlich setzte sich Patricio Aylwin mit seinem Konzept durch und siegte über das der *rebeldes*. Gumucio und die Parteispitze traten zurück, ebenso der *Consejo Nacional*. Jaime Castillo Velazco, der den *oficialistas* und Frei nahe stand, übernahm den Vorsitz in der PDC.

In Peñaflor standen sich zwei politische Konzepte gegenüber, die im Grunde zwei verschiedene Arten der politischen Betrachtung und zwei unterschiedliche Führungsstile darstellten. Ein Konzept verfolgte tiefgreifende Veränderungen im bestehenden soziopolitischen System. Um diese Veränderungen durchsetzen zu können, wurde ein Bündnis mit den Kräften für nötig erachtet, die über eine gewisse Wählerstärke verfügten, d.h. mit den FRAP-Parteien.

Die Anhänger des anderen Konzepts waren ebenfalls bestrebt, Veränderungen durchzuführen, jedoch innerhalb der verfassungsmäßigen Ordnung und unter Wahrung der Demokratie, der Gerechtigkeit und der Freiheit. Um diese Veränderungen durchsetzen zu können, sollte das Konzept des „Eigenen Wegs" verfolgt werden, wie ihn Jaime Castillo Velazco unterstützte. In Peñaflor siegte die zweite These, und so setzten Frei und Aylwin wie schon 1959 und 1965 ihre politischen Überzeugungen in der DC durch. Schließlich wurde Peñaflor zu einem Meilenstein auf dem Weg zum Scheitern, das die DC erleben sollte.

***Junta Nacional,* Mai 1969:** Zwei Dinge prägten diese *Junta Nacional*. Einerseits hatte die Partei in den Parlamentswahlen nur 31,1% der Stimmen erhalten und damit an Stimmen verloren. Die FRAP hatte 36% erreicht und die Rechte 20%.[399] Andererseits prägten die Ereignisse von Pampa Irigoin[400] die JN. Aus diesen Gründen berief der *Consejo Nacional* eine außerordentliche *Junta Nacional* für Anfang Mai ein.[401] Im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen von 1970 wurden bei diesem Sonderparteitag die zwei bereits bekannten Konzepte besprochen. Das erste Konzept wurde von den *oficialistas* vertreten und sah vor, weiterhin an der Idee des „Eigenen Wegs" festzuhalten; das zweite wurde von der Parteiführung und der Gruppe der *rebeldes* und *terceristas* unterstützt und zielte auf die *Unidad Popular* ab. Radomiro Tomic, dem die Präsidentschaftskandidatur der DC „zustand", vertrat das zweite Konzept. Er sprach sich für Folgendes aus: a) eine Einigung mit der Rechten sei nicht möglich; b) Ablehnung des „Eigenen Wegs"; c) Bündnis im Rahmen einer *Unidad Popular* mit den Parteien der Linken; d) in diesem Prozess muss ein Vertreter der DC die Führung übernehmen. Patricio Aylwin und Jaime Castillo Velazco als Vertreter der *oficialistas* vertraten folgende Positionen: a) die DC muss weiterhin das Land führen, um den während der Regierung Frei eingeleiteten Prozess zu festigen; b) durch die derzeitige Regierung wurde es ermöglicht, dass das Volk regiert, sie unterscheidet sich somit von früheren Regierungen, bei denen die Oberschicht der Gesellschaft regierte; c) das Volk fordert, den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen, um mehr Fortschritt, Gerechtigkeit und Freiheit zu erreichen; d) um die gewünschten Veränderungen in der Gesellschaft zu erreichen, müssen die kapitalistischen Strukturen durch ein nicht kapitalistisches Entwicklungskonzept ersetzt werden, das nicht kollektivistisch sein darf, weil dies für die Gesellschaft Chiles nicht geeignet ist; e) innerhalb von 60 Tagen soll ein eigener Kandidat aufgestellt werden; f) ein Bündnis mit der Rechten ist ausgeschlossen; g) ebenfalls kein Bündnis mit der FRAP, da ihre Grundsätze nicht mit denen der PDC vereinbar sind.

Die *oficialistas* siegten knapp mit 233 gegen 215 Stimmen. Die Parteiführung um Fuentealba trat zurück, es wurde eine neue Parteispitze gewählt, die von Jaime Castillo Velazco angeführt wurde. Die *Junta Nacional* endete am 4. Mai. Zwei Tage später, am 6. Mai, trat Rafael Agustín Gumucio aus der Partei aus. Wie hier bereits ausgeführt wurde, war er nicht nur Gründer der *Falange Nacional* und der PDC, sondern auch eine der bedeutendsten Personen in der ersten Phase der Geschichte der DC. Nach Gumucio traten auch Alberto Jerez, Julio Silva, Vicente Sota, Jacques Chonchol, sowie Enrique Correa

---

[398] Für Gumucio war dies von großer Bedeutung, da er der Ansicht war, es sei nicht richtig, dass sich Präsident Frei in parteiinterne Angelegenheiten einmischte und das Gleichgewicht so zerstörte. Zu dieser *Junta Nacional* führt er aus: „se podrá pensar que el episodio no merece ser resaltado, porque en todos los partidos se producen crisis como la descrita, pero en el caso de la Junta de Peñaflor, lo que se jugaba era algo más que la simple querella de competencia entre el Presidente de la República y la directiva de su Partido, o sea la posibilidad de llevarlo a posiciones de izquierda que cancelara el centrismo que encabezaban algunos importantes dirigentes del Partido." (Gumucio 1994: 175)

[399] Von den 25 Kandidaten der *rebeldes* wurden nur drei gewählt. Bei den *oficialistas* wurden 43 der 95 Kandidaten gewählt, bei den *terceristas* neun von 20 Kandidaten.

[400] Pampa Irigoin ist ein Stadtteil von Puerto Montt, einer Stadt im Süden Chiles. In Pampa Irigoin wurde durch arme Bürger Land besetzt, von dem sie gewaltsam durch die Polizei wieder vertrieben wurden. Es gab acht Tote, 47 Schwerverletzte, darunter 20 Polizisten. Innerminister Edmundo Pérez Zujovic wurde für diese Ereignisse verantwortlich gemacht. Die Parteien der Linken und verschiedene soziale Organisationen, in denen die DC stark vertreten war, forderten seinen Rücktritt.

[401] Zu diesem Zeitpunkt lag die Parteiführung in den Händen von Renán Fuentealba, dem Führer der *terceristas*.

und seine Führung der JDC und mehrere führende Politiker des Landes aus der Partei aus. Sie gründeten gemeinsam eine neue Partei unter dem Namen „*Movimiento de Acción Popular Unitario*“ (MAPU).

***Junta Nacional,* August 1969:** Durch den Austritt der Führer der *rebeldes* aus der Partei setzte in der PDC bei den beiden verbleibenden Gruppen, den *oficialistas* und *terceristas* ein tiefgreifender Prozess des Nachdenkens ein. Es begann eine Zeit des inneren Friedens in der Partei; die wichtigsten Ziele waren, die Regierungszeit gut zu beenden, Tomic als Kandidaten aufzustellen und einen Wahlkampf zu führen, der einen erneuten Sieg der Christdemokratie sichern sollte.

In dieser Situation befand sich die Partei im August, dem Monat, in dem die außerordentliche *Junta Nacional* stattfinden sollte. Bereits Tage zuvor im Juli hatte Radomiro Tomic auf einer Versammlung mit Parlamentariern der DC die Kandidatur angenommen; während der einen Monat später stattfindenden *Junta Nacional* bestätigte er diese. Er knüpfte jedoch drei Bedingungen an seine Kandidatur: a) ein Programm für die Präsidentschaftswahlen, das klar antikapitalistische Züge trägt und die DC als sozialistisch und revolutionär erklärt; b) Ablehnung der bereits beschlossenen Verstaatlichung im Bereich des Kupferabbaus; c) eine Parteispitze, die „*integrada e integradora*“ sein sollte. Aufgrund dieser letzten Bedingung trat Jaime Castillo Velazco als Parteivorsitzender zurück. Daraufhin wurde einstimmig die neue Parteiführung gewählt, deren Vorsitzender Benjamín Prado, ein Vertreter der *terceristas*, wurde.

6.2.3.2 Schlussbetrachtungen zum Prozess der internen Gruppen der PDC in ihrer Anfangszeit

Die von Fleet (1986) beschriebene innere Uneinigkeit trug dazu bei, dass die Unnachgiebigkeit sowohl der Marxisten als auch der Rechten gestärkt und die politische Handlungsfähigkeit der Regierung geschwächt wurde. Durch diese Uneinigkeit ging ein Teil der Verhandlungsfähigkeit zwischen der Partei und den anderen politischen Kräften des Landes verloren. Der linke Flügel hoffte und drängte ständig darauf, mit den Parteien der FRAP zu verhandeln; die *oficialistas* waren eher offen für Verhandlungen mit der Rechten aufgrund der demokratischen Tradition, die diesen Parteien vorausging (vgl. hierzu auch Grayson 1969).

Am Ende der Regierungszeit war Frei politisch geschwächt und inkohärent im Hinblick auf das, was Tomic für seinen Wahlkampf festgelegt hatte: gemeinsames Auftreten der zwei Strömungen innerhalb der DC als eine Partei.[402] Obwohl die *rebeldes* aus der Partei ausgetreten waren, konnten sich die Christdemokraten nicht auf eine gemeinsame politische Strategie einigen, weder was die Ausrichtung noch was das Programm betraf. Tomic hob direkt oder indirekt das Scheitern der Regierung von Frei hervor, um so auch Stimmen aus dem linken Lager zu gewinnen. Die *oficialistas* hatten keinen großen Einfluss auf Tomics Wahlkampf und einigten sich lediglich darauf, ihn im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen. Tomics Fehler bestand darin, einen Wahlkampf zu führen, der weiter links angesiedelt war, als der der Linken selbst. Er erhielt nicht mehr Wählerstimmen; im Gegenteil, die Stimmen der Rechten innerhalb der DC erhielt Alessandri, während Tomic selbst keine Stimmen der Linken hinzugewinnen konnte. Fleet zufolge verlor Tomic die Wahl, da er nicht die Stimmen derjenigen gewann, die Frei unterstützten; sie wählten mehrheitlich Alessandri. Nach von Hamuy durchgeführten Interviews

[402] Bevor er die Kandidatur angenommen hatte, hatte Tomic gesagt: „¿Un juicio de síntesis? ¡Hemos hecho mucho; pero no hemos hecho la Revolución! Y por que no hemos hecho la Revolución, la gran cuestión de un nuevo destino para Chile sigue pendiente.“ (1988: 333)

aus den Jahren 1964 und 1970 wählten nun 45,3% derjenigen, die 1964 Frei ihre Stimme gegeben hatten, Alessandri und 12,4% Allende. Tomic erhielt nur 42,3% dieser Stimmen (1985: 117).

Bei genauer Untersuchung der Parlamentswahlen des Jahres 1969 läßt sich feststellen, dass Allende bei den Präsidentschaftswahlen 1970 etwa zwei Prozent weniger Stimmen erhielt, Alessandri fast 15% hinzugewinnen konnte und Tomic ebenfalls zwei Prozent verlor. Die gewählte Strategie war eine Fehlentscheidung, da keine zusätzlichen Stimmen aus dem linken Lager hinzugewonnen werden konnten, jedoch sehr viele an die Rechte verloren gingen.

Tabelle 29: Ergebnisse von den Wahlen 1969 und 1970

Partei/Kandidat	Parlamentswahlen 1969	Präsidentschaftswahlen 1970
PC, PS und PR (UP) Allende	38,8%	36,6%
PN Alessandri	20,9%	35,3%
PDC Tomic	31,1%	28,1%

Die PDC stand ohne jeden Zweifel vor einer völlig neuen Situation. Sie hatte zum ersten Mal einen Wahlkampf aus der Regierungsverantwortung und nicht aus der Opposition heraus geführt. Doch innerlich war die Partei noch nicht gereift, da sie anfangs nur eine politische Strömung gewesen war und erst langsam zu einer Volkspartei wurde. Als die Partei nur drei Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigte, war ihr Ziel, mehr Stimmen zu gewinnen. Als die Zahl der Wählerstimmen so plötzlich anstieg, fehlte ihr Zeit, um eine einheitliche Leitlinie für eine zukünftige Regierung auszuarbeiten. Stattdessen standen sich verschiedene doktrinäre Konzepte gegenüber. Von diesem Zeitpunkt an traten Meinungsverschiedenheiten zu Tage, die vor 1960 nur als Unterschiede im Detail erschienen waren. Nun wurden daraus unterschiedliche Wege innerhalb derselben Partei. Dies ging so weit, dass sich aus diesen Differenzen am Ende von Freis Amtszeit verschiedene Ideologien entwickelt hatten. Die Radikalisierung der Gesellschaft beschrieb Nohlen (1998: 279-280) als „Fragmentierung und Polarisierung des Parteiensystems". Davon war nicht nur das System betroffen, sondern auch die innere Struktur der Parteien, besonders die der DC, die, wie Scully es nennt, die chilenische Partei der Mitte war (1992: 220f.).

Die sechs Jahre der Regierung Freis können hinsichtlich der internen Gruppen und ihrer Funktion und Entwicklung in drei Abschnitte unterteilt werden. Der erste Abschnitt umfasst die Zeit zwischen 1964 und Mitte 1966. In dieser Zeit begann die DC, sich an die neue Situation als Regierungspartei anzupassen und sich darauf einzustellen. Daher ging es bei den parteiinternen Meinungsverschiedenheiten um die Beziehung zwischen Partei und Regierung (Dooner 1984: 112f.). Zu diesem Zeitpunkt entstanden die drei verschiedenen internen Strömungen. Die erste dieser Strömungen, die *oficialistas*, war die stärkste innerhalb der Partei und unterstützte uneingeschränkt die Regierung von Präsident Frei in ihrer Funktion und in der Umsetzung ihrer Poli-

tik. Ihnen gegenüber standen die *rebeldes*, die Kritik an der Regierung übten, weil sie der Ansicht waren, die Veränderungen durch die Regierung erfolgten zu langsam. Aus diesen zwei Richtungen entstand eine dritte Strömung, die daher den Namen *terceristas* erhielt. Sie unterstützten zwar die Regierung Frei, übten gleichzeitig aber Kritik an Fehlern der Regierung. In dieser ersten Phase ging es bei den Meinungsverschiedenheiten unter anderem um die Bereiche Politik, Wirtschaft, Arbeitsmarktpolitik und die Beziehung zu anderen politischen Kräften. Die DC durchlief in dieser Zeit einen Anpassungsprozess an die neuen Umstände, in dessen Verlauf sich die internen Strömungen stärker ausprägten und weiter voneinander entfernten.

Der zweite Abschnitt umfasst die Zeit zwischen dem *Congreso Nacional* im August 1966 und der *Junta Nacional* in Peñaflor im Januar 1968. Die DC vertrat nun eine klarere innere ideologische Linie und eine deutlichere politische Strategie zur Umsetzung der „Revolution in Freiheit". Verglichen mit der vorhergehenden Phase setzte sich das Konzept der *oficialistas* nur schwerer durch. Zu dieser Zeit entstand die These eines „nicht kapitalistischen Entwicklungswegs". Der Kommunitarismus, die praktische Umsetzung des christlichen Humanismus, war das in dieser Zeit vorherrschende Konzept. Parteiintern war dieser Zeitraum von größter Bedeutung, da sich eine Radikalisierung der inneren Differenzen erkennen lässt, die später im Austritt der *rebeldes* aus der Partei gipfeln sollte. Dieser Zeitraum war geprägt durch eine starke Konfrontation zwischen den internen Gruppen; die ideologischen und programmatischen Unterschiede zwischen ihnen waren unüberbrückbar geworden.

Den dritten Abschnitt bildet der Zeitraum zwischen der *Junta Nacional* in Peñaflor im Januar 1968 und der Kandidatur von Radomiro Tomic. In dieser Zeit setzten die *oficialistas* schließlich ihr Konzept des „Eigenen Wegs" durch. Ihre wichtigsten Vertreter waren Patricio Aylwin und Jaime Castillo Velazco, sie wurden jedoch auch von Präsident Frei selbst unterstützt. Die *rebeldes* und Tomic konnten sich mit ihrer These der *Unidad Popular* nicht durchsetzen, dies führte dazu, dass bedeutende Vertreter dieser Strömung aus der Partei austraten. Doch die PDC strukturierte sich danach neu und fand neue gemeinsame Ziele: die Regierung Freis so gut wie möglich zu Ende zu bringen, Einheit und Festigung der Partei sowie Durchführung eines Wahlkampfs, der den Sieg Tomics sichern sollte. Während der sechsjährigen Regierung setzten sich in der Partei die *oficialistas* mit ihren Konzepten durch, welche in der Regierung durch Präsident Eduardo Frei Montalva selbst vertreten waren und die in der PDC angeführt wurden von Patricio Aylwin Azócar, ihrem „*alter ego*", wie George Grayson es formuliert.

6.3 Die DC und die Regierung der *Unidad Popular*

Eine Untersuchung der Regierung der *Unidad Popular* ist sicherlich ein schwieriges und umstrittenes Vorhaben, obwohl seit ihrem Ende bereits über 30 Jahre vergangen sind. Diese Regierung sowie der Militärputsch haben die Geschichte der Demokratie des Landes, auch internatio-

nal, entscheidend geprägt (siehe Nohlen 2003a).

In Kapitel 1 und 4 der vorliegenden Arbeit wurde bereits die Regierung von Allende thematisiert sowie die Lage, in der sich das Land zu der damaligen Zeit befand. Hinsichtlich der DC und der Situation, in der sie sich gegenüber der Regierung befand, lässt sich feststellen, dass die Christdemokratie zwei verschiedene Arten der Opposition gegenüber der Regierung verfolgte: einerseits die Opposition durch Kooperation, andererseits die polarisierte Opposition. Innerhalb dieser Art von Opposition lassen sich zwei Phasen unterscheiden: Die erste Phase begann nach den Kommunalwahlen. Es war eine harte, aber dialogbereite Opposition, die sogar eine Reihe von Gesetzesentwürfen der Regierung mittrug, obwohl sie verbal die Konfrontation mit der Regierung suchte. Die zweite Phase war eine totale Opposition zur Regierung, welche vom Bruch, den die DC durch den Austritt wichtiger Abgeordneter aus der Partei und deren Gründung der IC zusammen mit einigen ehemaligen Mitgliedern der MAPU erlebte, bis zum Militärputsch reichte (Nohlen 1973: 308ff.).

6.3.1 Opposition durch Kooperation

Die DC erkannte von Anfang an Allendes Wahlsieg an und hatte auch mehrheitlich, ebenso wie Präsident Frei, keine Zweifel daran, dass Allende im Kongress ebenso erfolgreich sein würde.[403] Trotz der bestehenden Tendenz, Allende zu bestätigen, musste die PDC ihre Entscheidung diskutieren und darüber abstimmen; daher wurde für den 2. und 3. Oktober 1969 eine außerordentliche *Junta Nacional* einberufen, um die Position der DC hinsichtlich der Wahl im Kongress klar festzulegen.[404] Zwei Positionen zur Regierung von Allende wurden besprochen. Die Position der *oficialistas* war, dass aufgrund des sozial-politischen Kontexts und der Unterstützung, die Allende besonders durch die Kommunisten erfuhr, die Unterstützung im Kongress nur gewährt werden sollte, wenn Allende sich durch eine Übereinkunft verpflichtete, bestimmte institutionelle und demokratische Gründsätze Chiles zu beachten. Es handelt sich hierbei um das Statut der demokratischen und verfassungsrechtlichen Garantien. Den zweiten Vorschlag unterbreiteten die *terceristas*; dieser sah eine Zusammenarbeit und selbst ein Bündnis mit dem neuen Präsidenten vor, bevor man von ihm Garantien forderte und diese Angelegenheit dem Kongress übertrug.[405] Schließlich siegte bei der Abstimmung der Vorschlag der *terceristas* mit 271 zu 191

[403] Die Verfassung Chiles aus dem Jahr 1925 sah vor, dass der Kongress, falls kein Kandidat die absolute Mehrheit erhielt, zwischen den beiden erstplatzierten Kandidaten wählen musste. Daher bestand die Möglichkeit, den zweitplatzierten Kandidaten zu wählen. Analysiert man dies nun aus heutiger Sicht und mit genügend zeitlichem Abstand, war dies durchaus nicht unmöglich, da Allende und Alessandri über etwa gleich viele Stimmen verfügten. Der chilenischen Tradition entsprechend wählte man jedoch immer den Kandidaten, der die meisten Stimmen erhalten hatte (vgl. hierzu die Untersuchung von Prieur 1971: 547).

[404] Nach der Präsidentschaftswahl von 1970 versuchte die PN die DC dazu zu bewegen, im Kongress für Alessandri zu stimmen, damit dieser dann als Präsident zurücktritt und Neuwahlen angesetzt werden, bei denen Frei als Kandidat der DC antritt (Moulian/Guerra 2000: 214f.). Hätte Allende die verfassungsrechtlichen Garantien abgelehnt, wäre dieses Angebot der PN eine Alternative gewesen, die mehr Rückhalt in der PDC gefunden hätte (vgl. Hofmeister 1995: 167).

[405] Die These der *oficialistas* wurde von Patricio Aylwin und Juan de Dios Carmona vorgestellt, die der *terceristas* von Benjamin Prado, dem damaligen Parteivorsitzenden, Leighton, Fuentealba und Maira.

Stimmen.[406] Daher wurden mit dem Präsidenten Gespräche geführt. Gemeinsam mit Abgeordneten der UP und der DC wurde am 9. Oktober das Verfassungsstatut vorgelegt, das von beiden Kammern angenommen wurde.[407]

Durch dieses Statut konnte die DC in einer schwierigen Zeit, in der es aufgrund der Wahlniederlage zu heftigen Streitigkeiten zwischen *oficialistas* und *terceristas* gekommen war, ihre Einheit wahren. Außerdem konnte die DC als wichtiger Hüter der Demokratie fungieren, da sie die Möglichkeit erhielt, das demokratische Vorgehen der zukünftigen Regierung zu überprüfen. Außerdem würde ein Nichteinhalten dieser Garantien klar gegen die Regierung sprechen, da die UP für diese gestimmt hatte (Faúndez 1992: 196). Nachdem Allende seinen Amtseid abgelegt hatte, spürte die DC, was es bedeutete, die wichtigste Oppositionspartei zu sein. Es gab in der DC zwei Positionen, die sich schon bei der *Junta Nacional* im Oktober gezeigt hatten.

Die *terceristas*, die nun klar von Tomic angeführt wurden, unterstützten weiterhin die Revolution und Veränderungen der UP-Regierung, die mit Tomics ehemaligem Wahlkampfprogramm übereinstimmten. Hierfür wollten sie in der Partei Zustimmung erreichen und führten an, Allende brauche die DC im Parlament, da er dort nicht über die Mehrheit verfüge. Die *oficialistas* wurden nun von Frei angeführt, der der PDC beitrat, um direkt in die Politik einzugreifen. Ein politisches oder programmatisches Bündnis mit der Regierung von Allende war für ihn vor allem wegen des wirtschaftspolitischen Programms, das die UP vorgelegt hatte, ausgeschlossen[408] (vgl. Nohlen 1973).

In der *Junta Nacional* vom 13. und 14. Dezember 1970 kam es zu einer harten Konfrontation der beiden Gruppen. In einer der Diskussionen ging es um die Wiederwahl des *tercerista* Prado als Parteivorsitzender. Da es keinen klaren Konsens gab, kam es zu einer Wahl zwischen Renán Fuentealba für die *terceristas* und Andrés Zaldivar für die *oficialistas*. Da keiner von beiden eine klare Mehrheit erreichte, wurde schließlich Narciso Irureta gewählt, der offensichtlich keiner der beiden Gruppen angehörte. Die neue Parteispitze behielt die Regierung im Auge. Sie akzeptierte einerseits, Vorhaben zu unterstützen, die einen direkten Bezug zu solchen hatten, die zuvor von der PDC vorgeschlagen worden waren, lehnte es jedoch ab, illegales Vorgehen zu unterstützen oder es zu legitimieren .[409] Bis hierhin verfolgte die PDC eine kooperierende Opposition, dies änderte sich jedoch nach den Kommunalwahlen von 1971.

---

[406] Zuvor hatte ein Ausschuss der PDC eine Liste von Garantien ausgearbeitet, die Allende am 24. September vorgelegt worden war.

[407] Die Liste der Verfassungsgarantien enthielt folgende Forderungen: a) Wahrung der Demokratie und ihrer grundlegenden Werte; b) Achtung und Wahrung der Freiheitsrechte des Individuums; c) Unabhängigkeit der Streitkräfte und Universitäten; d) Beibehaltung eines unabhängigen Bildungswesens ohne Einmischung, und Eingriffe seitens des Staates sowie keine öffentliche politische Ausrichtung des Schulwesens; e) keine Einmischung bei den Gewerkschaften und freien Volksvereinigungen; f) Anerkennung der politischen Parteien als Ausdruck der verschiedenen Meinungen und Überzeugungen innerhalb der Bevölkerung; g) schließlich als Zusammenfassung all dessen Beibehaltung einer politisch, sozial und kulturell pluralistischen Gesellschaft des Landes (Nohlen 1972a: 253).

[408] Es darf nicht vergessen werden, dass die Opposition aus dem linken Lager während der Regierung von Frei sehr hart gegenüber der Regierung war, besonders gegenüber dem Präsidenten. Es wurden lange Zeit Projekte wie zum Beispiel die Agrarreform, die Verstaatlichung im Bereich des Kupferabbaus und anderen Bereichen durch die Opposition hinausgezögert (vgl. Dooner 1984: 208; Nohlen 2003a: 107-108).

6.3.2 Polarisierte Opposition

6.3.2.1 Phase der harten, aber dialogbereiten Opposition

Die DC blieb zwar bei den Kommunalwahlen die stärkste Partei des Landes, im Vergleich zu den Kommunalwahlen von 1967, den Parlamentswahlen von 1969 und der Wahl Tomics verlor sie jedoch an Stimmen. Am härtesten traf die DC, dass die UP mit 50,8% die absolute Stimmenmehrheit erreichte.[410] Interessant bei dieser Wahl ist, dass die Mehrheit der Stimmen für die DC den *oficialistas* zu verdanken war, was ein klares Signal dafür war, wer nun parteiintern die Macht ausüben und die politische Ausrichtung der Partei festlegen würde.

Die DC veranstaltete im Mai 1971 einen *Congreso Plenario Nacional*. Der Parteivorsitzende Irureta hob dabei hervor, dass durch die Regierung das Recht auf privates Eigentum verletzt würde, es Verfolgungen durch die Behörden sowie Eingriffe in die Justiz gebe und bewaffnete Gruppen existierten. Trotz dieses Berichts und der politischen Differenzen zwischen Regierung und DC bestätigte letztere noch einmal die These des „Eigenen Wegs", da es auch mit der Rechten keine Übereinstimmung gab, außer dass man gemeinsam der Ansicht war, dass es unter der Regierung von Allende zu rechtswidrigem Vorgehen kam, das man gemeinsam verurteilte. Die Niederlage bei den Kommunalwahlen wurde nicht hingenommen, sie wurde von Irureta vielmehr als ein Sieg dargestellt. Schließlich wurde eine von Renán Fuentealba ausgearbeitete Konsenserklärung angenommen, die auch Beobachtungen von Jaime Castillo und Rafael Moreno enthielt (Dooner 1985: 36f.).[411]

In verschiedenen Dokumenten zeigte sich die DC offen für eine Zusammenarbeit mit der Regierung im Bezug auf Reformen, die der Gesellschaft zugute kamen, doch sie behielt sich das Recht vor, in der Opposition zu sein, so wie dies die UP mit Frei ebenfalls getan hatte, wenngleich diese derzeit eine geringere Bereitschaft gezeigt hatte, mit der damaligen DC-Regierung zusammenzuarbeiten. Ein einschneidendes Ereignis, das die Lage veränderte, war der Mord an Freis ehemaligem Innenminister am 8. Juni 1971 durch die „*Vanguardia Organizada del Pueblo*" (VOP).[412] Allende und seine Regierung schrieben den Anschlag den Rechtsextremen und der CIA zu, doch sämtliche Beweise zeigten, dass die Linksextremen für diese Tat verant-

---

[409] So wurde beispielsweise die bis dahin noch nicht erfolgte Verstaatlichung der Kupferindustrie und der ausländischen Banken akzeptiert, die Verstaatlichung der Nationalbank wurde jedoch scharf zurückgewiesen, ebenso die Enteignung von Land und Fabriken, zu denen es in Chile kam und gegen die die Regierung nichts unternahm.

[410] Die DC erreichte 1971 26,2% der Stimmen, d.h. 10,3 Prozentpunkte weniger als 1967, 4,8 Prozentpunkte weniger als 1969 und 1,9 Prozentpunkte weniger als bei der Wahl Tomics.

[411] In diesem Dokument wurde noch einmal darauf verwiesen, dass die DC eine revolutionäre Bewegung sei und daher für eine sozialistische, kommunitaristische, demokratische und pluralistische Gesellschaft kämpfe, die sich stets an den Werten des Christentums orientiere. Daher wurde der staatliche Sozialismus in keiner Form akzeptiert, denn die Veränderungen sollten für das Volk, nicht für den Staat sein. Es wurde dazu aufgefordert, mit Allende in all den Bereichen zusammenzuarbeiten, in denen dies zum Wohl des Volkes geschah. Dennoch war man der Auffassung, es bestehe die Gefahr, dass Allende und seine Regierung aus Chile eine Gesellschaft mit staatlichem Sozialismus machten. Sich selbst definierte die DC als unabhängige Opposition (Política y Espíritu 321, Mai 1971: 73f.).

[412] Am 22. Oktober, einige Tage vor Allendes Amtsantritt, wurde der frühere General René Schneider von einer rechtsextremen Gruppe ermordet. Nohlen schrieb damals dazu, dass Chile ein Land sei, in dem es gewöhnlich keine politisch motivierten Anschläge gebe, der letzte sei im Jahr 1837 gegen Diego Portales verübt worden (1973: 147).

wortlich waren.[413] Frei festigte seine Führungsrolle zunehmend innerhalb und auch außerhalb der PDC, daher war sein Führungsstil vergleichbar mit dem Allendes.

Innerhalb der Partei lehnten die *terceristas* jegliche Annäherung an das rechte Lager ab, die *oficialistas* pflegten jedoch weiterhin ihre Kontakte zur Rechten. Im Juli 1971 fand der *Consejo Plenario* von Las Vertientes statt, dort kam es zu einer bedeutenden Konfrontation zwischen den Gruppen. Ein Teil der *terceristas* warf den *oficialistas* vor, Beziehungen zur Rechten zu unterhalten, daher schlugen sie vor, dass durch Abstimmung ein Verbot für eine Übereinkunft mit der Rechten beschlossen werden sollte. Sollte dies nicht erreicht werden, drohten sie damit, aus der PDC auszutreten. Diese Position wurde vertreten und angeführt durch Bosco Parra, dem Vorsitzenden des *Departamento Técnico* der PDC. Renán Fuentealba, der ebenfalls der Gruppe der *terceristas* angehörte, jedoch eine gemäßigtere Position einnahm und für einen Konsens eintrat, und der über mehr Rückhalt in der Partei verfügte und ihr bereits länger verbunden war, wies darauf hin, dass die Beschlüsse des letzten *Consejo Nacional* beachtet werden müssten, in denen es geheißen hatte, man solle mit der Regierung zusammenarbeiten in den Bereichen, in denen man versuchte, die kapitalistischen Strukturen abzuschaffen. Er stimmte jedoch mit der Regierung nicht überein, was ihre absolutistische Position und ihren vereinnahmenden, totalitaristischen und auf Ausgrenzung ausgerichteten Kurs betraf. Über diese beiden Positionen wurde abgestimmt, wobei Parra mit zehn zu vier Stimmen verlor. Daher trat er mit acht Abgeordneten, der Hälfte der Parteispitze der JDC und weiteren Mitgliedern, die Ämter innehatten, aus der Partei aus (Dooner 1985: 45-46).[414] Wenngleich dieser Bruch innerhalb der PDC von großer Bedeutung war, war er nicht vergleichbar mit dem des Jahres 1969, als Gumucio aus der Partei austrat. Tomic hatte die Führung zur Zeit dieses Bruchs übernommen, der ein Scheitern der DC hätte bedeuten können und sie in zwei Teile hätte spalten können. Doch Tomic hielt die Partei zusammen und schrieb der UP die alleinige Schuld an den Schwierigkeiten zwischen der Regierung und der DC zu.[415] Gleichzeitig traten aus der MAPU die ehemaligen DC-Mitglieder Gumucio, Chonchol, Jerez und Silva aus. Gemeinsam mit denjenigen, die gerade aus der Partei ausgetreten waren, gründeten sie die *Izquierda Cristiana* (IC).[416]

Dies war der zweitwichtigste Bruch in der DC. Daraufhin wurde Selbstkritik geübt, um die Zersplitterung innerhalb der PDC zu vermeiden. Es wurde beschlossen, die Lehre stärker in den Vordergrund zu stellen. Frei wurde gebeten, sich voll in die Partei einzubringen. Diese Bitte wurde von Leighton an ihn gerichtet. Die Opposition der DC wurde härter. Gleichzeitig begann

---

[413] Trotz der schwierigen Beziehungen zwischen der DC und der Regierung wurde einige Tage später das Gesetz zur totalen Verstaatlichung der Kupferindustrie verabschiedet und sogar von der Rechten unterstützt.

[414] Zu ihnen gehörten Parra, Luis Maira, Pedro Videla, Armando Jaramillo, Fernando Buzeta, Pedro Urra, Jaime Cocha, Pedro Felipe Ramírez, Juan E. Miquel, Jorge Leiva und Luis Badilla.

[415] Tomic sagte dazu unter anderem: „el odioso sectarismo con que han actuado numerosos representantes del gobierno y de la UP es donde está la primera causa y la mayor responsabilidad del antagonismo entre la DC y la UP.“ (Donner 1985: 46)

[416] Zu dieser Zeit erlebte die PR eine schwere Erschütterung, da selbst Gabriel González Videla, der ehemalige Vorsitzende, aus der Partei austrat. Allende bezeichnete diesen Moment als den schwierigsten und außergewöhnlichsten in der Politik Chiles. (Nohlen 1973: 249; Dooner 1985: 48)

die UP eine öffentliche Kampagne, die sich hauptsächlich gegen Frei richtete und darauf abzielte, seinem Ansehen durch einen angeblichen Finanzskandal, der jedoch zum größten Teil der PC zuzuschreiben war, zu schaden.

6.3.2.2 Phase der absoluten Opposition

Nach dem innerlichen Bruch der PDC und der Gründung der IC als neue Partei der Linken nimmt die DC innerhalb des chilenischen Parteiensystems eine deutliche Position der Mitte ein. Gründe hierfür waren: a) Die Mehrheit der führenden, einflussreichsten Mitglieder der Partei gehörten der Strömung der *oficialistas* an, die sich mit den *freistas*[417] mischten, die jetzt auch der Partei angehörten. Diese hatten während der Regierung von Frei bedeutende Ämter bekleidet, kehrten nun in die Partei zurück und beanspruchten dort ihre Position;[418] b) Frei selbst band sich in die Partei ein und übernahm eine erkennbare Führungsrolle;[419] c) Ein weiterer Grund war der Standpunkt der UP, keine Verhandlungen mit der Opposition zu führen, keine Übereinstimmung mit deren Programm zuzulassen und keine Kompromisse mit ihr einzugehen.

Die UP polarisierte das Parteiensystem, die DC und das rechte Lager reagierten darauf mit starker Opposition, die sie hauptsächlich im Parlament demonstrierten. Es entstand eine Art natürliches Bündnis, das später den Namen *Confederación Democrática* (CODE) erhielt (vgl. Nohlen 2003a: 107-108). Diese Polarisierung durchdrang sämtliche Schichten der Gesellschaft einschließlich der Streitkräfte, in deren Kreisen bereits Gerüchte über einen Staatsstreich im Umlauf waren. Im Oktober 1972 versuchte Patricio Aylwin mit Allende zu verhandeln, doch die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis.[420] Gleichzeitig ordnete die DC an, die gesamte Partei solle sich in Bereitschaft halten. Die DC, abgesehen von wenigen Ausnahmen in der Partei, sah keine Möglichkeit, eine Einigung mit der Regierung zu erreichen, da die Regierung nicht in der Lage war, die ihr angehörenden Koalitionsparteien unter Kontrolle zu halten und die Führungsrolle Allendes nicht einmal innerhalb seiner eigenen Partei Beachtung fand (Nohlen 1973: 262f.; 1974: 111; 2003a: 99f.). Das Unvermögen Allendes, in der eigenen Partei für Ordnung zu sorgen, führte dazu, dass Militärs ins Kabinett aufgenommen werden. Zum ersten Mal in der Geschichte der Demokratie Chiles wurden Militärs in die Politik eingebunden. Allende tat

---

[417] „*Freistas*“ wurden diejenigen genannt, die Anhänger Freis waren. Sie gehörten mehrheitlich nicht der Partei an und standen dem ehemaligen Präsidenten näher als der DC. Dies war seit der Kampagne zur Präsidentschaftswahl 1958 zu beobachten.

[418] Die wichtigsten Positionen im Parlament waren mit Vertretern der *oficialistas* besetzt: den Vorsitz im Senat hatte Patricio Aylwin inne, Vizepräsident war Ricardo Ferrando. In der Abgeordnetenkammer führte Eduardo Cerda den Vorsitz, Raúl Fuentes war Vizepräsident.

[419] Frei war Gegner des Kommunismus. Trotz der privaten Freundschaft, die ihn mit Allende verband, vergaß er nie, dass die UP ihm bei seinem Amtsantritt angekündigte hatte, dass man ihn während seiner Regierung in keinster Weise unterstützen würde.

[420] Die DC hatte zuvor bereits versucht, eine Einigung mit Präsident Allende zu erzielen hinsichtlich einer von der DC (Hamilton/Fuentealba) angeregten Verfassungsreform, die drei Wirtschaftsformen als Möglichkeit ins Auge fasste: Staatswirtschaft, Privatwirtschaft sowie eine Synthese aus beiden. Doch die Zusagen Allendes wurden nicht eingehalten, da trotz der Übereinkunft beschlossen wurde, die Papierindustrie zu verstaatlichen. Dies war keine unbedeutende Frage, da die Papierindustrie unter anderem die Schriftsteller mit Papier versorgte. Daher bedeutete eine Kontrolle der Regierung über diesen Zweig gleichzeitig die Möglichkeit, den Verkauf und die Lieferung von Papier an die Medien der *oficialistas* oder der Opposition zu kontrollieren. Daher erklärte die DC diese Gespräche für beendet.

dies um sicherzustellen, dass die Militärs ihm gewogen waren, während im Land zunehmend Protest seitens nahezu aller politischen und sozialen Gruppierungen laut wurde. Ein anderer Grund für diesen Schritt war, dass Allende nicht in der Lage war, in seiner Koalition Vertreter zu finden, die es vermocht hätten, das Land politisch zu führen.[421]

Die DC beobachtete die komplizierte Situation im Land, die sich Tag für Tag mehr polarisierte; trotzdem war sie immer für eine demokratische Opposition gegen Allende, wie Nohlen es 1972 bestätigt. „Die Christdemokraten sind die absoluten Verfechter einer demokratischen Evolution, die unabdingbar an den bestehenden Spielregeln, vor allem demokratischen Wahlen als dem Schlüsselkriterium des politischen Prozesses festhalten. Ihre Opposition zu Allende lässt sich auf die Tomic-These reduzieren: ‚Wir müssen Allende und die UP demokratisch schlagen (*derrotar*), aber nicht gewaltsam stürzen (*derrocar*)' (Tomic, Pleno Cartagena 1972)." (1973: 309) In dieser Stimmung fanden die Wahlen vom März 1973 statt. Für die DC war diese Wahl wie eine Volksabstimmung über die Regierung. Bei der Wahl erreichten die Regierungsparteien 44% der Stimmen (PC 16%; PS 18,7%; PR 3,7%; MAPU 2,5%; IC 1,2%; Sonstige 1,7%), die Opposition 55,7% (PDC 29,1%; PN 21,3%; DR 2,3; Sonstige 4%). Für die DC war dies ein Erfolg, da sie verglichen mit den Parlamentswahlen von 1969 zwar 1,9 Prozentpunkte verlor, verglichen mit den Kommunalwahlen aber 0,9 Prozentpunkte hinzugewonnen hatte. Sie festigte somit zunehmend ihre Position als stärkste politische Kraft Chiles. In dieser Art „Volksabstimmung" war sie der Regierung ohnehin weit überlegen. Im März des Jahres 1973 enthob Allende die Militärs ihrer Ämter und bildete so seine Regierung um.

Bei der *Junta Nacional* im Mai 1973 wurde Aylwin zum vierten Mal zum Parteivorsitzenden gewählt, Frei wurde als Senatspräsident nominiert und später auch gewählt.[422] Man warf der Regierung vor, sie praktiziere eine verdeckte kommunistische Diktatur und versuche, die Macht vollständig an sich zu reißen. Bei der *Junta Nacional* zeigte die DC innerlich keine Unstimmigkeiten, die Partei stand der UP geschlossen und einig gegenüber. Trotz des Ende Juni versuchten Staatsstreichs, genannt „*Tacnaso*" (vgl. Dooner 1985: 168-171), nahm die Regierung eine noch härtere Position gegenüber den Oppositionsparteien ein und verbot sogar fast die gesamten Medien, die mit der Opposition in Zusammenhang standen. Allende formierte seine Regierung neu und band erneut Militärs in die politische Führung ein.[423] Der Vorsitzende der DC, Patricio Aylwin, warf Allende vor, die Streitkräfte politisiert zu haben, ihnen ihre Führung und Einheit genommen zu haben. Weiterhin wurde ihm von Aylwin vorgeworfen, er missachte das Natio-

[421] Die Militärs, die im November 1972 zu Ministern ernannt wurden, waren Generalmajor Carlos Prats als Innenminister; General der Luftstreitkräfte Claudio Sepúlveda im Ministerium für Bergbau und Konteradmiral der Marine Ismael Huerta im Ministerium für Öffentliche Aufgaben.

[422] Auch in der Abgeordnetenkammer führte ein Vertreter der DC, Luis Pareto, den Vorsitz.

[423] Carlos Prats als Verteidigungsminister, Raúl Montero (Oberbefehlshaber der Marine) als Finanzminister; César Ruiz (Oberbefehlshaber der Luftwaffe) im *Ministerio de Obras Públicas* und José M. Sepúlveda (General Director de Caravineros) im *Ministerio de Tierras*. César Ruiz trat jedoch nach acht Tagen vom Amt des Ministers zurück, seine Position übernahm General Humberto Magliochetti. Auch die anderen Minister blieben nicht lange im Amt; „Dentro de las Fuerzas Armadas comienzan entonces movimientos para que Prats renuncie al Ministerio de Defensa. Se realizan diversas reuniones de oficiales y manifestaciones e esposas de estos. Finalmente, Prats renuncia al Ministerio de Defensa y a la

nalparlament als staatliche Institution. Die Beziehungen zwischen der DC und der Regierung waren somit an ihrem Tiefpunkt angekommen.

Das Parlament stellte die Legitimität Allendes in Frage und verabschiedete mit klarer Mehrheit eine Erklärung der Abgeordnetenkammer, in der es hieß, die Regierung der UP habe die Verfassung missachtet. Sie wurde darin aufgefordert, wieder zu den Prinzipien des Rechtsstaats zurückzukehren.[424] Als der Militärputsch nahe bevorstand, wovor nur Allende seine Augen verschloss, versuchte eine Gruppe der DC, die den *terceristas* nahe stand, mit dem Präsidenten zu verhandeln und eine Lösung zu finden. Die DC hatte sich bemüht, den institutionellen Rahmen zu wahren. Doch die Regierung der UP und der Präsident lehnten die Möglichkeit einer Übereinkunft mit der Opposition ab. Darauf kam es zu einem Ende, das die demokratischen politischen Parteien in keinem Fall gewünscht hatten. Es kam zu einer Militärdiktatur. Einige Gruppen des linken Lagers hofften jedoch auf eine Diktatur mit marxistischer Ausrichtung in Anlehnung an das kubanische Modell. Dazu bemerkt Nohlen: „Mit dem Verlust der Unterstützung durch die Mittelschichten war Allende die Möglichkeit genommen, Wahlen gegen die in der Zwischenzeit in einem Wahlbündnis vereinte Opposition aus Christdemokraten und politischer Rechten gewinnen zu können, was sich bei den Parlamentswahlen vom März 1973 bestätige. In dieser Situation verstärkte sich innerhalb und außerhalb des Linksbündnisses die Strategie der revolutionären Machtergreifung.“ (2003a: 99)

6.3.3 Der Militärputsch und die DC

Der Militärputsch, der der Regierung der *Unidad Popular* ein Ende bereitete, bedeutete außerdem das Ende einer Demokratie, wie sie sich in einem regionalen Kontext konsolidiert hatte, wo demokratische Regime die Ausnahme waren. Aus diesem Grund war der Sturz von Allende international so erschütternd, besonders in Europa, wo man der chilenischen DC vorwarf, sie sei einer der Verursacher und Anstifter des Militärputsches gewesen. So wurde die Schuld am Sturz Allendes nur der Opposition, den Militärs und dem Einfluss der Vereinigten Staaten zugeschrieben. In dieser Debatte gab es nur wenige, die glaubten, dass frühere Variablen eine Rolle beim Zusammenbruch des Systems gespielt hatten, aber auch dass der Hauptverantwortliche beim Sturz Allendes und beim Zusammenbruch seiner Regierung Allende selbst war, wie auch seine Politik, die unter dem Einfluss seiner Regierung, der sozialistischen Partei und der Koalition, die die Regierung stützte, stand. Diese These war in der europäischen gelehrten Gesellschaft unpopulär, aber wissenschaftlich korrekt.

Der Fall Allendes beruht nicht auf einer einzelnen Variablen, außerdem beeinflusste der Kontext, in dem sich die Regierung entwickelte, auch die Entwicklung der Ereignisse Anfang

Comandancia en Jefe del Ejército. También renuncia Montero como Ministro, quedando sólo a cargo de la Jefatura de la Armada. La Comandancia en Jefe del Ejército es asumida por Augusto Pinochet.“ (Dooner 1985: 190)

[424] Sitzung vom 22. August 1973. Am darauf folgenden Tag erfuhr die Regierung davon, weil öffentlich darüber berichtet wurde.

der 1970er Jahre. In dieser Hinsicht handelt es sich um eine politisch polarisierte und überideologisierte Gesellschaft; die politischen Parteien sind die besten Repräsentanten für diese Polarisierung (vgl. Nohlen 1998: 2003a). In diesem Kontext erfüllte die Christdemokratie ihre Rolle als Oppositionspartei, und diese Opposition war viel schwerer, da die UP und Allende die demokratischen Freiheiten gestrafft hatten. Die Opposition der DC entfaltete sich am stärksten im Parlament, einem Ort, den die UP seinerzeit als Opposition zu Frei besetzt hatte. Die DC wurde aber auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen, in denen sie eine wichtige Präsenz besaß, Opposition genannt: in den Gewerkschaften, den Studentenvereinigungen, den Nachbarschaftsverbänden, den Berufsverbänden und anderen.

Was die Faktoren für den Sturz Allendes betrifft, werden in dieser Arbeit die Ideen vertreten, die Nohlen jüngst in seinem Artikel zum 30. Jahrestag des Sturzes von Allende entwickelt hat (2003: 102ff.); (a) die Durchführbarkeit des Sozialistischen Wegs. Allende ergriff die Macht mit einem Drittel der Stimmen; um Präsident zu werden brauchte er die Stimmen der DC im Parlament, deshalb rechnete er nicht mit einer überwiegenden Mehrheit für den Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft. Innerhalb der UP gab es keinen Konsens bezüglich der Mittel für diesen Übergang, da einerseits die Anhänger der gemäßigten Linie an einen friedlichen Wandel glaubten, andere wiederum für einen gewaltsamen Umsturz waren, wie es bei MIR der Fall war. Diese sozialistische Partei billigte bei ihrem 22. Parteikongress in Chillán 1967 ein politisches Votum um „eine revolutionäre Aktion zu beginnen um das institutionelle System des bürgerlichen Staates zu zerstören durch Gewalt und bewaffneten Kampf, um die politische und wirtschaftliche Macht zu ergreifen“ (Politzer 1990: 83); (b) die geringe Disziplin und Fähigkeit, sich der Politik der Allianz der UP anzuschließen (ohne bzw. gegen die DC), summiert in der Unfähigkeit der Regierung Allendes, die Unterstützung der mittleren Klasse zu gewinnen. Wie Nohlen (2003: 102) behauptet, war die DC die größte Partei in Chile, mit ihr hätten Allianzen für wichtige Reformen geschlossen werden können – die dem Volk im Allgemeinen zugute gekommen wären – dank der Linie der linken Mitte der Partei und noch mehr ihres Kandidaten 1970, Radomiro Tomic. Trotzdem hatte Allende nicht die Zustimmung der DC zum Weg in Richtung Sozialismus erhalten, was die UP bezweckt hatte. Die Tatsachen, dass sie nicht auf die DC als Verbündete zählte und die Politik in Richtung der Linken des Regimes bewirkten, dass sie nicht mit der Unterstützung der mittleren Klasse rechnen konnte. Dies wird sich grundlegend in den Parlamentswahlen im März 1973 widerspiegeln; (c) die negativen Auswirkungen der revolutionären Wirtschaftspolitik auf den Staatshaushalt und die Inflation; (d) die ausländische Intervention in Chile, besonders die der USA, spielte eine Rolle bei der Destabilisierung des Regimes der UP. Sie war jedoch einerseits die Antwort auf den augenscheinlichen Einfluss des sowjetischen Regimes auf die chilenische Politik, andererseits die Verteidigung der Interessen von nordamerikanischen Firmen in Chile, besonders von ITT. Tatsächlich hegte das Regime von Nixon keinerlei Sympathie für die Regierung von Allende und ergriff einige Maßnahmen,

um sie zu destabilisieren, aber es ist ein Mythos, dass Nixon und Kissinger den Putsch in Chile angeordnet hätten.

Die politische Situation in der letzten Periode von Allendes Regierung war extrem polarisiert, und trotz der Zusammenkünfte von Präsident Allende mit der DC, um zu einer friedlichen Lösung der politischen Krise im Land zu gelangen, hat sich diese Lösung nicht realisiert, denn als der Präsident dem Weg der DC zustimmte, konnte er seine Versprechen nicht halten, da seine eigene Partei sich einer politischen Allianz mit der DC widersetzte, um einen Weg aus der Krise zu finden, sie drohte sogar damit, aus der UP auszutreten, falls Allende eine Übereinkunft mit der DC treffen würde (vgl. Politzer 1990).

Die meisten der wichtigen Führungspersönlichkeiten der Regierung von Salvador Allende haben gegenwärtig eingesehen, dass sie die Hauptverantwortlichen für die schwierige politische Situation in Chile in der letzten Periode der Regierung der UP waren; hierzu vergleiche man das Interview mit Carlos Altamirano vom 31. August 2003 (Generalsekretär der PS 1973), in dem er zugibt, dass die größte Verantwortung für den demokratischen Zusammenbruch bei Allende, Altamirano und der PS lag; er bekennt sogar, dass „die Rolle der USA äußerst wichtig war, aber man begeht einen Fehler, wenn man sagt, dass der Putsch darauf zurückzuführen ist“ (Correa 2003a: 3). Die Rolle der DC beim Ende der Demokratie muss im Kontext einer polarisierten Gesellschaft gesehen werden, in der die Regierung und die Koalition den größten Teil der Verantwortung am Fall der Demokratie trugen. Diese von Dieter Nohlen 1973 und 1974 aufgestellte These wurde Jahre später von den Beteiligten selbst bestätigt, die das Regime der UP geleitet hatten.[425]

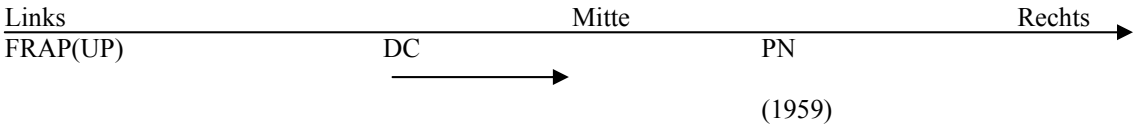
6.3.4 Schlussfolgerungen für die erste Phase der DC

Seit 1957 war die DC, gemessen innerhalb der Links-Rechts-Dyade, eine Partei der Mitte. Sie positionierte sich als „einschließender Dritter“ und beabsichtigte nicht, die PR zu ersetzen. Ab 1963 wurde sie zur wichtigsten Partei der Mitte in Chile, und ab 1970 wurde sie zur einzigen Partei der Mitte, da die PR durch ihre marxistische Politik einen klar linken Weg eingeschlagen hatte. Scully (1992: 217ff.) spricht von drei Phasen, in denen die DC sich in dieser Mitte positioniert. Die erste Phase umfasst den Zeitraum von der Gründung der Partei 1957 bis zum Jahr 1964, als sie noch keine bedeutende Führungsrolle in der Mitte innehatte. Den zweiten Abschnitt bildet der Zeitraum zwischen 1964 und 1970. Zu dieser Zeit befindet sich die DC mitten im Zentrum. Die dritte Phase umfasst die Jahre 1970 bis 1973, in denen die DC eine Mitte-Rechts-Position einnimmt. Der Verfasser der vorliegenden Arbeit stimmt mit Scully überein, was die dritte Phase, nicht jedoch die erste und zweite betrifft. Seit ihrer Gründung spielte die DC eine bedeutende Rolle im Parteiensystem. Es sei verwiesen auf die Präsidentschaftswahlen

1958, bei denen die DC 24% erreichte, weiterhin auf die Parlamentswahlen 1951 mit 16% und später die Kommunalwahlen 1963, bei denen die DC die stärkste Partei des Landes wurde und 22,7% der Stimmen erhielt. Die DC war bei den Wahlen eine bedeutende Partei, die eine Mitte-Links-Position einnahm. In dieser Phase ebenso wie in der zweiten zeichnete sie sich dadurch aus, dass ihre Ausrichtung und ihre Ziele einer nicht klar definierten Mitte zuzuordnen waren. Weder die Regierung Frei noch die politische Ausrichtung innerhalb der Partei kann in dieser zweiten Phase daher der Mitte zugeordnet werden. Die Partei war stets bestrebt, ihr Mitte-Links-Programm umzusetzen. Intern sahen sich selbst die *oficialistas* in dieser Ausrichtung vertreten. Mit der PN kam die DC nie zu einer Übereinkunft, selbst auf konkrete Angebote der PN ging die DC nie ein.[426] Der Verfasser dieser Arbeit stimmt mit Scully überein, was die Position der DC in der dritten von ihm genannten Phase betrifft. In ihr bewegte sich die DC klar nach rechts – sie verfolgte eine strategische Opposition gemeinsam mit der Rechten, was durch die drei zuvor dargestellten Variablen hervorgerufen wurde. Dennoch war auch dies keine einheitliche Phase, da die DC, wie bereits dargelegt wurde, zwar zuerst die Strategie einer kooperierenden Opposition verfolgte (vgl. Nohlen 1973; 2003a: 102; Fleet 1985: 139ff.) und eine Reihe von Entwürfen im Parlament unterstützte, so zum Beispiel im wirtschaftlichen und politischen Bereich, aber erst gegen Mitte der 1970er Jahre eine härtere Position gegenüber Allende einnahm (Nohlen 1973: 313f.).[427] Scully spricht von der Unnachgiebigkeit der PS in dieser Zeit als Mittel, eine tiefgreifende Polarisierung, wie sie die chilenische Gesellschaft in der damaligen Zeit erlebte, zu vermeiden: „Die Unnachgiebigkeit der sozialistischen Partei in der Koalition der *Unidad Popular* sowie ihre absolute Weigerung, Bündnisse außerhalb der Koalition der *Unidad Popular* in Betracht zu ziehen, führte dazu, dass die Vorherrschaft der Zentrifugalkräfte innerhalb des Parteiensystems noch verstärkt wurde, und schließlich auch zum Verlust politisch gangbarer Optionen für die Mitte.“[428] (Scully 1992: 219) Doch die DC gab nie ihr Programm und ihre Ideologie auf, die beim *Congreso del Partido* 1966 festgelegt worden waren.

Abbildung 17: Phasen der DC in der Links-Rechts-Dyade im Parteiensystem Chiles

Erste Phase der DC: 1957-1964



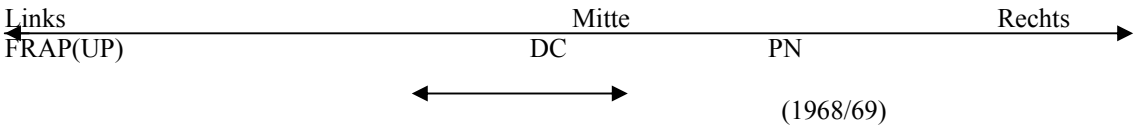
[425] Vgl. das Interview von Patrizia Politzer mit Carlos Altamirano 1990, das Interview von Raquel Correa mit Carlos Altamirano am 31. August 2003 und das Interview von Raquel Correa mit Luis Guastavino am 3. August 2003.

[426] Zur Einordnung in die Links-Rechts-Dyade sei auf zwei Autoren der entsprechenden Zeit verwiesen: Grayson 1968 und Nohlen 1973 bezeichnen die DC als eine Mitte-Links-Partei.

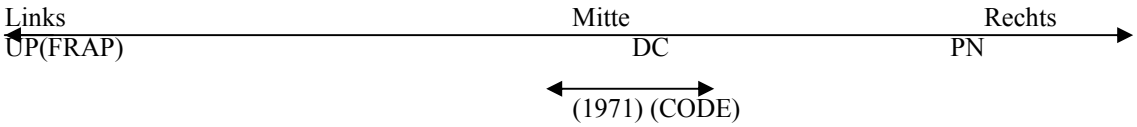
[427] Selbst Edmundo Pérez Zujovic, der einer der von der UP am stärksten kritisierten Christdemokraten war, sprach sich im Juni 1971 dafür aus, dass die DC mit der Regierung von Allende kooperieren solle, um so „das demokratische System zu schützen“ und „das Vertrauen der Öffentlichkeit wieder herzustellen, das durch das Wahlergebnis erschüttert worden war“ (Ercilla Nr. 1841: 11).

[428] Übersetzt durch den Verfasser.

Zweite Phase der DC: 1964-1970



Dritte Phase der DC: 1970-1973



Grafisch lässt sich die Einordnung der DC im Links-Rechts-Spektrum mit diesen drei Beispielen darstellen. In der ersten Phase handelt es sich um eine neue Partei der Linken, die Vorstellungen der katholischen Soziallehre vertritt. Später, als die DC bei den Wahlen eine bedeutende Partei wird, nimmt die DC die Position eines *tercero incluyente* ein und legt beim *Congreso del Partido* im Jahr 1959 ihr Ziel des sozialen Kommunitarismus fest. Die zweite Phase der DC ist geprägt durch eine Konfrontation zwischen dem linken und dem traditionellen christlichen Flügel der Partei. Es setzt sich schließlich die traditionelle ideologische Linie durch, die sich auf den christlichen Humanismus sowie auf die katholische Soziallehre stützt und das Ziel verfolgt, eine kommunitaristische, antikapitalistische Gesellschaft zu schaffen. Die dritte Phase ist geprägt durch zwei Abschnitte. Im ersten behält die DC ihre Position links der Mitte bei, der Verfasser bezeichnet dies als kooperierende Opposition. Im zweiten Abschnitt erlebt die Partei die zweite Spaltung, gleichzeitig wird die Politik der UP-Regierung radikaler. Dies führt zu einer Polarisierung des Parteiensystems.

6.4 Die DC und die Militärdiktatur

Nach dem Militärputsch ist die DC ebenso bestürzt und orientierungslos wie die chilenische Gesellschaft insgesamt. Diese Orientierungslosigkeit zeigte sich unter anderem daran, dass es innerhalb der DC einige Stunden nach dem Militärputsch zwei verschiedene Sichtweisen hierzu gab. Die erste Erklärung wurde am 12. September von der Parteispitze unter Führung des Parteivorsitzenden Patricio Aylwin abgegeben. Es wurde erklärt, der Putsch sei das Ergebnis der Krise, in die die gestürzte Regierung das Land geführt habe, die Militärs diese Situation nicht gewollt hätten und man hoffe, dass, sobald die Ordnung wieder hergestellt sei, der Tradition entsprechend die Macht wieder an die Nichtmilitärs übergeben werde. Um die Ordnung wieder herzustellen zu können, hieß es weiterhin, benötigten die Militärs die patriotische Unterstützung aller. Die DC bedauere, was geschehen sei, sie habe alles in ihrer Macht stehende versucht, um eine Lösung im Rahmen des institutionellen Gefüges des Landes zu finden, sie werde sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die institutionelle Ordnung wieder hergestellt wird (Aylwin 1998: 31f.). Die zweite öffentliche Erklärung wurde am 13. September abgegeben, sie ging

hauptsächlich von den *terceristas* aus. In ihr wurde der Sturz Allendes kategorisch abgelehnt. Die DC sei legitim in der Opposition zu Allende gestanden, der selbst diese Krise ausgelöst habe, da er die Linie seiner Regierung nicht geändert habe. Alle trügen dafür die Verantwortung, Regierung und Opposition gleichermaßen, denn es sei Aufgabe aller, die Demokratie zu wahren. Dennoch wurde hauptsächlich die UP für den Militärputsch verantwortlich gemacht, da sie ein Sektierertum betrieben habe und nicht für Demokratie gesorgt habe. Außerdem trage die „*derecha económica*"[429] eine Mitschuld. Ein totalitäres Regime hätte verhindert werden können, so hieß es. Die DC hoffte, dass die Militärs so bald wie möglich ihre Versprechen einlösten, die institutionelle Ordnung wieder herzustellen und zur Demokratie zurückzukehren (Aylwin 1998: 32-34).[430]

In der ersten Phase der Militärregierung unterstützten einige Experten der DC die Regierung in bestimmten Fachbereichen, sie gingen davon aus, dass die Militärs die Macht bald wieder abgegeben würden. Doch die DC merkte sehr bald, dass die Militärs dies nicht tun würden. Hinzu kam, dass Verletzungen der Menschenrechte bekannt wurden. Daher begab die DC sich in direkte Opposition zur Regierung und forderte ihre Mitglieder auf, ihre Ämter in der Regierung niederzulegen. Viele kamen dieser Aufforderung nach, einige wichtige DC-Vertreter traten jedoch aus der Partei aus oder wurden aus ihr ausgeschlossen und nahmen so ihre Funktion in der Regierung voll wahr.

Bereits im November 1974 bewertete die PDC das Militärregime als Militärdiktatur.[431] Im November 1974 wurden Leighton und Fuentealba ins Exil geschickt, Tomic ging aus eigener Entscheidung ins Exil, um so gegen die Entwicklungen zu protestieren. Für die Diktatur war die DC sowohl intern als auch international ein bedeutender Störfaktor.[432] Frei brach im Mai 1975 das Schweigen und sprach sich öffentlich in Interviews und in seinem Buch „*El mandato de la*

---

[429] Hierunter ist ein stark ideologisch geprägtes Unternehmertum zu verstehen, dessen Gedankengut sich durch den Glauben an wirtschaftliche Freiheit und möglichst geringe Einflussnahme des Staates auf den Wirtschaftsprozess auszeichnet.

[430] Diese Erklärung wurde unterschrieben von Bernardo Leighton, Radomiro Tomic, Ignacio Palma, Renán Fuentealba, Fernando Sanhueza, Sergio Saavedra Claudio Huepe, Andrés Aylwin, Mariano Ruiz Esquide, Waldemar Carrasco, Marino Penna, Jorge Cash, Jorge Donoso, Belisario Velazco, Ignacio Balbontin und Florencio Ceballos (Ortega 1992: 43). Aylwin sagte Jahre später, dass die zweite Erklärung die richtigere gewesen sei und eher der Situation des Landes entsprochen habe: „Al leer ahora ambas declaraciones en conocimientos de lo que ocurrió después parece más acertada la segunda. Mientras ésta «condena» el golpe y se anticipa a calificar de «totalitario» al régimen militar, la primera lo «lamenta», procura explicarlo y abriga esperanzas acerca de la naturaleza, orientación y duración del gobierno militar." Weiter schreibt Aylwin dazu: „Los hechos demostraron después que pecamos de ingenuos quienes creímos la versión oficial de la Junta de que los militares asumían el poder «por el solo lapso en que las circunstancias lo exigían» para «restablecer la normalidad económica y social del país, la paz, tranquilidad y la seguridad perdida»." (1998: 34)

[431] Aylwin bemerkt hierzu: „En cuanto a las características y duración del régimen todos concordábamos en calificarlo de dictadura, pero diferimos acerca de sus orientación y duración. En una larga sesión ampliada que celebramos el 7 de noviembre en la Sede del Partido [donde asistieron la mayor parte de los dirigentes y figuras históricas del PDC, salvo Frei], lo caractericé como «dictadura militar en etapa de consolidación» y de carácter «regresivo»...manifesté cierta confianza en la posibilidad de «obtener el más pronto restablecimiento de la democracia». Renán Fuentealba, en cambio, luego de caracterizar la dictadura como «la más dura de todo América Latina», discrepó de que «será por poco tiempo». En su concepto contrariamente a lo que había declarado al comienzo – «que no querían meterse» –, al cabo de dos meses los hechos indicaban que las Fuerzas Armadas tendían «a perpetuarse en el poder». Más pesimista aun fue en esa ocasión Bernardo Leighton, que pronosticó que «ni en diez años saldremos de esto»." (1998: 39-40)

[432] Die DC übte hauptsächlich durch ihre Schwesterparteien in anderen Ländern Druck aus, so zum Beispiel durch die Christdemokraten Italiens oder die deutsche CDU. Zu ihnen unterhielt sie sowohl institutionelle als auch persönliche Kontakte. Beide Parteien, besonders jedoch die CDU, unterstützten die Vertreter der DC stets. So besuchten der ehemalige Präsident Frei und ein Jahr später der PDC-Vorsitzende Andrés Zaldivar beispielsweise den Generalsekretär der CDU, Helmut Kohl. Kohl sowie verschiedene Vertreter der CDU protestierten während der 1970er Jahre schriftlich und übten Druck auf

historia y las exigencias del porvenir“ gegen das Regime aus. In diesem Buch übte er unter anderem scharfe Kritik an der Diktatur Pinochets, erklärte sich selbst jedoch als mitverantwortlich für den Verlust der Demokratie. Die Hauptschuld hierbei schrieb er jedoch der UP zu.

Die DC befand sich in frontaler Opposition zur Diktatur, viele ihrer bedeutendsten Mitglieder lebten im Exil. Es gab jedoch keine zwei Positionen gegenüber der Militärregierung und der Rückkehr zur Demokratie. Gegen Mitte und Ende der 1970er kam es jedoch zu den ersten Annäherungen mit dem sich wieder neu formierenden Teil der PS. Diese Annäherung ging in erster Linie von Mitgliedern der *terceristas* aus.

6.4.1 Der lange Weg der Rückkehr zur Demokratie. Die Grundlagen der *Concertación*

Ende der 1970er Jahre entstanden zwischen den im Exil lebenden Mitgliedern der DC und der Sozialisten die ersten politischen und persönlichen Kontakte. Es handelte sich jedoch um nicht ständige und inoffizielle Kontakte. Nach Ortega bestanden in dieser Zeit bedeutende Meinungsverschiedenheiten mit der Linken. Aufgrund dieser Umstände sei es zu keinen wichtigen politischen Treffen gekommen. Weiter heißt es bei Ortega, die Linke habe sowohl Frei als auch die *freistas* kritisiert und diesen vorgeworfen, sie hätten eine Mitschuld am Militärputsch getragen. Außerdem hätten die *freistas* als Gruppe der DC ihre republikanischen Traditionen mißachtet. Dennoch kam es im Laufe der Zeit zu einer Annäherung, da zwischen den im Exil lebenden Oppositionspolitikern bereits Treffen stattfanden (1992: 65).

Innerhalb der DC begann die Diskussion über Koalitionsbildung, um Pinochet entgegenzutreten. Die *terceristas*, die sich nun „*chascones*“ nannten, griffen die These Tomics aus dem Jahr 1970 auf und schlugen eine Koalition mit den politischen Kräften vor, die die Interessen des Volkes vertraten (Tomic 1976: 23f.). Die Parteispitze, die den Reihen der *oficialistas* entstammte, welche sich nun „*guatones*“ nannten, vertrat eine gänzlich andere Meinung. Sie lehnte jedes Bündnis mit Parteien marxistisch-leninistischer Prägung ab, daher konnte für sie ein Bündnis nur mit sozialdemokratischen Kräften geschlossen werden.[433]

Die verschiedenen Einstellungen in der PDC hinsichtlich eines Bündnisses wurden zum Hauptpunkt der internen Differenzen. Im Jahr 1977 war in der von Aylwin angeführten Gruppe jedoch eine Veränderung erkennbar verglichen mit ihrer ursprünglichen Position gegenüber der Linken. Deutlich wurde dies im Zusammenhang mit den Kandidaturen zur Wahl des Parteivorsitzenden. Andrés Zaldivar betonte, es sei notwendig, ein breites Bündnis einzugehen, um die Diktatur zu beenden. Die DC sei in der Vergangenheit nicht in der Lage gewesen, Bündnisse mit bedeutenden Gruppen einzugehen. Um solche Bündnisse zu ermöglichen, forderte er die Linke auf, mit ihrer dogmatischen Vergangenheit zu brechen, Fehler einzugestehen und alle

Pinochet aus. Sie verurteilten die Menschenrechtsverletzungen und riefen zur Rückkehr zur Demokratie auf (vgl. Hofmeister 199:25ff.).

[433] Vgl. hierzu den Brief Aylwins an Fuentealba in der Zeitung El Mercurio de Santiago vom 14. September 1975.

Kontakte zu Parteien oder Bewegungen zu beenden, die die Bewegung der revolutionären Gewalt unterstützten (Ortega 1992: 66f.). Zaldivar und die Gruppe um Aylwin und Frei lehnten jegliches Bündnis mit Gruppen der Linken, die Anhänger der Militärs waren, und mit der faschistischen Rechten ab. Daher kamen für sie für ein Bündnis gegen die Diktatur die Gruppierungen von der demokratischen Rechten bis Linken in Frage. Ein weiterer Kandidat war Tomas Reyes;[434] auch er war der Meinung, es sei unmöglich, ein Bündnis mit der PC einzugehen. Er hoffte, die Sozialisten hätten aus ihrem Fehler, die Demokratie nicht hoch genug geschätzt zu haben, gelernt. Reyes war der Ansicht, die Rechte müsse durch neue Parteien oder Gruppierungen vertreten werden, die nicht wie die bisherige Rechte die Diktatur legitimieren. Andrés Zaldivar wurde schließlich am 30. Oktober 1976 zum Parteivorsitzenden der PDC gewählt. Die bisherige Linie wurde somit fortgesetzt, Reyes übernahm die Position des stellvertretenden Vorsitzenden, um so Einigkeit zu demonstrieren (Aylwin 1998: 132-133).[435]

Zaldivar verfolgte eine Politik der totalen Opposition gegenüber der Militärdiktatur, übte intern sowie extern Druck aus und versuchte, die Anhänger der DC innerhalb des Landes, aber auch international zu einen.[436] Von 1977 bis 1979 wurde in der DC die *Concertación* von Parteien besprochen, um sich dem Regime zu widersetzen und zur Demokratie zurückzukehren. Hierzu wurde die nationale Mobilisierung zusammen mit den demokratischen Kräften vorgeschlagen. In diesem Zusammenhang entstand das so genannte „*Proyecto Alternativo*“. Die DC war bereit, mit allen demokratischen Kräften ein Bündnis einzugehen, ausgenommen mit den von ihnen als „*derechistas totalitarias y fascistas o integristas*“ bezeichneten Gruppierungen. Außerdem blieb eine Zusammenarbeit mit terroristischen Gruppen vollkommen ausgeschlossen.[437]

6.4.2 Die Phase der neuen Gruppen

In der Opposition zu Pinochet fanden sich alte Gegenspieler zusammen. Dies war in der Gesellschaft besonders an den Universitäten zu beobachten, wo sich der DC und der PS angehörende Studenten und sogar Anhänger des Kommunismus zusammenschlossen, um gemeinsam gegen das Militärregime zu kämpfen. Mitte bis Ende der 1970er Jahre entstanden in der *Juven-*

[434] Gründer der Falange und der PDC.

[435] Es war vorgesehen, dass im März 1977 das Plenum entscheiden sollte.

[436] Die Position der PDC wird im Dokument „Una patria para todos“ vom 6. Oktober 1977 deutlich. Es wurde in erster Linie von Jaime Castillo ausgearbeitet und enthält die Grundlagen der Opposition zu Pinochet. Diese sollte alle Parteien demokratischer Überzeugung von der Rechten bis sozialistischen Linken umfassen. International übte die DC Druck durch andere christdemokratische Parteien aus, insbesondere durch die DCI und die CDU (vgl. Hofmeister 1999).

[437] Vgl. Partido Demócrata Cristiano „Exigencias de la Democracia Cristiana“, Zeitung El Mercurio de Santiago, 29. April 1978, S. 31; Zaldivar: Einige Fragen an Andrés Zaldivar, in: Revista Que Pasa, 19. bis 25. Oktober 1978, S. 16-17; Comisión Política PDC. Von der *Comisión Política* vorgeschlagene Vereinbarungen in der Sitzung vom 27. Juni 1979 (Frei-Stiftung); Eduardo Frei. Rede vom 24. August 1979 in Viña del Mar (Frei-Stiftung); Internes Memorandum der PDC, 12. Dezember 1980 (Archiv der Frei-Stiftung); Internes Memorandum der PDC, 1. Dezember 1980 (Archiv der Frei-Stiftung).

tud Demócrata Cristiana (JDC) zwei Strömungen: die *guatones* und die *chascones*.[438] Die *guatones* waren aus der Strömung der *oficialistas* hervorgegangen, die *chascones* aus der der *terceristas*. Beide Bezeichnungen sind negativ belegt und wurden von den beiden Gruppen für die jeweils andere gewählt. Die *chascones* nannten die jungen konservativen DC-Mitglieder *guatones*. Diese vertraten die traditionelle Linie der ehemaligen Gruppe der *oficialistas* und hatten in den Augen der *chascones* kleinbürgerliche Einstellungen. Ihnen wurde vorgeworfen, sie verfolgten eine weniger harte Opposition gegenüber dem Regime. Für die *guatones* waren die *chascones* innerhalb der Partei Elemente der Linken, sie warfen ihnen vor, im Kampf gegen das Regime mit der nicht demokratischen Linken zu kooperieren. Diese Bezeichnungen für die Gruppen wurden beibehalten. Sie vertraten unterschiedliche Überzeugungen, da die *chascones* direkt aus den *terceristas* hervorgingen und somit in der Gesellschaft ein Bündnis mit der Linken verfolgten, das außer den bewaffneten Gruppen niemanden ausschließen sollte. Sie waren bereit, auch mit der PC zusammenzuarbeiten. Über besonderen Einfluss verfügten sie in den Universitäten, wo zunehmend Studentenverbindungen gegründet wurden.[439] Die *guatones* standen der offiziellen Linie der Partei nahe, bis sie zu Beginn der 1980er Jahre die Macht in der JDC verloren.[440] Bald wurden mit den Bezeichnungen „*chascones*" und „*guatones*" auch die Führer in der DC selbst, die Partei „*adulto*", beschrieben und unterschieden (Hofmeister 1995; Jouannet 1998).

Verglichen mit den 1960er Jahren hatte sich die Lage in den 70er Jahren radikal verändert. Innerhalb der DC hatte damals niemand angenommen oder es gar angestrebt, dass in Chile ein diktatorisches Regime herrschen würde. Daher traten in dieser neuen Lage die parteiinternen Diskussionen und Differenzen in den Hintergrund. In dieser Zeit trat Eduardo Frei Montalva klar in Erscheinung und entwickelte sich zum wichtigsten Vertreter der Opposition. In den 1980er Jahren musste die DC nach dem Plebiszit, bei dem sich die Verfassung Pinochets durchsetzte, erleben, dass Andrés Zaldivar ins Exil geschickt wurde. Der ehemalige Präsident Eduardo Frei starb am 22. Januar 1982. Dies löste in der DC nicht nur Bestürzung aus, sondern führte

[438] „Guatón" ist die Singularform zu „guatones". Dieses Adjektiv wird in Chile benutzt, um dicke Menschen zu bezeichnen. Das Adjektiv „chascón" ist der Singular von „chascones" und beschreibt eine Person mit langem und/oder ungekämmtem Haar.

[439] Die Studentenvereinigungen waren die Vertretung der Studenten, welche in der chilenischen Gesellschaft schon immer eine wichtige Rolle gespielt hatten. Sie spielten eine bedeutende Rolle in der Opposition gegenüber dem Militärregime und wurden größtenteils von JDC-Mitgliedern angeführt. Mit Beginn der 1990er Jahre verlor die JDC diese Position an die kommunistische JJCC.

[440] In den 1970er Jahren fand die Konfrontation dieser Gruppen eher innerhalb der JDC statt, dabei setzten sich in dieser Zeit die *guatones* gegenüber ihren internen Gegnern, den *chascones* durch. Gutenberg Martínez, der Jura studierte und später als Anwalt tätig war, war innerhalb dieser Gruppe der unbestrittene Führer. Nach ihm grenzten sich auch andere wie Jorge Pizarro, Miguel Patricio Aylwin, Miguel Salazar, Juan Claudio Godoy und Luis Canto strategisch klar gegenüber der weiter links stehenden Gruppe in der JDC ab. Ricardo Hormazábal, der mit Gutenberg Martínez befreundet und ehemaliger Vorsitzender der JDC war, war Anführer der *chascones*. Ihm standen unter anderen Felipe Sandoval, Andrés Palma und Guillermo Yunge zur Seite. Martínez und Hormazábal standen somit deutlich für das, was die DC erlebte: Trotz der Differenzen mussten sie gemeinsam bestehen und gegen die Diktatur kämpfen, die bereits jede Möglichkeit der politischen Meinungsäußerung seitens der Parteien zunichte gemacht hatte. In diesem Zusammenhang beschreibt Rafael Otano Hormazábal und Martínez folgendermaßen: „Hormazábal aparecía como más impulsivo, más doctrinario, Martínez como más contenido y programático. El primero con mayor referencia a las bases, el segundo a la maquinaria. Una frase brillante del orador Hormazábal no poseía ni la mitad de peligro que un administrado silencio del burócrata Martínez. Ambos católicos, monógamos, mucho más cercanos a Carlos Gardel que a John Lenon, dos caras bien distintas de una sola y ortodoxa DC." (1995: 52)

auch zu Orientierungslosigkeit und dem Fehlen einer Führungsperson.[441]

Nach diesem schmerzlichen Verlust für die PDC standen sich *chascones* und *guatones* gegenüber und führten schwierige Verhandlungen, um eine Lösung für die Parteiführung zu finden, die in der Partei keine Spannungen auslöste oder sie spaltete, was sie gegenüber dem diktatorischen Regime geschwächt hätte. Die Kandidatur von Gabriel Valdés, dem ehemaligen Außenminister unter Frei, nahm in diesem Zusammenhang zunehmend konkrete Form an. Valdés vertrat in erster Linie die *chascones*. Der stärkste Widerstand gegen seine Kandidatur kam aus dem Lager der jungen *guatones*, das von Gutenberg Martínez angeführt wurde. Diese Gruppe war nicht bereit, Valdés zu unterstützen. Patricio Aylwin, der an der Spitze der *guatones* stand, erreichte schließlich eine Einigung mit Valdés. Den Vorsitz in der Partei führte damit Valdés, stellvertretende Vorsitzende wurden Patricio Aylwin, Edgardo Boeninger, Narciso Irureta, Tomás Reyes, Juan Hamilton, Sergio Molina und Raúl Troncoso. Die Position des Generalsekretärs übernahm José de Gregorio. Diese neue Parteispitze führte die Partei bis zum Jahr 1985, es herrschte Einigkeit und Konsens in der Partei. Das Hauptziel bestand darin, gegen die Diktatur zu kämpfen und so bald wie möglich einen Weg zu finden, um zur Demokratie zurückzukehren.[442]

Unter den älteren Parteimitgliedern hingegen begannen Bestrebungen, um die Parteispitze zu erneuern. Valdés sollte erneut das Vertrauen ausgesprochen werden, um so seine Position zu bestätigen. Valdés selbst stimmte dem zu. Es waren jedoch auch andere Stimmen aus den Reihen der *guatones* zu vernehmen, die dies nicht unterstützten. An ihrer Spitze stand Juan Hamilton, dessen Ziel es war, die Parteiführung zu übernehmen. Er fühlte sich durch einige Mitglieder auf regionaler Ebene der Partei unterstützt und übte scharfe Kritik an der Führung von Valdés.

Vom 1. bis 3. Juni fand daraufhin die *Junta Nacional* in der *Casa de Ejercicios* in Punta de Tralca statt. Drei Listen - unter der Führung von Gabriel Valdés, Juan Hamilton und Adolfo Zaldivar - traten an. Valdés siegte mit 110 Stimmen, Hamilton erhielt 83 und Zaldivar 25.

Zur Parteispitze gehörten jeweils als stellvertretender Vorsitzender Jaime Castillo Velasco, Claudio Huepe und José Ruíz di Giorgio. Die Position des Generalsekretärs übernahm Eugenio Ortega. Vierter und fünfter stellvertretender Vorsitzender wurden Juan Hamilton und Gutenberg Martínez. Gabriel Valdés erhielt auch beim *Consejo Nacional* der Partei die Mehrheit. Diese

---

[441] Frei war der bedeutendste Vertreter der Opposition gegen Pinochet gewesen. Dies zeigte sich beispielsweise im Plebiszit zur Verfassung 1980. Frei war der Anführer der gesamten Kampagne gewesen, die sich gegen das Vorhaben Pinochtes richtete, welches sich als Betrug herausstellen sollte, um die Militärdiktatur zu „legitimieren" und zu wahren. Hierzu schreibt Fleet: „Among Christian Democrats a search was launched to find a leader figure to take Frei's place. This was a difficult task because Frei had played a dominant and absorbing role even when not directly involved in party affairs. It was doubly so, however, given the persistence of opposing ideological and strategic tendencies among leaders and activists. In fact 'social democratic' forces have broadened their rank and extended their following in recent years. Known colloquially as los chascones or 'long-hairs', they have attracted social democrats, younger party activists, and some former freistas to their *rank. They* appear to hold a slight edge over the guatones, or 'fat-bellies', who consist largely of ex-freistas and more conservative elements." (1985: 199)

[442] In dieser Zeit vollzog sich eine bedeutende Veränderung an der Spitze der JDC. Nachdem die *guatones* die JDC fast ein Jahrzehnt lang geführt hatten, erlebte diese nun eine Orientierung hin zur Linken, wodurch die *chascones* an Raum gewannen. Ihr Anführer war Andrés Palma. Er erreichte Stimmengleichheit mit Miguel Salazar, der wiedergewählt werden sollte. Daraufhin teilten sich die beiden Gruppen in dieser Zeit die Führung und übernahmen sie im jährlichen Wechsel. Salazar übernahm das erste Jahr, Palma das zweite. Danach übernahmen die jungen *chascones* für 12 Jahre nacheinander die Führung der JDC, die damit zu einer Hochburg der *chascones* wurde.

Parteispitze blieb bis 1987 im Amt. In dieser Zeit durchlief die Partei einen wichtigen Restrukturierungsprozess und festigte ihre Rolle als führende Oppositionspartei. Dies wurde bestätigt durch ihre Teilnahme an der *Alianza Democrática* und dem *Acuerdo Nacional para la Transición a la Plena Democracia* vom 26. August 1985. In der Zeit, in der Valdés den Parteivorsitz innehatte, übernahmen die weiter links stehenden Gruppierungen der DC wieder die Macht innerhalb der Partei. Gleiches geschah in der Führung der JDC, die die *chascones* innehatten.[443] Bis 1987 ging es in den Diskussionen innerhalb der DC um die Vorteile und Nachteile einer Mobilisierung des Volkes, um die Eintragung ins Wahlregister, den Dialog mit den bewaffneten Gruppen sowie um die Frage, mit welchen Parteien ein Bündnis eingegangen werden sollte und ob sich die Partei in den derzeitigen institutionellen Rahmen einfügen sollte.

Die Wahlen des Jahres 1987 waren von großer Bedeutung, da die tatsächliche Möglichkeit bestand, dass das Militärregime aufgrund des internen und internationalen Drucks oder aufgrund des Zeitraums, den es sich selbst gesetzt hatte, beendet würde. Daher war es in der PDC nun besonders wichtig, wie dieser Prozess durchgeführt werden sollte. Zwei Kandidaten stellten sich zur Wahl: Ricardo Hormazábal, der für eine Fortführung der Linie von Valdés stand und zu den *chascones* gehörte, und Patricio Aylwin, der Anführer der *guatones*. Aylwin sprach sich dafür aus, das Regime als politische Realität zu akzeptieren, um es dann in seinem eigenen institutionellen Rahmen zu schlagen. Hormazábal stimmte damit nicht überein, er war der Ansicht, dass man diesen institutionellen Rahmen der Diktatur nicht akzeptieren dürfe und man Pinochet mit Hilfe der gesellschaftlichen Organisationen stürzen müsse.

Abbildung 18: Die Positionen der beiden Kandidaten lassen sich wie folgt zusammenfassen

Vorstellungen von Ricardo Hormazábal	Vorstellungen von Patricio Aylwin
● Er sprach sich gegen eine Eintragung der PDC ins Wahlregister aus, um so eine Legitimierung der institutionellen Ordnung der Diktatur zu vermeiden. ● Weiterführung der Mobilisierung des Volkes, um das Regime zu schwächen ● Keinesfalls Eintragung ins Wahlregister, da das Plebiszit ebenso wie das 1980 ein Betrug sein würde.[444] ● Ein Dialog mit den bewaffneten Gruppen kam nicht in Frage, da dadurch das Regime legitimiert und zum Gesprächspartner für eine Rückkehr zur Demokratie würde.	● Eintragung der PDC ins Wahlregister, da dies der im Land geltenden institutionellen Ordnung entspreche. So könne man Pinochet in dem von ihm selbst entworfenen Rahmen entgegentreten. ● Er war zwar kein Gegner der Mobilisierung des Volkes, war aber der Meinung, dass diese Phase der Opposition vorüber sei und man damit nicht die gewünschten Fortschritte gemacht habe. ● Eintragung ins Wahlregister, da es so möglich sei, das Regime durch seinen selbst errichteten Rahmen zu schlagen. Die Bevölkerung sollte dazu aufgerufen werden, sich ins Wahlregister eintragen zu lassen und zu wählen, sobald es freie Wahlen geben würde.[445] ● Dialog mit den bewaffneten Gruppen, um eine politische Lösung innerhalb des institutionellen Gefüges zu finden, die für alle annehmbar ist und die es möglich macht, für die Rückkehr zur Demokratie so wenig wie möglich opfern zu müssen.

Bei dieser Wahl standen sich zwei verschiedene Arten des politischen Handelns gegenüber.

[443] Dies war von großer Bedeutung, da die JDC eine wichtige Rolle in der gesellschaftlichen Opposition seitens der Jugendlichen in Chile spielte. Hierbei waren besonders die Studenten wichtig, die als Teil der Gesellschaft gegen Pinochet protestierten und zahlenmäßig sowie im Hinblick auf ihren Einfluss und ihre Auswirkung auf die Öffentlichkeit nicht zu unterschätzen waren. Die JDC war der unbestrittene Anführer dieser Studentenbewegungen.

[444] Ricardo Hormazábal sprach sich für eine Konzertierung der Gesellschaft aus, die Pinochet stürzen sollte durch „aktive Mobilisierung“, d.h. das Regime sollte durch „Ungehorsam der Bürger“ gestürzt werden. Er nahm nicht an, dass Pinochet zu einem Plebiszit aufrufen würde, das er verlieren würde.

Hormazábal stand für Konfrontation und Stärke, stellte die Mobilisierung der Gesellschaft und den Sturz des Regimes durch Ungehorsam in den Vordergrund. Aylwins Strategie war bereits 1984 bei einem Seminar des *Instituto Chileno de Estudios Humanísticos* (ICHEH) von ihm vorgestellt worden. Dort hatte er eine Lösung zur Rückkehr zur Demokratie innerhalb der politisch-rechtlichen Ordnung gefordert. Sein Vorhaben war es, die derzeitigen Umstände zu nutzen, um so eine Rückkehr zur vollkommenen Demokratie zu erreichen. Dies bedeutete, den gesetzten Rahmen zu akzeptieren, um aus dieser Position das Regime zu bezwingen. Diese Strategie wurde die „*Tesis Aylwin*" genannt. Bei der *Junta Nacional* im August 1987 wurden folgende Ergebnisse erreicht: Patricio Aylwin 132 Stimmen (55%), Ricardo Hormazábal 93 Stimmen (38%), Arturo Frei 14 Stimmen (7 %).[446]

6.4.3 Die „Tesis Aylwin" (Exkurs)

Diese These wurde auch „Doctrina Aylwin" und „Democracia Pactada" genannt und hatte zum Ziel, die Rückkehr zur Demokratie zu erreichen, ohne einen zu hohen Preis dafür zahlen zu müssen, insbesondere ohne zu viele Menschenleben opfern zu müssen. 1984 entstand diese politische These während einer Reihe von politisch-akademischen Veranstaltungen. Aylwin sagte, die Seele Chiles sei zerrissen, und fügte hinzu: „Wir sind auf dem Weg, uns in den Turm zu Babel zu verwandeln, wo jeder seine eigene Sprache spricht und es niemanden interessiert, das zu verstehen, was andere sagen." Aylwin war der Ansicht, dass es in dieser Situation nur zwei Wege gebe: den Bürgerkrieg oder eine friedliche Lösung auf rechtlich-politischem Wege. Für ihn stellte letztere Lösung eindeutig die einzige Möglichkeit dar, zur Demokratie zurückzukehren. Er sagte dazu: „Durch eine rechtlich-politische Lösung wird es möglich sein, die Spaltung dadurch aufzuheben, dass wir entdecken und fördern, was uns verbindet, und das ablegen, was uns teilt. Mit Realismus, Kühnheit, Phantasie und Mut müssen wir es durch politische Übereinkünfte und auf juristischem Wege erreichen, das hervorzurufen, was Ortega y Gasset die Einheit der Gegensätze nennt." Mit folgenden Argumenten untermauerte er seine These: „Wenn es darum geht, eine Lösung zu finden, muss zu allererst der Streit über die Legitimität des Regimes und seiner Verfassung beiseite gelassen werden. Ich persönlich teile die Auffassung derjenigen, die sagen, dass die Verfassung von 1980 unrechtmäßig ist. Doch ebenso wie ich fordere, dass meine Meinung respektiert wird, respektiere ich diejenigen, die anderer Ansicht sind. Weder kann ich von General Pinochet verlangen, dass er zugibt, dass die Verfassung unrechtmäßig ist, noch kann er von mir verlangen, dass ich sie als rechtmäßig ansehe. Der einzige Vorteil, den er hierbei mir gegenüber hat, ist, dass diese Verfassung Gültigkeit besitzt, ob sie mir nun zusagt oder nicht. Dies ist eine Tatsache und damit Teil der Realität, die ich akzeptiere. Wie kann man dieser Situation ein Ende bereiten, ohne dass sich jemand gedemütigt fühlt? Es gibt nur eine Möglichkeit: das Thema der Rechtmäßigkeit muss beiseite gelassen werden." (Aylwin 1985).

6.4.4 Der Kampf um die Demokratie und die Festigung der Führungsrolle Aylwins

Als Aylwin Vorsitzender der PDC wurde, bedeutete dies die Rückkehr zur traditionellen his-

---

[445] Aylwin äußerte sich hierzu wie folgt: „Si se inscriben 3,5 millones de chilenos, como espera el General Pinochet, sobre la base de la apatía, indudablemente el podrá salirse con la suya." (Diario Austral de Osorno, 7. Juni 1987)

[446] Bei aufmerksamer Betrachtung fällt auf, dass die „Tesis Aylwin" zu einer Zeit eingebracht wurde, in der die Proteste gegen das Militärregime, wenngleich sie nicht ganz den erhofften Erfolg hatten, ein wichtiges Ventil waren für den Druck, dem die Opposition ausgesetzt war. Diese Proteste wurden von den Studenten als etwas Heldenhaftes angesehen und gingen in erster Linie von Jugendlichen aus. Aylwin sagte 1984, man solle realistisch sein und sich darauf einstellen, erst ab 1990 die Regierung übernehmen zu können, da das Militärregime vorher die Macht nicht abgeben werde. Dies bescherte Aylwin viele Gegner, die hauptsächlich im Lager der *chascones* in der Partei bzw. unter den jüngeren Anhängern der *chascones* zu finden waren, ebenso in linksextremen Gruppierungen. Aylwin jedoch festigte seine Führungsrolle erneut und setzt damit ein klares Zeichen für seine Anhänger, die ihn und seine These unterstützten, bis er 1987 Parteivorsitzender wurde.

torischen Linie der Partei. Durch die neue, aber doch traditionelle Führung der Partei wurde die These umgesetzt, die Aylwin lange Zeit in den 1980er Jahren vertreten hatte. Das hieß, dass das Regime innerhalb seines eigenen institutionellen Rahmens gestürzt werden sollte, wobei man sich auf das stützte, was Aylwin selbst die „Einheit der Gegensätze" genannt hatte und er später rückblickend auf diese Zeit als „Wiederzusammenschluss der Demokraten" bezeichnete (1998). Bei der JN wurde folgendes beschlossen: (a) Mobilisierung der Gesellschaft und der Wähler, damit mehr als 6 Millionen Chilenen ins Wahlregister eingetragen werden; (b) Kampagne für freie Wahlen; (c) Ausarbeitung eines Regierungsprogramms; (d) Auswahl eines Kandidaten als Oppositionsführer; (e) Schließung eines Bündnisses mit den demokratischen Linken und auch Rechten, um eine nationale Volksregierung zu ermöglichen; und (f) Verfassungsreformen.

Die DC zeigte große Einigkeit und war bestrebt, eine große Mehrheit zu erreichen, um Pinochet im Plebiszit, welches dieser für Oktober 1988 angesetzt hatte, zu stürzen.[447] Trotz interner und externer Bedenken positionierte er sich weiter links und versuchte, Einigkeit mit den Sozialisten zu erreichen, um dem Regime entgegenzutreten.[448] Trotz der Zweifel sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene, arbeiteten die DC und ihre Parteispitze an der Bildung eines Bündnisses zwischen den Oppositionsparteien, das „*Concertación de Partidos por el NO*"[449] genannt wurde. Aylwin wurde sogleich zum „*primus inter pares*".

Im Rahmen der *Campaña por el NO* arbeitete die DC mit den Sozialisten zusammen. Seit dem *proyecto alternativo* zu Beginn der 1980er Jahre fanden sich zunehmend gemeinsame Überzeugungen und Zielsetzungen der beiden Parteien: so z.B. die Achtung und Wahrung der Demokratie als Regierungsform, die Anerkennung der Marktwirtschaft als bestes Wirtschaftssystem, das dem sozialen Bereich besondere Beachtung schenkte, die Achtung des Pluralismus der Kulturen und Werte und vor allem die Achtung der vielfältigen Unterschiede innerhalb der Gesellschaft.

Vor dem Plebiszit vom Oktober 1988 herrschte Skepsis und Siegesstimmung zugleich. Die DC und die neue Koalition waren skeptisch, weil sie stets Zweifel hegten, man an die Erfahrungen durch das Plebiszit von 1980 zurückdachte und es Zweifel daran gab, ob das Regime die Ergebnisse anerkennen würde, besonders da Pinochet kandidierte. Umfragen der Opposition zeigten, dass das Ergebnis ein Nein werden könnte. Siegesstimmung herrschte, da durch den internationalen Druck ein Wahlbetrug offensichtlich nicht möglich war. Die USA hatten ihre La-

[447] Das Plebiszit von 1988 war ein Referedum, in dem über den Kandidaten der Streitkräfte, nämlich Pinochet, abgestimmt wurde. Sollte er die Mehrheit erhalten, würde er bis 1997 im Amt bleiben, andernfalls, d.h. sollte die Opposition sich durchsetzen und gegen Pinochet gestimmt werden, sollten für den 11. Dezember 1989 freie Wahlen angesetzt werden, und der neue Präsident sollte das Amt am 11. März 1990 übernehmen.

[448] Intern besprachen die *guatones* die Möglichkeit einer so genannten „kleinen Koalition", d.h. einer Koalition mit demokratischen Mitte-Rechts-Parteien der Opposition (darunter einige ehemalige liberale Parteien und ehemalige Nationalparteien) bis hin zur PR. Diese These wurde hauptsächlich vertreten von Adolfo Zaldivar, Ramón Briones und Hernán Bosselin. Innerhalb sowie außerhalb der Partei glaubten die *chascones* nicht, dass Aylwin Einigkeit und Zusammenhalt erreichen könnte und den demokratischen Kräften der Linken, besonders den Sozialisten, vertrauen konnte. Das linke Lager vertraute Aylwin nicht recht. Am 9. August 1987 hieß es in einer Überschrift der spanischen Zeitung El País damals „*Los demócrata cristianos giran a la Derecha*", womit auf die politische Position Aylwins angespielt wurde.

[449] Die *Concertación de Partidos por el NO* (CPPD) wurde am 2. Februar 1988 gegründet und umfasste 17 Parteien von der rechten Mitte bis hin zur Linken, ausgenommen die PC.

teinamerikapolitik geändert und unterstützten nun anstatt der Diktaturen die neuen Demokratien.

Aufgrund dieser Siegesstimmung bereitete sich die PDC auf die tatsächliche Möglichkeit vor, die Regierung zu übernehmen. Hierfür stellten die beiden Strömungen, die *chascones* und *guatones*, jeweils ihren Kandidaten auf: Gabriel Valdés für die *chascones* und Patricio Aylwin für die *guatones*. Doch es kam eine weitere Person hinzu: Eduardo Frei Ruiz-Tagle, der älteste Sohn des verstorbenen ehemaligen Präsidenten Eduardo Frei Montalva. Innerhalb der DC entstand eine weitere Strömung, der „*freismo*".[450] Diese neue Strömung hatte sich aus Mitgliedern der *chascones* und *guatones* gebildet.

Am 5. Oktober verlor Pinochet beim Plebiszit, die Militärs waren geschlagen. 43% stimmten für Pinochet, 55% gegen ihn. Dieses Ergebnis war ein Wendepunkt der chilenischen Politik und Geschichte. Man beschritt wieder den Weg der demokratischen, republikanischen Tradition. Es kam zu einer *transición pactada* zwischen den Militärs und den Mitte-Links-Parteien entsprechend dem, was Aylwin in seinen Vorträgen und schriftlichen Werken im Jahr 1984 ausgeführt hatte: Pinochet wurde in seinem eigenen institutionellen Rahmen entmachtet und gleichzeitig wurde die weitreichendste Parteienkoalition in der Geschichte Chiles geschaffen. In der DC konnten beide Gruppen von sich sagen, ihre Vorstellungen verwirklicht zu sehen. Einerseits wurden die alten Thesen der *terceristas* und später der *chascones*, eine weitreichende Koalition mit den Parteien der Linken zu schaffen, zu einer Realität, andererseits vollzog sich dies auch entsprechend der Thesen der *oficialistas*, die gefordert hatten, dass diese Parteien der Linken ihre Fehler, was die politische Führung der UP und Allendes betraf, eingestehen sollten und dass die sozialistischen Parteien der Linken die Demokratie anerkennen müssten. Außerdem entsprach dieser Prozess auch der von Aylwin vorgeschlagenen These der *democracia pactada*.

6.4.5 Der Kampf um die Macht (La carrera por el sillón)[451]

Der Kampf um den Parteivorsitz begann. Aylwin war eindeutig der Erste unter Gleichen, er war der Sprecher der *Concertación*, Vorsitzender der größten Partei Chiles. Dies verschaffte ihm einen großen Vorteil. Dieser Ansicht waren auch Ricardo Solari und Enrique Correa, zwei bedeutende Mitglieder der PS, die in Aylwin den bestmöglichen Vertreter der CPPD sahen. Beide teilten ihre Ansicht Genaro Arriagada mit, der allen bis dahin als Aylwin nahestehend bekannt gewesen war. Doch Arriagada erklärte, er werde Eduardo Frei unterstützen, da es nun Zeit sei, der neuen Generation Platz zu machen.

Hofmeister schreibt dazu, niemand außerhalb der DC habe daran gezweifelt, dass dieser

[450] Manuel Bustos, Präsident der *Central Nacional de Trabajadores* (CNT) hatte sich für den ehemaligen Parteivorsitzenden Gabriel Valdés als Kandidaten der Opposition ausgesprochen. Dies entsprach auch dem Willen bedeutender PDC-Mitglieder, die hauptsächlich zur Gruppe der *chascones* gehörten. Jaime Celedón erklärte der Zeitschrift APSI gegenüber, Eduardo Frei Ruíz-Tagle sei der beste Kandidat für die Präsidentschaft. Keiner von beiden lehnte die Kandidatur ab.

[451] Der Titel stammt aus einer Überschrift der Zeitschrift Análisis, Nr. 251, 31. Oktober - 6. November 1988, er bezieht sich auf den Machtkampf innerhalb der DC um den Parteivorsitz.

Kandidat Aylwin sein sollte (1995: 237), doch innerhalb der Partei forderten die internen Gruppen mit Recht, dass ihre Anführer diese Position übernehmen sollten.

Bei diesem Machtkampf gab es drei wichtige Kandidaturen: Aylwin für die *guatones*, der außerdem über die Unterstützung eines bedeutenden Teils der Sozialisten verfügte; Frei als Vertreter des *freismo* und Valdés für die *chascones*. Der schwächste Kandidat war Valdés, da er durch die Entstehung des *freismo* viele seiner wichtigsten Mitstreiter verloren hatte. An zweiter Stelle stand Frei, der Stärke verkörperte, da er noch jung war verglichen mit den anderen beiden Kandidaten, der aber hauptsächlich von der Erinnerung der Bevölkerung an seinen Vater profitierte. In den Umfragen war er der Vorkandidat mit dem stärksten Rückhalt in der Bevölkerung. Doch Aylwin hatte eindeutig bessere Chancen auf einen Sieg, da seine Führungsrolle innerhalb und außerhalb der Partei unbestritten war und er innerhalb der Partei über die Mehrheit verfügte.

Bei der JN der DC, die am 4. und 5. Februar 1989 stattfand, wurde Aylwin zum Kandidaten der DC ernannt. Aylwin übernahm die These von Frei und Valdés, dies bedeutete, dass seine Kandidatur die Bandbreite der „*partidos por el NO*“ vertreten werde. Der These der *guatones* hinsichtlich der kleinen Koalition wurde eine Absage erteilt. Diese Frage führte dazu, dass Aylwin sich nach und nach von Adolfo Zaldivar entfernte, der einer seiner wichtigsten Männer war und maßgeblich zu seinem parteiinternen Triumph beigetragen hatte. Adolfo Zaldivar distanzierte sich von den *guatones* und gründete unter seiner Führung die *magníficos*, in ihrer Anfangszeit so benannt aufgrund ihrer exzellenten Fähigkeiten in juristischen Angelegenheiten. Später wurden sie „*colorines*“ genannt in Anspielung auf die Haarfarbe ihres Anführers Adolfo Zaldivar. Die wichtigsten Vertreter der *colorines* waren Bosselin und Briones.

Die *Concertación de Partidos por la Democracia* stellte sich hinter Aylwin, der schließlich mit 55,2% der Stimmen als Sieger aus den Präsidentschaftswahlen des 11. Dezember 1989 hervorging. Als Schlussfolgerung ist es interessant zu beobachten, wie es die traditionelle, historische Linie in der PDC schaffte, weiterhin die Führung in der Partei innezuhaben. Diese beiden schufen eine moderate Linksausrichtung der DC und sorgten dafür, dass die Partei innerhalb dieser Mitte verblieb.

6.5 Die DC in den 1990er Jahren. Regierungserfolge gegen Wahlniederlagen

In den 1990er Jahren war die DC zehn Jahre lang die Regierungspartei und bildete zwei Regierungen: Patricio Aylwin (1990-1994) und Eduardo Frei Ruiz-Tagle (1994-2000). Außerdem unterstützt sie die gegenwärtige Regierung des Sozialisten Ricardo Lagos (seit 2000). Aus politischem und wirtschaftlichem Blickwinkel betrachtet konnte in Lateinamerika keine Regierung ebenso große Erfolge vorweisen, besonders in den Bereichen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Doch die Partei, die diesen erfolgreichen Prozess angeführt hat, hat zunehmend die Unterstützung der Wählerschaft verloren. Die DC der 1990er Jahre unterschied sich grundlegend von

derjenigen der beiden bereits beschriebenen Phasen. Sie war seit Beginn der 1990er in ideologischer wie in politischer Hinsicht auf der Suche nach ihrem Weg. Ab der Regierung von Aylwin war es Aufgabe der DC, in dem Prozess des Wandels, den Chile durchlief, politisch und wirtschaftlich die Führung zu übernehmen.

Im politischen Bereich waren die Anführer in der Regierung die früheren Weggefährten Aylwins, die *guatones*. Das Amt des Innenministers hatte Enrique Krauss inne, das des Verteidigungsministers Patricio Rojas. Edgardo Boeninger, der eher *alywinista* als *guatón* war, war Chef des Präsidialamtes. Den Bereich Wirtschaft vertraute man den Ökonomen des der Christdemokratie nahestehenden Forschungsinstituts CIEPLAN an: Foxley bekleidete das Amt des Finanzministers, René Cortázar das des Arbeitsministers und José Pablo Areyano war zuständig für den Haushalt. Ihnen zur Seite, aber weiter im Hintergrund, standen weitere politische und wirtschaftliche Vertreter der *cieplan boys* und *guatones*, die einer neuen Generation angehörten und an deren Spitze Gutenberg Martínez stand.

6.5.1 Die cieplan boys

In dieser Arbeit wurde bereits dargelegt, dass es, um die Strukturreformen erfolgreich durchführen zu können, nicht nur eines Plans bedurfte – dieser musste im Washington-Consensus neu formuliert werden –, sondern dass man außerdem in den politischen Parteien Gruppen benötigte, die an das geplante politisch-wirtschaftliche Vorhaben glaubten. Sie mussten nicht nur Kenner und Experten der Sache sein, sondern auch ein Zusammengehörigkeitsgefühl haben, auf Zusammenhalt in der Arbeit und gutes Funktionieren bedacht sein, kurz: sie mussten den Plan respektieren und umsetzen, weil sie an ihn glaubten. Bei der Regierung von Aylwin sowie innerhalb der DC war dies voll und ganz der Fall. Außerdem existierte eine Gruppe „sui generis“, die diese Wirtschaftsreformen durchführte, aber weder von sich selbst, noch innerhalb der Partei als eine Gruppe in der DC betrachtet wurde. Doch dies waren sie durchaus.

Die *Corporación de Investigaciones Económicas para Latinoamérica* (CIEPLAN) entstand, nachdem die christdemokratischen Ökonomen aus dem CEPLAN an der *Pontificia Universidad Católica* (PUC) ausgeschlossen wurden oder aus ihr austraten,[452] weil sie Kritik am Regime geübt hatten, da die bürgerlichen und politischen Freiheitsrechte nicht gegeben waren, und sie außerdem nicht mit der Wirtschaftspolitik des Regimes übereinstimmten. Ab 1975 gehörten Alejandro Foxley, René Cortázar, Pablo Piñera und José Pablo Arellano nicht mehr der PUC an. Am politischsten veranlagt unter ihnen war Foxley. Die 1976 gegründete CIEPLAN wurde zu der Institution, die die Wirtschaftspolitik des Regimes am stärksten kritisierte. Ihr gehörten nicht nur Vertreter der Opposition aus der DC an, auch wenn sie in ihr die Mehrheit bildeten, sondern auch andere Soziologen anderer Oppositionsparteien. Die CIEPLAN wurde für ganz Latein-

amerika zu einer äußerst bedeutenden Institution in den Bereichen Wirtschaft und öffentliche Studien (Fine 1987: 4-5).

Innerhalb der CIEPLAN wurde in den 1980er Jahren das so genannte „*Proyecto Alternativo*“ vorbereitet, das sich mit der Regierung Chiles nach dem Ende der Diktatur beschäftigte. CIEPLAN war in den Regierungen der *Concertación* ein Art Thinktank, d.h. sie war diejenige Institution, in der die grundlegenden Gedanken zur Wirtschafts- und Sozialpolitik ausgearbeitet wurden. Dort entstanden Freundschaften auf persönlicher und politischer Ebene zwischen den Forschern. Ungewollt bildete sich so eine Gruppe innerhalb der DC heraus. Die Ökonomen Alejandro Foxley, René Cortázar, Pablo Piñera, José Pablo Arellano, Nicolás Flaño, Patricio Meller, Ricardo Ffrench-Davis und Manuel Marfán sowie Soziologen wie Ignacio Walker, Mariana Aylwin und Carlos Bascuñán wurden zu den „*cieplantes*“, wie Edgardo Boeninger sie nannte.[453] Diese *cieplan boys* bildeten den Mittelpunkt der politisch-intellektuellen Opposition gegenüber dem diktatorischen Regime, waren offen für den Gedankenaustausch und die Diskussion mit anderen Institutionen der Opposition, übernahmen eine koordinierende und organisierende Funktion und die Führung der Forscher anderer Universitäten. „El mundo político se encontraba desintegrado, lo mismo que el sindical. La gente de CIEPLAN tras asegurar la viabilidad de su hábitat, paulatinamente, al avanzar los años 80 [‘1980s], tomó contacto con los investigadores que operaban en torno a FLACSO (Lechner, Brunner, Moulián, Garretón), ILADES (Rodríguez Grossi; Andrés Sanfuente), SUR (Javier Martínez, Eugenio Tironi), CED (Ernesto Edwards, Augusto Aninat, Ernesto Tironi), CLEPI (Carlos Ominami, Sergio Bitar) ILET (Juan Gabriel Valdés, Juan Somavía).“ (Otano 1995: 135)

Ende der 1980er Jahre und nach dem Erfolg bei der Abstimmung waren die *cieplan boys* die verlässlichsten Akteure und Anführer in der Wirtschaftspolitik der Opposition, doch sie besaßen innerhalb der PDC wenig politischen Einfluss. Sie gehörten der 1970er-Generation an, deren politische Macht aber in den Händen der von Gutenberg Martínez angeführten Gruppe lag. Die *guatones* standen Patricio Aylwin sehr nahe. Mit Ausnahme von Foxley, der Ende der 1980er das Amt des *Consejero Nacional* der PDC innehatte, verfügten die *cieplan boys* über wenig politische Erfahrung in der Partei. Genau dies wurde ihnen seitens der DC vorgeworfen. Die *cieplan boys* waren mit der DC durch zwei Gruppen verbunden: die *guatones* und die *freistas*. Nach dem siegreichen Ausgang der Abstimmung und angesichts der parteiinternen Präsidentschaftskandidaturen mussten sie sich entscheiden. Die Mehrheit der von Foxley angeführten Gruppe unterstützte Frei Ruiz-Tagle und verlor. Der Sieger Aylwin trat an Foxley heran mit der Bitte, das Wirtschaftsprogramm der zukünftigen Regierung zu übernehmen. Foxley und sein Team hatten dieses Wirtschaftsprogramm entwickelt und konzipiert, nachdem sie aus der PUC ausgeschlossen worden waren.

---

[452] CEPLAN bezeichnet das *Centro de Estudios de Planificación Nacional*, das von Alejandro Foxley Ende der 1960er Jahre ins Leben gerufen wurde.

Nach dem Sieg Aylwins herrschte die allgemeine Überzeugung, dieser werde Foxley zum Finanzminister ernennen. Dieser stellte mit Aylwins Zustimmung sein Wirtschaftsteam zusammen. Im Finanzministerium standen ihm die *cieplan boys* Pablo Piñera, José Pablo Arellano, Manuel Marfán und Mario Marcel zur Seite. Zum Arbeitsminister wurde René Cortázar, ein weiterer *cieplan boy*, ernannt. Er sollte ein bedeutendes Amt innehaben, da davon auszugehen war, dass die Arbeiter, deren Forderungen während der Diktatur nicht erfüllt worden waren und die sich sehr entschieden für die Rückkehr zur Demokratie eingesetzt hatten, deutlich stärkere Forderungen stellen würden. Schwierig für Cortázar war, dass er mit den CUT-Führern Bustos und Martínez befreundet war. Er selbst war für diese Organisation in den 1980er Jahren beratend tätig gewesen.

6.5.2 Die *cieplan boys* und Aylwins Wirtschaftspolitik

Eine der Variablen, von denen der Erfolg der Strukturreformen maßgeblich abhängt, ist, wie in der vorliegenden Arbeit bereits dargestellt wurde, die Kohärenz des politisch-ideologischen Projekts bei all denen, die bei den Reformen mitwirken und bei diesem Prozess eine Führungsrolle übernehmen (Kapitel 4). Die *cieplan boys* waren Christdemokraten, verfügten über eine sehr gute akademische Ausbildung und waren eng mit der Politik verbunden. Sie waren mit der Wirtschaftspolitik der Diktatur nicht einverstanden und übten allgemeine Kritik an ihr. Nachdem sie der neuen demokratischen Regierung angehörten, führten sie eine Marktpolitik unter besonderer Berücksichtigung der sozialen Komponente ein. Aylwin nannte sie Wirtschaftspolitik „*de crecimiento con equidad*“ (ein gerecht verteiltes Wachstum) oder Politik der „*inversión social*“. Sowohl Aylwin als auch Foxley erkannten die so genannte „*deuda social*“, d.h. dass sie dem ärmsten Teil der chilenischen Bevölkerung gegenüber eine Verpflichtung hatten. Daher griffen die Unternehmer, bevor diese beiden ihre Ämter übernahmen, die zukünftige Wirtschaftspolitik des Finanzministers an, denn sie hatten von der neoliberalen Politik der *chicago boys* profitiert, hauptsächlich von den zu Niedrigstpreisen durchgeführten Privatisierungen. Das Geld aus den Privatisierungen war nicht für die ärmsten Schichten der Bevölkerung verwendet worden. Die Sozialpolitik der *chicago boys* hatte zu erschreckend hoher Armut geführt, von der etwa 40% der Bevölkerung betroffen waren. Dies hatte Foxley in der *Campaña del NO* heftig kritisiert.[454] Foxley und sein Team standen vor einer doppelten Schwierigkeit: Sie mussten das Vertrauen der Unternehmer gewinnen, ohne dabei ihre eigenen politischen und wirtschaftlichen Prinzipien in Bezug auf die gerechte Verteilung des Vermögens aufzugeben. Nicht einmal die optimistischsten Beobachter des Prozesses der neuen chilenischen Demokratie hätten vorhersagen können, welche Ergebnisse die Regierung von Aylwin und die *cieplan boys* in der Wirt-

[453] Sie werden auch *cieplan boys* genannt, waren Hochintellektuelle und haben größtenteils in den USA promoviert.

[454] In einer Fernsehsendung eines Programms der PUC mit dem Titel „De cara al país“ im Jahr 1988 erklärte Foxley, dass etwa 5 der rund 11 Millionen Einwohner in Armut lebten.

schaft erzielen würden. Selbst im Vergleich mit den besten Jahren der Diktatur waren die Erfolge der Regierung von Aylwin weitaus größer.[455] Der Schlüssel dieses Erfolges ist nicht in der Endphase des Prozesses, also in der Regierung von Aylwin zu finden, vielmehr liegt er in den Ursprüngen der CIEPLAN und darin, wie sich die vom Autor als *cieplan boys* bezeichnete Gruppe entwickelt hat.

Nach Patricio Meller, einem der *cieplan boys*, der der zentralen Politik nicht sehr nahe stand,[456] gab es drei Probleme, die die Wirtschaftspolitik der Regierung von Aylwin beeinflussten. Erstens musste gezeigt werden, dass die Demokratie weder Chaos noch unbehebbare wirtschaftliche Ungleichgewichte hervorruft,[457] daher beschloss die Regierung von Aylwin, das makroökonomische Gleichgewicht, das erst am Ende der Diktatur positive Ergebnisse gebracht hatte, beizubehalten. Das zweite Problem betraf die Beibehaltung des Wirtschaftsmodells, dessen wichtigste Merkmale die ausgedehnte Funktion des Marktes mit freien Preisen, die wirtschaftliche Öffnung nach außen sowie die führende Rolle des privaten Sektors waren. Dieses Modell war jedoch mit den *chicagos boys* und der Diktatur Pinochets verbunden, daher stellte sich die Frage, was nun zu tun sei. In den vergangenen Jahren hatte dieses Modell bereits in einigen Bereichen der Makroökonomie Erfolg gehabt. Die Schwierigkeit bestand nun darin, dass sich Kontinuität und Wandel gegenüberstanden. Meller erklärt dazu, Chile habe jedoch kein Risiko eingehen wollen. Außerdem habe die neue Regierung keine Unsicherheit bei den Märkten schaffen dürfen. Daher sollte ein Teil des Modells beibehalten und gleichzeitig Änderungen in den Bereichen vorgenommen werden, in denen das Modell Unzulänglichkeiten aufgewiesen hatte. Damit verbunden war das dritte Problem, welches Aylwin größte Sorge bereitete. Es war der Punkt, den die *cieplan boys* am Modell der *chicago boys* am heftigsten kritisiert hatten: die Begleichung der *deuda social*. Der Konflikt der vorhergehenden Regierung, die ein Wachstum *sin equidad* verfolgt hatte, musste gelöst werden. Die *cieplan boys* vertraten die Ansicht, es könne ein ebenso großes Wachstum erzielt, dieses aber gerechter verteilt werden.

Aylwin und die *cieplan boys* entschieden sich für das Modell des *crecimiento con equidad* (vgl. Ffrench-Davis 1999). In der so genannten *era Aylwin* bedeutete dies die Senkung der Inflationsrate und der Arbeitslosenzahlen, Wirtschaftswachstum, Steigerungen der Exporte und der Investitions- und Sparquote. Folgende Grafik erläutert dies und zeigt, dass diese Ergebnisse selbst die der besten Jahre unter der Diktatur von Pinochet übertreffen.

---

[455] Am pessimistischsten gegenüber dem neuen Wirtschaftsteam waren die Unternehmer, die der Diktatur Pinochets ideologisch verbunden waren. Doch im Laufe der Jahre fassten sie Vertrauen und trugen dazu bei, dass die *Concertación Social* zwischen der Regierung, den Arbeitern und den Unternehmern möglich wurde. Sie waren also am Erfolg der Politik der Regierung von Aylwin, an der Konsenspolitik und der *política de crecimiento con equidad* beteiligt. Dies bedeutete jedoch nicht, dass die Unternehmer ihre politische Tendenz zur Rechten verloren hätten. Bis zur Regierung von Präsident Lagos blieb diese Tendenz bestehen (vgl. Silva 1995).

[456] Vgl. Meller 1994: 98ff.

[457] Diese Ansicht war Ende der 1980er Jahre, als Lateinamerika bereits fast vollständig demokratisiert war, aber unter großen wirtschaftlichen Problemen litt, nicht leicht zu vertreten. Die Militärs und die Rechte führte Alfonsín in Argentinien sowie Alan García in Peru als Beispiele an, um die zukünftige Politik der *cieplan boys* zu diskreditieren. Chile verzeichnete zu dieser Zeit ein wirtschaftliches Wachstum und verfügte über ein geordnetes Steuerwesen.

Tabelle 30: Die wichtigsten Wirtschaftsindikatoren 1987-1993

	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	Durchschnitt 1990-93
Makroökonomische Variablen (%)								
Inflation	21,5	12,6	21,4	27,3	18,7	12,7	12,2	17,6
Arbeitslosigkeit	12,2	9,0	6,3	6,0	6,5	4,9	4,8	5,6
Produktiver Sektor (%)								
Wirtschaftswachstum (BIP)	6,6	7,3	10,2	3,0	6,1	10,3	6,0	6,3
Exportwachstum	6,7	11,6	15,9	8,8	10,0	16,8	-2,0	8,2
Investitionsquote (% BIP)	19,6	20,8	23,9	24,6	22,3	25,1	27,5	24,9
Sparquote (% BIP)	17,8	22,0	20,5	20,1	21,9	21,8	21,8	21,4

Quelle: Meller 1994: 100; Zentralbank; INE.

Wie die Tabelle zeigt, konnten die Regierung und die *cieplan boys* nicht nur die makroökonomische Stabilität wahren, sondern die Indizes noch verbessern. Das Modell des *crecimiento con equidad* sollte die makroökonomischen Indizes im positiven Bereich halten und gleichzeitig für den bestmöglichen Lebensstandard für die Mittelschicht und die ärmste Schicht der Bevölkerung sorgen. Daher führten Aylwin und sein Wirtschaftsteam zwei Reformen durch: die Steuerreform und die Arbeitsmarktreform. Durch die Steuerreform wurden jährlich 600 Millionen Dollar eingenommen, die in Sozialpläne investiert wurden. Wenngleich innerhalb der ersten Jahre der *transición* die Arbeitsmarktreform noch nicht im Ganzen durchgeführt werden konnte, wie die *cieplan boys* es sich gewünscht hätten (nur bis ins Jahr 2002 erhielten sie hierbei die Unterstützung der Rechten), so erreichte Arbeitsminister René Cortázar doch, dass sich Arbeiter, Unternehmer und die Regierung an einen Tisch setzten und gemeinsam die Anhebung des Mindestlohns beschlossen. Außerdem änderte sich das Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern, das bisher stets durch Konfrontation geprägt war. Bedingt durch die Sozialreform verzeichneten die Mindestlöhne zwischen 1989 und 1993 einen effektiven Anstieg um 29,9%, die Mindestrente um 21,3%. Der effektive Anstieg des Durchschnittslohns lag bei 3,7% jährlich, bei der Durchschnittsrente betrug er 2,6%. Vergleicht man die verschiedenen Bereiche der Sozialausgaben der Jahre 1989 und 1993, lässt sich feststellen, dass hier pro Einwohner eine effektive Zunahme erreicht wurde. Im Gesundheitswesen betrug diese 22%, im Bildungsbereich 16% und im Wohnungsbau 25%. Folgende Tabelle veranschaulicht dies:[458]

Tabelle 31: Entwicklung der wichtigsten Verteilungsindikatoren 1987-1993

	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	Durch-schnitt 1990-93
Verteilungsvariablen (%)								
Anstieg des Mindestlohns	-5,9	6,9	12,6	7,6	9,4	4,7	5,6	8,0
Anstieg der Mindestrente	-3,6	2,4	-0,3	7,2	12,1	0,0	0,9	4.9
Anstieg des Durschnittslohns	-0,2	6,6	1,9	1,8	4,9	4,5	3,6	3,7
Anstieg der Durchschnittsrente	-2,0	1,6	2,0	-0,2	6,7	3,2	-	-
Sozialausgaben / Einwohner (1993=100)	63,5	72,6	71,8	67,5	78,2	90,0	100,0	
Gesundheitswesen / Einwohner	88,2	86,2	84,o	79,0	87,0	98,3	100,0	
Bildung / Einwohner	60,8	79,6	74,6	73,3	85,7	92,7	100,0	
Wohnungsbau / Einwohner								

Quelle: Meller 1994: 101/ Zentralbank / INE.

[458] Vgl. auch Ffrench-Davis 1999a

Bei der Einkommensverteilung, die während der Diktatur immer ungleicher geworden war, war die erzielte Verbesserung zwar nicht sehr stark, wohl aber vorhanden im Vergleich mit den Zahlen aus der Zeit der Militärregierung. Schritt für Schritt verbesserte sich die wirtschaftliche Lage in Chile, das Land konnte die Probleme überwinden, die in den anderen lateinamerikanischen Ländern zu jener Zeit herrschten (vgl. Bericht der CEPAL 2001). Die Zahlen der in extremer Armut und in Armut Lebenden sanken rasch und lagen weit unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt.

Tabelle 32: Entwicklung der Zahlen der in extremer Armut und in Armut Lebenden zwischen 1990-1994*[459]

Jahr	Anzahl und Prozent an in extremer Armut Lebenden	Anzahl und Prozent an in Armut Lebeden**
1990	1.659,3 / 12,9 %	4.965,6 / 38,6%
1992	1.169,3 / 8,8 %	4.331,7 / 32,6%
1994	1.036,2 / 7,6 %	3.780,0 / 27,5%

Quelle: MIDEPLAN, 1990, 1992, 1994 / *In Tausend; Prozentzahlen bezogen auf die Gesamtbevölkerung / ** Einschließlich der in extremer Armut Lebenden.

Tabelle 33: Verteilung des autonomen Einkommens der Haushalte in %*

Dezile	1990	1992	1994
1	1,4	1,5	1,3
2	2,7	2,8	2,7
3	3,6	3,7	3,5
4	4,5	4,6	4,6
5	5,4	5,6	5,5
6	6,9	6,6	6,4
7	7,8	8,1	8,1
8	10,3	10,4	10,6
9	15,2	14,8	15,4
10	42,2	41.9	41,9
20/20**	14,0	13,2	14,3

Quelle: MIDEPLAN 1990, 1992, 1994 / *Autonomes Pro-Kopf-Einkommen der Haushalte / **Verhältnis zwischen den wohlhabendsten 20% und den ärmsten 20% der Haushalte.

Die Zahlen der Tabellen zeigen, wie der Einfluss der *cieplan boys* die chilenische Wirtschaft veränderte und die Grundlage für die zweite Regierung der CPPD unter der Führung von Eduardo Frei Ruiz-Tagle legte. Interessant hierbei ist, dass es nicht eine internationale Organisation wie die CEPAL, die Weltbank oder der IWF mit ihren Empfehlungen und Plänen waren, die vor Ort die Theorie des *crecimiento con equidad* umsetzten und ausprobierten, sondern ein einfaches Büro von DC-Ökonomen. Dieses Modell ist bis heute nur in Chile angewendet worden, daher konnte es auch nur dort zu Ergebnissen führen.

Warum nur in Chile? Der Hauptgrund ist die Tatsache, dass es im Land eine hochqualifizierte Gruppe gab, die in den 1980er Jahren ihr Programm für die wirtschaftliche Entwicklung ausarbeitete. Die Mehrheit der Mitglieder dieser Gruppe hatte US-amerikanische Wirtschaftsschulen besucht, an denen der Neoliberalismus nicht als Mittelpunkt des Denkens gelehrt wurde.

[459] Eines der Probleme, dessen die Regierung von Aylwin nicht Herr werden konnte, war die Einkommensverteilung.

Diese Gruppe hatte eine gemeinsame Ideologie und ein gemeinsames Projekt. Die Mehrheit der Mitglieder gehörte der DC an. Es bestand kein bedeutender Altersunterschied zwischen ihnen, sie hatten alle in etwa die gleichen politischen Prozesse erlebt. In dieser Gruppe gab es eine klare Führungsperson: Alejandro Foxley, der nicht nur über eine hervorragende akademische Ausbildung verfügte, sondern auch stärker politisch orientiert war. Hinzu kam die Tatsache, dass sie das Vertrauen Aylwins besaßen. Außerdem blickte Edgardo Boeninger, die rechte Hand Aylwins, auf eine lange politisch-akademische Verbindung mit den *cieplan boys* oder *cieplantes*, wie er sie zu nennen pflegte, zurück. Die Schwäche dieser erfolgreichen Gruppe lag in ihrem politischen Arm begründet. Foxley besaß zwar die typischen Merkmale einer politischen Führungsperson der DC, verfügte über eine hervorragende akademische Ausbildung, war ein besonnener Mensch und bestrebt, im Dienste der Öffentlichkeit zu stehen, er war jedoch in der CIEPLAN fast der einzige, der über diese Eigenschaften verfügte.[460]

Als die Regierung von Aylwin endete, bot Frei Foxley das Amt des Bildungsministers an. Gleichzeitig hatte der Führer der Linken der *Concertación* das Angebot angenommen, das Amt des *Ministro de Obras Públicas* zu übernehmen. Foxleys Ziel war die Position des Außenministers, um so das Projekt fortzuführen und Chile durch Handelsverträge in die Weltwirtschaft zu integrieren. Über diese Verträge wurde seit Beginn der Amtszeit der Regierung von Aylwin mit Europa und den USA verhandelt. Andererseits sah er in dieser Position ein Sprungbrett zu einer möglichen Kandidatur für das Amt des Präsidenten. Es war bekannt, dass er dabei gegen Lagos antreten müsste (vgl. Cavallo 1998: 236-244). Da sich seine Hoffnungen diesbezüglich nicht erfüllten, suchte Foxley für sich eine andere Lösung in Form einer anderen wichtigen Position: der Parteivorsitz in der DC. Dieser war nicht leicht zu erreichen. Foxley verfügte zwar über etwas, was keine andere Gruppe innerhalb der DC vorweisen konnte, nämlich eine nationale Führungsrolle, die er durch seine erfolgreiche Arbeit als Finanzminister erworben hatte. Doch ihm fehlte etwas, das in der DC bis dahin unerlässlich war: die interne Zugkraft, d.h. Macht in der Partei und auch im Parlament. Um das Amt des Parteivorsitzenden zu erreichen, musste Foxley mit den ehemaligen *guatones* verhandeln, die sich zu jenem Zeitpunkt in „*aylwinistas*“ umbenannten, ebenso mit den *freistas* und einem Teil der *chascones*. Er setzte sich gegenüber den *colorines*, an deren Spitze Rafael Moreno stand, durch, ebenso gegenüber Ricardo Hormazábal, dem Anführer eines Teils der *chascones*. Für Foxley war der Parteivorsitz nicht so traumatisch, wie oft behauptet wird, es war jedoch eine zehrende Aufgabe, die ihn sehr beanspruchte, und diente ihm nicht als Sprungbrett für eine mögliche Präsidentschaftskandidatur. Er setzte sein politisches Ansehen aufs Spiel, das er sich als Minister erworben hatte. In einer DC, die bis zu jenem Moment vom *freismo* und *aylwinismo* bestimmt und geführt wurde, konnte Foxley nicht vorankommen. Die *cieplan boys* hatten sich fast aufgelöst, Ämter in der alten und neuen Regierung und Beraterfunktionen in internationalen Organisationen und im Ausland übernommen. Die

[460] Vgl. auch Huneeus 1995; Godoy 1999a.

CIEPLAN war nicht mehr der Thinktank von einst, und innerhalb der DC konnten die *cieplan boys* keine Macht erlangen, um die Partei anzuführen.

6.5.3 Pax Aylwinista; *aylwinismo* und *freismo*

Mit der Einführung der Demokratie und Aylwin als Präsident erlebte die DC eine Phase der Zufriedenheit und Entspannung. Die Regierungsgeschäfte gingen gut, die Wirtschaft des Landes florierte und das Land erlebte eine Art soziale Ruhe, in der Aylwin die Führung innehatte und die Rolle des „großen Vaters der Nation" übernahm. Pinochet war entmachtet worden unter Zuhilfenahme des von ihm selbst entworfenen Rahmens. Die DC, die zu dieser Zeit von Senator Andrés Zaldivar angeführt wurde, hatte in den Parlamentswahlen etwa 30% der Stimmen erhalten. Zaldivar hatte außerdem den Führer der Linken der *Concertación*, Ricardo Lagos, geschlagen. Im Jahr 1991 veranstaltete die DC einen *Congreso Ideológico*, um die programmatische Basis zu erneuern und ihre Struktur an die neue Zeit anzupassen.[461] Dieser *Congreso Ideológico* erneuerte das Denken der Partei, es gab keine großen Unstimmigkeiten in den verschiedenen Ausschüssen, mit Ausnahme der Debatte im Wirtschaftsausschuss. Hier setzten die Vertreter des CIEPLAN nicht den Begriff der „sozialen Marktwirtschaft", sondern den der „*economía humana*" durch. Dies war die Entscheidung des Plenums, dahinter steckte jedoch das, was die so genannten „*cieplan boys*" unter ihrem Konzept der sozialen Marktwirtschaft verstanden. Strukturell erneuerte sich die Partei nicht, sie war weiterhin eine Partei des Typs Volkspartei. Grund dafür war die allgemeine Lage, in der sich das Land befand: Die DC hatte ihren Sieg errungen, es herrschte eine Art „*Pax Aylwinista*". Dies bedeutete, dass Frieden herrschte zwischen den ehemaligen *guatones* und *chascones*, von denen viele hinter dem Anführer Gutenberg Martínez standen. Auch bedeutende Personen wie Manuel Bustos, Vorsitzender der CUT, schlossen sich ihm an, damit die 1970er-Generation in der DC in den folgenden Jahren die Führung übernehmen konnte. Zu diesem Zeitpunkt hörten die *guatones* auf, als Gruppe zu existieren, da langjährige Mitglieder dieser Gruppe wie Andrés Zaldivar und Narciso Irureta beschlossen, für Martínez und seine Gruppe den Weg frei zu machen. Außerdem hatten andere wichtige Vertreter der *guatones* Regierungsämter übernommen, so zum Beispiel Enrique Krauss und Patricio Rojas.

Im Rahmen der *Pax Aylwinista* wurden innerhalb und außerhalb der Partei Verträge für die *transición*, den Übergang, abgeschlossen. Die Führung der Partei sollte in den Händen der *aylwinistas* und *freistas* liegen, der Linken der *Concertación* mussten zum Wohle der Koalition Zugeständnisse gemacht werden. Gutenberg Martínez und Genaro Arriagada waren der Ansicht, es lohne sich durchaus, diese Zugeständnisse an die PS und die PPD zu machen; die absolute Unterstützung Aylwins wurde jedoch gesichert. Die entstehende Koalition festigte sich; es

[461] Der letzte *Congreso Ideológico* der DC hatte im Jahr 1966 stattgefunden.

war das erste Mal, dass sich die DC und die Sozialisten in einer Koalition zusammenfanden, und über die Regierung von Aylwin hinaus gab es keinerlei Sicherheit für ihr Fortbestehen. Dies alles wurde als politische Verantwortlichkeit bezeichnet. Auf lange Sicht bedeutete dies für Chile politische und wirtschaftliche Stabilität, doch für die DC waren damit politische Nachteile verbunden. Einerseits verlor sie nach und nach einen Teil der Wählerschaft an die Rechte, andererseits bedeutete die Tatsache, dass sie weiterhin die Regierung stellte und die Verantwortung im Land trug, dass das mit ihr geschah, was bei allen Regierungen, die lange im Amt sind, der Fall ist: Sie werden stark beansprucht und gewissermaßen aufgezehrt. Die DC wurde zunehmend zur Partei des *Establishments* und nicht zur Partei, die für den Wandel stand.

Im Jahr 1991 stand die DC nach dem *Congreso Ideológico* vor einer parteiinternen Wahl. Andrés Zaldivar kandidierte nicht, die *freistas* jedoch blickten bereits auf die Präsidentschaftswahlen, die im Dezember 1993 stattfinden würden. Frei lag bei den Umfragen vorn, dies war die Gelegenheit für den Senator Ost-Santiagos. Trotz seiner guten Wahlergebnisse (er erreichte mehr Stimmen als alle anderen Kandidaten in den anderen Wahlkreisen im Land), fehlte ihm die Legitimität in der Partei. Das Interessante bei diesen Wahlen lag darin, dass zum ersten Mal ein Vorsitzender der DC direkt durch die Parteibasis gewählt werden sollte. Das Bemerkenswerte dabei war, dass dies Frei vor eine Schwierigkeit stellte. Er konnte zwar an der Basis gewinnen, wäre die Wahl aber in der JN durchgeführt worden, wie es Tradition in der PDC gewesen war, so wären seine Chancen nicht so eindeutig gewesen, denn an der Spitze der JN standen die besten Männer: Gutenberg Martínez als Anführer der *guatones* und Adolfo Zaldivar als Anführer der *colorines*. Doch an der Wahl würde auch die Parteibasis teilnehmen, daher war Frei kaum aufzuhalten. Dies erkannte auch Gutenberg Martínez, der seine Kandidatur zurückzog, um Erster Vizepräsident an Freis Seite zu werden. Gegen Frei trat nur Narciso Irureta an, der von den *colorines* unterstützt wurde. Frei gewann die Wahl mit mehr als 70% der Stimmen. Damit war das Bündnis zwischen *guatones* und dem *freismo* besiegelt.

Dem *freismo* gehörten hauptsächlich Vertreter an, die Frei sehr nahe standen, so zum Beispiel Genaro Arriagada, Juan Carlos Latorre, Tomás Joselyn-Holt, Juan Villarzú, Edmundo Pérez Yoma, Carlos Figueroa, Francisco Frei und Eugenio Ortega. Die meisten von ihnen konnten auf eine lange Laufbahn innerhalb der DC zurückblicken. In den 1980er Jahren hatten sie ursprünglich zu den *guatones* und *chascones* gehört. In dem parteiinternen Machtkampf Ende jenes Jahrzehnts hatten sie Frei unterstützt. Die Mehrheit von ihnen hatte nicht nur direkte Verbindungen zu Frei, sondern besaß auch sein Vertrauen und verfügte über eine gute akademische Ausbildung. Sie wurden von Frei angeführt und von Arriagada koordiniert. Er war am ehesten das, was in Parteien des Typs Volkspartei als *Broker* bezeichnet wird. Doch war er nicht irgendein Broker. Aufgrund seiner guten Ausbildung übernahm Arriagada die Rolle des politischen Strategen.

Der *freismo* und die *guatones* einigten sich über die Führung der Partei und beabsichtigten

eine Koalition, die über die Regierung von Aylwin hinausgehen und die in dieser vierjährigen Übergangszeit durchgeführten Reformen noch vertiefen sollte. Niemand dachte an die alte These des „Eigenen Wegs“ oder gar an eine Koalition mit der Rechten. Pinochet war noch ein wichtiger Akteur in dieser Übergangsphase, und der Rechten war im Allgemeinen im Hinblick auf ihre Einstellung zur Demokratie noch nicht zu trauen. Eine Ausnahme bildete der Teil, der von Andrés Allamand und Sebastián Piñera angeführt wurde. Diese beiden waren jedoch nicht Anführer der gesamten Rechten, des „*sector*“, wie sie die Koalition aus der rechten Mitte und der Rechten, d.h. der RN und der UDI, nannten. Die Entscheidung der *guatones* und der *freistas* stand also fest: Frei sollte Regierungschef werden.

Ab 1993, als der Präsidentschaftswahlkampf bereits begonnen hatte, gab es in der Koalition zum ersten Mal Streit bei einer Vorwahl, bei der sich Frei und Lagos gegenüberstanden. Frei gewann mit 64% und schlug Lagos. Die Strategie der *guatones* und des *freismo* war aufgegangen. Einerseits hatte die DC ihren Kandidaten durchgesetzt und die Koalition wurde zusammengehalten, andererseits würde man, wenn Frei als Sieger aus der Wahl hervorgehen sollten, worauf alle Umfragen hindeuteten, weiter an dem Politik- und Entwicklungsmodell festhalten, das unter Aylwin begonnen worden war, nämlich an der Demokratie des Konsenses und am Modell des *crecimiento con equidad*. Die Bezeichnung *guatones* war durch die JDC entstanden, der *aylwinismo* wurde nun zum ersten Mal im Zusammenhang mit den Wahlen der JDC im Jahr 1993 als Bezeichnung für diese Gruppe bekannt. Ab diesem Zeitpunkt bezeichnete sowohl die Presse als auch die Partei selbst die traditionellen *guatones* als „*aylwinistas*“. Der Anführer dieser Gruppe war Gutenberg Martínez; er sammelte nicht nur traditionelle *guatones* um sich, sondern hatte auch andere bedeutende Vertreter hinzugewinnen können, die hauptsächlich aus den Reihen der *chascones* stammten. Ein großer Teil der traditionellen *guatones* entfernte sich jedoch zunehmend vom *aylwinismo*, sei es unbeabsichtigt oder aufgrund von Aufgaben innerhalb der Regierung oder einfach weil sie sich von der zentralen Politik entfernten. Hierzu gehörten Jorge Pizarro, Sergio Páez, Jorge Burgos, Juan Claudio Godoy, Hernán Baeza, Mario Fernández, Manuel Bustos, Luis Pareto, Eliana Caraball, Manuel Antonio Matta und Zarko Lusic. Sie zählten zu den härtesten Vertretern des *aylwinismo*, fühlten sich Aylwin verbunden, standen jedoch unter der Führung von Gutenberg Martínez. Doch der *aylwinismo* begann nach der Regierung von Aylwin über die Grenzen der Partei hinauszuwirken. Die ehemaligen Mitarbeiter Alywins wurden nunmehr als „*aylwinistas*“ bezeichnet. Innerhalb der DC begann man die *cieplan boys* „*aylwinistas*“ zu nennen. Dies waren Foxley, Cortázar, Arellano, Ignacio Walker, Mariana Aylwin, Pablo Piñera und José de Gregorio (Junior). Sie gehörten zu einer Gruppe, die sich mit einem *aylwinismo* im weitesten Sinne identifizierte.

Der *aylwinismo* wurde auch mit einer anderen intellektuellen Gruppe in Verbindung gebracht, die zwar in der Entwicklung der Konsolidierung der Demokratie eine wichtige Rolle gespielt hat, aber nicht über den Einfluss der *cieplan boys* verfügte: die *Adenauer boys*, auch be-

kannt unter der Bezeichnung „*Heidelberg boys*“.

Diese Christdemokraten absolvierten ihr Postgraduiertenstudium in den 1970er und 1980er Jahren als Stipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung in Deutschland.[462] Dies waren in erster Linie Juristen, die ihre weitere Ausbildung aber im Bereich der Sozialwissenschaften betrieben. Im Bereich der Politikwissenschaft waren dies Mario Fernández, Roberto Cifuentes und Carlos Huneeus, im Bereich der Soziologie Gonzalo Undurraga und Ernesto Moreno und in der Rechtswissenschaft Roberto Mayorga. Die Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützte auch andere Chritdemokraten, die später in der Phase des Übergangs zur Demokratie und der Konsolidierung derselben bedeutende Ämter im öffentlichen Dienst übernahmen. Dazu gehörten Ricardo Hormazábal, Diego Lira, Claudio Huepe, Edgardo Riberos und Mariano Fernández. Doch die *Adenauer boys* waren zu keiner Zeit eine zusammenhängende Gruppe, die einen bestimmten Einfluss auf die DC ausgeübt hätte, wie dies bei den *cieplan boys* der Fall war. Unter den *Adenauer boys* sind besonders die *Heidelberg boys* hervorzuheben, in erster Linie Carlos Huneeus, Roberto Cifuentes, Ernesto Moreno und vor allem Mario Fernández aufgrund seiner Verbindung zu Gutenberg Martínez. Fernández und Gutenberg Martínez waren seinerzeit aktive Mitglieder der *guatones* und später des *aylwinismo*.

6.5.4 Der Niedergang der DC und der internen Gruppen

Chile erlebte in den 1990er Jahren einen im lateinamerikanischen Vergleich ungeheuren wirtschaftlichen Aufschwung. Dies zeigen die Wirtschaftsindikatoren sowie die Berichte von Organisationen wie *Transparency International* und *Freedom House* (vgl. Kapitel 5). In gesellschaftlicher Hinsicht hat die Regierungskoalition der *Concertación* unter Führung der DC die Lebensbedingungen der Mittelschicht und der ärmsten Schicht der Bevölkerung verbessert. Die politische Entwicklung in Chile hat dem Land mehr Vor- als Nachteile gebracht (vgl. Nohlen 2001a). Zu fragen wäre in diesem Zusammenhang: Wenn dies der Fall ist, warum hat die DC im Parteiensystem mehr Wählerstimmen als alle anderen Parteien verloren?

Ähnliche Überlegungen stellte Ignacio Walker im Jahr 1999 in seinem Buch „*El futuro de la democracia cristiana*“ an. Für Walker gab es für die DC in Lateinamerika und Europa nur zwei Möglichkeiten: sich zu erneuern oder unterzugehen. Dies bedeutete, ihr Denken musste der gegenwärtigen Gesellschaft angepasst werden. In seinem Buch vertrat er folgende Ansicht: Wenn die chilenische Christdemokratie in der Lage sei, die Herausforderungen der *sociedad emergente*, die durch die bedeutenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Veränderungen in der chilenischen Gesellschaft während der letzten 20 Jahre entstanden sei, anzunehmen und ihnen zu begegnen, dann werde die DC, der diese Veränderungen in erster Linie zu verdanken sind, mit ihrer Tradition, gleichzeitig aber erneuert als Vertreter dieser neuen Gesellschaft in dem ü-

berleben, was Tironi und Agüero (1999) „*el paisaje político chileno*“ nannten.

Seit der Rückkehr zur Demokratie hat die DC kontinuierlich an Wählerstimmen verloren, obwohl sie zwei der erfolgreichsten Regierungen gestellt hat, die es in Chile im 20. Jahrhundert gegeben hat. Die DC hat es nicht nur versäumt, diesen Erfolg zu nutzen, sondern hat außerdem aufgrund verschiedenster Variablen, die in der vorliegenden Arbeit bereits dargestellt wurden, die Gelegenheit ungenutzt gelassen, Wählerstimmen hinzuzugewinnen und auch Teile der rechten sowie linken Mitte zu mobilisieren.

Tabelle 34: Wahlergebnisse der PDC[463]

Senatorenwahlen	Allg. Abgeordnetenwahlen	Kommunalwahlen
1989: 30,57 %	1989: 24,67 %	1992: 28,95 %
1993: 18,53 % (1)	1993: 24,74 %	1996: 23,16 %
1997: 24,27 % (2)	1997: 18,90 %	2000: 19,87 %
2001: 20,04 % (3)	2001: 16,52 %	

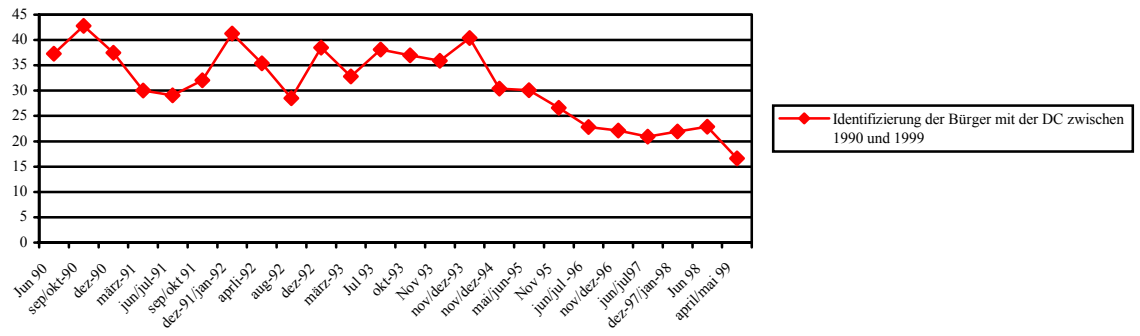
(1) und (3) Gewählt wurde in den Senatorenwahlkreisen entsprechend der Regionen I, III, V, VII, IX und XI. Dies entsprach 28,02 % der Wähler des Jahres 1993 und 28,57 % des Jahres 2001. (2) Gewählt wurde in den Senatorenwahlkreisen entsprechend der Regionen II, IV, VI, VIII, X, XII und der Region der Hauptstadt. Dies entsprach 71,74 % der Wähler.

Tabelle 35: Identifizierung der Bürger mit der DC zwischen 1990 und 1999 (nur eine Antwort möglich)

Zeitraum	PDC	Zeitraum	PDC
Juni 90	37,3	November-Dezember 94	30,4
September-Oktober 90	42,8	Mai-Juni 95	30,1
Dezember 90	37,5	November 95	26,6
März 91	30,5	Juni-Juli 96	22,8
Juni-Juli 91	29,5	November-Dezember 96	22,1
September-Oktober 91	32,5	Juni-Juli 97	20,9
Dezember 91-Januar 92	41,3	Dezember 97-Januar 98	21,9
April 92	35,4	Juni 98	22,9
August 92	28,5	April-Mai 99	16,6
Dezember 92	38,2		
März 93	32,8		
Juli 93	38,1		
Oktober 93	37,0		
November 93	35,9		
November-Dezember 93	40,4		
Durchschnitt 1990-1993	**35,83**	**Durchschnitt 1994-1999**	**23,8**

Quelle: CEP. Vgl. Hinzpeter/ Lehmann 1999. Frage: Mit welcher der folgenden Parteien können Sie sich am ehesten identifizieren?

Abbildung 19: Identifizierung der Bürger mit der DC zwischen 1990 und 1999



[462] Nach dem Militärputsch unterstützte die Konrad-Adenauer-Stiftung die DC auf politischer, intellektueller und wirtschaftlicher Ebene (Hofmeister 1999: 25).

Tabelle 36: Politische Einordnung der Sympathisanten der DC in die Links-Rechts-Dyade (1990-1999)

Zeitraum	Rechts/rechte Mitte	Mitte	Links / linke Mitte	Parteilos	Keine Angaben
Sept.-Okt. 90	5,2	45,8	27,9	8,1	5,6
Dezember 90	9,3	48,7	29,4	5,5	2,8
März 91	17,0	43,0	28,2	4,0	3,9
Juni-Juli 91	12,0	39,0	30,0	5,0	12,4
Sept.-Okt. 91	13,1	52,6	24,3	3,7	4,2
Dez.-Jan. 92	12,0	51,0	23,2	5,9	3,5
April 92	18,3	37,7	25,7	14,0	2,9
August 92	19,4	36,3	34,8	2,7	4,5
März 93	18,6	33,8	39,8	1,2	3,3
Juli 93	20,2	28,6	44,9	2,2	1,5
Oktober 93	21,3	23,9	41,7	6,1	3,1
November 93	19,5	23,1	47,5	2,5	3,4
Nov.-Dez. 93	20,3	22,5	44,5	1,1	3,1
Durchschnitt 1990-1993	15,2	38	33,45	4,45	4,25
Nov.-Dez. 94	26,4	23,9	33,1	3,1	7,7
Mai-Juni 95	31,2	23,2	30,8	0,8	9,8
November 95	27,2	23,5	32,1	2,1	9,3
Juni-Juli 96	34,3	22,4	32,0	0,9	7,5
Nov.-Dez. 96	32,6	13,9	32,6	2,3	8,1
Juni-Juli 97	29,5	16,3	30,3	3,0	12,5
Juni 98	28,0	18,6	34,1	3,1	8,5
April-Mai 99	27,5	17,6	36,6	1,5	10,0
Durchschnitt 1994-1999	29,6	19,9	32,7	2,1	9,2

Quelle CEP. Vgl. Hinzpeter/ Lehamann 1999

Wie die Grafiken zeigen, hat die DC zwischen 1989 und der letzten Wahl des Jahres 2001 kontinuierlich an Wählerstimmen verloren. Besonders die letzte Wahl prägte die DC, da sie ihre Stellung als stärkste Partei einbüßte. Diese Wahl hat eine symbolische Bedeutung, weil die DC an ihr aufgrund einer fehlerhaften Eintragung der Partei ins Wahlregister fast nicht hätte teilnehmen können. Daher musste mit der Unterstützung der Opposition eiligst ein Gesetz erlassen werden, damit die DC doch noch teilnehmen konnte (vgl. Maldonado 2001). Vielleicht war letzteres symptomatisch für die DC, die im Laufe der Zeit unorganisiert wurde und über keinen Zusammenhalt mehr verfügte. Es ist eine DC, die nicht dem entspricht, was Walker gehofft hatte. Zu fragen bleibt an dieser Stelle, warum und an wen die DC so viele Wählerstimmen verlor.

Tabelle 37: Wahlergebnisse der UDI[464]

Senatorenwahlen	Allg. Abgeordnetenwahlen	Kommunalwahlen
1989: 4,85 %	1989: 9,32 %	1992: 10,19 %
1993: 9,30 % (1)	1993: 11,05 %	1996: 2,99 %
1997: 14,28 % (2)	1997: 11,89 %	2000: 14,67 %
2001: 13,32 % (3)	2001: 22,00 %	

(1) und (3) Gewählt wurde in den Senatorenwahlkreisen entsprechend der Regionen I, III, V, VII, IX und XI. Dies entsprach 28,02 % der Wähler des Jahres 1993 und 28,57 % des Jahres 2001. (2) Gewählt wurde in den Senatorenwahlkreisen entsprechend der Regionen II, IV, VI, VIII, X, XII und der Region der Hauptstadt. Dies entsprach 71,74 % der Wähler.

Huneeus (2002a) zufolge hat die UDI vom Wählerstimmenverlust der DC profitiert. Dieser Prozess hatte bereits 1994 begonnen, als die Wähler in der DC von ihrer Mitte-Links-Position in

[463] Vgl. www.servicioelectoral.cl. Prozentzahlen bezogen auf die Gesamtheit der abgegebenen Stimmen.
[464] Vgl. www.servicioelectoral.cl. Prozentzahlen bezogen auf die Gesamtheit der abgegebenen Stimmen.

eine Mitte-Rechts-Position übergingen. In den öffentlichen Umfragen schnitt die DC immer schlechter ab, sie verlor an Wählerstimmen. Das rechtsextreme Lager gewann dabei an Zulauf. Innerhalb der Partei orientierten sich die Mitglieder und Wähler der DC in Richtung rechte Mitte, die Mitgliederzahlen gingen ab 1995 stark zurück; diese Tendenz verstärkte sich 1998 und 1999 noch, gerade in der Zeit der Wirtschaftskrise der Regierung von Frei Ruiz-Tagle. Gleichzeitig wurden verschiedene DC-Mitglieder mit Finanzskandalen in Verbindung gebracht.[465] Andrés Zaldivar verlor die Vorwahlen der *Concertación* gegen den Kandidaten der Linken, der PPD, Ricardo Lagos. Dies führte dazu, dass das rechte Lager der Wähler der DC die UDI unterstützte und die DC einen Teil des linken Lagers ihrer Wähler an die PPD verlor. Vergleicht man die Wählerschaft der DC am Ende der Regierung von Aylwin und am Ende der Regierung von Frei Ruiz-Tagle, wird bei den Wählern der DC eine Rechts-Bewegung erkennbar.

6.5.5 Krise oder Erneuerung in der DC?

Seit dem Jahr 1993, d.h. nachdem Eduardo Frei mit mehr als 58% der Stimmen gewählt worden war, verlor die DC zunehmend Wähler. Seit dieser Zeit ist die DC auf der Suche nach einer Führungsperson, die sie noch immer nicht gefunden hat. Die DC verfügte immer über starke Führungspersonen, die internen Gruppen haben diese respektiert und sind ihnen gefolgt, haben aber auch Ideen und Programme akzeptiert, die es in der Partei gab und die sich gegenüberstanden. Dies war in den 1960er und 70er Jahren der Fall, als Frei diese Führungsrolle innehatte. Seine Entscheidung für den „Eigenen Weg“ und für eine DC, die für Demokratie und Kommunitarismus eintreten sollte, wurde unterstützt.

Aylwin war die Führungsperson während der 1980er und zu Beginn der 90er Jahre. Sowohl seine Führungsrolle, als auch seine Auffassung und Ansichten zur Politik setzten sich in der Partei durch. Konzepte wie die *transición pactada*, der Wiederzusammenschluss der Demokraten, *crecimiento con igualdad* sowie die soziale Gerechtigkeit sind Teil von Aylwins Erbe. Doch ab dieser Zeit gab es innerhalb der Partei keine starke Führung mehr. Dies zeigte sich daran, dass Aylwin aufgrund der Schwierigkeiten bei der Eintragung ins Wahlregister 2001 erneut den Parteivorsitz übernehmen musste. Trotz der überwältigenden Mehrheit, die Frei Ruiz-Tagle im Dezember 1993 erreicht hatte, war er keine Führungsperson, die in der gesamten Partei Anerkennung gefunden hätte. Frei war Anführer des *freismo*, und die Partei stand hinter ihm, doch bis 1998 war das Bestehen der internen Gruppen weiterhin deutlich erkennbar. Über den größten Einfluss verfügte der *aylwinismo* im weitesten Sinne, der einerseits angeführt wurde von Gutenberg Martínez – dies war der größte Teil dieser Gruppe und verfügte über die meiste Macht innerhalb und auch außerhalb der PDC – und von Foxley, der, wie bereits erwähnt, die *cieplan*

[465] Es muss darauf verwiesen werden, dass es sich bei der Mehrheit dieser Finanzskandale nicht um Fälle von Korruption handelte. Die Öffentlichkeit sah darin jedoch Korruptionsfälle, hauptsächlich aufgrund der Berichterstattung der Medien, die unter dem Einfluss der Rechten standen.

boys anführte. Diese waren zwar von entscheidender Bedeutung für den politisch-wirtschaftlichen Erfolg der Strukturreformen in Chile, parteiintern hatten sie jedoch wenig politischen Einfluss. Der *freismo* tat sich mit dem *aylwinismo* mit dem Ziel zusammen, die Führung in der Partei zu übernehmen und Präsident Frei politisch zu unterstützen. Die *colorines* spalteten sich ab und gingen zunehmend ihre eigenen Wege. An ihrer Spitze stand Andrés Zaldivar. Die *colorines* waren der Ansicht, die DC habe ihre Konturen verloren aufgrund der mit den Parteien der Linken der *Concertación* eingegangenen Kompromisse sowie aufgrund der Tatsache, dass die eigene Identität fehle, die sich in der Koalition aufgelöst habe.

Innerhalb der Partei erkannten die Strömungen keine klare Führungsperson an – dies ist bis heute der Fall –, obwohl die DC über genügend Führer verfügte, die in der Öffentlichkeit ein hohes Ansehen genossen.[466] Nach den Parlamentswahlen im Dezember 1997 war für die DC die Phase der Ruhe und Zufriedenheit beendet. Ab 1998 begann die Partei zu begreifen, dass ihr die Unterstützung durch die chilenische Gesellschaft und die Wähler nicht für alle Zeiten sicher ist.[467] Daraufhin legte die DC ihre Selbstgefälligkeit, die ihr fast in den gesamten 1990er Jahren zu eigen gewesen war, ab. Dennoch fand sie keine Antwort auf die Frage, warum sie in der Gunst der Wähler so gesunken war. Die UDI, die Partei Pinochets, hatte DC-Wähler aus den ärmeren Bevölkerungsschichten und dem Kreis der Mittelschichten, also aus den Schichten, in denen es immer eine besonders große Zahl an DC-Wählern gegeben hatte, für sich gewinnen können. Als der Sozialist Lagos, der im Rahmen der PPD von der DC unterstützt wurde, die Macht übernahm, gab es in der DC immer noch keine Führungsperson und sie hatte keine Lösung dafür finden können, wie sie ihre Wähler zurückgewinnen könnte. Hinzu kam, dass die beiden bedeutendsten Gruppen der 1990er Jahren an Macht verloren und von den *colorines* und ihrem Führer Andrés Zaldivar besiegt wurden. Dieser gewann die parteiinternen Wahlen im Januar 2002 mit mehr als 50% der Stimmen und setzte sich so gegen Jorge Pizarro, den Vertreter des *aylwinismo*, und gegen Ignacio Walker durch.

Die Gruppen innerhalb der PDC blieben als Namen bestehen. Hinsichtlich der Ideen und Programme gab es keine größeren Unstimmigkeiten, mit Ausnahme der *colorines*. Nach außen aber zeigte sich die Partei gespalten und zersplittert, weil ihr eine Führungsperson fehlte, die über die verschiedenen Gruppen hinweg die gesamte Partei zusammenhalten und leiten konnte. Ignacio Walker erklärte, das Problem der DC bestehe darin, dass sie sich von den Menschen und der *sociedad emergente* erntferne: „El PDC se encuentra enfrascado en una despiadada lucha de poder enquistado en el aparato estatal, como pretendiendo vivir de ciertas inercias y como si tuviera un lugar ganado en la política chilena. Resulta casi patético, sólo vía ejemplo,

[466] Im April/Mai 1999 veröffentlichte die CEP eine Umfrage über die Beliebtheit von Politikern. Sieben der zehn Erstplatzierten gehörten der DC an. Im Jahr 2002 gehörten in derselben Umfrage wiederum fünf DC-Politiker zu den Bestplatzierten (vgl. www.cepchile.cl).

[467] Zwischen 1996 und 2003 war keiner der Vorsitzende der PDC in der Lage, dem Verlust an Wählern entgegenzuwirken: Alejandro Foxley (aylwinismo/freismo/*cieplan boys*); Enrique Krauss (colorines/ehemalige guatones); Gutenberg Martínez (aylwinismo/freismo); Ricardo Hormazábal (aylwinismo/freismo); Patricio Aylwin (*consenso*); Adolfo Zaldivar (colorines) (vgl auch Huneeus 2002).

que ninguno de los siete personajes políticos mejor evaluados por la opinión pública [hier bezog er sich auf die im April 1999 durchgeführte Umfrage] ocupe cargos directivos al interior del partido.“ (1999: 191)

Die DC war eine Partei, die über einen großen Reichtum an Ideen verfügte, der Menschen verschiedener Schichten und verschiedener Altersgruppen angehörten und sie war nicht konfessionell. Ihre Mitglieder waren im Allgemeinen von großer Bedeutung in den verschiedenen Bereichen der Entwicklung Chiles. Diese interne Vielfalt führte jedoch auch dazu, dass es in der Geschichte der DC unterschiedliche Konzepte und Gesellschaftsmodelle gab, die vielfach von den Gruppen, die innerhalb der Partei entstanden, vertreten wurden. Mit Beginn der 1990er Jahre wurden die internen Differenzen verstärkt durch persönliche Projekte Einzelner, durch das Fehlen einer Führungsperson, das Fehlen von Inhalten und kommunitaristischen Plänen. Dies war bereits seit der Gründung der DC eines ihrer politischen Merkmale: „Ya lo hemos dicho: el PDC ha dejado de ser un partido de personas y se ha convertido en un partido de grupos animados por una despiadada lógica del poder. En el fondo, el deterioro de nuestra convivencia interna responde a la pérdida de aquello que es lo más característico de nuestro ethos partidario: el sentido comunitario de la política. “ (Walker 1999: 213)

Soziologen sind sehr besorgt angesichts der Zukunft der DC, halten sogar ihr Ende für möglich. Nicht nur der DC nahestehende Soziologen bewegt diese Sorge. Der Soziologe Cortés Terzi schreibt, die Krise der DC hänge möglicherweise zusammen mit der Skepsis und der Ermüdung einiger Gruppen oder Personen, oder damit, dass es nicht genügend Ideen und Energien gegeben habe, um der Situation zu begegnen, oder mit dem allgemeinen seelischen Zustand, der in eine Art depressive Introvertiertheit übergegangen ist. Welches auch immer die Gründe für die Krise der DC sein mögen, so Terzi, es waren keine systematischen gemeinsamen Bemühungen erkennbar, um dieser Krise ein Ende zu bereiten (2002a: 1). Der Verfasser stimmt mit Cortés Terzi überein, wenn dieser darlegt, in der DC habe man beobachten können, dass es trotz der hervorragenden Ausbildung ihrer Führer und Mitglieder kein gemeinsames Projekt gegeben habe, um dieser Krise in der Partei gemeinsam entgegenzutreten. Es gibt in Chile keine und in Lateinamerika nur wenige Parteien, denen eine solche intellektuelle Fähigkeit gegeben ist. Die DC verfügte über Akademiker und Politiker, die an den besten Universitäten der Welt ausgebildet wurden, Ökonomen, Soziologen, Politikwissenschaftler, welche nicht in der Lage waren, die Partei als Institution zusammenzuführen, um über das Problem der DC nachzudenken, Lösungen dafür vorzuschlagen und diese dann auch umzusetzen. Die internen Strömungen taten ein Übriges (vgl. Cortés 2002). Daher stellt sich folgende Frage: Wenn die DC und ihre politischen Intellektuellen in der Lage waren, sich Ende der 1970er und zu Beginn der 80er Jahre mit der sozialistischen Linken trotz der bestehenden unvereinbaren Gegensätze zwischen der Regierung von Frei Montalva und von Allende auf ein gemeinsames politisches Projekt zu einigen, warum gelingt es ihr dann nicht, parteiintern die Differenzen in Formfragen zu vergessen – Differenzen

hinsichtlich des Projekts lagen ja nicht vor, da keines existierte – und einen Ausweg aus der Krise zu finden, bei der es sowohl um Wähler als auch um das politische Projekt geht? Die Antwort hierauf geht über diese Fragestellung an sich hinaus und muss von den politischen Intellektuellen der DC selbst gegeben werden.

Carlos Huneeus (2002) schreibt in Übereinstimmung mit Ausführungen auf den vorhergehenden Seiten dieser Arbeit, dass einer der Gründe für die Krise der DC die Schwierigkeit bei der parteiinternen Führung sei. Die Partei könnte stolz sein auf ihre Politik, doch sie verlor zunehmend die Unterstützung der Wähler. Huneeus führt vier Faktoren an, die zu diesem Verlust an Wählerstimmen beigetragen haben: (a) Der Preis für die Demokratisierung, da die ersten demokratischen Regierungen Gefahr laufen, durch die Übernahme der Verantwortung im Prozess der Transition und der Konsolidierung der Demokratie sehr stark beansprucht und aufgezehrt zu werden. Die positiven Ziele, die erreicht werden, sind schnell vergessen, die Bürger sehen in ihnen eine Errungenschaft durch die Demokratie im Allgemeinen, den Preis dafür zahlt die Partei, die im Übergangsprozess die Führung übernimmt. So schafft die Demokratie hohe Erwartungen bei den Menschen. Werden bestimmte Erwartungen nicht erfüllt, wird dafür die Regierungspartei verantwortlich gemacht. (b) Die Hürden aufgrund des Präsidentialismus. Dieser misst den Parteien bei der Regierungführung wenig Bedeutung zu, wodurch diese strukturell geschwächt werden. (c) Der Einfluss der Presse. Die Presse steht unter dem Einfluss der Rechten und der rechten Mitte. Offen wird ihre Einstellung gegen die DC gezeigt, Fehler von Christdemokraten, die ein Regierungsamt innehaben, werden breitgetreten. Die Erfolge der UDI hingegen werden besonders betont. Huneeus verweist darauf, dass die Presse zweifelsfrei parteiisch ist. (d) Die negative Einstellung von Teilen der Bevölkerung und der Elite des Landes gegenüber den Parteien. In der Gesellschaft Chiles existiert eine ablehnende Haltung gegenüber der Politik und den politischen Parteien (vgl. Kapitel 5; Heine 2001; Arriagada 1997 und 2001). Die DC ist die Partei, die jahrelang ununterbrochen an der Regierung war, daher wurde sie auch als „*establishment*“ bezeichnet. Aufgrund ihrer langen Regierungszeit (seit 1957) war sie der typischste Vertreter der politischen Parteien Chiles.

Der Verfasser teilt nahezu vollständig die Auffassungen von Walker, Cortés und besonders von Huneeus. Es gibt jedoch eine weitere Variable, die bisher nicht in Betracht gezogen wurde und im Zusammenhang mit der Struktur der Parteien in Lateinamerika von Bedeutung erscheint. Dies wurde schon in den Kapiteln 1, 2 und 5 angesprochen. Dabei geht es darum, welchen Parteityp die DC vertritt. Die DC befindet sich in einem Übergang von einer Volkspartei zu einer modernen professionellen Wählerpartei, wie von Panebianco und von Beyme dargelegt, da sie Merkmale aufweist, die für diesen Parteityp charakteristisch sind. So besitzt ihre politische Klasse z.B. einen hohen Bildungsgrad. Auch widmet sich ein großer Teil dieser politischen Klasse ausschließlich der Politik, und auch wenn die Parteienfinanzierung in Chile noch nicht realisiert ist, so hat die PDC doch eine gewisse wirtschaftliche Unabhängigkeit und kann

sich ihren politischen Aktivitäten widmen. Verbunden mit der Partei existiert sogar eine Reihe von politisch-akademischen Institutionen, die mit der Partei zusammenarbeiten. Auf diese Weise besitzt die Partei eine konsolidierte Institutionalität und allgemein ausgedrückt politisch-ideologische Definitionen. Doch es bleibt abzuwarten, ob sie diesen Prozess auch erfolgreich abschließt oder es bei dem Versuch bleibt. In den 1990er Jahren haben die internen Gruppen durchaus nicht zu dieser Entwicklung beigetragen.

Die wichtigste Variable für die DC und ihre Umwandlung oder Modernisierung ist sicherlich die Tatsache, dass die ehemaligen Führer in der Parteiführung nicht den Weg für die neuen Generationen frei machten. Dies ist jedoch eine *conditio sine qua non* für den Übergang zu einer professionellen Wählerpartei. Es muss eine ständige Erneuerung stattfinden. Der derzeitige Senatspräsident Andrés Zaldivar, heute 67 Jahre alt, ist seit 40 Jahren einer der führenden DC-Politiker. Bereits mit 27 Jahren war er Minister unter Frei Montalva. Der letzte christdemokratische Vorsitzende der Abgeordnetenkammer war Luis Pareto (73 Jahre), er war zugleich der letzte Vorsitzende der Kammer vor der Ära Pinochet gewesen. Bei den Ministern der Regierungen, an denen die DC in den letzten zwölf Jahren beteiligt war, lag der Altersdurchschnitt bei 57 Jahren, die derzeitigen Vorkandidaten der Partei für das Präsidentenamt werden im Jahr 2005, dem Jahr, in dem gewählt wird, ein Durchschnittsalter von etwa 63 Jahren erreicht haben.[468] Das Durchschnittsalter der Abgeordneten der DC liegt bei rund 52 Jahren, bei den Abgeordneten der UDI bei 41 Jahren. Hinzu kommt bei der DC, dass die Politiker der PDC häufig verwandtschaftliche Beziehungen untereinander haben. In der DC tauchen immer wieder dieselben Namen auf, weil es sich um verschiedene Generationen einer Familie oder um verwandtschaftliche Verbindungen handelt. Dies und die Tatsache, dass führende DC-Politiker über sehr lange Zeit ihre Ämter innehatten, zeigen, dass die DC keine moderne, sondern eine traditionelle Partei ist. Es könnten noch viele weitere Beispiele angeführt werden. Hiermit soll keine Kritik an den älteren Vertretern der Partei verbunden sein. Zu bedenken bleibt jedoch, dass seit 40 Jahren sie allein die Politik der Partei führten und noch heute führen. Dies wird von den Wählern bestraft, die eine alte, traditionelle Partei sehen, die sich nicht erneuert und nicht für den Wandel steht. In der DC gibt es derzeit viele junge Mitglieder, die bereit sind, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei Führungspositionen zu übernehmen. Doch ihnen wurden keine Ämter übertragen.[469]

Die DC blickt innerhalb des chilenischen Parteiensystems auf eine schwere Geschichte zurück, daher ist es, wie auch von Beyme (2001) ausführt, in einem Mehrparteiensystem schwer, sich von dieser Vergangenheit zu lösen. Am deutlichsten wird dies dadurch, dass die bedeu-

[468] Eduardo Frei 1942; Soledad Alvear 1950; Jaime Ravinet 1946; Adolfo Zaldivar 1943; Alejandro Foxley 1939; Andrés Zaldivar 1936.

[469] Der Fraktionsvorsitzende der DC, Patricio Walker, der sich gegenüber dem vom Parteivorsitzenden vorgeschlagenen Kandidaten durchgesetzt hatte, ist mit 33 Jahren der Abgeordnete der DC, der mit Abstand die meisten Stimmen in der letzten Parlamentswahl erhielt (etwa 45%), doch er übernahm den Fraktionsvorsitz entgegen dem Willen der Parteispitze, die sich für einen älteren Kandidaten aussprach.

tendsten politischen Ämter mit Personen besetzt sind, die bereits über 50 Jahr alt sind, die meisten sogar über 60. Die DC steht als Partei vor tiefgreifenden Problemen und vor Schwierigkeiten hinsichtlich des Bildes, das sie abgibt. Sie ist eine Partei, die alt und müde geworden ist.[470] Ihr fehlen neue Ideen, sie ist eng mit der Macht verbunden und erscheint nicht mehr so bescheiden. Dies war immer ein für die DC typisches Verhalten und hob sie von anderen ab. Durch die Beziehung zur Macht wurde die DC – sei es gerechtfertigt oder ungerechtfertigt – mit Finanzskandalen in Verbindung gebracht. Zwar waren auch die meisten anderen Parteien der Regierungskoalition davon betroffen, die DC war jedoch am stärksten betroffen, weil sie innerhalb der Koalition die wichtigste Partei war, die in Wirtschaft und Politik die größte Verantwortung trug. Sie war außerdem eine Partei, die unter inneren Streitigkeiten zu leiden hatte und über keine klare Führungsperson verfügte. Ihr fehlte ein Projekt für eine neue Gesellschaft, das sie in anderen Zeiten der chilenischen Politik durchaus bieten konnte.[471]

Die Konsenspolitik, die Aylwin zu einer Zeit begonnen hatte, in der dies notwendig war, zog sich in die Länge. Die Konsequenzen bekam die DC zu spüren, da sie einerseits die Partei war, die immer nachgeben musste und Kompromisse einging, die aber auch dadurch aufgezehrt wurde, dass ihr eine eigene Ideologie fehlte. Außerdem konnte sie nicht das System kritisieren, für das sie selbst eingetreten war. Die Rechte und besonders die UDI nutzten diese politische Verantwortlichkeit der wichtigsten Regierungspartei, verfolgten eine Polarisierung und betrieben eine populistische Politik. Sie vertraten eine sozial-christliche Linie, die aber nur nach außen hin existierte, und nahmen der DC die christliche Linie der Mitte und damit auch Wähler, die sich mit dieser Ausrichtung identifizierten.[472]

Ebenso wie bei anderen traditionellen Parteien Lateinamerikas mussten auch bei der DC die politischen Führer, d.h. die Intellektuellen der Partei, Aufgaben innerhalb der Regierung übernehmen; daher gingen der DC bedeutende Mitglieder und Intellektuelle verloren, die sich aufgrund ihrer Aufgaben im Staat vom parteiinternen Leben entfernten. Dieses Phänomen zeigte sich noch deutlicher auf regionaler Ebene des Landes. Wenn diese Regierungsmitglieder am Ende ihrer Amtszeit sind, ist es schwierig, sie wieder in die Partei einzubinden, da der Platz, den sie hinterließen, als sie gingen, automatisch mit einem anderen Mitglied besetzt wurde. Daher müssen sie sich dann eine andere Möglichkeit der politischen Partizipation innerhalb der Partei suchen, bei der sie aber nicht dieselbe Rolle spielen und die gleiche Bedeutung haben.

---

[470] Eine Studie der Psychologischen Fakultät der *Universidad Católica* im Jahr 2002, bei der Jugendliche zwischen 16 und 19 Jahren befragt wurden, mit welchen politischen Parteien sie sich identifizieren könnten, brachte folgendes Ergebnis: UDI 18,5%; RN 10,5%; PS 13,9%; PPD 7%, den letzten Platz belegte die DC mit 5,5%; parteilos 16,8%. In einer Umfrage der INJ (*Tercera Encuesta de Juventud*) unter Jugendlichen zwischen 15 und 19 Jahren im Jahr 2001 erhielt die PS 6,7%; die DC 6,1%; und die UDI 6% der Stimmen.

[471] Huneeus zufolge spielte bei den Schwierigkeiten, vor denen die Parteien Ende der 1990er Jahre standen, die Abwertung, die die Diktatur gegenüber den Parteien 17 Jahre lang betrieben hatte, eine wichtige Rolle. Sie waren für sämtliche Probleme im Land verantwortlich gemacht worden. Dies rückte sie in ein schlechtes Licht verglichen mit den nichtpolitischen Experten, die diese Probleme lösen konnten.

[472] Vgl Grafik xxx und Revilla 1999

6.6 Fazit

Die chilenische *Democracia Cristiana* ist eine Partei, die historisch durch die Bedeutung charakterisiert wird, die ihre internen Gruppen besitzen, einem Merkmal für Volksparteien, in denen sowohl die Ideologie, das Programm als auch die Führungspersönlichkeiten eine wichtige Rolle spielen. Die Geschichte der DC ist eng mit ihren internen Gruppen verbunden, deshalb können vier Etappen unterschieden werden, die durch ihre jeweiligen Gruppen charakterisiert werden: a) die *oficialistas*, *terceristas* und *rebeldes* agierten im Kontext der Regierung Frei Montalva, b) die *oficialistas* und *terceristas* agieren im Kontext der Regierung von Allende und zu Beginn der Militärdiktatur, c) die *guatones* und *chascones* ab Mitte der 1970er Jahre bis zu Beginn der Regierung Aylwin, d) *aylwinistas*, *freistas* und *colorines* seit der Regierung Aylwin bis heute.

Hinsichtlich der DC kann man feststellen, dass die internen Gruppen zu ahnen begannen, dass diese Partei nun Tendenzen zu einer Volkspartei hatte. Man kann sagen, dass die *Falange Nacional* Mitte der 1950er Jahre begann, Wahlergebnisse zu erzielen, die sich der Zehn-Prozent-Marke annäherten. Mit Gründung der PDC im Jahre 1957 und der Kampagne von Frei 1958 wurde sie zu einem wichtigen Akteur im chilenischen Parteiensystem, womit ihre Periode der Konsolidierung als Partei begann. Zu diesem Zeitpunkt entstanden auch die beiden wichtigsten inneren Strömungen: die christliche und die rebellische, die den Ursprung der bedeutendsten Gruppen in den 1960er und teilweise in den 1970er Jahren darstellten, nämlich der *oficialistas*, der *rebeldes* und der *terceristas*.

Unter der Regierung Allendes wandelte sich die DC von der kooperierenden Opposition zur polarisierten Opposition, bedingt durch die politischen Bedingungen, die das Regime der UP langsam schuf; intern litt die PDC unter der Spaltung der Führerschaft, die vom Sektor der *terceristas* ausging; in der Partei konsolidierte sich die Linie der *oficialistas* in der Macht. Während der Diktatur erfüllte die DC dann ihre Rolle als zentrale Partei zwischen der Opposition und Pinochet und erreichte eine Übereinkunft mit den Sozialisten, um eine gemeinsame Opposition zu schaffen und eine Regierungskoalition zu bilden. In diesem Kontext entstanden die beiden Nachfolgetendenzen der *oficialistas* und *terceristas*, nämlich die *guatones* und *chascones*. Erstere setzten sich in der Partei in den 1970er Jahren durch, die Letzteren bis 1987, dem Jahr, als Aylwin (der Führer der *guatones*) die Präsidentschaft der PDC gewann und anfing, den Prozess der Opposition, die Transition und später auch die demokratische Konsolidierung zu leiten. Die DC hat in den 1990er Jahren und zu Beginn des Jahres 2000 einen erfolgreichen demokratischen Konsolidierungsprozess hinter sich, dennoch hat sich dieser Erfolg nicht in einem Vorrücken oder einer Konsolidierung der Partei bei den Wahlen niedergeschlagen.

Wenn man die DC im Laufe der Jahre beobachtet, kann man sehen, dass ihre Führer in den 1960er Jahren, trotz der internen Differenzen in dieser Zeit, es schafften, die DC von einer klei-

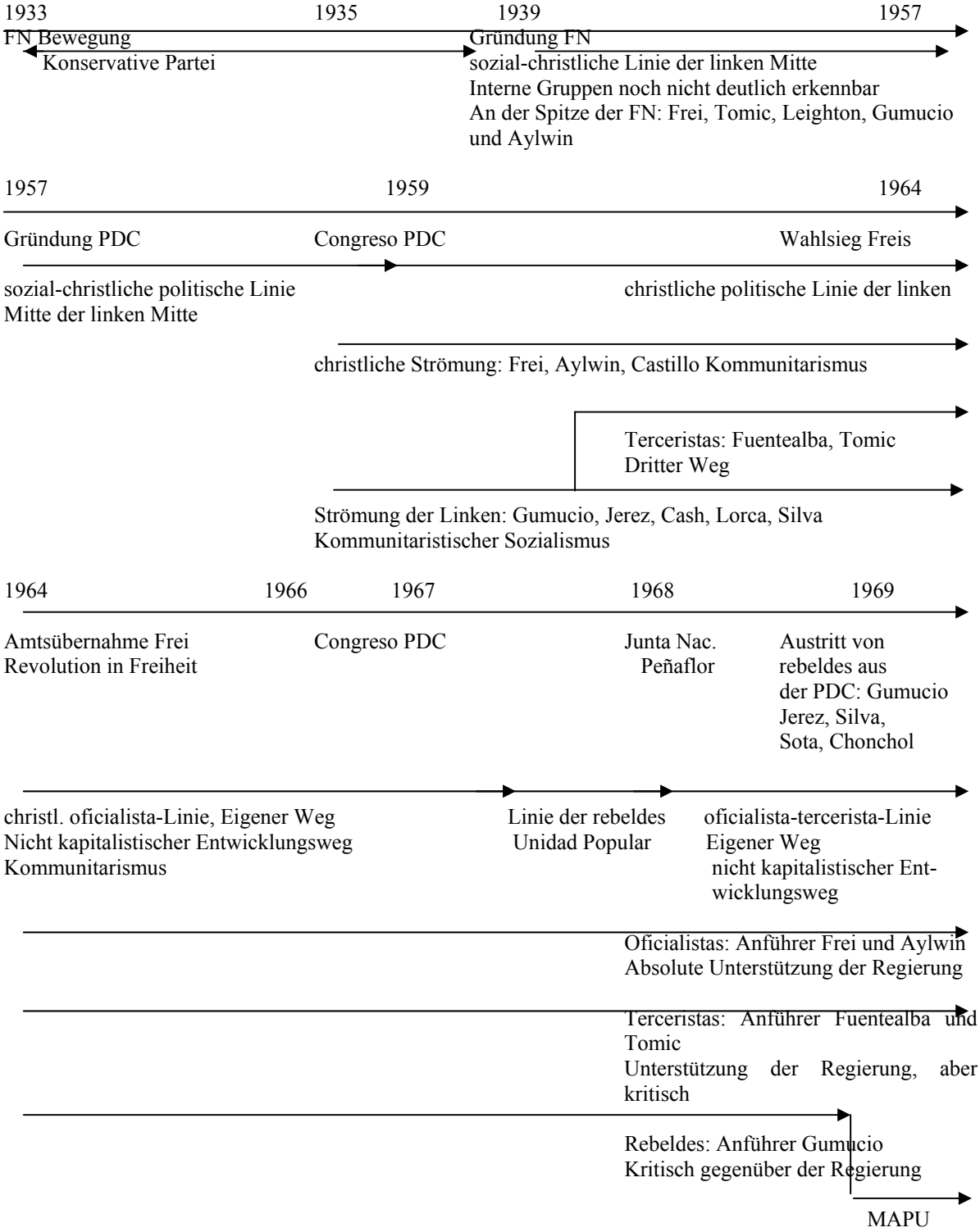
neren Partei im chilenischen Parteiensystem in eine Partei zu verwandeln, die mehr als 40 Jahre lang die größte Partei in Chile war. Dies haben die Führer in den 1990er Jahren nicht erreicht und auch nicht fortgesetzt, da gerade die internen Gruppen nicht dazu beigetragen haben, die Partei weiterzuentwickeln und zu modernisieren. Im Kontext des Konsolidierungsprozesses der Demokratie, der grundlegend von der DC geleitet worden war, vermochte es diese Partei nicht, bei Wahlen weiterzuwachsen, von den Anfängen der Redemokratisierung bis heute hat sie fast die Hälfte ihrer Stimmen verloren.

Auf den vorherigen Seiten wurden die Gründe für dieses Scheitern der PDC untersucht; sie hängen eben mit den internen Gruppen der letzten Zeit zusammen, die die Partei dazu benutzten an die Macht zu gelangen – eine Sache, die normal ist bei politischen Parteien – aber sie haben die Partei nicht zu einer besseren Kommunikation dessen geführt, was I. Walker eine „*sociedad emergente*“ nennt. Die Unterbrechung des sozialen Dialoges, die für die DC charakteristisch ist – wie Nohlen 1973 darlegte – ist tatsächlich reichlich diffus, in einem Land, das immer noch eine wichtige Kultur der Assoziativität hat (vgl. den Bericht der UNESCO von 2002). Die internen Gruppen waren zu sehr damit beschäftigt, Machtbereiche auszufüllen, die der Staat der Regierungskoalition und der PDC überlassen hatte, als dass sie neue Zusammenhänge und Räume der sozialen Kommunikation suchen konnten.

In den 1980er Jahren besaß die DC eine Führungsrolle innerhalb der gesellschaftlichen Großgruppen der Arbeiter, Akademiker, Studenten etc., gegenwärtig hat sie diese Dominanz verloren, der überwiegende Teil ist in den Händen der linken Parteien innerhalb der *Concertación*, oder bei der extremen Rechten, der UDI. Im Hinblick auf die Nichtregierungsorganisationen steht die DC an fünfter Stelle, nach der PS, der PPD, der PC und der UDI (vgl. Bericht des MIDEPLAN 55/2002). Wenn zum Vorherigen dazukommt, dass die DC kaum Einfluss auf die Kommunikationsmittel hat, wird sich beobachten lassen, dass die Kommunikation mit der *sociedad emergente* noch viel schwieriger ist.

Es ist merkwürdig, dass eine Partei mit einer Geschichte, die mit dem Fortschritt und der Demokratie von Chile eng verbunden ist, die außerdem eine hoch qualifizierte politische Klasse besitzt und die internationales Ansehen genießt wie nur wenige in Lateinamerika, ihre Identifikation mit dem Wähler verloren hat. Die Herausforderung für die DC und ihre internen Gruppen ist jetzt, einen besonders guten Kommunikationskanal zu finden, der es ermöglicht, mit dieser *sociedad emergente* in Verbindung zu treten, um sie so repräsentieren zu können.

Abbildung 20: Entwicklung der internen Gruppen und politischen Ausrichtungen innerhalb der PDC 1957-1973



1970 — 1971 — 1972 — 1973

Niederlage Tomics
Sieg Allendes
UP Regierung

Entstehung der CODE

Militärputsch
11.09

Linie der terceristas
Opposition durch Kooperation

Konsenslinie zwischen terceristas u. oficialistas
harte, dialogbereite Opposition

Konsenslinie in der PDC
unter Führung der oficialistas
totale Opposition

Oficialistas

Terceristas

Austritt einiger terceristas: Parra, Maira, Videla, Jaramillo, Buceta, Urra, Ramírez, Miquel, Concaha
Gründung der IC zusammen mit Gumucio, Chonchol, Jerez und Silva

Abbildung 21: Entwicklung der internen Gruppen und politischen Ausrichtungen innerhalb der PDC 1973-1989

1973 — 1974 — 1975 — 1977

11.09 Militärputsch

uneinige interne Linie

nur eine polit. Linie, totale Opposition gegenüber der Diktatur
unter der Führung der oficialistas/guatones

Bedauern der Vorfälle,
aber keine Verurteilung

Oficialistas = Guatones (JDC)
Dialog nur mit demokratischen Gruppen von der rechten Mitte bis zur linke Mitte

absolute Verurteilung
des Militärputschs

Terceristas = Chascones (JDC)
Dialog mit der demokratischen Linken im Exil

1977 — 1980 — 1982 — 1985

Plebiszit über neue Verfassung

Tod Freis
interne Wahlen
PDC Wechsel der politischen Linie

Politische Linie der Opposition gegenüber der Diktatur, Suche nach einer politisch-institutionellen Lösung, Anführer: guatones

Verständigung mit der Linken im Exil

Guatones: Suche nach politisch-institutioneller Lösung. Führer: Frei, Aylwin, Andrés Zaldivar, Martinez

Uneingeschränktes Bündnis mit der Linken. Führer Fuentealba, Tomic, Valdés

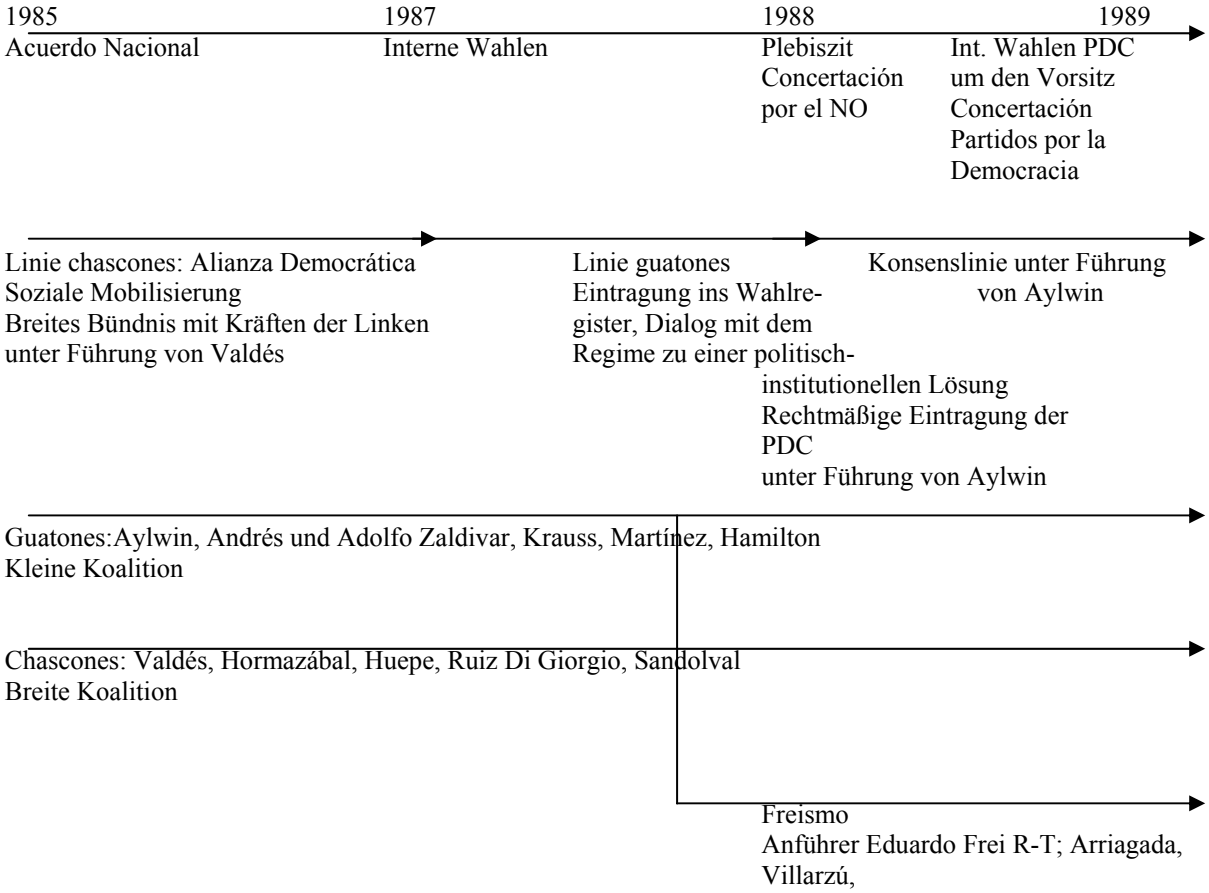
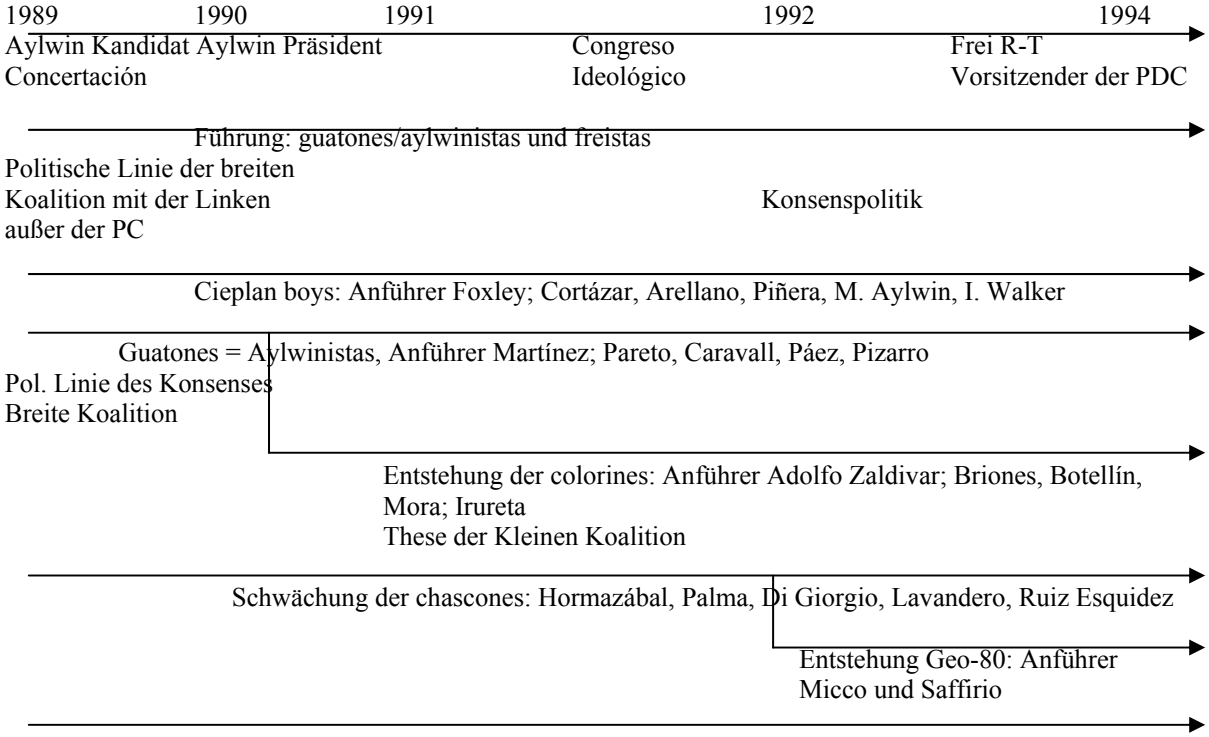


Abbildung 22: Entwicklung der internen Gruppen und politischen Ausrichtungen innerhalb der PDC 1989-2000



1994 1998 1999-2000

Frei Präsident Chiles
Foxley Vorsitzender PDC

Ständiger Verlust an Wähler-

PDC verliert die stimmen der PDC internen Vorwahlen in der Concertación
Lagos Präsident

Diffuse politische Linie. Konsens wird bevorzugt. Keine interne ideologische Diskussion. Die Regierung wird nur verwaltet. Die Koalition der linken Mitte wird bevorzugt.

Aylwinismo und Freismo konsolidieren sich innerhalb der Partei und in der Regierung. In den 1990ern erleben sie intern eine Schwächung.

Chascones verfügen über sehr wenig Macht

Cieplan boys verlieren Macht in der Partei

Colorines erhalten mehr Macht in der Partei. Kritisch gegenüber der Führung der Partei, Ende der 1990er übernehmen sie die Macht in der PDC

7 Erträge der vergleichenden historischen Untersuchung der lateinamerikanischen politischen Parteien: PDC, PAN und PJ

7.1 Die Diskussion über die Regierungsform in Lateinamerika und der Wert der Institutionalisierung der politischen Partei

In Kapitel 3 wurde im Zuge der vergleichenden Analysen die Diskussion über Präsidentialismus gegenüber Parlamentarismus angestoßen, die seit Ende der 1980er Jahre im Rahmen der Debatte über Reform und Entwicklung der Politik hervortrat. In besagtem Kapitel wurde festgestellt, dass die Debatte derzeit fernab jeder Polemik geführt wird, da die Kernaussage der Gegner des Präsidentialismus, diese Regierungsform sei ein Hindernis für die demokratische Entwicklung und ihre Konsolidierung, Lügen gestraft wurde. Die Realität hat belegt, dass das präsidentielle System vollkommen zu funktionieren vermag und ansehnliche politische Ergebnisse hervorzubringen imstande ist. Die Kontextualisten ihrerseits legten mit Nohlen, einem ihrer führenden Vertreter, dar, dass die Schwierigkeiten der Demokratie in Lateinamerika nicht nur auf institutionelle Faktoren zurückzuführen sind, sondern dass vielmehr historische, politische, gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Kontexte die Auswirkungen der institutionellen Faktoren determinieren und einen gewichtigen Einfluss auf die demokratische Stabilität ausüben. Darüber hinaus, so die Kontextualisten weiter, haben unabhängig vom Regierungssystem der Gegensatz der Ideologien, die wirtschaftliche Stagnation und die sozialen Unterschiede den Niedergang der Demokratie mitbeeinflusst. Prägnante Beispiele hierfür sind Uruguay und Chile. In der vorliegenden Studie ist zudem mehr als deutlich geworden, dass vor allem im Fall Chiles die Variablen, die die Demokratie in besagtem Land zum Untergang verurteilten, verschiedener Natur sind; insofern lässt sich die Schuld für die Unterbrechung der Demokratie in Chile nicht allein im Präsidentialismus verankern.

In der zweiten Hälfte der 1990er mussten die Gegner des Präsidentialismus einräumen, dass diese Regierungsform nicht als Hindernis für die Demokratie herangezogen werden konnte, da trotz Problemen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Art sowie bewaffneter Konflikte, Korruption und schlechter Regierungsführung die Demokratie in der Region sich nicht nur hält, sondern sich zudem gefestigt hat und nach und nach ihren Platz als Teil der politischen Kultur Lateinamerikas eingenommen hat. Linz hat dieses Eingeständnis bereits 1997 teilweise vollzogen. Dass politische Stabilität nicht nur eine Frage institutioneller Variablen ist, wird jedoch noch deutlicher mit der Veröffentlichung Mainwarings und Shugarts im selben Jahr, die, ohne dies zu äußern, die von Nohlen ab 1989 vertretene These bestätigen. Nohlen bringt diese Debatte durch seine Veröffentlichung, gemeinsam mit Fernández, 1998 zum Abschluss. Beide Veröffentlichungen halten fest, dass der Präsidentialismus bei der Konsolidierung des Demokratie-

prozesses eine tragende Rolle gespielt hat. Der geweissagte neuerliche Niedergang der Demokratien in Lateinamerika ist dagegen nicht eingetreten. Vielmehr lässt sich eine *Elastizität des Präsidentialismus* gegenüber neuen Formen administrativer Interaktion beobachten. Dieser Typ des politischen Systems besitzt in der Mehrheit der Länder Schutzmechanismen, um Fehlentwicklungen der Regierungen entgegenzuwirken. Collor de Mello, Abdalá Bucarám, Andrés Pérez, Alberto Fujimori und sogar Fernando de la Rúa sind deutliche Belege dafür, dass innerhalb des präsidentiellen Systems Instanzen bestehen, um Probleme im Bereich der Machtbefugnisse wie auch deren Missbrauch zu regeln. Selbst der Fall Chávez tendiert in diese Richtung.

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass die Regierungsform des präsidentiellen Typs keine Variable darstellt, die sich als Destabilisator der Demokratie bezeichnen ließe. Vielmehr ist über jeden Zweifel bewiesen, dass dieser seinen Beitrag zur Konsolidierung der Demokratie in Lateinamerika geleistet hat. So steht das Bild des Präsidenten in der Öffentlichkeit stets über dem des Parlaments, der politischen Klasse im Allgemeinen und über dem der Parteien (vgl. Latinobarómetro 2003) Folglich entbehrt diese Debatte auf der theoretisch-deduktiven, abstrakten Ebene jeden Gehalts; sie ist vielmehr auf der empirisch-historischen Ebene zu führen. Zu untersuchen sind demnach die Institutionen und ihre Auswirkungen in konkreten, spezifischen Kontexten. Dabei wird in jedem Einzelfall zu beantworten sein, welche institutionelle Struktur der politischen Stabilität am meisten entgegenkommt. Es geht nicht um die Frage, ob sich der Präsidentialismus kontraproduktiv auf die Demokratie auswirkt oder nicht. Selbst wenn sich diese Frage anböte, so ließe sie sich nur auf Grund einer Untersuchung der präsidentiellen Demokratien in ihren jeweiligen Kontexten beantworten. In diesem Sinne hat der Präsidentialismus in Lateinamerika empirisch belegt, dass er als Faktor für Fortbestand wie auch Stabilität der Demokratie fungiert hat. In der vorliegenden Untersuchung über die Parteien in Lateinamerika wurde in Fortführung der obigen Ausführungen deutlich, dass das politische System nicht die Variable ist, die über politische Stabilität entscheidet. Schließlich wird mehrheitlich die Auffassung vertreten, dass Vielparteiensysteme politisch instabiler sind als Systeme mit weniger Parteien. Argentinien und Chile zeigen beispielsweise, dass in Vielparteiensystemen die Polarisierung einen wichtigeren Faktor darstellt als die Fragmentierung.

Im Fall Chiles lässt sich zwar eine Fragmentierung des Parteiensystems konstatieren; unter anderem hat jedoch das Wahlsystem – hier das binominale System – dazu geführt, dass die Parteien sich in Koalitionen zusammenfinden (*Concertación* und *Alianza por Chile*) Bis zur dritten Regierung der *Concertación* hat das Land politische Stabilität bewiesen, was sich jedoch nicht ausschließlich auf Wahlsystem und Parteiensystem zurückführen lässt. Hinzu tritt vielmehr die Variable der politischen Klasse Chiles und der politischen Kultur des Landes. Erstere Variable – die der politischen Kultur – hat mit der rechten und linken Mitte ein bedeutendes Ausmaß an Konsens wie auch an Effizienz und transparenter Regierungsführung bewiesen. Dieser Umstand findet seine Begründung in Zusammenhang mit der zweiten Variablen – der politischen Kultur

Chiles: Trotz der Diktatur Pinochets besitzt das Land unumstößlich eine demokratische Tradition; insofern gründet sich der Erfolg des Übergangs zur Demokratie und der Konsolidierung derselben sicherlich auch auf das Wahlsystem, vor allem jedoch auf das Handeln der politischen Akteure und die Kontexte, die den Demokratisierungsprozess umgaben. So hatte die *Concertación* nicht nur aufgrund des Typs des Wahlsystems über drei Amtszeiten des Präsidenten – insgesamt 16 Jahre – Bestand, sondern auf sie traf das Phänomen zu, das Aylwin als „*el encuentro de los contrarios*" bezeichnete. Damit war die Übereinstimmung in mittel- und langfristigen politischen Projekten gemeint, die während der drei Legislaturperioden der *Concertación* erarbeitet und umgesetzt wurden. Hierbei war der Typ des Führungsstils des Präsidenten – verankert in der Tradition des Präsidentialismus – von entscheidender Bedeutung für den Erfolg der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, die Chile in den letzten Jahren erlebte.

Im Falle Argentiniens wird ersichtlich, dass der überwiegende Teil der Re-demokratisierung des Landes unter dem Vorzeichen des Bipartidismus geschah, in dem eigentlich angesichts des Bestehens zweier wichtiger politischer Kräfte politische Stabilität herrschen sollte. Allerdings zeigt die Geschichte der letzten Jahre das genaue Gegenteil: einerseits waren Alfonsín wie De la Rúa infolge mangelnder politischer Führungsqualitäten nicht in der Lage, ihre Amtszeit als Präsident zu Ende zu führen; andererseits war für die beschriebene Situation nicht zuletzt die Polarisierung innerhalb der PJ und das Fehlen einer kohärenten Zielsetzung als Partei verantwortlich. Zudem weist das politische System Argentiniens als solches notorische Mängel auf, die nicht direkt angegangen wurden. Aus der Perspektive der Wirtschaft dürfte Argentinien nicht unter den derzeitigen Problemen zu leiden haben, da es zu den Ländern Lateinamerikas zählt, die die größte Bandbreite an Rohstoffen aufzuweisen haben. Allerdings hat die verfehlte Wirtschaftspolitik seit den Zeiten Alfonsíns über Menem bis zu De la Rúa das Land in solchem Maße verarmen lassen, dass im Nordosten des Landes beinahe 70% der Menschen in Armut leben. Hier haben vor allem die politische Elite und die politische Klasse eine wesentliche Rolle gespielt; so ließen sich Praktiken beschreiben, die mit politischer Moral gemeinhin nicht vereinbar sind. Weite Kreise der politischen Elite und der politischen Klasse Argentiniens haben die Macht genutzt, um Korruption, Handel um Pfründe und unzulässige Bereicherung gedeihen zu lassen, ganz zu schweigen von einer mangelhaften Regierungsführung und einer schlechten und ausbeuterischen Verwendung der finanziellen Mittel des Staates. Symptomatisch für Argentinien ist, dass die in der Geschichte bedeutendsten Parteien im Parteiensystem (hier PR und PJ) sich als außerstande erwiesen haben, die politische Stabilität aufrecht zu erhalten. Besagte Parteien konnten sich nicht auf eine gemeinsame Position verständigen, um ein Konzept zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Argentiniens zu entwickeln. In diesem Falle wurde die politische, wirtschaftliche und soziale Krise, die das Land Ende 2001 und Anfang 2002 heimsuchte, nicht von der Regierungsform, dem Wahlsystem oder dem Parteiensystem ausgelöst: verantwortlich für diese Situation zeichnen die politischen Parteien und die politische

Elite.

In diesen beiden Fällen kann die Hauptthese dieser Studie im Bezug auf den Institutionalisierungsgrad der politischen Parteien überprüft werden. Je geringer der Grad der Institutionalisierung der Parteien, desto unbefriedigender sind sowohl die politischen als auch die wirtschaftlichen Reformen. Denn die niedrige „Qualität" der politischen Parteien spiegelt sich in einer Regierbarkeit von geringer Intensität wider. Damit kann das politische System von seiner Basis her in Frage gestellt werden, wodurch das System in eine Krise geraten könnte. Diese Krise manifestierte sich im Falle Argentiniens in der Unregierbarkeit zwischen Ende 2001 und Anfang 2002. Die PJ ist eine Partei mit einem geringen internen Institutionalisierungsgrad, die Parteiführer betrachten die PJ nicht als eine ideologische und programmatische Einheit mit einem definierten politischen Projekt, um Argentinien zu regieren. Die Parteiführer der PJ verstehen die Partei nur als *peronismo*, d.h. die peronistische Bewegung steht über der Partei. Deshalb gibt es kein Projekt der Partei, das die verschiedenen Kriterien und die Formen der Ausübung der Politik der verschiedenen Akteure der politischen Klasse der PJ vereint. Das wahrscheinlichste ist, dass die Partei mit einer geringen Institutionalität und ohne ein Entwicklungsprojekt, das man der argentinischen Gesellschaft anbieten könnte, fortbesteht. Dagegen hat der Fall Chiles durch die Führung der DC beim Konsolidierungsprozess der Demokratie Stabilität bewiesen; hier lässt sich eine institutionalisierte Partei beobachten und eigene institutionelle Basen erkennen. So war die DC mit ihrer politischen Koalition kohärent, auch auf Kosten der Interessen der eigenen Partei. Sie führte zwei Regierungen dieser politischen Koalition – mit Aylwin und Frei – und war loyal zur Regierung des Sozialisten Lagos. Der Erfolg in Chile lässt sich sicherlich, wie bereits gezeigt, nicht allein durch den Beitrag und den hohen Institutionalisierungsgrad der DC erklären, aber dies war ein grundlegender Faktor beim politischen Entwicklungsmodell, das von den Regierungen der *Concertación* durchgeführt wurde.

7.2 Die Politischen Partei und die Links-Rechts-Cleavage

Die Massenmedien verfallen allgemein – wie gelegentlich auch die Soziologen – dem Fehler, eine Partei tendenziös und ohne glaubhaftes oder empirisches Fundament mit einem Federstreich als rechts oder links zu bezeichnen. So entwickelte sich in Lateinamerika eine Kultur der Abstempelungen, mit der in der Regel Bewegungen, Parteien oder politische und soziale Akteure in Misskredit gebracht werden. Da sich die vorliegende Untersuchung unmittelbar mit politischen Parteien und ihrem Tätigwerden im politischen System beschäftigt, sah sich der Verfasser der Abhandlung veranlasst, zum Zwecke der Studie eine politische, ideologische wie programmatische Matrix anzulegen, die zumindest eine Anordnung der Parteien in der Links-Rechts-Dyade zulässt, ohne vorgefassten Schemata zu verfallen, hat sich doch die Welt und mit ihr Lateinamerika seit der dritten Demokratisierungswelle, dem Fall der real existierenden Sozialis-

men und dem Ende des Kalten Krieges gewandelt.

Kapitel 2 und 3 stellten das Bestehen und die Aktualität der Links-Rechts-Dyade in Lateinamerika heraus. So wurde ausgehend von den Konzepten Bobbios eine Matrix herausgebildet, innerhalb derer die Parteien angeordnet wurden, um zu untersuchen, welche Position sie innerhalb der Dyade einnehmen. Hierzu wurden die historisch relevantesten Eckpunkte der Parteien, das politische Handeln ihrer führenden Vertreter in den letzten Jahren und die jeweiligen Parteiprogramme herangezogen. Auf dieser Grundlage und in Verbindung mit den Konzepten, die die Matrix lieferte, wurden die Parteien dimensional rechts und links von der gedachten Mitte angesiedelt. Dabei lässt sich bekräftigen, dass die Linke wie die Rechte sich auf die Mitte zu bewegt haben, seit sie sich in groben Zügen auf Regierungsform, Demokratie, den Typ des Wirtschaftssystems und den Markt – hier liegen die Unterschiede vor allem in der dem Staat auf sozioökonomischem Gebiet zugedachte Rolle – verständigt hatten. In diesem Sinne ist die Definition, die Rechts und Links für Rolle und Konzeption des Staates vertreten, von zentraler Bedeutung: die Rechte geht hinsichtlich ihrer Konzeption des Staates von einer Minimaldefinition aus, wobei sich je nach Tendenz der Partei hin zur Mitte oder an das äußere Ende der Dimension unterschiedliche Nuancierungen ergeben. Für die Linke ihrerseits ist der Staat auch weiterhin von Bedeutung für soziale Solidarität. Der Staat übernimmt, je mehr man sich auf die Mitte zu bewegt, auf dem Gebiet der Wirtschaft eine immer geringere, weniger interventionistische Rolle.

In der Zeit vor der Kubanischen Revolution beschränkte sich die Rolle der lateinamerikanischen Linken im eigentlichen Sinne auf die Führung von Protestbewegungen und bis zu einem bestimmten Grad auf die Organisation der Arbeiter. Mit der Kubanischen Revolution beginnt sich die Linke jedoch neu zu formieren und versucht, auf verschiedene Weise an die Macht zu gelangen. Unter dieser Alternative stellte bis in die Mitte der 1970er Jahre der bewaffnete Weg eine Möglichkeit dar. Während dieser Zeit versprach ein solches Unterfangen den meisten Erfolg. Angesichts der nur spärlich ausgebildeten demokratischen Vorbedingungen, über die die politischen Systeme Lateinamerikas verfügten, schied der demokratische Weg annähernd aus. Die an der Macht befindliche nationalistische Rechte hatte ihrerseits nicht die Absicht, der Linken weitere Räume zu eröffnen. Eine Ausnahme hiervon bildet lediglich Chile, wo die Linke auf demokratischem Weg an die Macht gelangt. Zu den Umständen, die Allende zur Macht verhalfen, zählte die Fragmentierung und Polarisierung des Parteiensystems – diese bewirkten letztlich auch seinen Fall. Insofern ist die Hauptverantwortung für den Sturz Allendes der chilenischen Linken sowie der Polarisierung, die für das politische System als solches bezeichnend waren, anzulasten. Dieser Umstand beginnt, die Veränderungen mit zu beeinflussen, die sich in der lateinamerikanischen Linken bemerkbar machen. Das Scheitern der Sandinisten und der von Castro vertretene Isolationismus lassen bei den Sozialisten eine Distanzierung von der marxistischen Deutung der Gesellschaft entstehen sowie eine Besinnung auf die Demokratie als das tragfähigste Regierungssystem sowie der Marktwirtschaft als das Wirtschaftssystem, ohne wel-

ches sich Wohlstand und Entwicklung nicht verwirklichen lassen. So bildet nunmehr die revolutionäre, radikale Linke in Lateinamerika keine Alternative mehr, und die neue Linke mit Aussicht, an die Macht zu gelangen, ist eine sozialdemokratische Linke. Jedoch findet diese in Lateinamerika keinen einheitlichen Ausdruck, da diese Linke auch christlich-demokratische Parteien agruppiert, deren Ähnlichkeit in der Bedeutung besteht, die ihre Regierungen sozialen Verbesserungen einräumen oder dies zumindest versuchen. In einigen Fällen fielen die Ergebnisse von Sozialisten und Sozialdemokraten in diesem Bereich dürftig aus, wie die Beispiele Alán García und Toledo in Peru oder Alfonsín oder De la Rúa in Argentinien veranschaulichen.

Wie in Kapitel 2 aufgezeigt, waren die Oktoberrevolution von 1917, der Beginn des Kalten Krieges 1947, die Kubanische Revolution 1959, der chilenische Weg zum Sozialismus 1970 – 73, die Sandinistische Revolution von 1979 und schließlich der Fall der sozialistischen Regimes in Osteuropa Ende der 1980er und Beginn der 1990er die Ereignisse, die die lateinamerikanische Linke am Nachhaltigsten beeinflussten. Letzeres Ereignis begrub den Traum einer einheitlichen Linken für ganz Lateinamerika, geschweige denn von einer weltweiten Linken. Heute tritt die repräsentative Linke für die Verteidigung nicht nur der wirtschaftlichen Freiheit, sondern auch der politischen und kulturellen Freiheiten ein, wobei die soziale Gleichheit auch weiterhin eine tragende Rolle bei Gestaltung und Ausführung der von den Parteien vertretenen Politikrichtungen einnehmen.

Wie die Linke, so vollzog auch die Rechte einen Wandel. In Lateinamerika reagierte sie nach der Kubanischen Revolution und setzte fortan mehr Gewicht auf die Ideologie, indem sie oligarchische Grundbesitzer, Geschäftsleute und mittelständische Unternehmen aus der Reserve lockte, um eine Wiederholung der Kubanischen Revolution in anderen Ländern der Region zu verhindern. Ihren natürlichen Verbündeten fand sie im Kontext des Kalten Krieges in den USA und ihrer Doktrin der Nationalen Sicherheit. Die lateinamerikanische Rechte unterstützte Staatsstreiche und diktatorische Regime. Mit der vollkommenen Stagnation und dem Ende des Kalten Krieges beginnt auch die Rechte die Demokratie als Regierungssystem wertzuschätzen und sich von jeglichen diktatorischen Zügen zu lösen, die ihr anhaften könnten. Hinzu kommt der Umstand, dass in der Region die Durchführung von wirtschaftlichen Reformen hin zu einer Liberalisierung der Wirtschaft einzusetzen beginnt. Dies bedeutet eine Chance für die Rechte, einerseits die politische Macht auf demokratischem Wege zu erlangen, andererseits sich die wirtschaftliche Macht über den Markt zu sichern. So lässt sich einige Jahre, nachdem die Demokratie das Laufen lernte, eine Rechte nicht eindeutig bestimmen, da sich mindestens zwei grobe Strömungen unterscheiden lassen: eine Strömung der Rechten stand den Militärdiktaturen in geringerem Ausmaß nahe. Diese erkannte sich in der Demokratie wieder und schätzte und unterstützte sie. Diese Rechte ist auf dem Gebiet der Wirtschaft, jedoch auch im Bereich der Kultur und teilweise der Wertevorstellungen liberal. Dem Staat räumt sie eine untergeordnete Rolle bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme ein und tritt für Solidarität ein. Es gibt jedoch noch eine

weitere Rechte, die in direkter Verbindung zu den Militärdiktaturen steht und im Bereich der Wirtschaft unbedingt die neoliberale Linie vertritt. Deswegen darf ihr zufolge dem Staat bei der Verwaltung und Zuteilung finanzieller Mittel nur die geringst mögliche Bedeutung zuteil werden. Ihre Sozialpolitik ist assistenzialistisch und bei der Verwendung finanzieller Ressourcen durch den Staat in erheblichem Maße von Populismus geprägt. Im Bereich der Kultur und der Wertevorstellungen verhalten sie sich konservativ, hierbei sind einige Parteien heute vom Gedankengut von Opus Dei durchzogen. Schlussendlich konnte diese Strömung der Rechten bis heute kein erfolgreiches Regierungsmodell vorweisen; die Fälle Ecuador, Paraguay, Peru, Nicaragua und Panama zeigen fehlgeschlagene Erfahrungen dieser Rechten.

Summa summarum dient die Linke auch weiterhin als Parameter, um die Unterschiede zwischen den politischen Zielsetzungen der überwiegenden Zahl der Parteien in Lateinamerika zu benennen. Hierbei wären die *newcomer* oder *outsider* außer Acht zu lassen, die in Lateinamerika seit Beginn der 1990er Jahre infolge der Mängel, die die Parteien bei der Regierungsführung deutlich werden ließen, verstärkt auftreten. Diesen Populisten lässt sich in der Links-Rechts-Dyade kein eindeutiger Platz zuweisen, da sie mehrheitlich von außerhalb des Parteiensystems kommen und vor allem hinsichtlich der zentralen Themen der Dyade wie Regierungsform, Wirtschaftssystem oder der Rolle des Staates in der Wirtschaft eine klare ideologische Definition vermissen lassen. Ebenso wenig verfügen sie über eine eindeutige Konzeption hinsichtlich Wertevorstellungen und Kultur. Aus dieser Perspektive sind die Populisten die Folgeerscheinung der Mängel der Parteien. Die jüngsten Wahlen belegen jedoch, dass sie sich auf dem Rückzug befinden, da auch sie die strukturellen Probleme Lateinamerikas wie die Überwindung der Armut, Erziehung und Bildung, eine effizientere Nutzung der Ressourcen, die Herausbildung einer guten Regierungsführung und eine allgemeine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in Lateinamerika (Gesundheitssystem, Rechtssystem, Kriminalität, Wohnungen, Umwelt etc.) nicht zu lösen vermochten. In all diesen Bereichen sind die Populisten nicht nur gescheitert, sondern sie haben die Bedingungen zudem verschlechtert. Die deutlichsten Beispiele für das Versagen der Populisten in Lateinamerika bilden vielleicht Peru mit Fujimori und Chávez in Venezuela. Ein Unterschied zum *caudillismo* Mitte des 19. Jahrhunderts besteht natürlich darin, dass sie nicht in der Lage waren, die Demokratie abzuschaffen.

Mit der Redemokratisierung beginnen neue Akteure die Politik und namentlich die Parteien zu beherrschen: die Unternehmer, die sich mehrheitlich der Politik zuwandten, ohne ihre Hauptbeschäftigung, d.h. ihr Unternehmen, aufzugeben. Besagte Akteure, nunmehr zugleich Angehörige der politischen Elite und auch der politischen Klasse, lassen sich in den Parteien dauerhaft nieder, ziehen sich jedoch wieder zurück, wenn ihnen an den Urnen der Erfolg versagt bleibt. Dieses Phänomen birgt zum einen die Gefahr der Merkantilisierung der Politik, d.h. sie wird als Vehikel benutzt, um politisch-wirtschaftlichen Ambitionen nachzugehen. Die bei diesen Politikern beobachtbare Reduzierung und Konzentration auf eine Person ist zudem gefähr-

lich, da sie Parteien gründen und sie auflösen, sobald sie sich aus der Politik zurückziehen. Um dies zu umgehen, bedarf es einer Gesetzgebung, die derartige exzessive Vorrechte Einzelner in der politischen Klasse unmöglich macht. Die Gesetzgebung muss, wie im Folgenden eingehender dargelegt, darüber wachen, dass kein Politiker gegenüber anderen größere Vorteile vor allem im Bereich finanzieller Mittel besitzt. Wird dieser Vorbehalt berücksichtigt, kann der Unternehmer durchaus innerhalb der Parteien aktiv an der Politik mitwirken.

Die in Kapitel 3 erläuterte Distanzierung der Menschen von den Parteien in Lateinamerika hat ihre Ursache im Machtmonopol, das diese besitzen, und dem beschwerlichen Zugang für gewöhnliche Menschen in die Kreise der Entscheidungsfindung. Diese Ablehnung gestaltet sich jedoch dadurch komplizierter, dass die Wähler nur unzureichend Kontrollmöglichkeiten über die Politiker und ihre Parteien besitzen, die als Mandatsträger oder Agenten definiert wurden (Kap. 1). In diesem Sinne besteht die einzige Möglichkeit zur Kontrolle der Mandanten über die Agenten in der Kontrolle, die der Staat über diese Agenten auszuüben vermag. Im erwähnten Kapitel wird ein Vorschlag entwickelt, wie sich innerhalb des Staates ein Prozess der *accountability* hinsichtlich der internen Funktionsweise der Parteien schaffen lässt. Den Kernpunkt hierbei bildet der Vorschlag, dass in die Gesetzgebungen ein regulatorischer Rahmen aufgenommen wird, der die Machtstrukturen der Parteien transparenter erscheinen lässt, um auf diese Weise einfachen Parteimitgliedern gleichberechtigten Zugang zu den parteiinternen Ämtern zu verschaffen. Wird dem Bürger über den Staat die Möglichkeit zur Kontrolle eingeräumt, bedeutet dies, dass hierdurch Normen des öffentlichen Rechts geschaffen werden, welche die Wirkungsweise der Parteien hinsichtlich ihrer internen Strukturen, ihrer internen Wahlprozesse und ihrer Finanzierung regeln.

7.3 Die Lage der politischen Partei in Lateinamerika

Ein Merkmal der professionalisierten Wählerparteien besteht darin, dass es keine Debatte mehr über die großen ideologischen Unterschiede gibt, welche Massenparteien und Volksparteien voneinander trennten. Zu diesen Fragestellungen zählten Regierungstyp, Wirtschaftssystem, kultureller und religiöser Pluralismus, die hinreichend beantwortet sind. Aus diesem Grund besteht in diesem Konsens ein Charakteristikum der Grundausrichtungen der Parteien des Typs „Professionalisierte Wählerpartei“: zugleich ist dieser Konsens bezeichnend für die derzeitige Gesellschaft in der globalisierten Welt. Die Parteien bewegen sich folglich auf die Mitte, d.h. die Übereinstimmung in den wesentlichen Fragestellungen, zu. Was die Sozialdemokraten derzeit als den „Dritten Weg“ bezeichnen, d.h. die von den Christdemokraten bereits während der 1960er Jahre angegangene Fragestellung, ist eben diese gedachte Mitte, die Bobbio das „einschließende Dritte“ nennt und die einen liberalen Sozialismus bedeuten würde. In der vorliegenden Untersuchung wurde dies als linke Mitte und rechte Mitte bezeichnet, da in der Mehr-

zahl der in Lateinamerika beobachtbaren Fälle die Parteien der Linken, einschließlich marxistischen Positionen, entstammen und sich an die Mitte annähern und dabei die Segnungen des Modells der Marktwirtschaft und die Demokratie als Regierungssystem anerkennen. Andererseits begibt sich ein Sektor der Rechten auf die „Reise zur Mitte" und respektiert dabei die Institutionen, die die Demokratie ausmachen. In einigen Fällen sagen sie sich von ihrer Vergangenheit, in der sie den Militärdiktaturen nahe standen, los und fügen dem Modell der freien Marktwirtschaft einige Elemente der sozialen Marktwirtschaft bei. Im Grunde nehmen die Parteien somit die Mitte ein; selbst die Parteien, die dem Rand des politischen Spektrums näher stehen, beginnen sich den Positionen anzunähern, die die einschließende Mitte bietet.

In diesem Sinne wird die Partei des 21. Jahrhunderts aus ideologischer Sicht dogmatisch weniger beladen sein, da sie weniger an Ausrichtung und Programmatik gemessen werden wird. Vielmehr wird der Wähler sie danach beurteilen, inwieweit die Partei aktuelle Forderungen zu lösen vermag und wie sie die Lebensqualität der Bevölkerung insgesamt steigern kann. Auf Lateinamerika bezogen bedeutet die geringere ideologische Überfrachtung einerseits die Bildung von Regierungskoalition mit einem größeren politischen Spektrum, d.h. von der Linken über die Mitte bis zur Rechten wie in der Regierung der *Concertación* in Chile oder die Regierung Lula da Silvas in Brasilien. Außerdem führt dies zu einer verstärkten Einbindung von privaten Unternehmern zu Lasten der Parteipolitiker. Im Ergebnis muss sich die Regierungsführung stärker anhand von Resultaten und Effizienz beurteilen lassen, womit die Parteien bis zu einem gewissen Grad die Möglichkeit der Manipulation bei der Vergabe öffentlicher Ämter einbüßen. Damit müsste unmittelbar eine Schwächung des politischen Klientelismus einhergehen, wenn er auch nicht unmittelbar verschwinden müsste. Der Vorteil dieser Entwicklung liegt darin, dass Staat und Regierung mehr und mehr von Professionellen gelenkt werden, die für die Ausübung der Ämter in höherem Maße qualifiziert sind. Der Nachteil besteht natürlich darin, dass sie für die politische Entscheidungsfindung nicht über eine politische Ausbildung verfügen und gelegentlich bei ihren Entscheidungen Risiken eingehen, welche Politiker in der Regel nicht tragen würden. Die Regierung Fox in Mexiko ist ein Beispiel dafür, dass Private (d.h. Unternehmer und Akademiker) beginnen, in Bereiche politischer Zuständigkeiten vorzudringen, ohne hierfür am Parteileben teilzuhaben. Im Gegensatz dazu waren die Regierungen Aylwin und Frei Ruiz-Tagle als seine Amtsvorgänger während der 1990er Jahre in der Lage, ihre fachliche Qualifikation mit politischer Erfahrung zu kombinieren. Ein Beispiel hierfür sind die *cieplan boys*.

Schlussendlich wird die Partei des 21. Jahrhunderts die des Typs Volkspartei *a la Latinoaméricana* aber mit einigen Elementen der professionalisierten Wählerpartei europäischer Prägung sein. Wo die aktuellen, geschichtlichen, kulturellen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Kontexte hinzutreten und die Frage „Wohin steuern die Parteien?" mit beeinflussen, werden sich die Parteien im Kontext des Präsidentialismus entwickeln, während in Europa die Entwicklung der Parteien vor dem Hintergrund des Parlamentarismus vonstatten ging.

So werden die christlich-sozialen und christdemokratischen Parteien auch in Zukunft vom Gedankengut und Handeln der katholischen Kirche mitbestimmt werden, wenn auch mit größerer Selbständigkeit beim Fällen von Entscheidungen im Bereich der Werte und der Moral. Nach dem Niedergang der real existierenden Sozialismen verabschiedeten sich die sozialistischen Parteien Lateinamerikas überwiegend von jeglicher marxistischer Lesart der Geschichte und orientieren sich nun unmittelbar an den sozialdemokratischen Parteien Europas, vor allen Spaniens, Deutschlands und Frankreichs und der britischen Labourpartei. Damit übernehmen diese Parteien sowohl Struktur wie auch programmatische Grundlagen von ihren europäischen Schwesterparteien. Für die lateinamerikanische Christdemokratie gilt dies freilich nicht, die sich einer Debatte hinsichtlich ihrer Ansiedlung in der Dyade gegenüber sieht. Der Eintritt neuer Parteien wie auch der zunehmende Einfluss der spanischen PP in der IDC verschärften die Debatte innerhalb der ODCA und der IDC, da die ODCA sich vor der Aufnahme neuer Parteien wie der PAN oder der PJ unmissverständlich als politische Internationale der christlich-demokratischen Parteien mit Tendenz nach links verstand. Dies war vor allem im Einfluss der chilenischen Christdemokratie begründet, da die Christdemokraten in Lateinamerika stets eine Position zugunsten der Freiheit und gegen die Militärdiktaturen eingenommen hatten. Insofern war die Christdemokratie gegen die Militärdiktaturen eingestellt, wie sie auch derzeit Castro scharf kritisiert. Im Zeitraum, der von den 1960er bis zu den 1990er Jahren reicht, war ihr wichtigster politischer Verbündeter in Europa die deutsche CDU, die auf die Politik der christdemokratischen Parteien Lateinamerikas keinen Einfluss nahm und sie im Kampf gegen die Diktaturen unterstützte. Obwohl die CDU im deutschen Parteiensystem in der rechten Mitte angesiedelt ist, hat sie den christdemokratischen Parteien Lateinamerikas ihre Positionen zu keinem Zeitpunkt erschwert. Dies gilt insbesondere für Chile, wo sich enge politische und persönliche Kontakte entwickelten. Man war sich darüber einig, dass die Christdemokraten in Lateinamerika im Wesentlichen die gleichen Überzeugungen besaßen, d.h. den Eintritt für und die Konsolidierung der Demokratie, die Entwicklung einer sozialen Marktwirtschaft und die Werte des christlichen Humanismus. Solange man sich also innerhalb dieses Rahmens bewegte, sollten sich Kontakte ausweiten, was auch geschah. Heute gehören der ODCA jedoch nicht nur Parteien christdemokratischen Ursprungs an, sondern auch Parteien wie die PJ mit einer diffusen ideologischen Ausrichtung. Dies geht so weit, dass auf der von Tony Blair einberufenen Konferenz der progressistischen Parteiführer des Dritten Wegs im Juli 2003 der argentinische Präsident Néstor Kirchner teilnahm. Die PAN, die wie hier verdeutlicht wurde, ideologisch in bedeutendem Ausmaß von christdemokratischen Überzeugungen geprägt ist, entstammt historisch gesehen jedoch nicht der Familie der christdemokratischen Parteien. Hinzu kommt, dass der derzeitige Präsident der IDC, José María Aznar die Aufnahme von Parteien der Rechten wie der chilenischen UDI, die seit Jahren nach der Aufnahme in die IDC und die ODCA strebt, nicht rundweg ausschloss; in jedem Fall gab es keine offizielle und deutliche Ablehnung durch Aznar. Dies bringt die chileni-

sche PDC, eine der wichtigsten Parteien Lateinamerikas und der Welt und Mitbegründerin der ursprünglichen IDC, in eine schwierige Situation. So sind führende Mitglieder der PP zur Erörterung dieser Frage mit Führern der UDI zusammengekommen. Die DC intensiviert auch weiterhin ihre Beziehungen zur deutschen CDU, um eine solche Situation zu umgehen.

In den kommenden Jahren wird ersichtlich werden, dass die Christdemokratie diese Debatte zum Abschluss bringen muss. Damit verwehrt sie einerseits Parteien, die Militärdiktaturen nahe standen und die in ihren Zielsetzungen und ihrem Handeln keine Übereinstimmung mit den Christdemokraten besitzen, die Aufnahme. Anderenfalls müsste sie diese Parteien schlicht hinnehmen und hoffen, dass sich einige traditionelle Parteien von dieser Organisation loslösen. Damit würde die ODCA unmittelbar einen Rechtsruck erleben, während sich zugleich eine weiter links stehende Organisation bilden würde.

7.4 Die strukturellen Reformen und die politischen Parteien in Lateinamerika

Ein zentrales Thema der vorliegenden Arbeit war der Einfluss der politischen Parteien bei den wirtschaftlichen Reformen. Hierbei kommen unabhängige exogene wie auch abhängige endogene Variablen zum Tragen, die die Parteien zur Durchführung der Reformen bewogen. Zu den exogenen unabhängigen Variablen zählen eine allgemeine Tendenz zur Liberalisierung der Wirtschaft und insbesondere der Einfluss, den die internationalen Organisationen auf Regierungen und politische Klasse ausüben. Dies ist vor allem gegen Ende der 1980er und den 1990er Jahren beobachtbar. Der weltweite Kontext auf dem Gebiet der Wirtschaft übt unmittelbaren Einfluss auf die politischen Akteure aus, die in ihren jeweiligen Ländern wirtschaftspolitische Entscheidungen fällen. Die abhängigen, endogenen Variablen treten innerhalb der Parteien auf und stehen in Zusammenhang mit der Durchführung der Reformen: die neue demokratische Realität, welche die politischen Akteure in den Parteien vorfinden, ist eng verwoben mit der Marktwirtschaft und den neoliberalen Reformen, welche nach dem Willen der industrialisierten Länder und der internationalen Kreditgeber in den lateinamerikanischen Ländern durchgeführt werden sollten. Der politische Erfolg einer Partei an der Regierung ist somit an eine Politik wirtschaftlicher Freiheit geknüpft, die mit der politischen Freiheit vereinbar sein muss. Jegliches Handeln gegen diese Vorgaben sollte wirtschaftlich zum Scheitern verurteilt sein. Die anschaulichsten Beispiele sind gegen Ende der 1980er Jahre Alan García und Raúl Alfonsín. In den zwei Fällen wurde – freilich mit unterschiedlichen Schattierungen – eine Wirtschaftspolitik in dieser Linie verfolgt. Regierungsparteien (PJ und DC) wie auch Oppositionsparteien verfolgten eine Wirtschaftspolitik, die in Einklang stand mit den Grundsätzen der internationalen Finanzinstitutionen. In Argentinien wurde das Konzept des *menemismo* vertreten, mit dem eine grundlegende neoliberale Reform durchgeführt werden sollte. Der *menemismo* stellte eine exakte Kopie des Dokumentes des Washington Consensus dar und beherrschte die PJ über annähernd die ge-

samten 1990er Jahre ohne Gegengewicht. Insofern wurden die bestehenden Strukturen zur Durchführung der Reformen nicht berücksichtigt. Menem verbannte, kaum an der Macht, seine staatsmännische Rhetorik als traditioneller Peronist, um mit den Interessengruppen der Wirtschaft zu einer umgehenden Privatisierung der Aktiva des Staates überzugehen und einen Prozess der totalen Liberalisierung der Wirtschaft einzuleiten. Menem reagierte damit auf externen Druck, der bei der Unterlassung der Liberalisierung der Wirtschaft ein Scheitern wie das Alfonsíns andeutete. Die mexikanische PAN war zwar nicht unmittelbar als Regierungspartei an der wirtschaftlichen Liberalisierung beteiligt – diese wurde von der PRI während der Regierungen von De la Madrid, Salinas de Gortari und Zedillo durchgeführt. Dennoch übte sie als Partei und über das Handeln der Wirtschaftsverbände, d.h. die der PAN nahestehenden Unternehmer, einen bedeutenden politischen Einfluss aus, um Tempo und Reichweite der Reformen mitzubestimmen. Als die PRI schon nicht mehr über die parlamentarische Mehrheit verfügte, bedurfte sie daher stets der Zustimmung der PAN, um die Reformen voranzutreiben. Die Unternehmer ihrerseits, die der PAN angehörten, gewannen an politischer Macht, sei es unmittelbar durch Ämter der Repräsentation des Volkes oder über die Bedeutung, die die Wirtschaftsverbände erlangten, in denen die Unternehmer tätig sind. Auf diese Weise üben sie auf die Regierung Druck zur Umsetzung der Reformen aus. In beiden Fällen ist der *neopanismo* spürbar in dem Einfluss, den diese Gruppierungen bei den Reformen ausüben. Zur DC: Die Regierung Aylwín übernimmt ein Land, in dem die neoliberale Wirtschaft bereits angelaufen ist. Chile hatte, was die neoliberalen Reformen anging, Pionierarbeit geleistet. Insofern setzt die Regierung der *Concertación* die Marktpolitik fort, setzt aber, wie die sozioökonomischen Kennziffern der Regierungen von Aylwin und Frei belegen, einen Schwerpunkt auf den sozialen Aspekt. Die Politik war innerparteilich abgestimmt; dennoch waren es die Vorstellungen und Zielsetzungen der *cieplan boys*, die die Wirtschaftspolitik der Regierung bestimmten, obwohl sie nicht über den größten Machtanteil innerhalb der DC verfügten. Von entscheidender Bedeutung war dabei ihre hohe fachliche Kompetenz und ihre Übereinstimmung mit dem wirtschaftspolitischen Projekt der DC, das im Grunde die *cieplan boys* im „Alternativen Projekt" und den Grundlagen der Regierung Aylwin selbst entworfen hatten.

Bei den Ergebnissen der Reformen spielt das Rezept, nach dem die Reformen durchgeführt wurden, definitiv eine wichtige Rolle. Bei dieser Untersuchung wurde jedoch aufgezeigt, dass dem Institutionalisierungsgrad der politischen Parteien eine bestimmende Rolle bei diesem Typ von Wirtschaftsreformen zukommt. Im Fall Chiles wurde bereits auf den ersten Seiten dieses Kapitels gezeigt, dass der hohe Institutionalisierungsgrad der PDC großen Einfluss auf die positiven wirtschaftlichen und politischen Ergebnisse der Periode der Transition hatte. Die DC ist nämlich eine Partei mit einer politischen Klasse mit hohem Bildungsgrad, die in der DC gemeinsame ideologische und programmatische Motivationen hatte, was sich im politischen Entwicklungsprojekt der *Concertación* während der 1990er Jahre widerspiegelte. Die PAN stellt

eine andere formal institutionalisierte Partei dar, welche die PRI bei den wirtschaftlichen Reformen unterstützte. Im Fall Mexikos war der Prozess der Transition zur Demokratie sehr wichtig, der mit den Wahlreformen von 1996 begann, die nicht nur eine moderne politische Institutionalität ermöglichten, sondern auch den Übergang zu einer „realen" Demokratie, die im Jahre 2000 begann. Wenn es keine politische Reform gegeben hätte, die sowohl die Transition als auch die Konsolidierung der Demokratie garantierte, hätte die politische Instabilität auch eine demokratische Instabilität nach sich gezogen, was den Prozess zur Demokratie verzögert hätte. Der Fall Argentiniens verläuft gegensätzlich zu den vorherigen, da die Anwendung des Rezeptes für die wirtschaftlichen Reformen zwar richtig war, jedoch beeinflusste die geringe Institutionalisierung der PJ direkt die politische und wirtschaftliche Krise, unter der Argentinien Ende der 1990er Jahre litt und die noch nicht beendet werden konnte.

7.5 Das Innenleben der politischen Partei in Lateinamerika

In Kapitel 1 wurde bereits verdeutlicht, dass in den internen Gruppen der professionellen Parteien die Führungsrolle und die Kontrolle ihres Anführers zeitlich begrenzt sind, da seine interne Führungsrolle mit einem externen Führungsanspruch untermauert werden muss. In Lateinamerika und insbesondere in den behandelten Parteien gestaltet sich die Führung auf eben diese Weise. Im Falle von Menem, Duhalde und derzeit Kirchner ist die interne Führungsrolle innerhalb der Gruppe stets daran gebunden, dass der Betreffende außerhalb der Partei eine Führungsrolle einnimmt. Die genannten drei gehören nicht derselben Gruppe an, wiewohl sie ursprünglich an der erneuerten Gruppe beteiligt waren. Obwohl Duhalde Kirchner während der letzten Präsidentschaftswahlen unterstützte, führte Kirchner seine eigene Gruppe innerhalb der PJ an. Diese drei übten ihren Führungsanspruch zunächst auf regionaler, später auf nationaler Ebene aus: allesamt waren sie *gobernadores*, bevor sie Anspruch auf die Führung der PJ auf nationaler Ebene erhoben und später für die Präsidentschaft kandidierten. Fox erlangte seine Legitimation außerhalb der Partei, um später innerhalb des *neopanismo* eine neue Führung aufzubauen, die Manuel J. Clouthier von der Macht verdrängen sollte. Seit er sich in der Regierung von Guanajuato behauptete, baute er seine Machtstellung weiter aus, um als Vertreter der PAN für die Präsidentschaftswahlen Mexikos zu kandidieren. Im Fall der PDC gestaltet sich der Kontext unterschiedlich, da die Kandidatur Aylwins, der traditionelle Anführer der Gruppe der *oficialistas* und spätere *guatón* vor dem Hintergrund einer Partei des Typs Volkspartei zu sehen ist. Über seine gesamte politische Laufbahn hinweg war Aylwin der unangefochtene Anführer der Gruppe der *oficialistas.* Niemand innerhalb dieser Gruppe stellte diesen Führungsanspruch in Frage. Frei Ruiz-Tagle bildete hierzu die Alternative: der Name „Frei" besaß Gewicht, und dies außerhalb in noch stärkerem Ausmaße als in der DC selbst. Da die DC keinen anderen Präsidentschaftskandidaten vorweisen konnte, der der DC zum Sieg verhelfen könnte, unterstützt die

Gruppe der *guatón-aylwinistas* sowohl in den parteiinternen Vorwahlen wie in den Präsidentschaftswahlen schließlich die neue Gruppe, die sich um die Figur Freis schart und die Bezeichnung *freísmo* erhält.

Unter den drei analysierten Parteien ist die PAN diejenige Partei, die eine moderne Volkspartei am anschaulichsten repräsentiert, da sich mit dem *neopanismo* parteiintern die Dynamik hinsichtlich der Möglichkeit der Machtausübung wandelt. Ohne dass eine neue Partei gegründet würde, wird die Grundlage für einen neuen institutionellen Rahmen geschaffen, der sich von dem der Gründungsväter der Partei deutlich unterscheidet. Heute ist die PAN eine Partei mit Aussichten auf die Machtübernahme; sie hat sich intern weitergebildet und die Strukturen der Entscheidungsfindung verschlankt. Zudem öffnet sie ihre Struktur einem neuen Typ von Parteimitgliedern, die dem Unternehmertum und den Hochschulen nahe stehen und die ihren Führungsanspruch mehr intern als extern legitimieren. Die ersten von Fox ernannten Minister zeigen dessen weitreichende Unabhängigkeit von der PAN: So berief er Parteilose der linken und rechten Mitte in sein Kabinett und setzte auf diese Weise ein wichtiges Signal zur Reduktion des politischen Klientelismus, der für Volksparteien so bezeichnend ist. In ideologischer Hinsicht hat sich die PAN sowohl an die DC angenähert als auch an die neue von der spanischen PP angeführte progressistische Mitte. Aus diesem Grund lässt sich eine eindeutige ideologische Einschätzung der Partei bisher schwerlich vornehmen. Allerdings ließe sich die die PAN in der rechten Mitte einordnen und fiele somit unter Bobbios Kategorie des liberalen Sozialismus oder sozialen Liberalismus, wobei letzterer Begriff vielleicht als Arbeitsbegriff dienen könnte. Der neue Führer der PAN verfügt über ein höheres Maß an universitärer Bildung und ist insofern auf dem Weg, eine politische Klasse neuen Typs herauszubilden. Die Repräsentation der PAN in der Öffentlichkeit geschieht vor allem durch Präsident Fox, seine *gobernadores* und die Parlamentsfraktion. Im Unterschied zu einem parlamentarischen System, in dem die Partei vorrangig vor letzteren vorgenommen wird, vertritt der Präsident das Profil der Partei vor der Gesellschaft. Wie bereits dargelegt, bewegt sich die PAN wie auch das Parteiensystem als solches auf die gedachte Mitte der Links-Rechts-Dyade zu. Die PAN orientiert sich in ihrer Regierung an Effizienz und Ergebnissen. Sowohl der Wahlkampf von Fox wie auch der letzte Wahlkampf 2003 basierte auf den Massenmedien und nicht mehr auf politisch aktiven Parteimitgliedern.

Die Merkmale der *Partido Justicialista* sind im Wesentlichen die einer alten Volkspartei: so unterhält die Partei parteiinterne Relationen, die denen der Parteien dieses Typs ähneln. Ihre Repräsentation in der Öffentlichkeit geschieht durch die höchsten Vertreter der Partei.

Da die Partei jedoch in hohem Maße fragmentiert ist, vertreten die verschiedenen parteiinternen Gruppen auch unterschiedliche gesellschaftliche Realitäten und lassen sich insofern als freie Repräsentanten der Partei klassifizieren. Die PJ verhält sich in ideologischer Hinsicht diffus; in ihrem Inneren finden sich Abbildungen der linken und rechten Mitte wieder, wie im Zuge der letzten Präsidentschaftswahl deutlich wurde. Hinsichtlich der Regierungsarbeit lässt sich konsta-

tieren, dass in der Zeit Menems weder Effizienz noch Transparenz und vor allem nicht den Ergebnissen, deren Leidtragende letztlich die argentinische Gesellschaft als Ganze war, Priorität eingeräumt wurde. Die PJ regierte lediglich mit Blick auf die unmittelbare Zukunft und auf das ganz auf die Persönlichkeit des Politikers ausgerichtete Projekt im Stile Menems, Cavallo Duhaldes und Rodríguez Saás, das für die peronistische Bewegung so bezeichnend war. Die Struktur der PJ definiert sich auch weiterhin über die Kontrolle mittels Klientelbeziehungen. Je nach erwiesenen politischen Gefälligkeiten werden die Ämter in den administrativen Strukturen des Staates an die große Zahl der Mitglieder der PJ verteilt. Hinsichtlich der Beziehung zu den Massenmedien überträgt die PJ Werbekampagnen zwar an Professionelle, und es ergibt sich eine starke Abhängigkeit von den Medien, jedoch kommt den Aktiven der Partei eine wesentliche Rolle bei Wahlprozessen zu. Im Bereich der Finanzierung der Parteien übernimmt die argentinische Gesetzgebung zwar bis zu einem bestimmten Grad die Finanzierung der Parteien; die letzten Wahlkampagnen haben jedoch gezeigt, dass die Mehrheit der Wahlkampfgelder aus privaten Quellen stammt und vor allem aus dem unternehmerischen Bereich hervorgeht. Abschließend sind die Merkmale der PJ zwar die einer Volkspartei; die Partei verfügt allerdings zudem auch über eigene Besonderheiten, da der *justicialismo* der Erbe der peronistischen Bewegung ist. Aus diesem Grunde ist die Partei von einer peronistischen Matrix durchzogen, die ihre eigenen Merkmale besitzt und auf die heutige Partei ausstrahlt. Ohne bereits Gesagtes wiederholen zu wollen, zeigt der Umstand, dass die Partei in den Wahlen von 2003 drei Kandidaten aufstellte, dass der *peronismo* in einer einzigen Partei verschiedene Anschauungen zur Gesellschaft zusammenfasst.

Die chilenische Christdemokratie befindet sich in dem Dilemma „Erneuerung oder Tod“, was für die DC geradezu einen Scheideweg bedeutet: für die Parteiangehörigen bedeutet die Erneuerung die Abkehr von ihrer historischen Vergangenheit, was seinerseits einem „Tod“ gleichkommen kann. Allerdings ist dies nicht die zwangsläufige Folge, da die Erneuerung auch die Gelegenheit bedeuten kann, sowohl an den Wahlurnen einen Sprung nach vorn zu machen als auch zu einem neuen Schwerpunkt innerhalb der von der Partei besetzten Positionen zu gelangen. Die Erneuerung bedeutet unter anderem, dass die DC ihre Erscheinungsform als Volkspartei aufgibt und ihr politisches Handeln vollständig professionalisiert, ohne damit auf den christdemokratischen Kern ihres politischen Handelns zu verzichten. Die politische Klasse der DC befindet sich zwischen der politischen Klasse einer alten Volkspartei und einer modernen Volkspartei. Einerseits bedienen sich einige ihrer Führer noch immer der Klientelbeziehungen gegenüber ihren Parteifreunden, in der der Broker immer noch über die Maschinerie der Gruppe oder der *lote*, wie sie in der Falange immer noch heißt, bestimmt. Allerdings stellt die Partei eine politische Klasse, die auf dieses Verhalten verzichtet hat und sich, obwohl sie bei internen Wahlen derzeit keinen Erfolg vorweisen kann, parteiextern großer Beliebtheit erfreut. Weder Außenministerin Soledad Alvear noch Wohnungsbauminister Jaime Ravinet noch Eduardo Frei

Ruiz-Tagle – die drei möglichen Kandidaten der DC für die Wahlen 2005 – besitzen klientelistische Beziehungen innerhalb der Partei. Die Partei wird eindeutig vom Parteivorsitzenden vertreten, außer wenn der Präsident der Nation der DC angehört. Als beispielsweise Aylwin und Frei regierten, waren sie es, die das Gesicht der Christdemokratie gegenüber den Menschen vertraten. Allerdings wird diese Vertretung vor dem Wahlvolk durch die intensiven internen Machtkämpfe, die die Partei über weite Teile der 1990er Jahre erlebte, beeinträchtigt. Zuerst genanntes Verhalten entspricht einer modernen Volkspartei, letzteres einer alten Volkspartei. In ideologischer Hinsicht hat sich die DC nicht von ihrer Sicht der Gesellschaft abgekehrt, allerdings hat der Ideologische Kongress von 1991 weder zur Erneuerung noch als Wegweiser gedient. Aus wirtschaftlicher Sicht strebt sie eine soziale Marktwirtschaft nach deutschem Muster an, politisch eine *democracia sin apellidos* (Demokratie ohne Beinamen). Allerdings ergeben sich ihre internen Widersprüche aus ihrem Wertegerüst, in welchem die katholische Kirche mittel- oder unmittelbar noch immer großen Einfluss besitzt: so wurde das Scheidungsgesetz, über welches Chile zumindest bis 2003 nicht verfügt, über die gesamten 1990er Jahre intensiv debattiert. Die Haltung der DC in dieser Hinsicht ist nicht eindeutig, was einer der Gründe dafür ist, dass das Gesetz im chilenischen Parlament festgefahren ist. In der DC finden sich zwei Ansätze hinsichtlich der Regierung: einerseits hat die DC mit den höchstqualifiziertesten Gruppierungen regiert wie seinerzeit die *cieplan boys*, die *Adenauer-* oder die *Heidelberg boys* oder eine Reihe qualifizierter Professioneller, die zudem auch ihr politisches Handwerk verstanden. Andererseits werden die Ernennungen auch innerhalb der Familien weitergegeben. So wiederholen sich beispielsweise die Namen von Ministern, Staatsekretären und anderen Ämtern des Staatsapparats. Außerdem gilt die Regel der anteilsmäßigen Vergabe von Ämtern an die verschiedenen Gruppen. In der Verteilung der Ämter des Staates geht der erste genannte Umstand in Richtung einer modernen Volkspartei, der zweite gehört in das Umfeld einer alten Volkspartei. Im Bereich der internen Dynamik weist die DC erneut beide Ansätze auf: die Partei besitzt einerseits Mitglieder mit einem ausgeprägten Profil in der Öffentlichkeit, die Machtverhältnisse werden letztlich jedoch von denjenigen kontrolliert, die die bessere Wahlmaschinerie innerhalb der Partei besitzen. Die Wahlkämpfe beinahe sämtlicher Wahlprozesse für Parlaments- oder Kommunalwahlen weisen für die DC die Dynamik einer alten Volkspartei aus, die den Wahlkampf ferner PR-Experten und Strategen anvertraut, deren wissenschaftliche Herangehensweise an Politik und Gesellschaft faktisch nicht existiert. Dass die DC in diesem Falle trotz der so genannten Experten weder über Wahlkampfexperten oder professionelle Wahlkämpfer verfügt, wurde durch die drastischen Stimmenverluste der Partei belegt. Obwohl letztere mit grundlegenderen Fragestellungen verbunden sind, die bereits in Kapitel 6 analysiert wurden, haben die mangelhaften Wahlkampfstrategien der PDC prozentual weitere Verluste eingetragen. Die DC erhält wie die Parteien keine Finanzierung durch den Staat, was die PDC gegenüber den Parteien der Rechten in eine benachteiligte Situation geraten lässt, da vor allem die UDI auf eine beträchtliche Unter-

stützung der Unternehmer bauen kann. Ihre Erscheinung in den Medien ist eine ihrer wesentlichsten Schwachpunkte, da sich die Medien größtenteils in den Händen der Rechten befinden. Auf diese Weise reduzieren sich die Möglichkeiten der DC, über die Medien auf die öffentliche Meinung Einfluss zu nehmen. Allerdings bediente sich die DC auch nicht vorrangig dieses Weges, um ihre Wähler anzusprechen. Hierzu griff sie auf Wahlkampfagitatoren zurück, oder „*encargados de campaña*", wie sie in besagter Partei genannt werden. Die Mehrheit dieser Beauftragten verfügte nicht über die fachliche Qualifikation zur Gewinnung von Wählerstimmen. Abschließend lässt sich feststellen, dass die DC vor der Alternative steht, sich entweder zu erneuern oder an den Verhaltensweisen einer alten Volkspartei festzuhalten und von Wahlkampftermin zu Wahlkampftermin weiter abzusteigen.

7.6 Die politischen Parteien und der neue politische und ökonomische Kontext in Lateinamerika

In Mexiko hat die Verstaatlichung des Bankwesens von 1982 zu einem Wandel in der Wirtschaftspolitik geführt. Dabei handelt es sich um einen Kraftakt, um die von einer langen Krise heimgesuchte Wirtschaft zu sanieren. López Portillo versucht, das Land durch die Verstaatlichung der Banken aus jener wirtschaftlichen Rezession zu befreien. Allerdings misslingt dieses Unterfangen nicht nur; seine Nachfolger De la Madrid, Salinas de Gortari und Zedillo unterwerfen die mexikanische Wirtschaft einem neoliberalen Modell, das sich von dem von López Portillo entworfenen Modell unterscheidet. Die Verstaatlichung der Banken hat zur Folge, dass eine wichtige politische Stütze, auf die die PRI während ihrer langen Regierungszeit zählen konnte, fortan wegfällt. Die kleinen und mittelständischen Unternehmer kehren sich von der PRI ab, da diese nun kein Garant für wirtschaftliche Freiheit mehr ist. Viele von diesen kehren nicht zur PRI zurück, sondern verschaffen sich politisches Gehör in der PAN. Es sind namentlich die mittelständischen Unternehmer des Nordens zusammen mit Vertretern der christlich-sozialen Strömung und junge Professionelle, die den *neopanismo* ins Leben rufen, der später die gewachsenen Strukturen der historischen PAN wandeln sollte. Von einer Partei ohne unmittelbare und direkte Aussichten auf die Übernahme der Zentralmacht in Mexiko wird sie zu einer Partei mit Chancen auf die Macht. Außerdem ändert sich zudem das Verhältnis der Partei zur Macht selbst, da die Partei einerseits die Politik der PRI zwar als solche kritisiert, andererseits aber mit dieser Regierungspartei zusammenarbeitet, um neoliberale Reformen durchzuführen. Diese Perspektive auf die Machtübernahme führt zudem zu einem Drängen auf eine Demokratisierung des politischen Systems und schließlich zur Übernahme der Präsidentschaft durch Fox, einem unmittelbaren Vertreter des *neopanismo.* Die PAN weist annähernd sämtliche Merkmale einer modernen Volkspartei auf, allerdings ist die Partei darauf angewiesen, einige Aspekte in Zusammenhang mit der Regierungspartei und das Verhältnis zwischen den Parteiführern, die sich im Machtzentrum bewegen, und der Partei zu institutionalisieren. Fox ist in der ersten Phase

seiner Regierungszeit bemüht, sich von der PRI und ihrer starken Verbindung zu Vorsitzenden und Partei abzuheben und umgeht daher seine eigene Partei. Diese Taktik der Unabhängigkeit ist charakteristisch für den *neopanismo*, was in den Regierungen der Gliedstaaten angemessen war. In der Zentralregierung muss jedoch in Einklang mit der eigenen Partei regiert werden, unabhängig davon, ob der Präsident letztlich die Entscheidungen trifft, die die gesamte Nation betreffen. Drei Jahre nach Regierungsantritt konnte die PAN, nach 71 Jahren die erste nicht von der PRI gestellte Regierung, ihren hohen Stimmenanteil aus dem Jahr 2000 nicht halten. Vergleicht man diese Zahlen jedoch mit den Stimmenanteilen der PAN in vergangener Zeit, so ist das bisher Erreichte aus Sicht der Wahlprozesse sehr wohl von Bedeutung: Entscheidend ist, dass diese Partei in der Ausübung der Regierung einen Wandel zum Positiven bewirkt. Was die PAN bis heute erreicht hat, ist von großer Bedeutung: sie hat die PRI besiegt, sich als eine der beiden wichtigen politischen Kräfte in Mexiko etablieren können und zudem einerseits zur wirtschaftlichen Modernisierung des Landes, andererseits zur Demokratisierung des autoritären mexikanischen Regimes beigetragen.

Wenn eine Partei direkt an den Strukturreformen beteiligt war, so war es die PJ. Allerdings wurde ersichtlich, dass es weniger die Partei selbst als vielmehr ein Mitglied dieser Partei war, das die Reformen durchführte: Menem, zusammen mit Cavallo, der mittlerweile nicht mehr der PJ angehört. Die Reformen wurden von Menem nach den Vorgaben des Washington Consensus, der in Argentinien 1:1 umgesetzt wurde, durchgeführt. Das Rezept scheiterte, da sich der Neoliberalismus in Reinform nicht realisieren lässt; vor allem dann nicht, wenn es der politischen Klasse an den für die Durchführung eines wirtschaftspolitischen Projekts solcher Tragweite erforderlichen Überzeugungen mangelt. Das Projekt für diese wirtschaftlichen Transformationen stammte von Menem, Cavallo und ihren Mitarbeitern. Es gelang ihnen, die galoppierende Inflation Argentiniens zu bändigen, letztlich führten sie das Land in eine noch schwerer wiegende Krise. Dies fand nicht immer die Unterstützung der PJ, wie die hohe Zahl an „*recursos de insistencia*“ belegt, auf die Menem während der Zeit der Reformen zurückgriff. Aus diesem Grunde verließ er sich im Parlament nicht auf seine Partei. So erlebte seine Partei über weite Teile der 1990er Jahre intern eine tief greifende Polarisierung zwischen Menem und Duhalde. Dies lag zum einen an der mangelhaften Dialogfähigkeit Menems seiner Partei gegenüber, aber auch an der geringen Zusammenarbeit zwischen Präsident und Partei und umgekehrt. Hinzu kam eine Regierung, die sich vom *justicialismo* isoliert hatte. So war die Partei schließlich auch in den Fragen landesweiter Bedeutung gespalten, beispielsweise während der Ereignisse im Dezember 2001, die zum Sturz von De la Rúa führten. Danach spitzte sich die Situation weiter zu mit einer erneuten politischen Konfrontation zwischen Menem und Duhalde in Zusammenhang mit der Präsidentschaftswahl 2003, in der die PJ drei Kandidaten aufbot. Dies zeigt auf, dass in der PJ die Interessen der Bewegung vor der Partei rangieren. Will diese Partei sich in eine modern Volkspartei wandeln, so muss sie eine ideologische und strukturelle Umstrukturierung

vornehmen, in der sich sämtliche tragenden Akteure für den *justicialismo* auf einen grundlegenden Kurs einigen, der vor allem in einer Abkehr vom Peronismus, d.h. der vorangehenden Bewegung bestehen muss, und der dann in eine institutionelle Phase der Partei übergeht, in der der institutionelle Rahmen gewahrt ist.

Die drei Parteien sahen sich während der 1980er und 1990er Jahre wirtschaftlichen Reformen gegenüber. Obwohl den politischen Akteuren bei der Umsetzung dieser Reformen jeweils ein unterschiedlicher Protagonismus zukam, waren sie sich einig über die Notwendigkeit dieser Reformen. So erkannten die Christdemokraten unter Führung von Foxley an, dass die während der Militärdiktatur durchgeführten Reformen zu einem Augenblick nötig waren, in dem die Welt wirtschaftlich im Umbruch war. Dennoch teilten die *cieplan boys* nicht die neoliberale Linie der Reformen. Dies brachten sie in ihrer Kritik während der 1980er Jahre deutlich zum Ausdruck. Als die DC an die Macht gekommen war, änderte sich zwar nicht die Politik der wirtschaftlichen Freiheit in Chile, wohl jedoch der Fokus der Wirtschaftspolitik. So wurde eine Linie eher in Richtung der sozialen Marktwirtschaft vertreten, deren Richtigkeit durch die sinkenden Armutszahlen der Regierungen Aylwin und Frei bestätigt wurde. Aus Sicht der wirtschaftlichen Öffnung ist schwerlich ein Land mit einem größeren Grad an wirtschaftlichen Freiheiten und Öffnung des Handels zu finden als Chile. Derzeit verfügen lediglich Mexiko und Israel über weiter reichende Handelsabkommen als Chile. Die Handelsverträge mit der Europäischen Union, den USA, Kanada, Mexiko und Korea waren Verträge, deren Verhandlungen während der 1980er Jahre von den Expertengruppen der Wirtschaft unter Führung der *cieplan boys* begonnen wurden. Auf diese Weise schneiden bei jedwedem Vergleich zwischen den Beraterstäben im Bereich Wirtschaft zwischen Pinochet einerseits und Aylwin und Frei andererseits, d.h. *Chicago boys* bzw. *cieplan boys*, die *cieplan boys* besser ab. Letztere vermochten mit der geringen politischen Macht, die sie innerhalb der DC ausübten, dabei jedoch mit einem enormen Einfluss zunächst unter der Regierung Aylwin und anschließend unter Frei, die Politik der Handelsöffnung mit einer entsprechenden Investition in soziale Belange zu verfolgen. Unverständlicherweise war die Regierung unter Führung des Sozialisten Lagos nicht in der Lage, die Armut nennenswert zu senken, wie seine christdemokratischen Vorgänger es getan hatten. Ebenso wenig konnte er das BIP oder das Wirtschaftswachstum steigern noch die Einkommensverteilung verbessern. In Meinungsumfragen genießt er jedoch eine große Popularität. Die Wirtschaft wird derzeit von sozialdemokratischen Wirtschaftsexperten gelenkt, während die Christdemokraten eine untergeordnete Rolle spielen. Die *cieplan boys* nehmen zudem nicht mehr die herausragende Stellung ein, die sie während der 1990er Jahre innegehabt hatten. Besagte Wirtschaftspolitiker, die eine Schlüsselfunktion in dem wirtschaftlichen Aufschwung Chiles während der 1990er besaßen und die Grundlage für die derzeitige Wirtschaftspolitik bildeten, besaßen innerhalb der DC nicht dieselben Möglichkeiten und scheiterten bei dem Versuch, die Christdemokraten in eine moderne Volkspartei umzuwandeln. Die Möglichkeiten, die Foxley hätte nutzen können,

wurden ihm von den übrigen internen Gruppen verwehrt und vor allem von der Unerfahrenheit der *cieplan boys*, die nicht versuchten, alle Sektoren der Partei in die strukturellen Veränderungen mit einzubeziehen, derer die DC bedurfte. Dazu gehörten vor allem Gutenberg Martínez, Eduardo Frei und Adolfo Zaldivar. Die *cieplan boys*, die bei der Lenkung der Wirtschaft so viel Erfolg verbuchen konnten, scheiterten auf der politischen Bühne. Die DC erlebte in der Folge verschiedene interne Führungen, die die verschiedenen internen Gruppen vertraten. Bis heute sieht sie bei ihren strukturellen Problemen und der Frage der Entwicklung zu einer modernen Volkspartei keine Lösung. Macht die DC diesen Schritt nicht, wird sie, bevor sie verschwindet, zu einer Partei degradieren, die im politischen Spektrum nur eine marginale Rolle besitzt. Allerdings besitzt die DC heute die jungen professionalisierten politischen Kader, um diesen Schritt zu vollziehen. Dies erfordert allerdings, dass die Generation aus der Zeit der *Falange*, die noch immer wichtige Parteiämter innehat, zur Seite treten und die neuen Politikergeneration unterstützen muss. Die *cieplan boys* und die *Heidelberg boys* müssen ihrerseits um die Räume konkurrieren, welche die Falangisten freimachen.

7.7 Die politischen Perspektiven in Lateinamerika

Gleich welche Perspektive man einnehmen mag: es wird ersichtlich, dass die Demokratie in Lateinamerika konsolidiert ist und eine Rückkehr der Militärs zur Macht höchst unwahrscheinlich erscheint. Diese Feststellung mag sich heute einfach treffen lassen; als die Demokratie jedoch gerade erst begann, wurde manch einer als Träumer abgetan, wenn er seiner Hoffnung Ausdruck verlieh, die Demokratie habe diesmal endgültig in Lateinamerika Wurzeln geschlagen. Diese Optimisten, auch als Institutionalisten oder Kontextualisten bezeichnet, wurden von den Pessimisten der Demokratie oder den Antipräsidentialisten beinahe abqualifiziert. Letztere mussten jedoch eingestehen, dass die Optimisten durchaus keine Träumer waren, sondern diesen neuen, sicherlich unvollkommenen und verbesserungsfähigen institutionellen Rahmen aufgrund von Erfahrungswerten und gegründet auf historische Kontexte verteidigten. So bekräftigten sie, dass die Schuld für Unvollkommenheiten nicht bei der Regierungsform, d.h. dem Präsidentialismus, zu suchen sei, sondern in der Qualität der Institutionen im demokratischen System und dem Parteiensystem. Verantwortlich seien aber auch die politischen Akteure, in diesem Fall die politische Elite und die politische Klasse. Damit lässt sich mit vollem Recht behaupten, dass die Demokratie trotz all ihrer Mängel und Schwächen sowohl der Akteure als auch der Institutionen sich in Qualität und Tiefe verbessert hat. In diesem Sinne ist es nun an der Zeit, dass die Parteien in Lateinamerika allgemein einen Verbesserungsprozess ihrer Repräsentation einleiten und sich zudem um eine gute Regierungsführung bemühen. Dies bedeutet, dass die modernen Volksparteien sich bei ihrer Regierungsarbeit von dem Prinzip der Effektivität leiten lassen und als Regierung Zielsetzungen verfolgen, deren Ergebnisse von der Wählerschaft objektiv mess-

bar sind. Diese Ausübung der Funktionen des Staates durch die Parteien sollte ihrerseits zu einer besseren *accountability* der Institutionen des Staates führen. Das bedeutet nicht, dass Korruption, der Schacher um Einfluss und verschiedene andere politische Missstände nicht auch weiterhin existieren, wenigstens jedoch wird eine Tendenz zu besseren Regierungen vorgegeben und das Ausmaß der Fehlentwicklungen bei der Regierungsausübung gemindert. Die Parteien, die sich einer solchen Parteitypologie nicht angleichen, werden verschwinden oder bestenfalls im Parteiensystem eine untergeordnete Rolle spielen. In der globalen Gesellschaft, in der die Massenmedien für die Politik eine gewichtige Rolle spielen, entscheidet sich der Wähler immer mehr für Parteien, die für lokale Thematiken und Probleme des Alltags Vorschläge unterbreiten. Die Partei der Meetings und der großen Versammlungen, die auf die allgemeinen gesellschaftlichen Probleme mit globalen Antworten reagiert, gehört der Vergangenheit an. Die Wähler – wie die letzten Parlamentswahlen in Mexiko zeigen, sinkt ihre Zahl beständig – stimmen nicht mehr wie ehedem für ihre angestammte Partei. In den westlichen Gesellschaften, zu denen auch Lateinamerika gehört, ist die Parteienbindung nur gering ausgebildet, und dies auch in Ländern mit einem hohen Bildungsniveau, wie die Parlamentswahlen der letzten Jahre in Italien, Frankreich, Deutschland, Portugal und Österreich belegen. Auch in Lateinamerika mag eine Tendenz vorliegen, an Wahlen teilzunehmen, nicht jedoch längerfristige Bindungen an eine Partei einzugehen. Die politischen Akteure müssen sich ihre Stimme täglich aufs Neue verdienen; dies lässt sich am Besten mit professionalisierten Politikern bewerkstelligen, die miteinander unter Parametern mit klaren, für die Menschen verständlichen Vorschlägen und ergebnisorientiert im Wettstreit stehen. Damit es diese professionalisierten Politiker jedoch geben kann, müssen gleichermaßen Gesetzgebungen existieren, die dieser neuen institutionellen Realität Rechnung tragen. Unter anderem ist daher die Finanzierung der Politik und der Parteien zu regeln, so dass Spenden des privaten Sektors nicht dem Gesetz des Stärkeren unterworfen bleiben. Gleichermaßen muss die Kontrolle über Wahlkampfausgaben und Verwendungszwecke strenger gehandhabt werden, da anderenfalls nicht die besten Zielsetzungen, Programme oder Vorschläge die Wahlen gewinnen, sondern derjenige, der die wirksamste Werbe- oder Marketingkampagne zu Wege bringt, bzw. derjenige, der in den Medien den größten Rückhalt findet. All dies verzögert den Prozess der guten Regierungsführung. Sind dagegen die Regeln klar, und befindet sich kein Politiker gegenüber den übrigen Politikern in einer privilegierten Situation, werden in einem Kontext des gleichberechtigten Zugangs zu den Medien die besten Politiker, bzw. diejenigen, die von den Menschen dafür gehalten werden, bei den Wahlen siegen. Diese Situation bedarf zudem einer kontinuierlichen Überprüfung, um eine Entwicklung wie in Europa, konkret in Italien mit dem Monopol, das derzeit Berlusconi über die Medien besitzt, zu verhindern. Dieses ist gerade ein Verstoß gegen besagten gleichberechtigten Zugang zu den Medien, der erforderlich ist, damit die Demokratie ein getreues Abbild nicht nur der politischen Gleichheit, sondern auch der politischen Gerechtigkeit sein kann. Kein politischer Akteur darf gegenüber anderen

Privilegien besitzen bei der Ausübung dieser hehren Tätigkeit: der Politik.

In dieser Untersuchung wurde gezeigt, dass die politischen und wirtschaftlichen Reformen bessere Resultate erzielen, wenn die Institutionalisierung der Parteien höher ist, was definitiv dazu beiträgt, die Demokratie zu konsolidieren und die Qualität der öffentlichen Verwaltung zu verbessern. Ein gutes Beispiel hierfür war Mexiko, wo es trotz einer lang dauernden autoritären Regierung möglich war, durch die klaren Regeln auf dem Wahlsektor und die Stabilität des Parteiensystems Demokratie zu erreichen und zu konsolidieren. Daher ist die institutionelle Reform notwendig, um die ausstehenden Reformen der dritten Generation, d.h. die Reform des Staates, die bessere, effektivere und effizientere Regierungen ermöglicht, voranzutreiben. Dafür aber benötigt man modernere Parteien mit einem höheren Grad an Institutionalisierung als die gegenwärtigen, damit diese dann die ausstehenden Reformen in Lateinamerika anführen.

Bibliographie

Abal, J. 1996: Capitalismo, sindicalismo y democracia. Actores y proceso político argentino un análisis estratégico, in: Pinto, J. (Hrsg.): Las nuevas democracias del Cono Sur: Cambios y continuidades, 89-128, Buenos Aires.

Abbot, D./Ragowsky, E. 1971: Political Parties, Leadership Organization. Chicago.

Abendroth, W. 1973: El Problema de la Democracia Interna de los Partidos y Asociaciones en la República Federal, Barcelona.

Abendroth, W. 1978: Das Grundgesetz. Eine Einführung in seine politischen Probleme, Pfullingen.

Aberbach, J./Putman, R./Kockman, B. 1981: Bureaucrats and Politicians in Western Democracies, Cambridge.

Aboy, G. 2001: La dos fronteras de la democracia Argentina: La reformulación de las identidades políticas de Alfonsín a Menem, Rosario.

Acuña, C. 1995 (Hrsg.): La nueva matriz política argentina, Buenos aires.

Adler, L./Gorbach, F. 1998: Entre la continuidad y el cambio: El ritual de la sucesión presidencial, in: Revista Mexicana de Sociología, Nr.3, 61-83.

Adler, L./Melnick, A. (2000): Chile's Political Culture and Parties: An Anthropological Explanation, Notre Dame.

Agnoli, J./Brückner, P. 1974: Die Transformation der Demokratie, Frankfurt an Main.

Aguilar, R./ Zermeño, G. 1989: De movimiento social a partido político. De la UNS al PDM, in: Alonso, J. (Hrsg.): El PDM movimiento regional, Mexiko.

Ake, C. 1999: Globalization, multilateralism and the shrinking democratic space, in: Schechter, M./ (Hrsg.): Future multilateralism, 179-195.

Alba, C. 2001: Los empresarios en la transición política mexicana, in: Ortega, R. (Hrsg.): Caminos a la democracia, Mexiko, 209-239.

Albertoni, E. 1988: Teoría de las Elites y Elitismo. Apuntes para un Análisis Histórico Actual, in: Revista Sistemas 83, Madrid.

Albuquerque, M./ Jiménez, G.(Hrsg.) 1988: Actores Sociales. Más allá de la Transición, Santiago.

Alcántara, M./Freidenberg, F. (Hrsg.) 2001: Partidos políticos de América Latina. Países Andinos, Salamanca.

Alcántara, M./Freidenberg, F. (Hrsg.) 2001a: Partidos políticos de América Latina. Centroamérica, México y República Dominicana, Salamanca.

Alcántara, M./Freidenberg, F. (Hrsg.) 2001a: Partidos políticos de América Latina. Cono Sur, Salamanca.

Aldrich, J. 1995: Why Parties? Chicago.

Alemán, R. 1993: Guanajuato: Espejismo electoral, Mexiko.

Alexander 1964: The Rise of Latin American Christian Democracy, in: New Politics 3, 76-84.

Alexander, R. 1957: Communism in Latin America, New Brunswick.

Allende, S. 1971: La vía chilena hacia el socialismo, Madrid.

Allende, S. 1975: Discursos, La Habana.

Almond, G. 1956: Comparative Political System, Boston

Almond, G. 1990: A discipline divided. Schools and Sects in Political Science, Newbury Park.

Almond, G./Powell, B. 1966: Comparative Politics. A Developmental Approach, Boston.

Almond, G./Powell, B. 1972: Política comparada: una concepción evolutiva, Buenos Aires.

Alonso, J./Aziz, A./Tamayo, J. (Hrsg.) 1992: El nuevo Estado mexicano. Estado y política, Bd. 2, Mexiko.

Alsogaray, A. 1989: Economía en tiempos de crisis, Buenos Aires

Altamirano, C. 1977: Dialéctica de una derrota, Mexiko.

Altmann, F.-L./Hatschikjan (Hrsg.) 2003: Eliten im Wandel. Politische Führung, wirtschaftliche Macht und Meinungsbildung im neuen Osteuropa, Paderborn.

Alvarado, A./Gonzalez, R. 1992: La situación política del norte de México, in: Bazdresch, C./ Bucay, N./Loaeza, S./Lustig, N. (Hrsg.): México: Auge, crisis y ajuste, México, 373-402.

Álvarez, M. 1989: El PAN al rescate del municipio, in: Revista de Estudios Políticos, Bd. 3, México.

Ammon, A. 1971: Die Christliche Demokratie Chiles-Partei. Ideologie, Revolutionäre Bewegung, Godesberg.

Anderson, P. 1996: El despliegue del neoliberalismo y sus lecciones para la izquierda, in: Pasos, 66, Costa Rica.

Anghie, A. 2000: Time present and time past: globalization, international financial institutions, and the third world, New York, 2 Bd. 32, S. 243-290.

Apter, D. 1967: The Politics of Modernization, Chicago/London.

Arceo, E./ Basualdo, E. 1999: Las tendencias a la centralización del cápital y a la concentración del ingreso en la economía argentina durante la década del noventa, in: Cuadernos del Sur, 15, Nr. 29, 29-68.

Armony, V. 2000: Représenter la nation: le discours présidentiel de la transition démocratique en Argentine, Montreal.

Arrate, J. 1983: El Socialismo: Rescate y Renovación, Barcelona.

Arriagada, G. 1997: ¿Hacia un "Big Bang" del sistema de partidos, Santiago

Arriagada, G. 2001: El insoportable descrédito de los partidos, in: asuntospúblicos.org, (www.asuntospublicos.org) Informe Nr. 98, 1-3.

Arriagada, G. 2001a: El trasfondo político de la crisis argentina, in asuntospúblicos.org, (www.asuntospublicos.org) Informe N° 100, 1-5.

Arriola, C. 1994: Ensayos sobre el PAN, Mexiko.

Arrizabalo, X. 1993: Resultados económicos de la dictadura en Chile: 1973-1990, in: Documentos de Trabajo, Serie Análisis de Casos, Instituto Internacional de Desarrollo, Madrid.

Artiga, A. 2000: La política y los sistemas de partidos en Centroamérica, San Salvador.

Auyero, J. 1996: La doble vida del clientelismo político, in: Revista Sociedad, Nr. 8, 31-56.

Aylwin, M./ Bascuñán, C. 1990: Chile en el Siglo XX, Santiago.

Aylwin, P. 1959: Discurso Libertad, Mai (Direkte Quelle), Santiago.

Aylwin, P. 1968: Camino Propio. Lo que Chile espera de la Democracia Cristiana, in: En: Cuadernos de la Política y el Espíritu, Nr. 1, Santiago.

Aylwin, P. 1975: Carta a Renán Fuentealba, in: Diario el Mercurio de Santiago, 14 de septiembre, 19.

Aylwin, P. 1985: Una Salida Jurídico-Política para Chile, in: ICHEH (Hrsg.): Una Salida Político-Constitucional para Chile, Santiago.

Aylwin, P. 1987: Entrevista en Diario Austral de Osorno 7 de Junio.

Aylwin, P. 1988: Un Desafío Colectivo, Santiago.

Aylwin, P. 1998: El Reencuentro de los Demócratas. Del Golpe al Triunfo del No, Santiago.

Azpiazu, D. 1995: El programa de privatizaciones: desequilibrios macroeconómicos, insuficiencias regulatorias y concentración de poder económico, in: Misburg, N./Valle, H. (Hrsg.): Argentina hoy: Crisis del Modelo, 147-198, Buenos Aires.

Azpiazu, D. 1997: El nuevo perfil de la elite empresaria. Concentración del poder económico y beneficios extraordinarios, in: Realidad Económica, Nr. 145, 7-32.

Azpiazu, D./Vispo, A. 1994: Enseñanzas del programa de privatizaciones desarrolladas en Argentina. 1990-1993, in: Revista CEPAL, Nr.54, Santiago.

Azpiazu, D./Nochteff, H. 1994: El desarrollo ausente. Restricciones al desarrollo, neoconservadorismo y elite económica en la Argentina. Ensayos de economía política, Buenos Aires.

Badía, J. 1976: Las Elites, in: Revista Española de Opinión Pública, 46,Madrid.

Badie, B./Hermet, G. 1990: Politique comparée, Paris.

Baker, K./Dalton, R./Hildebrandt, K. 1981: Germany Transformed: Political Culture and the New Politics, Cambridge.

Banks, A. (Hrsg.) 1994: Political Handbook of the World: 1994-1995, New York.

Banque Mondiale 1995: Rapport sur le développement dans le monde. Le monde du travail dans une économie sans frontières, Washington.

Barber, B. 1984: Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age, Berkeley.

Bardón, A./ Carrasco, C./ Vial, A. 1985: Una década de caminos económicos. La experiencia chilena 1973-1983, Santiago.

Barrios, H. 1995: Las elecciones en los procesos de transición y consolidación democrática en América Latina durante los años ochenta y noventa, in: Nohlen, D. (Hrsg.): Democracia y neocrítica en América Latina: en defensa de la transición, Frankfurt am Main, 78-91.

Barrios, H. 1999: Die Außenpolitik junger Demokraten in Südamerika: Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay, Opladen.

Barrios, H. 2000: Paraguay, in: Nohlen, D. (Hrsg.): Lexikon Dritten Welt. Länder Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen, 603-606, Hamburg.

Barrios, H. 2000: Venezuela, in: Nohlen, D. (Hrsg.): Lexikon Dritten Welt. Länder Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen, 786-788, Hamburg.

Barrios, H./Boeckh 2000: Demokratie in Lateinamerika, in: Das Parlament, B 21/2000.

Bartolini, S. 1993: Partidos y sistemas de partidos, in: Pasquino, G. (Hrsg.):Manual de ciencia política, Madrid, 217-264.

Bartolini, S. 1996: Cosa è 'competizione' in politica e como va studiata, in: Rivista Italiana de Scienza Politica, Bd. XXVI, Nr. 2, 210-267.

Bascuñán, C. 1990: La Izquierda sin Allende, Santiago.

Baylis, J 1997: The globalization of the world politics, Oxford.

Becerra, J. 2002: Las finanzas de las elecciones en Estados Unidos. Contribuciones y compromisos, in: Milenio Semanal, Mexiko.

Beer, C. 2003: Electoral Competition and Institutional Change in Mexico, Notre Dame.

Bejar, L. 1998: Democracia y representación parlamentaria en México (notas sobre un proyecto de investigación), in: Revista Mexicana de Sociología, Nr.2, 289-305.

Belardinelli, S. 1990: Die Politischen Philosophie des christlichen Personalismus, in: Graf Ballestrem, K./Ottmann, H. (Hrsg.): Politische Philosophie des 20. Jahrhundert, München.

Beller, D./ Belloni, F. 1978: Party and Faction: Modes of political competition, in: Beller, D./ Belloni, F. (Hrsg.): Faction Politics. Political parties and factionalism in comparative perspective, 417-449, Santa Barbara/ Oxford.

Beller, D./ Belloni, F. (Hrsg.) 1978a: Faction Politics. Political parties and factionalism in comparative perspective, Santa Barbara/ Oxford.

Bendel, P. 1996: Parteiensysteme in Zentralamerika. Typologien und Erklärungsfaktoren, Opladen.

Bendel, P. 1998: Sistemas de partidos en América Latina: criterios, tipologías, explicaciones, in: Nohlen, D./ Fernández, M. (Hrsg.): El presidencialismo renovado. Instituciones y cambio político en América Latina, Caracas.

Bendel, P. 1998a: ¿Lejos de estar consolidados?: Los sistemas políticos latinoamericanos de hoy, in: Notas: reseñas iberoamericanas: literatura, sociedad, Historia, Bd. 5, Nr.3, S. 2-12, Frankfurt am Main.

Bendel, P. 1998b: Los partidos políticos: condiciones de inscripción y reconocimiento legal, democracia interna, etcétera, in: Nohlen, D./ Picado, S./ Zovatto, D. (Hrsg.): Tratado de derecho electoral comparado de América Latina, México.

Berins, R./Collier, D. 2002: Shaping the Political Arena: Critical Junctures, the Labor Movement, and Regime Change in Latin America, Notre Dame.

Beyme, K. von 1978: Partei, Faktion, in: Brunner, O. (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon der politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Stuttgart, Bd. 4, 677-733.

Beyme, K. von 1982: Parteien in Westlichen Demokratie, München.

Beyme, K. von 1988: Der Vergleich in der Politikwissenschaft, München. Beyme, K. von 1992: Parteiensysteme, in: Schmidt (Hrsg.): Die westlichen Länder, Bd. 3, Lexikon der Politik, München

Beyme K. von 1992a: Demokratisierung und Parteisysteme in Osteuropa, in: Beyme, K. von (Hrsg.), Göttingen.

Beyme, K. von 1995: Die politische Klasse im Parteienstaat, Frankfurt am Main.

Beyme, K. von: 1996: Theorie der Politik im 20. Jahrhundert. Von der Moderne zur Postmoderne, Frankfurt am Main.

Beyme, K. von, 1996a: Theorien der Politik im Zeitalter der Transformation, in: Beyme, K. von/ Offe, C. (Hrsg.) 1996: Politische Theorien in der Ära der Transformation, Opladen.

Beyme, K. von 1997: Theorie der Politik im 20. Jahrhundert. Von der Moderne zur Postmoderne, Frankfurt am Main.

Beyme, K. von 1998: Kulturpolitik und nationale Identität, Opladen.

Beyme, K. von 1999: Die parlamentarische Demokratie, Opladen.

Beyme, K. von 2000: Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den Professionalisierten Wählerparteien, Wiesbaden.

Beyme, K. von 2000a: Die politischen Theorien der Gegenwart, Wiesbaden.

Biglaiser, G. 2002: Guardians of the Nation? Economists, Generals and Economic Reform in Latin America, Notre Dame.

Birle, P. 1995: Argentinien: Unternehmer, Staat und Demokratie; Frankfurt am Main.

Birle, P. 1996: Interne und externe Rahmenbedingungen der bolivianischen Reformpolitik: in: Lateinamerika: Analysen, Daten, Dokumentation. Bolivien: Traumland der Reformen?, Nr. 31, 15-26, Hamburg.

Bisang, R./Bonvecchi, C./Kosacoff, B./Ramos, A. 1996: La transformación industrial en los noventa. Un proceso con final abierto, in: Desarrollo Económico, Bd. 36, 187-221.

Bizberg, I. 1999: Las transformaciones del poder político en México, in: Revista Mexicana de Sociología, Nr. 3, Bd. 61, 139-161.

Blomeier, H. 2000: Elecciones presidenciales en Chile. Doble virtual empate con un ganador, in: Contribuciones N° 1 (65), 201-220.

Blondel, J. 1968: Comparative Government. A Reader, London.

Bluntschli, J. 1974: Der fortschritt in der Parteientwicklung, in: Lenk, K./ Neumann, F. 1 (Hrsg): Theorie und Soziologie der politischen Parteien, Band 1, Darmstadt/ Neuwied, 68-79.

Bobbio, 1993: Igualdad y Libertad, Barcelona.

Bobbio, N. 1970: La guerre et ses théories, in: Annales de philosophie politique 9, Paris.

Bobbio, N. 1972: On Mosca and Pareto, Genua.

Bobbio, N. 1979: Il positivismo giuridico, Turin.

Bobbio, N. 1981: Le ideologie e il potere in crisi, in: Quaderni di storia 55, Turin.

Bobbio, N. 1983: Pluralismo, in: Bobbio, N./ Matteucci, N. (Hrsg.): Diccionario de Política, Madrid.

Bobbio, N. 1984: La Clase Política, Mexiko.

Bobbio, N.1984a: Il futuro della democrazia, Turin.

Bobbio, N. 1985: Stato, governo, società, Turin.

Bobbio, N. 1985a: Neoliberalismo: Neoliberismo e sinistra europea, Milan.

Bobbio, N. 1986: El futuro de la democracia, Mexiko.

Bobbio, N. 1987: Estado, gobierno y sociedad. Contribución a una teoría general de la política, Barcelona.

Bobbio, N. 1989: Crisis de la democracia, Barcelona.

Bobbio, N. 1990: Fundamento y futuro de la Democracia, in: Colección Temas, Bd. 16, Valparaiso.

Bobbio, N. 1992: Diritto e Potere, Nahpole.

Bobbio, N. 1993: Teoria generale del diritto, Torino.

Bobbio, N. 1994: Recht und Links. Grunde und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin.

Bobbio, N. 1998: La regla de mayoría. Límites y aporías, in: Ágora, Cuadernos de Estudios Políticos, 8, 35-60, Mexiko.

Bobbio, N. 1999: Teoria generale della politica, Turin.

Bobbio, N. 1999a:Destra e sinistra. Ragioni e significati di una distinzione politica, Roma.

Bobbio, N./ Bovero, M. 1979: Società e Stato nella filosofia politica moderna, Milan.

Bobbio, N./ Mateucci N./ P. Gianfranco1988: Diccionario de Ciencia Política, Madrid.

Boeckh, A/Hörmann, M. 1995: Venezuela, in: Nohlen, D./Nuscheler, F. (Hrsg.): Handbuch der Dritte Welt, Bd. 2: Südamerika; Bd. 3: Mittelamerika und Karibik, Bonn.

Boeninger, E. 1986: Bases de un Orden Económico para la Futura Democracia en Chile, in: Estudios Públicos 22, Santiago.

Boeninger, E. 1997: Latin America's Multiple Challenges, in: Diamond, L. (Hrsg.): Consolidating the Third Wave Democracies: Regional Challenges, 26-63, Baltimore.

Boix, C. 1998: Elecciones primarias en el PSOE. Ventajas ambigüedades y riesgos, in Revista Claves, Juni.

Boizard, R. 1966: La Democracia Cristiana en Chile, Santiago.

Bongiovanni, B. 1988: Jacobinismo, in: Bobbio, N./ Matteucci, N./ Pasquino, G. (Hrsg.): Diccionario de Política. Suplemento, Mexiko.

Borchert, J. 2003: Die Professionalisierung der Politik. Zur notwendigweit eines Ärgernisses, Frankfurt am Main.

Borja, R. 1997: Enciclopedia de la política, Mexiko.

Borkenau, F. 1978: Pareto, México.

Borón, A. 1991: El menenato, Buenos Aires.

Boswort, B/ Dorntbusch, R./ Labán, R. 1994: The Chilean Economy: Policy Lessons and Challenges, Washington D.C.

Botana, N. 1994: Qué podemos esperar, in: ibid. Edición del 15 Abril Buenos Aires

Botana, N. 1995: Las transformaciones institucionales en los años del menenismo, in: Revista Sociedad, Nr. 6, 5-12.

Botana, N./ Mustapic, A. 1988: La reforma constitucional frente al régimen político argentino, in: Documento de Trabajo Nr. 101, Instituto Torcuato Di Tella, Buenos Aires.Bottomore, 1967: Elites et Société, Paris.

Bourdieu, P. 1986: The Forms of Capital, in: Richardson, J. (Hrsg.): Handbook of Theory and Research for the Sociology of Education, New York.

Bradford, C. (Hrsg.)1994: Redefining the State in Latin America, Paris.

Braga, G. 1980: Introducción a Vilfredo Pareto. Forma y equilibrios sociales. Extracto del tratado general, Madrid.

Burnham, J. 1945: Los Maquiavelinos, Buenos Aires.

Caciagli, M. 1997: Klientelismus, in: in: Nohlen, D./Waldmann, P./ Ziemer, K. (Hrsg): Die östlichen und südliche Länder, in: Nohlen, D. (Hrsg): Lexikon der Politik, Band , München, 292-297.

Cafiero, A. 1983: Desde que grité ¡Viva Perón!, Buenos Aires.

Cafiero, A. 1995: Testimonios. Del '45 y del 2000 también, Buenos Aires.

Cafiero, A. 1999: Reflexiones sobre la historia del peronismo, por Dr. Antonio Cafiero (24-VII-1997), in: Aportes para una Argentina plural, Archivo General de la Nación, Buenos Aires.

Calderón, J. 1992: El partido político: Transformaciones y perspectivas, in: Estudios políticos, Nr. 11, 41-61.

Calderón, L. 1970: Reportaje sobre el PAN, México.

Camou, A. 1998: Saber técnico y política en los orígenes del menemismo, in: Perfiles Latinoamericanos, Nr. 12, 85-107.

Campbell, H. 1976: La derecha radical en México 1929-1949, Mexiko.

Cancino, C. 1991: La "transición política" en México: Dinámica y perspectiva, in: Estudios Políticos, Nr. , 7-42.

Cancino, C. 1996: La retórica de la reacción los usos del discurso político en México, in: Estudios Políticos, Nr. 13, 7-31.

Cancino, C. 1997: Legitimidad en transición. El caso de México en perspectiva comparada, in: Estudios políticos, Nr. 14, 93-112.

Candia, J. 1997: Argentina: Crisis populista y nueva hegemonía, in: Estudios políticos, Nr. 14, 31-43.

Cantelmi, M. 2003: Argentina, cansada y harta con lo que tiene que elegir, in: (www.asuntospublicos.org) Informe N° 305.

Cardenal, A./ Martí, S. (Hrsg.) 1998: América Central, las democracias inciertas, Madrid.

Cárdenas, J. 1992: Crisis de Legitimidad y Democracia Interna de los Partidos Políticos, México.

Cardoso, F. 1977: The Original of a Copy: CEPAL and the Idea of Development, in: CEPAL Review, 7-40.

Carrizo, C. 1997: Entre el Consenso coactivo y el pluralismo político: La hora del Pacto de Olivos (1973-1993), in: Desarrollo Económico Bd. 37, Nr. 147, 389-418.

Casar, M. 1999: Coaliciones parlamentarias: Aprendiendo a vivir en democracia, in: CIDE, División Estudios Políticos, Documento de Trabajo, Nr. 104.

Castañeda, J. 1993: La utopía desarmada. Intrigas, dilemas y promesas de la izquierda en América Latina, Mexiko.

Castellano, E. 1996: Formas de gobierno y sistemas electorales en México (1940-1994), México.

Castillo, J. 1963: Las Fuentes de la Democracia Cristiana, Santiago.

Cavallo, A. 1998: La historia oculta de la transición. Memorias de una época, 1990-1998, Santiago.

Cavallo, A./Salazar, M./Sepúlveda O. 1997: La historia oculta del régimen militar. Chile 1973-1988, Santiago

Cavarozzi, M. 1989: Introducción, in: Cavarozzi, M./Garreton M. (Hrsg.): Muerte y resurrección. Los partidos políticos en el autoritarismo y las transiciones del Cono Sur, Santiago.

Centeno, M./ Silva, P. 1997: The Politics of Expertise in Latin America, London.

CEPAL 1949: Estudio Económico de la América Latina, Washington.

CERC 1992: Barómetro CERC, Santiago.

CERC 1993: Barómetro CERC, Santiago.

Cerruti, G. 1993: El jefe, Buenos Aires.

Cerruti, G./ Ciancaglini, S. 1992: El octavo círculo. Crónica del poder menemista, Buenos Aires.

Cervantes, E. 2000: La transición a la democracia y la lógica de funcionamiento de la política en México. La crisis de la política del estatismo y las opciones de cambio, in: Estudios Políticos, Nr. 25, 261-302.

Cifuentes, R. 1982: Zur Typologie politischer Parteien in Lateinamerika : die Fälle Chile und Argentinien, Heidelberg.

Cifuentes, R/ Urzúa, R. 1988: Organización de un Partido Político Moderno, Santiago.

Clavijo, F./ Valdivieso, S. 2000: Reformas estructurales y política macroeconómica: El caso de México, Santiago.

Codevilla, A. 1993: Is Pinochet the model, in: Foreign Affairs 72.5, 127-140.

Cohen, G 2000: Libertad y dinero, in: Centro de Estudios Públicos, 80, 51-76.

Colom, F. 1997: Legitimidad política, in: Quezada, F. (Hrsg.): Filosofía política I. Ideas políticas y movimientos sociales, 171-186, Madrid.

Colombo, A. 1991: Estatización de los partidos, Buenos Aires.

Collier, D./ Levitsky, S. 1998: Democracia con adjetivos. Innovación conceptual en la investigación comparativa, in: Ágora, Cuadernos de Estudios Políticos, 8, 99-122 Mexiko.

Commission Church 1975: Covert Action in Chile, 1963-1973: Staff Report US Government, Washington DC.

Consejo para la Consolidación de la Democracia 1986: Reforma constitucional. Dictamen Preliminar del Consejo para la Consolidación de la Democracia, Buenos Aires.

Consejo para la Consolidación de la Democracia 1987: Reforma constitucional. Segundo dictamen del Consejo para la Consolidación de la Democracia, Buenos Aires.

Converse, P. E. 1966: The problem of Party Distance in Models of Voting Change, In: Jennings, M./ Zeigler, L. (Hrsg.): The Electoral Process, Prentice-Hall.

COPARMEX-CONCANACO-SERVYTUR 1988: Propuestas del Sector Privado, Mexiko.

Coppedge, M. 1997: A Classification of Latin American Political Parties, Working Paper, Indiana.

Coppedge, M. 1997: Strong Parties and Lame Ducks: Presidential Partyarchy and Factionalism in Venezuela, Stanford.

Corbacho, A. 1998: Reformas constitucionales y modelos de decisión en la democracia argentina, 1984-1994, in: Desarrollo Económico, Bd. 37, Nr.148, 591-615.

Corrales, J. 1994: Statist Political Parties Shrinking the State: The Argentina and Venezuela Cases (1989-1993), Buenos Aires.

Corrales, J. 1999: ¿Contribuyen las crisis económicas a la implementación de reformas de Mercado? La Argentina y Venezuela en los ’90, in : Desarrollo Económico, Bd. 39, Nr.153, 3-29.

Corrales, J. 1999a: Crisis económicas y reformas de mercado: Una respuesta, in: Desarrollo Económico, Bd. 39, Nr.155, 468-470.

Corrales, J. 2001: The Political Causes of Argentina’s Recession, in: Woodrow Wilson Center Fellow, Pennsylvania.

Corrales, J. 2003: Presidents Without Parties: The Politics of Economic Reform in Argentina and Venezuela in the 1990s, Pennsylvania.

Correa, C. 2001: Los partidos políticos y los sistemas electorales, Panama.

Correa, R. 2003: Luis Guastavino Ex comunista, hoy Intendente de la V Región. “También soy responsable del 11, in: Diario El Mercurio, Reportajes.

Correa, R. 2003a: Carlos Altamirano. Las responsabilidades del líder socialista en 2003: "Con mi retórica contribuí a armar los espíritus y las manos", in : Diario El Mercurio, Reporta

Cortázar, R./ Marschall, J. 1980: Indice de precios al consumidor en Chile: 1970-1978, in: Colección Estudios CIEPLAN 4, Santiago.Reportajes, Santiago.

Cortés, A. 2002: La Democracia Cristiana es insustituible in: asuntospúblicos.org, (www.asuntospublicos.org) Inf. Nr. 176, 1-6.

Cortés, A. 2002a: Desde fuera de la DC: Miradas y preguntas acerca de sus futuro, in: asuntospúblicos.org, (www.asuntospublicos.org) Inf. Nr 196, 1-7.

Cortés, A. 2002b: La izquierda, sin propuesta ante la derechización de la política, in: asuntospúblicos. org, Inf. Nr. 200/ (www.asuntospublicos.org).

Courtois, S./Werth, N./Panné, J./Paczkowski, A./Bartosek, K./Margolin, J. 1998: El libro negro del comunismo. Crímenes, terror y represión, Madrid-Barcelona.

Covarrubias, A. 2001: El ámbito internacional y el proceso de cambio político en México, in: Ortega, R. (Hrsg.): Caminos a la democracia, Mexiko, 323-372.

Cruz-Coke, R. 1984: Historia Electoral de Chile. 1925-1973, Santiago.

Cubeddu, R. 1992: Il Liberalismo della Scuola Austriaca Menger, Mises Hayek, Nahpole-Milan.

Cubeddu, R. 1998: Sul concetto di nella Scuola Austriaca, in: Diritto e Cultura, Nr1, 3-35, Roma.

Cueto, P. 1992: Atrapado en su Red, Santiago.

Curzio, L. 2000: El PAN bajo la lupa, in: Revista de Estudios Políticos, Bd. 23, México.

Charlot, J. 1985: Les groupes politiques dans leur, in: Grawitz, M./Leca, J. (Hrsg.): Traité de Science Politique, Bd. IV, Paris

Charlot, J. 1989: Toward a New Theoretical Synthesis, in: Political Studies, XXXVII, 352-361.

Cheresky, I. 1995: La declinación del compromiso político y la cuestión republicana en las nuevas democracias latinoamericanas: el caso argentino, in: Ágora, Nr. 3, 17-31.

Chilcote, R. 1972: The Brazilian Communist Party, Conflict and Integration 1922-1972, New York.

Chudnovsky, D./López, A./Porta, F. 1995: Más allá del flujo de caja. El boom de la inversión extranjera directa en la Argentina, in Desarrollo Económico, Bd. 35, Nr. 137, 35-62-

Comisión Andina de Jurista 1993: Reformas al presidencialismo en América Latina: Presidencialismo versus parlamentarismo, Caracas.

D'Amato, L. 1964: Correnti di partito e partito di correnti, Mailand.

Da Silva, I. 2002: Mis ideales siguen siendo los mismos, in: Revista Ercilla, Oktober 2002.

Dahl, R. (Hrsg.) 1966: Political Opposition in Western Democracies, New Haven.

Dahl, R. 1970: Modern Political Analysis, New Jersey.

Dahl, R. 1971: Polyarchy. Participation and Opposition, New Haven.

Dahl, R. 1989: La poliarquía. Participación y oposición, Madrid.

Dahl, R. 1998: On Democracy, New Haven/London.

Dahl, R. 1999: Democracy and its Critics, New Haven.

D'Alimonte, R. 1988: Espacio Político, in: Bobbio N.(Hrsg.): Diccionario de Ciencia Política, Madrid.

De la Vega, C. 1989: La desnacionalización de la banca mexicana, in: Estudios Políticos, Nr. 8, 43-52.

De Pablo, 1994: Quién lo hubiera dicho. La transformación que lideraron Menem y Cavallo, Buenos Aires.

De Riz, L. 1989: Política y partidos. Ejercicio de análisis comparado: Argentina, Chile, Brasil y Uruguay in: Garreton M. A./Cavarozzi M. (Hrsg): Muerte y resurrección de los partidos políticos en el autoritarismo y las democracias, Santiago.

De Riz, L. 1993: Los partidos políticos y el gobierno de la crisis en Argentina, in: Revista Sociedad, Nr. 2, 73-91.

De Riz, L. 1995:Reforma constitucional y consolidación democrática, in: Revista Sociedad, Nr. 8, 61-76.

De Riz, L./Sabsay, D. 1991: Perspectivas de modificaciones del sistema presidencial de Argentina, in: Nohlen, D./Fernández, M. (Hrsg.): Presidencialismo versus Parlamentarismo, América Latina, Caracas.

De Riz, L./Sabsay, D. 1998: El jefe de gabinete en el sistema presidencial argentino, in: Nohlen, D./ Fernández, M. (Hrsg.): Presidencialismo renovado. Instituciones y cambio político en América Latina, Caracas.

Debray, R. 1975: Conversación con Allende, Mexiko.

Decamilli, J. 1968: Significación de la Democracia Cristiana, Madrid.

Deheza, G. 1998: Gobiernos de coalición en el sistema presidencial: América del Sur, in: Nohlen, D./Fernández, M. (Hrsg.): Presidencialismo renovado. Instituciones y cambio político en América Latina, Caracas.

Delamata, G. 2000: La oposición política al menenismo y la promesa de ciudadanía social, in: Estudios Sociales, Nr. 18, 61-88.

Delano, M./ Traslaviña H. 1989: La herencia de los Chicago Boys, Santiago.

Deutsch, K. 1961: Social Mobilization and Political Development, in: American Political Science Review, LV, 493-514.

Di Tella, T. 1998: Crisis y representatividad y sistemas de partidos políticos, Buenos Aires.

Diamond, L. 1994: Political Culture and Democracy in: Diamond, L (Hrsg.): Political & Democracy in Developing Countries, 1-29, London.

Diamond, L. 1994a: Rethinking Civil Society. Toward Democratic Consolidation, in: Journal of Democracy, 5.3.

Diamond, L. 1997: Is the Wave of Democratization Over?: An Empirical Assessment, In Working Paper 236, Notre Dame.

Diamond, L. (Hrsg.) 1997a: Consolidating the Third Wave Democracies, Baltimore.

Diamond, L./ Linz, J. 1989: Introduction, in: Diamond, L./ Linz, J./ Lipset, S. (Hrsg.): Democracy in developing countries. Politics, society and democracy in Latin America, California.

Diamond, L./ Plattner, M. 1996: The Global resurgence of democracy, London.

Diamond, L./ Hartlyn, J. 1999: Democracy in Developing Countries: Latin America, London.

Díaz, F. 1996: Los partidos políticos en México, Mexiko.Dix, R. 1989: Cleavage Structures and Party Systems in Latin America, in: Comparative Politics, Bd. 22, Nr. 1, 32-37.

Documentos CEP 1998: Chile en los archivos de la URSS (1959-1973). (Comité central del PCUS y del Ministerio de Relaciones Exteriores de la URSS), in: Revista de Estudios Públicos, Bd. 72, Santiago.

Dooner, P. 1985: Crónica de una democracia cansada. El Partido Demócrata Cristiano durante el gobierno de Allende, Santiago.

Dooner, P.1984: Cambios Sociales y Conflicto Político. El Conflicto Político Nacional durante el Gobierno de Eduardo Frei: 1964-1970, Santiago.

Drake, P. 1994: Introduction: The Political Economy of Foreign Advisors and Lenders in Latin America, in: Drake, P. (Hrsg.): Money Doctors, Foreign Debts, and Economic Reforms in Latin America from 1890s to the Present, XI-XXXIII, Wilmington.

Duarte, M. 1999: Reforma del Estado en la Argentina. El debate parlamentario de la Ley 23696/89, in: Época, Nr.1, 33-52.

Dunleavy, P. 1980: The Urban Basis of Political Alignment, in: BJPS, 9 409-444.

Dunleavy, P. 1987: Class Realignment Revisited, in: West European Politics 10, 400-419.

Dutrénit, S. (Hrsg) 1998: Huellas de las transiciones políticas. Partidos y elecciones en América Latina, Mexiko, 124-161.

Duverger, M. 1964: Introducción a la Política, Barcelona.

Duverger, M. 1981: Les partis politiques, Paris.

Easton, D. 1985: Political Science in the United State. Past and Present, in: International Political Science Review. Bd. 6, 1, 133-152.

Ebbighausen, R. 1969: Die Krise der Parteiendemokratie und die Parteiensoziologie. Eine Studie über Moise Ostrogorski, Robert Michels und die neuere Entwicklung der Parteienforschung, Berlin.

Echegaray, F./ Raimondo E. 1991: Repensando la democracia desde el ajuste: una perspectiva crítica, in: Nueva Sociedad 113, Caracas, 84-90.

Eisenstadt, S./ Roniger, L. 1984: Patrons, Clients and Friends: Impersonal Relations and the Structure of Trust in Society, Cambridge.

El Mercurio, 9/01/2002: Menem acusa a Duhalde de derribar a De La Rua, Santiago.

El Mercurio 09/11/2002: Partido Comunista abre sus puertas a empresarios, Santiago.

Eldersveld, S. 1964: Political Parties: A Behavioral Analysis. Edit. Rand McNally.

Elizondo, C. 1999: Are Policy-makers Irrational? Currency Crisis in Mexico. A Comparative Perspective, in CIDE, Nr. 105.

Elizondo, C./ Heredia, B. 2000: La instrumentación política de la reforma económica: México 1985-1999, in: Revista Zona Abierta, 90/91, 51-90.

Elster, J. 1998: Regla de mayoría y derechos individuales, in: : Ágora, Cuadernos de Estudios Políticos, 8, 61-98, Mexiko.

Enríquez, A. 1989: Mis recuerdos sobre los padres fundadores de Acción Nacional, entrevista a Juan José Hinojosa, in: Revista de Estudios Políticos, Bd. 3, México.

Ercilla 1970: Magazin, September 30/ Oktober 6, Nr. 1841, Santiago.

Escobar, J. 2001: El Opus Dei en Chile, in: El poder del Opus Dei, Santiago.

Escribano, J. 2003: La única certeza es que la sociedad se corrió hacia el centro, in: La Nación, 23/4/2003, Argentina.

Esparza, B. 1999: Crisis democrática en los partidos políticos, Mexiko.

Espinosa, J. 2001: Economía Neoliberal versus Economía Social en América Latina. Desafíos pendientes y una propuesta de economía más humana para nuestro tiempo, Santiago.

Espiral, R. 1991: Presidencialismo y parlamentarismo: análisis de un debate y consideraciones sobre el caso dominicano, in: Nohlen, D./ Fernández, M. (Hrsg.): Presidencialismo versus Parlamentarismo, América Latina, Caracas.

Estruch, J. 1994: Santos y Pillos. El Opus dei y sus paradojas, Barcelona.

Etchemendy, S./ Palermo, V. 1998: Conflicto y concertación. Gobierno, Congreso y organizaciones de interés en la reforma laboral del primer Gobierno de Menem, in: Desarrollo Económico, Bd. 38, Nr. 148.

Etchepare, J. 2001: Sistemas electorales, partidos políticos y normativa partidista en Chile, 1891-1995, in: Revista de Estudios Políticos, Nr. 112, Madrid, 149-177.

Ettore, A. 1988: Teoría de las Elites y Elitismo. Apuntes para un Análisis Histórico Actual, in: Revista Sistema 83.

Etzioni-Halevy, E. 1993: The Elite Connection, Cambridge.

Evans, P. 1992: The State as Problem and Solution: Predation, Embedded, Autonomy, and Structural Change, in: Haggard, S./ Kaufman, R. (Hrsg.): The Politics of Economic Adjustment: International Constrains, Distributive Conflicts, and the State, Princeton

Exeni, J. 2001: Acción mediática en tiempos de elecciones: los (des)enlaces entre comunicación y política, in: Meyenberg, Y. (Hrsg.): El dos de julio: Reflexiones posteriores, Mexiko, 101-120.

Fabrini, S. 1995: Presidents, Parliaments, and Good Government, in: Journal of Democracy, Bd.6, 3, 101-111.

Faúndez, J. 1992: Izquierda y democracia en Chile, 1932-1973.

Favela, A. 1991: Las elecciones del 91: Una explicación posible de la realidad política nacional, in: Estudios Políticos, Nr. 8, 133-145.

Fernadez, A. 1995: Los roles del sindicalismo durante la transición democrática (1983-1995), in: Revista de Ciencias Sociales, Nr. 3.

Fernández, A. 1986: ¿Renovación o quiebra?, in: Moncalvillo, M./ Fernández, A. : La renovación fundacional. Antonio Cafiero, José Manuel de la Sota, reportaje de Mona Moncalvillo. José Pablo Feimann, Carlos "Chacho" Alvarez, diálogos con Alberto Fernández, Buenos Aires.

Fernández, G. 1977: La Partidocracia, Madrid.

Fernández, M. 1981: Nationale Sicherheit in Lateinamerika: Ihre ideologische und legitimierende Funktion bei Errichtung von Militarregimen seit 1964, Heidelberg.

Fernández, M 1986: Más allá de la transición, Santiago.

Fernández, M 1986a: Presidencialismo, parlamentarismo y semipresidencialismo. Tres tesis sobre un sistema de gobierno para Chile, Santiago.

Fernández, M 1988: Sistemas electorales y proceso de transición a la Democracia en América Latina, San José.

Fernández, M. 1989: El proyecto de la ley electoral chilena de agosto de 1988. Análisis de alguno de sus fundamentos y alcances, in: Estudios Sociales, 59, 45-61.

Fernández, M 1989a: Clientelismo, in: Diccionario Electoral, San José.

Fernández, M 1989b: Partidos políticos, in: Diccionario Electoral, San José.

Fernández, M: 1991: Instituciones de gobierno, y políticas de desarrollo en América Latina, in: Nohlen, D./ Fernández, M. (Hrsg.): Presidencialismo versus Parlamentarismo, América Latina, Caracas.

Fernández, M. 1991a: El primer ministro dentro del sistema presidencial: Una propuesta para Chile, in: Nohlen, D./ Fernández, M. (Hrsg.): Presidencialismo versus Parlamentarismo, América Latina, Caracas.

Fernández, M 1998c: Transición versus democratización: Visiones alternativas sobre el cambio político, in: Nohlen, D./ Fernández, M. (Hrsg.): Presidencialismo renovado. Instituciones y cambio político en América Latina, Caracas.

Fernández, M. 1998d: Instituciones y democratización: El caso de Chile desde 1990, in: Nohlen, D./ Fernández, M. (Hrsg.): Presidencialismo renovado. Instituciones y cambio político en América Latina, Caracas.

Fernández, M./Nohlen, D. 1991: El presidencialismo latinoamericano: evolución y perspectivas, in: Nohlen, D./Fernández, M. (Hrsg.): Presidencialismo versus Parlamentarismo, América Latina, Caracas.

Fernández, M/ Nohlen D. 1998: El Presidencialismo Latinoamericano: evolución y perspectivas, in: Nohlen, D./ Fernández, M. (Hrsg.): Presidencialismo renovado. Instituciones y cambio político en América Latina, Caracas.

Ferrando, J. 1976: Las Elites, in: Revista Española de Opinión Pública 43, Madrid.

Ffrench-Davis, R. 1996: Transformaciones productivas con equidad: algunos elementos de la propuesta actual de la CEPAL, in: Urriola, R. (Hrsg.): Economía latinoamericana. La globalización de los desajustes, Ecuador.

Ffrench-Davis, R. 1999: Entre el neoliberalismo y el crecimiento con equidad. Tres décadas de política económica en Chile, Santiago.

Ffrench-Davis, R. 1999a: Crecimiento con equidad versus neoliberalismo, in: Revista Mensaje Bd. XLVIII, 53-57

Filgueira, C./Filgueira, F. 1998: Coaliciones reticentes: sistema electoral, partidos y reforma electoral en Uruguay, in: Nohlen, D./ Fernández, M. (Hrsg.): Presidencialismo renovado. Instituciones y cambio político en América Latina, Caracas.

Fine, J. 1987: La macroeconomía propia de Sudamérica, in: El CIID Informa, Montevideo.Finley, M. 1963: The Ancient Greeks, Harmondsworth.

Fischer, L. 1983: Meritocracia, in: Bobbio, N./ Matteucci, N. (Hrsg.): Diccionario de Política; Madrid, 995-997.

Fishkin, J. 1991: Democracy and Deliberation: New Directions for Democratic Reform, New Haven/London.

Fishlow, A. 1988: The State of Latin American Economics, in: Mitchell, C. (Hrsg.): Changing Perspectives in Latin American Studies: Insights from Six Disciplines, Stanford.

Flechtheim, O. 1973: Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg.

Flechtheim, O. 1974: Parteiprogramme, in: Lenk, K./ Neumann, F. (Hrsg.): Theorien und Soziologie der politischen Parteien, Bd. 2, Darmstadt.

Fleet, M. 1985: The Rise and Fall of Chilean Christian Democracy, Princeton.

Fleet, M./Smith, B. 1997: The Catholic Church and Democracy in Chile and Peru, Notre Dame

Fleischhcker, H./Krennerich, M./ Thibaut, B. 1996: Demokratie und Wahlen in Afrika und Lateinamerika: Bilanz der neunziger Jahre, in: Jahrbuch Dritte Welt 1997, München.

Flisfisch, A. 1991: La política como compromiso democrático, in: Centro de Investigaciones Sociológicas, Madrid.

Fontaine, A. 1989: Los Economistas y el Presidente Pinochet, Santiago.

Fontaine, A. 1995: Significado del eje derecha-izquierda, in: Revista de Estudios Públicos, Bd. 54, Santiago.

Fontaine, A. 1998: Estados Unidos y la Unión Soviética en Chile, in: Revista de Estudios Públicos, Bd. 72, Santiago.

Fowler, W. (Hrsg.) 1997: Ideologues and Ideologies in Latin America, London,

Foxley, A. 1980: Hacia una economía de Libre mercado: Chile 1974-1978, in: Colección Estudios CIEPLAN 4, Santiago.

Foxley, A. 1982: Experimentos neoliberales en América Latina, in: Colección Estudios CIEPLAN 7; Santiago.

Foxley, A./ Aninat E./ Arellano J. P. 1980: Las desigualdades económicas y la acción del Estado, Mexiko.

Fraga, R. 1999: La opinión pública en los 90: La sociedad cambia, in Todo es Historia, Nr. 389, 32-39.

Franklin, M. 1985: The Decline of Class Voting in Britain, Oxford.

Freedom House: Annual Survey of Freedom Scores 1972-to 2000-2001

Frei M., E. 1937: Chile Desconocido, Santiago.

Frei M., E. 1951: Sentido y Forma de una Política, Santiago.

Frei M., E. 1955: La Verdad tiene su Hora, Santiago.

Frei M., E. 1956: Pensamiento y Acción, Santiago.

Frei M., E. 1975: El Mandato de la Historia y las Exigencias del Porvenir, Santiago.

Frei M., E. 1984: El Hombre de la Patria Joven, Santiago.

Frey, B/Eichenberg, R. 1993: American and European Economics and Economist, in: Journal of Economics Perspectives, 85-93.

Friedman, M. 1956: Studies in the quantity theory of money, in: Friedman, M. (Hrsg.): Studies in economic, Chicago

Friedman, M. 1962: Essay in positive economics, Chicago.

Friedman, M. 1971: A theoretical framework for monetary analysis, New York.

Friedman, M. 1973: Money and economic development, New York.

Friedman, M. 1975: Capitalism and freedom, Charlottesville.

Friedman, M. 1976: Price, theory, Chicago.

Friedman, M. 1977: From Galbraith to economic freedom, London. Friedman, M

Friedman, M. 1979: Free to choose. A personal statement, London.

Friedman, M. 2002: Yo no soy padre del Modelo Chileno Interview; Zeitung La Tercera, April 2, Santiago.

Friedmann, R. 1990: Chile unter Pinochet. Das autoritäre Experiment 1973-1990, Freiburg.

Fuhr, H./ Hörman, M. 1995: Peru, in: Nohlen, D./Nuscheler, F. (Hrsg.): Handbuch der Dritte Welt, Bd. 2: Südamerika; Bd. 3: Mittelamerika und Karibik, Bonn.

Fukuyama, F 1992: The end of History and the Last Man, New York.

Fukuyama, F 1993: Capitalism & Democracy: The Missing Link, in: Diamond, L./ Plattner, M. (Hrsg.): Capitalism, Socialism, and Democracy Revisited, Baltimore.

García, A. 1994: La reforma por dentro. La difícil construcción del consenso institucional, Buenos Aires.

García, F. 1997: Representación política y crisis de los partidos en el Perú de los 90", in: Martínez, A. (Hrsg.): Cultura política, partidos y transformaciones en América Latina, Caracas, 7-33.

García, R. 1983: De La Madrid y la banca nacionalizada, in: Estudios Políticos, Nr. 2, 73-74.

García, R. 1985: La Financiación de los partidos políticos, Madrid.

Garretón, M. 1984: Dictaduras y democratización, Santiago.

Garretón, M. 1989: La oposición política partidaria en el Régimen Militar Chileno. Un proceso de aprendizaje para la transición. En: Marcelo Cavarozzi (Hrsg.): muerte y resurrección. Los partidos políticos en el autoritarismo y las transiciones del Cono Sur, Santiago.

Gay, R. 1994: Popular Organisation and Democracy in Rio de Janeiro: A tales of Two Favelas. Philadelphia.

Gazmuri, C. 1996: Eduardo Frei Montalva 1911-1982, Santiago.

Geertz, C. 1988: Works and Lives. The Anthropologist as Author, California.

Gerchunoff, P. (Hrsg.): Las privatizaciones en Argentina. Primera etapa, Buenos Aires.

Gerchunoff, P./ Torre, J. 1995: La política de liberalización económica en la administración de Menem, in: Desarrollo Económico, Bd. 36, Nr. 143, 733-768.

Gerson, M. 1996: The Neoconservative Vision. From the cold war to the culture war, Lanham.

Gibbins, J. 1989: Contemporary Political Culture, in: Gibbins; J.(Hrsg.): Contemporary Political Culture, London.

Gibson, E./ Calvo, E. 1997: Electoral Coalitions and Market Reforms: Evidence from Argentina. Paper presented at XX International Congress, Latin American Studies Association, Guadalajara.Giddens, A. 1994: Beyond Left and Right. The Future of Radical Politics, Cambridge/Cornwall.

Giddens, A. 1999: Der Dritte Weg, Frankfurt an Main.

Gil, F. 1964: Chile: Society in Transition, in: Needler, M. (Hrsg.): Political System of Latin America, Princeton, 351-379.

Gil, F. 1966: The Political System of Chile, Boston.

Gilbert, D. 1988: Sandinistas, Cambridge.

Godoy O. 1993: Hayek: Libertad y Naturaleza, in: Revista de Estudios Públicos, Nr.50, 23-43, Santiago.

Godoy, O. 1999: Ideas originarias del gobierno representativo, in: Revista de Ciencia Política, Bd.20, 3-30, Santiago.

Godoy, O. 1999a: La transición chilena a la democracia: Pactada, in: Estudios Públicos 74, 79-106.

Goldenberg, B. 1971: Kommunismus in Latin Amerika, Stuttgart.

Gordon, L. 1961: Abraño vs. Coexistence: Further Comments, in: Hirschman, A. (Hrsg.): Latin America Issues: Essay and Comments, New York, 63-68.

Gorvin, I 1989:(Hrsg.) Elections since 1945: A Worldwide Reference Compendium, London.

Grabel, Ll. 1999: The Political Economy of Policy Credibility: The New-Clasical Macroeconomics and the Remaking of Emergeging Economies, in: Working Paper 269, Notre Dame.

Grabendorf, W. 2003: Lateinamerikas unsichere Zukunft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Das Parlament, Bd. 38-39, 3-5.

Gratius, S. 2003: Spielt Europa in Lateinamerika noch eine Rolle?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Das Parlament, Bd. 38-39, 38-46.

Grayson, G. 1968: El Partido Demócrata Cristiano Chileno, Buenos Aires.

Grayson, G. 1968: Significance of the Frie Administration for Latin América, in: A Quarterly Journal of Word affairs 9, Washington.

Grayson, G. 1969: Chile's Christian Democratic Party: Power, Factions, and Ideology, in: The Review of Politics 31,Washintong.

Greven, M. 1987: Parteien Mitglieder. Ein empirischer Essay über das politische Alltagsbewusstsein in Parteien, Opladen.

Grosh, M. 1990: Social Spending in Latin America: The Story of the 1980s, Washington.

Grotz, F. 2000: Politische Institutionen und post-sozialistischen Parteisysteme in Ostmitteleuropa. Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei im Vergleich, Opladen.

Guirti, J. 1972: El Programa de Promoción Popular en Chile. Un Intento de Organización Política de los Sectores Populares in: Revista Latinoamericana de Ciencia Política 3.

Gumucio, R. 1994: Apuntes de Medio Siglo, Santiago.

Gunther, J. 1941: Inside Latin America, New York/ London.

Gunther, R./Diamandouros, N./Puhle, H. 1997: Las “Ilusiones” de O’Donnell: Una Réplica, in: Ágora, Nr. 6, 198-199.

Gutiérrez Vega, H. 1958: Ni izquierda, ni derecha: ¡Democracia Cristiana!, in: La Nación Bd. 35, Nr. 897, Mexiko.

Gutmann, A. 1980: Liberal Equality, Cambridge.

Habermas, J. 1976: La Legitimidad Hoy, in: Revista de Occidente. Tercera Epoca, Madrid.

Habermas, J. 1981: La Reconstrucción del Materialismo Histórico, Madrid.

Haggard, S. 1998: La reforma del Estado en América Latina, in: Revista del CLAD Reforma y Democracia, Nr. 11, Caracas.

Haggard, S/Kaufman, R. (Hrsg.) 1992: The Politics of Economic Adjustment: International Constrains, Distributive Conflicts, and the State, Princeton

Haggard, S/ Kaufman, R. 1995: The Political Economy of Democratic Transitions, Princeton.

Haggard, S/Kaufman, R. 1995a: Estado y reforma económica: La iniciación y consolidación de las políticas de mercado, in: Desarrollo Económico, Bd. 35, Nr. 139, Argentina

Handelman, H./Tessler, M. 1999: Democracy and Its Limits: Lessons from Asia, Latin America, and the Middle East, Notre Dame.

Hansen, H. 1991: The Athenian Democracy in the Age of Demosthenes: Structure, Principles and Ideology, Oxford.

Hayek, F. 1976: Geldtheorie und Kujunkturtheorie, Salzburg.

Hayek, F. 1976a: Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, Salzburg.

Hayek, F. 1978: New Studies in Philosophy, politics, economics and history of ideas, London.

Hayek, F. 1979: Liberalismus, Tübingen.

Hayek, F. 1981: Interview in Zeitung El Mercurio de Chile, 12 de April.

Heine, J. 2001: Desorden político y "malestar ciudadano" en su punto límite, in: asuntospúblicos.org, (www.asuntospublicos.org) Informe N° 112, 1-8.

Held, D. 1987: Models of Democracy, Oxford.

Held, D./ Leftwich, A. 1987: ¿Una disciplina de la política? Mexiko.

Herzog, D. 1998: Politische Klasse, in: Nohlen, D./ Schultze, R.-O./ Schüttemeyer S.(Hrsg): Politische Begriffe, in: Nohlen, D. (Hrsg): Lexikon der Politik, Band 7, München, 498-499.

Higgott, R. 1983: Political Development Theory. The Cotemporary Debate, London.

Hinkelammert, F. 1981: Socialdemocracia y Democracia Cristiana: Las Reformas Sociales y sus Limitaciones. En Nueva Sociedad 54, 155-170.

Hinzpeter, X./Lehmann, C. 1999: Las dos alas de la DC. La fuerte tensión interna del principal partido, in: Centro de Estudios Públicos, Puntos de Referencia (www.cepchile.cl).

Hirschman, A. 1961: Ideologies of Economic Development in Latin America, in: Hirschman, A. (Hrsg.): Latin America Issues: Essays and Comments, New York, 3-42.

Hoffmann, K. 1995: Ecuador, in: Nohlen, D./ Nuscheler, F. (Hrsg.) : Handbuch der Dritte Welt, Bd. 2: Südamerika; Bd. 3: Mittelamerika und Karibik, Bonn.

Höffner, Joseph 2001: Doctrina Social de la Iglesia, Barcelona.

Hofman, E. 1989: 1973-1989 Memorial de la Dictadura, Santiago.

Hofmann, R. 1993: Geschichte der deutsche Parteien. Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart, München.

Hofmeister, W. 1989: El Partido Demócrata Cristiano ante la Transición a la Democracia en Chile, in: CPU Estudios Sociales 62, Santiago.

Hofmeister, W. 1995:La Opción por la Democracia. Democracia Cristiana y Desarrollo Político en Chile 1964 1994, Santiago.

Hofmeister, W. 1996: Parteien und politischer Wandel in Bolivien, in: Lateinamerika: Analysen, Daten, Dokumentation. Bolivien: Traumland der Reformen?, Nr. 31, 27-36, Hamburg.

Hofmeister, W. 1999: Los Democrata-Cristianos Alemanes y sus relación con Chile, Santiago

Hofmeister, W./Thesing, J. (Hrsg) 1996: Der Wandel politischer Systeme in Lateinamerika, Frankfurt an Main.

Hofmeister, W./Thesing, J. (Hrsg.) 1995: Transformación de los sistemas políticos en América Latina, Buenos Aires.

Horowics, A. 1985: Los cuatro peronismos, Buenos Aires.

Hoskin, G./Murillo, G. 1999: Can Colombia Cope, in: Journal of Democracy, 10, 1, 36-50.

Hourtart, F.2002: Jean Paul II, un pape conservateur et moderne, in: Le Monde diplomatique/ Internet: www.monde-diplomatique.fr.

Hourton, J. 1987: Combate Cristiano por la Democracia, Santiago.

Hout, M./ Brooks, J./ Manza, J. 1993: The persistence of Class in Post-Industrial Societies, in International Sociology, 8, 3, 259-278.

Hout, M./ Brooks, J./ Manza, J. 1995: The Democratic Class Struggle in the United States, 1948-1992, in: American Sociology Review, 60, 805-828.

Hoyo, J. 1992: Las elecciones de 1991 y las posibilidades de transición a la democracia, in: Estudios Políticos, Nr. 10, 73-85.

Huerta J. 1997: La escuela Austríaca moderna frente a la neoclásica, in: Revista Económica Aplicada, Bd. 5, Madrid.

Hume, D. 1964: Of Parties in General, in: Hill, T./ Hodge, T. (Hrsg.): The Philosophical Works, 4 Bd., Bd. 3: Essay, Moral, Political, and Literary, Aalen, 127-130.

Huneeus, C. 1981: Der Zusammenbruch der Demokratie in Chile. Eine vergleichende Analyse, Heidelberg.

Huneeus, C. 1987: Los Chilenos y la Política, Santiago.

Huneeus, C. 1995: En defensa de la transición: El primer gobierno de la democracia en Chile, in: Ibero-Amerikanisches Archiv, Zeitschrift für Sozialwissenschaften und Geschichte, 21-53.

Huneeus, C. 1998: Las elecciones en Chile después del autoritarismo, in: Dutrénit, S. (Hrsg): Huellas de las transiciones políticas. Partidos y elecciones en América Latina, Mexiko, 124-161.

Huneeus, C. 1998a: Tecnócratas y políticos en un régimen autoritario: los "Odeplan boys" y los "gremialistas" en el Chile de Pinochet, in: Revista de Ciencia Política, Bd. 19, Nr. 2, S. 125-158, Santiago.

Huneeus, C. 1999: Problemas de institucionalización de los partidos políticos en una nueva democracia. El caso de Chile, in: Revista de Ciencia Política, Bd.20, 31-60, Santiago.

Huneeus, C. 1999a: Problemas de Institucionalización de los Partidos Políticos en una Nueva Democracia. El caso de Chile, in: Revista de Ciencia Política, Bd. 20, Nr1, 31-60, Santiago.

Huneeus, C. 2000: Technocrats and politicians in an authoritarian regime: The "ODEPLAN Boy's" and the "Gremialists" in Pinochet's Chile, in: Journal of Latin American studies Cambridge, Bd. 32, Nr. 2, S. 461-501, Cambridge.

Huneeus, C. 2000a: The Pinochet regime: a comparative analysis with the Franco regime, in: Mainwaring, S./ Valenzuela, A. (Hrsg.): Politics, society and democracy: Latin America, S. 71-99, Baltimore.

Huneeus, C. 2000b: El Régimen de Pinochet, Santiago.

Huneeus, C. 2000c: Problemas de la participación política en América Latina. Una mirada desde Chile, in: Contribuciones KAS Nr.1, 97-107, Buenos Aires.

Huneeus, C. 2001: Problemas de la participación política en América Latina. Una mirada desde Chile, in: Contribuciones, N° 1 (65), 97-107.

Huneeus, C. 2001a: La derecha en el Chile de Pinochet: El caso de la Unión Demócrata Independiente, in: Working Paper 285, Notre Dame.

Huneeus, C. 2002: La vigencia de la Democracia Cristiana, in: asuntospublicos.org, (www.asuntospublicos.org) Informe 186, 1-11.

Huneeus, C. 2002a: ¿Donde se fueron los votantes del PDC?, in: asuntospublicos.org, (www.asuntospublicos.org) Informe 175, 1-6.

Huntington, S. 1968: Political Order in Changing Societies, New York.

Huntington, S. 1984: Will More Countries Becomes Democratics?, in: Political Science Quarterly, Bd. 99, 2, 193-218.

Huntington, S. 1991: The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century, Oklahoma.

Huntington, S. 1996: El conflicto entre civilizaciones, próximo campo de batalla, in: DESCO, 107-132, Lima.

Huntington, S. 1996a: Desafíos entre el Islam y la cultura Occidental, in: Archivos del Presente, Nr. 2, Bd.5, Buenos Aires.

Huntington, S./ Weimer, M. (Hrsg.) 1987: Understanding Political Development, Harvard.

Huntington, S.1965: Political Development and Political Decay, in: World Politics, 17, New York, 386-430.

Inglehart, R. 1990: Culture shift in Advanced Industrial Society, Princeton.

Inglehart, R. 1996: Modernization and Postmodernization, Princeton.

Instituto Nacional de la Juventud 2002: Tercera Encuesta de Juventud, Santiago.

Instituto Universitario de Pesquisas do Rio de Janeiro: Dados Eleitorais do Brasil 1950-2000

Jackisch, C. 1990: Los partidos políticos en América Latina. Desarrollo, estructura y fundamentos programáticos. El caso argentino Buenos Aires.

Jacobo, E./ Luna, M./ Tirado, R. 1989: Empresarios, pacto político y coyuntura actual en México, in: Estudios Políticos, Nr. 8, 4-15.

Jaksic, I. 1982: El Pensamiento de Eduardo Frei Montalva in: CPU, Estudios Sociales 32, Santiago.

Jellinek, G. 1929: Allgemeine Staatslehre, Berlin.

Jellinek, G. 1974: Parteien als Elemente der Gesellschaft, in: Lenk, K./ Neumann, F. (Hrsg.): Theorien und Soziologie der politischen Parteien, Bd. 1, Darmstadt.

Jones, M. 1995: Electoral Laws and the Survival of Presidential Democracies, Notre Dame.

Jost, S. 1998: Los partidos políticos en las constituciones y legislaciones. Textos y análisis de diecinueve países, Buenos Aires.

Jouannet, A. 1993: Aproximación testimonial a los orígenes del Partido Demócrata Cristiano 1933-1938, (Diplom Arbeit) Temuco.

Jouannet, A. 1996: Etica y política, in: Revista Política y Espíritu, Santiago.

Jouannet, A. 1998: Los patios interiores de la Democracia Cristiana, (Magister Arbeit) Santiago.

Junker, D. 1988: Factores institucionales en el desplome de la República de Weimar, in: Nohlen, D./Solari, A. (Hrsg.): Reforma política y consolidación democrática. Europa y América Latina, Caracas.

Kahler, M. 1990: Orthodoxy and its Alternatives: Explaining Approaches to Stabilization and Adjustment, in: Joan Nelson (Hrsg.): Economics crises and Policy Choice, Princeton.

Kalyvas, S. 1996: The Rise of Christian Democracy in Europe. The Wilder House Series in Politics, History, and Culture, Cornell.

Kaplan, M. 1990: El Estado y la teoría política y constitucional en América Latina, in: González, P. (Hrsg.): El Estado en América Latina. Teoría y practica, Mexiko 70-107.

Katz, R./ Maier P. (Hrsg.) 1994: Changing models of party organization and party democracy: The emergence of the Cartel Party, in: Party Politics, Nr1, 1-20.

Kaufman, R. 1997: The next challenges for Latin America, in: Estudio/ Working Paper 1997/108.

Kavanagh, D. 1987: Thatcherism and British Politics. The End of Consensus, Oxford-New York.

Kay, C. 1993: For Renewal of Development Studies: Latin America Theories and Neoliberalism in the Era of Structural Adjustment, in: Third World Quarterly, Bd 14, Nr.4, 691-702.

Kelsen, H. 1974: Willensbildung in der moderne Demokratie, in: Lenk, K./ Neumann, F. (Hrsg.): Theorien und Soziologie der politischen Parteien, Bd. 1, Darmstadt.

Kenney, C. 2003: Fujimori's Coup and the Breakdown of Democracy in Latin America, Notre Dame.

Kenny, M. 1977: Patterns of Patronage in Spain, in: Schmidt, S./Guasti, L./ Lande, C./Scott, J (Hrsg.): Friend, Followers, and Factions. A Reader in Political Clientelism, California.

Key, V. O. 1962: Política, Partidos y Grupos de Presión, Madrid.

Kirchheimer, O. 1965: Der Wandel des westeuropäischen Parteisystems, in: Politische Vierteljahresschrift, 6 Jg. 20-41.

Klein, I., 1997: Transitionprozess in Chile und Korea im Vergleich, Heidelberg.

Kluxen, K. 1969 (Hrsg.): Parlamentarismus, Kohl/ Berlin.

Kollreuter, A. 1930: Reichstagswahlen und Staatslehre, Tübingen.

Konetzke, H. 1977: América Latina II. La Época Colonial, Mexiko.

Kornhauser, W. 1958: Electoral Studies and Democratic Theory, in: Political Studies 6 London.

Kornhauser,W. 1959: The Political of Mass Society, New York

Korry, E 1998: The USA in Chile. A Full Retrospective Political and Economic View (1963-1975), in: Revista de Estudios Públicos, Bd. 72, Santiago.

Kot, K. 1996: Fraktionalismus in westeuropäischen Parteien. Ursachen und Bedeutung innerparteiliger Gruppierungen. Magisterarbeit am Institut für Politische Wissenschaft der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Heidelberg.

Krauze, E. 1976: Caudillos culturales en la Revolución Mexicana, Mexiko.

Krennerich, M. 1996: Wahlen und Antiregimekriege in Zentralamerika: eine vergleichende Studie, Opladen

Krennerich, M. 1999: Wahlen in Lateinamerika: eine demokratische Routine, in: Brennpunkt Lateinamerika, Institut für Iberoamerika-Kunde Hamburg, Nr. 18, 151-161.

Krennerich, M. 2003: Demokratie in Lateinamerika. Eine Bestandsaufnahme nach der Wiedergeburt vor 25 Jahren, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Das Parlament, Bd. 38-39, 6-13.

Krennerich, M./Dirmoser, D. 2000: Peru, in: Nohlen D. (Hrsg.): Lexikon Dritten Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen, Hamburg.

Kristol, I 1995: Neoconservatism. Select Essays 1949-1995, New York.

Krumwiede, H. Armut in Lateinamerika als soziale und politisches Problem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Das Parlament, Bd. 38-39, 14-19.

Krumwiede, H./ Stockmann, R. 1995: Kolumbien, in: Nohlen, D./Nuscheler, F. (Hrsg.): Handbuch der Dritte Welt, Bd. 2: Südamerika; Bd. 3: Mittelamerika und Karibik, Bonn.

Kulfas, M. 1999: Las corrientes de capitales hacia la Argentina. Inversión extranjera, endeudamiento externo y fuga de capitales de los noventa, in: Época, Nr.1, 115-134.

Kvaternik, E. 1995: El peronismo de los ’90: un análisis comparado, in: Ágora, Nr. 3, 5-15.

Kwitny, J. 1984: Endless Enemies: The Making of an Unfriendly World, New York.

La Nación, 1967: Zeitung La Nación 8 de abril, Santiago.

La Nación, 1998: Zeitung La Nación 12 de febrero, Buenos Aires.

La Nación; 2003: Zeitung La Nación, 3 de abril, Buenos Aires.

La Palombara, J./ Weimer, M. 1966 (Hrsg.): Political parties and political development, Princeton.

Labarca, E. 1975: El Chile de Luis Corvalan: Una entrevista de 27 horas, Barcelona.

Lambert, P. 1997: Ideology and Opportunism in the Regime of Alfredo Stroessner, 1945-1989, in: Fowler, W. (Hrsg.): Ideologues and Ideologies in Latin Amerika, London, 135-138.

Lambert, P. 2000: A Decade of Electoral Democracy: Continuity, change and crisis in Paraguay, in: Bulletin of Latin American research, 379-396, London.

Lambert, P./Nickson R. (Hrsg.) 1997: The transition to democracy in Paraguay, London-New York.

Lamounier, B. 1991: Parlamentarismo o presidencialismo atenuado: el debate actual en Brasil, in: Nohlen, D./ Fernández, M. (Hrsg.): Presidencialismo versus Parlamentarismo, América Latina, Caracas.

Lamounier, B. 1996: Demokratisierung und Reformen ohne Politischen Pakt?: zur historischen Einordnung der Regierung Cardoso, in: Lateinamerika: Analysen, Daten, Dokumentation: Wirtschaftsreformen ohne Konsens? Brasilien zur Halbzeit der Regierung, Hamburg, Nr. 32, 11-30.

Lamounier, B. 1998: La reforma institucional en Brasil: Proyectos y resusltados 1985-1993, in: Nohlen, D./ Fernández, M. (Hrsg.): Presidencialismo renovado. Instituciones y cambio político en América Latina, Caracas.

Lande, C. 1977: The Dyadic Basis of Clientelism, in: Schmidt, S./ Guasti, L./ Lande, C./ Scott, J (Hrsg.): Friend, Followers, and Factions. A Reader in Political Clientelism, California.

Landi, O. 1995: Outsiders, nuevos caudillos y media politics, in: Perelli, C./Picado, S./Zovatto, D. (Hrsg.): Partidos y clase política en América Latina en los 90, San Jose, 205-217.

Langston, J. 1995: Sobrevivir y prosperar: Una búsqueda de las causas de las facciones políticas intrarrégimen en México, in: Política y Gobierno, Bd. 2, Nr. 2, 243-278.Lasch, C. 1996: La rebelión de la elites y la traición a l democracia, Barcelona.

Latinobarómetro 1995: Informe de prensa, Santiago.

Latinobarómetro 1996: Informe de prensa, Santiago.

Latinobarómetro 1997: Informe de prensa, Santiago.

Latinobarómetro 1998: Informe de prensa, Santiago.

Latinobarómetro 1999-2000: Informe de prensa, Santiago.

Latinobarómetro 2001: Informe de prensa, Santiago.

Latinobarómetro 2002: Informe de prensa, Santiago.

Latinobarómetro 2003: Informe de prensa, Santiago.

Lauga, M. 1994: La campaña electoral en América Latina: propaganda, periodo, prohibiciones, Heidelberg.

Lauga, M. 1998: Publicación de los resultados electorales, proclamación de los candidatos electos, in: Nohlen, D./Picado, S./Zovatto, D. (Hrsg.): Tratado de derecho electoral comparado de América Latina, México.

Lauga, M. 1998a: La reforma constitucional uruguaya de 1996, in: Nohlen, D./ Fernández, M. (Hrsg.): Presidencialismo renovado. Instituciones y cambio político en América Latina, Caracas.

Lauga, M. 1999: Demokratietheorie in Lateinamerika. Die Debatte in den Sozialwissenschaften, Opladen.

Lauga, M./ Dirmoser, D. 2000: Kolumbien, in: Nohlen D. (Hrsg.): Lexikon Dritten Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen, Hamburg.

Lauga, M./ Krennerich, M. 1994: diseño versus política: observaciones sobre el debate internacional y las reformas de los sistemas electorales, Heidelberg.

Lauga, M./ Krennerich, M. 1998: Diseño versus política. Observaciones sobre el debate internacional y las reformas de los sistemas electorales, in: Nohlen, D./ Fernández, M. (Hrsg.): Presidencialismo renovado. Instituciones y cambio político en América Latina, Caracas.

Lauga, M./ Thibaut, B. 1998: La dimensión Político-institucional de la gobernabilidad de las democracias latinoamericanas en los años noventa, in: Ibero-Amerikanisches Archiv, 24 (1-2), 69-102.

Lawson, K. (Hrsg.) 1994: How Political Parties Work. Perspectives from Whiting, Westport.

Lazarte, J. 1998: Presidencialismo limitado e inviabilidad parlamentarista: El caso de Bolivia, in: Nohlen, D./ Fernández, M. (Hrsg.): Presidencialismo renovado. Instituciones y cambio político en América Latina, Caracas.

Le Clercq, J 1996: Latinoamérica: Hacia una nueva forma de hacer política, in: Estudios Políticos, Nr. 13, 33-55.

Lechner, N. 1996: Cultura política y gobernabilidad democrática, in: Estudios Políticos, 9, 25-38, Medellín.

Lechner, N. 1996a: Thesen über Parteien und Zivilgesellschaft in Lateinamerika, in: Diskussion Paper, FES, Bonn.

Lefevre, P. 1953: Le FDP: Seize ans D´Expérience Pluraliste, in: RES Publica, Revue de Science Politique. Belgian Journal for Political Science, Bd. XXII, Brüssels.

Leftwich, A. 1987: ¿Que es la política? In: Held, D./ Leftwich, A. (Hrsg): ¿Una disciplina de la Política? Mexiko.

Lehman, C. 2002: ¿Cuán religiosos somos los chilenos? Mapa de la religiosidad en 31 países; in: Revista de Estudios Públicos, Nr. 85, Santiago, 21-40.

Lemarchand, R./ Legg, K. 1981: Political Clientelism and Development: A Preliminary Analysis, in: Comparative Politics, 4, 149-179.Lenk, K./ Neumann, F. 1974 (Hrsg): Theorie und Soziologie der politischen Parteien, Band 1, Darmstadt/ Neuwied.

Lenin, V. 1958: Aus dem philosophischen Nachlass, Berlin.

Lenk, K./Neumann, F. 1974 (Hrsg): Theorie und Soziologie der politischen Parteien, Band 2, Darmstadt/ Neuwied.

León, S. 1983: Los trabajadores bancarios: la nueva generación de banqueros, in: Estudios Políticos, Nr. 2, 72-73.

Leoni, F. 1981:- Las Diversas Corrientes en los Partidos Americanos. En: Revista Española de la Opinión Pública, 16. Madrid.

Leoni, F. 1983: Las Corrientes de la Democracia Cristiana Italiana. En: Revista Española de la Opinión Pública, 24, Madrid.

Letamendia, P. 1977: La Démocratie Chrétienne, Bordeaux.

Levitsky, S. 1997: Crisis, adaptación partidaria y estabilidad del régimen en la Argentina: el caso del peronismo, 1989-1995, in: Revista de Ciencias Sociales, Nr.6, 85-131.

Levitsky, S. 2001: Transforming Labor-Based Parties in Latin America: The Argentine Justicialista Party in Comparative Perspective, in Working Paper 288, Notre Dame.

Lijphart, A. 1977: Democracy in Plural Societies. A Comparative Exploration, New Haven/London.

Lijphart, A. 1984: Democracies. Patterns of Majoritarian and Government in twenty-One Countries, New Haven/ London.

Lijphart, A. 1985: The Field of Electoral System Research: A Critical Survey, in: Electoral Studies, 4, 3-14.

Lijphart, A. 1994: Electoral Systems and Party System. A Study of Twenty-Seven Democracies, 1945-1990, Oxford.

Lindenberg, M./Devarajan, S. 1993: Prescribing Strong Economic Medicine: Revisiting the Myths about Structural Adjustment, Democracy and Economic Performance in Developing Countries, in: Comparative Politics 25, 2, 169-183.

Linz, J. 1978: Crisis, Breakdown, and Reequilibration, in: Linz, J./Stepan, A. (Hrsg.): The Breakdown of Democratic Regimes, Baltimore and London.

Linz, J. 1987: La quiebra de las democracias, Madrid.

Linz, J. 1990: Democracia: Presidencialismo o parlamentarismo: ¿Hace alguna diferencia? In: Godoy, O.(Hrsg.): Hacia una democracia moderna. La opción parlamentaria, Santiago.

Linz, J. 1997: Introduction: some thoughts on presidentialism in postcommunist Europe, in: Taras, R. (Hrsg.): Postcommunist Presidents, Cambridge, 1-14.

Linz, J/ Valenzuela A. (Hrsg.) 1994: The Failure of Presidential Democracy , Baltimore.

Linz, J./Diamond, L./ Lipset, S. M. (Hrsg.) 1995: Politics in Developing Countries: Comparing Experiences with Democracy, London.

Lipset, J. 1960: Political Man, Baltimore.

Lipset, S. M. 1970: Political Cleavages in developed and emerging polities, in: Allard, E./ Rokkan, S. (Hrsg.): Mass Politics Studies in Political Sociology, New York

Lipset, S. M. 1984: Introducción, in: Michels, R.: Los Partidos Políticos, Buenos Aires.

Lipset, S. M. 1996: El orden democrático desde una perspectiva comparada, in: Nohlen, D./Lipset, S./Sartori G.: Apuntes para una reflexión sobre la democracia: Tres ensayos, in: Cuadernos CAPEL, 41, 9-12, San José.

Lipset, S. M./Rokkan, S. 1967: Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, New York/London.

Lipset, S. M./Clark, T. 1991: Are Social Classes Dying?, in: International Sociology, 6, 4, 397-410.

Lipset, S. M./ Clark, T./ Rempel, M. 1993: The Declining Political Significance of Social Class, In International Sociology, 8, 3, 279-2793.

Lircay 1936: Revista 14, November, Santiago.

Lircay 1937: Revista 23, Januar, Santiago.

Loaeza, S. 1987: De la oposición leal a la impaciencia electoral, in: Loaeza, S./ Segovia, R. (Hrsg.): La vida política mexicana en la crisis, Mexiko.

Loaeza, S. 1999: El PAN: Monje, casado, virgen y mártir, in: Revista Nexos, Bd. 255, México.

Loaeza S. 1999a: El Partido Acción Nacional: la larga marcha, 1939-1994. Opción leal y partido de protesta, México.

Loaeza, S. 2000: La Democracia Cristiana y la modernización de Acción Nacional (1957-1965), in: Revista Historia y Grafía, Bd. 14, México.

Loaeza, S. 2000a: México: la rebelión de las elites, in: Revista Complutense de Historia de América, Nr. 26, 307-326.

Loaeza, S. 2001: El tripartidismo mexicano ¿Un arreglo inestable? In: Estudios Políticos (Nueva Época) Nr. 107, 251-268.

Loaeza, S. 2001a: La incertidumbre en la prolongada transición mexicana: el Partido Acción Nacional y la aversión al riesgo, in: Ortega, R. (Hrsg.): Caminos a la democracia, Mexiko, 137-175.

Lombardi, G. 1982: Corrientes y Democracia Interna de los Partidos Políticos, in: Revista de Estudios Políticos 27, Madrid.

Lomeli, L. 1989: Los diputados de Acción Nacional y la Ley Federal del Trabajo de1970, in: Revista de Estudios Políticos, Bd. 3, México.

López, C. 2000: Liberalización política en México: un enfoque de mercado a la competencia electoral, in: Estudios Políticos, Nr. 25, Sexta Época, 225-259.

López, G. 1994: Identidad partidaria, candidatos y grandes temas en la decisión electoral, in: Estudios políticos, Nr. 5, 75-93.

López, M. J. 1982: Partidos Políticos. Teoría General y Régimen Legal, Buenos Aires.

Lopez-Alves, F. 1998: Qué y cómo comparar. Una revisión metodológica, in: Dutrénit, S. (Hrsg): Huellas de las transiciones políticas. Partidos y elecciones en América Latina, Mexiko, 13-45.

Love, L. 1996: Las fuentes del estructuralismo latinoamericano, in: Revista Desarrollo Económico, Bd. 36, Nr. 141, Buenos Aires.

Lowenthal, A. 1997: Battling the undertow in Latin America, in: Diamond, L. (Hrsg.): Consolidating the Third Wave Democracies: Regional Challenges, 58-63, Baltimore.

Loyola, R. 1997: México, los obstáculos de una larga transición, in: Sistema. Revista de Ciencias Sociales, Nr. 63, 84.

Ludlow, L. 1989: Formación de una disidencia: el nacimiento de la Unión Nacional Sinarquista y del Partido Acción Nacional, in: Revista de Estudios Políticos, Bd. 3, México.

Lujambio, A. 1995: De la hegemonía a las alternativas: diseños institucionales y el futuro de los partidos políticos en México, in: Política y Gobierno, Bd. 2, Nr. 1, 43-72.

Luna, M. 1987: Los empresario el sistema político y la democracia, in: Pérez, G./ León, S. (Hrsg.): 17 ángulos de un sexenio, Mexiko.

Luna, M./ Millán, R./ Tirado, R. 1985: Los empresarios en los inicios del gobierno de Miguel de la Madrid, in: Revista Mexicana de Sociología, Bd. 48, Nr.4, Mexiko.

Luna, M./ Tirado, R. 1987: Empresarios entre radicales neopanistas y moderados neopriístas, in: El Cotidiano, Nr. 18, Mexiko.

Lux, W. 1979: Acción Nacional: Mexico's oppositions party, California.

Lynch, E. (Hrsg.) 1994: Latin America's Christian Democratic Parties: A Political Economy, Virginia-London.

Llanos, M. 1998: El Presidente, el Congreso y la política de privatizaciones en la Argentina (1989-1997), in: Desarrollo Económico, Bd. 38, Nr. 151, 743-770.

Mabry, D. 1970: Acción Nacional: The Institutionalization of an Opposition Party, New York.

Macpherson, C. 1962: The Political Theory of Possessive Individualism, Oxford.

Macpherson, C. 1973: Democratic Theory: Essays in Retrieval, Oxford.

Macpherson, C. 1977: The Life and Times of Liberal Democracy, Oxford.

Magaloni, B. 1996: Dominio de Partido y dilemas duvergerianos en las elecciones presidenciales de 1994 en México, in: Política y Gobierno, III, 2, 281-326, Mexiko.

Mahoney, J. 2001: The Legacies of Liberalism: Path Dependence and Political Regimes in Central America, Johns Hopkins.

Maier, H. 1969: Revolution and Church. The early History of Christian Democracy, 1789-1901, Notre Dame.

Mainwaring, S 1990: Brazilian Party undevelopment in Comparative Perspective, in: Working Paper 134, Notre Dame.

Mainwaring, S 1993: Presidentialism, Multipartidism, and Democracy. The Difficult Combination, In: Comparative Political Studies, 26, 2, 198-228.

Mainwaring, S 1997: Presidentialism in Brazil: The Impact of Strong Constitutional Powers, Weak Partisan Powers, and Robust Federalism, in: The Latin America Program Working Paper Series, Nr. 25, Washington.

Mainwaring, S 1998: Rethinking Party System Theory in the Third Wave of Democratization: The Importance of Party System Institutionalization, in: Working Paper, 260, Notre Dame.

Mainwaring, S. 1999: Rethinking Party System in the Third Wave of Democratization: The Case of Brasil, Standford.

Mainwaring, S. 1999a: La durabilidad de la democracia en América Latina, 1940-1998, in: Política y Gobierno, Bd. 6 Nr. 2, 315-363, Mexiko.

Mainwaring, S./O'Donnell, G./Valenzuela , S. (Hrsg.) 1992: Issues in democratic consolidation : the new South American democracies in comparative perspective, Notre Dame.

Mainwaring, S./Shugar, M 1993: Juan Linz, Presidentialism, and Democracy: a Critical Appraisal, in: Working Paper, 200, Notre Dame.

Mainwaring, S./Scully, T. 1995: Introduction. Party System in Latin America, in: Mainwaring, S./ Scully, T. (Hrsg.): Building Democratic Institutions. Party System in Latin America, Stanford, 1-34.

Mainwaring, S./ Scully, T. (Hrsg.) 1995: Building Democratic Institutions. Party System in Latin America, Stanford

Mainwaring, S./Shugar, M 1996: Presidencialismo y sistema de gobierno en América Latina, in: Revista Uruguaya de Ciencia Política, Nr.9, 9-40, Montevideo.

Mainwaring, S./Valenzuela, A. (Hrsg.)1997: Politics, Society , and Democracy: Latin America, Princeton.

Mainwaring, S./Shugar, M (Hrsg) 1997: Presidentialism and Democracy in Latin America, Cambridge.

Mainwaring, S/ Pérez, A. 1997: Party Discipline in the Brazilian Constitutional Congress, in in: Working Paper, 278, Notre Dame.

Mainwaring, S./Brinks, D./Perez-Liñan, A. 2000: Classifying Political Regimes in Latin America, 1945-1999, in: Working Paper 280, Notre Dame.

Mainwaring, S./ Meneguello, R./ Power, T. 2000: Conservative Parties, Democracy, and Economic Reform in Contemporary Brazil, in: Middlebrook, K. (Hrsg.): Conservative Parties, the Right, and Democracy in Latin America, Baltimore.

Mainwaring, S/Torcal, M. 2000: The Political Recrafting of Social Bases of Party Competition: Chile in the 1990s, Working Paper, 235, Notre Dame.

Mainwaring; S./Scully, T. (Hrsg.) 2003: Christian Democracy in Latin America: Electoral Competition and Regime Conflicts, Stanford.

Maldonado, V. 2001: LA DC la inscripción electoral: El Rey está desnudo, in: asuntospúblicos.org, (www.asuntospublicos.org) Informe N° 95, 1-4.

Mallo, S. 1991: Los partidos y su discurso modernizador y neoconserador: Argentina 1983-1990, in: Estudios políticos, Nr. 6, 125-143.

Manin, B. 1997: The Principles of Representative Government, Cambridge.

Mansbridge, J. 1983: Beyond Adversary Democracy, Chicago.

Mancilla, H. 2000: Algunas insuficiencias de la democracia contemporánea una critica de las teorías de la transición latinoamericana, in: Estudios Políticos (Nueva Época), Nr. 108, 77-102

Maravall, J. 1996: Accountability and Manipulation, in: Studio Working Paper, Madrid.

Margheritis, A. 1999: Reformas económicas y liderazgo presidencial. Argentina en perspectiva comparada, in: Revista Uruguaya de Ciencia Política, Nr. 11, 161-178.

Martínez, A. (Hrsg.)1997: Cultura política, partidos y transformaciones en América Latina, Caracas.

Martínez, A. 2000: El Partido Acción Nacional: Una historia política, Mexiko.

Mayeur, J. 1988: Partidos Católicos y Democristianos Europeos, in: Bobbio, N.(Hrsg): Diccionario de Ciencia Política, Madrid.

Mazuca, S. 1997: ¿Es responsabilidad del sistema de partidos? In: Cuadernos del CLAEH, Nr. 80, 37-43.

Mc Guire, J. 1999: Peronism Without Peron: Unions, Parties and Democracy in Argentina, Stanford.

Mejía, A. 1999: Christian Democracy and the Politics of Coalitions in Latin America. Chile, Ecuador and Venezuela, In Working Paper 99-10, Notre Dame.

Meller, P. 1994: La economía chilena durante el gobierno democrático reciente (1990-1994), in: Gobierno de la Transición : Un balance. Proposiciones 25, 98-110.

Meller, P./ Livacich, E./ Arrau, P. 1984: Una revisión del milagro económico chileno, in: Colección Estudios CIEPLAN Nr. 15 Santiago.

Mello, G. 1966: Frei y la Revolución Latinoamericana, Santiago.

Mena, C. 1999: Rediseño de partidos políticos en América Latina, San Jose.

Méndez R./ Barros E./ Godoy O./ Fontaine A. 1989: ¿Por qué ganó el NO? In: Estudios Públicos 33, Santiago.

Mendoza, E. 2001: Laberintos de la transición. La democracia en México al fin de siglo, Mexiko.

Menéndez, A. 1986: La conquista del voto en el Ecuador. De Velazco a Roldos, Quito.

Mercado, R. 1996: Historia de los partidos políticos. Desde Leandro N. Alem hasta Carlos Saúl Menem (1990-1995), Buenos Aires.

Merkel, W. 1996: Theorien der Transformation: Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften, in: Beyme, K. von/ Offe, C. (Hrsg.) 1996: Politische Theorien in der Ära der Transformation, Opladen.

Merkel, W. 1999: Systemtransformation, Opladen.

Merkel, W./ Busch, A. (Hrsg.) 1999: Demokratie in Ost und West. Für Klaus von Beyme, Frankfurt/Main.

Merkel, W./Phule, H.-J./Croissant, A./Eicher, C./ Thiery, P. : Defekte Demokratie, Opladen 2003

Merkl, P. 1981: La Función Legitimadora del Líder. Konrad Adenauer 1949-1976, In: Revista de Estudios Políticos 21, Madrid.

Michels, R. 1909: Der Konservative Grundzug der Partei-Organisation, in: Eleutheropulus/ Engelhardt, Baron von (Hrsg): Monatsschrift fuer Soziologie, Leipzig.

Michels, R. 1911: Zur Soziologie des Parteiwesens in der Moderne Demokratie, Leipzig.

Middlebrook, K. (Hrsg.) 2000: Conservative Parties, the Right, and Democracy in Latin America, Washington .

Milford, K. 1998: Hufeland come precursore di Menger e Hayek, , in: Diritto e Cultura, Nr1, 3-35, Roma.

Mill, J. S. [1861] 1958: Consideration on Representative Government, New York.

Ministerio de Economía 2002: Visión de Chile: Situación Económica y Financiera. Desempeño Macroeconómico de Chile (1984-2000)

Mintzel, A. 1985: Zweiparteisystem, in: Nohlen, D./Schultze, R. (Hrsg.): Pipers Wörterbuch zur Politik. Politikwissenschaft. Theorien-Methoden-Begriffe, München-Zürich.

Mirón, R. 1992: Elecciones y transición democrática en México, in: Revista de Estudios Políticos, Bd. 12, México.

Mirón, R. 1997: Competencia electoral recursos y equidad, in: Estudios Políticos, Nr. 16, 91-105.

Mizrahi, Y. 1995: Democracia, eficiencia y participación: Los dilemas de los gobiernos de oposición en México, in: Política y Gobierno, Bd. 2, Nr. 2, 117-206.

Mizrahi, Y. 2003: From Martyrdom to Power: The Partido Acción Nacional in Mexico, Notre Dame.

Monceri, F. 1998: Il denaro fra teoria economica e filosofia: note sul rapporto Menger-Simmel, in: Diritto e Cultura, Nr1, 3-35, Roma.

Montecinos, V. 1997: Los economistas y las elites políticas en Latinoamérica, in: Estudios Internacionales, Nr. 119-120, Santiago, 351-375.

Moreno, E. 1988: Historia del Movimiento Sindical Chileno. Una Visión Cristiana, Santiago.

Mosca, G. 1984: La Clase Política, México.

Müller-Rommel, F.1984: Zur Klassifizierung parteiintern organisierter Gruppierungen: ein westeuropäischer Vergleich, in: Zeitschrift für Politik, Vol. 31, 77-91.

Muñoz, V. 1997: La presencia del Estado y el modelo de liberalización económica, in: Estudios Políticos, Nr. 15, 95-110.

Muñoz, V. 2001: Del autoritarismo a la democracia. Dos decenios de cambio político en México, Mexiko.

Muñoz, V.1989: Los empresarios y la sucesión presidencial de 1988: la posición frente al Partido Revolucionario Institucional, in: Estudios Políticos, Nr. 8, 28-34.

Murillo, M. 1997: From Populism to Neoliberalism: Labor Unions and Market-Oriented Reforms in Argentina, Mexico and Venezuela, (Thesis Promotion) Harvard University.

Murillo, M. 1997a: La adaptación del sindicalismo argentino a las reformas de merado en la primera presidencia de Menem, in: Desarrollo Económico, Bd. 37, Nr. 147.

Mustapic, A. 2000: "Oficialistas y Diputados": Las relaciones Ejecutivo-Legislativo en la Argentina, in: Desarrollo Económico, Bd. 39, Nr. 156, 571-595.

Mustapic, A./Ferreti, N. 1994: El veto presidencial, Buenos Aires.

Mustapic, A./ Goretti, M. 1988: La reforma posible, in: Julio Pinto (Hrsg.): Ensayos sobre la crisis argentina, Bd. 2, 146-162.

Nacif, B. 1997: La rotación de cargos legislativos y la evolución del sistema de partidos en México, in: Política y Gobierno, Bd. 4, Nr. 1, 115-148.

Nacif, B. 2003: Policy Making under Divided Government in Mexico, in: Working Paper 305, Notre Dame.

Navarro, L. 1995: Régimen de partidos en México, Centro América y el Caribe, Mexiko.

Navarro, M. 1995: Democracia y reformas estructurales: Explicación de la tolerancia popular al ajuste económico, in: Desarrollo Económico, Bd. 35, Nr. 139, 443-466.

Nedelmann, B. 1975: Handlungsraum politischer Organisationen. Entwurf eines theoretischen Bezugsrahmens zur Analyse von Parteienentstehung, in: Sozialwissenschaft Jahrbuch für Politik, Bd. 4, 9-118, München.

Neiburg, F. 1998: Los intelectuales y la invención del peronismo, Buenos Aires.

Nelson, J. 1994: The politics of Adjustment in Small Democracies: Costa Rica, The Dominican Republic and Jamaica, in: Nelson, J. (Hrsg.): Economic Crisis and Policy Choice, Princeton.

Neumann, S. 1956: Toward a Comparative Study of Political Parties, in: Modern Political Parties Approached to Comparative Politics, Chicago.

Neumann, S. 1965: Die Parteien der Weimarer Republik, Stuttgart.

Niedermayer, O. 1989: Innerparteiliche Partizipation, Opladen.

Niedermayer, O. 1992: Innerparteiliche Demokratie, in: Niedermayer, O./Stöss R. (Hrsg.): Stand und Perspektiven der Parteiforschung in Deutschland, Opladen, 230-250.

Noack, P. 2003: Eliten und Massendemokratie. Der Befund und die deutsche Wirklichkeit, in Altmann, F.-L./Hatschikjan (Hrsg.): Eliten im Wandel. Politische Führung, wirtschaftliche Macht und Meinungsbildung im neuen Osteuropa, Paderborn, 15-32.

Nochteff, H. 1998: Neoconservadurismo y subdesarrollo. Una mirada a la economía argentina, in: Nochteff, H. (Hrsg.): La economía argentina a fin de siglo: fragmentación presente y desarrollo ausente, 17-46, Buenos Aires.

Nohlen, D. 1970: Chile vor den Präsidentschaftswahlen. Westlicher Demokratie und sozialer Wandel in Lateinamerika, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 35/36, 21-46.

Nohlen, D. 1971: Politischer Wandel durch Wahlen: Der Fall Uruguay, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B, 42, 3-21.

Nohlen, D. 1971a: Die chilenische Christdemokratie nach den „historische Wahlen", in: Civitas 10, 232-262.

Nohlen, D. 1973: Chile. Das sozialistische Experiment, Hamburg.

Nohlen, D. 1973a: Warum scheiterte Salvador Allende? In: Aus Politik und Zeitgeschichte B, 42, 3-21.

Nohlen, D. 1974: Feuer unter der Asche. Chiles gescheiterte Revolution, Baden-Baden.

Nohlen, 1982: Regimewechsel in Lateinamerika. Überlegungen zur Demokratisierung autoritärer Systeme, in: Lindenberg, K. (Hrsg.): Lateinamerika. Herrschaft, Gewalt und internationale Abhängigkeit, Bonn, 63-86.

Nohlen, 1984: El cambio del régimen político en América Latina, in: Estudios Internacionales, 68, 548-545.

Nohlen, D. (Hrsg) 1984a: Wahlen und Wahlpolitik in Lateinamerika, Heidelberg.

Nohlen, D. 1986: ¿Ciencia comprometida? Las ciencias políticas frente al subdesarrollo, in: Revista de Literatura Hispánica, 22/23, 293-304.

Nohlen, D. 1986a: Sistemas Electorales y Representación Política en América Latina, Madrid.

Nohlen, D. 1986b: Militärregime und Redemokratizierung in Lateinamerika, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9, 3-16.

Nohlen, D. 1988: Mehr Demokratie in der Dritten Welt? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B25/26, 3-18.

Nohlen, D. 1988a: Más democracia en Latinoamérica. Democratización y consolidación de la democracia en una perspectiva comparada, in: Estudios sociales, 59, 1, 9-43.

Nohlen, D. 1990: Régimen político y consolidación democrática en América Latina: reflexiones sobre el debate actual, in: Instituto Interamericano de Derechos Humanos, (IIDH)/ CAPEL 1990: Transición democrática en América Latina: reflexiones sobre el debate actual, San José, 13-24.

Nohlen, D. 1990a: Sistemas electorales, redemocratización y consolidación democrática, in: Stuven, A. M. (Hrsg.): Democracia contemporánea. Transición y consolidación, Santiago, 141-158.

Nohlen, D. 1991: Sistemas de Gobierno, perspectivas conceptuales y comparativas, in: Nohlen, D./Fernández, M. (Hrsg.): Presidencialismo versus Parlamentarismo, América Latina, Caracas.

Nohlen, D. 1991a: Presidencialismo, sistemas electorales y sistemas de partidos. Reflexiones para América Latina, in: Nohlen, D./Fernández, M. (Hrsg.): Presidencialismo versus Parlamentarismo, América Latina, Caracas.

Nohlen, D. (Hrsg.) 1991b: Descentralización política y consolidación democrática, Caracas.

Nohlen, D. 1992: Präsidentialismus versus Parlamentarismus in Lateinamerika, in: Lateinamerika Jahrbuch 1992, Frankfurt a. M., 86-99.

Nohlen, D. 1992a: Einführung, in: Reinhard W./Waldmann, P. (Hrsg.): Nord und Süd in Amerika Gegensätze, Gemeinsamkeiten, europäischer Hintergrund, Freiburg i. B., 785-791.

Nohlen, D. 1992b: Demokratie in Lateinamerika zwischen historischer Instabilität und Konsolidierungsperspektive in: Kraukau, K. (Hrsg.): Lateinamerika und Nordamerika. Gesellschaft, Politik und Wirtschaft im historischen Vergleich, Frankfurt/Main.

Nohlen, D. (Hrsg.) 1993: Elecciones y sistemas de partidos en América Latina, San José.

Nohlen, D. 1993a: Las transiciones a la democracia: experiencias compartidas: Europa del Sur, América Latina, Europa del Este, in: Steichen, R. (Hrsg): Democracia y democratización en Centroamérica, San Jose.

Nohlen, D. (Hrsg.) 1993b: Handbuch der Wahldaten Lateinamerikas und der Karibik, Opladen.

Nohlen, D. 1994: Unabhängigkeit zwischen Diktatur und Demokratie, in: Junker, D./Nohlen, D./ Sangmeister, H. (Hrsg): Lateinamerika am Ende des 20. Jahrhundert, München, 12-26.

Nohlen, D. 1994a: Handbuch der Wahldaten Lateinamerika und der Karibik. Politischen Organisation und Repräsentation in Amerika, Band I, Opladen.

Nohlen, D. 1994b: Institutional Reform in Latin America from the Perspective of Political Engineering, Arbeitspapier Nr. 14, Lateinamerikaforschung, Heidelberg.

Nohlen, D. 1994c: Sozialwissenschaften, in: Kriz, J./ Nohlen, D./ Schultze, R.-O.(Hrsg): Politikwissenschaftliche Methoden, in: Nohlen, D. (Hrsg): Lexikon der Politik, Band 2, München, 426-429.

Nohlen, D. 1994d: Vergleichende Methode, in: Kriz, J./ Nohlen, D./ Schultze, R.-O.(Hrsg): Politikwissenschaftliche Methoden, in: Nohlen, D. (Hrsg): Lexikon der Politik, Band 2, München, 507-517.

Nohlen, D. 1994e: Reforma institucional en América Latina desde una perspectiva de ingeniería política, in: Revista Política Segunda Época (Universidad de Chile) Bd. 32, 5-42.

Nohlen, D. 1994f: Institutional Reform in Latin America from the Perspective of Political Engineering, Heidelberg.

Nohlen, D. (Hrsg.) 1995: Democracia y neocrítica en América Latina. En defensa de la transición, Frankfurt a. M./Madrid.

Nohlen, D. (Hrsg.) 1995a:Wörterbuch Staat und Politik, Bonn.

Nohlen, D. (Hrsg.) 1995b: Elecciones y sistemas electorales, Caracas.

Nohlen, D. 1995c: Vergleichende Regierungslehre/ Vergleichende Politische Systemlehre, in: Nohlen, D. (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik, Bonn, 830-835.

Nohlen, D. 1995d: Presidencialismo versus parlamentarismo: dos enfoques contrapuestos, ponencia presentada en el VII Curso Interamericano de Elecciones (IIDH-CAPEL), 29 de noviembre al 2 de diciembre de 1995, San Jose.

Nohlen, D. 1995e: Introducción: Democracia y neocrítica. Un ejercicio de evaluación del desarrollo democrático reciente en América Latina, in: Nohlen, D. (Hrsg.): Democracia y neocrítica en América Latina. En defensa de la transición, Frankfurt a. M./Madrid, 7-27.

Nohlen, D. 1995f: Uruguay, in: Nohlen, D./Nuscheler, F. (Hrsg.): Handbuch der Dritte Welt, Bd. 2: Südamerika; Bd. 3: Mittelamerika und Karibik, Bonn.

Nohlen, D. 1996: La trilogía sistemas de gobierno, sistema electoral y sistema de partidos, in: Lipset, S. M./Nohlen, D./Sartori, G.: Apuntes para una reflexión sobre la democracia: tres ensayos, in: Cuadernos CAPEL, 41, San José, 13-21.

Nohlen, D. 1997: Demokratie, in: Nohlen, D./ Waldmann, P./ Ziemer, K. (Hrsg.): Die östlichen und südlichen Länder, in: Nohlen, D. (Hrsg.): Lexikon der Politik, Band 4 München, 118-127.

Nohlen, D. 1998: Sistemas electorales y partidos políticos, Mexiko.

Nohlen. D. 1998a: América Latina: Una comparación de sus sistemas electorales, in: Revista Politeia, Bd. 21, 7-45, Caracas.

Nohlen. D. 1998b: Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen, Reinbeck b. Hamburg.

Nohlen, D. 1998c: Prólogo, in: Simón Pachano: La representación caótica (análisis del sistema electoral ecuatoriano), Quito.

Nohlen, D. 1998d: Presidencialismo versus parlamentarismo: Dos enfoques contrapuestos, in: Nohlen, D./ Fernández, M. (Hrsg.): Presidencialismo renovado. Instituciones y cambio político en América Latina, Caracas.

Nohlen, D. 1998e: Presidencialismo, sistemas electorales y sistemas de partidos en América Latina, in: Nohlen, D./ Fernández, M. (Hrsg.): Presidencialismo renovado. Instituciones y cambio político en América Latina, Caracas.

Nohlen, D. 1998f: Sistemas de gobierno: perspectivas conceptuales y comparativas, in: Nohlen, D./ Fernández, M. (Hrsg.): Presidencialismo renovado. Instituciones y cambio político en América Latina, Caracas.

Nohlen D. 1999: Sistema de Gobierno, sistema electoral y sistema de partidos políticos . Opciones institucionales a la luz del enfoque histórico-empírico, Mexiko.

Nohlen, D. 2000: Wahrecht und Parteiensystem, Opladen.

Nohlen, D. 2000a (Hrsg.): Lexikon Dritten Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen, Hamburg.

Nohlen, D. 2000b: Chile, in: Nohlen D. (Hrsg.): Lexikon Dritten Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen, Hamburg.

Nohlen, D. 2001: Globalisierung, in: Nohlen, D. (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik, München, 181-183.

Nohlen, D. 2001a: Sistema Binominal: Ni héroe ni villano. El experto Dieter Nohlen Analiza el régimen electoral Chileno, in: Interview, El Mercurio, 10/6, Santiago.

Nohlen, D. 2001b: Populismus, in: Nohlen, D. (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik, München, 405-406.

Nohlen, D. 2003: El contexto hace la diferencia: Reformas institucionales y el enfoque histórico empírico, Mexiko.

Nohlen, D. 2003a: Der chilenische 11. September: 30 Jahre danach, in Lateinameirka Analysen 6 IIK, Hamburg, 95-113.

Nohlen, D./Sturm, R. 1982: Über das Konzept der strukturellen Heterogenität, in: Nohlen, D./ Nuscheler, F. (Hrsg.): Hand Buch der Dritte Welt, Bd. 1, Unterentwicklung und Entwicklung: Theorien – Strategien – Indikatoren, Hamburg, 92-116.

Nohlen, D./ Solari, A. (Hrsg.) 1988: Reforma política y consolidación democrática. Europa y América Latina, Caracas.

Nohlen, D./ Fernández, M. 1988: Wirtschaft, Staat und Sozialpolitik in Lateinamerika, in: Schmidt, M. G. (Hrsg.): Staatstätigkeit. International und historisch vergleichende Analysen, PVS - Sonderheft 18, Opladen, 406-437.

Nohlen, D./Barrios, H. 1989: Redemokratisierung in Südamerika, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 4/ 1989, 3-25.

Nohlen, D./De Riz, L. (Hrsg.) 1991: Reforma institucional y cambio político, Buenos Aires.

Nohlen, D./Fernández, M. (Hrsg.) 1991: Presidencialismo versus parlamentarismo. América Latina, Caracas.

Nohlen, D./Fernández, M./van Klaveren, A. (Hrsg.) 1991: Demokratie und Außenpolitik in Lateinamerika, Opladen.

Nohlen, D./Thibaut, B. 1992: Struktur- und Entwicklungsprobleme Lateinamerikas, in: Nohlen, D./Nuscheler, F. (Hrsg.): Hand Buch der Dritte Welt, Bd. 2: Südamerika, Bonn, 13-143.

Nohlen, D./Thibaut, B. 1992a: Democracia a pesar de todo: Tendencias políticas en América Latina, in: CIDOP (Hrsg.): Anuario Internacional CIDOP 1992. Cambios y actores en la realidad internacional, 92, Barcelona, 671-685.

Nohlen, D. *et al*. 1993: Reformas al presidencialismo en América Latina: Presidencialismo versus parlamentarismo, Caracas.

Nohlen, D./Fernández, M. 1993: México, in: Nohlen, D. (Hrsg.) 1993: Handbuch der Wahldaten Lateinamerikas und der Karibik, Opladen.

Nohlen, D./Thibaut, B. 1993: Trotz allen Demokratie: Zur Politischen Entwicklung Lateinamerikas heute, in: Arbeitspapier Nr. 5, Lateinamerikaforschung, Universität Heidelberg.

Nohlen, D./Filgueira, C. 1994: Prensa y transición democrática. Experiencias recientes en Europa y América Latina, Frankfurt a. M./Madrid.

Nohlen, D./Schultze, R.-O. 1994: Politikwissenschaft: Forschungskritik, in: Kriz, J./ - Nohlen, D./ Schultze, R.-O.(Hrsg): Politikwissenschaftliche Methoden, in: Nohlen, D. (Hrsg): Lexikon der Politik, Band 2, München, 330-339.

Nohlen, D./Thibaut, B.1994: Transitikonsforschung zu Lateinamerika: Ansätze, Konzepte, Thesen, in: Merkel, W. (Hrsg.) 1994a: Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen, 195-228.

Nohlen, D./Thibaut, B. 1995: Investigación sobre la transición en América Latina: enfoques, conceptos, tesis, in: Nohlen, D. (Hrsg.): Democracia y neocrítica en América Latina: en defensa de la transición, Frankfurt a. M./ Madrid.

Nohlen, D./Thibaut, B. 1995a: Struktur- und Entwicklungsprobleme Lateinamerikas, in: Nohlen, D./Nuscheler, F. (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt. Bd. 2, Südamerika, Bonn.

Nohlen, D./ Mayorga R. 1995: Bolivien, in: Nohlen, D./Nuscheler, F. (Hrsg.): Handbuch der Dritte Welt, Bd. 2: Südamerika; Bd. 3: Mittelamerika und Karibik, Bonn.

Nohlen, D./Nolte, D. 1995: Chile, in: Nohlen, D./Nuscheler, F. (Hrsg.) 1995: Handbuch der Dritte Welt, Bd. 2: Südamerika, Bonn, 277-338.

Nohlen, D./Nuscheler, F. (Hrsg.) 1995: Handbuch der Dritte Welt, Bd. 2: Südamerika; Bd. 3: Mittelamerika und Karibik, Bonn.

Nohlen, D./Nuscheler, F. (Hrsg.) 1995a: Handbuch der Dritten Welt. Bd. 2, Südamerika; Bd. 3 Mittelamerika und Karibik Bonn.

Nohlen, D./Schultze, R.-O.(Hrsg) 1995: Politischen Theorien, in: Nohlen, D. (Hrsg.): Lexikon der Politik, Bd. 1, München.

Nohlen, D./Kasapovic, M. 1996: Wahlsysteme und Systemwechsel in Osteuropa, Opladen.

Nohlen, D./Waldmann, P./ Ziemer, K. (Hrsg.) 1997: Die östlichen und südlichen Länder, in: Nohlen, D. (Hrsg.): Lexikon der Politik, Bd. 4, München.

Nohlen, D./Fernández, M. (Hrsg.) 1998: El Presidencialismo renovado. Instituciones y cambio político en América Latina, Caracas.

Nohlen, D./ Thibaut, B. 1998: Politisches System, in: Nohlen, D./ Schultze, R.-O./ Schüttemeyer S.(Hrsg): Politische Begriffe, in: Nohlen, D. (Hrsg): Lexikon der Politik, Band 7, München,511-513.

Nohlen, D./Fernández, M. 1998: El presidencialismo Latinoamericano: evolución y perspectivas. in: Nohlen, D./ Fernández, M. (Hrsg.): Presidencialismo renovado. Instituciones y cambio político en América Latina, Caracas.

Nohlen, D./Mansilla, H. 1998: Modernisierungstheorien, in: Nohlen, D. (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt, Reinbeck . Hamburg, 523-527.

Nohlen, D./Picado, S./Zovatto, D. (Hrsg.) 1999: Tratado de derecho Electoral, Mexiko.

Nolte, D. (Hrsg.) 1991: Lateinamerika im Umbruch? Wirtschaftliche und politische Wandlungsprozesse an der Wende von den 80er zu den 90er Jahren. Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg.

Nolte, D. 1992: Diktaturen auf Urlaub? In: Der Überblick, 3, 47-49.

Nolte, D. 1992a: Demokratien in Lateinamerika zwischen wirtschaftlichen Aufbruch und sozialer Verelendung, in: Nord-Süd aktuelle, 6, 1, 122-131.

Nolte, D. 1992b: Depressionstypen politischer Regime? Auswirkungen der Weltwirtschaftkrise auf die politischen System Lateinamerikas, in: Reinhard, W./ Waldmann, P. (Hrsg.): Nord und Süd in Amerika. Gegensätze, Gemeinsamkeiten, europäischer Hindergrund, Freiburg, i. B., 943-960.

Nolte, D. 1996: Procesos electorales y partidos políticos: Tendencias y perspectivas en la década de los noventa, in: Flacso, Año 5, México, 7-36.

Nolte, D. 2000: Lateinamerikas Parteien Zwischen Volatilität und Beharrung, in: Lateinamerika Jahrbuch 2000, Frankfurt a. M., 9-29.

Nolte, D./ Oettler, A. 2003: Lateinamerika: Der vergessene Hinterhof der USA?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Das Parlament, Bd. 38-39, 20-29

Normand, F. 2001: El poder del Opus Dei, in: El poder del Opus Dei, Santiago.

North, D. 1981: Structure and Change in Economic History, New York.

North, D. 1990: Institutions, institutional change and economic performance, Cambridge.

Novarro, C. 1997: Sistema electoral y gobernabilidad, in: Estudios Políticos, Nr. 8, 111-156.

Novarro, M. 1995: Crisis de representación, neopopulismo y consolidación democrática, in: Revista Sociedad, Nr. 6, 95-118.

Novarro, M./Palermo, V. 1996: El menenismo y la consolidación democrática en Argentina, in: Cuadernos del CLAEH, Nr. 76, 107-145.

Novarro, M./Palermo, V. 1996a: Política y poder en el Gobierno de Menem, Buenos Aires.

Novarro, M./Palermo, V. 1997: Luces y sombras en la democracia argentina. Las instituciones después de Menem, in: Revista Mexicana de Sociología, LIX, Nr.3, 239-274.

Nun, 1988: La situación de los sectores populares en el proceso argentino de transición hacia la democracia, Serie Documentos de trabajo, (informe preliminar), Doc. trab. 3, Buenos Aires.

Nun, J. 1994: Averiguación sobre algunos significados del peronismo, Buenos Aires.

Nun, J. 1994: Populismo, representación y menenismo, in: Revista Sociedad, Nr. 5, 93-121.

O'Donnel, G. 1978: Permanent Crisis and the Failure to Create a Democratic, , in: Linz, J./Stepan, A. (Hrsg.): The Breakdown of Democratic Regimes, Baltimore and London.

O'Donnell, G. 1992: Delegative Democracy?, Working Paper 172, Kellog Institute, University Notre Dame.

O'Donnell, G. 1993: On the State, Democratization and Some Conceptual Problems: A Latin America View with Some Glances at Some Postcommunist Countries, World Development 21, 8, 1355-1366.

O'Donnell, G. 1997: "Accountability" horizontal, in: Agora : cuaderno de estudios políticos Buenos Aires 1997 Jhare 8, 5-34.

O'Donnell, G. 1997b: Illusions about consolidation, in: Diamond, L. *et al* (Hrsg.): Consolidating the third Wave democracy's: Themes and Perspectives, Baltimore, 40-57.

O'Donnell, G. 1997c: Ilusiones y errores conceptuales, in: Ágora, Nr. 6, 209-221.

O'Donnell, G. 1997d: Illusions about consolidation, in: Diamond, L. *et al* (Hrsg.): Consolidating the third wave democracies : themes and perspectives, Baltimore, 40-57.

O'Donnell, G. 1998: Estado, democracia y globalización. Algunas reflexiones generales, in: Realidad Económica, Bd. 158, 9-20, Buenos Aires.

O'Donnell, G. 1999: Counterpoints: Selected Essays on Authoritarianism and Democratization, Notre Dame.

O'Donnell, G./Schmitter, P. 1988: Transitions from Authoritarian Rule, Tentative Conclusion about Uncertain Regimes, Baltimore.

O'Shaughnessy, L. 1979: Opposition in authoritarian regime: the incorporation and institutionalization of the Mexican National Action Party (PAN), Indiana.

Oberreuter, H. (Hrsg.) 1996: Parteiensystem am Wendepunkt.

Ocampo, J. 2001: Raúl Prebisch y la agenda del desarrollo en los albores del siglo XXI, Santiago.

Ocaña, L. 1983: La coyuntura de la nacionalización de la banca, in: Estudios Políticos, Nr. 2, 75-76.

ODCE 1992: Estudios Económicos de la ODCE, Mexiko-Paris.

Offe, K. 1985: New Social Movements: Challenging the Boundaries of Conventional Politics, in: Social Research 52, 4, 817-868.

Olson, M. 1965: The logic of collective action, Cambridge.

Olson, M. 1993: Dictatorship, Democracy and Development, in: American Political Science Review, 87, 3, 567-576.

Oppo, A. 1983: Partidos Políticos, in: Bobbio, N./Matteucci, N. (Hrsg.): Diccionario de Ciencia Política, Bd. 2, Madrid, 1183-1192.

Ortega F., E. 1992: Historia de una Alianza Política. El Partido Socialista de Chile y el Partido Demócrata Cristiano 1973-1988, Santiago.

Ortiz, R. 2004: Institutionelle Ansätze und die Präsidentialismusdebate in Lateinamerika – Die Heidelberger Schule und der historisch-empirische Ansatz, in: Lateinamerika Analyse 7, 89-120, Hamburg.

Ostiguy, P. 1997: Peronism and Anti-Peronism: Political Identity and Social Cultural Differentiation, (Ph. D. Dissertation) Berkeley.

Ostrogorski, M. 1902: La Démocratie et l'Organisation des Partis Politiques, Paris

Otano, R. 1995: Crónica de la Transición, Santiago.

Pacheco, G. 2000: De la hegemonía a la regionalización electoral: el sistema de partidos en México, 1979-1997, in. Estudios Sociológicos, Bd. 18, Nr. 53, 363-402

Padgett, V. 1966: The Mexican Political System, Boston.

Padilla, L. 1996: Etica y democracia, Guatemala.

Pakulski, J. 1999: El Paradigma de las clases y la política, in: Zona Abierta, 86/87, 13-56, Madrid.

Palermo, G. 1995: Reformas estructurales y régimen político, in: Ágora, Nr. 3, 95-113.

Palermo, V. 1991: Representación de intereses y consolidación democrática: formulación de políticas de ajuste en Argentina y Bolivia, in: Nohlen, D./Fernández, M. (Hrsg.): Presidencialismo versus Parlamentarismo, América Latina, Caracas.

Panebianco, A. 1982: Modelli di partito. Organizzazione e potere nei partiti politici, Bologna.

Panebianco, A. 1989: L'analisi della politica. Tradizioni di ricerca, modelli, teorie, Bologna.

Papini, R. (Hrsg.) 1978: Jacques Maritain e la società contemporanea, Milano. Zitiert von Belardinelli, S. 1990: Die Politischen Philosophie des christlichen Personalismus, in: Graf Ballestrem, K./Ottmann, H. (Hrsg.): Politische Philosophie des 20. Jahrhundert, München.

Pappi, F. U. 1998: Cleavage, in: Nohlen, D./Schultze, R.-O./Schüttemeyer S.(Hrsg): Politische Begriffe, in: Nohlen, D. (Hrsg): Lexikon der Politik, Band 7, München, 95-97.

Pareto, V. 1980: Forma y Equilibrio Sociales. Extracto del Tratado de Sociología General, Madrid.

Partido Acción Nacional 1996: Principios de Doctrina. PAN. Aprobado por la Asamblea Constituyente en sus sesiones del 15 y 16 de septiembre de 1939 (15. Ausgabe), Mexiko.

Partido Acción Nacional 1996a: Proyección de los Principios de Doctrina. Aprobados por la XVIII Convención Nacional, Mayo de 1965, (15. Ausgabe), Mexiko

Pasquino, G./Bartolini, S./Cotta, M./Morlino, L./Panebianco, A. 1993: Manual de Ciencia Política, Madrid.

Pateman, C. 1970: Participation and Democracy Theory, Cambridge.

Pateman, C. 1985: The Problem of Political Obligation: a Critique of Liberal Theory, Cambridge.

Patterson, K. 1996: Political Parties and the Maintenance of Liberal Democracy, New York.

PDC 1978: Exigencias de la Democracia Cristiana, in: Diario El Mercurio de Santiago, 29 de Abril, 31.

PDC 1979: Acuerdos propuestos por la Comisión Política en sesión de 27 de Junio de 1979 (Fundación Frei).

PDC 1980: Memorándum Interno del Partido Demócrata Cristiano, 12 de Diciembre de 1980 (Archivo Fundación Frei);

PDC 1980a: Memorándum Interno del Partido Demócrata Cristiano, 1 de Diciembre de 1980 (Archivo Fundación Frei).

PDC 1987: Los DC giran a la Izquierda, in: Diario el País de España, 7 de agosto.

Perelli, C. 1995: La personalización de la política. Nuevos caudillos, "outsiders", política mediática y política informal, in: Perelli, C./ Picado, S./ Zovatto, D. (Hrsg.): Partidos y clase política en América Latina en los 90, San José, 163-204.

Perelli, C./ Picado, S. *et al* (Hrsg.): Partidos y clase política en América Latina en los 90, San José, 163-204.

Pérez, G. 1983: El estado interventor y la nacionalización de la banca en México, in: Estudios Políticos, Nr. 2, 65-66.

Peschard, J. 1989: 50 años de la participación electoral del PAN en el D.F. In: Revista de Estudios Políticos, Bd. 3, México.

Peschard, J. 1991: El PAN después de medio siglo: los límites de la oposición leal, in: Revista de Estudios Políticos, Bd. 6, México.

Pflüger, F. 2000: Ehrenwort. Das System Kohl und der Neubeginn, Stuttgart/ München.

Pinochet de la Barra, O 1983: El Pensamiento de Eduardo Frei. Selección y Notas, Santiago.

Pinto, J. 1996: El neoconservadurismo y sus proyección ideológica, in: Pinto, J. (Hrsg.): Las nuevas democracias del cono sur: Cambios y continuidades, Buenos Aires.

Piñera, B. 1993: El reencantamiento de la vida, Santiago.

Pipitone, H. 1998: Ensayo sobre democracia, desarrollo, América Latina y otras dudas, in: Metapolítica, Bd. 2, Nr. 7, 463-482.

Pizzorno, A. 1960: Introduzione allo Studio de la Partecipazione Politica, Bologna

Plamenatz, J. 1958: Electoral Studies and Democratic Theory, in Political Studies 6, London.

Plotkin, M. 1993: Mañana es San Perón. Propaganda, rituales políticos y educación en el régimen peronista. 1946-1955, Buenos Aires.

Pocock, J. 1975: The Machiavellian Moment: Florentine Political Thought and the Atlantic Republican Tradition, Princeton.

Política y Espíritu 1959: Congreso Ideológico, Mai 15, Santiago.

Política y Espíritu 1971: Nr. 321, Mai, 73-74, Santiago.

Politzer, P. 1990: Altamirano, Santiago.

Portales, A. M. 1987: Los Conflictos Internos en el Partido Demócrata Cristiano durante la Primera Etapa del Gobierno de Eduardo Frei (1964-1968). La Dimensión Ideológica de un Debate Político. Tesis para optar a Licenciatura de Historia en la Pontificia Universidad Católica de Chile, Santiago.

Powell, J. 1977: Peasant Society and Clientelistic politics, in: Schmidt, S./Guasti, L./Lande, C./Scott, J (Hrsg.): Friend, Followers, and Factions. A Reader in Political Clientelism, California.

Prebisch, R. 1947: Introducción a Keynes, México.

Prebisch, R. 1959: El Mercado Común latinoamericano, in: Revista de Comercio Exterior, Mexiko.

Prieur Koelling, W. 1971: Die Entwicklung des Verfassungsrechts in Chile bis 1971, in: Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart, N. F. 20, 535-572.

Prud'homme, J. 1996: La negociación de las reglas del juego: tres reformas electorales (1988-1994), in: Política y Gobierno, Bd. 3, Nr. 1, 93-128.

Przeworski, A. 1997: Una defensa de la concepción minimalista de la democracia, in: Revista Mexicana de Sociología, Bd. 59, 3-36, Mexiko.

Przeworski, A/Bresser, L./Maraval, J. 1993: Economic Reforms in New Democracies, New York.

Przeworski, A/Limongi, F. 1993: Political Regimes and Economic Growth, in: Journal of Economic Perspectives 7, 51-69.

Przeworski, A/Stokes, S./Buendia, J. 1997: Opinión pública y reformas de mercado: Las limitaciones de la interpretación económica del voto, in: Desarrollo económico, Bd. 37, Nr. 145, 31-55, Buenos Aires.

Pucciarelli, A. 2000: El régimen argentino a fines de la década: ¿democracia impotente o cómplice? In: Revista Sociedad, Nr. 16, 81-114.

Puga, C. 1983: Los empresarios y la nacionalización, in: Estudios Políticos, Nr. 2, 68-69.

Puga, C. 1989: Empresarios: Un concepto útil, in: Estudios Políticos, Nr. 8, 53-57.

Putman, R. 1976: The Comparative Study of Political Elites, New Jersey.

Rae, D 1967: The Political Consequences of Electoral Laws, Boston.

Rafful, E. 1996: De la crisis populista a la crisis neoliberal, in: Estudios políticos, Nr. 12, 151-163.

Ralws, John 1971: A Theory of Justice, Oxford.

Rama, C. 1974: Chile: Mil días entre la revolución y el fascismo, Barcelona.

Ramírez, O. 1996: El cambio político en tiempos de reforma económica, in: Estudios Políticos, Nr. 13, 147-175.

Ramos, A. 1995: Los partidos políticos en las democracias latinoamericanas, Mérida.

Raschke, J. 1977: Organisierte Konflikt in westeuropäischen Parteien. Eine vergleichende Analyse parteiinterne Oppositionsgruppen, Opladen.

Rehren, A. 1992: Liderazgo presidencial y democratización en el Cono Sur de América Latina, in: Revista de Ciencia Política, Bd. 14, 63-88, Santiago.

Rehren, A. 1993: La presidencia en el gobierno de la Concertación, in: Estudios Sociales, Nr.75 15-38.

Remmer, K. 1984: Party Competition in Argentina and Chile. Political Recruitment and Public Policy, 1890-1930, London.

Remmer, K. 1990: Democracy and Economic Crisis: The Latin America Experience, in: World Politic, 45, 4, 526-560.

Retamal, J. 1990: Aylwin. La Palabra de un Demócrata, Santiago.

Reveles, F. 1989c: El Partido Acción Nacional en los procesos electorales de Sinaloa (1980-1986), in: Revista de Estudios Políticos, Bd. 3, México.

Reveles, F. 1989d: El debate interno, la resistencia civil y el dialogo con el gobierno según Acción Nacional, entrevista con Carlos Castillo Peraza, in: Revista de Estudios Políticos, Bd. 3, México.

Reveles, F. 1989e: Los empresarios ante las elecciones de 1988 (19/01/1987-05/12/1988), in: Estudios Políticos, Nr. 8, 58-65.

Reveles, F. 1991: Del partido del Estado al Estado-partido, in: Estudios Políticos, Nr. 8, 165-174.

Reveles, F. 1992: El sinarquismo: un Movimiento social conservador, in: Revista de Estudios Políticos, Bd. 9, México.

Reveles, F. 1995: La ruta del segundo lugar: la campaña presidencial del PAN 1994, in: Estudios Políticos, Nr. 6, México.

Reveles, F. 1998: Las fracciones del Partido Acción Nacional: una interpretación, in: Revista Mexicana de Sociología, Nr. 3, 43-59, México.

Reveles, F. 1999: Los intentos de institucionalización del Partido Acción Nacional (1956-1971), in: Revista Mexicana de Sociología, Nr. 3, Bd. 61, 3-24.

Reveles, F. 2000: La fundación del Partido Acción Nacional, in: Revista de Estudios Políticos, Bd. 24, México.

Reveles, F. 2000a: La Victoria de Vicente Fox y del Partido Acción Nacional en las elecciones del 2000, in: Revista de Estudios Políticos Nr.24, 9-37.

Reveles, F. 2001: La victoria de Vicente Fox y del Partido Acción Nacional en las Elecciones del 2000, in: Revista de Estudios Políticos, Bd. 24, México.

Revilla, M. 1999: Consenso y política en el Chile actual: Tiempo de reformas, in: Zona Abierta N° 88/89, 175-221.

Revista Expanción 1988: Tendencias económicas y financiera, Bd. 2, Nr. 79, Mexico.

Rial, J. 1991: Uruguay: cultura política dominante y alternativasde sistema de gobierno, in: Nohlen, D./ Fernández, M. (Hrsg.): Presidencialismo versus Parlamentarismo, América Latina, Caracas.

Ricci, D. 1984: The tragedy of Political Science, New Haven.

Rieger, G. 2001: Faschismus/ Faschismustheorie, in: Nohlen, D. (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik, München, 120-121.

Rieger, G. 2001: Nationalsozialismus, in: Nohlen, D. (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik, München, 315.

Riggs, F. 1987: A Neo-Institutional Typology of Third World Politics, Draft Paper, University of Hawaii.

Riggs, F. 1988: La supervivencia del presidencialismo en Estados Unidos: Prácticas paraconstitucionales, in: AA.VV.: Presidencialismo versus parlamentarismo. Materiales para el estudio de la reforma constitucional, Buenos Aires, 45-93.

Rodín, S. 1997: Sistemas de partidos y presidencialismo en la nueva era menemista, in: Mallo, S. (Hrsg.): Ciudadanía y democracia en el Cono Sur, Montevideo, 135-157.

Rodríguez Araujo, O. 1976: Repercusiones de la creciente crisis del PAN, in: Revista de Estudios Políticos, Bd. 5, México, 136-139.

Rodríguez, H. 1932: Crisis política, económica y moral, Santiago.

Rodríguez, L. 1973: Pareto y Mosca: Sobre las Contradicciones de la Teoría de la Democracia Elitista, in: Revista Sistema 2,

Rodríguez, L. 1976:Elites y Democracia, Valencia.

Rodríguez, O. 1991: Elecciones en México (1988-1991), in: Estudios Políticos, Nr. 8, 109-131.

Rodríguez, O. 2001: Fundamentos del estructuralismo latinoamericano, in: Revista de Comercio Exterior, Bd. 51, Nr. 2, Mexiko.

Rokkan, S. 1968: The Growth and Structuring of Mass Politics in the Smaller European Democracies, in: Comparative Studies in Society and History. Bd. 10, 173-210.

Rokkan, S. 1970: Citizens, Elections, Parties, Oslo.

Rokkan, S./ Lipset, S. M. 1967 (Hrsg): Party System and Voter Alignment, Cross National Perspective, New York.

Roncagliolo, R. 1991: El Primer Ministro en Perú: ¿Institución o retórica?, in: Nohlen, D./ Fernández, M. (Hrsg.): Presidencialismo versus Parlamentarismo, América Latina, Caracas.

Roniger, L. 1990: Hierarchy and Trust in Modern Mexico and Brazil, New York.

Roniger, L./Gunes-Ayata, A. 1994: Democracy, Clientelism, and Civil Society, London.

Ropack, T./James, J. 1978: Party Factions in the united States, in: F. Belloni y D. Beller (Hrsg.): Faction Politics; Political Parties and factionalism in Comparative Perspective, Santa Barbara/Oxford.

Rose, R. 1964: Parties, Factions and Tendencies in Britain, in: Political Studies, Vol. 12, 33-46.

Rose, R. 1984: The Problem al Party Government, Harmondsworth.

Rose, R./ Mc Alister, I. 1985: From Close Class to Open Elections: Britain in Flux, London.Rose, R./ Urwin, D. 1970: Social Cohesion, Political Parties and Strains in Regimes, in: Comparative Political Studies, New York.

Rosenkranz, K. 1974: Sublimierung des Parteienstreits, in: Lenk, K./ Neumann, F. 1 (Hrsg): Theorie und Soziologie der politischen Parteien, Band 1, Darmstadt/ Neuwied, 23-45.

Ruiz, A. 1989: San Luis Potosí: El PRI, el navismo y el PAN, in: Estudios políticos, Nr. 2, 62-65.

Ruiz, C. 1992: Las teorías de la democracia y el concepto de lo político, in: Revista de Ciencia Política, Bd. 14, 5-22, Santiago.

Ruiz, C. 1997: Democracia y consenso, in: Quezada, F. (Hrsg.): Filosofía política I. Ideas políticas y movimientos sociales, 57-74, Madrid.

Russell, T. 1978: The Tory Party. Its Policies, Divisions and Future, Middlesex.

Russo, J. 1995: Consolidación democrática y oposición en la Argentina. Una Perspectiva comparada, in: Ágora, Nr. 3, 115-140.

Sabine, G. 1963: A History of Political Theory, London.

Sabino, C. 1999: El Fracaso del Intervencionismo. Apertura y Libre Mercado en América Latina, Caracas.

Sain. M. 1994: El contexto político de la Reforma Constitucional de 1994, in: Revista de Ciencias Sociales Universidad e Quilmes , Nr.1, 89-127.

Saiz, A. 1997: Forma de gobierno y estructura del poder ejecutivo: El presidencialismo argentino tras la revisión constitucional de 1994, in: Revista de Estudios Políticos (Nueva Época), Nr. 97, 195-221.

Sánchez, A. 1991: Las elecciones de Salinas. Un balance crítico a 1991, Mexiko.

Sangmeister, H. 2003: Ganz Amerika unter dem Sternenbanner. Das Projekt einer gesamtamerikanischen Freihandelszone aus lateinamerikanischer Perspektive, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Das Parlament, Bd. 38-39, 30-37.

Sani, G. 1983: Participación política, in: Bobbio, N./Matteucci, N./Pasquino, G. (Hrsg): Diccionario de Política, Madrid, 1180-1183.

Sarlvik, B/ Crewe, I 1983: Decade of Dealignment, New York.

Sartori, G. 1956: "Representational System", in: International Encyclopedia of the Social Sciences.

Sartori, G. 1965: Aspectos de la Democracia, Mexiko.

Sartori, G. 1966: European Political Parties: The Case of Polarized Pluralism, in: La Palombara, J/ Weimer, M. (Hrsg.): Political Parties and Political Development. 137-176.

Sartori, G. 1976: Parties and party system. A framework for analysis, Bd. 1, Cambridge.

Sartori, G. 1982: Teoria dei partiti e caso italiano, Milano.

Sartori, G. 1987: Elementi di teoria politica, Bologna.

Sartori, G. 1987a: The Theory of Democracy Revisited, Chatham.

Sartori, G. 1991: Hacia donde va la Política, in: Revista de Ciencia Política, Bd. 13, 7-22, Santiago.

Sartori, G. 1991a: Video-Poder, in: Revista de Ciencia Política, Bd. 13, 23-38, Santiago.

Sartori, G. 1991b: Polarización, fragmentación y competencias en las democracias occidentales, in: Revista de Ciencia Política, Bd. 13, 39-74, Santiago.

Sartori, G. 1991c: Democracia, in: Revista de Ciencia Política, Bd. 13, 117-152, Santiago.

Sartori, G. 1991d: Repenser la démocratie: mauvais régimes et mauvaises politiques, in: Revue Internationale des Sciences sociales, Nr.129.

Sartori G.1996: Apuntes para una reflexión sobre la democracia: in: Lipset, S. M./Nohlen, D./ Sartori, G.: Apuntes para una reflexión sobre la democracia: tres ensayos, in: Cuadernos CAPEL, 41, San José, 32-53.

Sartori, G. 1996a: Límites de la ingeniería constitucional, in: Nohlen, D./ Lipset, S./

Sartori, G. 1997: Comparative Constitutional Engineering. An Inquiry into Structures, Incentives and Outcomes, Houndmills/London.

Scott, A. 1990: Ideology and New Social Movements, London.

Scruton, R. 2002: La hegemonía intelectual de la izquierda progresista, in: Estudios Públicos, 85, 255-265.

Scully , T. 1990: Reappraising the role of the center : the case of the Chilean party system, in: Working Paper 143, Notre Dame

Scully, T. 1992: Los partidos de centro y la evolución política chilena, Santiago.

Scully , T. 1992a: Rethinking the center : party politics in nineteenth- and twentieth-century Chile, Stanford.

Scully , T. 1994: The political underpinnings of economic liberalization in Chile, in Working Paper 211, Notre Dame

Scully , T. 1996: Chile : the political underpinnings of economic liberalization, in: Dominguez, J./Lowenthal, A. (Hrsg.): Constructing democratic governance : South America in the 1990s, Baltimore, 99-117.

Scully , T./Valenzuela, S. 1993: De la democracia a la democracia, in: Estudios Públicos Santiago, 195-228.

Schamis, H. 1998: The Politics of Economic Reform: Distributional Coalitions and Policy Change in Latin America, in: Working Paper 250, Notre Dame.

Schmidt, M. 1996: Der Januskopf der Transformationsperiode. Kontinuität und Wandel der Demokratietheorien, in: Beyme, K. von/ Offe, C. (Hrsg.) 1996: Politische Theorien in der Ära der Transformation, Opladen.

Schmidt, R. 1901: Allgemeine Staatslehre. Die Gemeinsamen Grundlagen des Politischen Lebens, Leipzig.

Schmidt, S./Gil, J./Castro, J./Ruiz, A. 1998: Un análisis dinámico de las redes de poder. El caso de México, in: Metapolítica, Bd. 2, Nr. 7, 405-406.

Schmitt, C. 1923: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, München/ Leipzig.

Schultze, R. 1998a: En torno al debate actual, in: Nohlen, D./ Fernández, M. (Hrsg.): Presidencialismo renovado. Instituciones y cambio político en América Latina, Caracas.

Schultze, R. O. 1998: Partei, in: Nohlen, D./ Schultze, R.-O./ Schüttemeyer S.(Hrsg): Politische Begriffe, in: Nohlen, D. (Hrsg): Lexikon der Politik, Band 7, München, 455-457.

Schulz, W. 1996: Parteiensystem und Wahlverhalten in Venezuela. Entstehung und Verfall eines Zweiparteiensystems, Wiesbaden.

Schumann, H. G. 1964: Edmund Burkes Anschauungen von Gleich gewicht in Staat und Staatensystem, Meisenheim.

Schumpeter, J. 1950: Capitalism, Socialism and Democracy, New York.

Schumpeter, J. 1974: Capitalisme, Socialisme et Démocratie, Paris.

Schvarzer, J. 1995: Grandes grupos económicos en Argentina. Formas de propiedad y lógica de expansión, in Revista Mexicana de Sociología, LVII, Nr. 4, 191-210.

Segovia, R. 1974: La reforma política: el ejecutivo federal, el PRI y las elecciones de 1973, in: Foro Internacional, Bd. XIV, Nr. 3, Mexiko.

Seiler, D. 1980: Partis et Familles Politiques, Paris.

Sernini, M. 1966: Le correnti nel partito, Milano.

Serraferro, M. 1993: Momentos institucionales y modelos constitucionales, Buenos Aires

Shapiro, I. 1996: Democracy's Place, Ithaca.

Sidicaro, R. 1991: De la dictadura a la Democracia: Formato de la relación entre Estado y empresarios en la Argentina en la década del 80, in Debate Laboral, Nr. 8-9, 73-88.

Sidicaro, R. 1995: Consideraciones sociológicas (en clave clásica) sobre la relación Estado-empresarios en América Latina en la década del 80 y tempranos 90, in: Revista Sociedad, Nr. 6, 39-59.

Sidicaro, R. 1995a: Contribuciones para el estudio de las ideas políticas de Perón, in: Estudios Sociales, Nr. 8, 31-48.

Sidicaro, R. 1995b: Poder político liberalismo económico y sectores populares 1989-1995, in: Boron, A./Mora, M./Nun, J./Portantiero, J./Sidicaro, R. (Hrsg.): Peronismo y Menemismo: Avatares del populismo en la Argentina, Buenos Aires, 119-156.

Sidicaro, R. 1998: Cambios del Estado y transformaciones del peronismo, in: Revista Sociedad, Nr. 12/13, 37-57.

Sigmund, P. 1994: Christian Democracy, Liberation Theology, and Political Culture in Latin America in: Diamond, L (Hrsg.): Political & Democracy in Developing Countries, Colorado, 211- 229.

Silva, A. 1949: Una experiencia social cristiana, Santiago.

Silva, J./Chonchol J. 1964: Desarrollo sin Capitalismo. Hacia un Mundo Comunitario, Caracas.

Silva, J./Chonchol J. 1969: El Desarrollo de la Nueva Sociedad en América Latina, Santiago.

Silva, P. 1995: Empresarios, neoliberalismo y transición en Chile, in. Revista Mexicana de Sociología, LVIII, Nr. 4.

Singer, M. 2000: Fox. Medios y cambios, in: Revista de Estudios Políticos, Nr. 24, Sexta Época, 39-50.

Sirowy, L./Inkeles, A. 1990: The Effects of Democracy on Economic Growth and Inequality, in: Studies in Comparative International Development, 25, 1, 126-157.

Sirvent, C. 1996: Cronología de las principales reformas a la legislación electoral de México (1910-1994), in: Estudios Políticos, Nr. 12, 165-192.

Sirvent, C. 1997: Las elecciones de 1997. El voto por la alternancia, in: Estudios Políticos, Nr. 16, 67-89.

Sirvent , C. 2002: Partidos políticos y procesos electorales en México, Mexiko

Smulovitz, C. 1988: Constitución y consolidación democrática en Argentina ¿Reformar o no reformar?, Buenos Aires.

Smulovitz, C. 1995: Reforma y Constitución en la Argentina: Del consenso negativo al acuerdo, in; Revista Uruguaya de Ciencia Política, Nr. 8, 69-83.

Solórzano, M. 1983: Génesis y desarrollo de la banca en México, in: Estudios Políticos, Nr. 2, 66-67, Mexiko.

Solórzano, M. 1996: Centroamérica: democracias de fachada, in: Polémica, 12, San José 41-55.

Sottoli, S. 1999: Sozialpolitik und entwicklungspolitischer Wandel in Lateinamerika. Konzepte und Reformen im Vergleich, Opladen.

Sottoli, S. 2000: La política social en América Latina bajo el signo de la economía de mercado y la democracia, in: Revista europea de estudios latinoamericanos y del caribe, Amsterdam, Nr. 68, S. 3-22.

Spektorowski, A. 2003: The Origins of Argentina's Revolution of the Right, Notre Dame.

Squella, A. 1997: Derecha e Izquierda: la igualdad hace la diferencia (Anotaciones en torno a Norberto Bobbio), in: Revista Sistema, Madrid.

Stallings, B. 1994: Politics and Economic Crisis: A Comparative Study of Chile, Peru and Colombia, in: Nelson, J. (Hrsg.): Economic Crisis and Policy Choice, Princeton.

Stammer, O. 1974: Die Demokratisierung der Organisation, in: Lenk, K./ Neumann, F. (Hrsg.): Theorien und Soziologie der politischen Parteien, Bd. 2, Darmstadt.

Stepan, A. 1978: Political Leadership and Regime Breakdown: Brazil, in: Linz, J./ Stepan, A. (Hrsg.): The Breakdown of Democratic Regimes, Baltimore and London.

Stigler, G. 1992: La Escuela de Chicago, in: Revista de Estudios Públicos, Nr. 47, 181-198, Santiago.

Stiglitz, J. 1996: Some Lesson of the East Asian Miracle, in: World Bank Research Observer 11, 2, 151-177.

Stiglitz, J. 1998: More Instruments and Broader Goals: Moving Toward the Post-Washington Consensus, in: The WIDER Annual Lecture, Helsinki.

Strada, G. 1996: El menenismo. Consolidación democrática y desafío institucional, in: Pinto, J. (Hrsg.): Las nuevas democracias del cono sur: Cambios y continuidades, Buenos Aires.

Strada, G. 1996a: El Menenismo. Consolidación democrática y desafió institucional, in: Pinto, J. (Hrsg.): Las nuevas democracias del Cono Sur: Cambios Continuidades, Buenos Aires.

Street, J. 1987: The Latin American Structuralists and the Institutionalists: Convergence in Development Theory, in Dietz, J/ Street, J. (Hrsg.): Latin America's Economic Development: Institionalist and Structuralist Perspectives, Columbia.

Suarez, E. 1990: El pensamiento político del medioevo: San Agustín Y Santo Tomás, in: Revista de Estudios Políticos, Bd. 4, México.

Süddeutsche Zeitung 09/11/2002: 16. Parteitag der Kommunisten eröffnet, München.

Sunkel, O. (Hrsg.) 1991: El desarrollo desde dentro: un enfoque neoestructuralista para la América Latina, Mexiko.

Sunkel, O. (Hrsg.) 1993: Development from Within: Toward a Neostructuralist Approach for Latin America, Columbia.

Tanaka, M. 1995: La consolidación democrática y la crisis de legitimidad de los sistemas de partidos políticos en América Latina de los noventa, in: Perfiles Latinoamericanos, Bd. 4, Nr. 6, 203-224, Mexiko.

Tancer, S. 1976: Economic Nationalism in Latin America: The Quest for Economic Independence, New York.

Taylor, L./Vos, R. 2001: Liberalización de la alanza de pagos en América Latina. Efectos sobre el crecimiento, la distribución y la pobreza, in: Canuza, E *et al*. (Hrsg.): Liberalización, desigualdad y pobreza: América Latina y el Caribe en los 90, Buenos Aires.

Tejeda, J. 1991: El proceso de democratización en México, Mexiko.

Tello, C. 1982: La nacionalización de la Banca en México, Mexiko.

Tello, C. 2003: LA abstención, in: Revista Proceso, Nr. 1394.

Ten Kate, A. 1992: El ajuste estructural de México: Dos Historias diferentes, in: Revista de Comercio Exterior, Bd. 42, Nr. 6, 519-528, Mexiko.

The Economist 2001: An Alarm call for Latin America's democrats, Juli 26.

The Economist, 24 July 1999

Thesing, J. (Hrsg.) 1994: Para la democracia y la justicia so.cial: Documentos y recomendaciones de la Fundación Konrad Adenauer para la Cumbre Mundial para el Desarrollo Social en Copenhague, Sankt Augustin.

Thesing, J. 1977: Die christlich-demokratischen Parteien in Lateinamerika, in: Herder Korrespondenz 31, 6, 313-318.

, J. (Hrsg.) 1995: Cultura política en América Latina, Buenos Aires.

Thesing, J. (Hrsg.) 1996: Konsolidierung der Demokratie in Lateinamerika: Rolle und Bedeutung der Politischen Parteien, Sank Augustin.

Thesing, J. 1997: Transformación democrática y partidos políticos, Buenos Aires.

Thibaut, B. 1993: Presidencialismo, parlamentarismo y el problema de la consolidación democrática en América Latina, Heidelberg.

Thibaut, B. 1996: Präsidentialismus und Demokratie in Lateinamerika: Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay im historischen Vergleich, Opladen.

Thibaut, B. 1998: Instituciones de democracia directa, in: Nohlen, D./ Picado, S./ Zovatto, D. (Hrsg.): Tratado de derecho electoral comparado de América Latina, México.

Thibaut, B. 1998a: El gobierno de la democracia presidencial: Argentina, Brasil, Chile y Uruguay en una perspectiva comparada, in: Nohlen, D./ Fernández, M. (Hrsg.): Presidencialismo renovado. Instituciones y cambio político en América Latina, Caracas.

Thiery, P. 2000: Stabile Demokratien in Lateinamerika?, in: Brennpunkt Lateinamerika, Institut für Iberoamerika-Kunde Hamburg, Nr.6, 49-56.

Thoma, R. 1923: Der Begriff der Demokratie in seinem Verhältnis zum Staatsbegriff, in: Erinnerungsgabe für Max Weber, Bd. 2.

Thomas, R./ Judson, J. 1978: Party Factions in the United States, in: Belloni F./Belles, D. (Hrsg.): Faction Polities; Political Parties and Factionalism in Comparative Perspective, California.

Tironi, E./ Agüero, F. 1999: ¿Sobrevivirá el nuevo paisaje político chileno?, in: Estudios Públicos, N° 74, 151-168.

Tomassini, L. 1992: Estado, gobernabilidad y desarrollo, in: Revista de Ciencia Política, Bd. 14, 23-62, Santiago.

Tomic, R. 1976: Comentario, in: Chile-América, Nr. 16/17/18, 23-24.

Tomic, R. 1988: Tomic. Testimonios, Santiago.

Torre, C. 1999: El sindicalismo a la defensiva, in Todo es Historia, Nr. 389

Torre; J./ Palermo, V. 1995: A la sombra de la hiperinflación. La política de las reformas estructurales en Argentina, Buenos Aires.

Torres, D. 1983: Los bancos y la revolución: De la incautación a la alianza, in: Estudios Políticos, Nr. 2, 70-71.

Touraine, A. 1988: La Parole et la Sang, Paris.

Touraine, A. 1993: Mutaciones de América Latina, in: Revista Sociedad, Nr. 2, 5-15.

Transparency International 1996: Corruption Perception Index, Berlin.

Transparency International 1997: Corruption Perception Index, Berlin.

Transparency International 1998: Corruption Perception Index, Berlin.

Transparency International 1999: Corruption Perception Index, Berlin.

Transparency International 2000: Corruption Perception Index, Berlin.

Transparency International 2001: Corruption Perception Index, Berlin.

Transparency International 2002: Corruption Perception Index, Berlin.

Trejo, R. 2001: ¿Como deslindar la responsabilidad de los medios de comunicación en los procesos electorales?, in: Meyenberg, Y. (Hrsg.): El dos de julio: Reflexiones posteriores, Mexiko, 85-92.

Trice, H. 1993: Occupational Subcultures in the Workplace, New York.

Tullio, A. 2002: Financiamiento de los partidos políticos: comentarios a la nueva jurisprudencia y legislación, Lomas de Samora.

Urcuyo, C. (Hrsg.) 1997: Partidos políticos y gobernabilidad: la dimensión política del desarrollo humano, San José.

Urzúa, G. 1986: Historia política electoral de Chile 1931-1973, Santiago.

Urzúa, G. 1993: Historia política de Chile y su evolución electoral 1810-1992, Santiago.

Valades, D. 1998: La transición del sistema presidencial mexicano, in: Nohlen, D./ Fernández, M. (Hrsg.): Presidencialismo renovado. Instituciones y cambio político en América Latina, Caracas.

Valdés, F. 1997: Autonomía y Legitimidad. Los empresarios, la política y el Estado en México, Mexiko.

Valdés, J. 1989: La Escuela de Chicago. Operación Chile, Buenos Aires.

Valdés, L. 1989: ¿Cómo votaron los empresarios? In: Estudios Políticos, Nr. 8, 16-26.

Valenzuela, A. 1978: Chile, in: Linz, J./ Stepan A. (Hrsg.): The Breakdown of Democratic Regimes, Baltimore-London.

Valenzuela, A. 1994: Party Politics and the Crisis of Presidentialism in Chile: A Proposal for Parliamentary Form of Government, in : Linz, J./ Valenzuela A. (Hrsg.): The Failure of Presidential Democracy, Baltimore-London.

Vanhanen, T. 1990: The Process of Democratization: A Comparative Study of 147 States, 1980-1988, New York.

Vázquez, M. 1989: Los grupos de poder económico en Sonora: del poder político emanado de la revolución a la acumulación agropecuaria. Límites y expectativas, in: Jacobo, E./ Tirado, R./Luna, M. (Hrsg.): Empresarios en México, Mexiko, 275-286.

Vega, E. 1995: La política económica de México durante el período 1982-1994, in Revista de Ciencias Sociales Universidad de Quilmes, Nr.2, 107-126.

Verdès-Leroux, J. 1989: La Lune et le caudillo, Paris

Verdu, P. 1974: Microanálisis de los Partidos Políticos: Las Corrientes Intrapartidistas, in Principios de Ciencia Política, Estado Contemporáneo y Fuerzas Políticas Bd. III, Madrid.

Vergara, J. 1999: La concepción de democracia participativa de Habermas, in: Revista de Ciencia Política, Bd.20, 208-219, Santiago.

Villalobos, S. 1990: Historia de Chile, Santiago.

Villalobos, S./ Silva, O./ Silva, F./ Estellé, P. 1974: Historia de Chile, Santiago.

Vitelli, R. 1997: El menenismo y la revolución neoconservadora, in: Revistas de Ciencias Sociales, 11, Nr.13, Montevideo.

Vos, R. 1995: Financial liberalization, grow and adjustment: Some lesson from developing countries, in: Griffin, S/ Drabek, Z. (Hrsg.): Financial Reform in Central and Eastern Europe, London, 179-220.

Vuscovic, P. (Hrsg.) 1975: El Golpe de Estado en Chile, Mexiko.

Wacquant, L./ Wilson, W. 1993: The Cost of Racial and Class Exclusion in the Inner City, in: Wilson, W. (Hrsg.): The Ghetto Underclass, Newbury Park.

Wagner, C. 1998: Militär und Politik im Süden Lateinamerikas, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/98, 19-28.

Waldmann, P 1995: Argentinien, in: Nohlen, D./ Nuscheler, F. (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt. Südamerika, Bonn.

Walker, I. 1990: Socialismo y Democracia, Santiago.

Walker, I. 1991: Transición y consolidación democrática en Chile, in: Revista de Ciencia Política, Bd. 14, 89-105, Santiago.

Walker, I. 1993: Partido Demócrata Cristiano, in: Instituto de Ciencia Política Universidad de Chile: Renovación Ideológica en Chile. Los Partidos y su Nueva Visión Estratégica, Santiago.

Walker, I. 1996: Presidencialismo, multipartidismo y sistema binominal. Una reflexión y una propuesta, in: Política 34, 209-218, Santiago.

Walker, I. 1999: El futuro de la Democracia Cristiana, Santiago.

Walter, G. 1998: Globalisierung, in: Nohlen, D./ Schultze, R.-O./ Schüttemeyer S.(Hrsg): Politische Begriffe, in: Nohlen, D. (Hrsg): Lexikon der Politik, Band 7, München, 233-235.

Ware, A. 1987: Citizens, Parties and State, Cambridge.

Ware, A. 1996: Political Parties and Parties System, Cambridge.

Weber, M. 1993: Politik als Beruf, Berlin.

Weber, M. 2002: Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen.

Weber, W. 1998: Aristokratie, in: Nohlen, D./ Schultze, R.-O./ Schüttemeyer S.(Hrsg): Politische Begriffe, in: Nohlen, D. (Hrsg): Lexikon der Politik, Band 7, München, 48.

Weber, W. 1998: Bürgertum, in: Nohlen, D./ Schultze, R.-O./ Schüttemeyer S.(Hrsg): Politische Begriffe, in: Nohlen, D. (Hrsg): Lexikon der Politik, Band 7, München, 85-86.

Webre, S. 1979: José Napoleon Duarte and the Christian Democratic Party in San Salvador an Politics, 1960-72, Louisiana.

Weffort, F. 1992: ¿Cual Democracia? Sao Paulo.

Weffort, F. 1993: The Future of Socialism, in: Diamond, L. (Hrsg.): Capitalism, socialism, and Democracy revisited, Baltimore.

Weigelt, K. 1980: Christliche Demokratie im Aufwind. Lateinamerika am Beginn des neuen Jahrzehnts, in: Die Politische Meinung 25, 189, 58-64.

Weingrod, A. 1977: Patronage and Power, in: Gellner/Waterbury (Hrsg.): Patrons and Clients in Mediterranean Societies, London.

Weyland, K. 2002: The Politics of Market Reform in Fragile Democracies: Argentina, Brazil, Peru, and Venezuela, Princeton.

Whitehead, L. 1996: Una transición difícil de alcanzar: La lenta desaparición del gobierno de partido dominante en México, in: Política y Gobierno, Bd. 3, Nr. 1, 31-60.

Wickham, T. 1992: Guerrillas and Revolution in Latin America, Princeton.

Williamson, J 1990: What Washington Means by Policy Reform, in: Williamson, J (Hrsg.): Latin America Adjustment: How Much Has Happened?, Washington.

Williamson, J 1993: Democracy and the "Washington Consensus", in: World Development, 21, 1329-1236.

Williamson, J. 1994: In Search of Manual for Technopols, in: Williamson, J. (Hrsg.): The Political Economy of Policy Reform, Washington D. C., 11-28.

Williamson, J 1996: Are the Latin America Reforms Sustainable?, in: Sautter, H./Sichinke, R. (Hrsg.): Stabilization and Reforms in Latin America: Where Do We Stand?, Frankfurt.

Williamson, J 1997: The Washington Consensus Revisited, in: Emmerij, L. (Hrsg.): Economic and Social Development into the XXI Century, Washington.

Williamson, J 1999: Implication of the East Asian Crisis for Debt Management, in: Vasudevan, A. (Hrsg.): External Debt Management: Issues, Lessons, and Preventive Measures, Mumbai.

Williamson, J 1999a: Exchange Rate Regimes for Emerging Economies: Reviving the Intermediate Option, Washington.

Williamson, J 2000: What Should the World Bank Think about the Washington Consensus, in: The World Bank Research Observer, 15, 2, 251-264.

Winocur, R. 2001: El papel de los medios en volver creíble "el cambio", in: Meyenberg, Y. (Hrsg.): El dos de julio: Reflexiones posteriores, Mexiko, 93-100.

Woldemberg, J. 1983: Reacciones ante la nacionalización de la banca, in: Estudios Políticos, Nr. 2, 71-72.

Woldenberg, J. 1990: Saldos y retos de la oposición partidista (1988-1991), in: Revista de Estudios Políticos, Bd. 4, Mexiko.

Woldenberg, J. 1992: ¿Qué fue y que será de la legislación electoral?, in: Nexus, Nr.170, 37-44.

Woldenberg, J./Salazar, P./Becerra, R. 2000: La mecánica del cambio político en México. Elecciones, partidos y reformas, Mexiko.

Wolf, E. 1963: Aspects of Group Relations in a Complex Society: Mexico, in: Banton, M. (Hrsg.): The Social Anthropology of Complex Society, New York.

World Bank 1993: Latin America and The Caribbean: A Decade after the Debt Crisis, Washington.

Wynia, G. 1972: Politics and Planners. Economic Development Policy in Central America, Wisconsin.

Yannuzzi, M. 1995: Menenismo, neoconservadurismo y democracia: la reducción del espacio público, in: Dembiez, A. (Hrsg.): El lugar y el espacio en la tradición de las culturas latinoamericanas, Stockholm.

Yannuzzi, M. 1999: Autoritarismo, democracia y neoconservadurismo. La cultura política argentina al fin de milenio, in: Revista Investigaciones Históricas. Época Moderna y Contemporánea, Nr.19, Valladolid.

Yañez, M. 1989: Christlieb: la propuesta del dialogo PAN-gobierno, in: Revista de Estudios Políticos, Bd. 3, Mexiko.

Yañez, M. 1992: La alianza PAN-gobierno en la aprobación de las reformas constitucionales en materia electoral (1988-1989), in: Revista de Estudios Políticos, Bd. 12, Mexiko.

Yocelevsky, R 1983: La Democracia Cristiana Chilena: Trayectoria de un proyecto, in FLACSO, Documento de Trabajo Nr. 9.

Yocelevsky, R. 1996: Sistemas de partidos como unidad de análisis, in: Sociológica, Transición política y procesos electorales en México y América Latina, 11, 30, 44-56.

Zahler, R. 1982: Repercusiones monetarias y reales de la apertura financiera al exterior. El caso chileno: 1975-1978, in: Estudios Sociales Nr. 32, Santiago.

Zaldivar, A. 1998: La transición política en Chile, in: Foro Político, Nr. 23, 15-20.

Zamítiz, H. 1991: La reforma del PRI en el contexto de la reforma del Estado (actores y dinámica política de la XIV Asamblea Nacional), in: Estudios Políticos, Nr 7, 109-139.

Zamítiz, H. 1993: La ciencia política entre el racionalismo y el empirismo, in: Estudios políticos, Nr. 1, 75-84.

Zamítiz, H. 1995: El proceso de comunicación en las campañas presidenciales de 1994 y la opinión pública de México, in: Estudios políticos, Nr. 6, 125-150.

Zamítiz, H./ Sáchez, R. 1989: Guanajuato: El ascenso de los empresarios a través de la política partidista, in: Estudios políticos, Nr. 2, 26-40.

Zavala, I. 1993: Reacomodos electorales del PAN y del PRI: 1985-1991, in: Estudios Políticos, Nr. 1, 121-171.

Zilla, C. 1998: Parteiensysteme im Vergleiche: Argentinien und Brasilien, (Magister Arbeit), Heidelberg.

Zuckerman, A. 1977: The Concept Political Elite. Lessons from Mosca and Pareto, in: The Journal of Politics Bd. 39-Nr. 2, Florida, 324-342.

Zuckerman, A. 1977a: Clientelism Politics in Italy, , in: Gellner/Waterbury (Hrsg.): Patrons and Clients in Mediterranean Societies, London.

Zuckerman, A. 1979: The Politics of Faction: Christian Democratic Rule in Italy, Yale.